

Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Herausgegeben vom
Institut für Kultur und Geschichte
der Deutschen in Nordosteuropa e.V.
an der Universität Hamburg
– Nordost-Institut –

in Verbindung mit
Andres Kasekamp (Tartu), Nikolaus Katzer (Hamburg),
Claudia Kraft (Wien), Ilgvars Misāns (Rīga),
David J. Smith (Glasgow), Darius Staliūnas (Vilnius),
Robert Traba (Olsztyn) und Elena Zubkova (Moskau)

Ordnungen – Aneignungen – Erfahrungen
30 Jahre Nordost-Archiv /

Orders – Appropriations – Experiences
30 Years Northeast Archive

Herausgeber und Herausgeberin der Ausgabe:
Joachim Tauber und Anja Wilhelmi, Lüneburg

30. Jahrgang 2021
Lüneburg 2022

Herausgeber:

Institut für Kultur und Geschichte
der Deutschen in Nordosteuropa e.V. (IKGN)
an der Universität Hamburg
– Nordost-Institut –
Lindenstr. 31, D-21335 Lüneburg
Telefon (0 41 31) 40 05 90
Telefax (0 41 31) 40 05 95 9
E-Mail: sekretariat@ikgn.de
<http://www.ikgn.de>

Umschlagabbildung: Nordost-Archive, copyright Nordost-Institut

Redaktion:

Anja Wilhelmi, Agnieszka Pufelska, Vojtech Drápal

Die Beiträge der Zeitschrift „Nordost-Archiv“ werden im Double-Blind-Peer-Review-Verfahren begutachtet. Das „Nordost-Archiv“ ist eine referierte Zeitschrift.

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bezugsbedingungen:

Nordost-Archiv erscheint einmal jährlich.

Jahresabonnement € 15,00, Print-Ausgabe zuzüglich Versandkosten; auch als PDF-Download erhältlich. Ein Abonnement gilt zur Fortsetzung bis auf Widerruf, Mindestlaufzeit 2 Jahre. Das jeweilige Abonnement kann bis zum 30. September des laufenden Jahres gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform (per Brief oder Fax).

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprache, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in HISTORICAL ABSTRACTS

Satz: Adam Pitula, Thorn, Polen
Herstellung: Achim Theiß – Satz & Druck, Grünberg

ISSN 0029-1595

Ordnungen – Aneignungen – Erfahrungen
30 Jahre Nordost-Archiv /

Orders – Appropriations – Experiences
30 Years Northeast Archive

Editorial:	
Joachim Tauber (Lüneburg)	7
David Feest (Lüneburg/Hamburg): Wer wollen wir sein? Identitätsordnungen in Estland nach der Februarrevolution 1917	17
Detlef Henning (Lüneburg): Lettische Historiker zwischen Widerstand, Anpassung und Ergebung	45
Joachim Tauber (Lüneburg): Deutsch-litauische Erfahrungen 1915–1920	57
Anja Wilhelmi (Lüneburg): Zwischen Erkennen und Erstaunen: Italienbilder von Frauen aus dem Baltikum als Spiegelungen von Aneignungen und Verwerfungen .	79
Agnieszka Pufelska (Lüneburg/Berlin): Die instabile Macht des Objekts: Museale Aneignung im deutsch-polnischen Kontext	103
Katja Bernhardt (Lüneburg/Berlin): Aneignen, um auszublenden. Die Stadtplanung für den „neuen deutschen Osten“ als Kommunikation	121
Victor Dönninghaus (Lüneburg): Im Zeichen einer neuen Ordnung: Der Kommunistische Jugendverband (Komsomol) und die Russlanddeutschen (1918–1930)	159
Dmytro Myeshkov (Lüneburg/Düsseldorf): Chortitza als narrativer Bezugspunkt seit dem 19. Jahrhundert und als Reiseziel in den 1960er und 1970er Jahren	186
Rezensionen	
Katrin Reichelt: Von der Unmöglichkeit, die richtige Entscheidung zu treffen. Hilfe für verfolgte Juden im deutsch besetzten Litauen, 1941–1944 (Joachim Tauber) ...	213
Heidi Hein-Kircher, Ilgvars Misāns (Hrsg.): Stadtgeschichte des Baltikums oder baltische Stadtgeschichte? Annäherungen an ein neues Forschungsfeld zur baltischen Geschichte (Guido Hausmann)	215
Nina Seiler: Privatisierte Weiblichkeit. Genealogien und Einbettungsstrategien feministischer Kritik im postsozialistischen Polen (Christoph Augustynowicz)	217

Andrej Savin, Aleksej Tepljakov u.a. (Hrsg.): Ècho Bol'shogo terrora. Sbornik dokumentov v trech tomach, Tom 3: Čekisty Stalina v tiskach „socialističeskoj zakonnosti“. Ègo-dokumenty 1938–1941 gg. [Das Echo des Großen Terrors. Dokumentensammlung in drei Bänden, Band 3: Stalins Tschekisten im Schraubstock der „sozialistischen Gesetzlichkeit“. Ego-Dokumente 1938–1941] (Victor Dönninghaus)	219
Sarah Scholl-Schneider, Moritz Kropp (Hrsg.): Migration und Generation. Volkskundlich-ethnologische Perspektiven auf das östliche Europa (Hans-Christin Petersen)	222
[Monika] Bednarczuk (Hrsg.): Kulturtransfer in der Provinz: Wilna als Ort deutscher Kultur und Wissenschaft (1803–1832) (Maria Rhode)	226
Christoph Kienemann: Der koloniale Blick gen Osten. Osteuropa im Diskurs des Deutschen Kaiserreiches von 1871 (Joachim Tauber)	230
Domas Kaunas: Martynas Jankus. Tautos vienytojas ir lietuvių spaudos kūrėjas [Kämpfer für die Einheit der Nation und bedeutender Vertreter der litauischen Publizistik] (Manfred Klein)	233
Die Autorinnen und Autoren der Abhandlungen	239

EDITORIAL

Jubiläen erlauben die Abweichung vom Gewohnten. Dies gilt auch für dieses Editorial. In ihm geht es nicht nur um den Inhalt dieses Bandes, auf den später noch eingegangen wird, sondern auch um die vergangenen 30 Jahre – und um den Blick in die Zukunft, denn dieser Jubiläumsband wird zugleich die letzte Ausgabe der Zeitschrift *Nordost-Archiv* in ihrer gewohnten Form sein.

Die Geschichte der Zeitschrift *Nordost-Archiv* ist eng mit der Institutsgeschichte verwoben und zugleich ein Teil der Wandlung der in den vergangenen fünf Jahrzehnten nach § 96 Bundesvertriebenengesetztes (BVFG) geförderten Einrichtungen. Begonnen hatte alles in den 1970er Jahren am Institut Nordostdeutsches Kulturwerk. Neben der öffentlichen Bibliothek und ihren Anschaffungen lag ein Schwerpunkt der Tätigkeiten auf dem Sammeln und Bewahren ostdeutschen Kulturguts, wie die damals gängige Bezeichnung lautete. Gemeint waren damit Exponate und Relikte aus den ehemals preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen sowie den baltischen Ländern. Das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk hatte sich mit seinen Sammlungen, insbesondere seinen historischen Landkarten und Stadtansichten (Veduten) bald auch im Kreis privater Sammler einen Namen gemacht, so dass der Wunsch eines direkten Austausches (heute würde man wohl Vernetzung sagen) aufkam. Unter Federführung des Instituts und der damaligen Mitarbeiter Otto Bong und Eckhard Jäger, beide ausgewiesene Kenner der Materie, kam es dann im Herbst 1968 zur ersten Tagung der Sammler und Landeshistoriker am Institut Nordostdeutsches Kulturwerk. Von Anfang an standen die Treffen nicht nur im Zeichen einer Präsentation von Sammelstücken und einer Tauschbörse, sondern die Sammler berichteten auch in Vorträgen über ihre Interessengebiete und die jeweiligen Regionen. Bereits auf der ersten Veranstaltung ging es u.a. um die Danziger Postgeschichte (Karl Friedrich Schweiger), Dokumente aus baltischer Vergangenheit (Otto Bong) und die Rettung deutscher Zivilbevölkerung über die Ostsee im Frühjahr 1945 (Detlef v. Krannhals). Die Themenbreite sollte auch in den Folgejahren beachtlich bleiben.

Im Laufe der Jahrzehnte kamen vielfältige Sammelschwerpunkte hinzu, Mitglieder des Kreises interessierten sich z.B. für Stadtansichten aus Livland, sammelten alles, was sie zur Geschichte der Stadt Danzig finden konnten, waren an der deutsch-baltischen Künstlerin Angelika Kaufmann interessiert oder beschäftigten sich mit der ostpreußischen Postgeschichte. Fast alle Sammler dieser ersten Generation hatten noch biografische Bindungen in die Region und machten ihre persönliche (Familien-)Geschichte zu ihrem Hobby.

Die Vorträge dieser Privatleute hatten eine außergewöhnliche Qualität: Sie lebten von der stupenden Detailkenntnis, der Verbindung von Kunst und Geschichte und vermittelten viel Wissen über die jeweilige Region, das man nur schwerlich an anderer Stelle hätte finden können. Es war daher von vornherein geplant, die Vorträge der Sammlertreffen auch in schriftlicher Form zunächst im kleineren Kreis zu veröffentlichen. Dies war die Geburtsstunde des *Nordost-Archivs*, dessen Bezeichnung die ursprüngliche Bedeutung als Fundgrube zur Geschichte des Nordostens widerspiegelt. 1968 erschien der erste Band im Format DIN A5. Auch wenn die Hefte im Kern aus den Vorträgen und Referaten der jeweiligen Sammlertagungen bestanden, so fand Eckhard Jäger, der langjährige Redakteur des *Nordost-Archivs*, vor allem in der Anfangszeit auch viele Autorinnen und Autoren,

die nicht dem Sammlerkreis angehörten. Auf diese Weise wuchs das *Nordost-Archiv* von Beginn an über den Sammlerkreis hinaus. In den 1970er und 1980er Jahren fanden die Wochenendtagungen zweimal jährlich in Lüneburg statt, so dass genügend Material für vier Hefte des *Nordost-Archivs* pro Jahr vorhanden war. Der Gesamtumfang eines Jahrgangs betrug zwischen 200 und 250 Seiten.

Anfang der 1990er Jahre veränderte sich die Aufgabenstellung des Instituts Nordost-deutsches Kulturwerks immer deutlicher. Die wissenschaftliche historische Ausrichtung trat zunehmend in den Vordergrund der Institutsarbeit. Begonnen hatte diese Entwicklung bereits 1982 mit der Übernahme der Leitung des Kulturwerks durch den Osteuropahistoriker Eckhard Matthes. Im Verlauf der 1980er Jahre und zu Beginn der 1990er Jahre wurden die ersten wissenschaftlich ausgerichteten Stellen am Institut mit den Schwerpunkten Geschichte der Deutschen und der deutschen Geschichte in Polen und Litauen geschaffen. Die damals wichtigste Neuerung ist heute eine Selbstverständlichkeit: die Sprachkompetenz des wissenschaftlichen Personals für die jeweilige Arbeitsregion.

Die Neuausrichtung des Instituts sollte auch in den Publikationen ihren Niederschlag finden. Und was lag daher näher, als das bereits etablierte *Nordost-Archiv* einem Relaunch zu unterziehen und den wissenschaftlichen Zuschnitt des Periodikums zu stärken? Der programmatische Untertitel „Zeitschrift für Regionalgeschichte“ ergänzte jetzt den Zeitschriftennamen.

Der erste Band der Neuen Folge des *Nordost-Archivs*, das fortan zweimal im Jahr publiziert wurde, erschien vor nunmehr 30 Jahren unter dem Titel: „Die Deutschen in der Geschichte Ostmitteleuropas. Bestandsaufnahmen“. Dieser Band legte das Fundament für die bis heute gültige konzeptionelle Ausrichtung. Die jeweiligen Ausgaben sind als Themenbände konzipiert, wollen verschiedene Perspektiven aufzeigen und verstehen sich als Forum auch und eben für die ostmitteleuropäische Forschung. Dieser inhaltliche Anspruch ist über alle Wechselfälle und Wandlungen der vergangenen Jahrzehnte erhalten geblieben. Die Abhandlungen des ersten Bandes stammten aus der Feder führender deutscher und osteuropäischer Historiker (Hartmut Boockmann, Klaus Zernack, Gert v. Pistohlkors), Henryk Olszewski (Polen), Rein Helme (Estland), Janis Stradiņš (Lettland) und Alfonsas Eidintas (Litauen). Auf dem Innenumschlag fand sich bis zur Umstellung des Layouts im Jahre 2011 folgende programmatische Aussage:

„Das Nordost-Archiv beschäftigt sich mit der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa [...]. Im Vordergrund der Aufmerksamkeit stehen die Deutschen, die einst, wie sonst nur die Juden, in nahezu dem ganzen Raum ansässig gewesen sind und ihn zu Zeiten in erheblichem Maße geprägt haben. Allerdings können die Deutschen nicht isoliert gesehen werden. Als Nachbarn, als Eroberer oder Kolonisten, Herren oder Untertanen, Mehrheit oder Minderheit haben sie immer und überall in so enger Berührung mit den anderen ethnischen Gruppen gestanden, daß die deutsche so wenig wie die polnische oder die estnische Geschichte Ostmitteleuropas zu verstehen und zu beurteilen ist, wenn man sie ausschließlich vom Blickpunkt eines einzelnen Volkes betrachtet.“

In den 1990er Jahren lag die redaktionelle Arbeit vor allem in den Händen von Konrad Maier, Sabine Bamberger-Stemmann und am Ende des Jahrzehnts von Anja Wilhelmi,

doch beteiligte sich das ganze Team der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Zeitschrift. Thematisch wurden die Schwerpunkte zum einen regional, zum anderen länderübergreifend gesetzt. Es ging um „Wendepunkte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert (NOA II [1993], H. 1), um die Geschichte des Memelgebietes „Zwischen Staatsnation und Minderheit. Litauen, das Memelland und das Wilnagebiet in der Zwischenkriegszeit“ (NOA II [1993], H. 2), um die deutsche Minderheit in Lettland „Von der Oberschicht zur Minderheit. Die deutsche Minderheit in Lettland“ (NOA V [1996], H. 2) oder um osteuropäische Städte „Deutsche in St. Petersburg und Moskau“ (NOA III [1994], H. 1). Viele der überregionalen Themen, die in den Heften angesprochen wurden, sind auch heute noch (oder gerade wieder) aktuell: „Das Denkmal im nördlichen Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert. Politischer Kontext und nationale Funktion (NOA VI [1997], H. 1); der derzeit vielfach erörterte Begriff der Heimat wurde bereits 1999 aufgegriffen: „Heimat und Ethnizität. Über den Umgang mit Fremdheit in Masuren und Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg“ (NOA VIII [1999], H. 1). Bis in die jüngste Zeit ein Solitär ist der 1994 erschienene Band „Das deutsche Buch in Ostmitteleuropa. Bestände und Rezeption (NOA IV [1995], H. 1).

Im ersten Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges diente das *Nordost-Archiv* auch als ein Medium, Kenntnisse über Ostmitteleuropa, die dortigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie über die Institutionen in den Ländern zu vermitteln. Ende des Jahrhunderts hatte sich eine Normalität eingestellt, so dass im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends neue Schwerpunkte gesetzt werden konnten. Insbesondere in der Mitte des Jahrzehnts erschienen Titel, die den Wandel der Wissenschaft (und mit ihr des *Nordost-Archivs*) verdeutlichten: „Die Aneignung fremder Vergangenheiten in Nordosteuropa am Beispiel plurikultureller Städte“ (NOA XV [2006]) oder „National-Texturen. National-Dichtung als literarisches Konzept in Nordosteuropa“ (NOA XVI [2007]) mögen ebenso als Beispiele dienen wie der 2009 erschienene Band: „Nordosteuropäische Geschichte in den Massenmedien. Medienentwicklung, Akteure und transnationale Öffentlichkeit“ (NOA XVIII [2009]). In anderer Hinsicht war das Nordost-Archiv seiner Zeit sogar ein wenig voraus: Bereits 2005 ging es um „Zwangsmigrationen in Nordosteuropa im 20. Jahrhundert“ (NOA XV [2006]) und 2010 um „Menschen in Bewegung. Migration und Deportation aus dem Baltikum zwischen 1850 und 1950“ (NOA XIX [2010]).

Am Anfang des neuen Jahrtausends war es zudem zu einer wichtigen Entscheidung des wissenschaftlichen Teams gekommen: Ab 2001 erschien das Nordost-Archiv als Jahresband. Die Umstellung war vor allem der Arbeitskapazität der Redaktion und den zunehmenden Aufgaben des Instituts im wissenschaftlichen Bereich geschuldet, was sich vor allem in der Zahl der universitären Lehraufträge, der Vorträge und der Forschungsaufenthalte in Ostmitteleuropa niederschlug. Schließlich wurde um 2000 immer deutlicher, dass durch die digitalen Möglichkeiten neue Formen der Wissensvermittlung und damit eine andere Art der Kommunikation im Entstehen begriffen waren.

Mit der Aufnahme der Tätigkeit des Nordost-Instituts als direkter Nachfolgerin des Instituts Nordostdeutsches Kulturwerk zum 1. Januar 2002 änderte sich am *Nordost-Archiv* nichts. Schon im Vorfeld der Neugründung war klar und unstrittig gewesen, dass die Zeitschrift bereits den Vorgaben einer außeruniversitären Forschungseinrichtung entsprach und damit auch zum Leitmedium des neuen Instituts werden sollte. Konrad Maier und Anja

Wilhelmi bildeten nun das Redaktionsteam, das bis zum Tod von Maier im Sommer 2013 die Verantwortung für die Zeitschrift übernehmen sollte. Kurz zuvor war es zu einer weiteren Zäsur in der Geschichte der Zeitschrift gekommen, die sich nicht nur auf das Layout beschränkte (Ablösung des blau-weißen Titelumschlags durch zum Thema des Heftes passende Abbildungen), wie Anja Wilhelmi 2015 berichtete: „Die wesentliche konzeptionelle Neuerung stellt jedoch der Schritt zu einem referierten Periodikum dar [...]. Mit der Einführung des Double-blind-peer-review Verfahrens kommt das ‚Nordost-Archiv‘ den derzeitigen Maßstäben und den neuen Anforderungen bei der Bewertung einer wissenschaftlichen Zeitschrift nach.“ 2016 verstärkte Agnieszka Pufelska die Redaktion der Zeitschrift.

In jüngster Zeit wurde deutlich, dass die bisherige Erscheinungsform des *Nordost-Archivs* ein weiteres Mal den Zeitläuften anzupassen war. Zwar waren und sind die älteren Ausgaben auf der Homepage des Institutes als Pdf-Dateien abrufbar, doch verblieben Abonnements, Versand und verlagstechnische Betreuung der Zeitschrift im Institut. Um der heutigen digitalen Präsenz und Breitenwirkung Genüge zu leisten, bedurfte es zweier grundlegender Entscheidungen: Zum einen ging es um einen Open-Access-Zugang, zum anderen um einen professionellen Verlag, den das *Nordost-Archiv* unter Verbleib der inhaltlichen Planung und Umsetzung im Institut anvertraut werden sollte. Ein solcher Verlag konnte mit dem Berliner Wissenschafts-Verlag gefunden werden. Mit dem Jahrgang 2022 wird nunmehr das *Nordost-Archiv* im BWV als Open-Access-Zeitschrift erscheinen (<https://www.bwv-verlag.de/noanordost-archiv>).

*

Das letzte „klassische“ Heft nutzen wir in eigener Sache. In der Regel publizieren die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht im eigenen Organ, meist fungieren sie im *Nordost-Archiv* als verantwortliche Redakteure oder Herausgeber. Mit dieser Tradition brechen wir in diesem Band: In der aktuellen Ausgabe beteiligen wir uns mit Beiträgen aus unseren Forschungsgebieten. Um der Vielfalt einen Rahmen zu geben, zugleich aber die Bandbreite der Forschungskompetenz zu verdeutlichen, gruppieren sich die Studien um die Leitbegriffe *Ordnungen – Aneignungen – Erfahrungen*.

„Das Institut hebt in seinen Forschungen und Aktivitäten, deren Schwerpunkte im 19. und 20. Jahrhundert liegen, auch den europäischen Bezug dieser Regionen hervor. Aus drei Perspektiven werden der geografische Raum, seine mentalen Landkarten und Lebenswelten wissenschaftlich erschlossen. Ordnungen, Aneignungen und Erfahrungen umschreiben die Bezugfelder der Arbeit des Institutes und geben einen Orientierungsrahmen für die Generierung neuer Forschungsfelder und -aufgaben. Im Rahmen dieser Begriffe lassen sich sowohl politische als auch soziale, kulturelle oder alltagsgeschichtliche Prozesse verdeutlichen und erforschen.“ (<https://www.ikgn.de/forschung.html>)

David Feest beschäftigt sich mit der Suche nach Identität in Estland nach der Februarrevolution 1917, es geht um Ordnungen und Gruppenzugehörigkeiten, die nationale, ethnische, soziale oder geschlechtsspezifische Motive hatten. Seine Untersuchung beruht auf der Analyse zweier estnischer Zeitungen. Dass am Ende der Debatten ein estnischer Nationalstaat

stehen sollte, „hätte im März und April 1917 noch niemand für möglich gehalten“. Detlef Henning wählt für seinen Beitrag einen biografischen Zugang: Anhand der Lebensumstände dreier lettischer Historiker zeigt er nicht nur die persönlichen Entscheidungen und Erfahrungen „zwischen Widerstand, Anpassung und Ergebung“ auf, sondern zeichnet auch ein Bild der lettischen Geschichte zwischen Selbstständigkeit und Okkupation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Joachim Tauber beschäftigt sich mit den deutsch-litauischen Erfahrungen im und am Ende des Ersten Weltkrieges. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Frage der Kontinuität und Weiterentwicklung dieser Erfahrungen gelegt, da sich in den fünf Jahren (zwischen Herbst 1915 und Konsolidierung beider Staaten 1920) die geopolitische Lage sowohl für Deutschland als auch für Litauen grundlegend verändert hatte. In Anja Wilhelmis Beitrag geht es um Aneignungen und Verwerfungen in einem literarisch-bildungsbürgerlichen Milieu. Sie untersucht die Italienbilder von Frauen aus dem Baltikum im frühen 20. Jahrhundert. Als Quellen dienen ihr Tagebuchaufzeichnungen und Briefe, in denen Baltinnen über ihre Italienerfahrungen und -vorstellungen berichten. Systematisch analysiert sie die verschiedenen Topoi in den schriftlichen Quellen und ergründet, welche Anziehungskraft *Et in Arcadia ego* auf die Frauen ausgeübt hat.

Agnieszka Pufelska setzt sich mit der „Musealen Aneignung im deutsch-polnischen Kontext“ auseinander und liefert ein Beispiel, wie wichtig die Leitbegriffe des Instituts auch für die konkrete Forschungsarbeit sind. Gegliedert in „Aneignung theoretisch“, „Aneignung historisch“ und „Aneignung exemplarisch“ untersucht sie, wie deutsche Museumsbestände von polnischen Museologen für die eigenen Museen adaptiert wurden, und zeigt dies beispielhaft am Masurenmuseum in Allenstein/Olsztyn. Auch Katja Bernhardt beschäftigt sich mit deutsch-polnischen Aneignungen, jedoch in einem anderen Kontext: „Aneignen, um auszublenden“, lautet der Haupttitel ihres Beitrages, in dem es um die nationalsozialistische Stadtplanung im „neuen deutschen Osten“ und deren Vermittlung geht. Sie bietet einen Einblick in die beteiligten Institutionen und analysiert zeitgenössische Karten und Publikationen im Hinblick auf ihren programmatisch-politischen Aussagegehalt.

Stärker auf ordnungspolitische Zielsetzungen hebt Victor Dönninghaus in seinem Artikel ab. Er untersucht das Verhältnis zwischen der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol und den Russlanddeutschen zwischen 1918 und 1930. Der quellengesättigte Beitrag zeigt die anfänglichen Schwierigkeiten, die der Komsomol im russlanddeutschen Milieu hatte, die der Autor insbesondere auf die ethnische und konfessionelle Geschlossenheit der Russlanddeutschen zurückführt, auch wenn sich am Ende des Betrachtungszeitraumes gewisse Erfolge auch unter der russlanddeutschen Jugend abzeichneten. Insbesondere junge Frauen begannen, dem Komsomol positiv gegenüberzustehen.

Hatten sich die bisherigen Beiträge vor allem auf Zeitläufte, Gruppen, Einzelpersonen, Institutionen und Publikationen bezogen, so stellt Dmytro Myeshkov einen Ort in den Mittelpunkt seiner Untersuchung: Es geht um die am unteren Dnjepr gelegene Insel Chortitza, auf der sich eine mennonitische Siedlung befand, die aber zugleich auch als Mythos eines kosakischen Narrativs angesehen wurde. Die Parallelität der Perspektiven führt dazu, dass die jeweiligen Erinnerungen in ein Spannungsverhältnis zueinander gerieten. Letztlich verdichten sich auf dem Eiland zwei völlige unterschiedliche Wahrnehmungen und erinnerungspolitische Erfahrungen, die der Autor nacheinander vorstellt und analysiert. Im Falle der Mennoniten gehört dazu auch die touristische Erfahrung und Begegnung mit Chortitza, die amerikanische Mennoniten bei der Rückkehr zu den Wurzeln ihrer Vorfahren machten.

Am Ende dieses Editorials bleibt nicht nur der Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Institut, die zu diesem Band beigetragen haben, sondern an alle, die mit ihrer Fachkompetenz und ihrem Engagement seit inzwischen mehr als 50 Jahren dafür gesorgt haben, dass das *Nordost-Archiv* zu einer der bekanntesten wissenschaftlichen Zeitschriften werden konnte, die sich mit der deutschen Geschichte Ostmitteleuropas beschäftigen. Wir freuen uns auf den Neustart des *Nordost-Archivs* als Online-Journal im Haus des Berliner Wissenschafts-Verlags.

Joachim Tauber, Lüneburg

*

Ordnungen – Aneignungen – Erfahrungen

Das Nordost-Institut ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die sich mit der Geschichte Nordosteuropas und der russlanddeutschen Siedlungsgebiete beschäftigt. Ein besonderes Kennzeichen dieser Regionen ist ihre ethnische, soziale, wirtschaftliche, kulturelle, religiöse und staatliche Vielfalt. Die Regionen wurden mitgeprägt durch die dort lebenden Deutschen und die teilweise historische Zugehörigkeit zum deutschen bzw. preußischen Staat. Zudem übte die deutsche Politik einen großen Einfluss auf die nordost- und ostmitteleuropäische Entwicklung auch außerhalb der deutschen Grenzen aus. Im Zentrum der Forschungen stehen daher die deutschen Bezüge dieser Territorien. Die Geschichte der dortigen deutschen Bevölkerung und ihrer Nachbarn wird als transnationale Verflechtungsgeschichte verstanden. Wechselseitige Kontakte, Transferprozesse oder kultureller Austausch zwischen den Bevölkerungsgruppen prägten die Regionen ebenso wie Konflikte zwischen Mehrheiten und Minderheiten, die deutsche Besatzungspolitik im 20. Jahrhundert oder repressive Maßnahmen auf ethnischer Grundlage.

Das Institut hebt in seinen Forschungen und Aktivitäten, deren Schwerpunkte im 19. und 20. Jahrhundert liegen, auch den europäischen Bezug dieser Regionen hervor. Aus drei Perspektiven werden der geografische Raum, seine mentalen Landkarten und Lebenswelten wissenschaftlich erschlossen. *Ordnungen*, *Aneignungen* und *Erfahrungen* umschreiben die Bezugsfelder der Arbeit des Institutes und geben einen Orientierungsrahmen für die Generierung neuer Forschungsfelder und -aufgaben. Im Rahmen dieser Begriffe lassen sich sowohl politische als auch soziale, kulturelle oder alltagsgeschichtliche Prozesse verdeutlichen und erforschen.

Ordnungen

Leben ist in Ordnungen organisiert. Durch die kollektive Durchsetzung von Normen und Werten wird menschliche Tätigkeit berechen- und vorhersehbar. Erst die Eingrenzung von Interpretations- und Handlungsoptionen ermöglicht soziale Interaktion. Dabei kann auf ganz unterschiedlichen Ebenen nach Ordnungen gesucht werden. Grundlegend für jedes System sind institutionelle Ordnungen. Das gesellschaftliche Leben ist durchzogen von Regelsystemen, in denen bestimmte Arrangements über den Augenblick hinaus Wirkung entfalten. In so unterschiedlichen Institutionen wie der Familie, der Nation, dem Völkerbund, aber auch beispielsweise dem System des internationalen Geld- und Warenverkehrs gewinnen bestimmte Leitideen an Dauerhaftigkeit und schaffen abgegrenzte Räume für kollektives Handeln. Dabei lassen sich ganz unterschiedliche Grade an Formalisierung feststellen. Einen stark kodifizierten Rahmen schaffen etwa staatlichen Einrichtungen, Rechtssysteme oder

internationale Vereinbarungen. Sie erscheinen nicht selten wie Bedingungen, die den Menschen von oben auferlegt werden. Andere Ordnungen sind nachgerade unsichtbar, weil sie so selbstverständlich mit alltäglichen Praktiken oder sogar grundlegenden kognitiven Operationen verwoben sind: Die Grenzen des Sagbaren verfestigen sich in diskursiven Ordnungen. Wissensordnungen geben vor, in welcher systematischen Form Meinungen begründet werden. Geschlechterordnungen manifestieren sich in kulturellen, rechtlichen und sozialen Hierarchien und Wertvorstellungen, ohne in ihnen aufzugehen. Implizite Regeln ökonomischer Rationalität prägen das Handeln in wirtschaftlichen Systemen. Sie präsentieren sich zumeist als alternativlose und natürliche Arrangements, unterliegen aber tatsächlich räumlich und zeitlich der historischen Veränderung. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht geht es insbesondere um die Frage, wie solche Ordnungen entstehen und bestehen bleiben, aber auch wie sie in Frage gestellt und aufgehoben werden. Damit rücken auch die Instrumente in den Fokus, mit denen Ordnungen aufrechterhalten werden. Wie werden sie gerechtfertigt und sinnfällig repräsentiert? Welche Sanktionsmittel stehen zur Verfügung, bestimmte Ordnungsvorstellungen auch gegen Widerstand durchzusetzen? Das neuzeitliche Nordosteuropa als Raum von Diversität und Gegensätzen kann immer auch als Raum unterschiedlicher Ordnungsarrangements begriffen werden. Dies lässt sich beispielsweise am Verhältnis der Deutschen zu anderen ethnischen Gruppe exemplifizieren. Hier gingen staatliche, gesellschaftliche und kulturelle Ordnungen wechselhafte Verbindungen ein. Außerdem lässt sich der durch Menschen, Kriege oder Naturkatastrophen bedingte Niedergang bestimmter kultureller, rechtlicher oder politischer Ordnungen beispielhaft nachvollziehen, ebenso aber ihre Neuformierung und Stabilisierung.

Aneignungen

Im 20. Jahrhundert waren ideologische Aneignungen geografischer Räume besonders in Nordosteuropa eine zentrale Strategie, um nationale Ideen und sich wandelnde kulturelle oder lokale Interessen zu artikulieren. Alte politisch-geografische Strukturen lösten sich auf, und neue Konstellationen entstanden. Die politischen Zäsuren führten in kultureller und sprachlicher Hinsicht sowie mit Blick auf die historischen Traditionen in den sich neu definierenden Regionen zu vielen Dissonanzen. Um diese zu kaschieren und eine identitätsstiftende Kohärenz herzustellen, kam es zu einer erinnerungspolitischen Neugestaltung des öffentlichen Raumes. Vor diesem Hintergrund bezeichnet Aneignung diejenigen Anpassungs- und Transformationsprozesse, mit deren Hilfe eine Region in einen neuen Zusammenhang eingeordnet wurde. Daraus folgt das Forschungsinteresse, die vielschichtigen Praktiken solcher Aneignungen an neue Umstände zu untersuchen. Vergessen, Verdrängung und Relativierung gehören auf kollektiver Ebene ebenso dazu wie Mythologisierung, Ritualisierung, Verfälschung, Essentialisierung oder Überbetonung. Aneignung ist also keine lediglich oberflächliche Einordnung mittels wirtschaftlicher, politischer oder kultureller Einflussnahme, sondern bietet eine generelle Perspektive für mehrschichtige ambivalente Prozesse und Phänomene, wobei es nicht selten zu einer Mehrfachkodierung kommt. Kennzeichnend ist die Präsenz von Altem im Neuen, von Vergangenen im Gegenwärtigen, von Latentem im Manifesten. Zugleich liegt der Perspektive der Aneignung eine Vorstellung von Kultur zugrunde, die sich aufgrund dieser Überlagerungen immer nur im Plural begreifen

lässt. Starre national konnotierte Vorstellungen (Grenzen, Landschaften, Geschichtsnarrative, Identitätspolitik) lassen sich analysieren und typisch koloniale Denk- und Handlungsmuster, wie sie etwa im Umgang mit Minderheiten zum Tragen kommen, herausarbeiten. Aneignung wird daher nicht als schablonenhafte theoretische Leitfigur verstanden, sondern soll zahlreiche methodische und theoretische Ansätze (wie z.B. Kulturtransfer, Palimpsest oder Akkulturation) vereinen und eine Grundlage für einen interdisziplinären Zugang liefern.

Erfahrungen

Individuell wahrgenommene Seiten einer vielschichtigen Vergangenheit werden mithilfe von Erfahrungen analysiert. Keine Beschreibung menschlicher Existenz in einem historischen Umfeld kommt ohne eine Berücksichtigung von Erfahrungen aus. Dieser Ansatz verschiebt den Forschungsschwerpunkt von staatlichen Machtzentren und Eliten auf die Vergangenheit von Peripherien und Grenzräumen sowie auf die Erfahrungswelten breiter Bevölkerungsschichten, ohne dabei die vielfältigen Vernetzungen des handelnden Menschen auszublenden. Zeitlich gebunden bilden Erfahrungen Räume, in denen historische Akteure mit ihren Wahrnehmungen, Einstellungen, Handlungsstrategien, Wert- und Normvorstellungen in den Blick genommen werden. Die von Menschen erfahrenen historischen Wirklichkeiten stehen in einem engen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Ordnungssystemen, denen die als Norm wahrgenommenen Lebensweisen und Verhaltensmuster zu Grunde liegen. Zu den täglichen Erfahrungen gehörte aber auch, dass diese Normen sich im ständigen Wandel befanden und daher sowohl innerhalb der eigenen Gruppe als auch nach außen als auch gegenüber der Obrigkeit immer wieder aufs Neue artikuliert, verteidigt, vertreten und ausgehandelt werden mussten. Die dabei entstandene Erfahrungsperspektive nimmt eine analytische Brückenrolle zwischen Individuen und großen gesellschaftlichen Gruppen, zwischen Strukturen und einzelnen Ereignissen ein. Die Erforschung von subjektiv wahrgenommenen Seiten des historischen Geschehens kann somit unterschiedliche historische Disziplinen zusammenführen: Neben Alltags-, Mikro- oder Geschlechtergeschichte deckt sie auch klassische Bereiche der Geschichtswissenschaften wie Politik-, Sozial- und Geistesgeschichte ab. Somit weist das Erfahrungsparadigma einen methodenübergreifenden Charakter auf. Auch für erinnerungspolitische Fragestellungen sind Erfahrungen von zentraler Bedeutung. Mit der abnehmenden Zahl von Zeitzeugen wird persönlich erfahrene Geschichte durch kollektives Erinnern kompensiert. Damit stehen Erfahrungen im Spannungsfeld zwischen individuellem und kollektivem, kulturellem/diskursivem und kommunikativem Gedächtnis.

David Feest, Dmytro Myeshkov, Agnieszka Pufelska

ABHANDLUNGEN

Wer wollen wir sein? Identitätsordnungen in Estland nach der Februarrevolution 1917

von David Feest

Menschen begreifen sich als Teile von Ordnungen, die ihr Zusammenleben strukturieren. Von großen, umfassenden Kosmologien bis hin zu Handlungsrahmen wie Familien oder beruflichen Zusammenhängen sind auf allen Ebenen des menschlichen Lebens normative Regelsysteme wirksam, die das Agieren in ihnen vorhersehbar und sinnvoll machen. In komplexen Gesellschaften bestehen unterschiedliche Ordnungssysteme parallel oder in Verflechtung miteinander. Solche Ordnungen erscheinen als von außen vorgegeben. Tatsächlich bedürfen sie aber stets einer Aktualisierung, weil Menschen sie sich zu eigen machen. So werden soziale, ethnische und Geschlechterordnungen in sozialen Praktiken immer neu geschaffen. Sie verdanken ihre fortdauernde Existenz der Tatsache, dass Individuen sie als verbindliche Rahmen sehen, in denen sie sich positionieren.

Nicht selten verleihen solche Ordnungen den Menschen auch ein Bewusstsein der eigenen Zugehörigkeit, das Loyalitäten schafft und ein Gefühl des eigenen Wertes vermittelt. Solche Positionierungen sind in den letzten Jahrzehnten besonders unter dem Begriff der „Identität“ diskutiert worden. In der Bedeutung, die der Psychologe Erik Erikson in den 1950er Jahren gegeben hatte, erschien der Identitätsbegriff besonders geeignet, um die Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Individuum zu benennen. Eine Verbindung sozialer Rollen und Gruppenzugehörigkeiten mit der Ausbildung des menschlichen Selbstempfindens versprach Auskunft über den Zusammenhalt moderner Gesellschaften zu geben.¹ Auf diese Weise hat der Identitätsbegriff bei der Erforschung nationaler Gruppen eine außerordentlich große Rolle gespielt, nicht weniger aber auch für andere Gruppen, die sich durch Religion, Rasse, Kultur oder „Klassenbewusstsein“ identifizierten.² Soziale Ordnungen erscheinen aus dieser Perspektive besonders als Identitätsordnungen.

Allerdings klafft die Bedeutung des Identitätsbegriffs auf wissenschaftlicher und politischer Ebene auseinander. Als analytischer Begriff ist „Identität“ wegen ihrer Tendenz, entweder zu eingrenzend oder aber zu tolerant und damit beliebig zu sein, in Verruf geraten.³ Gleichzeitig hat sie als politisches Instrument an Bedeutung gewonnen. Besonders Angehörige von Minderheiten betonen, dass universelle Werte sie kaum vor Diskriminierung schützen, solange sie selbst praktisch unsichtbar oder aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit

1 Zur Genese des Begriffs vgl. Kwame Anthony Appiah: *The Lies that Bind. Rethinking Identity. Creed, Country, Colour, Class, Culture*, London 2019, S. 6.

2 Vgl. ebenda.

3 Vgl. Rogers Brubaker, Frederick Cooper: *Beyond „identity“*, in: *Theory and Society* 29 (2000), S. 1-47, insbes. S. 10. Vgl. auch die vielen Beispiele für einende und verzerrende Identitätszuschreibungen bei Appiah, *Lies* (wie Anm. 1).

ausgeschlossen bleiben.⁴ Der Kampf um Gleichberechtigung wird daher im Namen einer partikularen Gruppenidentität ausgetragen: als Frauen, als Schwarze, als Mitglieder einer ethnischen Minderheit oder anderer Kollektive. Die Zugehörigkeit zu solchen Kollektiven sind nicht notwendigerweise von ihren Mitgliedern gewählt. Nicht selten spiegelt sie die Ordnungen wider, in denen Menschen diskriminiert werden und sich folglich zur Wehr setzen. Doch gerade dieser Widerstand ist identitätsstiftend, indem er individuelle Erlebnisse mit kollektiver Solidarität zu verbinden vermag. Eben diese nachvollziehbare Gruppenbildung ist jedoch auch Gegenstand der Kritik geworden, da sie die Gesellschaft in immer kleinere, auf sich selbst bezogene Einheiten aufteile. Identitätspolitik, so die Kritik, basiere in den Begriffen Walter Benjamins auf exklusiven „Erlebnissen“ bestimmter Menschen, nicht auf intersubjektiv vermittelbarer „Erfahrung“, an der auch nicht unmittelbar Betroffene teilhaben könnten. Damit verstärke sie aber Abgrenzungen und Schranken, die es in einer freiheitlichen Gesellschaft zu vermindern gelte.⁵

Die Frage, was eine Gesellschaft eint, wenn sie doch aus unterschiedlichsten Gruppen mit eigenen Erlebnissen und Zielen besteht, ist nicht neu. Historische Beispiele zeigen, dass die Wechselbeziehungen zwischen partikularistischen Identitätsannahmen und universalistischen Wertvorstellungen vielfältiger sind, als dies in der gegenwärtigen Diskussion deutlich wird. Und die Scheidelinie zwischen beiden Perspektiven ist nicht so strikt, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Eine kleine Fallstudie soll dies anschaulich machen. Es geht um die publizistischen Auseinandersetzungen von Gruppenidentitäten in Estland nach der Februarrevolution von 1917. Diese Revolution markiert einen Zeitpunkt, in dem praktisch über Nacht eine Vielzahl von Möglichkeiten hinsichtlich der politischen Ordnung, aber auch in Bezug auf Fragen der persönlichen Zugehörigkeit offenstanden. Francis Fukuyama hat auf den Punkt gebracht, dass erst der Pluralismus moderner Gesellschaften die Identitätsfrage aufkommen lässt. Menschen in strikten Hierarchien, die keine Wahl haben, wo sie sich zuordnen sollen, müssen sich keine Gedanken über die Frage machen, wer sie wirklich seien.⁶ Dagegen stellen Umbruchsituationen wie jene des Februar 1917 die Identitätsfragen besonders scharf. Dies gilt für die estnische Bevölkerung in besonderem Maße, da sie vor 1917 noch nicht einmal in einer gemeinsamen Verwaltungseinheit zusammengefasst war, sondern das Gouvernement Estland (Hauptstadt: Tallinn) und den nördlichen Teil des Gouvernements Livland (Hauptstadt: Riga) bewohnte. Gleichzeitig wurde die Identitätsfrage aber immer auch in den Zusammenhang der breiteren politischen Zukunftsplanung gestellt, in der auch universellere Kriterien eine wichtige Rolle spielten.

In diesem Aufsatz wird Identität nicht als (starke oder schwache) Analysekategorie genutzt, die Auskunft darüber verspricht, was Menschen in ihrem Kern sind, doch wird der Begriff auch nicht aufgegeben. Denn wie Charles Tilly in Reaktion auf Rogers Brubaker and Frederick Cooper festgestellt hat, bezeichnet er einen wichtigen Bestandteil sozialer Realität. Fragen wie „wer bist du?“, „wer sind wir“, „wer sind sie“ werden regelmäßig verhandelt und angewendet. „Ihr Antworten sind Identitäten“, bemerkt Tilly weiter. Diese seien „immer

4 Vgl. Francis Fukuyama: *Identity. The Demand for Dignity and the Politics of Resentment*, New York 1998, S. 73.

5 Vgl. ebenda, S. 93, 134.

6 Vgl. ebenda, S. 36.

Behauptungen, immer kontingent, immer verhandelbar, aber auch immer folgenreich“.⁷ In diesem Sinne wird der Begriff hier verwendet. In welchen Identitätsmustern meinten die Menschen, ihre Interessen am besten vertreten zu können, wie wurden sie in Zeitungen und auf öffentlichen Veranstaltungen vermittelt, und wo waren ihre Grenzen?

1. Die Zeitungen

Als Quelle dienen zwei der wichtigsten Tageszeitungen dieser Zeit: der in Tartu erscheinende „Postimees“ (Der Postbote) und der in Tallinn herausgegebene „Tallinna Teataja“ (Der Talliner Anzeiger). Ihre Bedeutung ging über die unmittelbare Berichterstattung weit hinaus. Die Redaktionen der großen Zeitungen hatten eine „embryonische politische öffentliche Sphäre“ gebildet, bevor im Jahr 1905 ein offener politischer Diskurs möglich wurde.⁸ In einer Gesellschaft, deren Binnenordnung durch eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Vereine und Assoziationen strukturiert war, brachten auch die Zeitungen Menschen ähnlicher Interessen und Ansichten zusammen.⁹ Sie waren aber zugleich Instrumente und Manifestation politischer Abgrenzung: Schon lange vor der Gründung politischer Parteien übten die „Zeitungsparteien“ als proto-politische Gruppierungen erheblichen Einfluss aus.

Entsprechend waren die beiden behandelten Zeitungen, obwohl sie politisch im weitesten Sinne einer nationalen Richtung angehörten, doch sehr unterschiedlich. Der „Postimees“ war eine Nachfolgepublikation der ersten estnischen Zeitung „Perno Postimees“ (Der Pernauer Postbote), eine Gründung des frühen Vertreters der estnischen Nationalbewegung Johann Voldemar Jannsen aus dem Jahr 1857. Später zog die Redaktion nach Tartu um und änderte ihren Namen in ein einfaches „Postimees“. Im Jahr 1896 wurde die Zeitung von einer Gruppe national gesinnter Männer übernommen. Ihr Ziel war es, die estnische Nationalbewegung, die in den 1880er Jahren ihren Schwung verloren hatte, wiederzubeleben. Historiker haben ihre Bewegung als „Tartuer Renaissance“ bezeichnet. Ihre zentrale Figur war der Jurist und Journalist Jaan Tõnisson. Er war der unumstrittene Anführer der national ausgerichteten Menschen in Tartu. Tõnisson, der bereits vorher für den „Postimees“ gearbeitet hatte, wurde nun sein Miteigentümer und Herausgeber. Mit kleinen Unterbrechungen behielt er diesen Posten bis 1935. Mit dem „Postimees“ verfügte Tõnisson über ein Instrument, seine politischen Visionen zu propagieren.¹⁰

7 Charles Tilly: *Identities, Boundaries, and Social Ties*, London, New York 2016 [2005], S. 209.

8 Vgl. Epp Lauk, Anu Pallas: *Early Development of Estonian Journalism as a Profession (from late 19th century to 1940)*, in: *Acta Historica Talliniensia* 13 (2008), S. 48-67, 55 f.; Astri Schönfelder: *Deutsche Bürger contra homines novi. Die städtischen Wahlkämpfe in Estland 1877–1914*, Hamburg 2016, S. 21.

9 Vgl. zum Vereinswesen in Estland besonders Ea Jansen, Jaanus Arukaevu (Hrsg.): *Seltsid ja ühiskonna muutumine. Talupojähiskonnast rahvusriigini. Artiklite kogumik [Vereine und die Veränderung der Gesellschaft. Von der Bauerngesellschaft zum Nationalstaat. Sammelband]*, Tallinn 1995; Jörg Hackmann: *Gesellschaftlicher Wandel in Nordosteuropa im Prisma der Vereinskultur. Beobachtungen zur Vereinstopographie Dorpat*, in: Ders., Klaus Roth (Hrsg.): *Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart*, München 2011, S. 113-139.

10 Vgl. Krista Aru: *Jaan Tõnisson vajas Postimeest ja Postimees vajas Jaan Tõnissoni [Jaan Tõnisson brauchte Postimees and Postimees brauchte Jaan Tõnisson]*, in: Sirje Olesk, Elo Maandi (Hrsg.): *Paar sammukest [Über ein paar Schritte]*, Tartu 1998, S. 13-61.

Der „Tallinna Teataja“ war eine Gründung von 1910, und als sein Chefredakteur fungierte von 1911 bis 1916 ein weiteres politisches Schwergewicht: Konstantin Päts, der bereits 1901–1905 Herausgeber und Chefredakteur der Zeitung „Teataja“ (Anzeiger) gewesen war. Hatte Päts dort schon eine gemeinsame Sprache mit Sozialdemokraten und sozialistisch gesinnten Aktivisten gefunden, waren auch im „Tallinna Teataja“ durchaus linksgerichtete Redakteure zu finden, mit August Kastru sogar ein Bolschewist.¹¹ Die unterschiedliche Bandbreite der beiden Zeiten war in erheblichen Maße von den Städten geprägt, in denen sie herausgegeben wurden. Die Universitätsstadt Tartu bot dem „Postimees“ ein Milieu, in dem die estnische nationale Selbstfindung einer besonders geringen Konkurrenz durch andere kollektive Sinngebungen ausgesetzt war. Die Stadt hatte keine wichtigen Industrien, die Anzahl der Arbeiter war gering, und die Verbreitung sozialistischer Ideen blieb auf einige radikale sozialistische Studentenorganisationen beschränkt. Tallinn dagegen war Gouvernementshauptstadt und hatte sich zu einem industriellen Knotenpunkt entwickelt. Es gab eine zum Teil aus Russland stammende organisierte Arbeiterschaft, eine starke Sozialdemokratie und ein ausgeprägtes Bewusstsein für die soziale Frage. Päts selbst schrieb im „Tallinna Teataja“ in erster Linie über wirtschaftliche und soziale Themen.¹² Zudem waren die Machtverhältnisse dynamischer: Während es einer Wahlgruppe um Tõnisson in Tartu nie gelungen wäre, die deutschbaltische Dominanz im Stadtrat zu brechen, wurde der Tallinner Stadtrat bereits seit 1904 von einer estnischen Mehrheit geführt.¹³

Entsprechend unterschiedlich war auch der Ansatz der beiden Politiker. Zwar waren sich beide einig, dass das estnische Volk als historisches Subjekt handeln, sich aus der Vormundschaft der deutschbaltischen Oberschicht befreien und nationale Souveränität erlangen müsse. Tõnisson aber war dabei der dezidierten Meinung, dass der kulturelle Wandel den sozialen und politischen Veränderungen vorausgehen müsse.¹⁴ Die wesentliche Aufgabe der Zeitung sah er darin, die Menschen darin zu unterstützen, ihren spezifischen nationalen Charakter zu erkennen und Verantwortung für sich zu übernehmen. In seiner Betonung der Eigenverantwortung war Tõnisson liberal, doch letztlich war das Objekt seiner Bestrebungen eine ethnisch definierte Gruppe, nicht eine Ansammlung von Individuen.¹⁵ Da die Selbstbestimmung eines Volkes für Tõnisson die höchste Stufe der Menschheit war, sah er den selbstlosen Einsatz für die nationale Sache als eine Frage des kulturellen Fortschritts und politischen Reife an.¹⁶ Päts war dagegen an derartig abstrakten, moral- und wertebasierten Aspekten der Nationalitätenpolitik nur wenig interessiert. Ethnische Beziehungen waren für ihn etwas Konkretes und Lokales, ebenso wie Klassenbeziehungen denen er die gleiche Aufmerksamkeit schenkte. Seine Überzeugung, dass Patriotismus nicht erzwungen werden,

11 Vgl. Toomas Karjahärm: Vabameelne opositsioonär. Konstantin Päts [Der liberale Oppositionelle. Konstantin Päts], Tartu 2018, S. 319.

12 Vgl. ebenda.

13 Vgl. Karsten Brüggemann, Ralf Tuchtenhagen: Tallinn. Kleine Geschichte der Stadt, Köln 2011, S. 191 f.

14 Vgl. Krista Aru: Üks kirg, kolm mõõdet. Peatükke eesti toimetajakesksest ajakirjandusest: K.A. Hermann, J. Tõnisson, K. Toom [Eine Leidenschaft, drei Dimensionen. Kapitel aus dem estnischen herausgeberzentrierten Journalismus: K.A. Hermann, J. Tõnisson, K. Toom], Tartu 2008, S. 129.

15 Vgl. ebenda, S. 112.

16 Vgl. Erkki Tuomioja: Jaan Tõnisson ja Eesti iseseisvus [Jaan Tõnisson und die estnische Unabhängigkeit], Tallinn 2011, S. 76.

sondern erst auf demokratischer Grundlage entstehen könne, zeigt die Bedeutung, die er sozialen Strukturen beimaß.¹⁷ Außerdem aber meinte er, die Lösung der sozialen Frage müsse der Nationsbildung vorangehen: „Der arme Mann,“ so schrieb er 1901 gemeinsam mit dem Schriftsteller und Journalisten Eduard Vilde im neu gegründeten „Teataja“, „der mit der täglichen Brotfrage kämpft, hat wenig Ahnung von der nationalen Frage, auch wenn er ein Nationalgefühl hat, das er in seinem Leben nicht für die allergrößte Notwendigkeit hält [...]“.¹⁸ Ein Schluss daraus, den er immer wieder äußerte, war, dass die ökonomische Stärkung der Esten an erster Stelle stehen müsse, um gegen die deutschbaltische Hegemonie überhaupt eine Chance zu haben. Einer von Päts’ Biografen, der Historiker Toomas Karjahärm, hat daher festgestellt, dass dessen Auffassung von Nationalität nach heutigen Begriffen eher der konstruktivistischen als der essentialistischen Richtung zuzuordnen sein, da Päts immer den sozio-ökonomischen Aspekt der Nationswerdung hervorgehoben habe.¹⁹ Umgekehrt erscheint es nicht abwegig, Tõnisson als Identitätspolitikern zu bezeichnen. Für ihn war das Bekenntnis zur Nation ein notwendiger Akt, um die Estinnen und Esten überhaupt erst zu ermächtigen, ihre Interessen wahrzunehmen und Anerkennung zu gewinnen. Gleichzeitig hatten aber auch für ihn, nicht anders als für Päts, liberale Werte wie Demokratisierung, Bürgerrechte und eine parlamentarische Ordnung universelle Gültigkeit.²⁰

Freilich lassen sich die hier skizzierten grundlegenden Unterschiede zwischen den Politikern nur mit Einschränkungen auf die beiden Zeitungen übertragen. Päts war 1917 nicht mehr aktiv an der Pressearbeit beteiligt, da er 1916 als Reservist in die Armee eingezogen worden war. Dagegen nutzte Tõnisson weiterhin den „Postimees“ als Sprachrohr und organisatorisches Zentrum seiner politischen Visionen. In beiden Fällen aber ist eine Kontinuität des Profils der Zeitungen feststellen, die sich auch in ihrer Behandlung der Identitätsordnungen niederschlug.

2. Wer sind wir? Charakterisierung des estnischen Volkes und die Revolution

Die Abdankung des Zaren Nikolaj II. am 2. März (alter Kalender) schuf eine Situation, in der das Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Modi der Zugehörigkeit eine tagespolitische Angelegenheit wurde. Beide Zeitungen berichteten auf über die Ereignisse auf imperialer ebenso wie auf lokaler Ebene. Auf diese Weise fingen sie die unterschiedlichsten Modi der Gemeinschaftsstiftung ein: von den spontanen Demonstrationen mit ihren symbolischen Repräsentationen von Einheit bis hin zu elaborierteren Konzepten, in welcher Weise diese Einheit begründet und institutionell gefestigt werden sollte. Dabei kamen auch immer die konkurrierenden Identifikationsangebote ins Spiel. Kategorien der Zugehörigkeit wie soziale Schicht, Geschlecht oder Ideale bürgerlicher Gleichberechtigung konnten ein Bestandteil der angestrebten nationalen Identität werden, aber durchaus auch quer zu ihr stehen.

17 Vgl. Karjahärm, Opositionäär (wie Anm. 11), S. 290.

18 Uus heal kodumaa koris [II] [Eine neue Stime im Chor des Landes (II)], in: Teataja v. 1.1.1901, S. 1; vgl. auch Karjahärm, Opositionäär (wie Anm. 11), S. 105.

19 Vgl. Karjahärm, Opositionäär (wie Anm. 11), S. 109.

20 Vgl. ebenda, S. 110.

Unterschiede in der Gewichtung zeigten sich schon in den Schilderungen der revolutionären Ereignisse im „Postimees“ und im „Tallinna Teataja“. Päts hatte bereits im Berner Exil 1906 einen engeren Kontakt zu den Sozialisten gepflegt. Erleichtert wurde dies durch die Tatsache, dass weder die zum Menschewismus neigenden Estnischen Internationalisten-Zentralisten noch die nationalen Sozialdemokraten-Föderalisten anti-national waren. Sie sahen lediglich die Lösung der Arbeiterfrage als Voraussetzung zur Lösung der nationalen Frage. Entsprechend hatte sich Päts bereits 1905 zwar kritisch über die unkontrollierte Gewalt geäußert, war aber nicht dafür eingetreten, den Aufstand zu unterdrücken oder die Sozialdemokratie zu bekämpfen.²¹ Es lässt sich behaupten, dass der „Tallinna Teataja“ diese Linie auch nach der Februarrevolution fortführte. Auf der einen Seite brachte er bereits am 6. März lebendige Beschreibungen der teils gewaltsamen Vorgänge in Tallinn, die abzulehnen seien: Die Zeitung referierte zustimmend einen Aufruf zur Ordnung, nach dem jede Unordnung der alten Ordnung helfe. Auf der anderen Seite beschrieb ihr Korrespondent aber bestimmte Aspekte der Ausschreitungen, wie die Zerstörung der Bordelle, als „durchaus hart, aber dennoch vollständig gerechtfertigt“.²² Der „Postimees“ zog erst am 9. und 10. mit einer Beschreibung der Gewalttaten nach.²³ Zum Teil kann dies mit der räumlichen Distanz des Tartuer Blattes von Tallinn erklärt werden, das überdies in einem anderen Gouvernement lag, doch Tõnissons Zeitung berichtete auch kaum über die brutale Gewalt in anderen estnischen Städten. Stattdessen betonte sie am 3. März die ruhige Atmosphäre in Tartu, wo die einzige rasche Handlung der Menschen im Sturm auf die aktuellen Zeitungen bestanden habe.²⁴ Außerdem lieferte sie Beispiele davon, wie an einigen Orten unkontrollierte Handlungen verhindert worden waren. Am 5. März war eine spontane Demonstration von Schülern einer Sekundärschule in Viljandi eilig von der Schulleitung aufgelöst worden.²⁵ Und sogar die Teilnahme von Schülern an einer nationsweiten Freiheitsfeier am 10. März war umstritten, da es sich um keinen Feiertag handelte.²⁶ Dies passte gut zu Tõnissons am selben Tag vorgebrachte Forderung, dass „unsere Menschen in der Stadt und auf dem Land eine große Hilfe bei der Durchsetzung der neuen Ordnung ohne irgendwelche Behinderung“ sein sollten, indem sie eine „feste innere Ruhe“ zeigten und eine „vorbildliche Ordnung“ aufrecht erhielten.²⁷ Das nüchterne Verhalten und die wohlgeordnete Prozedur, zu denen der Postimees immer wieder aufrief, hatte eine weit reichende Bedeutung: An ihnen ließ sich zeigen, wie sehr sich die Bevölkerung seit 1905 verändert hatte. Ein Kor-

21 Vgl. ebenda, S. 269.

22 Rewolutsioni päewad Tallinnas [Revolutionstage in Tallinn], in: Tallinna Teataja v. 6.3.1917, S. 1.

23 Vgl. Rewolutsioni-päewad Tallinnas [I] [Revolutionstage in Tallinn (I)], in: Postimees v. 9.3.1917, S. 4; Rewolutsioni-päewad Tallinnas [II] [Revolutionstage in Tallinn (II)], in: Postimees v. 10.3.1917, S. 3.

24 Vgl. Kohalikud teated – Rahulik meeleolu [Örtliche Nachrichten – Ruhige Stimmung], in: Postimees v. 3.3.1917.

25 Vgl. Kuidas riigipööre meie maal wasta võeti [1] [Wie der Umsturz in unserem Land aufgenommen wurde (1)], in: Postimees v. 18.3.1917, S. 5.

26 Vgl. Kuidas riigipööre meie maal wasta võeti [2] [Wie der Umsturz in unserem Land aufgenommen wurde (2)], in: Postimees v. 22.3.1917, S. 2.

27 – n.: Üleüldise seisukorra kohta [Über die allgemeine Situation], in: Postimees v. 3.3.1917. Hervorhebung im Original.

respondent staunte, wie leicht es gewesen war, die Menschen zu motivieren zu kommen und die Ordnung einzuhalten. Es fühle sich an wie ein „unbegreiflicher Traum“.²⁸

Als die Nachrichten über die Ereignisse in Petrograd das Estnische und das Livländische Gouvernement erreichen, war die Reaktion zunächst verhalten. Menschen trauten den offiziellen Verlautbarungen nicht, die in den Zeitungen zu lesen waren. Aus den Erfahrungen der gescheiterten Revolution von 1905 wussten sie nur zu gut, wie schnell sich die Lage ändern konnte. Als es endlich zu den ersten Demonstrationen kam, waren sie häufig spontan, in anderen Fällen wurden sie von Lehrern, Geistlichen oder Offizieren organisiert. Die Zeitungen berichteten über die lokalen Ereignisse detailliert mithilfe ihrer Korrespondenten.²⁹ Auch in den Artikeln der fest angestellten Redakteure fanden sie Beachtung. Besonders für den Herausgeber des *Postimees*, Tõnisson, hatte das Verhalten der Menschen auf den frühen Demonstrationen eine hochgradig symbolische Bedeutung. Ihm erschien es als Ausweis der Reife zu sein, die das von ihm imaginierte estnische Volk erreicht hatte. Das normativ geprägte Bild des ordentlichen, nüchternen und umsichtigen Charakters der Estinnen und Esten war für viele Anhänger der Nationalbewegung zentraler Bestandteil ihrer Vorstellung der im Entstehen begriffenen estnischen Nation.³⁰ Der Aufstand von 1905, obwohl er weniger gewaltsam gewesen war als der der benachbarten Letten, hatte Tõnisson zutiefst schockiert. Er verurteilte ihn als ziellose Brutalität.³¹ Nun bestand die Gefahr, dass sich solche Szenen wiederholen würden. Am 2. März weitete sich ein Streik in Tallinns Fabriken auf die ganze Stadt aus. Wütende Menschenmassen stürmten Gefängnisse, Gerichte, Polizeistationen und Bordelle und richteten große Zerstörung an. Aufständische sprengten den als Gefängnis dienenden Geschützturm „Dicke Margarethe“ mit Dynamit.³² Gewalt kam auch an anderen Orten des estnischen Siedlungsgebietes vor und forderte insgesamt 20 Menschenleben.³³ Dies war nicht die Revolution, die das Estland, das sich Tõnisson vorstellte, ermöglichen würde. Seine Haltung spiegelt sich in der Berichterstattung des „*Postimees*“ wider: Obwohl Tõnisson die Zeitung seit dem frühen März faktisch ohne Vorzensur veröffentlichte – offiziell wurde das Gesetz zur Abschaffung der Zensur erst am 27. April verabschiedet –, berichtete der „*Postimees*“ von diesen Ereignissen relativ wenig.

28 Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 6.

29 Vgl. ebenda; Ajaloolised päevad Wiljandis [Historische Tage in Viljandi], in: Tallinna Teataja v. 9.3.1917, S. 3.

30 Vgl. den protestantischen Moralbegriff Jakob Hurts, der auch noch sexuelle Abstinenz hinzufügte. Toomas Karjahärm: Eesti vaimse eliidi identsusest ärkamisajal [Über die Identität der estnischen intellektuellen Elite während der Zeit des nationalen Erwachens], in: Akadeemia 8 (1996), S. 2557-2569, insbes. S. 2058.

31 Zu Tõnissons Haltung zur Revolution von 1905 vgl. Aru, Kirg (wie Anm. 14), S. 148. Über die Gewalt von 1905: Toomas Karjahärm: Gewalt in Estland im Jahr 1905: emotionale Anomalie oder ein Faktor der Modernisierung?, in: Nordost-Archiv N.F. XXII (2013), S. 140-174; Toivo U. Raun: Violence and Activism in the Baltic Provinces during the Revolution of 1905, in: Acta Historica Tallinnensia 10 (2006), S. 48-59.

32 Vgl. Rewolutsioni-päevad Tallinnas (wie Anm. 23).

33 Vgl. Toomas Karjahärm: Eesti saavutab autonoomia [Estland erlangt die Autonomie], in: Sulev Vahre u.a. (Hrsg.): Eesti Ajalugu V: Pärissorjuse kaotamisest Vabadussõjani [Estnische Geschichte V: Von der Aufhebung der Leibeigenschaft bis zum Freiheitskrieg], Tartu 2005, S. 411-423, insbes. S. 411 f.

3. Einigende Symbole

Der „unbegreifliche Traum“ konnte Wirklichkeit werden, weil die Menschen in einem Gefühl der Einmütigkeit handelten. Dies war nicht selbstverständlich. Die trostlose Versorgungslage, die Schwierigkeiten der landlosen Bauern, die steigende Kriminalität und andere Probleme, über die in den Zeitungen täglich berichtet wurden, bargen alle das Potential der Spaltung. Vorerst war sie aber noch nicht zu befürchten. Dabei wurde die Gemeinschaft weniger durch politische Programme, sondern mehr durch Symbole und symbolische Handlungen gestiftet. Die Menschen vereinten sich hinter bestimmten Flaggen, marschierten zusammen und sangen gemeinsam Lieder.

Freilich repräsentierten keinesfalls alle dieser Symbole *per se* die Gesamtheit der anwesenden Menschen. Im Gegenteil: Bereits die Vielzahl an Flaggen kennzeichnete die Zugehörigkeit zu ganz unterschiedlichen Gruppen: Schüler, Arbeiter, Vereine, Feuerwehrleute – sie alle trugen ihre eigenen Fahnen.³⁴ Eine andere Art von Gemeinschaft war in der blau-schwarz-weißen Flagge repräsentiert, die zu vielen Anlässen aufgerollt wurde. Sie war 1881 als Fahne der estnischen Studentenverbindung „Vironia“ geschaffen worden. Als die Nationalbewegung zur Jahrhundertwende hin an Bedeutung und öffentlicher Wirkung gewonnen hatte, entwickelte sich die Fahne zu einem politischen Symbol für das estnische Volk in seiner Gesamtheit. Entsprechend kritisch waren die Beamten des Zarenreiches gegenüber ihrer Verwendung bei offiziellen Ereignissen, wo sie die weiß-blau-rote Zarenflagge bevorzugten. Während der Revolution von 1905 tauchte die blau-schwarz-weiße Flagge wieder auf Studentendemonstrationen auf und sorgte für Zusammenstöße. Sowohl russische Studenten als auch antinationalistische Revolutionäre mit roten Flaggen fühlten sich provoziert. Steine flogen, und Tõnisson selbst wurde bei so einer Gelegenheit verletzt.³⁵ Wie war es möglich, dass im März 1917 die Symbole der einzelnen Gruppen nicht als Indikator der Gegensätzlichkeit wahrgenommen wurden? Aus den Zeitungsberichten entsteht der Eindruck, dass dies besonders einem Umstand zu verdanken war: Die rote Fahne konnte für eine gewisse Zeit die Rolle eines integrativen Metasymbols übernehmen, in dem alle anderen aufzugehen schienen. Im Landkreis Viljandi sah der Korrespondent des „Postimees“ ein Meer von Fahnen, das alle bislang benannten umfasste, einschließlich der alten russischen Staatsflagge und der schwarz-weiß-roten Fahne. Jedoch, so fügte er hinzu: „sie verblassten hinter der großen Masse roter Flaggen“.³⁶ Tatsächlich war dies eine typische Erscheinung der frühen Demonstrationen. An einigen Orten gab es überhaupt keine schwarz-weiß-blauen Flaggen, während die roten überall zu sehen waren.³⁷ Die rote Fahne, die eigentlich ein Symbol der Arbeiterbewegung gewesen war, hatte den Vorteil, einer Vielzahl von Deutungen gegenüber offen zu sein. Ganz gleich, welche Visionen oder allgemeinen Zielvorstellungen die Demonstrierenden vertraten, sie alle begrüßten die Revolution als ein im ganzen Imperium stattfindendes Phänomen, und die rote Flagge verband als Symbol die estnischen mit

34 Vgl. Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 5.

35 Vgl. Artur Taska: Sini-must-valge 100 aastat [100 Jahre Blau-schwarz-weiß], Tallinn 1992 [original: Montreal 1982], S. 52-55; Krista Aru: Jaan Tõnisson – rahvajuht ja riigivanem [Jaan Tõnisson – Volksanführer und Staatsältester], Bd. 1-2, Tartu 2019, Bd. 2, S. 29.

36 Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 5.

37 Vgl. Kodumaalt [Aus dem Heimatland], in: Postimees v. 13.3.1917, S. 2.

den im gesamten Imperium verfolgten Zielen. Als integratives Symbol verknüpfte sie alle spezielleren Zeichen der Zugehörigkeit mit einem gemeinsamen Anliegen.

Die symbolische Symbiose war nicht nur ein Phänomen der Provinzstädte. Doch kann kaum überraschen, dass im politisch und ethnisch vielfältigerem Tallinn die konkreten Bedeutungen der Flaggen eingehender diskutiert wurden. So äußerte der Stadtverordnete Paul Kuiberg anlässlich der Feier für die Gefallenen der Revolution, dass die weiß-blau-rote Flagge auf keinen Fall verwendet werden solle, auch wenn ihm entgegengehalten wurde, als Handelsflagge Russlands sei sie kein Symbol der Romanovs. Andere stellten fest, man könne auch die „schwarz-blau-weiße“ estnische Flagge verwenden – offenbar war ihre tatsächliche Farbenreihenfolge (blau-schwarz-weiß) noch nicht allen geläufig. Der Rat der Arbeiter und Soldaten dagegen sprach sich für die schwarze und rote Flagge aus, hatte aber auch gegen die Verwendung von nationalen und estnischen Flaggen keine Einwände.³⁸

Auch die Lieder, die „fast pausenlos“ von den Menschen gesungen wurden, zeigen so eine Integration des Lokalen mit dem Imperialen oder sogar Universalen. Auf der einen Seite hatten Lieder wie „Mein Vaterland, mein Glück und meine Freude“ (*Mu isamaa, mu õnn ja rõõm*) oder „Estland, mein Vaterland“ (*Eestimaa mu isamaa*) zusammen mit vielen anderen eine tiefe lokale Bedeutung.³⁹ Sie verknüpften die gegenwärtigen Ereignisse mit jenem Gemeinschaftsgefühl, das Menschen beim gemeinsamen Singen in Chören oder auf Liederfesten auf lokaler oder nationaler Ebene erfahren hatten. Die Lieder verbanden die Demonstrationen auch mit der Nationalbewegung.⁴⁰ Auf der anderen Seite sangen die Menschen auf fast allen dieser Veranstaltungen die „Marseillaise“, die auch an anderen Orten in einer besonderen Version als „Arbeitermarseillaise“ zu einer Art revolutionären Nationalhymne des Russländischen Imperiums geworden war.⁴¹ Die beiden Perspektiven wurden nicht als Widerspruch angesehen. Ähnlich wie bei den unterschiedlichen Fahnen repräsentierten die estnischen Volkslieder und die universelle revolutionäre „Marseillaise“ zwei Aspekte desselben Freiheitsstrebens. Figes und Kolonitskii haben das Teilen von Symbolen – „besonders der ‚Marseillaise‘ und der roten Fahne“ – zwischen allen wichtigen Parteien als bedeutendes Phänomen der russischen Revolution ausgemacht.⁴² Für Estland galt dies offenbar ebenso. Die Frage, welches politische Programm diese starken Symbole – einschließlich der estnischen nationalen Symbole – für sich beanspruchen konnte, wurde bis auf weiteres verschoben.

38 Vgl. Tallinna Linnawolikogu koosolek 8. märtsil [Sitzung der Tallinner Stadtverordnetenversammlung, 8. März], in: Tallinna Teataja v. 9.3.1917, S. 2.

39 Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 5.

40 Vgl. Karsten Brüggemann, Andres Kasekamp: ‚Singing oneself into a nation‘? Estonian Song Festivals as Rituals of Political Mobilisation, in: Nations and Nationalism 20 (2014), S. 259-276.

41 Vgl. Orlando Figes, Boris Kolonitskii: Interpreting the Russian Revolution. The Language and Symbols of 1917, New Haven 1999, S. 62. Der Text der estnischen Version ist als Faksimile abgedruckt in Ago Pajur: ‚Meie riigipoliitiliseks paleuseks on autonoomia‘. 30. märtsi 1917. aasta määrus Eestimaa ajutise valitsemiskorra kohta [‚Unser staatspolitisches Ideal ist Autonomie. Das Dekret vom 30. März 1917 über die vorläufigen Verwaltungsbestimmungen Estlands‘], in: Tõnu Tannberg (Hrsg.): Esimene maailmasõda ja Eesti [Der Erste Weltkrieg und Estland], Tartu 2014, S. 217-269, insbes. S. 245.

42 Figes, Kolonitskii, Revolution (wie Anm. 41), S. 65.

4. Lokale und imperiale Identität

Die symbolische Integration lokaler und überregionaler Identitäten wurde alsbald auf eine politisch-programmatische Ebene ausgeweitet. Bereits auf einer Großdemonstration in Tartu am 26. März wurde die Rolle, die Estland im imperialen Gefüge haben sollte, konkreter benannt. Mit den frühen, teilweise spontanen Demonstrationen, hatte sie das symbolische Inventar gemein: Auch hier waren Fahnen und Lieder wesentliche Medien. Darüber hinaus aber vermittelte die Demonstration auch eine klare politische Botschaft, die im „Postimees“ bereits zwei Tage vor der Veranstaltung in Tartu erläutert worden war. Es handelte sich um eine Art gemeinsamen Nenners für alle potentiellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, der verhindern sollte, dass sich „einige einzelne Gruppen demonstrativ von der Demonstration distanzieren“ würden. „Politische Differenzen kommen später“, beschwor die Zeitung die Leserschaft, „wenn wir das, was wir fordern, erreicht haben: eine/ demokratische Russische Republik zusammen mit einer demokratischen Autonomie Estlands/“.⁴³ Ein ähnlicher Slogan war auch auf Estnisch und Russisch auf einer großen Fahne zu lesen, die mit den estnischen Nationalfarben geschmückt und am Rathaus angebracht worden war. Die Autonomie war auch der zentrale Punkt einer Rede, die Tõnissons auf der Tartuer Großveranstaltung hielt. In seiner Ansprache erinnerte er an die politische Unterdrückung des estnischen Volkes in der Vergangenheit, pries die „Zerschlagung der Ketten der Sklaverei“ und rief dazu auf, die neu erlangte Freiheit zukünftig „unter der Fahne estnischer nationaler Selbstbestimmung und estnischer Autonomie“ zu verteidigen.⁴⁴ Die estnische Perspektive blieb jedoch nicht isoliert, sondern wurde in der russischsprachigen Rede eines Offiziers in einen imperialen Kontext gestellt: Der Redner betonte, dass das estnische Streben nach Autonomie keine Abspaltung von Russland bedeute. Zwar seien die Esten „von den russischen Herrschenden an die deutschen Barone verkauft worden“, nun aber kämpften sie Schulter an Schulter mit den Russen an der Front und hätten in der Revolution gemeinsam den gleichen Despoten gestürzt.⁴⁵ Offenbar war es für die Organisatoren der Demonstration akzeptabel, ja sogar wünschenswert, die speziellen estnischen Erlebnisse in die breitere Erfahrung Russlands zu integrieren.

Am Tag der Tartuer Demonstration, dem 26. März, fanden auch in anderen estnischen Städten ähnliche Kundgebungen statt. Der größte Aufmarsch blieb jedoch der Hauptstadt vorbehalten. Die Demonstration in Petrograd am selben Tag war die größte, die jemals von estnischer Seite organisiert worden war. Dies ist kaum überraschend. Mit 60 000 Esten

43 Suur wabaduse-pidustus Tartus [Große Freiheitsfeier in Tartu], in: Postimees v. 24.3.1917, S. 2. Hervorhebung im Original.

44 Kohalikud teated – Suur wabaduse-pidustus Tartus [Örtliche Neuigkeiten – Große Freiheitsfeier in Tartu], in: Postimees v. 27.3.1917, S. 3. Der Begriff „nationale Selbstbestimmung“ ging auf die 1860er Jahre zurück und war 1914 von Lenin wieder in den politischen Diskurs gebracht worden. Vladimir I. Lenin: O prave natsij na samoopredelenie [1914] [Über das Recht der Nation auf Selbstbestimmung], in: Polnoe sobranie sočinenij. Bd. 25, Vilnius ⁵1983, S. 255-320. Woodrow Wilson skizzierte seine berühmten 14 Punkte erst am 8. Januar 1918 zum ersten Mal, und der Begriff „nationale Selbstbestimmung“ taucht weder hier noch in seinen Reden während des Krieges auf. Trygve Thrøntveit: The Fable of the Fourteen Points: Woodrow Wilson and National Self-Determination, in: Diplomatic History 35 (2011), S. 445-481, insbes. S. 446.

45 Vgl. Kohalikud teated (wie Anm. 44), S. 3.

hatte die russische Hauptstadt die größte estnische Zivilbevölkerung nach Tallinn. Hinzu kamen noch tausende estnische Soldaten, die in der lokalen Garnison stationiert waren. Im Gegensatz zur Einwohnerschaft Estlands und Livlands hatten sie die Revolution aus erster Hand erlebt.⁴⁶ Nach Berichten der zeitgenössischen Presse nahmen 40 000 Menschen, von denen 15 000 Soldaten waren, an der Demonstration teil.⁴⁷ Gleichzeitig ähnelte sie jener in Tartu sowohl hinsichtlich der minutiösen Organisation als auch der Forderungen, die auf ihr gestellt wurden. Die Menge versammelte sich bei der Lutherischen Estnischen Jaani-Kirche in der Officerskaja ulica 54A⁴⁸ und marschierte zum Tauridenpalast. Die Menschen trugen eine estnische Nationalfahne, sangen patriotische estnische Lieder und hielten Plakate in die Luft, auf denen eine „demokratische Republik“ und ein „autonomes Estland“ auf Grundlage des „Rechtes für nationale Selbstbestimmung“ gefordert wurden. Die Teilnahme der Soldaten zeigte sich in dem Aufruf nach einem „Krieg bis zum Ende“ und „mehr Kanonenkugeln“.⁴⁹

Ein weiteres Ereignis, auf dem die Loyalität zu Russland betont wurde, war der Besuch von Aleksandr Fedorovič Kerenskij, damals Justizminister, und der bereits legendären „Großmutter der Revolution“ Ekaterina Konstantinova Breško-Breškovskaja in Tallinn am 10. April. Es zeigte gleichzeitig, wie getrennt die Sphären der estnischen Öffentlichkeit noch waren. Die sehr gut besuchte Veranstaltung wurde im „Teataja“ in einem zweiteiligen Artikel auf der Titelseite ausführlich beschrieben.⁵⁰ Der „Postimees“ hielt es dagegen nicht für nötig, einen eigenen Korrespondenten zu schicken, sondern begnügte sich mit einer Zusammenfassung der Artikel der „örtlichen Zeitungen“. Inhaltlich gab es jedoch keine Meinungsverschiedenheiten. Der Sozialist Otto Strandman – einer der Autoren des estnischen Autonomieprojekts – drückte in seiner Rede an Kerenskij nur den Grundkonsens aus: „Auf der Suche nach einem Autonomiearrangement“, versicherte er, „war aus unseren Kreisen keine Stimme zu hören, die eine Abspaltung von Russland vorgeschlagen hätte.“⁵¹ Bereits einige Wochen zuvor hatte der „Tallinna Teataja“ sogar geschrieben, Estland könne nicht von Russland unabhängig sein „wollen“, wo doch selbst ein großes Land wie Österreich-Ungarn nicht ohne mächtige Nachbarn auskäme.⁵² Strandman fügte noch hinzu, dass das estnische Volk sein Schicksal in die Hände der noch zu wählenden Verfassungsgebenden Versammlung lege – auch dies ein Gemeinplatz unter den nichtbolschewistischen Parteien. Die Veranstaltung wurde mit dem Singen estnisch-patriotischer Lieder sowie der Arbeitermarseillaise beendet.⁵³

46 Vgl. Pajur, *Autonoomia* (wie Anm. 41), S. 241.

47 Vgl. *Uemad teated – Petrogradi eestlaste meealewaldus ja Eesti autonoomia* [Neueste Nachrichten – Demonstration der Esten von Petrograd und die estnische Autonomie], in: *Postimees* v. 27.3.1917, S. 3. Eine kritische Diskussion dieser Zahlen findet sich bei Pajur, *Autonoomia* (wie Anm. 41), S. 248.

48 Heute: ulica Dekabristov.

49 *Uemad teated – Eestlaste meealewaldus päälinnas* [Die letzten Neuigkeiten – Demonstration von Esten in der Hauptstadt], in: *Postimees* v. 28.3.1917, S. 3.

50 Vgl. *Kohtuminister Kerenski Tallinnas* [!] [1], in: *Tallinna Teataja* v. 10.4.1917; *Kohtuminister Kerenski Tallinnas* [!] [2], in: *Tallinna Teataja* v. 11.4.1917.

51 *Eesti miitingust Tallinnas* [Über die estnische Versammlung in Tallinn], in: *Postimees* v. 14.4.1917, S. 2.

52 Vgl. *Autonoomia* [Autonomie], in: *Tallinna Teataja* v. 18.3.1917, S. 2.

53 Vgl. *Miitingust* (wie Anm. 51).

5. Lokale und imperiale Erinnerung: Opfergedenken

Ein weiteres symbolisches Mittel der Integration estnischer Erlebnisse in ein imperiumweites Narrativ war die Beerdigung der Opfer der Revolution. In Russland wurden die Gedenkfeierlichkeiten zu den wichtigsten Feiertagen der Wochen nach der Februarrevolution.⁵⁴ Auch unter den Estinnen und Esten hatte es Opfer gegeben, sie aber hatten in der Regel in Russland gelebt und dort an revolutionären Ereignissen teilgenommen.⁵⁵ Um die revolutionären Ereignisse enger mit den lokalen Erlebnissen zu verknüpfen, war es daher notwendig, auf die Ereignisse von 1905 zurückzugreifen, die den Menschen noch frisch im Gedächtnis waren. Allerdings gab es ein Problem: Für viele Menschen hatten die Geschehnisse eher die Unmöglichkeit revolutionärer Veränderung gezeigt, als Anlass für Optimismus zu geben. Dies wurde umso sinnfälliger, wenn die Demonstrationen an den gleichen Orten stattfanden, an denen nach der ersten Revolution die Strafaktionen stattgefunden hatten. „Schreit und schreit nur, sie werden euch sicher eine gute Tracht Prügel verleihen, genauso wie 1905“ war die typische Bemerkung eines sarkastischen Beobachters.⁵⁶ Um ein Gegengewicht zu dieser negativen Erzählung zu schaffen, mussten die örtlichen Aktivisten die Revolution von 1905 als einen ersten Schritt zur gegenwärtigen Revolution präsentieren, sie mussten die Geschichte einer heroischen Vergangenheit und einer strahlenden Zukunft vermitteln. Aus diesem Grund wurden die Veteranen von 1905 ermutigt, auf öffentlichen Ereignissen von ihren Erlebnissen zu erzählen. Auch wurde bekannter Opfer von 1905 als Vorläufer gegenwärtiger Erfolge gedacht. In der Gemeinde Vigala im Landkreis Rapla war dies Bernhard Laipman, ein Aktivist aus der Bauernschaft, der im Januar 1906 von einem Strafbataillon erschossen worden war. Zu den Festivitäten an seinem Grab wurde ein Kranz aus Tallinn geschickt, der die Inschrift trug: „Du hast gewonnen! Lang lebe der Kampf!“⁵⁷ In der Stadt Viljandi hielt ein Schuster eine Rede über die Leiden von Ado Peet, dem früheren Herausgeber der Zeitung „Sakala“, der 1905 von einer Strafeinheit festgenommen worden war. Danach nahmen angeblich fast alle Bürgerinnen und Bürger Viljandis an einer Prozession zu jenem Ort teil, an dem die Aufständischen von 1905 begraben worden waren. Durch diese kollektiven Bemühungen wurde das Grab, das vorher weder durch ein Kreuz noch durch eine besondere Bepflanzung ausgezeichnet gewesen war, als neue Gedenkstätte etabliert.⁵⁸ Auch in Tallinn wurde ein Massengrab der Todesopfer von 1905 Ziel eines Umzugs, der laut „Tallinna Teataja“ alle bisherigen Demonstrationen weit in den Schatten stellte. Das Grab befand sich auf dem Rahumäe-Friedhof im Stadtteil Nõmme. Bezeichnenderweise spielte in der industriell geprägten Großstadt das nationale Narrativ kaum eine Rolle. Reden wurden nur von revolutionären Organisationen, Arbeiter- und Soldatenräten und -komitees sowie von Abgeordneten der Armeeeinheiten

54 Vgl. Figes, Kolonitskii, *Revolution* (wie Anm. 41), S. 46.

55 Der „Postimees“ zitierte den in Petrograd erscheinenden estnischsprachigen „Hauptstädtischen Anzeiger“ („Pealinna Teataja“), der die Listen der Revolutionsopfer auf estnische Namen hin durchgesehen hatte. Es waren 17 Tote und vier Verwundete. Uuemad Teated. Rewolutsioni ohwrite matmine 23. märtsi pääle edasi lükatud [Neueste Nachrichten. Die Beerdigung der Opfer der Revolution auf den 23. März verschoben], in: *Postimees* v. 16.4.1917, S. 3.

56 Kodumaalt (wie Anm. 37).

57 Vgl. Kuidas [2], (wie Anm. 26), S. 2.

58 Vgl. Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 6.

und Parteien gehalten. Die sonst so dominanten Vertreter der Vereine blieben außen vor. Nur ein einziger Redner, der bereits erwähnte Gewerkschaftler und Journalist Kasträ, trug auf Estnisch vor, alle anderen Reden wurden auf Russisch gehalten.⁵⁹ Es zeigt sich also, dass bei den Feierlichkeiten für 1905 ganz unterschiedliche Bedeutungsschichten in den Vordergrund rückten. Wurden auf einigen Veranstaltungen individuelle Märtyrergeschichten mit stark lokalem, meist estnisch-nationalem Beigeschmack betont, rückte andernorts eine allgemeine revolutionäre Darstellung des imperiumsweiten Revolutionsnarrativs in den Mittelpunkt. Dies allein stellte noch kein Problem dar. Der Bezug auf das Jahr 1905 und die Bindekräfte der noch als Gemeingut angesehenen Symbole reichten aus, um das Gefühl zu vermitteln, in unterschiedlicher Weise zu einer gemeinsamen Sache beizutragen. Welche Spannweite hier noch möglich war, mag neben dem Bericht im „Tallinna Teataja“ auch dessen Verfasser verdeutlichen. Es handelte sich um Kasträ, der sich auch sonst, trotz scharfer Kritik seiner bolschewistischen Parteigenossen, nicht davon abhalten ließ, für die „bürgerliche Presse“ zu schreiben. Umgekehrt druckte der „Tallinna Teataja“ seine Beiträge ungeachtet der Tatsache, dass er auch für das bolschewistische Konkurrenzblatt „Kiir“ arbeitete.⁶⁰

6. Territoriale und nationale Identität

Allen diesen Einigkeitsverlautbarungen und -beschwörungen zum Trotz war der Zusammenhalt während der ersten Wochen nach dem Sturz des Zaren doch brüchiger, als dies auf den ersten Blick den Anschein hat. Dass selbst unter den nationalen Eliten kaum Einigkeit bestand, zeigt die Auseinandersetzung um die Bedeutung, welche den bestehenden territorialen Einheiten – den Gouvernements Estland und Livland – in Zukunft zukommen sollte. Dass das Gouvernement Estland und der nördliche Teil des Gouvernements Livland längerfristig zu einer Verwaltungseinheit zusammengezogen werden sollte, die das estnische Siedlungsgebiet umfasste, war unstrittig. Die Idee war auch nicht neu; sie war bereits 1881 von frühen Repräsentanten der estnischen Nationalbewegung vorgebracht und von unterschiedlichen Aktivisten im Jahr 1905 wiederholt worden.⁶¹ Doch nun, als die Verwirklichung solcher Pläne zum Greifen nah war, kamen die Unterschiede in den kurzfristigen Zielvorstellungen an die Oberfläche. Zwischen den Delegierten der größeren Städte und Landkreise, die vom 11.–13. März in Tartu einen entsprechenden Entwurf diskutierten, kam es bald zu einem handfesten Streit um die territorialen Identitäten der beiden Teile des Siedlungsgebietes.⁶² Die Delegierten aus Tallinn waren der Meinung, dass Nordlivland ohne weitere Verzögerung mit dem Gouvernement Estland vereinigt werden sollte. Als Zentrum für diese neue Entität kam nur die estnische Gouvernementshauptstadt Tallinn in Frage, denn die livländische Hauptstadt war das lettische Riga. Dagegen erschien den nordlivländischen Delegierten eine solche vollständige Absorbierung durch das nörd-

59 Vgl. August Kasträ: Revolutsioonipüha [Revolutionsfeiertag], in: Tallinna Teataja v. 6.3.1917, S. 1.

60 Vgl. Karjahärm, Opositionäär (wie Anm. 11), S. 319.

61 Vgl. Toivo U. Raun: Estonia and the Estonians, Stanford ²2001 [1987], S. 65 f., 100.

62 Linnawolikogu (wie Anm. 38).

lichen Nachbargouvernement verfrüht.⁶³ Ihre Argumente ähnelten jenen, die eine Reihe von russischen politischen Publizisten im späten 19. Jahrhundert gegen eine zentralisierte Bürokratie vorgebracht hatten.⁶⁴ Die kulturellen, psychologischen und ökonomischen Unterschiede zwischen den beiden Gouvernements seien noch so groß, argumentierten sie, dass nur eine Verwaltung, die „nahe an den Menschen“ sei, auch angemessen auf ihre Bedürfnisse eingehen könne. Ein zentralisiertes Arrangement laufe dagegen Gefahr, ein „rein papiernes Unterfangen“ zu sein.⁶⁵ Daher hielten sie es für notwendig, dass Estland und Nordlivland zunächst noch getrennte Gouvernements bleiben sollten.⁶⁶ Am Ende fanden die Delegierten einen Kompromiss, nach dem der nordlivländische Teil vorerst einen eigenen „Gouvernementskommissar“ (*kubermangu-komissar*) bekommen sollte, beide Teile des neuen Gouvernements aber dasselbe Parlament (*maapäev*) teilen sollten.⁶⁷

Faktisch hatten alle diese Kompromisse kaum Auswirkungen. Über den weiteren Umgang mit dem estnischen Entwurf hatte eine Sonderkommission im Innenministerium unter der Leitung des stellvertretenden Innenministers Dmitri Mitrofanovič Ščepkin zu entscheiden, und diese zeigte keinerlei Neigung, Nordlivland als individuelle Einheit weiter existieren zu lassen. Die nordlivländische Gruppe schaffte es lediglich durchzusetzen, dass beide früheren Gouvernements einen eigenen stellvertretenden Gouvernementskommissar aufstellen konnten, wodurch Nordlivland eine gewisse Repräsentation erhielt. Doch macht die Episode klar, welche Haltung die Delegierten zu den Identitätsfragen hatten. Zunächst wird deutlich, dass regionale Unterschiede selbst für national ausgerichteten Aktivisten eine wichtige Rolle spielten. Einer von Tõnissons Biografen, der finnische Politiker und Historiker Erkki Tuomioja, hat mit Recht darauf hingewiesen, dass ein unabhängiger estnischer Nationalstaat für diesen offenbar in absehbarer Zukunft nicht vorstellbar war.⁶⁸ Abgesehen von den äußeren Umständen scheint Tõnisson auch den Grad der estnischen nationalen Integration als gering eingeschätzt zu haben. Regionale Identitäten erschienen ihm fürs Erste greifbarer und realer als eine gesamtestnische Identität. Natürlich könnte auch die Aussicht, durch eine vorschnelle Vereinigung, Macht an die politischen Eliten in Tallinn zu verlieren, eine Rolle gespielt haben.⁶⁹ Nicht zufällig waren solche Vermutungen eben im „Tallinna Teataja“ zu lesen, der über einen Vortrag des Sozialisten Strandman am 4. April im Tallinner Kulturverein „Pandorin“ berichtete. Strandman rief hier mit seiner Bemerkung einige Heiterkeit hervor, Tõnisson habe auf den Posten des nordlivländischen Gouverneurs spekuliert, wolle

63 Siehe die Zusammenfassung der Diskussion in – n: Tallinna autonomistid ja Eesti autonoomia [Die Autonomisten von Tallinn und die estnische Autonomie], in: Postimees v. 5.4.1917, S. 3.

64 Vgl. Frederick S. Starr: Decentralization and Self-Government in Russia, 1830–1970, Princeton 1972.

65 n, Autonomistid (wie Anm. 63).

66 Vgl. ebenda. Diese Lösung war bereits im März von Peeter Põld vorgeschlagen worden, siehe Suur rahwakoosolek „Wanemuises“ [Große Volksversammlung im „Wanemuine“], in: Postimees v. 8.3.1917, S. 3.

67 Vgl. Määrused eestlaste maa administratiivse walitsemise ja kohaliku omawalitsuse ajutise koralduse kohta [Erlasse über das vorläufige Projekt zur administrativen Regierung und örtlichen Selbstverwaltung des Landes der Esten], in: Postimees v. 22.3.1917, S. 3.

68 Vgl. Tuomioja, Tõnisson (wie Anm. 16), S. 114.

69 Eine detaillierte Zusammenfassung der entsprechenden Diskussion bietet Pajur, Autonoomia (wie Anm. 41), S. 232–235.

aber nicht stellvertretender Gouvernementskommissar werden.⁷⁰ Doch wurde in der Auseinandersetzung nicht zuletzt auch die Grundsatzdebatte darüber geführt, wer das richtige Verständnis des estnischen Volkes hatte, wer wusste, wer die Estinnen und Esten „in Wirklichkeit“ waren. Nach Ansicht Tõnissons hatten seine Kollegen aus dem Gouvernement Estland – und insbesondere die urbanen Journalisten und Politiker aus Tallinn – jeglichen Kontakt zum estnischen Volk verloren. Diese sahen ihrerseits Tõnisson und seine Leute als Beispiele sturer Rückständigkeit an, als Agrarromantiker, die die sozialen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte verschlafen hatten. Es ist kaum überraschend, dass dieser Streit um die politische Richtung in den führenden Zeitungen ausgetragen wurde: dem „Postimees“ aus Tartu auf der einen, dem „Päevaleht“ (Tagesblatt) und dem „Tallinna Teataja“ auf der anderen Seite. Beide stellten Tõnisson als Mann der Vergangenheit dar. Einige argwöhnten, der Grund für seinen Widerstand gegen die Vereinigung der Gouvernements in der gegebenen Form liege darin, dass er „Angst vor der Tallinner Demokratie“ habe.⁷¹ Und der sozialdemokratisch orientierte Journalist und Politiker Jüri Wilms schreckte in einer späteren Streiterei nicht davor zurück, im „Päevaleht“ zu behaupten, Tõnissons Geist sei „aufgrund seines Alters schwach“ geworden.⁷² Tõnisson war 48 Jahre alt – 20 Jahre älter als Wilms. Schon damals waren Identitätsstreitigkeiten auch Generationskonflikte.

7. Ethnische Identität als inklusiver und exklusiver Faktor

Das neu gebildete Gouvernement musste nicht nur Territorien mit unterschiedlicher Geschichte integrieren, auch seine eigentliche Grundlage, die ethnische Gleichheit seiner Bewohnerinnen und Bewohner, und ihr Anspruch, die wahre Heimat des estnischen Volks zu sein, war nicht unproblematisch. Denn dieser Anspruch musste zwei Gruppen in den Fokus bringen, die im imperialen Kontext vor 1917 noch unproblematisch gewesen waren. Die einen waren jene Menschen estnischer Herkunft, die an unterschiedlichen Orten des russländischen Imperiums außerhalb der Grenzen des neuen estnischen Gouvernements lebten. Die anderen waren die Nichtestinnen und -esten, die sich innerhalb des estnischen Gouvernements befanden.

Die Größe der ersten Gruppe war durchaus bedeutend. Nach dem Zensus von 1897 hielt sich fast 12% der gesamten estnischen Bevölkerung außerhalb des neuen Gouvernements auf. Die meisten von ihnen lebten in Petrograd und dem Petrograder Gouvernement, viele auch im benachbarten Pskover Gouvernerment, einige weitere in Sibirien und am Schwarzen Meer.⁷³ Sie als Teil des estnischen Volkes in das Bewusstsein der Bevölkerung des Estnischen Gouvernements zu bringen, war ein Langzeitprojekt, das sich in einer Reihe von Artikelserien besonders im „Postimees“ niederschlug.

70 Vgl. Eestimaa ajutises korraldusest [Über die provisorische Ordnung Estlands], in: Tallinna Teataja v. 5.4.1917, S. 2.

71 Vgl. ebenda.

72 Zit. nach: Mõisted. Meelsust [Begriffe. Gesinnung], in: Postimees v. 25.5.1917, S. 3.

73 Vgl. Viktor Maamägi [Maamjagi]: Õstonskie poselency v SSSR 1917–1940 gg. [Estnische Siedler in der UdSSR 1917–1940], Tallinn 1976, S. 22.

Vorerst war eine andere Gruppe von Estinnen und Esten jenseits der Gouvernementsgrenzen wichtiger: Bei der Gründung des provisorischen vergrößerten estnischen Gouvernements war die Grenzfrage mit dem lettischen Teil des Gouvernements Livland nicht vollständig geklärt worden.⁷⁴ Da die Bevölkerung im Grenzgebiet ethnisch gemischt war, sollte eine Vermittlungskommission die Präferenzen der Mehrheit eruieren, damit die Grenze entsprechend korrigiert werden konnte.⁷⁵ Unvermeidlich hatte ihre Aktivität die Auswirkung, dass Menschen, denen die eigene ethnische Selbstzuordnung bislang gleichgültig gewesen war, nun gezwungen wurden, Stellung zu beziehen.⁷⁶ Auch war die subjektive Frage der Zugehörigkeit nun mit einer materiellen Grenze verbunden, die der Angelegenheit eine größere Dringlichkeit verlieh. Entsprechend trug die Berichterstattung, die teilweise von lokalen Korrespondenten stammte, bald die Züge einer nationalen Mobilisierung. Der „Postimees“ beklagte im Mai 1917, dass der Wille zunehmend schwinde, Kompromisse zu schließen und Toleranz walten zu lassen.⁷⁷ Für diese Entwicklung machte er einseitig die lettische Seite verantwortlich, deren Handlungen von dem Ziel geleitet seien, ein „Groß-Lettland“ zu schaffen.⁷⁸ Zu diesem Zweck versuche sie, die örtliche Macht einschließlich der Miliz zu übernehmen. Auch überhöhe sie die Bedeutung der lettischen Kultur und Geschichte in diesen Gebieten auf Kosten der estnischen und stelle die estnische Bevölkerung als „minderwertige mongolische Brut“ dar.⁷⁹ In Abgrenzung dazu beschrieb der „Postimees“ die Esten als moderates, manchmal jedoch zu passives Volk. Das Resümee der Darstellung hatte einen alarmistischen Beigeschmack: Wenn sich die estnische Bevölkerung nicht dazu entschließen könne, klar Position zu beziehen und die nationale Sache zu unterstützen, werde sie bald Opfer des lettischen Assimilationsdrucks werden.⁸⁰

Jenseits der Grenzfrage wurde das Thema nationaler Minderheiten in den Zeitungen weitaus besonnener behandelt. Der „Tallinna Teataja“ wandte sich scharf gegen die Behauptungen, bei Versammlungen der „Bürgerlichen“ in Tallinn und Tartu sei es zu feindseligen Aufrufen gegen Russen und Orthodoxe gekommen.⁸¹ Die Journalisten bauten in der Regel darauf, dass die richtigen Verfahren für ein einvernehmliches Miteinander sorgten. Als etwa ein hauptsächlich aus russischen Behördenangestellten bestehendes „Komitee der Russischen Bürger von Viljandi“ ankündigte, es sei an der Zeit, eine „Baltische Vereinigung zur Förderung der russischen Bürger“ zu gründen, waren die Reaktionen gelassen.

74 Die lettische Bevölkerung hatte kein eigenes Gouvernement zugesprochen bekommen, da Teile ihres Siedlungsgebietes noch unter deutscher Besatzung waren, und zudem das von ihr beanspruchte Gebiet Lettgallen Teil des Vitebsker Gouvernements war.

75 Vgl. Karjahärm, *Eesti* (wie Anm. 33), S. 415.

76 Zum Phänomen der „nationalen Indifferenz“ und den Problemen ihrer Erforschung vgl. Tara Zahra: *Imagined Noncommunities: National Indifference as a Category of Analysis*, in: *Slavic Review* 69 (2010), S. 93-119.

77 Vgl. *Läti marurahwuslised püüded Eesti-Läti piiril* [Lettische radikalnationalistische Versuche an der Estnisch-Lettischen Grenze], in: *Postimees* v. 27.5.1917, S. 4.

78 Vgl. *Eesti-Läti piiril elawatel eestlastel Läti marurahwusline surwe oodata* [Die an der estnisch-lettischen Grenzen lebenden Esten müssen mit lettischem, nationalistischem Druck rechnen], in: *Postimees* v. 10.4.1917, S. 2.

79 *Püüded* (wie Anm. 77).

80 Vgl. *Üleskutse Paju walla eestlastele* [Aufruf an die Esten der Gemeinde Paju], in: *Postimees* v. 26.5.1917, S. 3.

81 *Ajakirjandus* [Presse], in: *Tallinna Teataja* v. 24.4.1917, S. 2.

Die Versicherung der russischen Aktivisten, sie seien nicht an einer Rückkehr zur „alten Ordnung“ interessiert, schuf eine gemeinsame Basis. Unter diesen Bedingungen konnte der „Postimees“ betonen, dass ihre Pläne keine Gefahr darstellten. Ohnehin habe die estnische Mehrheit beschlossen, dass den „gerechtfertigten Interessen der Minderheitenvölker, die in unserem Land“ leben, „volle Aufmerksamkeit“ geschenkt werde.⁸² Implizit macht die Formulierung klar, dass die Minderheiten zu akzeptieren hatten, das „unser Land“ nun den Estinnen und Esten gehörte. Doch standen die Minderheitenrechte außer Frage.

Überraschend geringes Interesse brachten die beiden Zeitungen der deutschbaltischen Minderheit entgegen. Selbst der „Postimees“, dem in früheren Jahren die Auseinandersetzung mit der deutschbaltischen Oberschicht ein wesentliches Anliegen gewesen war, ignorierte sie in den Monaten nach der Februarrevolution weitgehend. So tauchten zwar auf den großen Demonstrationen durchaus gegen die „baltischen Barone“ gerichtete Slogans auf, die von den Zeitungen weiter verbreitet wurden. Auch bedeutete die Auflösung des alten Stadtrats von Tartu, die Mitte März einige mediale Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, nicht zuletzt die Absetzung der alten deutschbaltischen Eliten. Doch argumentierte der „Postimees“ kaum mit historischen Gründen, sondern verwies vielmehr darauf, dass der gegenwärtige Stadtrat das Vertrauen der Menschen verloren habe.⁸³ Ja, nicht einmal die populäre Formulierung von „700 Jahren Unterdrückung“ durch die Deutschen, die das Geschichtsbild der Nationalbewegung formelhaft zusammenfasste, fand hier Anwendung. Es scheint, dass er in der konkreten historischen Situation keine Funktion mehr hatte. Ein Grund dafür mag darin gelegen haben, dass der Verlust der politischen Macht das öffentliche Interesse an der alten Oberschicht drastisch vermindert hatte. Deutschbaltische Loyalitätsbekundungen gegenüber dem Gouvernementskommissar von Estland, Jaan Poska, und der provisorischen Regierung durch Ritterschaftshauptmann Baron Dellingshausen fanden kaum Resonanz. Dasselbe gilt für deutschbaltische Versuche, eigene Autonomiepläne aus September 1915 wiederzubeleben. Angesichts der direkten Verhandlungen, die Tönisson mit seinem früheren Duma-Kollegen Fürst Georgi Evgenevič L'ov führte, dürften die Bestrebungen der Deutschbalten den estnischen Eliten nur noch anachronistisch erschienen sein.⁸⁴ Nun ging es darum, sich auf die eigenen Institutionen, Kontakte und Netzwerke zu stützen und mit den neuen Machthabern in Petrograd zu verhandeln. Die deutschbaltische Vormachtstellung erschien für eine kurze Zeit nur noch als kleiner, lokaler Teil einer systemischen Unterdrückung durch die Autokratie, unter der das ganze Imperium gelitten hatte. Unter diesen Bedingungen taugten die Deutschbalten nicht einmal mehr als Feindbild. Dies

82 Eestimaa wenelased hakkawad endid korraldama [Die Russen Estlands beginnen sich zu organisieren], in: Postimees v. 5.4.1917, S. 3.

83 Vgl. Kohalikud teated – Tartu Eesti seltside ja ühiskondliste korralduste asemikkude-kogu [Örtliche Nachrichten – Tartuer Delegiertenversammlung der Estnischen Vereine und gesellschaftlichen Organisationen], in: Postimees v. 13.3.1917, S. 3; Kohalikud teated – Tartu linnawalitsuse uuendamisest [Örtliche Nachrichten – Die Erneuerung der Stadtregierung von Tartu], in: Postimees v. 18.3.1917, S. 5.

84 Aru, Tönisson (wie Anm. 35), S. 317. Wittram weist darauf hin, dass Jaan Raamot die Pläne immerhin mit Baron Dellingshausen diskutierte. Reinhard Wittram: Die baltische Frage als Problem der Russischen Provisorischen Regierung, in: Jürgen von Hehn u.a. (Hrsg.): Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten: Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland 1918–1920, Bd. 2, Marburg 1971/77, S. 69–96, insbes. S. 73.

sollte sich erst wieder ändern, als Deutschland das Land im Zuge des Kriegs besetzte und viele Deutschbalten weitergehende Annexionspläne begrüßten und unterstützten.

8. Soziale und nationale Identität

Es gab noch weitere Gründe dafür, dass das ethnische Selbstverständnis im estnischen Siedlungsgebiet bei vielen Menschen noch provisorischen Charakter hatte. Nationalität war nicht die einzige Kategorie, die während dieser Zeit des Wandels einen Gemeinschaftssinn erzeugen konnte. Und nicht alle waren der Meinung, dass sie die wichtigste sei. So ist nicht immer auszumachen, welche Identifikationsangebote für die Menschen handlungsrelevant, und wie kompatibel sie miteinander waren. In der Presse von 1917 erhielten neben der ethnischen Identität drei Kategorien besondere Aufmerksamkeit: soziale Zugehörigkeit, Geschlecht sowie das Bekenntnis zu demokratischen und rechtsstaatlichen Prozeduren. Natürlich schlossen sich die Kategorien nicht gegenseitig aus. Im Gegenteil: Die Trennung zwischen Esten und Deutschbalten war ebenso ethnisch wie sozial. Und auch das Beharren auf demokratische Partizipation kann als das Bestreben gesehen werden, den ethnischen Estinnen und Esten die Macht zu geben, die ihnen rein numerisch zustand. Zuletzt konnte auch die Rolle der Frauen sowohl innerhalb als auch außerhalb eines nationalen Paradigma gesehen werden und hing zudem unmittelbar mit ihrer sozialen Stellung zusammen. Und dennoch hatten Forderungen nach sozialer und Geschlechtergleichstellung ebenso wie jene nach einer demokratischen Teilhabe häufig einen universelleren Charakter als die Identifikation mit einer ethnischen Gruppe. Die Abwägung dieser Faktoren und ihre Integration in ein nationales Narrativ war kein gradliniger Vorgang.

Die Bedeutung der „sozialen Zugehörigkeit“ wurde besonders von den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten betont. In Tallinn war ein solcher Sowjet bereits am 3. März gegründet worden. Weitere Sowjets wurden in anderen Städten gebildet.⁸⁵ Während die nach der Februarrevolution eingestellten Gouvernementskommissare Jaan Poska (Estland) und Andrejs Krastkalns (Livland) und ihre Verwaltungen der Provisorischen Regierung unterstanden, waren diese Sowjets den entsprechenden Sowjets in Petrograd verantwortlich. Auf diese Weise hatte sich, ebenso wie in Russland, auch in den Ostseegouvernements in den Tagen nach der Abdankung des Zaren eine Doppelherrschaft etabliert.

Da die Sowjets meist aus Organisationen in Fabriken und der Armee entstanden, gab es in ihnen einen starken russischen Anteil, der den estnischen um ein Drittel überschritt. An den meisten Orten wurden die Sowjets von den Sozialrevolutionären dominiert, an manchen auch von den Menschewiken. Neben den Parteien waren im Tallinner Sowjet auch Delegierte der Stadtverordnetenversammlung und der estnischen Vereine vertreten.⁸⁶ Allerdings hatte die Arbeit im Sowjet für sie meist nur nebensächliche Bedeutung und sie taten sich weder durch Einsatz noch Präsenz hervor.⁸⁷ Im Allgemeinen erschien den Sowjets eher die soziale

85 Vgl. Karjahärm, Eesti (wie Anm. 33), S. 412; Kuidas [2] (wie Anm. 26), S. 2.

86 Vgl. Karjahärm, Eesti (wie Anm. 33), S. 412.

87 Kohalikud teated – Tööliste saadikute nõukogu ja kohalik Eesti seltskond [Örtliche Nachrichten – Der Rat der Arbeiterdeputierten und die örtliche estnische Gesellschaft], in: Tallinna Teataja v. 6.4.1917, S. 3.

Klasse und nicht die Ethnizität als der Kitt, der die Gesellschaft zusammen halten sollte. Ihre Perspektive war mehr international denn national ausgerichtet.

In den Wochen unmittelbar nach der Revolution, scheint diese Konzentration auf die Klassenkategorie auch für die eher national gesinnten Politiker und Publizisten kein Problem gewesen sein. Die Bedeutung der sozialen Frage wurde unter den politisch aktiven Menschen in Estland generell nicht angezweifelt. Nicht nur im linken politischen Spektrum wurde das Ziel verfolgt, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu organisieren, um sie in den großen Kampf um die Freiheit zu integrieren. Im März schrieb der „Postimees“ zustimmend über eine Versammlung der „nicht organisierten Arbeiter“, die das Ziel verfolgte, „auch diese in einer bestimmten Weise zu vereinen und sie aufzurufen, sich tatsächlich an der Diskussion der brennenden aktuellen Fragen zu beteiligen.“⁸⁸ Entsprechend äußerte auch der „Postimees“-Redakteur Anton Jürgenstein noch im April 1917 in einer Rede die Hoffnung, dass der Kampf zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien „seine übertriebene Schärfe verliert, indem die Sozialisten – mit Ausnahme der Bolschewisten – ein volles Verständnis für die nationale Frage zeigen und die Bürgerlichen mit den meisten sozialen Forderungen der Sozialisten übereinstimmen.“⁸⁹ Tatsächlich war die Beziehung zwischen sozialen und nationalen Forderungen zu diesem Zeitpunkt jedoch alles andere als klar und wurde in Zeiten des politischen Wandels ständig neu verhandelt. Ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel ist der Abstinzlerverein „Walwaja“ aus Tallinn. Obwohl entsprechende Vereine traditionell eng mit der Nationalbewegung verbunden gewesen waren, nannte sich dieser Verein im März in „Sozialdemokratischer Abstinzlerverein“ um, da seine Mitglieder zum Großteil Arbeiter waren.⁹⁰

Ungeachtet von Jürgensteins Optimismus wurde die Frage von Nation versus Klasse bald ein Stein des Anstoßes. Schon während der oben erwähnten Demonstration in Petrograd hatten bolschewistische estnische Arbeiter ihre Konationalen in der Hauptstadt gewarnt, „an dem Ereignis der bourgeoisen Kreise“ teilzunehmen.⁹¹ Diese Meinung wurde auch von vielen gemäßigeren Sozialdemokraten in Petrograd und an anderen Orten geteilt, ungeachtet der Tatsache, dass sogar die bolschewistische „Pravda“ noch unlängst eine Autonomielösung befürwortet hatte.⁹² In Estland wurde dieser Punkt bald zum Anlass eines ernsthaften Machtkampfes zwischen den Sowjets und den Anhängern der provisorischen Regierung. Bezeichnenderweise wurde er auf eben jener symbolischen Ebene ausgetragen, auf der kurz zuvor noch die Einigkeit bestärkt worden war: Es ging um Flaggen und genauer um die Nutzung der blau-schwarz-weißen Fahne auf den Feierlichkeiten zum Ersten Mai. Obwohl der Rat der Arbeiter und Soldaten das Mitführen nationaler Flaggen auf dem Demonstrationszug für nicht wünschenswert erklärt hatte, waren lettische, polnische, jüdische und tschechische Fahnen am Ende stillschweigend akzeptiert worden. Dagegen waren die Trägerinnen und

88 Kohalikud teated – Koosolekute asjus „Wanemuises“ [Örtliche Nachrichten – In der Angelegenheit der Versammlungen im „Wanemuine“], in: Postimees v. 20.3.1917, S. 3.

89 Uemad teated – Tartu Eesti Naisseltsi kõnekoosolek [Neueste Nachrichten – Redeversammlung des Tartuer Estnischen Frauenverbands], in: Postimees v. 20.4.1917, S. 3.

90 Vgl. Uemad teated – Esimene sotsialdemokratlike karskuseselts [Neueste Nachrichten – Der erste sozialdemokratische Abstinzlerverein], in: Postimees v. 15.3.1917, S. 2.

91 Lahkhelid rahvuslise autonoomia nõudmisel [Misstöne bei der Forderung nach nationaler Autonomie], in: Postimees v. 28.3.1917, S. 2.

92 Ebenda.

Träger estnischer Fahnen den Berichten zufolge bald einer regelrechten Hetzjagd durch aufgebrachte Demonstranten ausgesetzt gewesen. Diese hätten selbst die an den Häusern angebrachten blau-schwarz-weißen Nationalflaggen von den Dächern heruntergerissen und seien zu diesem Zweck sogar in Privathäuser eingedrungen.⁹³

Da die Vorkommnisse in Tallinn stattgefunden hatten, erstaunt es nicht, dass der „Tallinna Teataja“ besonders ausführlich darüber berichtete. Ein Beitrag „über die Schändung der estnischen Flagge“⁹⁴ ließ bereits in der Schlagzeile keinen Zweifel an der Haltung der Redaktion zu. Der „Postimees“ schloss sich dieser Bewertung vier Tage später unter demselben Titel an.⁹⁵ Die in beiden Zeitungen geschilderte Debatte im Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten macht indessen deutlich, in welcher Zwickmühle sich seine Delegierten befanden. Viele von ihnen standen der estnischen nationalen Sache alles andere als ablehnend gegenüber und Delegierte wie Wilms, Rein-Roman Eliaser (ein Herausgeber des „Tallinna Teataja“) und Jaan Teemant übten in diesem Sinne scharfe Kritik an dem gewalttätigen Vorgehen. Die abschließende Erklärung des Sowjets hatte etwas von einem unbequemen Kompromiss: Auf der einen Seite verdammt sie das Herunterreißen der Fahnen als Gewaltakt und erklärte in allgemeineren Begriffen, dass Selbstjustiz, Einbrüche in Privathäuser von Bürgern und die Anwendung von Gewalt inakzeptabel seien. Auf der anderen Seite erklärte der Sowjet einstimmig, dass der Erste Mai ein internationaler Feiertag, das Hissen von Nationalflaggen aber eine Verletzung des Prinzips des Internationalismus sei. Viele Delegierte des Sowjets fanden auch, dass der Erste Mai nur ein Arbeiterfeiertag sei, weshalb ausschließlich die rote Fahne zu hissen sei.⁹⁶ Die Äußerungen des Sowjets waren insofern ein Wendepunkt, als dass in ihnen die estnische Nationalfahne und die rote Fahne explizit für inkompatibel erklärt wurden. Implizit verdeutlichte der Sowjet damit auch, dass die rote Fahne kein Symbol mehr war, das von allen nach Belieben genutzt werden konnte. Der „Kampf um die exklusive Kontrolle über diese Symbole“, den Figes und Kolonitski in ihrem grundlegenden Werk über die Symbole der Revolution dargestellt haben,⁹⁷ begann in Estland spätestens mit diesem Ereignis. Er beendete die kurze Phase nach dem Umsturz, in der allgemeiner Konsens zu herrschen schien, und die Menschen noch „außer sich vor Freude“ waren.⁹⁸

Fukuyama hat das Streben nach Würde als einen Kern der Auseinandersetzungen um Identität ausgemacht und ihn als „Kampf, gesehen und wertgeschätzt zu werden“ bezeichnet.⁹⁹ Der Fahnenstreit bestätigt diese Interpretation, fügt ihr aber noch einen wichtigen Aspekt hinzu. Der Vorsitzende und der Sekretär des estnischen Schriftstellerverbandes, Eduard Hubel (Mait Metsanurk) und Jaan Lintrop, machten in einem offenen Brief des Verbandes zunächst deutlich, dass sie am Verhalten der Demonstrierenden insbesondere der fehlende Respekt vor den spezifischen estnischen Unterdrückungserfahrungen empörte.

93 Eesti lippude teostamise-asi [Die Angelegenheit der Beleidigung der estnischen Flagge], in: Tallinna Teataja v. 1.4.1917, S. 1.

94 Ebenda.

95 Vgl. Eesti lipu teostamise-asi Tallinnas [Die Angelegenheit der Beleidigung der estnischen Flagge in Reval], in: Postimees v. 24.4.1917, S. 3.

96 Vgl. Teostamise-asi (wie Anm. 93); Teostamise-asi Tallinnas (wie Anm. 95).

97 Vgl. Figes, Kolonitskii, Revolution (wie Anm. 41), S. 188.

98 Karjahärm, Eesti (wie Anm. 33), S. 412.

99 Vgl. Fukuyama, Identity (wie Anm. 4), S. 16, 222.

Denn die estnische Nationalfahne sei nicht Symbol für Gewalt und Unterdrückung eines anderen Volks, sondern stehe für ein kleines Volk, das selbst unter Repressalien gelitten habe. Bezeichnenderweise kritisierten Hubel und Lindtrop insbesondere den „abstrakten Internationalismus“ des Sowjets, der keinen Raum für diese spezifischen Erfahrung ließ. Ihrer Meinung nach war die individuelle Freiheit der Estinnen und Esten auf Grundlage der „weltweiten Freiheit der Völker, Gleichberechtigung und Bruderschaft“ grob verletzt worden: „Die nationale Ehre wurde im Namen der internationalen Gleichberechtigung niedergetrampelt“.¹⁰⁰ Hinzu kam aber auch ein Argument, das nur mittelbar mit der Frage der Würde zusammenhing: Der Respekt für die nationalen Symbole war für die beiden Autoren gleichzeitig immer auch eine Frage der eben erlangten demokratischen Rechte, und seine Verweigerung im Falle der estnischen Nationalfahnen nichts weniger als ein Angriff auf die Grundfesten des neuen Staates. Ihrer Ansicht nach hatten die Angriffe auf die estnischen Fahnen die „individuellen und besonders die Bürgerwerte der estnischen Mitbürger in einer so groben Weise geschändet, wie dies selbst in der Zeit des Zarismus nicht geschehen ist.“¹⁰¹ Mit bitterem Sarkasmus kommentierte der „Tallinna Teataja“ an anderer Stelle, die Gewalttaten hätten gezeigt, „wie reif ein Teil der Bürger für die bürgerlichen Freiheiten ist“.¹⁰²

9. Geschlecht als weitere Kategorie der Zugehörigkeit

Wenn es also zwischen sozialen und ethnischen Identitätskonzepten gewisse Reibungen geben konnte, verlief das Zusammenspiel in einem anderen Bereich einvernehmlicher: Geschlecht als Identitätskategorie wurde relativ erfolgreich in die Selbstbeschreibungen des nationalen Befreiungskampfes integriert. Selbstverständlich war dies nicht. Estnische Frauenorganisationen hatten in der estnischen Vereinslandschaft ein gehöriges Eigengewicht und waren nicht vollständig in der Nationalbewegung aufgegangen. Denn diese war eine fast ausschließlich männliche Angelegenheit, deren Vereine und Verbände Frauen in der Regel ausschlossen.¹⁰³ Dagegen zeichneten sich die frühen Teilnehmerinnen der estnischen Frauenbewegung durch eine starke internationale Vernetzung aus, da die meisten von ihnen erzwungenermaßen außerhalb der Ostseeprovinzen studiert hatten. Frauen wurden an der Universität Tartu erst ab 1915 zum Studium zugelassen und mussten daher vorher nach Helsinki, Paris, London, St. Petersburg, Bern und anderen Städten ausweichen.¹⁰⁴

100 Eduard Hubel, Jaan Lintrop: Protest [Protest], in: Postimees v. 25.5.1917, S. 3.

101 Ebenda.

102 R. Berendsen: Kudas kodanlist wabadust jalge alla tallatakse [Wie die bürgerliche Freiheit mit Füßen getreten wird], in: Tallinna Teataja v. 11.4.1917, S. 2.

103 Vgl. Sirje Kivimäe: Esimesed naisseltsid Eestis ja nende tegelased [Die ersten Frauenvereine in Estland und ihre Akteure], in: Ea Jansen, Jaanus Arukaevu (Hrsg.): Seltsid ja ühiskonna muutumine. Talupojajäihiskonnast rahvusriigini. Artiklite kogumik [Vereine und die Veränderung der Gesellschaft. Von der Bauerngesellschaft zum Nationalstaat. Sammelband], Tallinn 1995, S. 118-135, insbes. S. 122, 128.

104 Vgl. dies., Frauen und Frauenbewegung in Estland von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in: Archiv für Sozialgeschichte 34 (1994), S. 199-221, insbes. S. 208.

Die Widersprüche zwischen diesen Frauenrechtlerinnen und der Nationalbewegung lassen sich am Beispiel Tõnissons exemplifizieren. Seine Meinung, welche Rolle Frauen in der Gesellschaft spielen sollten, war stark von kleinbürgerlichen patriarchalischen Konzepten geprägt. Die Tätigkeit der Frauen sollte sich auf den Haushalt und die Erziehung der Kinder beschränken. Ironischerweise hatte diese Rollenaufteilung kaum eine estnische Tradition, sondern kann als Gegenreaktion auf den Lebensstil der deutschbaltischen Oberschicht aufgefasst werden, die dem Vorbild der „kleinen“ Deutschen in den Städten und auf dem Land nachgezeichnet worden war.¹⁰⁵ Tõnisson sah die Frauenfrage lange Zeit als Problem an, dem mit moralischem Konservatismus zu begegnen sei. Im Jahr 1905 nutzte er den „Postimees“, um in einem siebenteiligen Artikel persönliche Angriffe gegen politisch aktive Schülerinnen des Puschkin-Gymnasiums in Tartu zu drucken. Er beschuldigte sie, „freie Liebe“ zu praktizieren, was er als „Ausdruck des sexuellen Niedergangs“ deutete. Dieser manifestierte sich unter anderem auch in ihrer Entscheidung, die Haare kurz zu tragen.¹⁰⁶ Es kann also gesagt werden, dass gerade die Beziehungen zwischen den Kämpferinnen für Frauenrechte und dem „Postimees“ nicht unter dem günstigsten Stern standen.

Überraschenderweise waren solche Auseinandersetzungen in der gemeinschaftstiftenden Atmosphäre des Februar vorerst vergessen. Es ist geradezu frappierend, mit wie viel Zustimmung die Zeitung über die Vielzahl an Aktivitäten und Veranstaltungen berichtete, die in den Wochen nach der Revolution von unterschiedlichen Frauenorganisationen auf die Beine gestellt wurden. Dafür ließen sich unterschiedliche Gründe aufführen. Die einen liegen in einem gewissen Lernprozess, der innerhalb des vorangegangenen Jahrzehnts bei einigen männlichen Protagonisten vor sich gegangen war. Dies kann besonders für Tõnisson behauptet werden, der enge persönliche Freundschaften mit einigen außerordentlich unabhängigen Frauen pflegte – offenbar war die Bereitschaft zum Dialog auch in Zeiten wachsender Polarisierung noch groß.¹⁰⁷ Hinzu kamen professionelle Kontakte. Bereits früher hatte es Formen der Zusammenarbeit von Frauenorganisationen mit anderen Verbänden gegeben. So hatte beispielsweise die von Tõnisson geleitete „Tartuer Estnische Bauerngesellschaft“ Möglichkeiten für Frauenaktivitäten geboten, obgleich nur in schmalen Bereichen wie sozialer Arbeit oder Handarbeit. Nationale, soziale und wirtschaftliche Anliegen hatten zu einer engeren, wenn auch nicht immer konfliktfreien Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Organisationen geführt.¹⁰⁸

Die Februarrevolution stärkte die Position der Frauenorganisationen ungemein. Kaum eine große Versammlung wurde abgehalten, ohne dass eine Rednerin die Gleichberechtigung für Frauen und insbesondere das Wahlrecht gefordert hätte. Bei manchen Veranstaltungen waren die Frauen sogar in der Mehrheit.¹⁰⁹ Auch als Organisatorinnen von Veranstaltungen auf Zentral- und Provinzebene konnten sie nicht ignoriert werden. Die in der Politik dominierenden Männer begriffen dies. Konstantin Päts sprach auf einer außerordentlichen Hauptversammlung des Frauenverbands in Tallinn über die Tätigkeit der Frau in der städtischen Selbstverwaltung, und auch Kerenskij schloss seinen Besuch in Tallinn mit einem

105 Vgl. dies., Naisseltsid (wie Anm. 102), S. 125.

106 Aru, Kirg (wie Anm. 14), S. 142.

107 Vgl. dies., Tõnisson, S. 290; Tuomioja, Tõnisson (wie Anm. 16).

108 Vgl. Kivimäe, Naisseltsid (wie Anm. 102), S. 129.

109 Vgl. Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 6.

Besuch dieses Verbands ab.¹¹⁰ Bezeichnenderweise sahen die männlichen Protagonisten die Interessen der Frauen in den existierenden, meist männerdominierten Bewegungen gut aufgehoben. Jürgenstein stellte im Sinne der Nationalbewegung fest, in Estland seien die Frauen in einer glücklichen Lage, da die estnischen Männer ihre Gleichheit bedingungslos anerkannten.¹¹¹ Und für die Arbeiter/-innenbewegung behauptete Kerenskij während seines Besuchs in Tallinn schlankweg, die Frauen in Russland seien „in der Arbeiterschaft und im politischen Kampf immer gleichberechtigt gewesen“.¹¹²

Die Frauen wollten sich allerdings auf die soziale und ethnische Solidarität nicht verlassen, wenn es um ihre Zukunft ging. Vielmehr bauten sie durchaus auf Regelungen, die ihnen auf Grundlage ihres Geschlechts bestimmte Rechte gaben. So findet sich unter den Forderungen des im Mai 1917 veranstalteten Estnischen Frauenkongresses auch jene nach einer Art Quotenregelung, die den Frauen in den meisten gewählten Institutionen einen festen Anteil der Sitze zusichern sollte.¹¹³ Solche Forderungen waren in der europäischen Frauenbewegung weit verbreitet. Entsprechend betonte die Doktorin der Wirtschaftswissenschaften Johanna Rebane-Sild (Sild-Rebane) auf einer früheren Versammlung auch die Zugehörigkeit der estnischen Frauen zu den russischen Frauenrechtlerinnen, und stellte ihre Tätigkeit in den größeren Zusammenhang ähnlicher Aktivitäten in England, Deutschland, Russland und Norwegen.¹¹⁴

Auf der anderen Seite betteten die estnischen Aktivistinnen ihre Forderungen immer wieder in das estnische nationale Narrativ ein, indem sie die positive Rolle betonten, die Frauen in einer Zeit spielen könnten, „wo unser Volk die Hoffnung hat, sich von der früheren Unterdrückung zu befreien, und seine Angelegenheiten selbst zu regeln.“¹¹⁵ Eine Rednerin betonte auf dem Kongress in diesem Sinne die Bedeutung einer estnischen Schulerziehung als Alternative zu den „armseligen deutschen Näh- und Sprachschulen“.¹¹⁶ Und natürlich wurden auch die Versammlungen des Frauenverbands mit dem Singen patriotischer Lieder abgeschlossen.¹¹⁷ Auf diese Weise entstand ein erfolgreiches Zusammenspiel: Die Frauenbewegung kämpfte Seite an Seite mit den Männern für die gemeinsame (estnische) Freiheit. Dass später die Teilhabe von Frauen an politischen Ämtern in der Estnischen Republik ihren Optimismus dieser Zeit nicht rechtfertigen sollte, steht auf einem anderen Blatt.

Als schwieriger erwies es sich, den sozialen Faktor mit einzubinden. Nicht zufälligerweise wurden Konflikte zwischen Gender- und sozialen Identitäten nicht im „Postimees“, sondern im „Tallinna Teataja“ thematisiert. Hier kam beispielsweise die Schriftstellerin und

110 Eesti Naisseltsi erakorraline peakoosolek [Außerordentliche Hauptversammlung des Estnischen Frauenverbands], in: Tallinna Teataja v. 1.4.1917, S. 1.; Kohtuminister [1] (wie Anm. 50).

111 Vgl. Teated. Tatsächlich finden sich in Jürgensteins eigener Zeitung, dem „Postimees“, durchaus Beispiele dafür, dass Frauenrechtlerinnen auf starken Widerstand durch „Männer und Lehrer“ stießen. Kodumaalt [Aus dem Heimatland], in: Postimees v. 17.5.1917, S. 3.

112 Kohtuminister [1] (wie Anm. 103).

113 Vgl. Esimene Eesti naiskongress Tartus [Der erste estnische Frauenkongress in Tartu], in: Postimees v. 31.5.1917, S. 2.

114 Vgl. Naeste üleüldine koosolek [Generalversammlung der Frauen], in: Postimees v. 10.3.1917, S. 2 f.

115 Esimene Eesti naiskongress [Der erste Estnische Frauenkongress], in: Postimees v. 25.5.1917, S. 3.

116 Koosolek (wie Anm. 114), S. 2 f.

117 Vgl. ebenda.

Sozialdemokratin Marta Lepp (später Kirschbaum/Utuste) zu Wort, die ihr Leben als Erwachsene hauptsächlich in Russland und Finnland verbracht hatte. Grundsätzlich trat auch sie für eine ethnische Behandlung der Frauenfrage ein, da die estnische Frau in Fragen der Sprache, der Selbstverwaltung oder der Vereinigung ganz Estlands auch ihre örtlichen nationalen Interessen habe. Gleichzeitig warf Lepp jedoch die rhetorische Frage auf, ob die von den estnischen Frauen geteilten Interessen tatsächlich reichten, um in Zukunft „die Hausherrin, die Händlerin, die Dienstin, die Näherin und die Fabrikarbeiterin“ zu motivieren, „Hand in Hand“ miteinander zu arbeiten. „Natürlich nicht!“, lautete ihre klare Antwort. „Jetzt sind noch alle von der Freiheit berauscht, alle sind Schwestern – freie Bürgerinnen“, erläuterte sie, doch dass dies so bleibe, könnten „nur Gebetsschwestern erträumen“. Denn „die Interessen der gesellschaftlichen Schichten und Klassen“ befänden sich einem „scharfen Widerspruch zueinander“. Lediglich die Aussicht, dass gerade die Vielseitigkeit gut für die Gesellschaft sei, stimmte Lepp am Ende doch optimistisch.¹¹⁸

Die Selbstverortung der Frauen zeigt also beide Seiten der Medaille: Die Partikularinteressen der Frauenrechtlerinnen fanden Ausdruck in Forderungen nach einer proportionalen Vertretung in politischen Gremien. Gleichzeitig erschien auch ethnische Solidarität durchaus als Medium, mit dem sich dezidiert estnische Fraueninteressen artikulieren ließen. Es ist kein Zufall, dass es zu keinem Bündnis mit deutschbaltischen Frauenorganisationen kam, denn estnische Frauen fühlten sich ganz im Sinne einer intersektionellen Identität nicht nur als Frauen, sondern auch als Estinnen diskriminiert.¹¹⁹ Auf der anderen Seite existierten aber auch unter den estnischen Frauen soziale Differenzen, die sich schwer überbrücken ließen und intersektionalen Kategorien Grenzen setzten.

10. Staatsbürgerliche Identität

Es kann festgehalten werden, dass die bislang untersuchten Identitätskategorien auf territorialer, ethnischer, sozialer und Gendergrundlage Menschen verbanden, aber auch miteinander in Widerspruch stehen konnten. Als Kandidat, einen verbindlichen Rahmen für die unterschiedlichen Partikularinteressen zu dienen, kam das Bekenntnis zu einem demokratischen System und seinen rechtsstaatlichen Prozeduren ins Spiel. Sie ließe sich auch als „staatsbürgerliche Identität“ fassen. Tatsächlich stellten die nichtbolschewistischen politischen Kräfte den unterschiedlichen Identitätsordnungen immer auch prozedurale Ordnungen an die Seite, die auf universelle Vorstellungen von gerechten und transparenten Prozeduren basierten. So organisierten etwa die Frauenverbände auch Vortragsreihen, in denen Frauen darüber aufgeklärt werden sollten, wie demokratische Gesellschaften funktionierten. In ihnen erklärten namhafte Vertreterinnen und Vertreter des intellektuellen Lebens Estlands die Bedeutung politischer Parteien und diskutierten Fragen der Bürgerrechte und der Freiheit der Presse.¹²⁰

118 Marta Lepp: Naisküsimused [III] [Frauenfragen (II)], in: Tallinna Teataja v. 24.3.1917, S. 2.

119 Grundlegend zum Begriff der Intersektionalität: Kimberlé Crenshaw: Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color, in: Stanford Law Review 43 (1991), H. 6, S. 1241-1299; vgl. auch Appiah, Lies (wie Anm. 1), S. 123.

120 Vgl. Teated, Kohalikud teated – Naisseltsi neljas kõnekoosolek Wanemuises 7. mail [Die vierte Redeversammlung des Frauenvereins im Wanemuine am 7. Mai], in: Postimees v. 9.5.1917, S. 3.

Auch in der unmittelbaren Praxis war die Einführung demokratischer Verfahren bereits unmittelbar nach der Februarrevolution ein wichtiges Anliegen. Aber waren sie jenseits von Gruppeninteressen wirksam? Auch hier muss ein kleines Fallbeispiel genügen, um das Problem klarer zu fassen: Es handelt sich um die Gründung der „Volksmiliz“. Sie sollte die alten zarischen Polizeieinheiten ersetzen, die mit Unterstützung des Militärs unmittelbar nach der Revolution aufgelöst worden waren. Noch bevor man zu allgemeinen Wahlen für die Verfassungsgebende Versammlung oder das Parlament treten konnte, war die schnelle Schaffung neuer Sicherheitsorgane nicht nur eine wichtige Maßnahme, um die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Sie sollte auch einen neuen bürgerlichen Geist befördern. Während längerfristig der Aufbau einer bezahlten Miliz geplant war, lastete vorerst ein hoher Anteil der Arbeit auf den Schultern Freiwilliger. Ihre Bestimmung erfolgte dezentral: Gewählte Milizräte entschieden darüber, welche der Bewerber akzeptiert werden konnten. Für Beobachter wie Tõnisson war die Aufstellung der Milizen eine Art Feuerprobe, die zeigen konnte, wie gut die örtliche Selbstorganisation der Estinnen und Esten funktionierte. Die Wahl der Volksmilizräte war damit eine erste Schule der Demokratie.

Allerdings gab es zwei Probleme: Erstens ließen diese Prozeduren noch viel zu wünschen übrig. Bereits im März drückte Tõnisson im „Postimees“ seine Unzufriedenheit mit der Arbeit der örtlichen Komitees aus. Es gab keine einheitlichen Prozeduren zur Wahl der Räte, an einigen Orten blieb die Gründung einer Volksmiliz aus, an anderen bestanden sie nur aus der kleinen Schicht der Hofbesitzer. Diese aber stellten häufig nur jene Männer als Milizionäre ein, die bereits für sie arbeiteten. Tõnisson hob dagegen im „Postimees“ hervor, was eine demokratische Wahlprozedur eigentlich ausmache: Seiner Meinung nach sollte die Wahl der Milizräte auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts geschehen. Bei der Gelegenheit brachte er auch die Frauenfrage auf, indem er widerstrebend zugestand, auch Frauen zur Wählerschaft der Wahlräte zuzulassen, und sei es nur, um „sinnlosen Ärger“ zu vermeiden.¹²¹

Zweitens kam auch dort, wo die Wahl der Wahlräte befriedigend organisiert wurde, die Frage der Gruppenidentitäten quasi durch die Hintertür wieder ins Spiel. Praktisch alle Kommentatoren waren sich einig, dass kraft demokratischer Prozeduren die ganze Gesellschaft in den Milizräten repräsentiert werden sollte. Doch ging dabei kaum jemand von Individuen aus, vielmehr standen Gruppeninteressen im Zentrum der Aufmerksamkeit. So kam die Frage auf, welche Gruppen die Gesellschaft eigentlich konstituierten und welche folglich legitimiert waren, gemeinsam für sie zu sprechen. Wieder mussten ethnische und soziale Kategorien der Zugehörigkeit berücksichtigt werden, ohne bestimmte Bürgerinnen und Bürger auszuschließen. Das Fallbeispiel der Stadt Villjandi zeigt, wie schwer dies war. Zunächst waren hier Esten, Russen und Deutsche berechtigt, ihre entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter zu wählen, während eine vierte Kurie von Seiten der Arbeiterschaft zu wählen war – also von jenen, die sich eher als Arbeiterinnen und Arbeiter denn als Mitglied irgendeiner ethnischen Gruppe sahen. Dieser Modus fand jedoch nicht die Zustimmung einer allgemeinen öffentlichen Versammlung, die zwei Tage später in den Räumlichkeiten des „Handwerkervereins“ abgehalten wurde. Die Kategorien, so lassen sich die Einwände zusammenfassen, seien zu breit und gingen an der Art und Weise vorbei, wie sich die

121 Jaan Tõnisson: Kuidas tuleb maal rahvamiilits käima panna? [Wie ist die Volksmiliz auf dem Land in Gang zu bringen?], in: Postimees v. 15.3.1917, S. 3.

Menschen wirklich identifizierten. Als Reaktion auf diese Kritik wurden vier weitere Kategorien eingeführt: Zwei Kategorien waren regional definiert, indem zwei Siedlungen aus dem unmittelbaren Umfeld von Viljandi das Recht erhielten, ihre eigenen Delegierten zu wählen. Eine Kategorie beruhte auf einer Berufsgruppe: Die Handwerker wurden fortan separat berücksichtigt. Zuletzt erhielten noch die Jüdinnen und Juden als ethnische oder religiöse Gruppe eine eigene Vertretung.¹²² An anderen Orten tauchten auch Frauen als Statusgruppe in den Wahlräten auf.¹²³

Beim Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen kam es zu einer ähnlichen Ausdifferenzierung wie bei der Wahl der Milizionäre. Als beispielsweise eine Versammlung gebildet werden sollte, um die neuen Mitglieder der Tartuer Stadtverwaltung zu wählen, stellte sich bald heraus, dass die ethnischen Kategorien nicht ausreichten, um allen Ansprüchen zu genügen. Ursprünglich sollte es eine estnische, lettische, deutsche, russische, jüdische und polnische Kurie geben. Eine Reihe der estnischen Arbeiter wollte aber nicht mit „bürgerlichen“ Konationalen in einen Topf geworfen werden, zumal diese sie in wichtigen Fragen immer überstimmen würden. Als Kompromiss wurde eine Quotenregelung eingeführt, nach der Delegierte aus der Arbeiterschaft ein Drittel der estnischen Kurie stellen sollten, entsprechend ihres Anteils an der estnischen Bevölkerung der Stadt.¹²⁴ Auch bei der von einer großen Menschenmenge bestaunten Vereidigung der Milizionäre wurden die unterschiedlichen Gruppenzugehörigkeiten sichtbar gemacht: In der Stadt Tartu leisteten die estnischen Milizangehörigen ihren Eid in der protestantischen Petrikirche, die russischen in der russisch-orthodoxen Uspenskij-Kirche und die jüdischen in der örtlichen Synagoge.¹²⁵

Damit zeigt die Wahl der Milizräte und der städtischen Abgeordneten wie in einem Brennglas, wie vielfältig die Möglichkeiten waren, die Gesellschaft in Gruppen zu unterteilen. Auf der einen Seite wurde die ethnische Zugehörigkeit als Modus der Zugehörigkeit meist vorausgesetzt, auf der anderen Seite war sie immer der Konkurrenz weiterer Gruppenidentitäten ausgesetzt. Viele Bürgerinnen und Bürger forderten ihr Recht, als Mitglieder sozial oder beruflich definierter Gruppen an den Entscheidungsprozessen zu partizipieren, anderen erschien der Wohnort wichtiger als alle anderen Kriterien. Die Art der Selbstpositionierung war auch dadurch bedingt, dass die demokratischen Angebote ganz in der Tradition des Kuriensystems eher an Kollektive als an Individuen adressiert waren. Wie diese Kollektive aber zu definieren waren, erwies sich in der Umbruchsituation nach dem Sturz des Zaren offenbar noch in hohem Maße als Verhandlungssache.

11. Zusammenfassung und Ausblick

Die estnische Bevölkerung war zum Zeitpunkt der Abdankung des Zaren alles andere als ordnungslos. Sie hatte bereits Erfahrungen in den örtlichen Selbstverwaltungen gesammelt und war zudem durch ein dichtes Netz von Vereinen, Verbänden und Genossenschaften

122 Vgl. Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 5.

123 Vgl. Kodumaalt – Naiste miiting Türi [Aus der Heimat – Frauenversammlung in Türi], in: Tallinna Teataja v. 5.4.1917, S. 2.

124 Vgl. Kohalikud teated [Örtliche Nachrichten], in: Postimees v. 20.3.1917, S. 3.

125 Vgl. ebenda.

verbunden. Darüber hinaus kannten die Menschen Modi des kollektiven Handelns und verfügten über einigende Symbole, die ihrem Auftreten als Gemeinschaft Geschlossenheit verliehen. Fast staunend nahmen die politischen Eliten, darunter auch die Herausgeber und Redakteure des „Postimees“ und des „Tallinna Teataja“, zur Kenntnis, dass selbst spontane Veranstaltungen meist sehr strukturiert verliefen. Eine Erklärung einiger Zeitgenossen – wie Tõnisson – für diesen Umstand war, dass der Nationalcharakter der Mehrheitsbevölkerung bereits den nötigen Reifegrad für besonnenes Handeln erreicht habe.

Gleichwohl verdeckte die Betonung der ethnischen Zusammengehörigkeit, die historisch relativ spät in Erscheinung getreten war, die große Vielfalt an anderen Modi der Zugehörigkeit, die parallel dazu existierten. Während der vorangegangenen Jahrzehnte waren sozialer Wandel, Mobilität, Urbanisierung und die zunehmende Polarisierung der Landbevölkerung nur einige Faktoren, welche die Identitätsordnungen noch dynamischer gemacht hatten. Unter diesen Bedingungen waren die nationalen Visionen, die der „Postimees“ vertrat und verbreitete, nur ein mögliches Identitätsangebot für die estnische Bevölkerung. Doch waren die Monate nach der Februarevolution ein kurzer Zeitabschnitt, in dem der nationale Liberalismus geeignet schien, soziale Spannungen aufzulösen und quasi Einheit in der Vielfalt zu schaffen. Bei allen Unterschieden der Gewichtung zogen hier die beiden großen Zeitungen „Postimees“ und „Tallinna Teataja“ an einem Strang. Dabei scheuten sich ihre Herausgeber und führenden Mitarbeiter nicht, dem estnischen Volk eben jene Eigenschaften als Nationalcharakter zuzuschreiben, die sie normativ in ihm verwirklicht sehen wollte. Dieses Volk schien ihnen bereit, das national-liberale Programm Schulter an Schulter mit der Regierung in Petrograd umzusetzen.

Diese Hoffnungen, so sei abschließend bemerkt, sollten sich bald als zu optimistisch erweisen. Nicht nur unternahm die zunehmend bolschewistisch geprägten Sowjets immer gefährlichere Ausfälle gegen Repräsentanten des estnischen demokratischen Establishments, auch die eilig durchgeführten Wahlen zum Landtag (*maapäev*) am 23. Mai und 24./25. Juni konnten kaum als erfolgreiche Lehrstunde für demokratische Prozeduren gelten: Die Wahlbeteiligung war so gering, dass sogar die Legitimität der Wahlen an sich in Frage gestellt wurde;¹²⁶ schlimmer noch: Die immer stärker unter dem Krieg leidende Bevölkerung war zunehmend bereit, bolschewistischen Versprechungen zur Lösung der sozialen und nationalen Frage sowie zu der Beendigung des Kriegs Glauben zu schenken. Als vom 12.–14. November 1917 die Verfassungsgebende Versammlung Russlands gewählt wurde, erhielten die linken Parteien fast drei Viertel aller Stimmen aus Estland, darunter die Bolschewisten 40,4%.¹²⁷ Erst die unmittelbare Erfahrung mit bolschewistischer Herrschaft Ende 1918 ließ ihre Popularität drastisch sinken.

Am Ende wurden die Autonomieziele und demokratischen Verfahren in einem Rahmen verwirklicht, den im März und April 1917 noch niemand für möglich gehalten hätte: in einem unabhängigen Estnischen Nationalstaat, den unter anderem Päts im Februar 1918 ausrief und dem Tõnisson als Außenminister, später als Ministerpräsident, diente. Dieser Staat sicherte seine Existenz erst nach einer Okkupation durch das Deutsche Kaiserreich und einem aufreibenden Unabhängigkeitskrieg gegen die Bolschewiken und die Deutschbalten.

126 Vgl. Olavi Arens: The Estonian Maapäev during 1917, in: V. Stanley Vardys, Romuald J. Misiunas (Hrsg.): The Baltic States in Peace and War 1917–1945, London 1978, S. 19–30.

127 Vgl. Karjahärm, Eesti (wie Anm. 33), S. 423.

Als am 2. Februar 1920 ein Friedensvertrag mit Sowjetrussland geschlossen wurde, war die Bevölkerung Estlands noch weit entfernt von jenen Visionen, von denen der „Postimees“ und der „Teataja“ geleitet waren. Die schnellen Orientierungswechsel der breiteren Bevölkerung lassen sich als Warnung davor lesen, eine allzu gradlinige Entwicklung des estnischen Selbstverständnisses zu behaupten. Nationale Identitätsbildung sollte auch unter den neuen Bedingungen ein langfristiges, nun staatlich betriebenes Projekt bleiben.

Summary

The February Revolution not only raised anew the issue of the future political order of Estonia, it also initiated new dialogue on the categories in which people perceived themselves; identity groupings were in flux, for there were various modes of belonging, of which ethnic identity was only one. A review of the two most important Estonian daily newspapers, the „Postimees“ and the „Tallinna Teataja“, reveals that, in addition to ethnicity, three other categories were frequent topics of discussion: social the ground, gender, and commitment to a democratic system. How these categories stood in relation to one another was an issue not only in the political debate which ensued in the first few months after the Tsar's abdication but was also apparent on a symbolic level, for example in the increasing disagreement on the use of flags and their significance. It soon became evident that Estonian society was more diverse than it had seemed to be in the initial excitement of freedom, and that integrating this society into one nation was an as yet incomplete project.

Lettische Historiker zwischen Widerstand, Anpassung und Ergebung

von Detlef Henning

Die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts wurde nicht nur durch die Systemkonflikte zwischen Diktatur und Demokratie geprägt, sondern ebenso durch den Widerstand einzelner Personen oder Gruppen gegen das nationalsozialistische Regime in Deutschland und die kommunistische Herrschaft in Osteuropa. Ohne diesen Widerstand, die daraus resultierenden Erfahrungen, aber auch konzeptionellen Entwürfe des Widerstandes, ist der Übergang zur Demokratie in Westdeutschland nach 1945 und in Osteuropa nach 1991 kaum denkbar. Was dies in der jeweiligen Situation für den einzelnen Menschen und Widerständler bedeuten konnte, hat kaum jemand populärer und einprägsamer beschrieben als die Symbolfigur des deutschen theologischen Widerstandes und Mitwissers des Attentats vom 20. Juli 1944 gegen Hitler, Dietrich Bonhoeffer (1906–1945). Seine sehr persönlichen Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft im Gefängnis Tegel, die posthum 1951 in Buchform erschienen,¹ tragen den bezeichnenden Titel „Widerstand und Ergebung“, ein begriffliches Diptychon, das die Vielschichtigkeit möglicher Reaktionen menschlicher Existenz auf extreme Herausforderungen knapp zum Ausdruck bringt. „Widerstand“ zielt im Sinne Bonhoeffers auf die Hoffnung, die Richtung einer vorgegebenen Situation durch aktives Handeln oder passive Verweigerung beeinflussen und somit über eine *vita activa* verfügen zu können, wohingegen „Ergabung“ den Verlust dieser Hoffnung und die Einsicht markiert, ein Leben nicht mehr führen, sondern nur noch schicksalhaft erleben oder erleiden zu können und sich fügen zu müssen. Beide Begriffe können sowohl einen unvereinbaren Dualismus als auch eine komplementäre Polarität ausdrücken; in beiden Fällen handelt es sich um Versuche einer Adaptionsleistung, deren Umsetzung ein breites Spektrum an Motivationen und Handlungsformen generieren kann.

Die Geschichte des Widerstandes, der Anpassung oder der Ergebung in den deutschen Diktaturen, im Dritten Reich und später in der Deutschen Demokratischen Republik, wurde im Blick auf diese Fragen in einer kaum noch überschaubaren Vielzahl an Studien und in europäischem Vergleich auf hohem Niveau erforscht, Handlungsformen und -spielräume bis in biografische Details hinein ausgelotet.² Aber wie sehen diese Adaptionsvorgänge in anderen europäischen Ländern aus, deren Geschichte im 20. Jahrhundert mitunter noch dramatischer und vielschichtiger als die deutsche (oder russische) Geschichte verlief, die aber kaum im Fokus historischen Interesses in Europa stehen?

- 1 Eberhard Bethge (Hrsg.): Dietrich Bonhoeffer: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, München 1951; letzte maßgebliche Biografien: Eric Metaxas: Bonhoeffer. Pastor, Agent, Märtyrer und Prophet, Holzgerlingen 2011; Christiane Tietz: Dietrich Bonhoeffer. Theologe im Widerstand, München 2013.
- 2 Hier nur zwei weiterführende Literaturhinweise: Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Berlin 2004; Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach u.a. (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln u.a. 1999.

Der vorliegende Beitrag möchte die Aufmerksamkeit auf die Geschichte des Baltikums richten, hier am Beispiel Lettlands, als eine weniger beachtete europäische (Grenz-)Region mit einer komplexen Zeitgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das Leben der Menschen wurde zwischen der Revolution 1905 und Stalins Tod 1953 in raschem Wechsel durch mehrere Revolutionen, Freiheits-, Bürger- und Partisanenkriege, wechselnde Okkupationsregime in zwei Weltkriegen, Brüchen zwischen Demokratie und diktatorischen Regimen, Fremdherrschaft, Migrations- und Fluchtbewegungen geprägt. Dabei stellt sich die Frage, wie einzelne Menschen diese „Wucht der Geschichte“ in ihren Lebensläufen verarbeiteten, welche Strategien der Anpassung und des Überlebens sie angesichts dieser Herausforderungen und Zäsuren entwickelten, ob und wenn ja, wie sie „Widerstand und Ergebung“ reflektierten und trotz allem Kontinuität und Sinnhaftigkeit für ihr individuelles Leben konstruierten.³ Im Folgenden werden drei Einzelschicksale und ihre Kontexte beschrieben, anhand derer die Komplexität lettischer Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert verdeutlicht sowie weiterführende biografische Fragestellungen eröffnet werden können.

Einführend wird zunächst das Leben von Pēteris Lapainis (1897–1990) skizziert. Es stellt ein extremes Beispiel dar, ist sicherlich nicht repräsentativ und bleibt eine Ausnahme. Aber Lapainis – übrigens ein Großonkel von Dainis Īvans (geb. 1955), der 1988 als erster Vorsitzender der oppositionellen Volksfront Lettlands bekannt wurde – war ein *ierindnieks*, ein lettischer „Michel“ und „Durchschnittsmensch“, und sein Schicksal hätte jeden seiner Landesmitbewohner treffen können. In seinen 93 Lebensjahren sah er sich mit so gut wie allen Brennpunkten der lettischen Geschichte zwischen 1900 und 1990 konfrontiert: Als Bauernsohn in der livländischen Landgemeinde Orellen (lett. *Ungurmuiža*) geboren, erlebte er als Achtjähriger die Revolution von 1905, wurde 1916 in die russische Armee einberufen, kämpfte gegen die Deutschen und wurde mit dem Georgskreuz des Russischen Reichs ausgezeichnet. 1918 nahm er auf Seiten der Roten Armee am russischen Bürgerkrieg teil, gehörte zur Wachtruppe Lenins im Petrograder Smolny und erhielt den Rotbannerorden Sowjetrusslands. 1919 kehrte er nach Lettland zurück und trat in die junge Armee der gerade gegründeten Republik Lettland ein, kämpfte gegen weiße Bürgerkriegstruppen und Bolschewisten und diente bis 1940 der Republik Lettland, zuletzt im Range eines Kapitäns und ausgezeichnet mit dem Lācplēsis-Orden (dt. Bärenlöter-Orden) und dem Viesturs-Orden. Nach der Okkupation Lettlands durch die stalinistische Sowjetunion 1940 setzte ihn die neue Macht zum Kommandanten der Festung Daugavpils (dt. Dünaburg) ein, um ihn im Januar 1941 von diesem Posten wieder zu entlassen. 1943, während der Besetzung Lettlands durch die deutsche Wehrmacht, wurde er im Frühjahr 1943 in die auf Befehl Hitlers aufgestellte sogenannte Lettische Freiwillige SS-Legion (15. Division) eingezogen, in der er bis Herbst 1944 als Bataillonskommandant kämpfte und dafür das Eiserne Kreuz erhielt. Am Ende des Krieges in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten, wurde er zu 20 Jahren Lager in Spassk bei Karaganda verurteilt. Erst 1960 kehrte er als Invalide in die

3 Zur Geschichte des Widerstands in Lettland nach 1940 vgl. Nevardarbīgā pretošanās. Latvijas neatkarības atgūšana dokumentos (1945–1991). 1.-3. sēj. [Gewaltloser Widerstand. Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Lettlands in Dokumenten (1945–1991), Bd. 1-3], Rīga 2013–2015; sowie zahlreiche Einzelbeiträge in den Veröffentlichungen der Historikerkommission Lettlands: Latvijas Vēsturnieku komisijas raksti, 1.-27. sēj. [Schriften der Historikerkommission Lettlands, Bde. 1-27], Rīga 2000–2015.

SSR Lettland zurück: drei Revolutionen, zwei Weltkriege, einen Freiheitskrieg, die Armeen und Orden von vier Staaten und Lagerhaft in Sibirien im Gepäck, das letzte Drittel seines Lebens zum Schweigen zu dieser Geschichte genötigt.⁴

Nicht jeder lettische Lebenslauf sah so dramatisch aus und nicht jeder Lette exponierte sich als kämpfender Soldat oder bedeutender Politiker. Die folgenden Beispiele sollen den „zivileren“ Bereich der Wissenschaft, die lettische Geschichtswissenschaft, repräsentieren. Es mag zunächst scheinen, als seien lettische Historiker als Wissenschaftler einer wie auch immer begründeten Objektivität verpflichtet, weil sie die Geschichte, auch die eigene Zeitgeschichte, aus einer gewissen Distanz heraus betrachten. In der jungen Republik Lettland sowie auch in den beiden baltischen Nachbarstaaten und im übrigen Ostmitteleuropa spielte die Geschichte ab 1918 jedoch eine über die Wissenschaft hinausreichende Rolle für die Identitätspolitik eines neuen Staates und einer jungen Nation, die für die Jahrhunderte vor 1918 kaum oder nur schwer greifbar über eine eigene ausdifferenzierte Geschichte verfügten.⁵ Nicht analysierende Distanz zur Politik, sondern affirmative Nähe zur Nation und ihrem *Telos*, dem neuen Staat, war gefordert. Der entstehenden lettischen Geschichtswissenschaft an der Universität in Riga wurde nach 1919 der politische Auftrag erteilt, die lettische Nation retrospektiv mit einer neuen Geschichte und mit einer in die Jahrhunderte zurückreichenden historischen Identität auszustatten.⁶ Lettischen Historikern fiel die Aufgabe zu, an Stelle des bisher gültigen Geschichtsnarrativs der deutschbaltischen Oberschicht eine Geschichte zu konstruieren, die nicht länger eine Elitengeschichte der Nachfahren der deutschen Ordensritter, sondern eine Volksgeschichte des lettischen Volkes sein sollte, die zielgerichtet auf die Gründung der Republik Lettland im 20. Jahrhundert hingeführt habe.⁷

4 Ēriks Jēkabsons: The Latvian War of Independence 1918–1920 and the United States, in: Lazar Fleishman, Amir Weiner (Hrsg.): War, Revolution, and Governance. The Baltic Countries in the Twentieth Century, Studies in Russian and Slavic Literatures, Cultures and History, Boston 2018, hier S. 26 f. Einen Teil der Biografie von Lapainis verarbeitet der lettische Dokumentarfilm „Astoņas zvaigznes“ [„Acht Sterne“] des Regisseurs Askolds Saulītis, der 2017 im Rahmen der 100-Jahrfeier der Republik Lettlands Premiere hatte.

5 Zum europäischen Kontext des „Writing the Nation“ vgl. die gleichlautende Serie: Stefan Berger (Hrsg.): Writing the Nations. National Historiographies and the Making of Nation States in 19th and 20th Century Europa, vol. I-VIII, Basingstoke 2010–2015.

6 Vgl. die Ausführungen von Bildungsminister Tentelis in den 1920er Jahren zur nationalen Rolle der Historiker, die durchaus einen normativen Charakter beanspruchten: Augusts Tentelis: Latvijas vēsturnieku tuvākie uzdevumi [Die künftigen Aufgaben der Historiker Lettlands], in: Rīgas Latviešu biedrības zinību Komisija [Wissenschaftliche Kommission des Rigaer Lettischen Vereins] (Hrsg.): Rakstu krājums. 18. Krājums [Schriftensammlung. Band 18], Rīga 1926, S. 38–44.

7 Zum nationalen Auftrag der Universitätsgründung: Per Bolin: Between National and Academic Agendas. Ethnic Policies and National Disciplines at the University of Latvia, 1919–1940, Huddinge 2012; ausführlich zur Geschichte der deutschbaltischen Historiografie: Georg von Rauch (Hrsg.): Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung, Köln u.a. 1986; kurze Überblicke zur Geschichte der lettischen Historiografie: Leo Dribins: The Historiography of the Latvian Nationalism in the Twentieth Century. Approaches to the Writing of National History in the North-East Baltic Region. Nineteenth and Twentieth Centuries, in: Michael Branch (Hrsg.): National History and Identity, Helsinki 1999, S. 245–255; Mārtiņš Mintauris: Perspectives of the Cultural History in Latvia, in: Jörg Rogge (Hrsg.): Cultural History in Europa. Institutions – Themes – Perspectives, Bielefeld 2011, S. 91–123; Detlef Henning: Kurze Geschichte der lettischen Historiografie, in: Svetlana Bogojavlenska, Jan Kusber (Hrsg.): Tradition und Neuanfang. Forschungen zur Geschichte Lettlands an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert, Münster 2014, S. 13–31.

Historiker suchten die Nähe zur politischen Macht und verstanden sich als Architekten und Identitätspolitikern, die „unser Geschichtsgebäude mutig errichten“ sollten, so Augusts Tentelis (1876–1942), mehrfacher lettischer Bildungsminister, Rektor der Universität Lettlands und dilettierender Historiker in den 1930er Jahren.⁸ Es ist bezeichnend, dass der lettische Staatspräsident und Diktator Kārlis Ulmanis (1877–1942) im Jahr 1936 als erste Institution einer künftigen lettischen Akademie der Wissenschaften das bis heute existierende staatliche Geschichtsinstitut Lettlands (lett. *Latvijas Vēstures institūts*) gründete, dessen Ehrenmitglied er wurde. Erster Direktor wurde der bereits erwähnte Bildungsminister Tentelis.⁹

Die Errichtung eines nationalen lettischen „Geschichtsgebäudes“ fand im Juni 1940 mit der sowjetischen Okkupation und der Annexion der baltischen Staaten ein jähes Ende. Der Umbau der lettischen Geschichtswissenschaft in eine sowjetlettische konnte jedoch erst ab Herbst 1945 in Angriff genommen werden. Vorangegangen waren Versuche der nationalsozialistischen Besatzer des Landes (1941–1944), die Geschichte Lettlands zu denationalisieren und ihr eine untergeordnete Rolle als deutsche Landesgeschichte zuzuweisen.¹⁰ Das Geschichtsinstitut, von den Nationalsozialisten sistiert und unter der Bezeichnung „Sammelstelle für Geschichte“ zu einer Archivforschungsstelle mit Propagandazwecken degradiert, nahm auf Beschluss der sowjetlettischen Regierung im Winter 1944 seine Arbeit wieder auf, wurde der Abteilung für Agitation und Propaganda des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Lettlands (LKP) unterstellt und im Juli 1946 als „Institut für Geschichte und Materielle Kultur“ in die neu gegründete Akademie der Wissenschaften der SSR Lettlands integriert. Neben dem Geschichtsinstitut wurde als zweite wichtige Geschichtseinrichtung im Juni 1945 das „Institut für Geschichte der Partei“ als Abteilung beim Zentralkomitee Kommunistischen Partei Lettlands gegründet, eine von vielen regionalen Filialen des zentralen Moskauer Instituts für Parteigeschichte (Marx-Engels-Lenin-Institut) beim ZK der Kommunistischen Partei Russlands, KPR(b), die dessen Regulativen unterstellt war. Gehörte zu den Aufgaben des Geschichtsinstitutes die Archäologie des Landes, die Forschung zur allgemeinen und zur lettischen Geschichte, so sollte das Parteiinstitut die Geschichte der lettischen Arbeiterbewegung, der Kommunistischen Partei Lettlands und deren enge Verbundenheit mit der russischen kommunistischen Bewegung dokumentieren sowie die als Klassiker eingestuften Schriften von Engels, Marx, Lenin und Stalin in die lettische Sprache übertragen. Darüber hinaus kam dem Parteiinstitut eine Aufsichtsfunktion über den Geschichtsbetrieb in der SSR Lettlands insgesamt zu.

8 Augusts Tentelis: *Vēstures zinātne* [Geschichtswissenschaft], in: *Latviešu Konversācijas vārdnīca* [Lettisches Konversationswörterbuch], Bd. 11, Rīga 1934/35, S. 22511; vgl. auch seine Rede vor Lehrern, die an Kursen zur Geschichte Lettlands teilnahmen: Ders.: *Patiesība un nacionālisms* [Wahrheit und Nationalismus], in: *Jaunākās Ziņas* Nr. 143 (30.6.1936), S. 3.

9 Zu den Anfängen des Instituts vgl. Jānis Graudonis: *Latvijas Vēstures institūts Latvijas Republikas laikā 1936.–1940. gads* [Das Geschichtsinstitut Lettlands in der Zeit der Republik Lettland 1936–1940], in: *Latvijas Vēstures Institūta žurnāls* (1995), Nr. 4, S. 9-18.

10 Kaspars Zellis: *Latviešu vēsturiskuma izpratnes rekonstrukcija nacionālsociālistiskās Vācijas okupācijas laikā* [Die Rekonstruktion des lettischen Geschichtsverständnisses während der nationalsozialistischen Okkupationszeit], in: Mārtiņš Kaprāns, Vita Zelče (Hrsg.): *Pēdējais karš. Atmiņa un traumas komunikācija* [Der letzte Krieg. Erinnerung und Traumakommunikation], Rīga 2011, S. 79-97.

Allerdings hatten Krieg und Flucht vor der Roten Armee die Zahl der lettischen Historiker nach 1945 stark dezimiert. Und mit der erneuten Besetzung Lettlands durch die UdSSR folgten ab Herbst 1944 abermals stalinistische „Säuberungen“ und Deportationen als Instrumente sowjetischer Herrschaftssicherung.¹¹ Sie trafen auch Historiker, die im Land geblieben waren. Entlassungen vom Arbeitsplatz, „Selbstkritik“ und „Umerziehung“ waren weitere Mittel der Umgestaltung auch im geschichtswissenschaftlichen Umfeld. Ziel war die Schaffung ideologiekonformer Kader an der „Wissenschaftsfront“ und im Geschichtsbetrieb, der eine wichtige Funktion in der Propaganda des neuen Regimes einnahm. Die schwerste Welle der „Säuberungen“ wegen „bourgeoiser Umtriebe“ traf die Akademie der Wissenschaften in den Jahren 1949 und 1950. So wurden z.B. auf einen einzelnen Beschluss des ZK der LKP, veröffentlicht am 2. August 1950, gleich 65 Mitglieder der Akademie entlassen.¹² Von den wenigen lettischen Historikern der Zwischenkriegszeit, die gegen Ende des Krieges in Lettland geblieben waren, wurden nach 1944 die Archäologen Ādolfs Karnups (1904–1973) und Rauls Šnore (1901–1962) sowie der Historiker Aleksandrs Jansons (1916–1991) nach Sibirien deportiert¹³ und die Historiker Roberts Malvess (1905–1982), Jānis Straubergs (1886–1952) und Jānis Zemzaris (1902–1996) aus dem Geschichtsinstitut entlassen. Juris (Georgs) Jenšs (1900–1990) verlor seine Arbeit im Staatsarchiv, Boleslavs Brežgo (1887–1957) und Gustavs Lukstiņš (1894–1987) mussten die Fakultät für Geschichte an der Universität verlassen. Veröffentlichungen der in den Westen geflohenen Historiker Arveds Švābe (1888–1959), Benno Ābers (1909–1990), Vilis Biļķins (1887–1974), Francis Balodis (1882–1947), Edgars Dunsdorfs (1904–2002) oder von Augusts Tentelis, der am 19. Januar 1942 in Riga verstorben war, verschwanden aus den Bibliotheken und wurden größtenteils vernichtet.¹⁴ Ersetzt wurden diese durch aus der UdSSR kommende kommunistische Historiker oder historisch dilettierende kommunistische Funktionäre, die als exillettische Kommunisten den Stalinistischen Terror der 1930er Jahre in der Sowjetunion überlebt hatten, sogenannte Russlandletten, die leitende und richtungsweisende Funktionen übernahmen, wie Jānis Krastiņš (1890–1983), Kārlis Strazdiņš (1890–1964), Jānis Zutis (1893–1962) oder Aleksandrs Drīzulis (1920–2006).

Am Beispiel der Lebenswege und Karrieren zweier lettischer Historiker wird im Einzelnen verdeutlicht, wie die zwei Jahrzehnte rascher Umbrüche und Systemwechsel – von den letzten Jahren der ersten Unabhängigkeit, der ersten sowjetische Okkupation (1940/41),

11 Zu den Deportierten des 14. Juni 1941 hatte bereits der Kirchenhistoriker und Theologe Ludvigs Adamovičs (1884–1943) gehört. Er war 1943 in der UdSSR umgekommen.

12 Vgl. Heinrihs Strods: LPSR Zinātņu Akadēmijas politiskā tīrīšana 1950. gadā [Die politische Säuberung an der Akademie der Wissenschaften der LSSR], in: Latvijas Vēstures Institūta žurnāls (1999), Nr. 2, S. 112-124.

13 Zu Šnore: R. Viksne: Kriminālieta Nr. 15463. Arheologi Elvīra Šnore (1905–1996) un Rauls Šnore (1901–1962). Biobibliogrāfija, vēstules, laikabiedru atmiņas [Kriminalsache Nr. 15463. Die Archäologen Elvīra Šnore (1905–1996) und Rauls Šnore (1901–1962). Biobibliografie, Briefe, Erinnerungen von Zeitgenossen], Rīga 1997, S. 86-96.

14 Bis 1990 wurden in der SSR Lettland bis zu zwölf Millionen Bücher aus Bibliotheken entfernt und größtenteils verbrannt, vgl. Aigars Urtāns: Padomju cenzūra Latvijā līdz 1990. gadam [Sowjetische Zensur in Lettland bis zum Jahr 1990], in: Latvijas Vēsturnieku komisijas raksti. 25. sējums. Okupācijas režīmi Baltijas valstīs 1940–1991 [Schriften der Historikerkommission Lettlands. Bd. 25. Okkupationsregime in den Baltischen Staaten 1940–1991], Rīga 2009, S. 50-76, hier S. 71.

der deutschen Besatzungszeit (1941–1944) bis hin zur zweiten sowjetischen Okkupation Lettlands durch die Rote Armee und die Stalinisierung des Landes (1945–1953) – die persönlichen und wissenschaftlichen Zielsetzungen lettischer Wissenschaftler beeinflussten. Herausforderungen und unterschiedliche Handlungsweisen zwischen Widerstand, Anpassung und Ergebung während der angesprochenen drei Jahrzehnte werden kurz skizziert. Dabei können in der gebotenen Kürze einer Abhandlung nur einzelne Aspekte in den Vordergrund gerückt werden; die Ausführungen können somit keine detaillierte wissenschaftliche Biografie unter Hinzuziehung aller verfügbaren Quellen ersetzen. Dennoch sollen nachfolgende Betrachtungen dazu anregen, sich stärker mit den Einzelschicksalen baltischer Historiker zu beschäftigen, die nur selten im Mittelpunkt der Politik, aber häufig unmittelbar am Rande des politischen Geschehens standen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es übrigens keine einzige wissenschaftlich-kritische Biografie eines lettischen Historikers, sehr im Unterschied zur deutschen Historiografie, die in den letzten zwei Jahrzehnten zahlreiche personenbezogenen Untersuchungen zu Historikern, vor allem zu Geschichtsforschern der sogenannten Ostforschung, und zur Aufarbeitung ihrer Rolle in den jeweiligen politischen Systemen und Umbruchzeiten hervorgebracht hat.¹⁵

Mārgers Stepermanis (1898–1968) und Roberts Malvess (1905–1982) gehörten der ersten an der Universität Lettlands in Riga ausgebildeten Generation junger lettischer Historiker an. Beide standen in den Jahren vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am Beginn ihrer beruflichen Karriere, entweder an der Universität Lettlands, am neugegründeten Geschichtsinstitut, in der Denkmalverwaltung, den Museen des Landes oder im Staatsarchiv. Dennoch verliefen ihre Karrieren in der Folgezeit äußerst unterschiedlich: Stepermanis gelang es, Kriegs- und Krisenjahre vergleichsweise unbeschadet zu überstehen und seine Karriere in den 1960er Jahren als Lehrstuhlinhaber und Professor zu beenden, obwohl er ein Schüler des als „bourgeois“ verhassten, geflüchteten Arveds Švābe war und sich während der Jahre des Stalinismus Anfeindungen ausgesetzt sah. Roberts Malvess gehörte hingegen als Schüler des 1942 verstorbenen Augusts Tentelis zu den Verlierern der politischen Umbrüche. Ihm gelang es nach 1950 kaum noch, eine bedeutende Position einzunehmen, und er musste sich und seine Familie zeitweise mit berufsfremden Nebenarbeiten oder als Lehrer an verschiedenen Schulen über Wasser halten.

Stepermanis zählte neben dem Mittelalterhistoriker Teodors Zeids (1912–1994) zu den wenigen Geschichtsdozenten, die ihr Geschichtsstudium noch vor 1940 an der Universität in Riga beendet hatten und trotzdem nach 1945 weiter an der Universität, jetzt „Staatliche Pēteris-Stučka-Universität“, unterrichten durften. Beide galten zwar als „bourgeois“, potentiell antisowjetisch, politisch wenig vertrauenswürdig und wurden seitens der Sowjetmacht regelmäßig der Kritik und Überprüfung ausgesetzt, dennoch wurden sie – vor allem in den unmittelbaren Nachkriegsjahren – in Ermangelung von Lehrkräften und Spezialisten für das Fach „Geschichte Lettlands“ unverzichtbar.

15 Beispiele: Thomas Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001; Eduard Mühle: Für Volk und Deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005; Jan Eckel: Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005; Christoph Nonn: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2013. In Estland wurde erst vor kurzem die erste Biografie eines estnischen Historikers veröffentlicht, vgl. Jüri Kivimäe: Rektor Hans Kruus, Tartu 2017.

Bürgerliche Historiker der Vorkriegszeit mussten vier Voraussetzungen für eine Weiterbeschäftigung im marxistisch-leninistischen Geschichtsbetrieb im Sinne einer Umerziehung im neuen marxistischen und stalinistischen Geist erfüllen: zum einen das intensive Studium der Schriften Stalins, zum zweiten der Besuch einer Abenduniversität für Marxismus-Leninismus und zum dritten das Umschreiben der eigenen Lehrprogramme und -konzepte im Sinne einer marxistisch-leninistisch-stalinistischen Umdeutung der Geschichte Lettlands und deren Einfügung in das Prokrustesbett des Historischen Materialismus. So betitelte z.B. Stepermanis, der regelmäßig zur Geschichte der französischen Revolution las, ein Thema seiner Vorlesung mit „Lenin und Stalin über die Große Französische Revolution im Jahr 1789“.¹⁶ Darüber hinaus mussten sie sich und ihre „bourgeoisen“ Arbeiten aus der Vorkriegszeit der „Kritik und Selbstkritik“ aussetzen.

Eine dieser Veranstaltungen der „Kritik und Selbstkritik“ wurde im Parteiorgan der LKP, *Cīņa* (dt. Der Kampf) dokumentiert: Am 2. Februar 1948 wurden Stepermanis und Zeids genötigt, auf einer wissenschaftlichen Sitzung der Geschichtsfakultät der Universität vorzutragen: Stepermanis über „bourgeois ‚Objektivismus‘ und Geschichtswissenschaft“ und Zeids über „Einblicke der bourgeois Historiografie in die Entstehung des Feudalismus in Lettland“. Beide mussten in ihren Ausführungen die wissenschaftliche Methodik der Vorkriegszeit widerrufen, die „bourgeoise“ Historiografie der Zwischenkriegszeit als unwissenschaftlich brandmarken und deren Funktion im Kampf der „Ulmanis-Clique“ gegen die lettische Arbeiterklasse „demaskieren“. Während es Zeids einigermaßen gelang, für das lettische Mittelalter anstelle nationaler Geschlossenheit im Kampf gegen den Deutschen Orden frühe Klassenantagonismen und darüber hinaus eine uralte Verbundenheit mit den Slaven im Osten zu konstatieren, musste Stepermanis öffentlich Abbitte tun und versprechen, sich zu bessern:

„Dozent Stepermanis [...] analysierte kritisch die Werke, die er während der Zeit des kapitalistischen Lettlands verfasst hat. Er zeigte den unmarxistischen, unwissenschaftlichen Charakter seiner Werke auf, verwies auf die in ihnen anzutreffenden irrigen Auffassungen und gestand, dass einige Werke nichts Anderes seien als eine Apologetik der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft, mit geschickt zusammengestellten empirischen Fakten. Obwohl er seine Fehler der Vergangenheit gestand und verurteilte, war seine Kritik an sich selbst und an der Konzeption der bourgeois Historiker Lettlands zuweilen trotzdem rein formal. Er wandte sich nicht scharf genug mit Gegenargumenten gegen die Vertreter des bourgeois Objektivismus, verschwieg einige seiner Fehler und kritisierte die Schmeicheleien der bourgeois Historiker gegenüber der jeweilig herrschenden Gruppe der Bourgeoisie nicht ausreichend.“

Im Ganzen muss jedoch zugestanden werden, dass der Vortrag von Stepermanis die Folgerung erlaubt, dass er sich nicht mit einer Ein-Tages-Deklaration begnügen wird, sondern dies der Brückenabbruch zur Vergangenheit und der Beginn einer

16 Jānis Keruss, Ineta Lipša u.a.: *Latvijas Universitātes Vēstures un filozofijas fakultātes vēsture padomju laikā. Personības, struktūras, idejas (1944–1991)* [Die Fakultät für Geschichte und Philosophie an der Universität Lettlands zur Sowjetzeit. Persönlichkeiten, Strukturen, Ideen (1944–1991)], Rīga 2010, S. 102 f., Zitat S. 113.

fruchtbaren Arbeit für die Ernte einer progressiven Wissenschaft ist. [...] In diesem Sinne war sein Referat [...] ein ernsthafter Schritt nach vorn.“¹⁷

Immerhin gelang es beiden Historikern, dem neuen Sowjetregime gegenüber einen Eindruck von Loyalität zu vermitteln und einer Entlassung oder Deportation zu entgehen. Erstaunlich im Falle von Stepermanis bleibt, dass er im Unterschied zu anderen alle Brüche, Regime- und Ideologiewechsel zwischen 1939 und 1945 fast unbeschadet überstand, obwohl er alle Kriterien eines national gesinnten, der Ulmanis-Regierung nahestehenden und damit verachteten „bourgeois“ Historikers erfüllte. Unbekannt ist, warum er gegen Ende des Krieges nicht ebenfalls in den Westen flüchtete. Der um eine Generation jüngere Pēteris Krupņikovs charakterisierte seinen akademischen Lehrer später mit den Worten: „Stepermanis unterrichtete bei uns im ersten Kurs. Nun ja, Stepermanis war eine Persönlichkeit. Er hatte in Frankreich gearbeitet, gelebt und über die Große französische Revolution geschrieben. [...]. Er war ein kluger Mann aus einer interessanten Familie, und es war ein Genuss ihn reden zu hören. [...]. Ein europäischer Herr.“¹⁸

Stepermanis hatte nach dem Ersten Weltkrieg zunächst als Lehrer an einer Grundschule, später an Mittelschulen unterrichtet, 1923 das Studium der Geschichte aufgenommen und 1928 mit dem Magistergrad abgeschlossen. Von 1931 bis 1933 setzte er mit einem Stipendium der Universität Lettlands sein Studium an der Pariser *École normale supérieure* fort, kehrte 1933 nach Riga zurück und promovierte 1935 mit einer Arbeit über den Gutsbesitzer Karl Friedrich Schoultz von Ascheraden (1720–1782) und dessen bauernfreundliche Gutspolitik zum Doktor der Geschichte (Dr. hist.) Ab 1936 arbeitete er als Dozent am Lehrstuhl für Neuere Geschichte der Universität und als Generalsekretär am neugegründeten Geschichtsinstitut Lettlands. Unter den Sowjets wurde er im Sommer 1940 kurzzeitig kommissarischer Leiter des Geschichtsinstituts und Dekan der Fakultät für Geschichte und Philologie an der Universität, unter den Nationalsozialisten arbeitete er in der „Sammelstelle für Geschichte“, in der Verwaltung der Universität und im Archiv der Handwerksverwaltung. Ab Herbst 1944 setzte er seine Tätigkeit als Dozent an der in Pēteris-Stučka-Universität umbenannten lettischen Alma Mater fort, leitete bis 1946 das Geschichtsinstitut (danach Abteilungsleiter) und ab 1960 den Lehrstuhl der Universität für Allgemeine Geschichte. 1960 verteidigte er seine Doktorarbeit (Habilitationsschrift) über „Die livländischen Bauernunruhen 1750–1784“ und wurde ab 1961 Dekan am Lehrstuhl für Allgemeine Geschichte.¹⁹

17 Par LVU vēstures fakultātes zinātnisko sesiju [Über die wissenschaftliche Sitzung der Fakultät für Geschichte der LVU], in: *Cīņa* v. 15.2.1948; Jānis Keruss, Ineta Lipša u.a., *Latvijas Universitātes Vēstures un filozofijas fakultātes vēsture* (wie Anm. 16), S. 112-114.

18 Keruss, Lipša u.a., *Latvijas Universitātes Vēstures un filozofijas fakultātes vēsture* (wie Anm. 16), S. 29.

19 Zu seinem beruflichen Werdegang vgl. im Detail sein „Arbeitsbuch“ (lett. *Darba grāmatiņa*), in: *Latvijas Universitātes arhīvs* [Archiv der Universität Lettlands]. Personalakte Marģers Stepermanis (ohne Seitenangabe), ferner Saulvedis Cimermanis: *Viņa zeme – Latvija, Latvijas vēsture, viņš – Latvijas zemei, Latvijas vēsturei. Vēsturniekam Marģeram Stepermanim – 100* [Sein Land – Lettland, Lettlands Geschichte, er – für Lettland, für Lettlands Geschichte. Der Historiker Marģers Stepermanis – 100], in: *Latvijas Vēstnesis* v. 20.11.1998, Nr. 347/348 (URL: <https://www.vestnesis.lv/ta/id/33085>, letzter Zugriff: 8.12.2021).

Details zu Stepermanis Anpassungsfähigkeit können verschiedenen Lebensläufe oder Fragebögen entnommen werden, die er verfasste oder ausfüllte. Gab er bei Eintritt als Dozent in die Universität 1936 in einem Fragebogen noch an, „in der Familie des Buchhändlers Stepermanis“ geboren zu sein (hierzu passt die Charakterisierung Krupņikovs, wonach Stepermanis aus einer „interessanten Familie“ stamme),²⁰ so schönte er seinen sozialen Status in einem Fragebogen aus der Zeit nach 1944 auf die Frage nach der Beschäftigung vor und nach der Oktoberrevolution mit „Dienstmann“ und gab in einem Lebenslauf vom 8. Februar 1945 zu seinen Eltern an: „Ich bin am 15. Dezember 1898 in Bauske geboren. Meine Eltern waren kurz vorher als landlose Bauern dorthin gekommen und lebten von eigener Arbeit.“ Er führte weiter aus, sein Vater sei wegen Teilnahme an der Revolution 1905 verhaftet worden und er selbst habe 1919 in der lettischen Armee gegen „deutsche Eindringlinge (von der Goltz)“ gekämpft. Auch die Erwähnung des russischen Historikers Robert Iu. Vipper (1859–1954) als seinen akademischen Lehrer mag von Nutzen für seine weitere Karriere gewesen sein.²¹ Vipper hatte zwar 1924 die Sowjetunion aus politischen Gründen verlassen und lehrte an der Universität in Riga, war aber nach der Okkupation Lettlands durch die UdSSR 1941 auf Einladung der Akademie der Wissenschaft nach Moskau zurückgekehrt und hatte sich dort unbehelligt in den stalinistischen Geschichtsbetrieb integriert. Sein Lebenslauf ist somit ebenfalls als ein Fall erfolgreicher Anpassung an die Erfordernisse von Machthabern in gefährlicher Zeit zu lesen. Vipper ist vielleicht als Stepermanis' ehemaliger Doktorvater ein Vorbild für seinen beruflichen Werdegang gewesen.²² In Stepermanis' Pariser Zeit, die als verdächtig galt,²³ habe er bei den „progressiven Historikern Hauser, Seignebos und Matiéz“ studiert, während der deutschen Besatzungszeit sei er mehrfach aus der Arbeit entlassen worden und habe keine einzige Zeile veröffentlicht.²⁴

Ein Beispiel für eine misslungene Karriere nach dem Krieg trotz frühzeitiger Aneignung der notwendigen Gepflogenheiten und rituellen Erfordernisse des sowjetischen Systems bietet der Lebenslauf von Roberts Malvess. Seine Erinnerungen, die er 1972 handschriftlich aufzeichnete und die den folgenden Ausführungen zugrunde liegen,²⁵ sind von der Schilderung zahlreicher Intrigen, Streitigkeiten, Missverständnisse und Enttäuschungen durchzogen. Der wahrscheinlich kenntnisreichste Paläograf und Kenner mittelalterlicher lateini-

20 Personalakte Margērs Stepermanis (wie Anm. 19), S. 56, verso.

21 Ebenda, S. 3.

22 Kurze Biografie Vippers: Hugh Graham: R.Iu. Vipper: A Russian Historian in Three Worlds, in: Canadian Slavonic Papers 28 (1986), S. 22-35.

23 Wie gefährlich während der Stalinzeit eine französische Verbindung war, zeigt das Beispiel der von den sowjetischen Sicherheitsorganen so genannten „Französischen Gruppe“, 13 Intellektuelle, die sich mit Frankreich, Paris, der französischen Literatur und Philosophie beschäftigten, 1951 verhaftet, des bürgerlichen Nationalismus bezichtigt und zu sieben bis 25 Jahren Lagerhaft verurteilt wurden, vgl. Daina Bleiere: Franču grupas tiesāšana 1951. gadā. Lietu politiskais konteksts un valsts drošības ministrijas darbības metode [Die Verurteilung der Französischen Gruppe im Jahr 1951. Der politische Kontext der Akten und die Arbeitsmethode des staatlichen Sicherheitsministeriums], in: Latvijas Vēstures Institūta žurnāls (1917), Nr. 4, S. 95-148.

24 Personalakte Margērs Stepermanis (wie Anm. 19), S. 130, verso.

25 Latvijas Nacionālās bibliotēkas (LNB) retumu un rokrakstu nodaļa [Raritäten- und Handschriftenabteilung der Nationalbibliothek Lettlands], Handschrift A 105: Roberts Malvess. Die Angabe der Seitenzahlen erfolgt hier nach einer dem Autor vorliegenden und von dem lettischen Historiker Gustavs Strenga gekürzten Abschrift.

scher Schriften in den baltischen Sowjetrepubliken, aber als Historiker nach 1941 beruflich marginalisiert, stammte aus einer Bauern- und Waldarbeiterfamilie und nahm 1926 sein Geschichtsstudium in Riga auf. Er kam aus einfachen Verhältnissen und genoss kaum familiäre oder korporative Unterstützung, wurde aber von seinen Zeitgenossen als zielstrebig beschrieben. Er gehörte zu denjenigen, die nach dem Ersten Weltkrieg versuchten, über eine akademische Bildung aufzusteigen, „ein typischer Streber seiner Zeit, der versucht im Leben mit unablässigem Fleiß und Bildung nach oben zu kommen“.²⁶ Trotzdem blieb Malvess vergleichsweise erfolglos. Sich an die 1930er Jahre erinnernd, schrieb er 1972 in seinen Erinnerungen: „Ich sah, wie Faulpelze und Halbdumme an mir vorüberzogen. Herrschendes Prinzip wurde: Wenn Du etwas weißt, dann schweige, wenn Du nichts weißt, dann führe die, die etwas wissen.“²⁷ Ab 1930 begann Malvess, als Assistent an der Universität, ab 1932 in der Denkmalverwaltung Lettlands und ab 1937 im Geschichtsinstitut zu arbeiten. 1935 beendete er sein Geschichtsstudium, 1939 genehmigte die Fakultät sein Konzept für eine Dissertation. Ende der 1930er Jahre überwarf er sich jedoch mit seinem potentiellen Doktorvater Arveds Švābe, der grauen Eminenz der jungen lettischen Geschichtswissenschaft. Švābe hatte für sich eine Gehaltsaufstockung für die Auswertung schwer lesbarer mittelalterlicher Quellen durchgesetzt, die von Malvess bereits durchgesehen und vorbereitet waren. Als sich Malvess diesbezüglich Švābe gegenüber kritisch äußerte, verspielte er dessen Unterstützung. Im Herbst 1939 gehörte er zu denjenigen lettischen Fachleuten, die während der Umsiedlung der Deutschbalten deren Ausfuhr von Kulturgütern kontrollierten und konfiszierte Gegenstände ins Geschichtsinstitut bringen ließen.²⁸

Im August 1940 eröffnete sich für Malvess kurzzeitig die Möglichkeit, unter den neuen sowjetischen Machthabern Karriere zu machen. Er vertrat für einige Monate kommissarisch den Generalsekretär des Geschichtsinstituts Stepermanis und begann in dessen Abwesenheit ohne Rücksprache mit diesem, das Institut personell umzuformen:

„Das drückte sich derart aus, dass er mehrere Briefe an den Volkskommissar für Bildung, Jūlijs Lācis (1892–1941) sandte, mit Vorschlägen, die Struktur des Instituts dahingehend zu ändern, eine Geschichtsabteilung für mittelalterliches Lettland zu schaffen, die er selbst leiten würde, sowie den Kirchenhistoriker Bischof Jāzeps Rancāns (1886–1969) und den Theologen Ludvigs Adamovičs (1884–1943) zu entlassen.“²⁹

Lettische Historiker erblicken in diesem Vorgang heute „politische Säuberung mit Hilfe von Denunziation“.³⁰ Auch Malvess' freiwilliger Eintritt in den sowjetischen Luftschutz im Herbst 1940, mit dem er sich und seine fünfköpfige Familie wahrscheinlich vor mög-

26 Mārtiņš Mintāurs: *Gipša cilvēka ēnā. Vēsturnieka Roberta Malvesa likteņa pavērsieni* [Im Schatten des Gipsmenschen. Wendungen im Schicksal des Historikers Roberts Malvess], in: *Domuzīme* (2017), Nr. 4, S. 69.

27 Handschrift A 105: Malvess (wie Anm. 25), S. 1.

28 Malvess' gestörtes Verhältnis zu Švābe unterstreicht auch, dass Malvess in seinen Erinnerungen Gerüchte wiedergibt, Švābe und der Archäologe Francis Balodis hätten sich in gleicher Tätigkeit mit 10 000 Lat von den Deutschen bestechen lassen. Vgl. Malvess (Anm. 25), S. 7.

29 Mintāurs, *Gipša cilvēka ēnā* (wie Anm. 26), S. 69 f.

30 Wertung ebenda, S. 70.

lichen sowjetischen Repressalien schützen wollte, wurde von seinen lettischen Kollegen als vorseilende Willfährigkeit interpretiert. Das Verhältnis zu Stepermanis sollte künftig als gestört gelten. Als das Geschichtsinstitut nach der deutschen Besetzung am 1. August 1941 geschlossen werden sollte und Malvess eine Entschädigung für entgangene Urlaubstage anmahnte, soll Stepermanis gesagt haben, er könne dem Kollegen ein Gefangenenlager anbieten.³¹

Während der deutschen Besatzungszeit durfte Malvess entsprechend einer schwarzen Liste, die der Verantwortliche für die lettischen kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen in der Militärverwaltung, der deutschbaltische Kunsthistoriker Niels von Holst (1907–1993), zusammengestellt hatte, nicht in Wissenschaft oder Museen tätig werden. Ein Bekannter verschaffte Malvess, um ihn vor einer drohenden Zwangsarbeit zu bewahren, eine untergeordnete Arbeitsstelle in der Abteilung für Wissenschaft der Generalverwaltung, die er bis zur Rükeroberung Rigas im Oktober 1944 innehatte. Trotzdem dürften die deutschkritischen Bemerkungen in seinen späteren Aufzeichnungen übertrieben sein, gab es für ihn doch die Möglichkeit, in der von der Generaldirektion herausgegebenen Zeitschrift „Izglītības Mēnešraksts“ (dt. Monatsschrift für Bildung) sieben Aufsätze über die Geschichte des Rigaer Hafens und der Schifffahrt zu veröffentlichen.³²

Ende 1944 gelang es Malvess, nach Breslau zu kommen, offiziell, um dort mit einer Empfehlung des deutschbaltischen Historikers Leonid Arbusow (1882–1951) seine Dissertation abzuschließen – ein Umstand, den er nach 1945 in Sowjetlettland verschweigen sollte. Von Breslau aus flüchtete Malvess mit Frau und Kindern vor der Roten Armee ins Sudetenland, entschloss sich nach Ende des Krieges aber, nach Riga zurückzukehren. Obwohl er ab Herbst 1946 wieder im Geschichtsinstitut arbeiten durfte und versuchte, alle Bedingungen des neuen Regimes zu erfüllen – der Besuch der Abenduniversität für Marxismus-Leninismus, gesellschaftliches Engagement, ideologische Arbeit, das Abfassen einer Wandzeitschrift im Dezember 1949 mit dem Titel „Was ich für meine wissenschaftliche Arbeit aus den Schriften des Genossen Stalin gelernt habe“³³ u.a. – wurde er im Januar 1950 aus dem Geschichtsinstitut und zum 1. September aus der Universität entlassen.³⁴ Vermutlich geschah dies im Rahmen einer Kampagne 1949/50 gegen lettische „bürgerliche Nationalisten“, in deren Zusammenhang bereits kleinere formale Fehler und biografische Schwachstellen für Repressionen ausreichten.

Zwar wurde Malvess nach Stalins Tod 1956 eine Rückkehr ins Geschichtsinstitut in Aussicht gestellt, verwirklicht wurde sie jedoch nicht. Wieder scheinen eher persönliche Vorbehalte alter Kollegen den Ausschlag gegeben haben. Malvess war gezwungen, den Lebensunterhalt für sich und seine Familie als Lehrer an verschiedenen Schulen, darunter eine Blindenschule, und ab 1960 mit Arbeit in einer Restaurierungswerkstatt, zu verdienen. Daneben wandte er sich der Geschichte der Architektur zu. Erst ab 1967 gelang es ihm wieder, an der Universität einzelne Kurse in Paläografie zu unterrichten. Dies war inzwischen ein mühevolleres Unterfangen, da unter den Studenten die Tradition, Latein zu beherrschen oder ein Interesse für mittelalterliche Quellen zu entwickeln, in den 27 Jahren seit Untergang der

31 Handschrift A 105: Roberts Malvess (wie Anm. 25), S. 8.

32 Mintauris, *Gipša cilvēka ēnā* (wie Anm. 26), S. 70.

33 Ebenda, S. 71.

34 „Der Unterricht des Genossen Malvess in Paläografie ist gut, im Spezialkurs unterlaufen ihm politische Fehler“, ebenda.

Republik Lettland abgebrochen war. Als Historiker mit weitgehenden Ambitionen, der in den 1930er Jahren mit großem Enthusiasmus begonnen hatte, die berühmten Zeichnungen von Johann Christoph Brotze (1742–1823) zu edieren, war er an seinem Ehrgeiz, dem Widerstand von Kollegen und den Systembrüchen in der Zeitgeschichte Lettlands gescheitert. Immerhin blieb ihm das Schicksal der Deportation erspart.

Lettische Historiker im 20. Jahrhundert lebten einerseits zwar in dem relativ geschützten Raum akademischer Betriebe, profitierten andererseits aber von der Bedeutung, die ihnen von unterschiedlichen Regimen für die jeweilige Identitäts- und Kulturpolitik übertragen wurde. Sie standen dabei unter dem Druck mehrfacher Adaptionen: Sie mussten nicht nur ihre Biografie, ihren Habitus und ihre Verhaltensweisen im privaten und beruflichen Alltag anpassen, sondern auch ihre Narrative, mussten sich von alten Arbeitsweisen distanzieren und neue Sprachregeln nutzen lernen. Äußerlich ähnliche Lebensläufe führten dabei zu unterschiedlichen, bisweilen gegensätzlichen Biografien. Versuche, diese biografischen Verläufe einer zeitgenössischen (wie in Bonhoeffers Briefen) oder späteren retrospektiven Reflexion zu unterziehen, sind bisher nicht bekannt geworden. Auch Malvess' Aufzeichnungen bleiben lediglich einer vorwurfsvollen Larmoyanz verpflichtet und orientieren sich kaum an philosophischen Überlegungen oder politischer Ethik. Damit werden zwei Fragen virulent, die künftig im Detail (und nicht nur von Historikern untersucht werden sollten): Wie eng war der Zusammenhang zwischen politischem System und persönlichem Werdegang, und warum war der politische Widerstand in Lettland, ob in der Diktatur unter Ulmanis, unter den Besatzungsregimen des Zweiten Weltkrieges oder im Stalinismus, und in den baltischen Staaten überhaupt im Unterschied zu anderen Ländern so wenig theoretisch fundiert und persönlich reflektiert – Antworten auf diese Fragen können tiefer in das mögliche Besondere der Region zwischen Deutschland und Russland hinführen.

Summary

Resistance research has played an important role in research into the history of 20th century Germany and western Europe, and adaptation and opposition strategies between „resistance and submission“ (D. Bonhoeffer) under dictatorships have been investigated in detail. This is not the case, however, for the history of resistance in the Baltic states of Estonia, Latvia and Lithuania although these states, like barely any other region, were confronted with changing regimes and dictatorships.

The present article looks at two biographies to examine the political, ideological and personal challenges faced by Latvian historians between Ulmanis' dictatorship (up to 1940), the first Soviet occupation (1940/41), the National Socialist occupation (1941–1944), the second Soviet occupation (1944/45) and the Stalinisation of the country (up to 1953) and discusses the appropriation strategies they adopted, whether with or without success, in order to survive physically and academically. The focus of study is on the life stories of Margers Stepermanis (1898–1968) and Roberts Malvess (1905–1982).

Deutsch-litauische Erfahrungen 1915–1920

von Joachim Tauber

Die Zäsur des Ersten Weltkrieges für die europäische Geschichte ist unbestritten.¹ Vor allem in Ostmitteleuropa kam es nicht nur zu einer völligen Umgestaltung der politischen Landkarte, sondern auch zu weiteren militärischen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen, die weit mehr Opfer forderten als das Kriegsgeschehen zwischen 1914 und 1918.² Diese Phase des Umbruchs betraf die beiden zu betrachtenden Länder in vielfältiger Weise: Deutschland fand nach Niederlage und Revolution nur langsam (und vorübergehend) den Weg zur parlamentarischen Demokratie, die auch 1920 noch gefährdet schien, Litauen wandelte sich von einer Provinz des Zarenreiches und einem eroberten und besetzten Land zu einem unabhängigen Staat. Im Mittelpunkt des folgenden Beitrages stehen die Erfahrungen und Wahrnehmungen, die Deutsche und Litauer in der kurzen Periode zwischen der deutschen Besetzung Litauens im Herbst 1915 und der Konsolidierung beider Staaten um 1920 machten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Frage nach Kontinuität und Wandel dieser Erfahrungen, änderten sich doch in diesen fünf Jahren, wie eben beschrieben, die geopolitischen Voraussetzungen auf beiden Seiten in fundamentaler Weise.

Die politische Geschichte der litauischen Staatsgründung ist inzwischen so umfassend erforscht, dass ich mich mit einer kurzen Zusammenfassung begnügen kann.³ Nachdem die deutsche Politik im Laufe des Jahres 1917 das seit 1915 besetzte Litauen als Spielball der eigenen Polen- und Russlandpolitik entdeckt hatte, setzte man unter strikter deutscher Ägide auf eine massiv eingeschränkte litauische Unabhängigkeit, die sowohl in Form einer „unauflösbaren“ Militär, Münz- und Zollunion mit dem Deutschen Reich als auch der Besetzung des zukünftigen litauischen Thrones durch ein deutsches Fürstenhaus vollzogen werden

- 1 Maßgeblich Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München⁵2014.
- 2 Wichtig jetzt Włodzimierz Borodziej, Maciej Górny: Der vergessene Weltkrieg. Europas Osten 1912–1923, Bd. 1: Imperien 1912–1916; dies.: Der vergessene Weltkrieg. Europas Osten 1912–1923, Bd. 2: Nationen 1917–1923, Darmstadt 2018; Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte N.F. XXIV (2015): Der Große Krieg beginnt: Sommer und Herbst 1914, wiss. betreut u. konzipiert von Joachim Tauber.
- 3 Vgl. Karsten Brüggemann, Joachim Tauber: Die Phase der Staatsgründungen und der Unabhängigkeitskriege, in: Karsten Brüggemann, Ralph Tuchtenhagen u.a. (Hrsg.): Das Baltikum. Geschichte einer europäischen Region, Band 3: Die Staaten Estland, Lettland und Litauen, S. 95-137. Ein Überblick über die Literatur ebenda, Historiografie, S. 80-93. Zum Memelgebiet bis 2001 vgl. Joachim Tauber: Das Memelgebiet (1919–1945) in der deutschen und litauischen Historiographie nach 1945, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte N.F. X (2001): Im Wandel der Zeiten. Die Stadt Memel im 20. Jahrhundert, S. 11-44. Eine gelungene neuere Darstellung von Tomas Balkelis: War, Revolution, and Nation-Making in Lithuania, 1914–1923, Oxford 2018. Wichtig jetzt: Česlovas Laurinavičius: Lietuvos su Klaipėda ir Vilniumi. Anglų ir rusų „Didžiojo žaidimo“ Baltijos aspektas [Die Entstehung Litauens mit Memel und Vilnius. Der Baltische Aspekt des ‚Großen Spiels‘ von Engländern und Russen], Vilnius 2020. Die litauische Forschung hat in den letzten Jahren zudem verdienstvolle Quelleneditionen publiziert.

sollte. Letztlich handelte es sich um eine indirekte Annexion. Die Zulassung eines litauischen Beirates (lit. Taryba) durch die deutsche Besatzungsmacht im Frühjahr 1917 war vor allem als propagandistische Reaktion auf einen litauischen Nationalrat gedacht, der im revolutionären St. Petersburg ausgerufen worden war,⁴ und trug der formalen Anerkennung eines „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ Rechnung. Aus litauischer Sicht erhielt die deutsche Politik trotz dieser recht deutlichen Hintergedanken eine besondere Bedeutung, denn noch 1914 hatten sich die eigenen Aspirationen auf eine Autonomie im zarischen Russland beschränkt.⁵ Die Emanzipation der Taryba, versinnbildlicht in der Unabhängigkeitserklärung vom 16. Februar 1918, in der im Gegensatz zu den deutschen Vorstellungen (und der damit einhergehenden ersten „Unabhängigkeitserklärung“ vom Dezember 1917) ein auf demokratischen Grundlagen verfasstes, von anderen Staaten unabhängiges Staatswesen proklamiert wurde, und die deutsche Niederlage machten dann Ende 1918 den Weg zur staatlichen Eigenständigkeit endgültig frei.

Litauen gehörte zu denjenigen Ländern, die im Ersten Weltkrieg besonders unter dem Kriegsgeschehen zu leiden hatten. Zeitgenössische Beobachter zogen damals sogar einen (etwas übertriebenen) Vergleich mit Belgien und dem nördlichen Frankreich.⁶ Die Kriegserfahrungen prägten dennoch in großem Maße das Bild von den Deutschen. Die Okkupation wurde als dritte biblische Heimsuchung bezeichnet, die der rigorosen Mobilisierung in den ersten Kriegswochen⁷ und der „Evakuierung“ von Zivilisten und lebendem Inventar⁸ durch die Russen gleichzusetzen sei: Die eiserne Hand der Besatzer hätte den unterdrückten Bewohnern die Tränen in die Augen getrieben.⁹ So überrascht es nicht, dass in den ersten litauischen Publikationen nach dem Kriege, in denen die Erfahrungen mit den deut-

4 Hierzu die Auslassungen der 3. Obersten Heeresleitung zur Errichtung eines litauischen Beirates in Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA-AA) R 22279, unpag., Telegramm Ludendorff an Auswärtiges Amt vom 13. Mai 1917: „Diesem Beirat wird – nicht – der Charakter einer Art Staatsrat beigelegt werden. Er soll lediglich ein Organ des Landes sein, das Wünsche der Litauer an die Verwaltung entgegennimmt.“

5 Immer noch lesenswert Alfred Erich Senn: *The Emergence of Modern Lithuania*, Morningside Heights u.a. 1959, S. 25: „But the fact remains that the Germans were the only hope the Lithuanians had for immediate, albeit not disinterested, aid.“

6 Vgl. die Zitate bei Vasilijus Safronovas, Vytautas Jokubauskas u.a.: *Didysis karas visuomenėje ir kultūroje: Lietuva ir Rytų Prūsija* [Der Große Krieg in Gesellschaft und Kultur: Litauen und Ostpreußen], Klaipėda 2018, S. 211-214.

7 Die Bevölkerung wurde bereits durch die Kriegsnachricht stark verunsichert und unruhig. Das war verständlich, grenzte das litauische Gebiet doch an Ostpreußen. Kriegsbegeisterung herrschte keine. Die Männer, die eingezogen worden waren, verließen unter Tränen ihre Familien. Hierzu die Erinnerungen an die ersten Kriegstage bei Antanas Gintneris: *Lietuva Caro ir Kaizerio naguose. Atsiminimai iš I Pasaulinio karo laikų 1914–1918 m* [Litauen in den Krallen des Zaren und des Kaisers. Erinnerungen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges 1914–1918], Čikaga [Chicago] 1970, S. 56-58.

8 Durch die Verhängung des Kriegsrechts kam es vom ersten Tag an zu Requirierungen, die die bereits beunruhigten Menschen auch wirtschaftlich schwer trafen. Zur russischen Anordnung, alle Nutztiere abzugeben, vgl. z.B. ebenda, S. 62.

9 So die Paraphrasierung des Zitates von Stasė Jablonskienė bei Safronovas, Jokubauskas u.a., *Didysis karas* (wie Anm. 6), S. 211. Ein Überblick über die Literatur ebenda. Erstmals erschienen unter den damaligen litauischsprachigen Publikationen im Übrigen auch Schriften, die heute wohl als Ego-Dokumente bezeichnet würden.

schen Besitzern festgehalten wurden, die negativen Wertungen überwogen. 1922 betonte der Herausgeber eines Erinnerungsbandes, die Sammlung aussagekräftigen Materials für die Publikation sei einfach gewesen, weil „[...] jeder Litauer, der unter der deutschen Besetzung ausharrte, wie eine lebende Enzyklopädie für die deutschen Untaten und alle Vorfälle gewesen sei“.¹⁰ Ubiquitär finden sich, bei einer großteils ländlich geprägten Bevölkerung wenig überraschend, Berichte über Requirierungen von Vieh und Nahrungsmitteln durch deutsche Soldaten. Hinzu kamen die Zwangsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung, insbesondere die verhassten Arbeitsbataillone¹¹ und die permanenten „Regeln, Befehle, Verbote“,¹² die von deutscher Seite erlassen wurden. Unvergessen blieb den Zeitzeugen zudem der teilweise als irrational empfundene deutsche Regulierungs- und Verbotswahn: Das Ufer der Memel durfte man z.B. ohne eine Genehmigung nicht betreten.¹³ Auch die Einführung einer Hundesteuer und vor allem die damit verbundene Erschießung aller Tiere ohne Hundemarke trug wie wenig es sonst zur Verachtung der Deutschen bei.¹⁴ In Šiauliai ordnete ein Leutnant Morsbach unter Strafandrohung an, dass die Einwohner jeden deutschen Soldaten „höflich zu grüßen“ hätten und das Trottoir für die Deutschen zu räumen sei.¹⁵ Schließlich wurde auch eine Verrohung der Sitten und der Moral mit der deutschen Besetzung in Zusam-

- 10 „[...] nes kiekvienas lietuvius, išbuvęs vokiečių okupacijoje, lyg buvo gyva enciklopedija žinių apie vokiečių žiaurybes ir visokius atsitikimas“. Zit. nach Safronovas, Jokubauskas u.a., *Didysis karas* (wie Anm. 6), S. 233.
- 11 Hierzu gibt es eine Fülle von Augenzeugenberichten bei Gintneris, *Lietuva* (wie Anm. 7), S. 233–241. Einen besonderen Eindruck hinterließ bei den Einheimischen die deutsche Bürokratisierungswut. In fast allen Berichten finden sich Hinweise auf die 1915 eingeführten Pässe, die zudem mit einem Lichtbild versehen waren. Hierdurch wurden Musterung und Erfassung der gesamten Bevölkerung möglich, eine Voraussetzung für die Bildung der Arbeitsbataillone. Zur russischen Zeit war es auf dem Lande durchaus üblich gewesen, bei derartigen staatlichen Eingriffen für eine gewisse Zeit in den Wäldern unterzutauchen, bis die Werber oder Vertreter der Staatsmacht wieder verschwunden waren. Die Deutschen, so mussten die Litauer jetzt feststellen, waren nicht so einfach zu übertölpeln.
- 12 So eine Kapitelüberschrift bei Gintneris, *Lietuva* (wie Anm. 7), S. 326 (*Įstatymai, Įsakymai, Uždraudimai [...]*). Eine wahrscheinlich unvollständige Auflistung der deutschen Verordnungen ebenda, S. 327–332. Bier und Salz wurden z.B. besteuert, kalter Kuchen durfte nicht mehr gebacken werden und auch der Besitz von Fahrrädern wurde untersagt, um eine umfassende Requirierung von Drahteseln durchführen zu können. In Vilnius wurde unter Strafandrohung im Oktober 1915 eine Gehsteigordnung eingeführt, die schließlich von Militärpolizisten den Einwohnern beigebracht wurde. Vgl. Aleksandr Szklennik: *Dienoraštis 1915–1918 m.* [Tagebuch 1915–1918], Vilnius 2017, Bd. 1, S. 231, 242.
- 13 Dieses Beispiel aus den Erinnerungen von J. Litvinas bei Gintneris, *Lietuva* (wie Anm. 7), S. 373.
- 14 Die Hundesteuer betrug 10 Mark, was für viele Dorfbewohner unbezahlbar war. In einem Dorf wurde ein toter Hund namens Margis an einem Galgen gefunden, der in seiner Schnauze ein schriftliches Testament hielt, in dem stand, sein Besitzer habe die Hundesteuer nicht zahlen können, weswegen er, Margis, vom deutschen Gendarmen gehängt worden sei. Er vermache seine Leine dem deutschen Kaiser, damit der sich nach der deutschen Niederlage daran aufhängen könne. Obwohl die deutschen Behörden alles daransetzten, die Hintermänner der Aktion zu fassen, wurde der Vorfall niemals aufgeklärt; der Text des „Testaments“ war allerdings in aller Munde und im ganzen Kreis Šakiai bekannt. Vgl. Gintneris, *Lietuva* (wie Anm. 7), S. 417. In den Städten belief sich die Hundesteuer sogar auf 30 Mark. Vgl. Szklennik, *Dienoraštis* (wie Anm. 12), S. 314.
- 15 Auch dieses Beispiel stammt aus den Aussagen von J. Litvinas bei Gintneris, *Lietuva* (wie Anm. 7), S. 374 („mandagiai sveikinti“).

menhang gebracht.¹⁶ Am Ende des Krieges habe es viele „kleine Deutsche“ in Litauen gegeben.¹⁷

Nach 1918 lagen zudem propagandistische Vergleiche mit den Kreuzrittern nahe und wurden – vor allem in Karikaturen – auch immer wieder gezogen.¹⁸ 1939 setzte Petras Ruseckas in seiner Edition „Litauen im Großen Krieg“ einen beeindruckenden Schlussspunkt dieser Literatur, indem er die Erinnerungen regional ordnete und systematisierte. Die Meinung der litauischen Bevölkerung über die deutsche Herrschaft sei durch Razzien,¹⁹ Plünderungen, Mundraub und Viehdiebstahl negativ geprägt worden, obwohl man den Deutschen, wie Ruseckas in seinem Vorwort ausführte, als „kulturellen Menschen“ erwartungsvoll entgegengesehen habe.²⁰

Die politischen Zeitläufte prägten die Konjunktur dieser Erinnerungsliteratur und damit verbunden die Tendenz der Darstellungen. Neben den Jahren zwischen 1918 und 1923, als es von litauischer Seite vor allem darum ging, den Ruch der Kollaboration mit den Deutschen zu vermeiden und zudem die Memel- und Reparationsfrage noch offen waren, findet sich vor allem zwischen 1933 und 1935 eine zweite Publikationswelle mit negativen Erinnerungen und Aussagen zur deutschen Besatzung. Dies ist insofern nicht überraschend, als die litauische Außenpolitik aufgrund der aktuellen Entwicklung in Deutschland und im Memelgebiet²¹ eine (letztlich gescheiterte) Neuorientierung auf Polen anstrebte. Dabei wurde die Grenze zur bloßen Propaganda teilweise überschritten, indem behauptet wurde, der deutschen Politik sei es vor allem darum gegangen, möglichst viele Litauer zu töten, um Platz für deutsche Kolonisten zu schaffen.²²

Das in den Jahren unmittelbar nach 1918 und Mitte der 1930er Jahre dominierende Bild wurde allerdings sowohl vorher als auch nachher durchaus differenzierter dargestellt. Ein Thema, das die Zwiespältigkeit der litauischen Erfahrungen besonders deutlich zeigt, sind

- 16 Prägnant zusammengefasst bei Safronovas, Jokubauskas u.a., *Didysis karas* (wie Anm. 6), S. 237. Den Sittenverfall glaubte man in einem freizügigen Sexualverhalten und einem damit verbundenen Anstieg der Geschlechtskrankheiten erkennen zu können.
- 17 Da es sich um ein Tabuthema handelt, finden sich nur wenige diesbezügliche Aussagen, wie etwa bei Gintneris, *Lietuva* (wie Anm. 7), S. 371.
- 18 Ein Beispiel bei Safronovas, Jokubauskas u.a., *Didysis karas* (wie Anm. 6), S. 238; zur literarischen Verarbeitung des Motivs vgl. ebenda, S. 246 f.
- 19 Es entwickelte sich eine Art von Katz- und Maus-Spiel zwischen der Bevölkerung und den Besatzern, denn der Erfindungsreichtum in Bezug auf Verstecke kannte offenbar keine Grenzen. Vgl. Gintneris, *Lietuva* (wie Anm. 7), S. 377 f.
- 20 Die Neuauflage erschien 2020: Petras Ruseckas: *Lietuva Didžiajame Kare* [Litauen im Großen Krieg], Vilnius 2020. Es ist der Erwähnung wert, dass diese Edition weder mit einem einordnenden Kommentar noch einer historischen Einführung versehen wurde. Der Unterschied der Ausgaben liegt darin, dass in der jüngeren Version wesentlich mehr Bildmaterial Verwendung fand. Das Zitat auf S. 5: „kultūringi žmonės“.
- 21 Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten führte zu einer Verhärtung der Auseinandersetzung im Memelgebiet und der Verhaftung führender Memeler Nationalsozialisten, denen die Planung eines Putsches zur Last gelegt wurde. Vgl. dazu Joachim Tauber: *Das Dritte Reich und Litauen*, in: Gertrud Pickhan, Ortwin Pelc (Hrsg.): *Zwischen Lübeck und Novgorod. Wirtschaft, Politik und Kultur im Ostseeraum vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, Lüneburg 1996, S. 477-496.
- 22 Vgl. Safronovas, Jokubauskas u.a., *Didysis karas* (wie Anm. 6), S. 240-242. Was 1934 noch als überzogene Polemik anzusehen war, sollte allerdings, was die deutschen Kolonisierungspläne angeht, während der zweiten deutschen Besatzung Litauens 1941 bis 1944 teilweise Wirklichkeit werden.

die deutschen Eingriffe in das Erziehungswesen. So wurde unter der deutschen Besetzung systematisch mit der Gründung von Grundschulen begonnen, um den Alphabetisierungsgrad des agrarisch strukturierten Landes zu erhöhen. Doch verfolgte die deutsche Seite damit auch politisch-propagandistische Ziele, was am deutlichsten an dem obligatorischen (und sehr unbeliebten) Deutschunterricht zu erkennen ist.²³

Petras Klimas, Zeitzeuge des deutschen Einmarsches in Vilnius im September 1915, kam zu einem sehr positiven Urteil über die deutsche Armee und ihr Auftreten,²⁴ und auch Juozas Audickas, der in einem kleinen Dorf im Kreis Rokiškis mit den Deutschen Bekanntschaft machte, betonte das freundliche Auftreten der Soldaten: Sie hätten gerne miteinander Lieder gesungen und mit ihren Offizieren gesprochen, diskutiert und, was als Besonderheit hervorgehoben wurde, alle Zeitung gelesen (d.h. sie waren im Gegensatz zu den russischen Soldaten alle des Lesens kundig). Auch das gute Essen aus der Gulaschkanone hob Audickas hervor. Bald hätten sich Kontakte nicht nur zwischen den gleichaltrigen Litauerinnen und den Soldaten, sondern auch mit der gesamten Dorfbevölkerung ergeben, die in Sorge gewesen seien, wenn „ihre“ Soldaten an die Front mussten.²⁵

Die Erfahrungen, die die Litauer mit der deutschen Seite machten, spiegeln sich auch in den Protokollen der Taryba und den Erinnerungen der damaligen Akteure wider. Die durchweg klassisch gebildeten Tarybemitglieder verstanden auf Anhieb die Aussage „timeo germanos et dona referentes“.²⁶ Bereits bei den Sitzungen des Organisationskomitees für die erste große Konferenz litauischer Intellektueller nach 1905,²⁷ aus denen dann die Taryba

23 Ein Beispiel bei Gintneris, *Lietuva* (wie Anm. 7), S. 385. Als ein deutscher Schulinspektor zur Visite kam, sangen die Kinder zu dessen Begrüßung „Oh Tannenbaum“. Viele der singenden Schüler kamen übrigens 1919 auf das Gymnasium in Šakiai, eine Schullaufbahn, die ihnen noch wenige Jahre zuvor nicht möglich gewesen wäre.

24 Petras Klimas: *Iš mano atsiminimų* (Aus meinen Erinnerungen), Vilnius 1990, S. 42. Ein Bericht (Bielskis) über die letzten Stunden russischer Herrschaft in Vilnius findet sich bei Gintneris, *Lietuva* (wie Anm. 7), S. 269–271. Der Eindruck der litauischen Intellektuellen an die erste Begegnung mit deutschen Soldaten deckt sich mit den Erinnerungen ihrer Landsleute in den Dörfern, von denen sich viele ebenda, S. 152–162, finden. Der Vergleich mit den russischen Soldaten fiel durchweg zugunsten der deutschen aus: Sowohl die bessere Qualität der Uniformen als auch die Sauberkeit von Ausrüstung und Waffen sowie das Auftreten an sich wurden hervorgehoben. Die deutschen Soldaten seien wie hohe Herren erschienen, so das Fazit eines sehr positiven ersten Eindrucks. Vgl. ebd., S. 304 f. u. 298.

25 Vgl. Safronovas, Jokubauskas u.a., *Didysis karas* (wie Anm. 6), S. 239. Ähnlich Jonas Tījūnas aus Šiauliai, der Ende der 1960er Jahre in den USA lebend, festhielt: „Die deutsche Besatzung war lang und schwer, aber sie haben das nicht nur für ihren eigenen Nutzen gemacht, sondern auch zum Wohle der einheimischen Bevölkerung.“ [„Vokiečių okupacija buvo ilga ir sunki, tačiau ji šį tą padarė ne tik savo naudai, bet kartu ir vietos žmonių gerovei.“] Gintneris, *Lietuva* (wie Anm. 7), S. 298. Ein besonderes Problem, so ebenda, S. 297, sei die sprachliche Verständigung gewesen. Den Juden, die Deutsch verstanden hätten, sei eine besondere Rolle zugekommen. Daher galten die Juden (neben allen anderen antijüdischen Vorurteilen) als besonders verdächtig. Ein Beispiel für die Ermordung eines Juden als vermeintlich deutscher Spion durch russische Streitkräfte ebenda, S. 343.

26 Der Ausspruch stammt von Pranas Turauskas, Priester in Eržvilkas, Utena. Vgl. *Eidintas, Lietuvos Taryba*, Dok. Nr. 26 (2. August 1917), S. 192. Das klassische Original in der *Aeneis* II, 49: „Timeo Danaos et dona ferentes.“ [„Ich fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen.“]

27 Während der Revolution von 1905 kam es zum sogenannten Großen Seimas von Vilnius, einer Versammlung litauischer Intellektueller, auf der erstmals die Forderung nach Autonomie des li-

hervorgehen sollte, ist dies offenkundig. Die Deutschen würden sich gegenüber litauischen Unabhängigkeitsbestrebungen nicht anders verhalten als die Russen, lautete eine Meinung.²⁸ Auch die erste halboffizielle litauische Delegation, die in Berlin empfangen worden war, ließ es bei ihrem Bericht nicht an Klarheit über die deutschen Absichten fehlen. Ihnen sei die Überlegenheit der deutschen Kultur zweifellos in der Absicht vorgeführt worden, um zu demonstrieren, wie gut es Litauen unter deutscher Führung haben werde.²⁹ So ging es bei dem viertägigen Treffen in Vilnius nicht zuletzt darum, eine völlige Abhängigkeit vom Deutschen Reich zu vermeiden,³⁰ wofür in den ausführlichen, teilweise wörtlichen Protokollen deutsche Worte wie „Einverleibung“ und „Anschluß“ Verwendung fanden.³¹ Auch „Ordnung“, ein weiteres Wort der deutschen Sprache, wurde den Litauern bald vertraut, und zwar sowohl durch die deutsche Selbstdarstellung als auch durch die bereits geschilderten konkreten Erfahrungen mit der deutschen Verwaltung.³²

Die Befürchtungen der litauischen Intellektuellen waren nicht aus der Luft gegriffen. Insbesondere die deutsche Militärverwaltung ließ es an Deutlichkeit nicht fehlen. Als im August 1917 von litauischer Seite eine Resolution entworfen worden war, die den deutschen Zielstreben nicht entsprach, weil in ihr nicht die gewünschte völlige Abhängigkeit vom Deutschen Reich Erwähnung fand, wurden die litauischen Vertreter wie Schuljungen abgekanzelt. Stanislovas Narutavičius berichtete, die Deutschen hätten den Abschluss von Militär-, Handels- und Eisenbahnkonventionen als Bedingungen für den Verzicht auf eine Germanisierung und Kolonialisierung gestellt. Sollten die Litauer nicht einverstanden sein, werde man das Land mit den Russen aufteilen und den deutschen Teil germanisieren und kolonisieren.³³ Das hier drastisch aufscheinende Abhängigkeitsverhältnis blieb bis Ende 1918 bestehen. Besonders deutlich zeigte es sich bei dem Streit, welche der beiden Unabhängigkeitserklärungen verbindlich sei (aus deutscher Sicht natürlich die vom Dezember 1917, in der von einem ewigen Bündnis mit dem Deutschen Reich die Rede war), und der

tauischen Gebietes im Rahmen des Russischen Reiches erhoben wurde. Grundlegend Egidijus Motieka: *Didysis Vilniaus Seimas* [Der Große Seimas von Vilnius], Vilnius 1996.

28 So der Grundbesitzer und Agronom Jonas Smilgevičius. Vgl. Eidintas, *Lietuvos Taryba*, Dok. Nr. 26 (2. August 1917), S. 185.

29 Bericht von Jurgis Šaulys. Vgl. Eidintas, *Lietuvos Taryba*, Dok. Nr. 26 (2. August 1917), S. 179.

30 Dabei spielten auch Überlegungen eine Rolle, die nach dem deutschen Zusammenbruch virulent wurden. Adomas Šernas, Priester im Rayon Biržai, warnte vor der Gefahr, die ein zu enges Zusammengehen mit den Deutschen für das eigene Renommé bedeute. Vgl. Eidintas, *Lietuvos Taryba*, Dok. Nr. 26 (2. August 1917), S. 192. Steponas Kairys, ein Vertreter der „Linken“, war überzeugt, dass das Deutsche Reich den Krieg nicht gewinnen werde, weswegen man die Beziehungen mit dem Westen nicht aus den Augen verlieren dürfe. Vgl. Eidintas, *Lietuvos Taryba*, Dok. Nr. 26 (2. August 1917), S. 190.

31 Vgl. u.a. Eidintas, *Lietuvos Taryba*, Dok. Nr. 26 (2. August 1917), S. 184 f.

32 Diese Erfahrung musste durchaus nicht nur negativ sein. In der litauischen Nationalversammlung berichtete ein Abgeordneter von zwei deutschen Gendarmen, die „uns“ die Verwaltung eines großen Gebietes und die ordnungsgemäße Administration (Korrespondenz, Haushalt usw.) gezeigt hätten. *Tvarka* (Ordnung) habe ihr Gutes gehabt. Vgl. Safronovas, *Jokubauskas u.a., Didysis karas* (wie Anm. 6), S. 240.

33 Die Angaben zu den Protokollen der Taryba und ihrer Vorgängerorganisationen stammen aus dem 2017 in erweiterter und überarbeiteter Form neu publizierten Quellenband von 1991. Die damals erstmals veröffentlichten Protokolle hatten eine große politische Bedeutung für das gerade unabhängig werdende Litauen. Vgl. Eidintas, *Lietuvos Taryba*, Dok. Nr. 26, S. 198.

mehr oder weniger erzwungenen Entscheidung der Taryba, eine monarchische Staatsform zu beschließen (was im Übrigen zu einem Wettrennen deutscher Fürstenhäuser um den litauischen Thron führte).³⁴

Das deutsche Bild von Litauen wurde durch koloniale Vorstellungen und kulturelle Überlegenheitsnarrative geprägt.³⁵ Man sah die Litauer als wohlmeinende Kinder und bescheinigte ihnen eine „natürliche“ Einfachheit und Reinheit. Offenkundig wird dies bei der Schilderung eines Tanzvergnügens:

„Man nehme Abstand von Anmut, Abstand von Schönheit der Linien, Feinheit der Gesichter, von feinen, schön gefesselten Füßen, man sehe das Gegenteil und freue sich doch an der einfachen, ländlichen Freude [...]. Ihre Melodien, die Art sich zu geben, mahnt an die Landschaft, das harte Klima, die tiefen, ernsten Waldmotive, an ihr schweres, düsteres Geschick. Volle zwei Stunden blieb ich, und es ward mir nicht leid; wer die litauische Bevölkerung verstehen will, der sehe sie nicht bei der Arbeit oder in ihren kümmerlichen Katen bei noch frugalerem Mahle, sondern höre sie in der Kirche und erfreue sich an ihnen bei Spiel und Tanz.“³⁶

Ein katholischer Geistlicher zeichnete ein ähnliches Bild: „[...] sie sind ein gesunder, kräftiger und kinderreicher Volksstamm, dessen geistige Begabung sehr gut ist; tief erfüllt von gläubiger Frömmigkeit, des Gehorsams noch nicht entwöhnt, genügsam und ehrlich [...].“³⁷

Das vermeintliche kulturelle Gefälle ist immer wieder Thema der deutschen Presse, wie ein Beispiel aus der Zeitung der 10. Armee zeigt, dass zugleich die Selbstreferenz solcher Beobachtungen illustriert:

„So fanden denn die Deutschen ein Land vor, wo es galt, fast alles von neuem aufzubauen. Und wie herrlich haben sie diese Aufgabe gelöst. Ein gewaltiges Werk ist es, was deutscher Fleiß, deutsche Ausdauer, Organisation und Kleinarbeit bei dem Wiederaufbau des Landes während der verflossenen 9 Monate geleistet haben. Man werfe nur einen Blick in die Städte und Dörfer, auf Felder und Landstraßen, und man verspürt den Geist, der weht [...]. Neues schaffen! war die Losung, und wie so oft [...] haben unermüdliche treue Arbeit, nie geahnte Anpassungsfähigkeit und deutsches Organisationstalent in Verbindung mit hoher mannigfacher Kultur auch im Oberostgebiet herrliche Triumphe im großen und im kleinen gefeiert [...]. Und der

34 Der Verfasser hat an anderer Stelle den Sachverhalt nachgezeichnet. Joachim Tauber: Stubborn Collaborators: The Politics of the Lithuanian Taryba, 1917–1918, in: *Journal of Baltic Studies* 37 (2006), S. 194-209.

35 Dazu Joachim Tauber: *The View from the Top. German Soldiers and Lithuania in the Two World Wars*, in: Martyn Housden, David J. Smith (Hrsg.): *Forgotten Pages in Baltic History. Diversity and Inclusion*, Amsterdam u.a. 2011, S. 211-237. Die folgenden Textbeispiele wurden auch für diesen englischsprachigen Aufsatz verwendet, werden aber hier im deutschen Original wiedergegeben. In größerem Zusammenhang als Referenz Vejas Gabriel Liulevicius: *War Lands on the Eastern front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I*, Cambridge 2000.

36 *Wilnaer Zeitung*, Nr. 17, 5. Februar 1916: *Litauischer Tanz*. Der Autor hebt auch „die höchsten Grenzen des moralischen Anstandes“ zwischen den Tänzern hervor.

37 Johannes Wronka: *Kurland und Litauen. Ostpreußens Nachbarn*, Freiburg i.Br. 1917, S. 170.

Gedanke der Überlegenheit macht uns zwar stolz, er läßt uns aber nicht ausruhen auf unseren Lorbeeren, sondern er spornt uns nur an zu neuen größeren Leistungen, er gibt uns Mut und Kraft, weiter deutsche Kulturarbeit zu wecken“.³⁸

In politischer Hinsicht wurden auf deutscher Seite die Beziehungen zu Litauen als eine Funktion der deutschen Polen- und Russlandpolitik gesehen. Keineswegs zufällig tauchte die sogenannte litauische Frage erst am Horizont auf, als die Februarrevolution in St. Petersburg das Ende des Zweifrontenkrieges möglich erscheinen ließ.³⁹ Im April 1917 betonte Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg in einer ersten Stellungnahme gegenüber der Obersten Heeresleitung: „Das Bestreben, die Litauer für Deutschland mit allen Mitteln zu gewinnen, wird auch hier leitend sein können, nicht aber zu einer Benachteiligung und Bekämpfung der Polen durch unsere Verwaltung führen dürfen.“⁴⁰

Als im November 1918 das Deutsche Reich zusammenbrach, hatte die deutsche Herrschaft für die Litauer negative Folgen. Zum einen verfügte das litauische Staatswesen über keinerlei militärische oder verwaltungstechnische Strukturen und Erfahrungen (die deutsche Besatzung dauerte zudem, wie gleich zu schildern sein wird, noch an), zum anderen entfiel nun aufgrund der Auflösungserscheinungen der deutschen Divisionen nach und nach die militärische Abschirmung, die die deutsche Armee gegenüber den Bol'seviki und polnischen Bestrebungen (in Vilnius und der Suvalkija) ausgeübt hatte.⁴¹ Und zum dritten erkannte man nun in Kaunas, dass die litauische Politik sich stärker an der siegreichen Entente als am geschlagenen Deutschen Reich zu orientieren hatte. Dem Vorwurf der Kollaboration mit den Deutschen, der sowohl bei den Friedensverhandlungen in Paris von polnischer Seite erhoben wurde als auch in manchen Grenzgebieten die örtliche litauische Position erschwerte, galt es zu begegnen.⁴² Augustinas Voldemaras, einer der schillerndsten litauischen Politiker der Zwischenkriegszeit, legte als Außenminister im März 1919 in einem Schreiben an seinen britischen Amtskollegen Wert darauf, dass man die Deutschen kennengelernt habe und auf keinen Fall sich ihrer Politik anschließen werde. Als weiteren Beleg der wenig deutschfreundlichen Haltung führte der Außenminister die eigenen Aspirationen auf das Memelgebiet an.⁴³ Allerdings war die litauische Regierung nie bereit, einen völligen Bruch

38 Zeitung der 10. Armee, Nr. 109, 24 Heumond [Juli] 1916: Hinter der Front.

39 Auch die deutsche Polenpolitik spielte eine nicht unwichtige Rolle, da Litauen wohl lange Zeit als Teil des zukünftigen polnischen Staates vorgesehen war. Erst das Scheitern der Dezemberdeklaration führte in der deutschen Politik zu einem gewissen Umdenken.

40 PA-AA R 22279, unpag., Der Reichskanzler an Herrn Gen. Feldm. Von Hindenburg, Berlin 29. April 1917.

41 Senn, *Emergence* (wie Anm. 5), S. 41, spricht in diesem Zusammenhang zu Recht vom „German buffer“, der nun weggefallen sei.

42 Zu Paris Aldona Gaigalaitė: *Lietuva Paryžiuje 1919 metais* [Litauen in Paris im Jahre 1919], Kaunas 1999. Der als Gebietskommissar in den Kreis Plentai entsandte Vertreter der litauischen Regierung T. Ivanauskas berichtete, dass in der einheimischen, nach Polen oder Weißrussland tendierenden Bevölkerung vor allem die enge Verbindung der Taryba mit den deutschen Besatzern Sympathien für einen litauischen Staat verhinderte. Vgl. Aistė Morkūnaitė-Lazauskienė (Hrsg.): *Iš vietos savivaldos istorijos Lietuvoje. 1918–1919 m. Dokumentai* [Aus der Geschichte der örtlichen Selbstverwaltung in Litauen 1918–1919. Dokumente], Šiauliai 2010, S. 89 f.

43 Während der deutschen Besatzung habe man vor allem die Not der Bevölkerung lindern wollen und nur deshalb mit den Besatzern Verträge geschlossen. Vgl. Juozas Skirius: Prof. Augustinas

der Beziehungen zum Deutschen Reich ins Auge zu fassen. Die litauische Gesandtschaft in Berlin galt als wichtigster diplomatischer Posten des jungen Staates. Als im Herbst 1919 der hochrangige französische Diplomat Philippe Berthelot dem Nachfolger von Voldemaras, Juozas Purickis, verdeutlichte, die wirkliche Gefahr für Litauen drohe weder von Russland noch von Polen, sondern von Deutschland, weswegen Kaunas seinen südlichen Nachbarn (d.h. Polen) als Verbündeten betrachten möge, wurde dieser Vorschlag intern als Beweis für den „feinen Humor“ Berthelots gesehen.⁴⁴

Auf deutscher Seite begann eine Phase des Interregnums und des schwierigen Übergangs von der Besatzungsmacht zu einem benachbarten Staat, die im Folgenden vor allem aus der Sicht, den Erfahrungen und den Einschätzungen der verbliebenen deutschen Diplomaten, Militärs und Verwaltungsbeamten nachgezeichnet werden soll. Wenige Tage vor dem endgültigen Zusammenbruch am 3. November 1918 wurde der Geheime Ober-Regierungsrat im Reichsjustizamt, Dr. Ludwig Zimmerle, zum „Verwaltungschef und Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches“ in Litauen ernannt.⁴⁵ Bis dahin waren die Diplomaten in Ober-Ost als „Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Verwaltungschef Litauen“ tätig und wurden von den Militärs eher als lästige Anhängsel ihrer Politik gesehen.⁴⁶ Zimmerle wurde somit noch vor dem endgültigen Zusammenbruch des Deutschen Reiches durch die letzte kaiserliche Regierung unter Max von Baden berufen.⁴⁷ Insofern repräsentierte er in Amt und Person eine besondere Kontinuität zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik und zugleich den Übergang von der Besatzungsverwaltung zur diplomatischen Vertretung des Reiches gegenüber der litauischen Regierung.⁴⁸ Mit seiner Berufung kam es zu der seltsamen Situation, dass zwei zivile Vertreter des Deutschen Reiches in Wilna agierten: Neben dem Generalbevollmächtigten war in Wilna der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei

- Voldemaras ir tarptautinis Lietuvos valstybingumo įteisinimo procesas (1918 11 11-1920 06 19) [Prof. Augustinas Voldemaras und der internationale Weg zur rechtlichen Anerkennung der litauischen Staatlichkeit (11.11.1918–19.6.1920), in: Aldona Gaigalaitė u.a. (Hrsg.): Lietuvos užsienio reikalų ministrai 1918–1940 [Die Außenminister Litauens 1918–1940], Kaunas 1999, S. 30 f.
- 44 Vgl. Dr. Juozo Purickio veikla siekiant Lietuvos tarptautinio pripažinimo (1920 06 19-1922 01 01) [Die Tätigkeit von Dr. Juozas Purickis für die internationale Anerkennung Litauens (19.6.1920–1.1.1922), in: Gaigalaitė u.a. (Hrsg.), Lietuvos (wie Anm. 43), S. 56 („kultūringą humorą“). Zur Bedeutung der Gesandtschaft in Berlin vgl. ebenda, S. 44. Purickis war im übrigen vor seiner Ernennung zum Außenminister der erste litauische Gesandte in Berlin gewesen.
- 45 Vgl. PA-AA R 21725, Bl. 66: Schreiben des Staatssekretärs des Innern an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom 4. November 1918. Die schriftliche Ernennung durch den Kaiser, verbunden mit der Führung des Titels „Exzellenz“, erfolgte am 3. November 1918. Vgl. PA-AA R 21725, Bl. 67. Warum Innenministerium?
- 46 Vgl. z.B. den Briefkopf in einem der letzten Schreiben des Gesandten von Verdy am 4. November 1918 in PA-AA R 21725, Bl. 83.
- 47 Dazu Matthias Dornfeldt, Enrico Seewald: Hundert Jahre deutsch-litauische Beziehungen, Husum 2017, S. 74 f.
- 48 Zur Person und Rolle Zimmerles liegt jetzt vor: Matthias Dornfeldt, Enrico Seewald: Ludwig Zimmerle und Litauen, in: Annaberger Annalen 26 (2018), S. 24-36. Noch ein weiterer Württemberger spielte vor Zimmerle eine bedeutende Rolle als Unterstützer der litauischen Bestrebungen gegen die Militärverwaltung: Matthias Erzberger. Dazu Joachim Tauber: Der Kampf um die Unabhängigkeit 1917–1919. Matthias Erzberger und die deutsche Politik aus litauischer Perspektive, in: Haus der Geschichte Baden-Württembergs (Hrsg.): Matthias Erzberger – ein Demokrat in Zeiten des Hasses, Karlsruhe 2013, S. 120-133.

OberOst, der Gesandte Friedrich von Verdy du Vernois, tätig, der zudem bei der litauischen Regierung akkreditiert war.⁴⁹ Von einer „besondere[n] Anerkennung“ Litauens glaubte man in Berlin im Übrigen absehen zu können, da die Unabhängigkeit des Landes bereits am 23. März 1918 anerkannt worden sei.⁵⁰ Auch Voldemaras ging von diesem Sachverhalt aus,⁵¹ wiewohl sich die damalige kaiserliche Zustimmung ausdrücklich auf die Dezembererklärung der Taryba bezogen hatte.⁵²

Noch bevor Zimmerle an seinem neuen Dienstort eingetroffen war, kam es zu einem entscheidenden Einschnitt in den bisherigen deutsch-litauischen Beziehungen. Am 3. November 1918 erließ Reichskanzler von Baden folgende Anweisung: „Die Militärverwaltung der baltischen Lande und die Militärverwaltung Litauen werden mit dem 15. November in Zivilverwaltungen umgewandelt, die ihre Weisungen von mir erhalten. Auf diese geht an dem bezeichneten Tage die gesamte politische und wirtschaftliche Verwaltung der beiden Länder über.“⁵³ Außerdem löste von Baden das im Juni 1918 geschaffene Reichskommissariat für die Ostseegebiete und Litauen auf, dessen Aufgaben vom Auswärtigen Amt und dem Reichsamt des Innern übernommen werden sollten.⁵⁴ Allerdings änderte sich damit zunächst nicht allzu viel, wie ein Bericht Zimmerles vom 22. November 1918 zeigt: „[...] die bisherigen Militärbezirksverwaltungen und Militärkreisämter bleiben als Bezirksverwaltungen und Kreisämter bestehen“.⁵⁵

Kurz nachdem Zimmerle am 5. November 1918 in Vilnius angekommen war,⁵⁶ hatte sich die Lage ein weiteres Mal grundlegend gewandelt:

„Militärische Unruhen in Wilna [...]. Zunächst in Stärke von 2 Kompagnien, durch Zuzug auf etwa tausend Mann verstärkt. Demonstrationen vor Verwaltungsgebäude und Gouvernement. Bildung eines Soldatenrates. Verhandlungen mit Militärgouverneur und Verwaltung. Beschwerden wegen schlechter Behandlung durch Vorgesetzte

49 Vgl. PA-AA R 21726, Bl. 23, Chef der Zivilverwaltung Zimmerle an den Staatssekretär des Innern vom 22. November 1918: Die litauische Regierung „[...] macht [...] geltend, daß das Deutsche Reich den litauischen Staat mit der Hauptstadt Wilna schon früher anerkannt habe, daß bei ihr schon jetzt ein deutscher Gesandter beglaubigt sei [...]“.

50 Vgl. PA-AA R 21725, Bl. 70.

51 Vgl. ebenda, Schreiben an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom 30. Oktober 1918.

52 Ausführlich Dornfeldt, Seewald, Hundert Jahre (wie Anm. 47), S. 58-69.

53 Zit. nach PA-AA R 21725, Bl. 78: „Ausführungsbestimmungen zur allerhöchsten Kabinettsorder vom 3. November 1918“.

54 Vgl. ebenda, Bl. 89, Schreiben des Reichskanzlers vom 8. November 1918.

55 Ebenda, Bl. 219, Zimmerle an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom 22. November 1918. Dazu auch ebenda R 21726, Bl. 20, Der Staatssekretär des Innern an den Generalbevollmächtigten vom 13. Dezember 1918: „[...] erkläre ich mich damit einverstanden, daß nach Umwandlung der Militärverwaltung in eine Zivilverwaltung die vorhandene Organisation im wesentlichen beibehalten und mit Rücksicht auf den bevorstehenden Abbau der deutschen Verwaltung möglichst von Veränderungen an den bestehenden Einrichtungen Abstand genommen wird.“ Vgl. auch ebenda R 21725, Bl. 21, Der Chef der Zivilverwaltung Litauen Zimmerle an den Staatssekretär des Innern vom 22. November 1918: „Mit Rücksicht auf die inzwischen veränderte Lage ist beabsichtigt, von einer weiteren Änderung in der Organisation der Verwaltung Abstand zu nehmen.“

56 Vgl. ebenda R 21725, Bl. 134, Schreiben Zimmerles an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom 9. November 1918.

und schlechten Essens. Forderung der Rückkehr in die Heimat [...]. Rote Fahnen im Zuge. Reichsflagge vom Verwaltungsgebäude heruntergeholt.“⁵⁷

Die Revolution hatte die deutschen Truppen an der Neris erreicht, jetzt wurde die Situation zunehmend chaotischer, zumal sich inzwischen Verbände der Bol'seviki auf dem Vormarsch befanden.

Unter diesen Umständen überrascht es nicht, dass Zimmerle und Verdy permanent mit Krisenmanagement beschäftigt waren, die Verwaltungstätigkeit sich mehr oder weniger in der Demobilisierung erschöpfte⁵⁸ und auf dem Land immer mehr anarchische Verhältnisse einkehrten.⁵⁹ Auch auf litauischer Seite zeichneten sich Schwierigkeiten vor allem in der Provinz ab. Im Dezember 1918 war damit begonnen worden, eine kommunale Selbstverwaltung aufzubauen, deren erste Repräsentanten die Gebietskommissare (*apskrities komisarai*) waren. Ihre Berichte an das Innenministerium ergeben ein interessantes Bild der Lage und von dem Verhalten des deutschen Militärpersonals und der noch vor Ort befindlichen zivilen Kreishauptleute. Aus litauischer Sicht stellten sie eines der großen Probleme dar, da sie an einer geordneten Übergabe der Infrastruktur und des verbleibenden Materials nicht interessiert waren. Manchmal versprach man sich von den deutschen Soldatenräten Abhilfe und kooperierte mit diesen, um die Situation unter Kontrolle zu bringen.⁶⁰

Aufgrund dieser Entwicklung standen politische Zweckmäßigkeit und militärisches Vermögen bei der deutschen Litauenpolitik immer deutlicher in einem Widerspruch. Als sich abzeichnete, dass die Militärs Vilnius so schnell wie möglich räumen wollten, versuchte Zimmerle in Berlin eine Änderung der Politik zu erreichen: „Die Preisgabe [...] im jetzigen Augenblick würde eine solche Erbitterung hervorrufen, dass von vernünftigen erträglichen Beziehungen zu diesem Lande [...] nicht mehr die Rede sein könne und dass unsere Stellung auf dem Friedenskongreß wesentlich erschwert sein würde.“⁶¹ Doch sämtliche Überlegungen scheiterten an der militärischen Realität: Die 10. Armee befand sich in Auflösung, an eine Verteidigung von Vilnius war nicht zu denken.⁶² Schließlich informierte Verdy in einem Telegramm am 2. Januar 1919 die Volksbeauftragten Friedrich Ebert

57 Ebenda, Bl. 91, Bericht des Gesandten Verdy an das Auswärtige Amt, eingegangen am 10. November 1918.

58 Vgl. ebenda R 21726, Bl. 199, Zimmerle an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom 12. Dezember 1918.

59 Vgl. den Bericht Zimmerles in: ebenda R 21727, Bl. 82 ff., Der Chef der Zivilverwaltung Zimmerle abschriftlich an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom 4. Januar 1919.

60 Ein Teil der Dokumente veröffentlicht bei Morkūnaitė-Lazauskienė (Hrsg.), *Iš vietos* (wie Anm. 42). Das konkrete Beispiel ist dem Bericht von V. Vitkauskas entnommen und bezieht sich auf den Kreis *Vilkaviškis* (ebenda, S. 94 f.). Als Datum ist der 30. Dezember 1918 angegeben. Die Hinzuziehung des Soldatenrates führte zu einer zornigen Replik des Kreishauptmannes, der den Litauern sagte, er allein entscheide, was mit den requirierten Sachmitteln zu geschehen habe, und die Drohung aussprach, wenn man sich weiter in seine Angelegenheiten einmische, werde er das litauische Komitee festnehmen lassen.

61 PA-AA R 21726, Bl. 236 f., Der Staatssekretär des Innern an den Rat der Volksbeauftragten vom 20. Dezember 1918. Preuß selbst hielt die Frage für so bedeutsam, dass er die Einberufung einer Kabinettsitzung vorschlug, an der auch Zimmerle teilnehmen sollte.

62 Vgl. ebenda R 21762, Bl. 324, ObOst an das Auswärtige Amt vom 20. Dezember 1918. Auch als im März 1919 noch einmal über eine Unterstützung Litauens durch deutsche Truppen nachgedacht wurde, war Zimmerle einer der entschiedensten Verfechter eines solchen Vorgehens. Vgl. ebenda

und Philipp Scheidemann über seinen Plan, mit Freiwilligen die litauische Regierung zu unterstützen.⁶³ Im Aufbau einer litauischen militärischen Organisation lag nunmehr auch neben der Abwicklung des deutschen Rückzugs die Hauptaufgabe der verbliebenen deutschen Verwaltungsstellen.⁶⁴ Die Kontinuität der deutschen Litauenpolitik ist auch in dieser Umbruchphase deutlich zu erkennen, man sah das kleine baltische Land als Spielball der eigenen Bestrebungen in Ostmitteleuropa.

Die deutschen Einschätzungen des litauischen Verhaltens entsprachen den Tatsachen. In Kaunas war der deutsche Stern nicht nur wegen der Niederlage im Sinken begriffen, sondern auch wegen der fehlenden militärischen Unterstützung bei der Rückeroberung von Vilnius. Trotzdem ist zweifelhaft, ob es gelungen wäre, den Vormarsch der Bol'seviki zu stoppen, wenn nicht Ministerpräsident Mykolas Sleževičius unerwartete Rückendeckung erhalten hätte. Nachdem die litauische Regierung zunächst versucht hatte, über die Entente Hilfe zu erhalten, stellte man über die litauische Gesandtschaft einen direkten Kontakt mit Berlin her. Aus wohlverstandener Eigeninteresse⁶⁵ erhielten die deutschen Truppen Befehl, Kaunas nicht aufzugeben und zusammen mit litauischen Kräften Stellung gegen die anrückende Rote Armee zu beziehen. Damit hatte die Regierung eine überlebenswichtige Atempause bekommen, erstmals standen litauische Einheiten im Februar 1919 bei Kėdainiai im Gefecht. Zusammen mit den Deutschen gelang es bis zum Sommer 1919, die Rote Armee aus Litauen zu verdrängen, allerdings waren die Deutschen nicht bereit, sich an einen Angriff auf Vilnius zu beteiligen, so dass das Vilniusgebiet weiterhin nicht zum Machtbereich der litauischen Regierung gehörte. Damit hatte sich die zwischen Entente und Deutschland abwägende litauische Politik noch einmal ausgezahlt.

Doch bald schufen die Aktivitäten deutscher Freikorps einen neuen Aufgabenbereich für den Generalbevollmächtigten und beschädigten das bereits angeschlagene deutsche Image in der litauischen Bevölkerung weiter:

„Ganz besondere Schwierigkeiten ergeben sich aber aus der neuen militärischen Besetzung des Landes mit Truppen, die im Anfang jede Moral und Disziplin ver-

R 21730, Bl. 5, Zimmerle an Auswärtiges Amt vom 21. März 1919: „Unsere Position in Litauen wird dann zu unseren Ungunsten [sic!] erledigt sein. Deshalb Unterstützung der Aktion unter allen Umständen erforderlich, selbst auf die Gefahr des Mißlingens hin, denn auch in diesem Falle wird die Tatsache der Unterstützung anerkannt werden müssen. Die ganze Zukunft der deutschen Politik in Litauen ist von der Entscheidung in dieser Frage abhängig. Bitte deshalb dringend auf der bei meiner Anwesenheit von dem Herrn Reichspräsidenten, dem Auswärtigen Amt und Staatssekretär Erzberger vertretenen Auffassung stehen zu bleiben und die O.H.L. anzuweisen, schleunigst Befehl zur Unterstützung der litauischen Operation gegen Wilna zu geben. Höchste Eile dringend geboten. Erfolgt nicht sofort entsprechende Entscheidung, so rückt Gefahr der Annäherung Litauens an Polen unter dem Zwange der Verhältnisse näher.“

63 Vgl. ebenda R 21727, Bl. 26, Der Gesandte an Auswärtiges Amt vom 2. Januar 1919.

64 Vgl. ebenda, Bl. 211, Der stellvertretende Chef der Zivilverwaltung Wolf vom 22. Januar 1919: „Die vornehmliche Aufgabe der Kreishauptleute ist es, den Aufbau der litauischen Polizei und Gendarmerie, der Kreismilizen zu fördern, damit die litauische Verwaltung die nötige Autorität erhält, die in den heutigen Zeiten der Unruhe, der Auflösung, der bolschewistischen Umtriebe nötiger denn je ist.“

65 Eine vollständige Besetzung Litauens hätte die Rote Armee bis an die Grenze Ostpreußens vorstoßen lassen.

missen ließen und sich schwerer Übergriffe gegen die Bevölkerung schuldig gemacht haben.⁶⁶ Hieraus entstand der Zivilverwaltung die neue und wenig erfreuliche Aufgabe, bessernd, schlichtend, aber energisch einzugreifen und durch fortgesetzte Vorstellungen bei den militärischen Dienststellen dafür zu sorgen, daß die Truppen sich ihrer Pflichten gegen die Bevölkerung eines *befreundeten* [Hervorhebung nicht im Original; J. T.] Landes mehr oder weniger bewußt werden.⁶⁷

Für den Rest seiner Amtszeit sollte Zimmerle permanent mit dem Verhalten der deutschen Freikorps beschäftigt sein, so dass er zwischen den Klagen der litauischen Regierung und den Abwiegungen der Militärs in eine schwierige Position geriet.⁶⁸ Dennoch wandelte sich die Dienststelle des Generalbevollmächtigten immer mehr: Mitte Mai konnte Zimmerle an das Reichsinnenministerium den Abbau der Besatzungsverwaltung mitteilen, die Kreisämter seien Ende April geschlossen worden, ein Großteil des Personals sei bereits nach Deutschland zurückgekehrt, die bisherigen Kreishauptleute würden nun als „Beauftragte des Generalbevollmächtigten“ politische und wirtschaftliche Aufgaben erfüllen, aber keine Verwaltungstätigkeiten mehr ausführen.⁶⁹

Offensichtlich zeichnete sich nun ein deutlicher Bedeutungsschwund Litauens für die deutsche Politik ab, was dem weiterhin beredt für eine Unterstützung Litauens eintretenden Zimmerle in einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 7. Juli 1919 auch unmissverständlich mitgeteilt wurde:

„Militärischer Seite wiederholt erklärte Unmöglichkeit, Litauen bei der Befreiung litauischer Gebiete von den Bolschewisten zu unterstützen. Völlig unmöglich wurde dies, seitdem die Räumung Litauens von deutschen Truppen sich ihrer Vollendung nähert. Auch der innere Anlaß zur Unterstützung litauischer Wünsche fiel fort, nachdem einwandfrei festgestellt war, daß die Litauische Regierung in Paris offiziell die

66 Ein Beispiel berichtet Antanas Gintneris aus dem Frühjahr 1919, als seine Familie nachts von zwei deutschen Soldaten (einer habe mit bayerischem Akzent gesprochen) überfallen und brutal zusammengeschlagen wurde. Die beiden raubten die gesamten Ersparnisse der Familie. Da die Täter nicht zu ermitteln waren, betrachtete der Kommandant der Einheit den Sachverhalt als erledigt an, wenn er die Soldaten warne, derartige Taten zu begehen. Der Zeitpunkt des Überfalls war keineswegs zufällig gewählt, denn die Einheit stand kurz vor dem Abzug nach Deutschland. Vgl. Gintneris, *Lietuva* (wie Anm. 7), S. 321-325.

67 PA-AA R 21731, Bl. 143, Zimmerle an das Reichsministerium des Innern vom 18. April 1919.

68 Vgl. z.B. ebenda R 21734, Bl. 46, Zimmerle an das Oberkommando Nord zum Verhalten einer in der Gegend um Jurbarkas stationierten Einheit: „Die Klagen über Eigenmächtigkeit, Plünderung und andere strafbare Handlungen, die von den Leuten des genannten Detachements verübt werden, häufen sich in einem Maße, daß ein Einschreiten dringend geboten ist. Ich kann die politische Verantwortung im Lande nicht übernehmen, wenn dies unterbleibt [...] Der Auffassung, daß die deutschen Truppen in Litauen im feindlichen Gebiete sind, muß mehr wie bisher entgegengetreten werden. Die von der litauischen Regierung aufgestellten Polizeiorgane sind zu respektieren [...]“

69 Vgl. ebenda, Bl. 139 ff., Zimmerle an das Reichsinnenministerium vom 14. Mai 1919. Vgl. auch ebenda R 21736, Bl. 4 ff., Zimmerle an das Auswärtige Amt vom 14. Juni 1919; dazu auch ebenda R 21736, Bl. 138 ff., Abschlußbericht des Beauftragten des Generalbevollmächtigten von Münchenhausen in Mariampol vom 15. Juni 1919.

Angliederung preußischer Gebietsteile⁷⁰ betrieben hatte. Dieses Sinken des deutschen Interesses an Litauen und der Einwirkung auf Litauen wird sich demnächst in einer Umgestaltung der deutschen Vertretung zu bekunden haben.⁷¹

Doch auch für die litauische Regierung wurde die Situation immer schwieriger und das deutsche Verhalten zu einer schweren diplomatischen Belastung gegenüber der Entente und dem inneren Verwaltungsaufbau. Denn noch immer gab es eine Art von Doppelherrschaft, die in dem Wirrwarr zwischen diplomatischen und besatzungspolitischen Einrichtungen augenfällig wurde.

Das Nebeneinander von militärischen Besatzungs- und Verwaltungsrelikten, marodierenden Freikorps, Einflussnahmen der Entente und diplomatischer Kommunikation führte dazu, dass die deutsche Seite die litauische Staatlichkeit als hochgradig artifiziell betrachtete. Im Juni 1919 berichtete Zimmerle an das Auswärtige Amt davon, „[...] daß Litauen seine ganze staatliche Existenz ausschließlich Deutschland zu verdanken hat und auch heute nur durch die militärische und finanzielle Unterstützung seitens Deutschlands sein Leben fristet“. Ab Juni 1919 wurde für die deutschen Vertreter immer deutlicher, dass sich die litauische Führung gegenüber den deutschen Avancen zunehmend reserviert zeigte und auf Abstand Wert legte. Sicher zu Recht führte man das auf die in der Entente vor allem durch polnische Einflüsterungen verstärkte Überzeugung zurück, die litauische Regierung sei weiterhin deutschfreundlich gestimmt. In Kaunas sei man entschlossen, dieses Bild „durch Wohlverhalten“ gegenüber der Entente zu korrigieren, zumindest bis man die Anerkennung der Unabhängigkeit erreicht habe.⁷²

Die skeptische Einschätzung der litauischen Staatlichkeit galt auch für die militärische Potenz des jungen Staates. Nachdem sich die polnisch-litauischen Beziehungen rasch verschlechtert hatten und die litauische Seite plante, Truppen in den Süden des Landes zu verlegen, unterstützte der Vertreter des Deutschen Reiches den heimlichen Wunsch der Litauer, auch deutsche Einheiten gegen die Polen zum Einsatz zu bringen, wobei er eine Gefährdung der Soldaten faktisch ausschloss „[...] angesichts der ständig sich bessernden Haltung der deutschen Truppen und der Autorität, die der deutsche Soldat trotz allem gegenüber dem litauischen erfahrungsgemäß hat“.⁷³ Auch hochrangiger Besuch aus dem Reich sah die militärische Schlagkraft der litauischen Verbände als geringfügig an: „Geleistet haben die Litauer bisher nichts. Wo sie selbständig vorgingen, sind sie geschlagen worden. Sobald die Sowjettruppen merken, daß keine deutschen Verbände mitwirken, greifen sie regelmäßig mit Erfolg an.“⁷⁴ Im September 1919 schrieb der Nachrichtenoffizier des (Frei)Corps von Die-

70 Diese Bemerkungen beziehen sich auf litauische Bestrebungen, das Memelgebiet dem eigenen Staatswesen anzugliedern.

71 PA-AA R 21817, Bl. 174, Aufzeichnung über die politische Lage vom 7. Juli 1919.

72 Vgl. ebenda R 21736, Bl. 4, Bericht des Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches Zimmerle an das Reichsministerium für auswärtige Angelegenheiten vom 14. Juni 1919.

73 Vgl. ebenda, Bl. 11, Bericht des Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches Zimmerle an das Reichsministerium für auswärtige Angelegenheiten vom 14. Juni 1919. Das Kriegsministerium sah die Annäherung an die Entente deutlich kritischer und untersagte mit Schreiben vom 17. Juni 1919 die weitere Lieferung von Kriegsmaterial an die litauische Armee. Vgl. ebenda, Bl. 35, Anweisung des Kriegsministeriums an das Generalkommando Kowno.

74 Ebenda, Bl. 211, Bericht über eine Dienstreise zum Heerstab (?) Litauen [microfiche schwer

bitsch in einem Wochenbericht: „Die Bevölkerung Litauens hat auch gar kein Zutrauen zu seinem Militär. Die Erfolge an der bolschewistischen Front werden nur der Anwesenheit der deutschen Truppen zugeschrieben, ohne welche die Litauer schon lange den Bolschewisten unterliegen müßten.“⁷⁵ Diese Einschätzung kann als Allgemeingut angesehen werden. Von deutscher Seite wurde der litauischen Armee keinerlei Kampfwert zugestanden,⁷⁶ weswegen sie auch, wie es enthüllend hieß, kein „kriegsbrauchbares Werkzeug in unserem Sinne“⁷⁷ sei. Wichtig erschien jedoch die mentale Ausrichtung der litauischen Truppe, aus der man politisches Kapital zu schlagen glaubte: „In dem Polen sieht die Armee zum größten Teil den Todfeind Litauens.“⁷⁸

Ähnliche negative Erfahrungen hielten die regionalen deutschen Bevollmächtigten in ihren Abschlussberichten fest. Aus Marijampolė hieß es zur Situation nach der deutschen Niederlage und der Einleitung des Rückzuges:

„Die Litauer haben sich von Mitte Januar ab bemüht, ihre Kreisverwaltung einigermaßen zu organisieren. Die litauische Kreisverwaltung ermangelte jedoch zunächst jedweder Autorität im Lande. Da wo [sic] die eingearbeiteten Amtsvorsteher geblieben waren, wandte sich die litauische Bevölkerung sehr oft mit Beschwerden über die litauische Verwaltung [an; J. T.] die Amtsvorsteher.“⁷⁹

Deutlich wird in diesem Bericht auch die Skepsis gegenüber den litauischen staatlichen Bestrebungen: „Mein Eindruck ist der, dass der Kreis innerhalb der litauischen Bevölkerung, der wirklich begeistert eine tatsächliche Unabhängigkeit Litauens erstrebt [sic!] und in dem Glauben ist, dass sie durchgeführt werden könnte, ohne Anlehnung an einen der Nachbarn, recht klein ist.“⁸⁰

Häufig finden sich auch Klagen über den Zerfall der Infrastruktur in den litauischen Gebieten.⁸¹ Da die deutsche Verwaltung sehr viel Wert auf den flächendeckenden Aufbau eines (Grund)schulsystems gelegt hatte, wurde umso deutlicher auf dementsprechende li-

lesbar]. Der Bericht stammt aus dem April 1919; Autor ist wahrscheinlich Wilhelm Freiherr von Gayl, der 1918 Landeshauptmann der deutschen Militärverwaltung in Litauen war.

75 Ebenda R 21742, Bl. 91, Nachrichten-Offizier Corps v. Diebitsch, Wochenbericht vom 21.–28. September 1919.

76 So schrieb der Verbindungsoffizier des O.H. Nord beim Bevollmächtigten Zimmerle lakonisch: „Einem kampftüchtigen Gegner gegenüber wird die litauische Truppe versagen [...]“, ebenda, Bl. 93, Der Verbindungsoffizier des O.H. Nord beim Deutschen Generalbevollmächtigten für Litauen, Lage in Litauen vom 7. Oktober 1919.

77 Ebenda, Bl. 96, Der Verbindungsoffizier des O.H. Nord beim Deutschen Generalbevollmächtigten für Litauen, Lage in Litauen vom 7. Oktober 1919.

78 Ebenda, Bl. 95, Der Verbindungsoffizier des O.H. Nord beim Deutschen Generalbevollmächtigten für Litauen, Lage in Litauen vom 7. Oktober 1919.

79 Ebenda R 21736, Bl. 138 f., Abschlußbericht des Beauftragten des Deutschen Generalbevollmächtigten Mariampol von Münchhausen an den Herrn Generalbevollmächtigten für Litauen vom 19. Juni 1919.

80 Ebenda, Bl. 141, Abschlußbericht des Beauftragten des Deutschen Generalbevollmächtigten Mariampol von Münchhausen an den Herrn Generalbevollmächtigten für Litauen vom 19. Juni 1919.

81 Z.B. ebenda, Bl. 143, Abschlußbericht des Beauftragten des Deutschen Generalbevollmächtigten Mariampol von Münchhausen an den Herrn Generalbevollmächtigten für Litauen vom 19. Juni 1919.

tausche Defizite hingewiesen, wobei sich die Beobachtungen nicht nur auf die Fähigkeiten des Lehrpersonals, sondern auch auf die maroden Schulgebäude bezogen.⁸²

Auch in Berlin verfestigte sich ein unvorteilhaftes Bild der litauischen Regierung: Sie bestehe aus Intellektuellen, habe keinen inneren Zusammenhalt und sei im Lande unbeliebt.⁸³ Oft finden sich in diesem Zusammenhang auch Beispiele wirtschaftlicher Inkompetenz. Ein unbekannter, offensichtlich aber gut informierter Beobachter aus Berlin, der im Oktober 1919 in Litauen war, berichtete über eine Köpenickiade der „linken“ Regierung Sleževičius, die den Export von Beeren und Gartenfrüchten unterbunden habe, um eine eigene Marmeladenherstellung aufzubauen. Das habe dazu geführt, dass die Menschen am Ende des Sommers die Schweine mit den Beeren gefüttert hätten, weil nirgends auch nur die Spur einer Möglichkeit zur kommerziellen Marmeladenproduktion bestanden habe. Ähnlich ineffizient seien wichtigere grundlegende staatliche Aufgaben angegangen worden: „Die Steuern sind bisher noch nicht geordnet, wer will, bezahlt, wer nicht, geht daran vorbei.“⁸⁴ Aufmerksam beobachtete man auch die Haltung gegenüber der größten Minderheit:

„Während nun äußerlich den Juden alle Rechte gegeben werden und man politisch ihre Hilfe in Anspruch nimmt,⁸⁵ gelingt es der Regierung nicht, die sich übrigens selten zeigenden Pogrome und die täglichen Ausschreitungen seitens der Bauern und der Soldaten gegen die Juden zu unterdrücken. Die Juden erscheinen den Bauern und den Soldaten als Spekulanten, weil sie den Handel und die Vermittlung in der Hand haben. Die Gerichte funktionieren noch nicht gut.“⁸⁶

Zugleich erkannte man den sich immer deutlicher abzeichnenden polnisch-litauischen Gegensatz und damit verbunden die Symbolik des Besitzes von Vilnius:

„Da die Litauer mit den Polen gleicher Religion sind, trotzdem aber ein selbständiges Reich bilden wollen, werden sie sich erst allmählich bewußt, daß ethnisch zwischen ihnen und den Polen gewisse Unterschiede bestehen. Bis vor kurzem spielte die Religion die alleinige Rolle und war in diesem Sinne ein starkes Bindemittel gegen alles, was russisch-orthodox war. Im eigentlichen Sinne sind nur die Bauern Litauer, die Grundbesitzer sind [...] Polen, die Städter Juden. In einem Punkte sind alle Litauer in Volk und Regierung einig: Es gibt für sie kein Litauen ohne Wilna als Hauptstadt [...]. Die Schwierigkeit besteht darin, daß Wilna zu einer Hälfte von Polen, zu 45% von Juden, zu 3% von Litauern und zu 2% von Weißrussen und Deutschen bewohnt ist. Aber Wilna ist und bleibt die Ideal-Hauptstadt.“⁸⁷

82 Ebenda, Bl. 142 f., Abschlußbericht des Beauftragten des Deutschen Generalbevollmächtigten Mariampol von Münchhausen an den Herrn Generalbevollmächtigten für Litauen vom 19. Juni 1919.

83 Ebenda R 21737, Bl. 148, Aufzeichnung Berlin, 10. Juli 1919, Vermerk Geheim.

84 Ebenda, Bl. 138 ff., Bericht von der Reise nach Schaulen am 16.10.19 vom 24.10.1919 (Zitat Bl. 142).

85 Gemeint ist die Vilniusfrage, bei der die litauische Seite glaubte, durch eine liberale Minderheitenpolitik die Unterstützung der jüdischen Gemeinden erlangen zu können.

86 PA-AA R 21737, Bl. 150, Aufzeichnung Berlin, 10. Juli 1919, Vermerk Geheim.

87 Ebenda, Bl. 149, Aufzeichnung Berlin, 10. Juli 1919, Vermerk Geheim. Interessant sind auch die

Im Juli 1919 änderte sich die Situation grundlegend, denn die letzten regulären deutschen Truppen verließen Kaunas, nicht ohne von einer litauischen Ehrenkompanie mit allen militärischen Zeremonien und der Erinnerung an die „gemeinsamen bestanden Kämpfe“ verabschiedet worden zu sein. Zuvor hatten die Einheiten beim Vorbeimarsch am Quartier der französischen Militärmission ostentativ die Wacht am Rhein gesungen.⁸⁸ Nun waren die Deutschen ausschließlich auf ihre diplomatische Vertretung angewiesen, die zudem unter französischem Druck stand, einen großen Teil ihres Personals nach Hause zu schicken.⁸⁹

Damit endete für Litauen die deutsche Besatzung endgültig,⁹⁰ die in den letzten Monaten immer deutlicher im Zeichen einer ihre Disziplin verlierenden Soldateska gestanden hatte. Am 28. Juli 1919 berichtete der Kreisrat von Marijampolė, dass es zu vielen Zwischenfällen mit deutschen Soldaten gekommen sei, die Zivilisten ausplünderten und auf dem Lande Schweine schlachteten, Pferde mitnahmen und die Vorräte plünderten, ohne dafür zu zahlen.⁹¹ Ein weiterer, immer wieder aufflammender Streitpunkt ergab sich bei der Übergabe von Sachwerten und Material an litauische Stellen, sowohl was den Wert als auch die Anzahl betraf.⁹² Eng damit verbunden war die Frage der Reparationen, die von litauischer Seite im Juli 1919 auf mehr als 2,2 Millionen Goldmark beziffert wurde, während von deutscher Seite die eigenen Investitionen in das Land und seine Infrastruktur geltend gemacht wurden.⁹³

In Kaunas hatte man zudem erkannt, dass die eigenen Bestrebungen auf das Memelgebiet und die Anerkennung der litauischen Souveränität nur über die Entente zu erreichen waren.⁹⁴ Allerdings gestalteten sich die Beziehungen mit den Siegermächten vom ersten Au-

Beobachtungen zur ethnischen Identität: „Es ist für manchen Volksteil schwer zu wissen, ob er eigentlich litauisch, polnisch oder weißrussisch ist, denn die Polen hatten als das höhere Kulturvolk eine starke Anziehungskraft auf die besseren Schichten. Litauisch war die Bauernsprache, weißrussisch ebenfalls. ‚Weißrussisch sprechen‘ nannte man ‚einfach sprechen‘. Wer gebildet sein wollte, sprach eben polnisch.“ Die Einschätzung der im Text beschriebenen ethnischen Verhältnisse in Vilnius ist übrigens zutreffend.

88 Ebenda, Bl. 158, Telegramm Zimmerle an Auswärtiges Amt vom 11. Juli 1919. Dazu auch ebenda R 21738, Bl. 1: Telegramm Kolberg Kommandostelle, Schmidt an Auswärtiges Amt vom 15. Juli 1919: „Verbindungsoffizier Hauptmann Tschunke meldet: Abmarsch aus Kowno reibungslos verlaufen. Litauischer Kommandant von Kowno richtete Abschiedsworte an letzte deutsche Truppen und brachte Hoch auf Deutschland aus.“

89 Vgl. dazu Général A.[lbert] Niessel: *L'évacuation des Pays Baltiques par les Allemands*, Paris 1935, S. 82.

90 Aus litauischer Sicht gilt diese Feststellung allerdings nur eingeschränkt, denn die Bermondininkai wurden ebenfalls als deutsche Besatzer empfunden. Was die Plünderungen durch deutsche Uniformierte im Jahre 1919 anging, scheint sich der unterschiedliche politisch-staatliche Hintergrund in der Tat nicht ausgewirkt zu haben.

91 Vgl. Morkūnaitė-Lazauskienė, *Iš vietos* (wie Anm. 42), S. 105.

92 Vgl. Safronovas, Jokubauskas u.a., *Didysis Karas* (wie Anm. 6), S. 155-158.

93 Ebenda, S. 159. Gegenüber Russland wurden übrigens knapp 450 000 Goldmark geltend gemacht. Schließlich kam es zu einer bilateralen Lösung, die durch einen am 31. Mai 1923 datierten Vertrag zum gegenseitigen Verzicht auf Ansprüche führte. Vgl. ebenda, S. 163.

94 Wie schwierig sich die Situation gestaltete, erlebte die nach Paris zu den Friedensverhandlungen entsandte litauische Delegation, der vor allem von Polen viele Steine in den Weg gelegt wurden und der nur inoffizieller Status zugebilligt wurde. Vgl. dazu die Monografie zur litauischen Delegation von Gaigalaitė, *Lietuva Paryžiuje* (wie Anm. 42). Vgl. auch Alfonsas Eidintas, Vytautas Žalys: *Lithuania in European Politics. The Years of the First Republic, 1918–1940*, Vilnius 1998,

genblick aufgrund des polnisch-litauischen Gegensatzes und in Sonderheit der Vilniusfrage kompliziert.⁹⁵ Es überrascht daher nicht, dass vor allem die Briten den litauischen Bestrebungen und Zielen relativ positiv gegenüberstanden. Als Erfolg konnte verbucht werden, dass das Land erstmals internationale Anleihen erhielt und damit nicht mehr auf die ausschließliche finanzielle Unterstützung aus Berlin angewiesen war.⁹⁶ Im Herbst 1919 waren die Beziehungen zu Berlin aufgrund der Bermond-Armee,⁹⁷ der sich auch viele deutsche Soldaten angeschlossen hatten, endgültig auf dem Tiefpunkt angelangt. In Kaunas glaubte man, ein großangelegtes deutsches Komplott zum Sturz der litauischen Regierung entdeckt zu haben, das auf einen deutschen Oststaat aus Ostpreußen und dem Baltikum zielte.⁹⁸ Jedenfalls zahlten sich die Beziehungen zur Entente erstmals aus, weil die Siegermächte heftigen Druck auf Deutschland zur „Heimholung“ der deutschen Bermondisten ausübten.⁹⁹ So hatte sich die litauische Perspektive deutlich gewandelt. Immerhin stand nun ein selbstständiger Staat und nicht mehr ein besetztes Land dem westlichen Nachbarn gegenüber. Neben den Erfahrungen mit der deutschen Besatzung und insbesondere den Vorfällen während des Rückzuges der deutschen Truppen prägten die politische Entwicklung und die deutsche Niederlage die litauische Politik, was sich in der Annäherung an die Entente niederschlug.

Zugleich legte man in Kaunas allerdings Wert darauf, sich nicht in einen völligen Gegensatz zu Berlin zu bringen und damit die antipolnische Geschäftsgrundlage¹⁰⁰ zu gefährden. In dieser Hinsicht kam Deutschland nämlich außenpolitisch weiterhin eine wichtige Rolle zu. Diese antipolnische Sichtweise, die, wie bereits erwähnt, von deutscher Seite geteilt wurde, sollte zum entscheidenden Berührungspunkt der deutschen und litauischen Außenpolitik werden. Pragmatismus überdeckte also auf beiden Seiten die wenig positiven Erfahrungen der vergangenen Monate.

S. 65. Zur Zusammensetzung der Delegation vgl. Senn, *Emergence* (wie Anm. 5), S. 89-91 und Gaigalaitė, *Lietuva Paryžiuje* (wie Anm. 42), S. 5 ff.

95 Am besten immer noch Senn, *Emergence* (wie Anm. 5), S. 105-151.

96 Vgl. ebenda, S. 135. Deutlich wird die Umorientierung der litauischen Seite auch durch das Abkommen mit den Vereinigten Staaten zum Aufkauf von Kriegsmaterial. Man glaubte, dadurch auch der waffentechnischen Abhängigkeit von Deutschland entkommen zu können. Vgl. ebenda, S. 136. Im Herbst geben die Briten eine Anleihe, die den Staatsbankrott verhinderte. Vgl. ebenda, S. 177.

97 Eine prägnante Darstellung stammt von Wilhelm Lenz: *Die Bermond-Affaire 1919*, in: *Journal of Baltic Studies* XV (1984), S. 17-26.

98 Vgl. Senn, *Emergence* (wie Anm. 5), S. 159 f.

99 Hierzu die Erinnerungen des Leiters der von der Entente entsandten interalliierten Kommission für die baltischen Länder Niessel, *L'évacuation* (wie Anm. 89), passim.

100 Diese Gemeinsamkeit fand ihren besonderen Ausdruck im Januar 1923 beim litauischen Griff nach Memel, der zwar offizielle Berliner Proteste nach sich zog, insgeheim aber mit der deutschen Seite abgestimmt war, da damit polnisch-französischen Bestrebungen, das Memelgebiet als Freistaat den eigenen Einflüssen zu öffnen, eine Abfuhr erteilt werden konnte. Erst in den 1990er Jahren wurde dieser Hintergrund durch litauisch-deutsche Forschungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Vgl. Joachim Tauber: *Die Memelfrage im Rahmen der deutsch-litauischen Beziehungen 1919–1939*, in: Norbert Angermann, Joachim Tauber (Hrsg.): *Deutschland und Litauen. Bestandsaufnahmen und Aufgaben historischer Forschung*, Lüneburg 1995, S. 109-111.

In Berlin waren jedoch inzwischen Zweifel an dieser Politik aufgekommen. Besonders deutlich wurde dies im Bereich der auch nach dem Abzug der deutschen Truppen weiterbestehenden Militärbeziehungen. Den litauischen Wunsch nach erneuten Waffenlieferungen, den Zimmerle im Sommer 1919 übermittelt hatte,¹⁰¹ nutzte man im Auswärtigen Amt zu einer grundsätzlichen Stellungnahme, in der es in Abgrenzung zur bisherigen Politik hieß, dass man Litauen nur wenige Waffen mehr zukommen lasse, seitdem die Bestrebungen in Kaunas auf ostpreußisches Gebiet offensichtlich geworden seien. Selbst diese Lieferungen geschähen lediglich, um das Vorrücken der Bol'seviki zu verhindern und um landwirtschaftliche Güter aus Litauen zu erhalten.¹⁰²

Damit zeichnete sich Mitte 1919 ein neuer Konfliktherd immer deutlicher ab und wurde deshalb von den deutschen Diplomaten auch akribisch beobachtet: die litauischen Aspirationen auf das Memelgebiet und weitere ostpreußische Gebiete.¹⁰³ Auch die litauische Presse unterlag der Analyse durch den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Litauen, wobei sogar beim litauischen Ministerpräsidenten interveniert und um Abhilfe bei der deutschfeindlichen Berichterstattung gebeten wurde.¹⁰⁴ Hinzu kamen Untersuchungen und Agentenberichte aus ostpreußischen Quellen.¹⁰⁵

Aus deutscher Sicht entstand eine neue Situation, als der polnisch-litauische Gegensatz in bewaffneten Auseinandersetzungen und dem Vormarsch polnischer Truppen nach Litauen hinein eskalierte und damit erneute litauische Forderungen nach umfangreichen Waffen- und Munitionslieferungen entfachte.¹⁰⁶ Aufgrund der antipolnischen Gemeinsamkeit war das Deutsche Reich zwar grundsätzlich zu Lieferungen bereit, nahm aber nun erstmals

101 PA-AA R 21738, Bl. 3, Telegramm Zimmerle an Auswärtiges Amt vom 16. Juli 1919.

102 PA-AA R 21738, Bl. 7, Aufzeichnung, betreffend Waffenlieferungen an das litauische Heer vom 17. Juli 1919.

103 So berichtete Zimmerle z.B. über die Grußadresse des Parteitages der Christdemokraten an Kleinlitauen, in der die Einheit der beiden litauischen Teile beschworen wurde und von einer „kulturellen und politischen Sklaverei“ die Rede war. Vgl. ebenda R 21341, Bl. 30, Zimmerle an Auswärtiges Amt vom 20. September 1919.

104 Vgl. ebenda R 21742, Bl. 67, Telegramm Zimmerles an Auswärtiges Amt vom 18. Oktober 1919. Ministerpräsident Galvanuskas versuchte zu beschwichtigen: Solche Berichte und Forderungen würden von der eigenen Partei nicht ernst genommen. Vgl. ebenda, Bl. 135, Zimmerle an Auswärtiges Amt vom 19. Oktober 1919. Aus der Angelegenheit geht im Übrigen hervor, dass die Deutschen offenbar einen direkten Zugang zur litauischen Regierungsspitze hatten. Ähnlich ebenda R 21734, Bl. 79, als Zimmerle am 23. Oktober 1919 wegen einer drohenden deutsch-litauischen militärischen Konfrontation bei Šiauliai beim Ministerpräsidenten war. Ein weiteres Beispiel für eine deutschfeindliche Berichterstattung bot der litauische Sozialdemokrat, der einen Artikel „Hinaus mit den Barbaren“ veröffentlichte, in dem beklagt wurde, dass deutsche Truppen immer noch das Gymnasium in Šiauliai besetzt hielten und damit den Unterricht für 500 litauische Gymnasiasten blockierten. Deutsche Übersetzung des Artikels in ebenda R 21742, Bl. 169 ff.

105 Vgl. zu den kleinlitauischen Bestrebungen z.B. ebenda R 21750, Bl. 231 ff., Der Reichs- und Staatskommissar für das Memelgebiet, Gumbinnen vom 17. Januar 1920. Die diplomatische Vertretung in Kaunas registrierte bei öffentlichen Anlässen gefallene Bemerkungen von Regierungsvertretern, so z.B. der deutsche Geschäftsträger Schönberg in einer Meldung vom 18. Februar 1920. Vgl. ebenda R 21751, Bl. 158.

106 Ebenda R 21738, Bl. 154, Telegramm Zimmerle an Auswärtiges Amt vom 20. Juli 1919. „Litauischer Ministerpräsident glaubt, die Polen aufhalten zu können, wenn sofortige Ausrüstung vorhandener noch unbewaffneter lithauischer Formationen mit Waffen und Munition erfolgt.“

auch Rücksicht auf die Waffenstillstandsbestimmungen und die Entente.¹⁰⁷ Aus Sicht der Diplomatie galt es, die antipolnischen Stimmung in Litauen zu stärken, denn damit konnte man indirekt auch die französische Unterstützung der polnischen Bestrebungen treffen.¹⁰⁸ Am Ende seiner Tätigkeit im Dezember 1919 resümierte Zimmerle daher völlig zutreffend: „Ich habe es als wesentliche Aufgabe meiner Tätigkeit in Litauen betrachtet, dem polnischen Einfluss entgegenzuarbeiten. Darum betrachten mich die polnischen Kreise in Litauen schon längst als Hindernis für die Verwirklichung ihrer Ziele.“¹⁰⁹ Diese Instrumentalisierung der deutschen Litauenpolitik, die nicht zuletzt auf den Erfahrungen und Beobachtungen während der Besatzung und der Niederlage beruhte, blieb bis 1939 ebenso erhalten wie ein deutliches Ungleichgewicht in den bilateralen Beziehungen. In seinen Erinnerungen kommentierte Verdy den Sachverhalt lakonisch:

„Ende März [1919; J. T.] war ich zu Besprechungen nach Berlin gefahren; ich hatte für solche Fahrten einen praktischen Modus gefunden, indem ich kurz zuvor telegraphierte, ich käme zur Berichterstattung nach Berlin, falls ich keine gegenteilige Weisung erhielt. Nun interessierte man sich für Litauen wenig, und so liess man mich machen, was ich wollte [...].“¹¹⁰

Die deutschen Erfahrungen mit Litauen und die Einschätzung des Landes weisen eine erstaunliche Kontinuität zwischen der Eroberung 1915 und dem Beginn der 1920er Jahre aus. Als Franz Olshausen, der zuvor an der deutschen Botschaft in Buenos Aires tätig gewesen war, die Leitung der deutschen Vertretung in Kaunas im Jahre 1922 übernahm,¹¹¹ kam er zum ersten Mal mit dem Nachbarstaat in Kontakt:

„Anfang Mai begab ich mich über Königsberg auf meinen neuen Posten. Eydtkuhnen die letzte deutsche Station. Schon weht östliche Luft [...] ein kurzer Spaziergang

107 Allerdings musste der Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller gegenüber seinen Beamten schriftlich auf diese Rücksichtnahme hinweisen. Ebenda R 21738, Bl. 166, Saunier, Weimar, an das Auswärtige Amt vom 26. Juli 1919. Nach langem Hin und Her ließ der Reichskanzler dem Chef der Interalliierten Kommission der Entente für die Räumung des Baltikums von deutschen Truppen, General Henri Niessel, Anfang 1920 versichern, dass Deutschland seinen Verpflichtungen in Litauen und Lettland nachkommen werde. Die Reichskanzlei legte in ihrer Mitteilung an das Auswärtige Amt Wert auf folgenden Hinweis: „Im Auftrag des Herrn Reichskanzlers ersuche ich daher ergebendst, für die pünktliche Durchführung der Verpflichtungen Sorge zu tragen und gegen jede Verzögerung, deren ein Beamter, Offizier oder irgend jemand sich etwa schuldig machen sollte, unnachsichtlich [sic!] disziplinarisch einzuschreiten.“ Ebenda R 21750, Bl. 157, Der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei vom 6. Januar 1920. Vgl. dazu vor allem den Bericht über die Gespräche, die Niessel, L'Évacuation (wie Anm. 89), S. 34-59, 219-238, in Berlin führte.

108 Ebenda R 21750, Bl. 112, Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Königsberg vom 29. Dezember 1919, Abschrift des Berichts eines Vertrauensmannes: „Stimmung gegen Frankreich nicht freundlich, da dies mit Polen sympathisiert.“

109 Ebenda, Bl. 106 f., Zimmerle an Auswärtiges Amt, Berlin, vom 30. Dezember 1919.

110 Ebenda NL Verdy, XIII. C. 95 (mss.).

111 Olshausen trat seinen Dienst als Geschäftsträger am 6. Juni 1922 an, am 27. Dezember 1922 wurde er zum Leiter der diplomatischen Vertretung des Deutschen Reiches in Litauen mit der Amtsbezeichnung Gesandter berufen.

während des Aufenthaltes unseres Zuges bringt uns an den Grenzgraben, über den eine schmutzige Holzbrücke in das ehemalige russische Reich führt. Grenzen, die die Menschen ja willkürlich ziehen, pflegen sonst nicht sinnfällig kenntlich zu sein [...]. Wo aber Rußland und heute seine Nachfolgestaaten an Mitteleuropa stoßen, sprang der Unterschied zwischen hüben und drüben von jeher schon erkennbar in die Augen: wie auf einer verschiedenfarbigen Landkarte hebt sich der von vernachlässigten Feldwegen durchzogene, auf weite Strecken brachliegende Boden von den gepflegten Feldern Preußens mit ihren sauber angelegten Straßen ab. Im Wartesaal der ersten litauischen Station dampfen die Samovare, klapprige, von kleinen Pferdchen gezogene Bauernwägelchen huschen vorüber. Yiddische Schilder mit hebräischen Schriftzeichen deuten auf starken Prozentsatz israelitischer Bevölkerung, Soldateska in blusenartigen Waffenröcken drängt sich auf dem Bahnsteig [...].“

Ähnlich deutlich war dann der erste Eindruck von Kaunas:

„[...] ein kleiner russischer Provinzplatz, den die politischen Kombinationen der Großmächte zur Hauptstadt eines armen, eben erst verselbständigten Staatswesen gemacht [...]“ hatten. „Aus einem milieu [sic] von Luxus und Wohlleben kamen wir zu einem Bauernvolk bescheidensten Lebensstandards [...] in die Enge eines kleinhändlerischen Binnenmarktes, dessen Wirtschaftsleben sich ausschließlich in einer einzigen Geschäftsstraße mit ein paar kunterbunt und geschmacklos assortierten Kramläden abspielte.“¹¹²

Die Asymmetrie der Beziehungen, die schon Ludwig Zimmerle geleitet hatte, findet sich auch bei Olshausen wieder: „Eine klar umrissene Aufgabe lag vor mir: die Normalisierung und die Intensivierung unseres Kontaktes mit Russland auf dem Wege über Litauen, die aufgrund seines Konfliktes mit Polen die geeignete Brücke zu der Großmacht des Ostens darstellte.“¹¹³

So sahen die deutschen Diplomaten und die deutsche Politik Litauen nur als Brücke zu Russland oder als Gegner Polens. Die seit 1915 erkennbaren Überlegenheitsgefühle schlugen sich trotz der Niederlage 1918 auch beim Umgang mit dem nun unabhängigen Litauen nieder, das immer etwas spöttisch und herablassend von oben betrachtet wurde; eine Haltung die schließlich im Hitler-Stalin-Pakt ihren verhängnisvollsten Ausdruck finden sollte.

Summary

This contribution focuses on how both the German and the Lithuanian side experienced and conceived the short period between the German occupation of Lithuania in the autumn of 1915 and the consolidation of both states around 1920. Particular attention is paid to

112 PA-AA, NL Olshausen, Lebenserinnerungen Bd. 1, S. 54-56 (mit Auslassungen).

113 Ebenda, S. 53.

the question of the continuity of and developments in these experiences, given that these five years saw fundamental changes in the geopolitical situation for both Germany and Lithuania. This study draws on reminiscences and protocols of meetings as well as on diplomatic sources and reports written by the local German and Lithuanian administrative bodies.

Zwischen Erkennen und Erstaunen: Italienbilder von Frauen aus dem Baltikum als Spiegelungen von Aneignungen und Verwerfungen

von Anja Wilhelmi

1. Einleitung

Im März 1896 trat die aus Riga kommende Künstlerin Elise Jung-Stilling in Begleitung einer Freundin ihre lang ersehnte Reise nach Italien an. Ihr Weg von der Ostsee an die Adria führte mit einigen Unterbrechungen nach Florenz; weitere Stationen waren Neapel und Rom. Auf ihrer Reise begegnete Jung-Stilling Frauen aus den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches. Diese häufig geplanten Treffen deuten auf ein gut funktionierendes Netzwerk hin.

Anhand von Jung-Stillings Reise lässt sich nachweisen, wie intensiv und gewinnbringend die Kommunikation zwischen den reisenden oder auch den vor Ort sesshaften Frauen war. So wurde die Künstlerin bereits an ihrem ersten Zielort, Florenz, von zwei aus Riga stammenden deutschsprachigen Frauen empfangen. Eine von ihnen war die Sängerin Monika Hunnius, die – wie Jung-Stilling – in Begleitung einer Freundin Italien bereiste. Nach ihrem Aufenthalt in Florenz setzten alle vier spontan ihre Reise gemeinsam fort.

Nur wenige Jahre später trat Maria von Schlözer aus Dausogir, einem Ort südöstlich von Riga, ihre Reise nach Italien an. Die Liste der reisenden Frauen aus dem Raum des heutigen Baltikums ließe sich an dieser Stelle zahlreich fortsetzen. Für die vorliegende Untersuchung wird der Blick jedoch auf die drei genannten Frauen gerichtet. Sie stehen exemplarisch für eine „Italiensehnsucht“,¹ die bis in den nördlichen Teil Europas hinein nicht nur Männer, sondern auch Frauen ‚befiel‘.

Doch warum nahmen Frauen wie Jung-Stilling, Hunnius oder Schlözer den überaus strapaziösen und darüber hinaus kost- und zeitaufwendigen Reiseweg bis in den Süden Europas auf sich? Welche Anziehungskraft ging von Italien aus? Warum suchten die Frauen diese Reiseerfahrung?² Aus welchen Gründen reichten ihnen die zahlreichen Italienberichte und somit das im 19. Jahrhundert so populäre Erlesen Italiens nicht mehr aus? Auch drängt sich die Frage auf, ob die gemeinsame Herkunft der Protagonistinnen, also der Westen des Russischen Reiches, das Bild und die Raumerfahrungen Italiens beeinflussten.

Diese Fragen lassen sich nur im Kontext bestehender Reisetraditionen beantworten. Dabei wird das Bild Italiens als der bis ins 20. Jahrhundert maßgeblich von Johann Wolfgang

1 Zum durch Goethe gesteigerten Sehnsuchtsbegriff in seinem Gedicht „Mignons Lied“ (1783) vgl. Elisabeth Schröter: Italien – ein Sehnsuchtsland? Zum entmythologisierten Italienerlebnis in der Goethezeit, in: Hildegard Wiegel (Hrsg.): Italiensehnsucht. Kunsthistorische Aspekte eines Topos, München u.a. 2004, S. 187-203, hier S. 190; oder Golo Maurer: Italien als Erlebnis und Vorstellung. Landschaftswahrnehmung deutscher Künstler und Reisender 1760–1870, Regensburg 2015, S. 13.

2 Vgl. Christina Ujma: Auf Goethes und den eigenen Spuren, in: Women Writers of the Age of Goethe VIII (1996), H. 8, S. 57-95.

von Goethe definierte Reise- und Erfahrungsraum vor dem Hintergrund der Reise der drei Frauen verhandelt, denn mit Goethe wurde Italien bekanntermaßen zu dem Ort künstlerischer und persönlicher Weiterbildung bzw. -entwicklung.

Wie zu zeigen sein wird, ist in diesem Sinne auch Jung-Stillings, Hunnius' sowie Schlözers Reise in den Kanon der Goetheschen Bildungsreise einzuordnen. An den von Goethe vorgegebenen Aneignungsformen des Landes, seiner Kultur und Natur mitsamt dem Erleben der Menschen orientierten sich die Protagonistinnen der vorliegenden Untersuchung. Die drei Frauen standen damit, wie viele andere Reisende auch, im Spannungsbogen zwischen den durch Goethe vorgegebenen Erwartungen und den individuellen Erfahrungen im Land selbst.³ Dieser permanente Aushandlungsprozess wird spürbar in den individuellen Aneignungsstrategien der Reisenden.⁴

Golo Maurer hat in seiner Italienmonografie eindrucksvoll herausgearbeitet, dass trotz oder gerade wegen der überaus verbreiteten Italienrezeption zu Goethes Italienreise bei Reisenden in der „Konfrontation mit einem scheinbar kompakten ‚Italien‘“ der Wunsch entstehe, „sich selbst vergleichbaren Kollektiven zuzurechnen.“⁵ Das Alteritätserlebnis Italien verlange demnach die eigene Auseinandersetzung mit dem Fremden; Prozesse ethnischer, nationaler und kultureller Ausrichtungen seien die Folge.

Ein Anliegen der Untersuchung ist, diese Prozesse, die zwischen Erwartung und Erfahrung liegen und in Aneignungen münden, aus dem biografischen Kontext zu lösen und in den weiteren Rahmen einer europäischen Kulturgeschichte bzw. Erfahrungsgeschichte zu stellen.

2. Reisen als Erfahrungsraum

Mit dem Begriff des Reisens verknüpft sich die Vorstellung vom Verlassen eines gewohnten Umfeldes. Reisen impliziert den Eintritt in einen neuen Kommunikationsraum sowie gleichermaßen die Begegnung mit dem Fremdem. Das Übertreten der Räume zieht daher auch immer die Auseinandersetzung mit neuen „räumlichen Beziehungen“ nach sich.⁶

In der Kulturtransfertheorie wird Reisen als Handlung transnationaler und interkultureller Kommunikation verstanden. Reisende werden zu diesem Sinne zu „Mittler[n]“ zwischen Bekanntem und Unbekanntem.⁷ Sie fungieren innerhalb des Transferprozesses als verbindende Elemente von Fremdem und Neuem auf der einen sowie Gewohntem und Alltäglichem auf der anderen Seite.

3 Zur Rezeptionsgeschichte von Goethes italienischer Reise vgl. Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), hier u.a. S. 12.

4 Generell zur Reisepraxis von nach Italien reisenden Künstlerinnen und Künstlern sowie zum Forschungsstand vgl. Joachim Rees: Lust und Last des Reisens, in: Frank Büttner, Herbert W. Rott (Hrsg.): Kennst du das Land. Italienbilder der Goethezeit, München 2004, S. 55-83.

5 Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 12.

6 Kirstin Buchinger, Claire Gantet u.a.: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Europäische Erinnerungsräume, Frankfurt a.M. u.a. 2009, S. 9-23, hier S. 14.

7 Vgl. Bernhard Struck: Einführung, in: Arnd Bauerkämper, Hans Erich Bödeker, ders. (Hrsg.): Die Welt erfahren. Reisen als kulturelle Begegnung von 1780 bis heute, Frankfurt a.M. u.a. 2004, S. 163-171, hier S. 165; Stefan Manz: Intercultural Transfer and Artistic Innovation, in: German Life and Letters 65 (2012), H. 2, S. 161-180.

Die Erfahrung von Fremdheit vollzieht sich in der Regel durch den Ab- und Vergleich mit dem Vertrauten. Das Verstehen eines als unbekannt erfahrenen Raumes, wie es auf Reisen im Idealfall geschieht, erfordert eine Aneignungsleistung, bei der das Unbekannte neu konfiguriert wird.⁸ Es setzt Praktiken der Aneignung voraus, die als sinnstiftende Faktoren den Erfolg und infolgedessen das positive Erfahren einer Reise erst ermöglichen. Eine Analyse solcher Raumstrategien wird daher zu einer wesentlichen Komponente in der Auswertung von Reiseerinnerungen. Und bezogen auf Hunnius', Jung-Stillings und Schlözers Reiseerfahrungen ermöglicht das im Folgenden angewandte komparatistische Verfahren, Parallelen und Unterschiede der Aneignungsstrategien sowie „mehrschichtige und ambivalente Prozesse“ in den jeweiligen individuellen Aneignungsprozessen aufzudecken.⁹

Bei der Wahrnehmung Italiens werden diese Ambivalenzen – und hier trägt insbesondere die bereits genannte Italienvermittlung Goethes ihren Anteil – in der gleichzeitigen Präsenz von Altem und Neuem vorverhandelt: das Alte, gespiegelt in der antiken Kultur – und auf der Kontrastfolie das Neue, sichtbar in der industrialisierten Gesellschaft mit all ihren architektonischen Ausdrucksformen.

Unter Berücksichtigung des erfahrungsgeschichtlichen Aspektes ist der Rekurs zur Kulturtransfertheorie gerade auch deshalb erkenntnisleitend, weil mit ihr der Fokus auf Überlieferungsformen gelenkt werden kann. Für die Decodierung solcher Narrationen bieten sich autobiografische Schriften in besonderem Maße an.¹⁰ Für das Aufspüren individueller Gedächtnisleistungen wiederum ist ein kontextualisiertes Vorgehen notwendig, in dem Verschriftlichungen in Konkurrenz mit kollektiven Narrativen gesetzt werden. Die Wiederverwendung und Weitergabe von Narrationen verrät darüber hinaus viel über Stereotypisierungsmuster von Menschen, Landschaften und Kulturen sowie über die hegemonialen Ordnungssysteme, auf denen sie fußen. Die theoretische Bezugsgröße Erfahrung wird infolgedessen stets mit einer angeeigneten Vorerfahrung oder auch Erwartung gemessen und geformt. Aneignung über Erfahrung geschieht – dies sei an dieser Stelle betont – im Koselleckschen Sinne stets über Spiegelungen. Autobiografische Schriften bieten hier den idealen Rahmen, um solchen Aushandlungen nachzugehen,¹¹ da in ihnen innere Dialoge, changierend zwischen Gesehenem bzw. Erfahrenem auf der einen und der Erwartung als Ordnungsvorgabe auf der anderen Seite, geführt werden. Das Genre bietet zugleich auch Zugänge zu „kulturellen Codes“¹² wie sie in Raumbildern wie dem Italiens aufzufinden sind und in kulturellen Vergemeinschaftungsprozessen münden können.¹³

8 Vgl. u.a. Simonetta Sanna: *Eigenes und Fremdes*, in: Manfred Durzak, Hartmut Steinecke (Hrsg.): *Die Archäologie der Wünsche*, Köln 1995, S.171-189; sowie das Konzeptpapier des Nordost-Instituts, S. 3, <https://www.ikgn.de/cms/index.php/forschung-hauptmenue> [letzter Zugriff: 18.05.2021].

9 Konzeptpapier (wie Anm. 8), S. 3.

10 Vgl. Simonetta, *Eigenes und Fremdes* (wie Anm. 8), S. 171-189.

11 Vgl. Reinhard Koselleck: ‚Erfahrungsraum‘ und ‚Erwartungshorizont‘ – zwei historische Kategorien, in: Ders. (Hrsg.): *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M. 1989, S. 349-375.

12 Michael Janoschka: *Konstruktion europäischer Identitäten in räumlich-politischen Konflikten*, Stuttgart 2009, S. 71.

13 Vgl. ebenda, S. 86-90.

3. „Italiensehnsucht“

Die Gründe für die hohe Attraktivität Italiens als Reiseziel sind vielschichtig. Ohne Zweifel lässt sich konstatieren, dass das Land, insbesondere im 19. Jahrhundert, eine steigende Beliebtheit unter wohlhabenden Bürgern gewann. Das Interesse dieser, zumeist männlichen Reisenden wurde durch die „Suche nach Kulturerlebnissen“ gespeist.¹⁴ Damit folgten die Italienbesucher einer Tradition der Bildungsreise, wie sie bekanntermaßen bereits im Humanismus betrieben wurden, hier jedoch vornehmlich von jungen Männern des Adels, deren Reise als *Rite de Passage*, als wünschenswerte Erfahrung für den Eintritt in die Erwachsenenwelt, verstanden wurde. Neben dieser, bis dahin nur einem kleinen Bevölkerungsteil vorbehaltenen „Ausbildungsphase“ setzte mit Goethes erster Italienreise von 1786 und seiner literarischen Verarbeitung der Reise mehr als 30 Jahre später eine wahre Welle der Italienbegeisterung ein.¹⁵ Reisen in den Süden Europas gewannen nicht nur allgemein an Reiz, auch das Reisen an sich wurde – wie bereits angesprochen – durch Goethe zu einer Bildungsetappe und mit einer dezidierten Ausrichtung als persönliche Reifungszeit versehen. Die Kunst und die Natur des Landes dienten nach Vorgabe des Dichters nicht mehr der reinen Wissensaneignung oder -erweiterung, sondern der Persönlichkeitsbildung des Reisenden.¹⁶ Die Selbstanalyse des Ichs wurde mit Goethe zum neuen Leitbild von Italienreisenden. Eine solche reflexiv-diskursive Auseinandersetzung mit der eigenen Person ließ sich idealerweise, so zeigte Goethe, im Stil des Tagebuches, der Reiseerinnerung oder der Korrespondenz führen. Die autobiografischen Genres erhielten in diesem Sinne die Lesart einer Erfahrungssammlung, in denen die Reise als Spiegelbild des eigenen Ich und darüber hinaus eine Imagination eines Gegenalltags abgelichtet wurde.¹⁷

Lange Zeit folgten dem Modetrend der Italienreise zunächst vor allem bildungsbeflissene Männer der Oberschicht. Sie waren es schließlich, die über ausreichend pekuniäre und zeitliche Möglichkeiten für eine Reise nach Italien verfügten und die im Gegensatz zu Frauen, ohne Aufsehen zu erwecken, allein und selbstständig ihrem Mobilitätsbedürfnis nachkommen konnten. Mitte des 19. Jahrhunderts veränderte sich diese Mode; sie verlor an Exklusivität. Denn im Zuge infrastruktureller Neuerungen wurden bestehende Reisehindernisse reduziert. Der Ausbau des Verkehrsnetzes und insbesondere die Ausbreitung der Bahnverbindungen machten Reisen erschwinglich und weniger zeitintensiv. Für Italienreisende löste v.a. die Bahnverbindung in den Süden die bis dahin überaus mühselige Alpenüberquerung mit Postkutsche und Trägern ab. Die neue, billigere und schnellere Form des Reisens sprach schon bald ein breiteres Reiseum publikum an: Männer und Frauen, die es

14 Barbara Wolbring: „Auch ich in Arkadien!“ Die bürgerliche Kunst und Bildungsreise im 19. Jahrhundert, in: Dieter Hein, Andreas Schulz (Hrsg.): Bürgerkultur im 19. Jahrhundert. Bildung, Kunst und Lebenskunst, München 2006, S. 82-101, hier S. 84.

15 Vgl. u.a. Christine Tauber: Der lange Schatten aus Weimar. Goethes und Burckhardts Italienbild, in: Klaus Heitmann, Teodoro Scamardi (Hrsg.): Deutsches Italienbild und italienisches Deutschlandbild im 18. Jahrhundert, Tübingen 1993, S. 62-93; Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 12-23.

16 Vgl. Wolbring, „Auch ich in Arkadien!“ (wie Anm. 14), S. 85.

17 Vgl. Philipp Prein: Bürgerliches Reisen im 19. Jahrhundert. Freizeit, Kommunikation und soziale Grenzen, Münster u.a. 2005.

sich leisten konnten und die zuvor über Reiseberichte – nur passiv – an Reiseerfahrungen partizipiert hatten, hatten nunmehr unmittelbare Teilhabe am Italienerlebnis.

Mit der Popularisierung Italiens ging eine wachsende Nachfrage nach geeigneter Reiseliteratur einher. Die Reisenden wollten sich vorbereiten und auf der Reise selbst eine Hilfestellung zur Hand nehmen können. Der expandierende Markt der Reiseratgeber wie beispielsweise der im 19. Jahrhundert überaus beliebte Baedeker-Reiseführer, hier der Band „Italien. Handbuch für Reisende“, der von Karl Baedeker 1861 in erster und 1891 bereits in 13. Auflage in Leipzig erschienen war,¹⁸ kam den neuen Bedürfnissen entgegen. Neben einer Einführung in die allgemeine Kunstgeschichte Italiens, Städtebeschreibungen, Stadtplänen und Künstlerverzeichnissen, boten Angaben zu Unterbringungsmöglichkeiten sowie Reisevorschläge samt Kostenaufstellungen die gesuchte Handreichung für Individualreisende.

In der Darstellung fußte die Reiseratgeberliteratur auf dem von Goethe vorgegebenen Italienbild und sorgte auf diese Weise für eine Tradierung bestehender Stereotype, Wertungen und eben Aneignungsformen des zu Erfahrenden. Ein wesentliches Element war die Stilisierung Italiens zur Paradieslandschaft. Das so genannte Arkadienbild¹⁹ wurde über die Literatur zur prägenden Folie des im Laufe des 19. Jahrhunderts einsetzenden Massentourismus. Warmes Klima, üppige Landschaft, exotisch anmutende Vegetation und antike Kunst- und Architekturzeugnisse bestimmten diese Imagination.²⁰

Hinzu trat die ebenfalls von Goethe angeregte Perspektive auf die Menschen Italiens.²¹ Für die Reisevorbereitung war dieser Blickwechsel nicht ohne Bewandnis, denn wie anders als über die Kommunikation war der Austausch mit der lokalen italienischen Bevölkerung möglich. Neben dem Studium der Kunstführer wurde daher der Erwerb oder wenigstens das Vertrautmachen mit der italienischen Sprache Teil einer gelungenen Reisevorbereitung.²² Dies belegen auch die Italienischkenntnisse von Hunnius und Schlözer.²³

Im Zuge der Italieneuphorie verlor für manch einen (männlichen) Italienkenner das Land seinen Ruf als exklusives Reiseziel. Öffentlich bekannte Stimmen brandmarkten die Entwicklung Italiens hin zu einer populären Reisedestination und plädierten für Beschränkungen. Sie beharrten auf der Exklusivität der Reisen und forderten eine besondere Qualifikation der Reisenden ein. Ihren Widerhall fand diese Auseinandersetzung um Meinungs- und Deutungshoheit der Italienreise in gedruckten Reiseanleitungen einzelner Verfasser. Ein Gegner der ‚Popularisierung‘ Italiens war u.a. Victor Hehn, der selbst drei Mal (1839/40, 1860 und 1863) das Land bereist hatte und 1867 seine Reiseerfahrungen publizistisch verarbeitete. Als Kulturhistoriker, renommierter Goetheforscher und Reiseschriftsteller waren seine Schriften zeitlebens vielgelesen und vielgeachtet.²⁴ Im Kontext der Italienreisen der

18 Hier genannt, weil er auch Jung-Stilling sowie Hunnius als Reisegrundlage diente.

19 Zur Genese des Italienbildes vgl. u.a. Frank Büttner: Italien und die Landschaftsmalerei, in: Ders., Rott, Kennst du (wie Anm. 4), S. 11-45. Weitere Ausführungen lassen sich finden in: Elisabetta Mazza Moneta: Deutsche und Italiener. Der Einfluß von Stereotypen auf interkulturelle Kommunikation, Frankfurt a.M. u.a. 1999.

20 Vgl. Wolbring, „Auch ich in Arkadien!“ (wie Anm. 14), S. 93.

21 Vgl. Rudolf Lill: Von deutschen Annäherungen an Italien im 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Heitmann, Scamardi (Hrsg.), Deutsches Italienbild (wie Anm. 15), S. 1-8.

22 Vgl. u.a. Monika Hunnius: Mein Weg zur Kunst, Heilbronn u.a. 1948, S. 202-219, 227-236.

23 Vgl. Leopold von Schlözer (Hrsg.): Maria. Briefe einer Baltin aus verklungener Zeit, Dresden 1940, hier ein Brief aus Florenz von 1904, S. 91.

24 Vgl. Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 267.

drei Frauen nahm gerade er eine besondere Rolle ein, da er ebenfalls aus den Ostseeprovinzen stammte. Hehn hielt lediglich gebildete und Kunst schaffende Männer für in der Lage, Italien intellektuell und künstlerisch verstehen zu können.²⁵ Frauen waren in seinem Kanon der Bildungsreisenden nicht vorgesehen. Wenige Jahre vor Jung-Stillings und Hunnius' Reiseantritt wurde die Italienanleitung des inzwischen verstorbenen Hehn durch die Herausgabe der Tagebuchaufzeichnungen seiner ersten Italienreise ergänzt. Eingeleitet wurde die Edition von dem ebenfalls aus den Ostseeprovinzen stammenden, in Tartu lehrenden und weit über die Landesgrenzen hinaus anerkannten Historiker Theodor Schiemann (1847–1921).²⁶

Aufgrund der gemeinsamen Herkunft beider Verfasser, aber auch aufgrund ihrer Bekanntheit, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die drei Frauen die Publikationen kannten. Es ist insofern auch wichtig hervorzuheben, dass Schiemann in Anbindung an Goethes Italienbild die aus seiner Sicht romantisch geprägte Reiselust mit einer dezidiert nationalen Konnotation verband. Den Drang, reisen zu müssen, erklärte er mit einem Bildungs- und Zugehörigkeitsbedürfnis der Deutschen: „Jeder, der nicht ganz roh geblieben, fühlte für Italien; dies Land gehörte zu der nationalen Erziehung eines Deutschen. Dorthin zu reisen wurde unerlässlich; wer nicht da gewesen war, in dessen Gefühl und Leben war eine Lücke.“²⁷ Hehn nutzte Italien als (Gegen-)Konstruktionsfläche einer nationalen, deutschen Identität.²⁸ Dieselbe Stoßrichtung verfolgte auch Schiemann in seinem Vorwort zu Hehns Italienbildern, wenn er davon sprach: „Man kam schon mit berauschter Seele nach Italien, fand, was man suchte, weil man es finden wollte, und hütete sich umso mehr, über Täuschungen zu klagen, als man dann vor sich selbst und vor andern als unempfänglich, gefühllos, geistlos dastand.“²⁹ Ein wirkliches Verstehen oder Begreifen Italiens könne – so Schiemann – unter diesen Voraussetzungen nicht stattfinden. Eine emotionale Annäherung an das Land, akzeptierte er nicht. Sie widersprach seinem von Ratio und intellektueller Aneignung geprägtem Konzept. Mit dieser Argumentation folgte Schiemann Hehns Postulat: Beide Männer kritisierten die Entwicklung Italiens zum touristischen Magnet und sprachen dem oder der einzelnen Reisenden den Wert der Reise ab. Mit ihrem Plädoyer für eine intellektuelle Vorbildung priorisierten sie eine hegemonial-hierarchisierte Kulturaneignung, deren Kriterien sie selbst festgelegt hatten.

Zu ergänzen bleibt, dass gerade Hehn sich aufgrund seiner starken Affinität zu Goethe veranlasst sah, einen publizistischen Gegenentwurf zur aufkommenden Kritik an Goethes Italienbild zu entwerfen. So relativierte er etwa die laute Stimme des führenden Kritikers und Berliner Juristen Gustav Nicolai (1795–1852). Dieser hatte auf soziale Missstände und eine politische Rückständigkeit Italiens verwiesen und mit seiner Schrift das positive Italienbild stark in Frage gestellt.³⁰

25 Vgl. dazu Wolbring, „Auch ich in Arkadien!“ (wie Anm. 14), S. 99; oder auch P.H.: Victor Hehn: Italien. Ansichten und Streiflichter, in: litteratur.ch: <https://blog.litteratur.ch> [letzter Zugriff: 19.01.2018]; Rees, Lust und Last (wie Anm. 3), hier S. 51.

26 Dazu mehr im Vorwort des Herausgebers Theodor Schiemann: Victor Hehn: Reisebilder aus Italien und Frankreich, Stuttgart 1894, S. III.

27 Ebenda, S. VII; dazu Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 385.

28 Vgl. Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 278.

29 Hehn, Reisebilder (wie Anm. 26), Vorwort, S. VII.

30 Dazu Schröter, Italien (wie Anm. 1), hier insbes. ab S. 192.

Im exklusiv-elitären Denken Hehns und Schiemanns erfüllten auch Künstler in der Gruppe der akademisch gebildeten Männer die Voraussetzung für eine Italienreise. In der Tat zählten sie von jeher zu den begeisterten Italienliebhabern. Zum einen reisten Künstler zum Zweck der Fortbildung und Steigerung der eigenen Professionalität; zum zweiten hofften sie in Italien auf Inspiration. Kultur, Klima und Landschaft sowie interkulturelle Kommunikationsmöglichkeiten sollten die Anregungen liefern, die der Alltag im Atelier nicht bereit hielt.³¹ In diesem Sinne stellte auch die Netzwerkpflege insbesondere für Kunstschaffende einen wesentlichen Faktor ihrer kulturellen Praxis dar.³² Darüber hinaus galt auch für Künstler die Erweiterung des persönlichen Erfahrungshorizontes im Rahmen der von Goethe vordefinierten Persönlichkeitsbildung als erstrebenswert.

Im Kontext der künstlerischen Fortbildung hatte Italien aber nicht allein durch Goethes Vermittlung an Attraktivität gewonnen. Als Orientierungspunkt ästhetischer Schönheit und Formvollendung wurde das Studium der antiken Kunst an jeder namhaften Kunstakademie in Europa unterrichtet. Das Kopieren v.a. römischer Kunst war zentraler Bestandteil des Curriculums, das Studierende der Bildenden Kunst zur Aneignung von Schönheit praktizieren mussten. Dieser Maßstab galt – mit Blick auf Jung-Stilling – selbstverständlich auch für die wenigen Frauen, die an Kunsthochschulen wie der in St. Petersburg toleriert wurden.

Wie wichtig und impulsgebend die Reiseerfahrung insbesondere für das künstlerisch gebildete Reiseklientel ausfiel, lässt sich in der metaphorischen Bedeutung Italiens mit Rom als seinem Zentrum und „Wiege“ europäischer Kultur lesen.³³

Hehn und Schiemann hatten diese wenigen weiblichen Ausnahmen sicherlich nicht mit in ihren Italienschriften bedacht. Ihre Adressierung an Männer konnte dem Italienenthusiasmus von Frauen allerdings nicht entgegenwirken. Die Anziehungskraft Italiens auch auf Frauen hallte bis in den Norden Europas hinein. Die hier untersuchten Reiseerinnerungen der drei Frauen aus den Ostseeprovinzen legen davon Zeugnis ab:

Elise Jung-Stilling, Monika Hunnius und Maria von Schlözer reisten um 1900 nach Italien, wobei die deutlich jüngere Schlözer mehrfach und über größere Zeiträume bis in die 1920er Jahre hinein im Süden Europas verweilte. Alle drei Frauen nutzten unterschiedliche Medien, um ihre Erfahrungen in Italien festzuhalten – angefangen bei Briefen, verfasst von Schlözer, über Tagebucheintragungen bei Jung-Stilling und der retrospektiven Schrift von Hunnius.

Bei der zuletzt reisenden Schlözer wurden die zentralen Erfahrungen ihrer Italienreisen einer Briefsammlung entnommen, die posthum von ihrem Ehemann, dem Schriftsteller Leopold von Schlözer, ein Jahr nach ihrem Tod (1940), zusammengetragen wurden.³⁴ Schlözers erste Reise nach Florenz fand im Frühjahr 1904 statt, nach Salsomaggiore reiste sie 1907,

31 Vgl. ebenda, S. 188.

32 Vgl. Struck, Einführung (wie Anm. 7), hier insbes. S. 163.

33 Zu Jung-Stilling vgl. Baiba Vanaga: *Sievietes, makslinieces Latvija. Gadsimta vidus litz 1915 gadam / Women Artists in Latvia. From the Middle of the Century until 1915*, in: *Laiks* 15 (2015), S. 56; dies.: *Dilettantinnen oder Pionierinnen. Deutschbaltische Künstlerinnen*, in: *Mitteilungen aus Baltischem Leben* 2 (2016), S. 3 f.; und allgemein zu Italienerfahrungen von Künstlerinnen vgl. Katrin Seibert: *Rom besuchen. Italienreisen deutscher Künstlerinnen zwischen 1750 und 1850*, Bd. 1, München 2009.

34 Schlözer, Maria (wie Anm. 23).

es folgten Rom 1908 und 1914 sowie Meran 1915/16, zwischen 1920 und 1925 kamen weitere Aufenthalte hinzu.

Im Gegensatz zu Schlözer, die damit über Jahre hinweg längere Zeiträume in Italien verbrachte, basierten Hunnius' Italienerfahrungen auf zwei Reisen Ende des 19. Jahrhunderts. Hunnius ist die einzige Frau, die ihre Reise zu Lebzeiten selbst, eingebunden in ihrer Autobiografie, für eine breitere Öffentlichkeit publizierte. Die Schrift „Mein Weg zur Kunst“ erschien 1948. In ihr wird Italien in einem separaten Kapitel verhandelt.³⁵ Hunnius stellte ihre Italienaufenthalte mit großem zeitlichem Abstand in den eigenen, autobiografischen Kontext. Italien wurde darin von ihr als Knotenpunkt für ihren künstlerischen Reifungsprozess und als biografische Zäsur stilisiert.³⁶

Bei Elise Jung-Stillings Aufzeichnung handelt es sich hingegen um ein unveröffentlichtes Tagebuch mit dem Titel „Nach Italien! Tagebuch der Reise 1896“. Im klassischen Stil des Diariums enthält das kleine, handschriftlich geführte Mäppchen tägliche Einträge. Die Aufzeichnungen betreffen primär persönliche Eindrücke von Architektur und Kunst, doch auch Erlebnisse aus Begegnungen mit Menschen und Natur sind enthalten.³⁷

Mit Blick auf die Quellen lässt sich somit eine Diskrepanz zwischen den Intentionen und Motivationen der Schreibenden sowie auch ihren jeweiligen Adressatenbezügen kaum leugnen. Auf der einen Seite steht Hunnius, die ihre Erfahrungen der Öffentlichkeit mitteilte und bei der die Italienerfahrung einen wesentlichen Teil ihrer Qualifizierung als Künstlerin ausmachte, und auf der anderen Seite befinden sich Schlözer und Jung-Stillings. Erstere beschrieb ihre Eindrücke als reflexive Überarbeitung und Vermittlung des Erfahrenen für einen privaten Lesekreis, Letztere hielt ihre Gedanken in der Tradition des Tagebuchschreibens, mit seinem reflexiven Charakter sowie seiner pragmatischen Ausrichtung als Erinnerungsstütze ohne öffentlichen Adressatenbezug fest.³⁸

Trotz der Diversität der Quellen scheint es möglich und sinnvoll, über einen komparatistischen Ansatz Erwartungen und Erfahrungen der Reisen, den Umgang mit Narrationen, Stereotypen sowie tradierten Bildern auszuloten. Eine Vergleichbarkeit der Quellen wird insbesondere durch die biografische Nähe der Autorinnen legitimiert. Alle drei Verfasserinnen stammten aus den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches, gehörten dort nicht nur zur deutschen Oberschicht, sondern waren darüber hinaus künstlerisch gebildet bzw. ausgebildet. Die Kommunikation der Frauen auf der Reise verlief in großen Teilen auf Deutsch und auch ihr personales Reizenetzwerk fußte auf diesen kulturellen Hintergrund. Es ist davon auszugehen, dass die Erwartungen der drei an Italien ähnlich angelegt waren. Die kulturelle Orientierung am deutschen Sprachraum und ihre Selbstverortung darin spielt eine ausschlaggebende Rolle bei der Aneignung Italiens.

Darüber hinaus waren Jung-Stillings, Hunnius und Schlözer mit Goethes Italienreise gut vertraut. Ihren fachkundlichen Zugang zu Kultur und Kunst Italiens bezogen die Frauen aus Jacob Burckhards „Cicerone“. Diese „Anleitung zum Genuss der Kunstwerke Italiens“

35 Hunnius, *Mein Weg* (wie Anm. 22), S. 202-225.

36 Vgl. dazu Maurer, *Italien als Erlebnis* (wie Anm. 1), S. 12.

37 Näheres zum Tagebuch vgl. Anja Wilhelmi: *To Italy! Elise Jung-Stillings's travel journal*, in: Anu Allas, Tiina Abel (Hrsg.): *Creating the Self. Emancipating Women in Estonian and Finnish Art*, Tallinn 2019, S. 45-55.

38 Zur Lesart handschriftlicher Quellen vgl. Bodo Plachta: *Editionswissenschaft. Handbuch zu Geschichte, Methode und Praxis der neugermanistischen Edition*, Wiesbaden 2020, S. 107-119.

wurde nach Erscheinen des Buches 1855 zum Standardwerk für kunstinteressierte Italiener:reisende.³⁹ Jung-Stilling und Hunnius verwendeten die Publikation auf ihren Reisen als direkte Nachbereitung des Gesehenen.

4. Biografische Skizzen⁴⁰

Elise Jung-Stilling (1829–1904)

Aus dem Kreis der vorzustellenden Frauen ist Jung-Stilling die Älteste. Auch ist sie die Einzige mit einer Ausbildung im Fach Bildende Kunst. 1829 in Riga geboren, war sie zunächst durch ihren Vater, selbst Zeichenlehrer und Maler, unterrichtet worden. Weitere institutionelle Ausbildungsstationen waren dann St. Petersburg und Dresden. An der Akademie der Künste in St. Petersburg fand Jung-Stilling über das obligatorische Kopieren antiker Kunstwerke den Zugang zur Antiken Kunst; in der Dresdener Gemäldegalerie machte sie sich mit den Werken der Renaissance, insbesondere denen Raffaels, vertraut.⁴¹

In Anbetracht ihres nicht ganz jungen Alters – sie trat die Reise mit 67 Jahren an – versprach eine Italienreise für sie ein letzter Höhepunkt ihrer beruflichen Laufbahn zu werden.⁴² Jung-Stilling blickte zum Zeitpunkt der Reise, 1896, auf ein überaus erfolgreiches Leben zurück. Mit der Gründung der ersten privaten, auch Frauen ausbildenden Kunstschule hatte sie für das künstlerische Milieu Rigas und über die Metropole hinaus Enormes erreicht. Ihre Zeichenschule wurde zu einer Institution, deren Ruf sehr schnell im gesamten Raum der Ostseeprovinzen Beachtung fand.

Als ledige Frau konnte Jung-Stilling beim Antritt ihrer Reise auf ein weitgehend finanziell autarkes, aber arbeitsintensives Leben zurückblicken. Jung-Stillings Reisemotivation lag über den Wunsch der eigenen Fortbildung hinaus im Interesse ihrer Schule begründet. Mit der Akquise von neuem Lehrpersonal wollte sie das Niveau des Unterrichts und die Qualität der Ausbildung heben.⁴³ Es ging Jung-Stilling nur zu Teilen darum, die Internationalität der Ausbildungsstätte zu stärken, die Anwerbung von Personal war auch dem rein pragmatischen Hintergrund geschuldet, dass es in Riga an Fachpersonal mangelte.⁴⁴

39 Tauber, Schatten (wie Anm. 15), S. 81; Elise Jung-Stilling: „Nach Italien!“ Tagebuch der Reise 1896. Italien 1896, unpag., Dokumentensammlung des Herder-Instituts (DSHI).

40 Da die Biografien der drei Frauen leider nicht in ihrer Vollständigkeit vorliegen, konnte nur auf die genannten Informationen Bezug genommen werden. Die daraus resultierende Ungleichgewichtung ist daher unumgänglich.

41 Vgl. Mary von Haken: Amalie, Elise und Louise von Jung-Stilling, in: 800 Jahre gemeinsames Riga, Lüneburg 2001, S. 238-341; www.jung-stilling-forschung.de (1.2.2021); Gabriele Holland-Hübner: Zeichenunterricht an der St. Petersburger Kunstakademie, in: Lars Olaf Larsson (Hrsg.): Studien zur Kunstgeschichte in Estland und Lettland, Kiel 1995, S. 259-279, hier S. 266.

42 Zur Bedeutung der Italienreisen bei Künstlern vgl. Golo Maurer: Arkadien? Italiensehnsucht – Facetten einer deutschen Fixierung, Frankfurt a.M. 2019, S. 11-15.

43 Vgl. Brief von unbekanntem Verfasser an Elise von Jung-Stilling vom 31.8.1887, in: Privatarchiv der Familie Schwarz. Mein Dank geht an die Familie Schwarz für die Einsichtnahme.

44 Baiba Vanaga: Dilettantinnen oder Pionierinnen. Deutschbaltische Künstlerinnen, in: Mitteilungen aus Baltischem Leben 2 (2016), S. 3 f. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts konnte die Hauptstadt Livlands noch nicht einmal mit einer institutionellen Ausstellungsstätte aufwarten. Selbst so ge-

Monika Hunnius (1858–1934)

Monika Hunnius sprach ihre Reisemotivation sehr klar aus: Sie befand sich in einer Krise. Aus ihrer Sicht stagnierte ihre Entwicklung als Sängerin und Gesangspädagogin. Sie suchte nach Inspirationen und neuen Impulsen. Mit dieser Argumentation rückte sich die ebenfalls aus Riga Stammende direkt in den von Goethe vorgegebenen Kanon der Italienreise als Selbstfindungsprozess. Hunnius' Verlangen nach Neuem suchte sie in der italienischen Musik, im italienischen Gesang und darüber hinaus im persönlichen Erfahrungsaustausch zu befriedigen. Ebenso wie Jung-Stilling wollte Hunnius ihr personales Netzwerk auf der Reise ausbauen. Beiden ging es um anhaltende Beziehungen.

Wenngleich Hunnius zum Zeitpunkt des Reiseantrittes mehr als 20 Jahre jünger als Jung-Stilling war, befand auch sie sich beruflich in der angenehmen Lage, in Riga als Sängerin und Gesangslehrerin etabliert zu sein. Sie hatte sich durch ihre Gesangsausbildung in Frankfurt am Main und ihre Assistenzzeit bei dem über Europa hinaus wirkenden Sänger Raimund von zur Mühlen (1854–1931) einen Namen gemacht.⁴⁵ Wie Jung-Stilling für den Bereich der Bildenden Kunst, so kann auch Hunnius für die Musiklandschaft in Riga als exponierte Vertreterin ihres Faches angesehen werden.⁴⁶

Hunnius erreichte Florenz im Frühjahr 1896, nur wenige Zeit vor der Ankunft Jung-Stillings. Ebenso wie Jung-Stilling hatte die Sängerin die Reise gemeinsam mit einer Kunst schaffenden und künstlerisch gebildeten Freundin angetreten.

Maria von Schlözer (1867–1939)

Maria von Schlözer⁴⁷ unterscheidet sich von den beiden Frauen zum einen durch ihren Stand, sie war adeliger Herkunft und verheiratet. Zum anderen ist sie nicht in den Kreis der reisenden Künstlerinnen, die von ihrer Profession lebten, einzureihen.

Schlözer war knapp 40 Jahre alt, als sie das erste Mal Italien erblickte. In späteren Jahren zog sie für mehrere Jahre mit ihrem Mann nach Rom und Meran. Der erste Brief aus Italien stammte aus Florenz, wo Schlözer im Frühjahr 1904 eingetroffen war; vier Jahre später war sie für ein Jahr in Rom; 1914 verbrachte sie gemeinsam mit ihrem Ehemann mehrere Monate in der Stadt.

nannte Multiplikatoren des Kunstbetriebes wie beispielsweise der lokale Kunstverein etablierten sich erst Ende des 19. Jahrhunderts.

45 Der Schwerpunkt lag hier im Fach Deutsches Lied.

46 Vgl. Anja Wilhelmi: Monika Hunnius, aus dem Leben einer Grenzgängerin, in: Joachim Tauber (Hrsg.): Individuum und Gesellschaft in Ost- und Nordosteuropa (Online-Publikationen des Nordost-Instituts/Forschungsbeiträge), Lüneburg 2017, URL: www.ikgn.de/online-publikationen/forschungsbeitraege/individuum-und-gesellschaft [letzter Zugriff: 02.01.2021].

47 Vgl. Deutschbaltisches Biographisches Lexikon digital, <https://bbld.de/GND117329878> [letzter Zugriff: 23.03.2021]. Leider ist zu Schlözer wenig bekannt, daher hier nur die kurze Präsentation.

5. Reiseerfahrungen

Italien – das Land des Südens

„Ich machte die Tore meiner Seele weit auf und ließ die Freude an diesem Wunderland, mit seiner Sonne, seiner Schönheit und seiner Kunst in mich hineinziehen. Von Land und Leuten, von Sonne und Frühling aus begriff ich allmählich die italienische Musik.“⁴⁸

Diese Worte der Musikerin Hunnius lassen erahnen, wie klar vordefiniert ihre Erwartungshaltung an ihren Italienaufenthalt war. Sie verfügte lange vor der Reise über ein konkretes Italienbild, dessen Bestätigung sie auf der emotionalen Ebene erfahren wollte.

Mit der Betonung der Seele hob sich Hunnius ausdrücklich von der von Schiemann und Hehn geforderten rationalen Aneignungsform ab. Fachlicher Kritik an ihren veröffentlichten Reiseschilderungen kam Hunnius mit diesen Worten zuvor. Mit diesem Kunstgriff begab sich Hunnius auf eine Ebene, auf der sie – gerade als Frau ohne akademischen Hintergrund – als glaubwürdig betrachtet werden konnte.⁴⁹

Das „Wunderland“ wurde bei Hunnius zum Synonym für Italien. In ihm vereinte sie mehrere Komponenten: Prägnant ist die Allegorie der Sonne, in der Hunnius Helligkeit und Wärme mit ihren Auswirkungen auf die erblühende Natur im Frühling zusammenführte. Es ist der Blickwinkel einer Nordeuropäerin, der Dunkelheit und Kälte bekannter sind als die Helligkeit Italiens. Es ist zugleich die Sicht der Künstlerin, die mit dem Aufbruch der Natur, inspirierende und anregende Wirkung verbindet.⁵⁰

Bereits im Terminus des Wunderlandes versteckt sich das Unerklärbare, eine Faszination, die nicht über den Verstand zu greifen ist. Die Wahl dieses Bildes harmoniert mit der emotionalen Erfahrungsebene. Bei Jung-Stilling lässt sich eine vergleichbare Beschreibung des Nicht-Sagbaren finden: In ihren Reiseaufzeichnungen dominiert die Allegorie des „Zaubers“. Auf sie als Malerin wirkte das „Zauberhafte“ Italiens in Form der antiken Kunst.⁵¹

In dem Maße wie Jung-Stilling ihr Italienbild durch die antiken Kunstwerke und Bauten bestätigt sah, näherte sich Hunnius ihrem Italienbild durch die Musik an. Beide griffen somit auf ihre spezifischen Aneignungserfahrungen zurück, die sie mit ihrer jeweiligen Fachkompetenz kommunikativ umzusetzen suchten. So versah die Musikerin Italien korrelativ mit einem Klangbild. Die Rede ist von einem „Klingen“ Italiens. Das Verstehen Italiens bzw. der Aneignungsprozess verlief bei ihr über das Gehör. Mit dieser Korrelation brachte Hunnius ihre Erfahrungskompetenz ins Spiel. Implizit legitimierte sie dergestalt ihre Reise und begründete über ihr fachliches Renommee als Gesangslehrerin und Sängerin die erfolgreiche Aneignung Italiens. Die Alterität, die sie mit ihrer Italienerfahrung ausdrückte, wird nicht zuletzt durch die Kontrastierung mit dem Norden bzw. Rigas untermauert: Die „Ruhe und Stille der Heimat“, die Klanglosigkeit wurde zum Gegenpol der Italienerfahrung.⁵²

48 Hunnius, Weg (wie Anm. 22), S. 211.

49 Allgemein dazu der Begriff des Dilettantismus, der sich nicht nur auf die Produktion von Kunst bezog, sondern auch auf die Fähigkeit, Kunst zu bewerten. Jüngst u.a. Anna-Carolin Augustin: Berliner Kunstmatronage, Göttingen 2018, hier insbes. S. 158-174.

50 Büttner, Italien (wie Anm. 19), S. 20.

51 Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag.

52 Ebenda.

Sowohl bei Hunnius als auch bei Jung-Stilling verlief der Aneignungsprozess über ihr künstlerisches Verständnis. Beide Frauen bewerteten diese Adaption als persönliche Bereicherung, die inspirierend gewirkt und zur weiteren Erkundung Italiens beigetragen habe.⁵³

Fremdheit stellte die grundlegende Erfahrung zeitgenössischer deutschsprachiger Italiener dar. Die Assoziationen wurden gefestigt durch eine Stilisierung des Landes als Repräsentation des Südens. Die geografische Verortung Italiens erfolgte dabei als Gegenpol zum Norden. Die Erwartungen an den Süden spiegelten sich in diesem Denken mit dem Gegenbild des Nordens. Diese mentale Karte wurde lange Zeit vor Hunnius, Jung-Stilling und Schlözer, ja selbst bis in die heutige Zeit, bedient. Selbst Goethe war nicht der erste, wenngleich doch sicher der Prominenteste, der mit seiner Verschlagwortung des Begriffes „Arkadien“ das Bild Italiens als Gegenbild der „Kimmerien“ verbreitete. Dem Norden mit Kälte, Dunkelheit und Unwirtschaftlichkeit stellte er den Süden mit Lebensfreude, Helligkeit und Wärme entgegen.⁵⁴

Die Dichotomie der beiden Pole, ihre allegorische Besetzung, lässt sich in allen Facetten des Italienbildes herausarbeiten. Erst die kontrastive Verortung des Südlandes gegenüber dem Nordland, das hier geografisch explizit den Raum des Baltikums mit umfasste, macht die folgenden Betrachtungen zur Kunst, zur Natur und zum Menschen greifbar.

Kunst und Kultur Italiens – der Ursprung aller Kunst

Das Erfahren Italiens vollzog sich bei allen drei Frauen über die „Seele“. Hunnius, Jung-Stilling sowie Schlözer nahmen den Begriff in ihre ersten Deskriptionen des Landes mit auf. Sie formulierten mit ihm ihre unbedingte Bereitschaft, Italien unvoreingenommen, unmittelbar, zu begegnen. Und alle drei betonten den Erfolg dieser Aneignungsstrategie. Schlözer, die zuletzt Reisende, veranschaulichte ihren Zugang zur Kunst des Quattro und Cinquecento während ihres Aufenthaltes in Florenz: „Meine ganze Seele jauchzt auf in all der Herrlichkeit und in den Palästen und Kirchen spricht eine alte, wunderbare Zeit zu uns, von Poesie und Frohsinn umwoben, eine Zeit des Werdens, des frohesten Schaffens und gesegneten Gelingens. Über all dem Schönen vergißt man das Furchtbare und Grausame der Zeit. Es verging. Das Geschaffene bleibt.“⁵⁵ Florenz verhaftet sich in Schlözers Rezeption als ein „Geschichtsspeicher“, wie Aleida Assmann in ihrer Raumdefinition von Orten hervorhebt, in denen Städte durch ihre Kulturzeugnisse wahrgenommen werden.⁵⁶

Es waren diese persönlichen Eindrücke Schlözers, die ihre Seele bei der Betrachtung der Kunst erfasst hatten. Dabei benannte Schlözer die Schönheit in ihrer Unvergänglichkeit, die die Kunst ausstrahlte und die sie auf der Gefühlsebene ansprach. Zwar distanzierte sie sich damit vordergründig, wie Hunnius und Jung-Stilling vor ihr, davon, mit Fachverstand die Kunst Italiens sehen zu können, implizit stellte sie sich jedoch in den Kanon der von

53 Tauber, Schatten (wie Anm. 15), S. 69.

54 Vgl. u.a. Dieter Richter: Der Süden. Geschichte einer Himmelsrichtung, Berlin 2009, S. 17.

55 Schlözer, Maria (wie Anm. 23).

56 Vgl. Aleida Assmann: Geschichte findet statt, in: Michael Jaumann, Klaus Schenk (Hrsg.): Erinnerungsmetropole Riga. Deutschsprachige Literatur- und Kulturvielfalt im Vergleich, Würzburg 2010, S. 33-45, hier S. 40 f.

Goethe vorgegebenen Reisetraditionen. Schließlich forderten sowohl Goethe als auch der wohl renommierteste Kunsthistoriker Italiens seiner Zeit, Burckhardt, die „sittlich-erhebende Komponente“ von Kunst ein.⁵⁷

Ebenso wie Hunnius und Jung-Stilling die Allegorien Wunder bzw. Zauber in ihre Italienperzeption einarbeiteten, war auch Schlözers Schreiben zu Italien nicht frei von metaphorischen Bildern. In ihren Briefen überwiegt der dem christlichen Glauben entlehnte Topos des Paradieses. Einen höheren Superlativ, den sie losgelöst von jeder kunsthistorischen Fachkompetenz nutzen konnte, stand ihr, der „Dilettantin“, nicht zur Verfügung. Die Erfahrung dieses paradiesischen Ideals offenbarte sich ihr in der Kunst, konkret in der Kunstsammlung der Uffizien von Florenz: „Es ist ein Paradies“.⁵⁸

Die Verwendung der Paradiesmetaphorik ist in diesem Kontext allerdings nicht originär Schlözer zuzuschreiben, sie stammt aus dem Deutungskontext von Goethes Italienischer Reise und stellt eine Aneignungsvorgabe seiner Italienreise dar.⁵⁹ Die Kunst Italiens wurde durch ihn in die Nähe des göttlichen Schöpfungsprozesses gerückt, indem sie sich der Betrachterin oder dem Betrachter geheimnisvoll, unerklär- und eigentlich unerreichbar präsentierte.⁶⁰ Eine solche unmittelbare Sinneswahrnehmung des Gesehenen bedurfte keiner weiteren fachlichen Erörterung. Sie ist auch im Denken Goethes nicht nötig, ging es ihm doch primär um den eigenen Läuterungsprozess, die Selbstfindung durch eine sittlich-moralische Erhebung. Und wo anders als im gottgeschaffenen Paradies wäre diese möglich?

Die terminologische Nähe der drei Sprachbilder, Paradies, Zauber und Wunder, zeigt sich in ihrer Austauschbarkeit. Das Wunderbare, Zauberhafte oder eben das Paradiesische spiegeln die Singularität Italiens wieder. Die Begriffe erweisen sich mit Blick auf die Italienrezeption als traditionelle Aneignungsschiffren. Mit ihnen wurde die Italiensehnsucht transportiert, als persönliche Erfahrung fixiert und über die Generationen der Reisenden hinaus tradiert.

In dieses Gesamtbild fügten sich Kunst und Natur zu einem harmonischen Ganzen. Die sprachbildliche Überhöhung zeigt sich sehr eindrucksvoll bei Landschaftsdarstellungen, seien sie malerisch oder literarisch aufgefangen, oftmals in der Zusammenschau eines verfallenen Baudenkmals umgeben von fruchtbarer Natur; die ganze Szene eingetaucht in warmes Licht. Die Baudenkmäler dieser Landschaften wurden bevorzugt in ihrer Vergänglichkeit dargestellt: Bilder von Ruinen in einsamen Landschaften, umgeben von einer Natur, die die alte Kultur zurück zu erobern scheint:

„Die Wasserkünste spielen nicht mehr, die Bassins sind voll wilder Farne, die Marmorbilder liegen auf der Erde – wie die Terrassen und Treppen – von wilden Rosen und Efeu überwuchert. Aber eine Poesie, eine märchenhafte Stimmung umgibt diese schweigende Welt voll Blumenduft, Vogelstimmen und leisem, geheimnisvollem Wasserrauschen [...]“.⁶¹

57 Tauber, Schatten (wie Anm. 15), S. 89.

58 Schlözer, Maria (wie Anm. 23), S. 93, Brief von 1905 aus Florenz.

59 Büttner, Italien (wie Anm. 19), u.a. S. 18-20.

60 Tauber, Schatten (wie Anm. 15), S. 64.

61 Hunnius, Weg (wie Anm. 22), S. 213.

Hunnius entwarf hier eine Szene in den Worten der betrachtenden Malerin. Sie setzte auf ihre Weise das zentrale Motiv literarisch um, das vor ihr in der Bildenden Kunst des 19. Jahrhunderts von zahlreichen nach Italien reisenden Künstlern entwickelt wurde und einen wesentlichen Teil des Italienbildes in dem Genre ausmachte. Die Parallelen zu Goethes Italienperzeption sind auch hier nicht von der Hand zu weisen. Wurde doch durch ihn Italien zu dem Land, in dem „sich Natur und Kunst sichtbar gegenseitig durchdringen“.⁶²

In der stereotypen bildlichen Wahrnehmung Italiens wurde die Landschaft mit antiken Bauruinen aufgenommen. Deutschsprachige Maler sorgten für die Verbreitung solcher Kompositionen. Durch die malerische Umsetzung von Landschaftsruinen fand die stilisierte italienische Landschaft Eingang in das kollektive Gedächtnis der Italiensehnsucht. Sowohl Hunnius als auch Jung-Stilling bedienten sich dieser Sichtweise. Beide übernahmen und tradierten Elemente dieser spezifischen visuellen Kultur.⁶³

„Nach dem Frühstück ging ich in die Uffizien, ergötzte mich in Wahrheit das in vollendeteter Schönheit zu sehen, was ich nur auf Photographien u. Beschreibungen bisher gekannt. Viele Lieblinge sah ich wieder – es war herrlich!“⁶⁴ Jung-Stilling verfügte als einzige der drei Frauen über die fachliche Ausbildung, das von ihr Jahrzehnte zuvor Studierte am Original zu messen. Sie fand in der von Schlözer bereits angesprochenen Kunstsammlung der Uffizien die Bestätigung ihrer Erwartungen an die italienische Kunst, nämlich als Maßstab für Ästhetik. Das bei Schlözer paradiesisch beschriebene Kunsterleben erzeugte jedoch bei der Künstlerin keine Fremdheitserfahrung. Schließlich bewegte sie sich in der Welt der Kunst auf vertrautem Terrain.

Natur und Landschaft – Ideallandschaften

Alle drei Frauen schenken der Natur Italiens ein großes Augenmerk; in zahlreichen Passagen der Aufzeichnungen nehmen Naturerfahrungen einen großen Raum ein. Mit der Betonung von Naturerlebnissen folgten die Frauen – wie bereits im Kontext zur Rezeption von Goethes Italienischer Reise angesprochen – einem konzeptuellen Zugang der Wahrnehmung Italiens als das „Land der Natur“.⁶⁵

Im gleichen Maße wie in den Betrachtungen zu Kunst und Kultur Italiens eine piktorale Darstellungsform dominierte, weisen die Natur- und Landschaftsdarstellungen starke kompositorische Attribute auf. Dass insbesondere die Landschaftserfahrung zu einem festen Element in der visuellen Wahrnehmung Italiens wurde, lässt sich nicht nur durch die motivische Umsetzung in diversen Gemälden und Zeichnungen sowie in der Literatur finden, auch Hunnius, Jung-Stilling und Schlözer waren mit dieser visuellen Kultur vertraut. Dies bezeugen die häufigen Verwendungen von bestimmten topografischen Konstellationen.⁶⁶

62 Tauber, Schatten (wie Anm. 15), S. 74.

63 Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 19, 22.

64 Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag., Unterstreichungen sind aus dem Original übernommen.

65 Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 19.

66 Vgl. Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 15.

„Die Sonne warf ihre goldenen Strahlen, den goldenen Schein, auf die sich eben [...] in dem verschiedensten Grün, kleidende Natur [...]. Hinter all dem denke man sich die blauen bis ins violet hinein schimmernden Berge, u. einen leuchtend goldenen Himmel der seine Strahlen über die ganze Landschaft hinein sandte, u. ergoß, die sanften Linien der Berge so wohlthuend das Auge berührend. – Es war ein freundlicher Anblick – stumm standen wir alle dann, es mochte keine laut reden, um die Weihe nicht zu unterbrechen welche über alle gekommen war.“⁶⁷

Hier, beim Anblick des Apennins, spiegelte Jung-Stilling das persönlich Beeindruckende, den großen Reiz der Naturerfahrung. Die starken Züge einer malerischen Bildbetrachtung zeigen sich in der pittoresk gestalteten Landschaft, deren Kompositionsschema auf Erhabenheit und Schönheit fußt und in „atmosphärisches Licht“ mündet.⁶⁸

Erneut dominierte somit eine künstlerische Perspektive, mit der eine überaus positive Erfahrung des Gesehenen eingefangen und dargestellt wurde. In der literarischen Umsetzung des Visuellen wurden zugleich Maßstäbe für eine Bewertung der Szene gesetzt. Mit der geschilderten Weihe des Moments wurde die direkte Parallele zur göttlichen Schöpfung gezogen.⁶⁹ Und das Unfassbare des Eindrucks wurde durch die Reaktion der Reisenden noch verstärkt, indem die unmittelbare emotionale Aufladung durch die Stille konzentriert aufgenommen wurde.⁷⁰

Literarische Umsetzungen piktoraler Darstellungen finden sich auch in verschiedenen Stellen des Tagebuches von Jung-Stilling wieder. In ihnen wird der Blick der Malerin sichtbar, die scheinbar ohne Malutensilien, ihr Auge sprechen ließ: „Der Abend war köstlich, der Sonnenuntergang goldig, färbte die ganze Landschaft so warm [...] in einen Zauber ein. Wir jubelten förmlich.“⁷¹

Die Sonne bildet in allen Landschaftsdarstellungen Italiens den Anker, der die Aussagekraft der Szenen bestimmt: Sie ist es, die die Belichtung der Bildkomposition erst garantiert und damit die Farbgebung festlegt. Neben den Farbnuancierungen, dem Wechselspiel zwischen Schatten und Licht ist es auch die Wärme, die in den Deskriptionen der Reisenden immer wieder zur Sprache kam: „[...] schöne Blumen ergötzen das Auge, u. schmückten die Landschaft. Die verschiedenen Bäume gaben aber immer die größte Zierde, und die prächtigste Beleuchtung verlieh den größten Reiz.“⁷²

Die blühende Frühlingsnatur wurde als ein großes Faszinosum von allen drei Frauen wahrgenommen und als solches wiederholt festgehalten. Neben blühenden Bäumen wurden vor allem Blumen in den Fokus gerückt. „Alle Rosen blühen auf und die Glyzinien hängen in schweren Dolden von den Balkonen, in den Gärten stehen die Zitronenbäume, und ein tiefblauer Himmel spannt sein Strahlendach über die Lieblichkeit des Arnothals. Meine ganze Seele jauchzt auf in all der Herrlichkeit [...]“⁷³ Oder:

67 Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag.

68 Büttner, Italien (wie Anm. 19), S. 23.

69 Vgl. dazu die Parallelen in der Landschaftsmalerei in ebenda, S. 34.

70 Hier auch wieder die Nähe zu Goethe, vgl. Andreas Beyer: „Pussinsche Vorderteile“, in: Büttner, Rott (Hrsg.), Kennst du (wie Anm. 4), S. 45-55, hier S. 49.

71 Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag.

72 Ebenda.

73 Schlözer, Maria (wie Anm. 23), S. 91, Brief von 1904 aus Florenz.

„Die Blüten Pracht nicht zu beschreiben, man kommt aus der Begeisterung nicht heraus u. Rosen in höchster Fülle schlingen sich um u. zu den Bäumen heran u. hinauf – die Palmen ragen stolz in die Höhe, u. breiten ihre Blätter schirmend über den luftigen Rasen – wie weißer Blütenregen hängen die blühenden Akazien duftend herab, und dunkle Pinien u. Cypressen drücken den Stolz u. den Ernst der Landschaft auf.“⁷⁴

Die Natur wurde von den Dreien in ihrer Vielfalt und ihrer Fruchtbarkeit wahrgenommen. Daneben gewann das Unbekannte der Natur an Gewicht. Blumenmärkte sind in diesem Kontext die Erfahrungsknotenpunkte, auf denen „[...] eine Fülle von Farben, wie ich sie noch nie gesehen habe [...]“ gesammelt wurden.⁷⁵ Die Faszination der Blumenmärkte machte sie zu einer ästhetischen Attraktion. Die Suche nach ästhetischen Erfahrungen begrenzte sich demnach nicht allein auf die Besichtigung von Kunst und Kultur, sie wurde auf die gesamte Umgebung, sowohl in der Begehung der Landschaften als auch der städtischen Räume erfahren:

„[...] wo heute gerade Blumenmarkt stattfand u. eine Fülle von verschiedensten Blumen stattfand, wie ich es noch niemals gesehen. – Azaleen – roth u. weiß – wie große Büsche – mehr Blüten als Blätter entfaltend, viele fremdartige Pflanzen u. Blüten, deren Namen ich nicht erfahren konnte. Ich hätte mir am Liebsten diese ganze Pracht zusammen kaufen mögen, – Entzückend ist es, wie jetzt die Mauern u. Häuser von Rosen umranket sind, bis in den obersten Statt [sic] hinein – es wird vom Auge nach allen Seiten hin so viel geboten, daß man wahrlich diesen Ueberfluß an Schönem auf jeglichem Gebiet, kaum zu beherrschen versteht.“⁷⁶

Oder:

„[...] die Kakteen in ihren originellsten Formen, u. in blüthestehenden Bäume, mit lilla Glockenartige Blüten, so wie die sich bis in die Spitze der Bäume schlingenden Rosen sehen zu schön aus. – Die Pinie ragt auch stolz u. – schön hervor – ich konnte mich nicht genug an alle dem erfreuen, u. kam es mir so wunderbar vor, unter all' diesen Palmen zu wandern.“⁷⁷

Die letztgenannten Zitate aus den Tagebuchaufzeichnungen von Jung-Stilling verdeutlichen einmal mehr, wie detailliert der Blick in die Natur ausfallen und welchen Eindruck das Begehen des fremden Naturraumes auslösen konnte. Kakteen, Pinien und Palmen vermittelten den Eindruck des Exotischen und insbesondere die Palmen dürften bei der Malerin starke Assoziationen hervorgerufen haben, waren sie doch ein weit verbreitetes Motiv in der Bildsprache des Stilllebens unter zeitgenössischen Künstlerinnen und Künstlern. Selbst im entfernten Baltikum hatte Ende des 19. Jahrhunderts die kleinwüchsige Unterart, die

74 Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag., Unterstreichungen stammen von Jung-Stilling.

75 Schlözer, Maria (wie Anm. 23), S. 93, Brief von 1904 aus Florenz.

76 Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag.

77 Ebenda, Unterstreichungen stammen von Jung-Stilling.

Stechpalme, Eingang in die Wohnräume oder Salons der wohlhabenden Bevölkerung gefunden. Dies bezeugen zahlreiche Kunstwerke dieser Zeit.⁷⁸ Einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Popularität der Pflanze trug auch hier Goethe bei, stand doch bei ihm die Palme als *Insignum italienischer Vegetation*.⁷⁹

In den Italienperzeptionen der drei Frauen nimmt somit die freundliche, wärmedurchflutete Natur eine zentrale Größe ein. Licht, Farbe und Fruchtbarkeit Italiens werden in allen Beschreibungen vor dem Hintergrund des kalten, dunklen und kargen Nordens, des Baltikums, verhandelt. Dieses vergleichende und zugleich kontrastierende Verfahren der Annäherung an die Natur ist ebenfalls den Schilderungen über Begegnungen mit den Menschen Italiens unterlegt.

Menschen – Entwürfe „des Südländers“

Die Zuschreibungen der Natur fanden ihre Übertragung auf die der Menschen Italiens. Hunnius, Jung-Stilling und Schlözer ist ein Raumdenken zuzuweisen, in dem die Natur eines jeweiligen Raumes die Lebensvoraussetzungen für Menschen schafft und formend auf alles Lebende einwirkt. Diese *mental map* basiert – wie bereits angesprochen – auf der bipolaren Vorstellung von Süden und Norden. Sie beruht auf der kontrastiven Annahme, bei der die Erwartung an den Raum des Südens über eigene Erfahrungen aus dem Norden gesteuert wird. So entspricht Schlözers Stereotypisierung des Italiens bzw. der Italienerin den Spezifika ihres Naturbildes von Italien: Wärme, Licht und Fruchtbarkeit sah sie im menschlichen Verhalten, in der italienischen Lebensfreude, Emotionalität und Impulsivität bestätigt. Schlözer exemplifizierte ihr Menschenbild anhand der Schilderung eines Spazierganges durch Rom: Ein Junge erklärte ihr, dass sie auf ihrer Route ein Liebespaar störe. Der Junge selbst gab sich als „Wächter“ aus.⁸⁰ Mit diesem Ereignis gab Schlözer mehr als nur eine Erfahrungsepisode wieder, sie präsentierte ihre Erlebnisse in der Tradition der Dichotomie von Norden und Süden. Ihrer Darstellung unterliegt eine Selbstpositionierung als moralisch gefestigt und tugendhafte Nordländerin, die sich mit der Leidenschaft, der Freizügigkeit und der Fruchtbarkeit der Südländer und Südländerinnen konfrontiert sah.⁸¹ Die Szene erweckt vordergründig den Eindruck negativer Assoziationen aus der Perspektive hegemonialer Überheblichkeit. Doch sie lässt auch eine andere interpretative Deutung zu: Schilderungen dieser Art können als Allegorien und Plädoyers für freizügige Liebe gelesen werden.⁸²

Welche Intention auch immer die Verfasserin mit ihrem Brief verfolgt haben mag, in jedem Fall prägten für sie die klimatischen Bedingungen die Lebensverhältnisse, den Handlungsrahmen und den Charakter der ansässigen Bevölkerung. Auf dieser Folie wurden auch

78 Vgl. Karin Pastak: *A Room of One's Own. Representations of Space in Oeuvres of Baltic German and Estonian Women Artists*, in: Allas, Abel (Hrsg.), *Creating the Self* (wie Anm. 37), S. 116-128.

79 Richter, *Süden* (wie Anm. 55), S. 151 f. Die von Goethe differenziertere Trennung des Nordens vom Süden markierte die Trennscheide südlich von Rom auf der Höhe Neapels. Eine solche Feinjustierung wurde von Jung-Stilling, Hunnius und auch Schlözer nicht vorgenommen.

80 Schlözer Maria (wie Anm. 23), S. 122, Brief von 1908 aus Rom.

81 Richter, *Süden* (wie Anm. 55), S. 130, 136.

82 Vgl. ebenda, S. 161.

die Jahreszeiten der Natur und ihre Auswirkungen auf das Handeln der Menschen diskutiert. Unter Berücksichtigung der ausgewählten Quellen muss jedoch eingeschränkt werden, dass Jung-Stilling und Hunnius deutlich kürzer in Italien blieben und allein aus diesem Grunde eine entsprechende Skalierung nicht vornehmen konnten. In der Regel wurden touristische Italienerfahrungen primär im Frühjahr gesammelt. Eine Reisezeit um Ostern wurde in der Reiseratgeberliteratur empfohlen; von einem Sommeraufenthalt aufgrund der klimatischen Schwierigkeiten, v.a. der Hitze, hingegen abgeraten. Hunnius und Jung-Stilling folgten dieser Reisetradition, wohingegen Schlözer ihren Wohnsitz für eine längere Dauer nach Italien verlegte und ihre Erfahrungen des Sommers in einem Brief festhalten konnte: „Das Volk lebt dann erst so recht auf. Die Fremden sind fort. Der Italiener fühlt sich unter der Sonne in seinem Element, harmlos, fröhlich.“⁸³

Das Verstehen der Natur setzte – nicht nur bei Schlözer – das Verstehen der Menschen voraus. Das Stereotyp des Italieners bzw. der Italienerin implizierte einen Naturmenschen, dem im Positiven wie vor allem im Negativen zivilisatorischer „Schliff“ fehlte. Mit ihrer hegemonialen Perspektive folgte Schlözer einer unter Zeitgenossinnen und Zeitgenossen weit verbreiteten Be- und Abwertung italienischer Menschen. Die Trope Naturmensch oder mit den Worten Schiemanns „Naturkinde“ stand für Rückständigkeit, Naivität und Sorglosigkeit.⁸⁴

Mit ihrer Wortwahl kontrastierte Schlözer ein Gefühl der Alterität gegenüber Italienern und Italienerinnen. Schlözer griff in ihrer Denkart auf klimakulturtheoretische Aspekte zurück, indem sie am Beispiel der Natur Erklärungsansätze für menschliches Verhalten suchte. Diese nach Golo Mann kreierte „kulturellen Bezugsgrößen“ funktionieren über nationale Zuschreibungen.⁸⁵ In dieser Denkart heben sich beispielsweise „deutsche Landschaften“ durch ihre Kälte von der Wärme „italienischer Landschaften“ ab.

Schlözer war vertraut mit diesem mentalen Mapping, denn sie gab in einem ihrer Briefe die Worte Goethes aus seiner Italienreise wieder, in der der Dichter das Stereotyp des Deutschen aus Sicht eines Italieners zitiert: „Immer Schnee, Holzhäuser, große Ignoranz, aber viel Geld“.⁸⁶ Mit ihrer Rezeption reihte sich Schlözer in eine Denktradition ein, mit der die „stereotype Ambivalenz“ zwischen Deutschen und Italienerinnen und Italienern weitergetragen wurde.⁸⁷

In dem Maße wie Schlözer ihre Darstellungen mit ethnisch-nationalen Kategorisierungen versah, trug sie zum Fortbestand nationaler Stereotypisierungen bei. Eine ähnliche Lesart lässt sich in den Aufzeichnungen von Hunnius finden: Sie, die Musikerin, die sich so gerne in Italien stimmlich weiterbilden wollte, suchte den Unterricht bei einem berühmten italienischen Gesangslehrer. Mit ihren konkreten Erwartungen an einen strukturierten Gesangsunterricht fand sie jedoch bei ihm kein Gehör. Der Dozent widersprach Hunnius' Wünschen mit folgenden Worten: „Die Deutschen,“ sagte er, „sind klug und gründlich, auch in der Musik. Sie machen die Kunst zu einer Wissenschaft. Das aber ist falsch, Kunst arbeitet man nicht mit dem Kopf. Wir armen Italiener lehren es so: Gesang muß schön klingen und unser

83 Schlözer, Maria (wie Anm. 23), S. 162, Brief von 1914 aus Rom.

84 Hehn, Reisebilder (wie Anm. 26), Vorwort, S. XV.

85 Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 17.

86 Schlözer, Maria (wie Anm. 23), S. 123, Brief von 1908 aus Rom.

87 Richter, Süden (wie Anm. 55), S. 21.

Herz bewegen. Gesang ist fürs Ohr und fürs Herz gemacht, nicht für den Kopf.“⁸⁸ Das Interessante an dieser Szene ist die Kontrastierung der Lehrmethoden auf der Basis ethnisch-nationaler Stereotypisierungen. Die Gegenpole deutsch versus italienisch greifen hier erneut. Der Lehrer appellierte an eine emotionale Aneignung der Musik. Der Topos des „sinnlichen Südens“ wurde von Hunnius in dieser Begebenheit als Schlüssel für künstlerische Aneignungsprozesse Italiens präsentiert.⁸⁹ Zugleich hob die Musikerin hervor, wie störend sich ihre Vorbildung und ihre Lernerwartungen bei dem Vorhaben erwiesen hätten, Zugang zur italienischen Kunst über einen unvoreingenommenen, unmittelbaren Eindruck zu erlangen.

Die kontrastive Aneignung Italiens vor dem Hintergrund einer Selbstverortung als Deutsche entspricht bei allen drei Reisenden dem Muster einer „mental-Geographie“.⁹⁰ Damit lassen sich die Schilderungen der drei Frauen in den zeitgenössischen ethnologischen Diskurs einordnen, in dem eine ausgesprochen hegemoniale Perspektive dominierte. Despektierlichkeiten wie eine naive Skizzierung der italienischen Bevölkerung determinieren das wiedergegebene Bild. So habe man laut Hunnius „eigentlich bei den liebenswürdigen Italienern alles erreichen [können; A. W.], wenn man sie nur zu nehmen weiß.“⁹¹

Auch bei der Malerin Jung-Stilling wird die Alteritätserfahrung in ihrer Distanzierung von dem Erlebten nachvollziehbar. Dies wird u.a. in einer nahezu idyllisierenden Darstellung von einer Begebenheit mit bettelnden Kindern manifest: „Reizende Jungen, in malerischer, zerrissener Kleidung, mit alter Sammetjacke [...], kleiner Calabresen Hut mit bunter Einkantung boten uns Rosen an [...]“⁹²

In dieser piktoralen Darstellung volkstümlich gekleideter Kinder ging Jung-Stilling auf einen, in der Reiseratgeberliteratur wiederholt angesprochenen Aspekt der Bettelerei ein.⁹³ Eine direkte Abwertung der bettelnden Kinder erfolgte zwar nicht, gleichwohl bediente Jung-Stilling sich eines bekannten Stereotyps. Es scheint Teil ihrer Erwartung gewesen zu sein, die sie aus Vorlagen in der Bildenden Kunst gesammelt haben dürfte, in deren Mittelpunkt das populäre Motiv des in traditioneller Kleidung malerisch festgehaltenen Italiener oder Italienerin stand. Die Armut der Kinder tritt hier in der betont lädierten Tracht zu Tage. Die Kleidung mag als Sinnbild einer aufgelösten Kultur interpretiert werden. Die Gesamtdarstellung mit ihrer piktoralen Ausrichtung spricht zugleich für die Persistenz einer visuellen Kultur,⁹⁴ in der die Bildsprache zu Italien für Zeitgenossinnen und -genossen einfach zu decodieren war. In der Visualisierung Italiens spielten Stereotypisierungen daher immer eine tragende Rolle. Armut und Bettelerei waren nur zwei Ausprägungen, die Eingang in die gängigen Reisebeschreibungen des 19. Jahrhunderts fanden. Mit ihnen wurde ein moralischer Verfall suggeriert, anhand dessen aus der Perspektive des „Nordländers“ der Absturz von der Antike in die Moderne umgesetzt wurde.⁹⁵

88 Hunnius, Weg (wie Anm. 22), S. 207.

89 Richter, Süden (wie Anm. 55), S. 130.

90 Ebenda.

91 Hunnius, Weg (wie Anm. 22), S. 210.

92 Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag.

93 Vgl. Gilles, Bertrand: Der Diskurs des Reisenden. Einige Ansätze zu einer vergleichenden Erforschung von Stereotypen der Völker im Europa der Aufklärung, in: Bauerkämper, Bödeker, Struck, Welt (wie Anm. 7), S. 301-321, hier S. 313; Schröter, Italien (wie Anm. 1), S. 195.

94 Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 16

95 Vgl. Gilles, Diskurs (wie Anm. 94), S. 313.

„Rasch holte Adine [eine Reisebegleiterin; A. W.] ihren photogrf Aparat [sic!] hervor, u. eine Gruppe mußte photographiert werden, unter welcher sich eine junge Frau mit einem Kinde befand, welche Andrea del Sarto zum Modell hätte dienen können.“⁹⁶ Die Welt, in der sich die reisenden Frauen bewegten, ist der Realität enthoben. Der Blick der Betrachterinnen sucht die ihnen bekannten Darstellungen aus der Bildenden Kunst, hier die des berühmten Malers der Renaissance.

Szenen dieser Art nicht nur literarisch, sondern auch fotografisch festzuhalten, bestärken die Authentizität der Reiseerfahrungen. Zudem sahen sich die Reisenden mit ihrer Monoperspektivität in einen vorgefestigten Kanon der Italienerfahrung, in dem das Exzeptionelle der Italiensehnsucht gewahrt blieb. Das romantisierende Bild Italiens konnte so überdauern und soziale Missstände und schlechte Lebensverhältnisse, wie sie insbesondere in Großstädten wie Rom zu greifen waren, überdecken.⁹⁷

Das „Volk ist so anders als wir es kennen. Nicht eng roh u. geknechtet [...], sondern frei, stolz u. selbstbewußt. – Immer höflich u. graziös, u. das Leben welches sich [...] auf den Straßen abspielt, bietet oft reizende, interessante Stoffe für den Maler.“⁹⁸ Die Beobachtungen von Jung-Stilling vermitteln vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheiten in den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches weit mehr als eine piktorale Perspektive. Sie verweisen auf eine Lesart, in der aufklärerische Aspekte angesprochen werden.

Mit einer deutlich anderen Konnotation fielen die Deskriptionen aus, wenn die Menschen als Menge erfahren wurden: „Um halb 7 Uhr ging ich auf den Pincio um mir Bewegung zu machen, ich ging nicht bis oben hinauf es war ein entsetzliches Menschen Gedränge u. Fahren, und ein Staub der kaum zu ertragen war.“⁹⁹ Oder die Schilderung eines Kirchenbesuches:

„[...] dorthin begaben wir uns, entsetzliches Gedränge, die Kirche aufs Glänzenste erleuchtet, große Musik, schöne Baritonstimmen u. Sopran. Ein paar Stunden dauerte die Ceremonie, mit An- und Auskleiden der Priester am Altar. – Erhabend [sic] war die Feier nicht, man begreift nicht, wo bei so viel Schein, eine Spur von ernstem Glauben sein kann. Welch‘ eine Masse von Menschen sind bethört!“¹⁰⁰

In dieser Gottesdienstszene verschwimmt der einzelne Mensch in der Menge der Gläubigen und die Darstellung bekommt eine gänzlich abwertende Ausrichtung. Es wird die Vorstellung von einer ungebildeten, von der Katholischen Kirche verführten Masse suggeriert. Von großer Aussagekraft ist diese Schilderung gerade im Kontext der eigenen religiösen Zugehörigkeit der Verfasserin. Jung-Stilling positionierte sich hier selbst als Protestantin mit großer Affinität zum preußisch-protestantisch geprägten deutschen Kulturkreis. Der Besuch des Gotteshauses stellte vor dem Hintergrund der eigenen konfessionellen Orientierung einen Blick in eine fremde Kultur dar. Die Abwertung der Religionsausübung und

96 Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag. Unterstreichungen stammen von Jung-Stilling.

97 Vgl. Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 322.

98 Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag.

99 Ebenda.

100 Ebenda.

Frömmigkeit, wie sie den Riten der Katholischen Kirche entsprach, fußte auch auf einem klimakulturtheoretischen Denken, in dem die Gegenpole Katholizismus und Protestantismus in den Polen Süden und Norden verankert waren.¹⁰¹

Zahlreich lassen sich an dieser Stelle die Belege hegemonialer Denkstrukturen fortsetzen. Jung-Stilling betont ihre Distanz und ihr Unverständnis als Fremde, indem sie ihre Perspektive in die Position einer Theaterzuschauerin rückte: „Der Italiener macht alles öffentlich ab, ich sah nämlich einen Tisch aufgeschlagenen u. davor einen Herren sitzend der [...] sich rasieren ließ. – Auf der Straße, im Omnibus im Tramm, nähren die Mütter u. Ammen ungeniert ihrer Kinder – kurz – es ist zu komisch, und man [hat] nicht genug Augen um Alles aufzufassen u. zu sehen.“¹⁰² Jenseits von moralischen Richtlinien oder Verhaltensvorgaben durchbrachen die dargestellten Menschen in den Augen der Betrachterin die gültigen Insignien von Kultiviertheit. „Auf dem Pincio ist der Haupt Corsofahrt der Großen u. Reichen, auch der Armen, um sich in schönster Toilette, in elegantem Wagen, oft geschminkt – ausgestellt im Wagen, mit Kind u. Kindeskind zu zeigen.“¹⁰³

Wiederum andere Szenen belegen, wie diese distanzierte, geradezu voyeuristische Grundhaltung verlassen und bewusst die räumliche Grenze überschritten wurde: „Wir waren gehoben von alldem mit Erlebtem [der Besichtigung von Kunstwerken; A. W.], aber auch bedürftig uns jetzt zu erfrischen – so gingen wir in eine daneben sich befindende Osteria hinein wo eigentlich nur Volk sich stärkt – das störte uns nicht, wir ließen uns Wein u. Käse geben.“¹⁰⁴

Dieses „Abenteuerliche“ taucht an mehreren Stellen des Tagebuches von Jung-Stilling auf. Wie faszinierend einzelne Erlebnisse auf die Betrachterin gewirkt haben müssen, erklärt sich durch die Länge und Detailtreue dieser Einträge. Aus ihnen geht auch hervor, dass die Malerin gemeinsam mit ihren Reisebekanntschaften Unternehmungen startete, in denen die Gruppe gezielt von touristischen Wegen abbog, um in den unmittelbaren Kontakt mit der lokalen Bevölkerung zu treten. Mit dem Durchbrechen der eigenen Distanziertheit folgte Jung-Stilling Goethes Spuren der Italienaneignung, der zu persönlichen Erfahrungen mit der lokalen Bevölkerung angeregt hatte.¹⁰⁵ Ein sehr ausführlich geschildertes Erlebnis ist in diesem Kontext eine Zugfahrt in der dritten Abteilkasse, bei der die Frauen ein Gespräch mit mitreisenden Jungen führten. „Die 3 Jungen waren zu amüsan, 13 u. 15 Jahre alt, voll Leben u. Selbstbewußtsein stehen[d], wurden wir bald gute Freunde u. es entwickelte sich unter uns eine Heiterkeit, wie ich sie mir seit meiner Jugendzeit kaum zu erinnern im Stande bin.“¹⁰⁶ Distanzlosigkeit und Unbekümmertheit dominieren diese Szene. Auf der einen Seite bestätigt die Sorglosigkeit, mit der die Jungen das Gespräch zu den fremden Frauen aufnahmen, das Bild italienischer Lebensleichtigkeit;¹⁰⁷ auf der anderen

101 Vgl. Richter, Süden (wie Anm. 55), S. 157.

102 Die Rede ist von Erlebnissen in Straßenbahnen und Bussen. Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag., Unterstreichungen sind aus dem Original übernommen.

103 Ebenda.

104 Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag., Unterstreichungen sind aus dem Original übernommen.

105 Vgl. Lill, Annäherungen (wie Anm. 21), S. 1-8.

106 Jung-Stilling, Tagebuch (wie Anm. 39), unpag.

107 Vgl. Richter, Süden (wie Anm. 55), S. 155.

Seite kann die erfolgreiche Kontaktaufnahme als eine Versinnbildlichung einer gelungenen Italienwahrnehmung gelesen werden.¹⁰⁸

6. Ergebnisse im europäischen Kontext

Die Italienbilder Jung-Stillings, Hunnius' und Schlözers weisen starke Parallelen auf. Ihre Vorstellungen von Italien gehen in vielerlei Hinsicht auf die „mentale Geographie“ einer Dichotomie zwischen Nord und Süd zurück. Diese Form der bipolaren Aufteilung, die so genannte Klimatheorie, fand mit dem französischen Aufklärer Montesquieu (1689–1755) Verbreitung.¹⁰⁹ In ihrem Mittelpunkt steht der Gedanke, das Klima habe in seinen Ausprägungen des Nordens und des Südens Auswirkungen auf den Menschen. Die Gegenpole Norden mit Kälte und Süden mit Wärme wirkten demnach auf Charakter, Geist und Verhalten der Menschen ein. Dieses kulturanthropologische Modell bereitete den Boden für zwei unterschiedliche Menschentypen. Dem Norden wurde Ratio und Arbeitsfleiß, dem Süden Herz und Lebenslust nachgesagt.¹¹⁰ Die im aufklärerischen Denken zentrale Suche nach „natürlichen Determinanten des Lebens“ beförderte dabei die Idee, Umwelt bzw. Klima als den wichtigsten Erklärungsansatz menschlicher Diversität anzusetzen.¹¹¹ Auch in der nachfolgenden Romantik und im Klassizismus wurde das Kategorisieren von Menschen und deren Handeln nach ihrer Herkunftsregion weitergetragen.¹¹²

Die drei Frauen stehen somit in einer Tradition, die zahlreiche Italienreisende vor ihnen begründet hatten. Der wohl Bekannteste unter ihnen war Goethe. Sein Arkadienbild prägte und überdauerte die Erfahrungen deutschsprachiger Reisender bis heute.¹¹³ Gerade im 19. Jahrhundert diente es als Orientierung und Anreiz für Reisen nach Italien.¹¹⁴ So folgten die weit aus dem Nordosten Europas anreisenden Frauen dem Mitte des 19. Jahrhunderts stark zunehmenden Reisedrang in das Arkadien Goethes.¹¹⁵ Auf seinen Spuren zu wandeln, hieß in diesem Kontext, antike Kunst und Architektur in sich aufzunehmen und zusammen mit der Natur Italiens zu erleben, um die eigene, persönliche Entwicklung zu erfahren.¹¹⁶ Bereits im Vorfeld einer Italienreise bestand daher eine durch Goethe vorformulierte Erwartung an das Land.

In der Forschung wurde u.a. von Christine Tauber der Frage nachgegangen, „wieso die bildungsbürgerliche Epiphanie Italiens im 19. und 20. Jahrhundert fast ausschließlich durch Goethe [...] erfolgte, wie die ‚Italienische Reise‘ zum Hauptmuster der Italienaneig-

108 Vgl. Joseph Imorde: *Die Grand Tour in Moderne und Nachmoderne*, Tübingen 2008, S. 153.

109 Richter, *Süden* (wie Anm. 55), S. 127

110 Vgl. ebenda, S. 138.

111 Vgl. ebenda, S. 129.

112 Die Polarisierung scheint bis heute die Distinktion zwischen Deutschen und Italienern zu bestimmen, dies jedenfalls belegt die Studie von Moneta, *Deutsche und Italiener* (wie Anm. 19), u.a. S. 79.

113 Ausführlich ebenda, S. 133-154.

114 Vgl. u.a. Tauber, *Schatten* (wie Anm. 15), S. 62 f.

115 Vgl. u.a. Wolbring, „Auch ich in Arkadien“ (wie Anm. 14), S. 82-101.

116 Allg. zum Italiendebatte unter Künstlerinnen und Künstlern vgl. Stefanie Kraemer, Peter Gendolla (Hrsg.): *Italien. Eine Bibliographie zu Italienreisen in der deutschen Literatur*, Frankfurt a.M. 2003.

nung avancieren konnte und die nachfolgenden Reisenden sich geradezu einem Zwang des Hochgestimmtseins und Gleichgestimmtseins mit dem ‚Cicerone aus Weimar‘ unterwarfen [...]“.¹¹⁷ Unter Heranziehung der untersuchten autobiografischen Schriften kann belegt werden, dass die von Tauber angesprochene Attraktivität des Italienbildes kein auf die deutschen Länder spezifizierbares Phänomen darstellte, sondern weit über Staats- bzw. Landesgrenzen hinaus als ein Phänomen kultureller Zugehörigkeit – hier zum deutschsprachigen Kulturkreis – zu werten ist.

Der Kunsthistoriker Golo Maurer konnte in seiner Italienmonografie belegen, dass trotz oder gerade wegen der überaus verbreiteten Italienrezeption zu Goethes Italienreise unter den Reisenden in der „Konfrontation mit einem scheinbar kompakten ‚Italien‘“ der Wunsch entstanden sei, „sich selbst vergleichbaren Kollektiven zuzurechnen“,¹¹⁸ weswegen die Frage von Selbstverortungen relevant werde. Das Alteritätserlebnis Italien verlange demzufolge die eigene Bezugnahme zum Fremden und wecke ethnische, nationale und kulturelle Zugehörigkeitspositionierungen.

Die Selbstverortung zum deutschsprachigen Kulturraum muss als Schlüssel für die Perzeption Italiens nach Goethes Anleitung gesehen werden. Eine Italienreise in der Reisetradition des Dichters konnte daher als Manifestierung oder Selbstvergewisserung eigener kultureller Zugehörigkeiten erfahrbar werden. Die kontrastierende Auseinandersetzung mit der Alterität Italiens war infolgedessen zwar immer Ergebnis eigener Erfahrungen, korrespondierte aber in hohem Maße mit einer allgemeingültigen Italienrezeption, die ihren Widerhall in der Erwartung an Italien ausdrückte.¹¹⁹ So lassen sich Determinierungen in nationalen Kategorien, wie sie die aus dem Russischen Reich stammenden Hehn oder auch Schiemann einforderten, in den Schriften aller drei Frauen nachweisen. Das Bild einer inferioren italienischen Gesellschaft und Bevölkerung wurde beispielsweise aus protestantischer Perspektive der Frauen anhand der Katholischen Kirche als Exempel für Rückständigkeit gezeichnet.¹²⁰

Grundsätzlich aber erwies sich die Verwendung von Elementen der zeitgenössischen Italienperzeption als vielschichtig: Die Aufzeichnungen der drei Frauen enthalten neben den klassischen Sehnsuchts-elementen Kunst, Kultur und Natur auch teilweise Stereotypen der jüngeren Italienkritik, in der das negative Bild des bettelnden, klauenden und ungebildeten Italieners ebenso hervortrat wie soziale Missstände benannt wurden.¹²¹

Wenngleich einerseits eine hegemoniale Perspektive der Frauen nicht zu leugnen ist, dominierte andererseits in den autobiografischen Schriften eine romantische bis romantisierende Lesart. Nicht zuletzt in der metaphorischen Gleichsetzung Italiens mit dem biblischen Paradies tritt eine ambivalente Wahrnehmung Italiens hervor. Eine vergleichbare Sehart, bei der die Armut und die sozialen Missstände das grundsätzlich positive Bild des Landes nicht beeindrucken konnten, findet sich bereits bei Karl Philipp Moritz oder anderen bekannten Italienreisenden.¹²² Insbesondere Jung-Stilling und Schlözer standen damit in einer Tradition, in der „die Kritik an den Lebensverhältnissen der Zivilisationsgesellschaft [...]

117 Ebenda, S. 62 f.

118 Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1).

119 Vgl. Maurer, Italien als Erlebnis (wie Anm. 1), S. 385.

120 Vgl. Lill, Annäherungen (wie Anm. 21), S. 6 f.

121 Vgl. Schröter, Italien (wie Anm. 1), S. 195.

122 Vgl. Büttner, Italien (wie Anm. 19) S. 18 f.

sich in der Konstruktion von idyllischen Wunschwelten“ manifestierte.¹²³ Dergestalt sind Überlagerungen von künstlerischen Bildern und erlebter Wirklichkeit gut denkbar und eine „Suggestionkraft von Italientraditionen“ mit Blick auf die untersuchten Reiseüberlieferungen zu Italien erklärbar.¹²⁴

Obzwar bei jeder der drei untersuchten Frauen die Übernahme von Elementen tradierter Italienbilder unterschiedlich stark ausfiel, so ist doch allen dreien ein persönliches Streben nachzuweisen, sich durch ihre Schriften in das Kollektiv der Italienskundigen einzureihen. Auch sie wollten – in der Nord-Süd-Dichotomie verhaftet – als ferne „Nordländerinnen“ ihrer Teilhabe am „deutschen Tempelschatz“ Ausdruck verleihen.¹²⁵

Summary

Both Elise Jung-Stilling's, Monika Hunnius' and Maria von Schlözer's „Italian Journeys“ fall into the category of Goethe's „Grand Tours“. They are modelled on Goethe's forms of appropriation of the country, its culture and nature, and not least of human experience. The three women thus found themselves suspended between the expectations as defined by Goethe and their individual experiences in the country itself. This permanent process of negotiation is perceptible in the travellers' individually shaped appropriation strategies.

There are marked parallels in the images of Italy portrayed by the three women. Their concepts of Italy are, in many respects, based on the „mental geography“ of a north-south dichotomy, whereby the three women are located in the German-speaking cultural space, in the north. The key to adopting Italy as a place of longing in Goethe's sense of the term becomes apparent in the autobiographical works discussed here in the personal affirmations of the authors' own cultural belonging.

123 Ebenda, S. 19.

124 Maurer, *Italien als Erlebnis* (wie Anm. 1), S. 388

125 Schiemann im Vorwort zu Hehn, S. XIX. Dazu auch Büttner *Italien*, S. 20.

Die instabile Macht des Objekts: Museale Aneignung im deutsch-polnischen Kontext

von Agnieszka Pufelska

*„Identität ist eine schlechte Erfindung des 20. Jahrhunderts.“
Heinz-Dieter Kittsteiner*

Aneignung theoretisch

Vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands werden die Probleme der kulturellen Aneignung intensiv diskutiert. Dabei meint „Cultural Appropriation“, dass sich dominante Gesellschaftsgruppen an Kulturgütern von marginalisierten Gruppen bereichern oder sie sich ohne Quellenverweis oder Wissen um Tradition und Kontext aneignen.¹ In dem vorliegenden Beitrag wird ebenfalls der Begriff der kulturellen Aneignung diskutiert und an einem konkreten Fall exemplifiziert, wenn auch unter anderen Bedingungen und in einem divergierenden historischen Kontext. Vordergrundig geht es hier um die Übernahme und Aneignung des deutschen Kulturerbes durch Polen in den ehemals deutschen Gebieten, als diese infolge der neuen Grenzlegung nach dem Zweiten Weltkrieg Teil des polnischen Staates geworden sind. Gezeigt wird, wie sich die politischen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit, die partikularen Interessen der Beteiligten und die lokalen institutionellen Möglichkeiten auf den Aneignungsprozess ausgewirkt haben und welche historische Bedeutung man diesem zugeschrieben hat. Gleichzeitig zielt der Beitrag aus begriffsgeschichtlicher und -theoretischer Perspektive darauf ab, das Konzept der „kulturellen Aneignung“ in seiner Vielschichtigkeit, und daher kontextuellen Abhängigkeit zu beleuchten.

Der für den Aneignungsprozess entscheidende Begriff „Kulturerbe“ lässt an historische Kontinuität und Bewahrung eines bedeutenden Vermögens denken und zielt im Besonderen auf die Weitergabe kultureller materieller Werte sowie bestimmter historischer Orientierungen in der Gesellschaft.² Das Erbe-Sein ist indes keine dauerhafte Eigenschaft, sondern zeitgebundenes Ergebnis sozialer Zuschreibungen, Interpretationen und Ordnungen, also eine soziale Konstruktion, die in der Regel von Konflikten geprägt ist und ihrerseits jederzeit bestritten und revidiert werden kann. Zu berücksichtigen ist auch, dass „Kulturerbe“ nicht nur Baudenkmale umfasst, sondern über sie hinausweist und sich ebenso auf Sammlungen von Artefakten und Kunstwerken, Bodendenkmäler, Landschaften, Stadträume sowie kulturelle Praktiken bezieht – das untergegangene und absichtsvoll zerstörte, geraubte oder verkaufte Erbe eingeschlossen.

1 Allgemein dazu: James O. Young, Susan Haley: Nothing Comes from Nowhere': Reflections on Cultural Appropriation as the Representation of Other Cultures, in: Ders., Conrad Brunk (Hrsg.): The Ethics of Cultural Appropriation, Hoboken 2009, S. 268-287.

2 Vgl. Markus Tauschek: Kulturerbe: Eine Einführung, Berlin 2013, S. 17-19.

Die Überlieferung von vorgefundenen oder zerstörten Bauwerken, Artefakten, von urbanen und landschaftlichen Räumen ist von deren sozialer Interpretation und Kennzeichnung als Kulturerbe nicht zu trennen. Im Begriff des Kulturerbes verschiebt sich der Fokus der Denkmalpflege von einer fachwissenschaftlichen zu einer ethischen und politischen Aufgabe und damit zu einer Auseinandersetzung um kulturelle Identität. Denn Erbe ist immer Ergebnis konkurrierender Deutungen, die mit vielfältigen Prozessen der Aneignung, Transformation und Zerstörung verbunden sind. Am Beispiel der ehemaligen deutschen Territorien in Polen wird besonders sichtbar, wie regionale Deutungsansprüche gleichermaßen widersprüchlich wie vorläufig sein können. Das dortige geteilte Erbe (*shared heritage*) wurde unterschiedlich interpretiert und bestimmt.³ Nach dem Kriegsende bestimmte ein kulturell und politisch motivierter Hegemonialanspruch die Erinnerungspraktiken. Um eine homogenisierte polnisch nationale Identität aufzubauen, entschieden die systemkonformen Verwaltungen und Institutionen, was und wie rekonstruiert, erhalten oder eben vergessen werden darf. Die Eigenart der kulturellen Hinterlassenschaften wurde der einheitsstiftenden, Stabilität verheißenden Identität unterworfen.⁴

Seit 1989 bekommt das regionale homogene Identitätsgehäuse immer mehr Risse, was zum großen Teil durch den Generationenwandel bedingt ist. Das zunächst dem politischen System unterworfenen und ausgesetzten Kulturerbe wird durch die neuen Generationen verstärkt in seiner Vielfalt wahrgenommen und angeeignet.⁵ Durch den differenzierteren Vergangenheitsbezug werden Prozesse der Vererbung, der Traditionsbewahrung, der Überlieferung und des Nachlebens von statischen auf dynamische Grundlagen umgestellt. Folge davon sind der historische Wandel von Erbe- und Erbschaftskonzepten und das damit verbundene neue Identitätsverständnis. „Identität“ eines multikulturellen Ortes wird angestrebt oder – wie häufig hervorgehoben wird – ein „offener Regionalismus“.⁶ Dabei geht es nicht nur um die neue Dimension des Umgangs mit den deutschen kulturellen Hinterlassenschaften, sondern auch um deren Aneignung als gemeinsames Erbe. In seinem Namen wird eine regionale Eigenheit beworben und umworben. Ob durch die Anerkennung des deutschen Kulturerbes eine transkulturelle regionale Identität etabliert werden kann, bleibt zu

3 Vgl. Gemeinsames Kulturerbe als Chance. Die Deutschen und ihre Nachbarn im östlichen Europa. Symposium der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Berlin, 20. September 2004, Red. Eckhard Grunewald und Jens Stüben, Potsdam 2005; Birte Pusback (Hrsg.): Landgüter in den Regionen des gemeinsamen Kulturerbes von Deutschen und Polen. Entstehung, Verfall und Bewahrung, Warschau 2007; Peter-Oliver Loew, Christian Pletzing u.a. (Hrsg.): Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Mitteleuropas, Wiesbaden 2006.

4 Vgl. Michaela Marek: Können alte Mauern „deutsch“ sein? Zum Problem „deutscher“ Baudenkmäler in Polen zwischen Nostalgie, Politik, Wissenschaft und Denkmalpflege, in: Hans-Jürgen Karp (Hrsg.): Deutsche Geschichte und Kultur im heutigen Polen. Fragen der Gegenstandsbestimmung und Methodologie, Marburg 1997, S. 103-117.

5 Vgl. dazu: Andrzej Tomaszewski: Das gemeinsame Kulturerbe von Deutschen und Polen in Europa und seine Erhaltung. Eine gemeinsame Aufgabe, in: Andrzej Tomaszewski, Dethard von Winterfeld (Hrsg.): Das gemeinsame Kulturerbe. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit in der Denkmalpflege 1970–2000, Osnabrück 2001, S. 11-30.

6 Vgl. Paul Zalewski: Aneignung von Kulturräumen im westlichen Polen nach 1945, in: Ders., Joanna Drejer (Hrsg.): Kulturerbe und Aneignungsprozesse in deutsch-polnischen Kontakträumen. Motivationen, Realitäten, Träume, Warszawa 2014, S. 31.

bezweifeln. Denn diese Eigenheitszuweisung vollzieht sich ohne wechselnden Referenzrahmen, d.h. Fragen nach Provenienz und Eigentum werden kaum gestellt. Das angeeignete ehemals deutsche Kulturerbe wird in seiner fremden Herkunft zwar anerkannt, aber als ein indiskutabler polnischer Besitz betrachtet. Mindestens drei Argumente werden dafür ins Feld geführt: Mit der Übertragung der polnischen Hoheit über die Nord- und Westgebiete, die allgemein als „Wiedergutmachung“ für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostprovinzen gelten, seien alle dort befindlichen kulturellen Hinterlassenschaften polnisches Eigentum geworden. Gleichzeitig werden sie auch als Teil der deutschen Kriegsreparationen sowie Kompensation für die im Krieg geraubten und bis heute nicht restituierten polnischen Kulturgüter wahrgenommen.⁷

Das Beispiel der ehemaligen deutschen Gebiete zeigt deutlich, dass kulturelle Aneignung von zentraler Bedeutung für das Verständnis der kulturellen Erbschaftskonflikte ist und sich mobilisierend auf Geschichts- und Identitätspolitik auswirkt. Im Aneignungsprozess materialisieren sich gesellschaftliche Wünsche und Vorstellungen, die einen Vergangenheitsbezug haben. Die Materialitäten verändern dabei ihre ursprüngliche Bedeutung und werden um eine weitere ergänzt, es entsteht etwas Neues. Positiv betrachtet kann man die kulturelle Aneignung als einen Motor für kulturellen Wandel, für Innovation und – ganz pathetisch gesagt – auch für Fortschritt charakterisieren. Diese Entwicklung hat aber auch eine Kehrseite: Durch die identitäre Neukodierung entstehen neue Essenzialisierungen, die die stereotypen Strukturen verstärken. Kulturelle Aneignung findet ebenfalls niemals isoliert statt, sondern hat mit Macht und mit der Verfügung über Ressourcen zu tun. In einem asymmetrischen Machtverhältnis kann sie somit eine Form von Raub darstellen.

Unsichere Beziehungen und Ambiguitäten sind charakteristisch für das Feld der Aneignung von Kulturerbe im Zusammenhang mit der Konstituierung von Gemeinschaften aller Größenordnungen. Gleichwohl ist die Idee der Aneignung, wie bereits angedeutet, als ein dynamischer Prozess zu verstehen, und eben nicht nur als „Überstülpen“ oder als „Unterwerfung“. Menschen nehmen Elemente einer „fremden“ Kultur in ihr eigenes Handlungsrepertoire auf und verändern diese, auch aus subversiven Gründen. Der Charakter der Aneignung fluktuiert je nach historischer Sinnsetzung und gesellschaftlich vermittelter Wertschätzung. Thomas Serrier unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen einer „exklusiven“ beziehungsweise „exkludierenden“ und einer „inkludierenden“ oder „anererkennenden“ Aneignung eines kulturellen Raumes. Während die erste Kategorie eng mit einer realen oder zumindest symbolischen Enteignung verbunden ist, zielt das zweite Charakteristikum auf die Anerkennung der als fremd empfundenen Geschichte und Kultur im eignen Raum.⁸ Die polnische Historikerin Beata Halicka geht einen Schritt weiter und versucht in Anlehnung an Jan Józef Lipski die Kategorie der „anererkennenden“ Aneignung in zwei weitere Modi zu unterteilen.⁹ Zum einen spricht sie von einer eher emotionslosen „verwaltenden Aneignung“. Diese verpflichtet die Verwalterinnen und Verwalter des Kul-

7 Vgl. Nawojka Cieślińska-Lokowicz: Gründe, Abgründe, Ansprüche. Restitutionspolitik in Polen, in: Osteuropa 1-2 (2006), H. 56, S. 263-286.

8 Thomas Serrier: Formen kultureller Aneignung: Städtische Meistererzählungen in Nordosteuropa zwischen Nationalisierung und Pluralisierung, in: Nordost-Archiv N.F. XV (2007): Die Aneignung fremder Vergangenheiten in Nordosteuropa am Beispiel plurikultureller Städte (20. Jahrhundert), S. 20.

9 Beata Halicka: Auf dem Weg zum Miterben des vorgefundenen Kulturguts. Fragen zur kulturellen

turgutes, für dessen Erhalt zu sorgen, auch wenn sie nicht als seine Eigentümerinnen und Eigentümer handeln. Ohne emotionale Bindung wird das hinterlassene fremde (deutsche) Kulturerbe als ein Depositum betrachtet und verantwortungsvoll behandelt. Die verwaltende Form der Aneignung nimmt die schöpferisch-emotionalen Merkmale erst dann an, wenn das Vorgefundene zum Eigenen stilisiert wird. Die Notwendigkeit der kulturellen Integration und Bindung steht im Vordergrund, die hybride Kodierung der übernommenen Kulturgüter geht dabei nicht verloren, sondern wird als positive regionale Eigenart gedeutet.¹⁰

Diese begriffliche Unterscheidung offenbart eine breite Palette von situativen Aneignungspraktiken, die von integrativer Wahrnehmung, selektiver Umdeutung, Neukonfigurierung und Re-Semantisierung über Zerstörung, bis hin zu Abgrenzung und Ablehnung reichen können. Um dem starren Verständnis von Aneignungsformen und damit den Vorstellungen von festgeschriebenen Identitäten und Alteritäten entgegenzuarbeiten, muss die kritisch reflektierte Auseinandersetzung mit der Frage des geteilten Kulturerbes jene Dynamiken in ihrem jeweiligen historischen Kontext berücksichtigen.

Aneignung historisch

Wie andere Länder Ostmitteleuropas war auch Polen in den vergangenen drei Jahrhunderten von vielen Grenzverschiebungen, Zwangsmigrationen sowie Regime- und Systemwechseln betroffen. Besonders die ehemaligen deutschen Gebiete im heutigen Polen wurden mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einem bis dahin beispiellosen *social engineering* unterzogen. Die Umsetzung des Potsdamer Abkommens führte zum Transfer von Millionen von Menschen, zu Flucht und Vertreibung der dort ansässigen deutschen Zivilbevölkerung und zur Zwangsumsiedlung von Polen, Ukrainern, Weißrussen sowie weiteren ethnischen und religiösen Gruppen in diese Regionen.

Die neuen Bewohnerinnen und Bewohner von Nord- und Westpolen wurden mit einer Landschaft konfrontiert, die für lange Jahre durch die deutschen kulturellen Hinterlassenschaften geprägt war, sichtbar an der Bebauung und ihrer Struktur sowie auch am Aussehen einzelner Häuser oder einzelner Elemente des täglichen Lebens. Dies ist Grund genug, warum die Geschichte dieser Regionen auf Jahrzehnte fremd blieb, sprachlich unzugänglich und zudem ideologisch manipuliert. Denn der Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer ging mit einer nationalen Umkodierung Hand in Hand. Städte wie Breslau oder Danzig sowie Regionen wie Schlesien, Pommern, Ermland und Masuren, in denen vor 1945 mehrheitlich Deutsche gelebt hatten, wurden zu urpolnischen Orten und „wiedergewonnenen Gebieten“ erklärt. Die historische Legitimation war nicht lupenrein, aber die Umdeutung förderte die Aneignung ehemals deutscher Territorien durch die Neuankömmlinge.

Der Aneignungsprozess war von wechselnden Interpretationen von Geschichte und Definitionen von kulturellem Erbe begleitet. Was zur identitätspolitischen Agenda des neuen Staates – bald sollte er „Volkspolen“ genannt werden – passte, wurde in Szene gesetzt. Was

Aneignung des Oderraumes nach 1945, in: Paul Zalewski, Joanna Drejer (Hrsg.): Kulturerbe und Aneignungsprozesse in deutsch-polnischen Kontakträumen. Motivationen, Realitäten, Träume, Warszawa 2014, S. 44.

¹⁰ Ebenda, S. 44 f.

unwillkommen war, wurde häufig zerstört, abgedrängt, versteckt, überformt. Die humanitäre Tragödie des Zweiten Weltkrieges war durch enorme kulturelle Verluste begleitet. Die polnische Gesellschaft, der offiziellen Ideologie von der „Rückkehr auf altes Piastengebiet“ ausgeliefert und von Vergeltungsbedürfnis für das erlittene Leid beherrscht, zerstörte häufig und breitwillig die kulturellen Symbole, die mit den ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Landesteile verbunden waren. So konnte man beispielsweise in Stettiner Zeitungen lesen: „Deutsche Inschriften und Müll müssen aus den Strassen Szczecins verschwinden“.¹¹ Die angestaute Aggression und die deutschfeindliche Stimmung hatten unwiderrufliche Folgen: Historische Inschriften an Baudenkmalern wurden übermalt, deutsche Friedhöfe zerstört, Gedenktafeln und Denkmäler aus dem öffentlichen Raum entfernt und zerschlagen.¹² Die Vernichtung der deutschen Spuren galt als ein homogenisierender *Modus Operandi* und aktivierte nicht nur die Regierenden oder die Gesellschaft, sondern auch die römisch-katholische Kirche. „In dieser Zeit der allgemeinen Zerstörung von Kultusgegenständen“, konstatiert der Pfarrer Roman Kostynowicz, „wurde den beweglichen Denkmälern viel Schaden zugefügt. Teile der ehemals protestantischen Innenausstattung wurden abgerissen, weggebracht oder verändert und dadurch entwertet oder zerstört. Bei dieser Gelegenheit wurden auch mittelalterliche Objekte, wie Altäre, Skulpturen, Malereien zerstört“.¹³

Gleichwohl war die polnische Bevölkerung nicht der einzige Faktor, der zur massiven Zerstörung des deutschen Kulturerbes in den ehemals deutschen Landesteilen Polens beigetragen hat. Viele Kulturgüter wurden bereits während der Kriegshandlungen vernichtet oder durch die einmarschierende Sowjetarmee devastiert, die anschließend auch einen Großteil der beweglichen Kulturgüter, häufig mit Hilfe der sogenannten Beute-Brigaden (russ. trofiejnyje otriady), raubte. In der festen Überzeugung, die eroberten deutschen Städte sollen dem Erdboden gleichgemacht werden, wurden gezielt und im großen Ausmaß Teile der Innenstädte von Danzig, Allenstein, Oppeln, Landsberg an der Warthe, Stolp oder Stettin durch die Rote Armee in Brand gesetzt und fast komplett zerstört.

Beim Plündern waren die Soldaten der Roten Armee aber nicht allein. In den ersten Monaten nach dem Rückzug der deutschen Armee raubten mehr oder weniger alle das hinterlassene „nach-deutsche (poniemieckie)“ Eigentum. Nachkriegsnot zwang, trieb und ermunterte die ums Überleben bemühten und hinterbliebenen Deutschen gleichermaßen wie die herumstreunenden sowjetischen Deserteure, die auf reiche Beute hoffenden Räuber und Händler aus Zentralpolen oder die langsam anrückenden Neuansiedlerinnen und Neuansiedler, zur Aneignung des fremden Besitzes. Die praktisch ohne Bewachung und Schutz vorhandenen Vermögen der geflüchteten Deutschen verführten auch viele Mitglieder der neu eintreffenden Partei- und Verwaltungskader. Die unsichere politische Lage, die niedrige oder fehlende Entlohnung sowie die herrschende Willkür und Gewalt führten dazu, dass die Verwaltungsposten in den neuen Regionen häufig von Menschen zweifelhafter Eignung übernommen wurden. Korruption und Amtsmissbrauch waren an der Tagesordnung.

11 Kurier Szczeciński v. 3.4.1946.

12 Vgl. Małgorzata Kamola-Cieślak: Niemieckie pomniki Szczecina [Deutsche Denkmäler in Szczecin], in: Acta Politica 14 (2001), S. 181-191.

13 Roman Kostynowicz: Zum Umgang mit sakralen Objekten in Westpommern in den Jahren 1945–1956, in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern, Sonderheft 6 (2002), S. 20-23.

Massive Plünderungen und Raubzüge waren Ausdruck der chaotischen und von Hunger und Not geprägten Lage. Geplündert wurde alles, was sich mitnehmen ließ, darunter auch Kunstwerke und Kunsthandwerk. Für Maria Rutkowska lässt der enorme Umfang dieses Phänomens nicht einmal eine annähernde Schätzung dessen zu, was auf diese Weise aus den deutschen Museen, Kirchen, Palästen, Gutshöfen, Häusern und Wohnungen geraubt wurde.¹⁴ Hinzu kommt, dass sich die aus verschiedenen Richtungen einströmende Bevölkerung weder für den Schutz noch für eine schonende Behandlung der vorgefundenen oder gestohlenen Kulturgüter verantwortlich fühlte. Zu pauschal wäre es jedoch, diese Ignoranz generell als deutschfeindlich zu charakterisieren. Die in der Forschung häufig vertretene Meinung von der politisch motivierten Zerstörung des deutschen Kulturerbes muss dringend differenziert werden. Die meisten Plünderungs- und Raubaktionen hatten mit den ideologischen Überzeugungen wenig zu tun, vielmehr resultierten sie aus Zwang und Lust, die eigene materielle Situation zu verbessern oder eben aus Anmaßung dem herrenlosen Eigentum gegenüber. Antideutsche Stimmung half dann, die begangenen Verbrechen und Verstöße zu legitimieren.

Nicht minder differenziert soll die perpetuierte These betrachtet werden, wonach die neue polnische Regierung, die die Verwaltung in den ehemals deutschen Gebieten übernahm, darauf fokussiert war, Spuren der deutschen Kultur weitgehend zu vernichten. Gewiss herrschte im Polen der Nachkriegszeit generell eine antideutsche Politik. Im Rahmen der intensiv von den kommunistischen Machthabern betriebenen Angleichung der neuen Regionen – oder wie es offiziell hieß „Repolonisierung“ – an die übrigen Landesteile wurde die Vergangenheit verdrängt und ignoriert. Der für die Mehrzahl der Neuankömmlinge fremde Kulturraum sollte durch die Symbolik der Mehrheit geprägt werden. Dieser Jahrzehnte anhaltende Aneignungsprozess lief unter dem Sammelbegriff „Entdeutschung“ und steuerte darauf hin, die deutsche Bevölkerung zu enteignen, ihr Vermögen zu übernehmen sowie alle Spuren ehemaliger deutscher Anwesenheit zu beseitigen, darunter auch die der kulturellen „Hinterlassenschaften“.¹⁵ Der 1947 verfasste Rechenschaftsbericht des Polnischen Westverbandes (PZZ), der die Rechtmäßigkeit der Oder-Neiße-Grenze propagierte, stellte eindeutig fest:

„Im Bereich Deutschlandkunde wurde der Kampf mit den materiellen und geistigen Spuren des Deutschtums aufgenommen. [...] Es wurden mit Hilfe örtlicher Vereine und Behörden Aktionen durchgeführt, um die materiellen Spuren dieses Deutschtums in den Westgebieten zu beseitigen. Gleichzeitig haben wir unseren Kreisorganen empfohlen, Aktionen zur Stärkung des polnischen Nationalbewusstseins unter der Bevölkerung durchzuführen, um die geistigen Spuren des Deutschtums auszutilgen“.¹⁶

14 Maria Rutkowska: Zur Politik des Umgangs mit dem deutschen Kulturerbe in den Westgebieten Polens (1945–1950), in: Nordost-Institut (Hrsg.): Übersetzte Geschichte, Lüneburg 2020, URL: <https://www.ikgn.de/cms/index.php/uebersetzte-geschichte/beitraege/umgang-mit-juedischem-und-deutschem-eigentum/rutkowska-kulturerbe> [letzter Zugriff: 10.03.2021].

15 Vgl. ebenda.

16 Zit. nach: ebenda.

Trotz dieser eindeutigen politischen Linie war der praktische Umgang mit den deutschen Kunst- und Kulturgütern alles andere als gradlinig und eindeutig. Bereits am 10. März 1945 übermittelte die provisorische Regierung der polnischen Armee eine spezielle Anordnung mit dem Titel: „Instruktion für die Einheiten der Polnischen Armee, die in die Polen zurückgegebenen Gebiete einmarschieren, betreffend den Schutz und die Sicherung von beweglichen und unbeweglichen Kulturobjekten in den Gebieten zwischen der Westgrenze Polens von 1939 und den Flüssen Oder und Lausitzer Neiße sowie der tschechoslowakischen Grenze“.¹⁷ Detailliert wurde darin aufgezählt, welche Objekte zu schützen und zu sichern sind. Dazu zählten über Kunstgegenstände aller Art hinaus die sakralen und weltlichen Bauten nebst Inventar, Ausgrabungsstätten, Bibliotheken, Büchersammlungen sowie alte Musikinstrumente. Die Suche nach wertvollen beweglichen Objekten sollte dabei nicht nur die öffentlichen Orte umfassen. Vorgesehen waren auch die Wohnungen vermöglicher Deutscher und deutscher Wissenschaftler, Gepäck von deutschen Flüchtlingen sowie etwaige Postsendungen an Museen und Kulturinstitutionen. Alle sichergestellten Gegenstände sollten dann in den speziell dafür eingerichteten und von der Armee bewachten Sammelstellen und -deponien abgegeben werden. In der „März-Instruktion“ wurde auch eine Auflistung der gefundenen Gegenstände angeregt sowie eine Benachrichtigung über Fund- und Aufbewahrungsorte an die kurze Zeit zuvor gegründete, beim Ministerium für Kultur und Kunst angesiedelte Generaldirektion für Museen und Denkmalschutz (GMD) in Warschau eingefordert.¹⁸

Die Generaldirektion war auch für die Gründung, Organisation und Wirksamkeit der polnischen musealen Institutionen in den Nord- und Westregionen Polens verantwortlich. Zunächst widmete sie sich der Auswahl und Bestimmung des Fachpersonals, das für die neu einzurichtenden Museen das zerstreute und kriegsbeschädigte deutsche Kulturerbe vor Zerstörung und Plünderung sicherstellen sollte. Kaum jemand war allerdings bereit, sich dieser Aufgabe zu widmen. Denn der Schutz und Sicherstellung der wertvollen Kunst- und Kulturobjekte in den „wiedergewonnen Gebieten“ galt als lebensgefährlich und außerordentlich schwierig. Die Plündererinnen und Plünderer sowie die Neubesitzerinnen und Neubesitzer von gestohlenen Kulturgütern waren nicht gerade kooperationswillig. Bewaffnet und gewalttätig verteidigten sie häufig ihren neu erworbenen Besitz.¹⁹ Auch die nicht geregelte rechtliche Lage erschwerte die Beschlagnahmung der aufgesuchten Objekte. Erst die Verordnung des „Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete“ vom 22. Februar 1946 untersagte den Abtransport von beweglichen Gütern aus Nord- und Westpolen, benannte die Kontrollinstanzen und legte Strafen für Verstöße fest. So gesehen konnten die verloren geglaubten und gestohlenen Wertgegenstände ein Jahr lang beinahe unkontrolliert aus Pommern, Schlesien oder Ermland ausgeführt werden. Gelang es den wenigen Fachkräften

17 Zu finden in: Maria Rutkowska: Kilka dokumentów z lat czterdziestych [Einige Dokumente aus den vierziger Jahren], in: Zbigniew Mazur (Hrsg.): Wokół niemieckiego dziedzictwa kulturowego na Ziemiach Zachodnich i Północnych [Zum deutschen Kulturerbe in West- und Nordpolen], Poznań 1997, S. 257-266.

18 Ebenda, S. 265.

19 Ausführlich darauf geht der Bericht aus Masuren von Wiktor Jasiewicz ein, in: Archiwum Akt Nowych: Ministerswo Ziem Odzyskanych [Archiv der Neuen Akte: Ministerium für die Wiedergewonnen Gebiete] 188, K. 138-151; vgl. auch Cecylia Vetulani: Pionierzy i zabytki [Pioniere und Sehenswürdigkeiten], Olsztyn 1972, S. 76, 211.

doch noch, die verschollenen oder gestohlenen Objekte sicherzustellen, hatten sie gegen alltägliche Widerstände und Herausforderungen anzukämpfen, wie fehlende Transportmöglichkeiten, inkompetente Helferinnen und Helfer, ungeeignete Sammelstellen, machtsüchtige Lokalverwaltungen oder ausstehende Zahlungsmittel.

Die Auflistung der Probleme, mit denen sich die von der Generaldirektion für Museen und Denkmalschutz beauftragten Fachleute bei ihrer Tätigkeit in den ehemals deutschen Regionen konfrontiert sahen, zeigt mit aller Deutlichkeit, welche enorme Leistung sie vollbracht haben. Ihrem unermüdlichen Einsatz ist es vor allem zu verdanken, dass zumindest ein kleiner Teil des deutschen beweglichen kulturellen Erbes vor Zerstörung, Zerstreung und Plünderung verschont geblieben ist. Die staatlich angeordnete Aneignung war beinahe die einzige Möglichkeit, die dem Verlust ausgesetzten kulturellen Hinterlassenschaften zu erhalten, und zwar unabhängig davon, wie sich die weitere Geschichte der „geretteten Objekte“ gestaltete und wie der Umgang der polnischen Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen damit zu bewerten ist.

Aneignung exemplarisch

Kaum ein anderes Medium kann die kulturellen Aneignungsprozesse besser illustrieren als ein Museum. Als mediale Repräsentationen vermitteln viele museale Einrichtungen die kollektiven Vergangenheits- und Identitätswürfe als homogenisierende Prozesse, in denen Erinnerungspraktiken, Narrative und Bilder nicht über nationale und kulturelle Grenzen hinweg fließen.²⁰ Besonders in Zeiten wichtiger historischer Umbrüche dienen und dienen Museen als wirkmächtige Träger kollektiver Gedächtnisse und Identitäten.²¹ Mit ihrer Hilfe kann Nation, Nationalstaat oder nationaler Charakter einer Region etabliert, legitimiert und konsolidiert werden. Indem Museen Dinge zusammentragen, kategorisieren, ordnen und ausstellen, tragen sie dazu bei, was der Anthropologe Richard Handler „objectivation of culture“ nennt: Die Verdinglichung der Idee, dass Gemeinschaften von Menschen eine eigene Kultur, Geschichte oder Identität haben, deren Existenz durch den Besitz und die Ausstellung von Dingen bewiesen werden kann.²² Folgerichtig wohnt den versammelten Exponaten keine historische Qualität inne, vielmehr wird ihnen ein „historischer Sinn“ zugesprochen, d.h. die Fähigkeit, eine bestimmte Vergangenheit in der Gegenwart präsent zu machen.²³

20 Vgl. Ljiljana Radonic, Heidemarie Uhl: Das zeithistorische Museum und seine theoretische Verortung. Zur Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Das umkämpfte Museum: Zeitgeschichte ausstellen zwischen Dekonstruktion und Sinnstiftung, Bielefeld 2020, S. 7-26.

21 Grundlegend dazu: Vincent Regente: Flucht und Vertreibung in europäischen Museen: Deutsche, polnische und tschechische Perspektiven im Vergleich, Bielefeld 2020, S. 60-65.

22 Richard Handler: Nationalism and the Politics of Culture in Quebec, Madison 1988, S. 14.

23 So sehr sich die führenden Theoretikerinnen und Theoretiker des „New Materialism“ auch bemühen, Dingen eine eigenständige Kraft und Vitalität zuzuschreiben, müssen sie im Fall der musealen Objekte anerkennen, dass ihr Aktionsradius stark eingeschränkt ist und dass sie erst an Aussagekraft gewinnen, wenn sie in bestimmte Kontexte gestellt werden. Vgl. dazu Agnieszka Pufelska: Aus den Quellen quillt nichts: „New Materialism“, Geschichtsschreibung und ein museales Beispiel, in: Sebastian Barsch, Jörg van Norden (Hrsg.): Historisches Lernen und Materielle Kultur. Von Dingen und Objekten in der Geschichtsdidaktik, Bielefeld 2020, S. 265-278.

Krzysztof Pomian spricht in Hinblick auf Museumsobjekte von „Semiophoren“, also von Bedeutungs- und Zeichenträgern. Semiophoren verbinden die sichtbare Welt der Gegenwart mit der unsichtbaren Welt der Vergangenheit und ermöglichen die Kommunikation zwischen beiden Welten.²⁴ Museale Artefakte sind also mehr als bloß materielle Belege eines vergangenen Zusammenhangs. Durch ihre räumliche Nähe und zeitliche Entfernung, die sie verkörpern, repräsentieren sie nicht nur Vergangenheit, sondern produzieren ein bestimmtes Verhältnis der Besuchenden zur Vergangenheit. Sie wirken performativ, durch ihre bloße Anwesenheit lösen sie eine Reaktion aus.²⁵ Welche Reaktionen das sein können, bestimmen allerdings nicht die Objekte selbst, sondern die Museums- bzw. Ausstellungsmacherinnen und -macher. „Disziplinierung der Objekte durch ihre Musealisierung“, nennt der Kunsthistoriker Michael Fehr diese Aneignung und hebt die „Reduktion ihres jeweiligen Charakters auf einen bestimmten Reizwert“ hervor.²⁶

Durch die museale Aneignung und Instrumentalisierung verliert allerdings das ausgestellte Objekt seine Eigenständigkeit im doppelten Sinne. Es wird aus einem bestimmten Interesse angeeignet und muss dann auch ein bestimmtes Interesse vermitteln. Mit anderen Worten: Die musealen und zur Schau gestellten Sammlungen sind durch den Doppelcharakter der Aneignung gekennzeichnet. Da sie aufgrund ihrer Dienlichkeit, Eignung und Wertschätzung auf- und ausgesucht werden, werden sie in der musealen Praxeologie je nach Bedarf und Anwendungsmöglichkeit vergegenwärtigt, ja erfunden.²⁷

Wie diese doppelte kulturelle Aneignung und damit auch „Erfindung“ von gesammelten Objekten die museale Ausstellungspraxis bestimmt, lässt sich an der auf einen Systemwechsel folgenden Neuordnung und Neupräsentation von Sammlungen besonders deutlich beobachten. Im Folgenden wird dieser Vorgang am Beispiel des Heimatmuseums in Allenstein, des späteren Regionalmuseums in Olsztyn genauer skizziert.

24 Vgl. Krzysztof Pomian: *Der Ursprung des Museums. Vom Sammeln*, Berlin 1998, S. 38-54.

25 Der Philosoph Gernot Böhme spricht in diesem Zusammenhang von „Ekstasen der Dinge“ und bezeichnet damit die raumgreifende Wirkung von Museumsobjekten. Objekte, so Böhme, erzeugen durch ihre wahrnehmbaren materiellen Eigenschaften Atmosphären, wirken in den Raum und seien nicht auf sich selbst beschränkt. Folgerichtig erzeugen Dinge für Böhme Erlebnisse, statt nur Informationen zu transportieren. Dieser Ansatz wendet sich gegen ein semiotisches Verständnis von Kultur, das die Wirkung der Dinge auf die Kategorien „Sinn“ und „Bedeutung“ beschränkt. Gernot Böhme: *Atmosphäre. Essays zur neuen Ästhetik*, Frankfurt a.M. 1995, S. 27-29.

26 Michael Fehr: *Das Museum als Ort der Beobachtung zweiter Ordnung*, in: Rosmarie Beier (Hrsg.): *Geschichtskultur in der Zweiten Moderne*, Frankfurt a.M. 2000, S. 151.

27 Die Übertragung eines Dings in den Kontext des Museums heißt nicht, dass seine multiplen Bedeutungsschichten neutralisiert werden. Vielmehr schälen sich die Bedeutungsschichten je nach Ausstellung, Erkenntnisinteresse, Raumgefüge oder Anordnung auf spezifische Weise heraus. Boris Groys spricht in diesem Zusammenhang von Vampirismus. Für ihn sind Museen Profiteure der Zwischenwelt. Sie pflegen die vampiristische Praxis, Dinge aus ihrem lebensweltlichen Zusammenhang zu lösen und sie in das aseptische, vom hellen Licht des Tages verborgene Reich der Depots und Ausstellungsräume zu überführen. Boris Groys: *Unsterbliche Körper*, in: Ders., Michael Hagemeyer (Hrsg.): *Die Neue Menschheit. Biopolitische Utopien in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 2005, S. 8-18; vgl. dazu auch Hans-Günter Merz, Pablo von Frankenberg: *Raum, Ding, Betrachter – Der Kontext des Museumsraums*, in: Oliver Scheytt, Simone Raskob u.a. (Hrsg.): *Die Kulturimmobilie – Planen – Bauen – Betreiben – Beispiele und Erfolgskonzepte*, Bielefeld 2016, S. 143.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden von Geschichtslehrern und Hobbyhistorikern Initiativen ergriffen, in Allenstein ein Heimatmuseum zu gründen. Damit wollten sie die Zugehörigkeit des katholisch geprägten Ermlands und Allensteins, seiner größten Stadt, zu Ostpreußen und somit auch zum Deutschen Reich hervorheben. Ihre privaten heimatkundlichen Sammlungen sollten dabei in einen institutionalisierten Rahmen eingeordnet und der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Damit passten sie sich dem in diesen Zeiten üblichen Trend der heimatkundlichen Museumsgründung an. Die ersten Heimatmuseen sind in Deutschland im ausgehenden 19. Jahrhundert entstanden und dienten in erster Linie pädagogischen Zwecken. In der Zeit, als die Wissenschaften zum Volksgut erklärt wurden, sollte das Heimatmuseum die Rolle einer Volksbildungsanstalt übernehmen.²⁸ In dem Gründungsbuch des Märkischen Museums in Berlin heißt es konkret: „Sinn und Verständnis für die Errungenschaften der Neuzeit und die Liebe zur deutschen Heimat sollen geweckt und gepflegt werden zum Wohle der heranwachsenden Jugend, zum Nutzen der Gemeinde, zum Segen unseres lieben Vaterlandes“.²⁹ Vor diesem Hintergrund könnte man die früheren Heimatmuseen (natürlich nicht alle und generalisierend) als missionarische Lern-Orte charakterisieren, die den darin versammelten Objekten ein konkretes und einseitiges Narrativ aufgezwungen haben. Dieses war von Patriotismus, Regionalismus und zweckorientierter Wissensvermittlung bestimmt und verband Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft linear und monokausal. Einzelne Objekte wurden in den Heimatmuseen zu einem vorab definierten Erkenntniszweck zusammengespannt, um ein in sich geschlossenes Angebot der Aneignung zu vermitteln.

Besonders eindeutige Aneignungsvorgaben und Sinnstrukturen transportierten die Sammlungen in den Heimatmuseen, die sich auf ethnisch und religiös heterogenem Gebieten befanden, wie eben Ermland. Gerade, weil die deutschsprachige Bevölkerung dort keinesfalls die Mehrheit ausmachte, war es politisch wichtig, ihre nicht nur geografische Zugehörigkeit zu Deutschland zu betonen.³⁰ Auch die einen polnischen Dialekt sprechenden und katholisch-gläubigen Ermländerinnen und Ermländern sollen sich der deutschen Nationalidee verpflichtet fühlen. Um dieses homogenisierende Zugehörigkeitsgefühl zu erreichen, schlug die „Vereinigung für Heimatkunde“ in Allenstein vor, die historische Besonderheit der gemeinsamen ermländischen Region museal zu inszenieren. Für das geplante Heimatmuseum waren daher drei Ausstellungsschwerpunkte vorgesehen: Ur- und Frühgeschichte der Region, heimische Natur und Volkskunst.³¹ Diese Dreiteilung war charakteristisch für die zeitgenössischen Konzepte der Heimatmuseen. Der einzige Unterschied im Allensteiner Vorhaben bestand darin, dass das dortige Heimatmuseum aus dem bereits existierenden „Abstimmungsmuseum“ hervorging.

28 Ausführlich dazu: Martin Roth: Heimatmuseum. Zur Geschichte einer deutschen Institution, Berlin 1990.

29 Zit. nach: Dorothea Kolland: Neukölln und sein Museum, in: Oliver Bätz, Udo Gößwald (Hrsg.): Experiment Heimatmuseum. Zur Theorie und Praxis regionaler Museumsarbeit, Berlin 1988, S. 24.

30 Vgl. Beate Herget, Berit Pleitner (Hrsg.): Heimat im Museum. Museale Konzeptionen zu Heimat und Erinnerungskultur in Deutschland und Polen, München 2008.

31 Mehr dazu in: Hieronim Skurpski: Uwagi o byłych muzeach na obszarze województwa olsztyńskiego [Bemerkungen über die ehemaligen Museen auf dem Gebiet der Wojewodschaft Olsztyn], in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1 (1947), S. 1-10.

Als 1920 infolge des Versailler Vertrags eine Volksabstimmung angeordnet wurde, die zu entscheiden hatte, ob der Süden Ostpreußens (Ermland und Masuren) beim Deutschen Reich verbleiben oder an den sich gerade neu konstituierten polnischen Staat fallen sollte, hatte sich die polnischsprachige Bevölkerung eindeutig für Deutschland ausgesprochen. Dieses Treuebekenntnis verdiente Anerkennung und musste museal verewigt werden. Aus diesem Grund wurde in Allenstein 1922 zunächst das besagte Abstimmungsmuseum gegründet, das seinen Sitz im örtlichen gotischen Schloss fand. Seine Existenz war jedoch nicht von langer Dauer, denn bereits 1927 wurde es auf die bereits erwähnte Initiative der „Vereinigung für Heimatkunde“ in ein Heimatmuseum umgewandelt.³²

Die museale Neugründung setzte sich zum Ziel, „die Provinz in weitgehendem Maße für die heimatkundlichen Bestrebungen zu interessieren“ und „ein zusammenfassendes Bild über den ganzen Bezirk“ zu geben.³³ Dazu wurden vier Räume im Allensteiner Schloss gemietet. Die thematische Gliederung in „Region“ (masurische und ermländische Bauernstube), „Erster Weltkrieg in Ostpreußen“, „Volksabstimmung von 1920“ sowie „prähistorische und naturkundliche Sammlung“ lässt die an den Heimatpflegegedanken gekoppelte politische Botschaft deutlich erkennen. Leider ist nicht überliefert, mit welchen konkreten Objekten das Museum ausgestattet wurde. Einige wenige überlieferte Fotografien zeigen volkstümliche Alltagsgegenstände, deren ethnografische Besonderheit wahrscheinlich nur von wenigen Besucherinnen und Besuchern erkannt wurde. Auf den ersten Blick unterschieden sich die präsentierten Truhen, Webteppiche oder buntbemalten Tonschüssel kaum von den Objekten in anderen Heimatmuseen. Das lakonische Informationsschild „Masurische Bauernstube“ verschleierte eher die regionale Bedeutung und den funktionalen Eigenwert der einzelnen Gegenstände.³⁴ Hinzu kommt, dass die versammelten volkstümlichen Exponate in den großen und hohen Räumen der ursprünglichen Deutschordensburg aus dem 14. Jahrhundert, auf der Nikolas Kopernikus als Kanoniker mehrere Jahre untergebracht war, eher deplatziert, störend und fremd wirkten.

Berichte der Besucherinnen und Besucher des Heimatmuseums in Allenstein sind leider nicht überliefert oder bislang unbekannt. Seine Gründung, Inszenierung und über zehn Jahre stagnierende Entwicklung zeugen allerdings davon, dass es eher eine situative, den politischen Anforderungen allein entsprechende und damit auch museologisch wenig überlegte Initiative war. Die Bedeutung der darin präsentierten Sammlung wurde durch die ihr auferlegte politische Botschaft stark eingeschränkt. Um ein realitätsfremdes Heimatidyll zu vermitteln, wurden die zur Schau gestellten Objekte ihrer Eigenständigkeit bewusst beraubt. Mit bildungsbürgerlichem Eifer versuchten die Museumsgründer, eine Sicherheit bietende lokale Identität zu konstruieren, in der alle aktuellen ökonomischen und politischen Widersprüche und Defizite der Region wie z.B. deutsch-polnische Konflikte ausgeklammert wurden. Die ausgestellten volkstümlichen Museumsobjekte dienten als Symbole einer harmonisch-homogenen deutsch-ermländischen Gemeinschaft, aus der alles „Fremde“ ausgegrenzt werden musste.

32 Ebenda, S. 4.

33 Ein anonymer Artikel „Heimatstunde. Die Einrichtung des Heimatmuseums in Allenstein“, in: *Unsere Heimat* 17 (1927), S. 135.

34 Die Bilder sind zu sehen in Muzeum Warmii i Mazur w Olsztynie, keine Angabe der Signatur.



Abb. 1: Allenstein, Masurenstube [Postkarte aus der Sammlung von Krzysztof Sołowiej]

Allein an dieser Ausgrenzung ist der postulierte Doppelcharakter der kulturellen Aneignung zu erkennen. Nicht nur die ausgestellten Objekte wurden nach einer kulturellen Vorstellung ausgesucht, angeeignet und eingeordnet, auch ihre Wahrnehmung musste eine bestimmte Erfahrung materialisieren. Obwohl ähnliche Exponate in vielen anderen Museen vorhanden waren, wurde ihnen eine lokalspezifische historische Besonderheit auferlegt. In ihnen sollte die identitäre Gegenwart der Region als kontinuierliche Entwicklung aus der Vergangenheit erfahrbar sein. Mit anderen Worten: Die Heimatausstellung machte Objekte einzigartig, die einst nur eine Sache unter vielen waren, enthob die Gebrauchsdinge ihrer eigentlichen Funktion, um sie als Gegenstände der Reflexion zu nutzen, und überführte sie vom privaten, kommunikativen ins konstruierte kulturelle Gedächtnis.³⁵ In ihrer Aufgabe angeeignet stellten die zusammengetragenen Erinnerungsstücke einen spezifischen Raum dar, der sowohl durch Übereinstimmung als auch durch Abgrenzung eine regionale Homogenität vermittelte, die den geschichtspolitischen Zwecken angepasst war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg befand sich das im Schloss untergebrachte Museum in Polen. In der Potsdamer Konferenz (Sommer 1945) wurde die Westverschiebung der polnischen Grenzen von der Anti-Hitler-Koalition endgültig akzeptiert. Ehemalige deutsche Gebiete, darunter Teile des ehemaligen Ostpreußens, wurden unter polnische Verwaltung gestellt, ostpolnische Gebiete fielen der Sowjetunion zu. Millionen Deutsche und Polen mussten 1945 ihre Heimat verlassen und in den neuen Regionen Wurzeln schlagen. Aus Allenstein ist Olsztyn geworden. Die Mehrheit der deutschen Einwohnerinnen und Einwohn-

35 Vgl. Hilde S. Hein: *The Museum in Transition. A Philosophical Perspective*, London u.a. 2000, S.55.

ner wurde vertrieben, umgesiedelt oder verließ freiwillig die sich neu definierende Stadt. In ihren Häusern, Wohnungen und Höfen zogen nicht nur polnische oder ukrainische Vertriebene, sondern auch viele Einwanderinnen und Einwanderer aus den kriegszerstörten Regionen Zentralpolens ein.³⁶

Olsztyn hatte den Krieg verhältnismäßig gut überstanden. Erst kurz vor der deutschen Kapitulation setzte die Rote Armee die Stadt in Brand, obwohl sich die Wehrmacht längst im Abmarsch befand. Im Gegensatz zu der Altstadt, die bis zu 50% der alten Bausubstanz verlor, blieb das Schloss von dem Großbrand fast unversehrt. Es war von der neuen polnischen Verwaltung zu einem Depot für gerettete, gesicherte und geraubte Kunst- und Kulturgüter umfunktioniert worden.³⁷ Die meisten dieser deponierten Objekte stammten aus den umliegenden kleinen Heimatmuseen, den häufig stark beschädigten protestantischen Kirchen, den adligen Gutshöfen und Herrenhäusern des ostpreußischen Adels und aus anderen Depots, die von der zurückziehenden deutschen Armee eingerichtet und deren Objekte nicht rechtzeitig Richtung Westen abtransportiert worden waren.³⁸

Nach dem Krieg fungierte das gesamte Schloss als Museum. Hieronim Skrupski, der als neuer Museumsleiter aus Warschau nach Olsztyn delegiert wurde, musste gleich nach seiner Ankunft ein großes Problem lösen. Das Schlossgebäude war im Krieg zwar kaum beschädigt worden, aus der ursprünglichen Sammlung war jedoch kaum etwas übriggeblieben. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde dem Museum seine heimatkundliche Aus- und Einrichtung offensichtlich zum Verhängnis. An dem Tongeschirr und Werkzeug aus Eisen, den Holztruhen- und -schränken, den handgewebten Bettdecken und Teppichen waren die in der Stadt verbliebenen Menschen genauso interessiert wie die Rote Armee oder die Neusiedlerinnen und Neusiedler.³⁹ Um die zahlreichen Räume des Schlossmuseums mit ansprechenden Ausstellungsobjekten zu füllen, mussten Skrupski und sein kleines Museumsteam auf das im Schloss untergebrachte Depot zurückgreifen. So gesehen stammte die Sammlung des neuen Olsztyners Museums, das bereits im November 1945 seine Tore für Besucherinnen und Besucher öffnete, in den ersten Monaten seiner Existenz ausschließlich aus deutschem Besitz.

Zumindest die erste Ausstellung von 1945, die den Titel „Europäische Malerei“ trug und die Gemälde aus den ostpreußischen Herrenhäusern und Kirchen präsentierte, widersprach weitgehend der propagandistischen Ausrichtung. Obwohl die ganze Ausstellung aus ehemals deutschen Objekten bestand, tauchte der Hinweis auf die Herkunft der Exponate nicht auf. Präsentiert wurden lediglich Porträts von denjenigen ostpreußischen Adelsgeschlechtern, die im Dienste der polnischen Könige standen oder mit Polen verwandt waren. Die Beschreibung der Gemälde und Skulpturen wurde auf das dargestellte Motiv reduziert und der jeweiligen Malschule zugeordnet, z.B. „italienische Landschaft“, „flämische Schule“ oder „französische Porträtmalerei“.⁴⁰ Im stark antideutsch eingestellten Polen der unmittelbaren Nachkriegszeit

36 Zur Geschichte Olsztyns in der unmittelbaren Nachkriegszeit siehe: Izabela Lewandowska: *Trudne dziedzictwo ziemi Warmia i Mazury 1945–1989* [Schwieriges Erbe von Ermland und Masuren 1945–1989], Olsztyn 2012, S. 19–86.

37 Ebenda, S. 52 f.

38 Vgl. Hieronim Skrupski: *Muzeum Mazurskie w Olsztynie w latach 1945–1958* [Das Masurische Museum in Olsztyn 1945–1958], in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1 (1970), S. 557–585.

39 Vgl. Vetulani, *Pionierzy* (wie Anm. 19), S. 43–52; Lewandowska, *Trudne* (wie Anm. 36), S. 67.

40 Skrupski, *Muzeum* (wie Anm. 32), S. 561; Vetulani, *Pionierzy* (wie Anm. 19), S. 122–124.

war die Ausstellung trotz aller Auslassungen eine politisch gewagte Entscheidung. Auf die massive Kritik aus dem Warschauer Kulturministerium antworteten die Olsztynyer Kuratoren reumütig, die Ausstellung vermittele keine konkreten Inhalte und ziele nur darauf ab, die hiesige Bevölkerung „ans Museum zu binden“.⁴¹ Um solche „Fehler und Abweichungen“ in der Ausstellungspraxis nicht zu wiederholen, fasste 1946 der „Museumsverband in Polen“ folgenden Beschluss:

„In den wiedergewonnenen Gebieten soll man keine ehemals deutschen Museen rekonstruieren, sondern neue gründen, die in ihrer Konzeption dem polnischen wissenschaftlichen, erzieherischen und nationalen Interesse dienen. Die alten deutschen Sammlungen sollen nur dann Verwendung bei der Gründung der neuen Museen finden, wenn sie den neuen polnischen Museumskonzeptionen entsprechen.“⁴²

Dieser Anordnung folgte auch das neukonzipierte Masurische Regionalmuseum in Olsztyn. Die Ausstellungen, die seit 1946 veranstaltet wurden, vermittelten ein politisch forciertes Bild von der „ewig“ slawischen Region Masuren als Zentrum der polnischen, von den Deutschen jahrhundertlang unterdrückten Volkskultur.⁴³ In dieses Konzept fügte sich die zweite temporäre und Nikolaus Kopernikus gewidmete Sonderausstellung von 1946 nahtlos ein. Da der Astronom auch Kapiteladministrator und Landpropst des Fürstbistums Ermland gewesen war, im Allensteiner Schloss residiert hatte und als guter Verwalter und Bauernfreund galt, wurde ein museales Narrativ erstellt, das ihn als einen Polen oder zumindest als einen großen Polenfreund darstellte. Sein katholischer Glaube, sein Sitz auf dem „piastischen“ Gebiet und seine angeblich rudimentäre Polnischkenntnisse reichten aus, um ihn sich als einen polnischen Nationalhelden anzueignen und zu hofieren.⁴⁴

Die Vorstellung des Masurischen Museums als Lernort, als Wissensvermittler der regionalen polnischen Volkskultur setzte sich drei Jahre nach seiner Wiedereröffnung endgültig durch, als 1948 eine neue ethnografische Abteilung mit dem Schwerpunkt „Polnische Bauern in der Region“ präsentiert wurde. In dem Ausstellungskatalog wurde die Motivation für eine Hinwendung zur Volkskultur auch dezidiert genannt:

41 Sprawozdanie wydziału kultury i sztuki w Olsztynie za okres kwiecień-grudzień 1945 [Bericht der Kunst- und Kulturabteilung für die Zeit April – Dezember 1945], in: Archiwum Państwowe w Olsztynie [Staatsarchiv Olsztyn], 390/217, K. 35.

42 Uchwały XVII Zjazdu Delegatów Związku Muzeów w Polsce powzięte w Nieborowie w dniu 20. września 1946 r [Beschlüsse der XVII. Versammlung der Delegierten des Museumverbandes in Polen, beschlossen in Nieborów am 20. September 1946], in: Archiwum Akt Nowych, Zespół Centralny Zarząd Muzeów [Archiv der Neuen Akten, Bestand Zentralkuratorium der Museen], Sygn. 5/48, K. 118; siehe auch: Zbigniew Bocheński, Feliks Kopera: Protokół XVII Zjazdu Delegatów Związku Muzeów w Polsce odbytego w Nieborowie 19–21 września 1946 [Protokoll der XVII. Versammlung der Delegierten des Museumverbandes in Polen, abgehalten in Nieborów 19.–21. September 1946], in: Pamiętnik muzealny 8 (1947), S. 16–19.

43 Vgl. Jerzy Antoniewicz: Problemy muzealnictwa na obszarze województwa olsztyńskiego [Probleme des Museumswesens in der Wojewodschaft Olsztyn], in: Przegląd Zachodni 4 (1948) 9, S. 326–331.

44 Vgl. Elisabeth Ritter: Nikolaus Kopernikus: Über die nationalen Umschwünge im Lebenswerk des großen Astronomen, in: Hans Hennig Hahn, Robert Traba (Hrsg.): Deutsch-polnische Erinnerungsorte, Bd. 1: Geteilt/Gemeinsam, Paderborn 2015, S. 617 f.

„Dem Betrachter fällt ohne Schwierigkeit auf, die Verbindung und die Verwandtschaft der hier präsentierten Objekte – sowohl in ihrer Form als auch durch ihre Verzierung – mit Objekten, die aus anderen Teilen Polens stammen. Ziel dieser Abteilung ist, u.a. die Bestätigung der Verbindung dieses Terrains sowie seiner engen Beziehung mit dem Rest der polnischen Volkskultur. Die Region Masuren-Ermland ist ein Beispiel für die nordöstliche territoriale Ausdehnung der polnischen Kultur, entgegen allen tendenziösen Lügen der deutschen Wissenschaftler.“⁴⁵

Die Präsentation von polnischer Volkskultur bedurfte allerdings einer Vorbereitungszeit durch die Sammlung von Objekten und Quellen, da in dem Depot kaum etwas vorhanden war. Um diese Aufgabe zu bewältigen, wurden mehrere Reisen auf der Suche nach geeigneten Zeugnissen der bäuerlichen Kultur in der Region unternommen und Aufrufe in Zeitungen publiziert. Dass viele gefundene oder übernommene Gegenstände aus der Vorkriegszeit stammten und bis 1945 ostpreußischen Gutshäusern oder Bauernhöfen angehörten, störte wenig. Ohne Hinweis auf ihre Provenienz oder einzelne Vorbesitzerinnen und Vorbesitzer wurden sie in einen nationalen Nimbus gehüllt und als Zeugnisse der lokalen polnischen Alltagsgeschichte präsentiert. Neben den erworbenen historischen Objekten trugen auch die zeitgenössischen kunsthandwerklichen Holzschnitzereien, Keramiken, Schmiedearbeiten oder Webereien zur Sammlungsentwicklung bei, die im Rahmen zahlreicher Volkskunstfestivals preisgekrönt wurden. Im Ergebnis lag der Schwerpunkt jedoch auf den historischen Objekten, besonders aus dem Bereich Haushalt und Privatleben, sowie auf landwirtschaftliche, handwerkliche und hauswirtschaftliche Arbeitsgeräte, Textilien, Möbel und Gegenstände zur Kinderkultur.

Dank der engagierten und regen Sammlungstätigkeit verfügte das Olsztyn-Museum seit den 1950er Jahren über eine ausreichende Sammlung für weitere Abteilungen. Für seine endgültige Profilbildung sorgten ein ethnografischer und prähistorischer Bereich sowie eine Kunst- und naturkundliche Sammlung. Die einzelnen Sammlungsgebiete setzten sich zunächst aus den eigenen Objekten zusammen, die aus der unmittelbar nach dem Krieg angelegten Schloss-Deponie stammten. Die Übernahme der wenigen übriggebliebenen Bestände aus den umliegenden ehemaligen ostpreußischen Museen oder die Requirierung der aus den deutschen Herrenhäusern oder protestantischen Kirchen geraubten Wertgegenstände und Sakralobjekte trugen nur vereinzelt zur Behebung der Sammlungsdefizite bei. Dringend notwendig und hilfreich erwies sich daher der Austausch mit anderen musealen Einrichtungen in Polen. Der zwischeninstitutionelle Tausch und die Zuweisung von historisch wertvollen Beständen an konkrete Museen wurden in der Phase der Konstituierung von musealer Landschaft allerdings zentralstaatlich reguliert und kontrolliert. Verantwortlich für die landesweite konzeptionelle Planung von Museen bestimmte die Warschauer Museumsabteilung des Ministeriums für Kultur und Kunst die Verteilung von deponierten Sammlungsgruppen auf einzelne Einrichtungen. Im Olsztyn-Fall entschieden zunächst die Beauftragten des Polnischen Nationalmuseums in Warschau, welche Exponate das „Museum von Ermland und Masuren“ verlassen oder bereichern durften. Ohne ausreichende Dokumentation und Provenienznachweisen wurden die dortigen Sammlungslücken mit Objekten gefüllt, die

45 Muzeum Mazurskie Olsztyn-Zamek. Dział etnograficzny [Das Masurische Museum Olsztyn-Schloss. Die ethnografische Abteilung], Olsztyn 1947, o.S.

zwar häufig keinen regionalen Bezug aufwiesen, inhaltlich und zeitlich aber zu bestimmten Sammlungsgebieten und -schwerpunkten passten.⁴⁶ Somit bleibt nicht ausgeschlossen, dass Münzen aus Pommern oder Teppiche aus Schlesien via Warschau nach Olsztyn gelangten.



Abb. 2: Olsztyn, Schloss, Masurisches Museum, Ermländerstube (J. Siudecki, 1966) [58885, Bildarchiv Ostpreußen]

Durch die zentral geregelte Weiterleitung und Verlagerung von den ehemals deutschen Kulturgütern verlor das Museum in Olsztyn mehr Objekte als es gewann. Als Sammelstelle für die in der Umgebung sichergestellten Gegenstände beherbergte das Schloss zahlreiche Kunstwerke, Möbelstücke und Büchersammlungen, die zu der forcierten volkstümlichen Ausrichtung des neuen Museums nicht passten. Kurzerhand entschied daher das Kulturministerium die besonders wertvollen Kulturgüter auszusortieren und ins Warschauer Nationalmuseum zu verfrachten. Nach intensiven Kontrollen des im Schloss-Depot sichergestellten Bestandes verließen mehrere Lastwagen Olsztyn Richtung Warschau.⁴⁷ Diese Entscheidung rechtfertigte das Ministerium mit folgenden Argumenten:

46 Vgl. Muzeum Mazurskie w Olsztynie [Das Masurische Museum in Olsztyn], in: Archiwum Państwowe w Olsztynie [Staatsarchiv in Olsztyn], 501/6, K. 4, 12-14.

47 Rewindykacja XVI: 1945–1950, Olsztyn [Revindikation XVI: 1945–1950, Olsztyn], in: Archiwum Muzeum Narodowego w Warszawie [Archiv des Nationalmuseums in Warschau], K. 2-40.

„Der Abtransport einer bedeutenden Anzahl von Objekten nach Warschau ist dadurch gerechtfertigt, dass sich dort die einzigen Fachwerkstätten für die allernötigsten Schutzmaßnahmen befinden, nämlich die Werkstatt des Nationalmuseums sowie die des Kulturministeriums. Solche Werkstätten gibt es in den Westgebieten nicht, da es in Polen an Fachpersonal sowie an den sehr teuren und schwer zu beschaffenden Apparaturen fehlt. Darüber hinaus ist die Konzentrierung von Kunstobjekten in Warschau unter der Verfügungsgewalt des Kulturministeriums eine unverzichtbare Bedingung für die Realisierung der Planwirtschaft in unserem Museumswesen.“⁴⁸

Die konservatorische Lage im Polen der unmittelbaren Nachkriegszeit war tatsächlich sehr schwierig. Angesichts der massiven Zerstörung und Verwüstung der Kulturstätten mangelte es durchgehend an Fachkräften, Geräten, Materialien, Transport- und finanziellen Mitteln, um den sichergestellten Kulturgütern notwendigen Schutz und optimale Pflege zu garantieren. So gesehen ist es dem unermüdlichen Einsatz der Olsztynener und Warschauer Museumsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zu verdanken, dass die in der Umgebung sichergestellten und im Schloss deponierten Gegenstände – soweit es nur möglich war – gerettet und dann konservatorisch und restaurativ bearbeitet wurden, wenn auch an einem anderen Ort als Olsztyn.

Der rasche und massive Abtransport der ehemaligen deutschen Kunst- und Kulturgüter aus den neuen polnischen Gebieten führte dort zu einer starken kulturellen Verarmung. Bereits in den 1950er Jahren getroffene Bemühungen seitens des Olsztynener Museums, die weggebrachten Objekte zurückzuführen, scheiterten in der Regel. Dies lag aber weniger an dem politischen Unwillen in Warschau, sondern vor allem daran, dass der Abtransport und die Weiterleitung in hohem Maße unkontrolliert erfolgten, ohne detaillierte Inventarisierung und herkunftsaufweisende Erfassung der übernommenen Objekte. Aus diesem Grund ist es bis heute fast unmöglich festzustellen, welche Kunst- und Kulturgegenstände aus dem Olsztynener Schloss-Depot in den polnischen Museen und Magazinen aufbewahrt werden, welche in private Hände gelangten und welche schließlich ins Ausland – auch mit Hilfe des staatlichen Kunsthandelsunternehmens „Desa“ – verkauft wurden.

Schlussbemerkung

Dem politischen Diktat der „Re-Polonisierung“ mussten auch die neu konstituierten Museen auf den ehemals deutschen Gebieten folgen. Diesem Grundsatz unterworfen baute das Olsztynener Regionalmuseum eine Sammlung auf, die den polnischen Charakter von Ermeland und Masuren beweisen und illustrieren sollte. Deutsche Objekte und Exponate wurden kaum präsentiert, weil es über deutsche Objekte und Exponate kaum noch verfügte. Die wenigen, die erhalten blieben, wurden unter Beseitigung aller Hinweise auf ihre deutsche Herkunft entweder als polnische Bestände angeeignet und in die Ausstellungen integriert und bzw. oder in den Magazinen gelagert. Die Wichtigkeit der deutschen Vergangenheit für den Sammlungs- und Bestandsbildungsprozess wird dort erst seit einigen wenigen Jahren eingeräumt. Die Versuche, der Ausstellung ihre kulturelle Heterogenität zurückzugeben,

48 Zit. nach: Rutkowska, Kilka dokumentów (wie Anm. 17), S. 292 f.

nehmen dabei mehr oder weniger gelungene Formen an. Das Problem ist, dass einerseits die Dominanz des polnischen Kontextes forciert und andererseits die deutsche Vergangenheit nicht verschwiegen werden soll. Die Suche nach einer ausbalancierten Darstellungspraxis hält an und bestätigt erneut, dass die kanonisierten Objektkomplexe und ihre jeweiligen Repräsentationsmuster keine Konstanten sind und zeitspezifische Inhalte transportieren.

Museale Objekte aus dem ehemals deutschen Bestand in den polnischen Museen verkörpern implizit ein dynamisches Verständnis von Regionalismen und tragen damit Kategorien heterogener Erfassung und Beschreibung in die Gegenwart. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, objektbezogene Deutungshoheit zu vermeiden⁴⁹ und die musealen Aneignungspraktiken als dynamische Prozesse zu begreifen. Es geht darum, den längst überholten Schritt zu machen, eine spannende und spannungsreiche Geschichte der historischen deutsch-polnischen Grenzregionen jenseits nationaler Trennlinien, unversöhnlicher Feindbilder, ja, jenseits identitätsstiftender Paradigmen zu zeigen. Dies heißt nichts anderes, als bei einer musealen Erzählung auf andere Topoi als die des Nationalstaates zu setzen.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die besitzergreifenden, meist nationalen Identifikationen mit musealen Objekten transparent gemacht werden, damit der Blick auf unterschiedliche Vermittlungs- und Repräsentationsbedürfnisse gelenkt wird. Es sollte hervorgehoben werden, wie ehemals deutsche, heute polnische Regionen mit multiplen Zuschreibungen und einer äußerst gebrochenen jüngeren Geschichte über unterschiedliche geschichtspolitische und kulturelle Narrative konstruiert und museal vermittelt werden. Gleichwohl werden dadurch die Sammlungen nicht von interessenorientierter Aneignung „befreit“. Sie werden weiterhin im gewohnten Sinn gedacht, als Wissensspeicher, den es zu beforschen und dessen Inhalte es zu vermitteln gilt. Die Re-Kontextualisierung der ehemals deutschen Objekte in polnischen Museen muss daher präzise genug erfolgen, damit sie im Kontext einer jeweiligen Ausstellung ihre Geschichten erzählen können.

Summary

The term „cultural appropriation“ plays an important role in the current debate on Germany’s colonial past. It is used in this debate in the sense that dominant social groups benefit from the cultural goods of marginalised groups or that they appropriate these goods without acknowledging their source or without knowledge of the respective tradition and context. This contribution also discusses the problem of cultural appropriation as exemplified by a specific case, albeit under different conditions and in a different historical context. It deals ostensibly with the adoption and appropriation by Poland of the German cultural heritage in the former German territories, which had become part of the Polish state within the new borders laid down after the Second World War.

49 Siehe dazu: Sharon J Macdonald: Nationale, postnationale, transkulturelle Identitäten und das Museum, in: Rosemarie Beier (Hrsg.): *Geschichtskultur in der Zweiten Moderne*, Frankfurt a.M. 2000, S. 123-148.

Aneignen, um auszublenden. Die Stadtplanung für den „neuen deutschen Osten“ als Kommunikation

von Katja Bernhardt

Einführung

Stadtplanung ist Herrschaftsmittel. Das ist sie grundsätzlich; sie war es in einer historisch spezifischen Weise im nationalsozialistischen Deutschland und in den von diesem besetzten Gebieten. In einer zunehmenden konzeptionellen, strukturellen und in Teilen auch institutionellen Verknüpfung der Stadtplanung mit der Raumplanung wurde sie als ein Mittel begriffen, das der Durchsetzung radikaler Gesellschaftsvorstellungen samt einer „totalen“ Steuerung von Wirtschafts- und sozialen Prozessen dienen sollte. Für die von Deutschland besetzten Länder im östlichen Teil Europas galt es – so die zeitgenössische Diktion –, diese Idee mit einem „totale[n] kolonialisatorische[n] Akt“ zu verbinden.¹ Die Forschung hat in den letzten Jahren wesentliche Bereiche der Geschichte der nationalsozialistischen Raumplanung, die für die Pläne im sogenannten neuen deutschen Osten die Grundlagen lieferte, untersucht – die politischen und ideologischen Zusammenhänge, die Netzwerke, die Geschichte der beteiligten Institutionen, die Ausarbeitung theoretischer Konzepte und praktischer Planungen für die Annexion und Beherrschung des besetzten Gebietes.² Für die Geschichte der nationalsozialistischen Stadtplanung in diesem Gebiet, die ihrem Wesen nach etwas anders gelagert und stärker auf den Ort bezogen war, liegen einzelne Arbeiten vor.³ Die Forschung ist hier in den letzten Jahren in Bewegung geraten. Vor allem eine jüngere Generation mit Kenntnis lokaler Archive in den ehemals besetzten Gebieten erschließt

- 1 Ewald Liedecke: Denkschrift Kolonialisatorische Aufgaben der Raum-Ordnung im Nordosten des Deutschen Reiches, vom 1. September 1939, BArch, R 113/41, S. 10.
- 2 Neben einer Reihe von Einzelstudien sind grundlegend: Bruno Wasser: Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944, Basel u.a. 1993; Czesław Madajczyk (Hrsg.): Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, München u.a. 1994; Mechthild Rössler, Sabine Schleiermacher (Hrsg.): Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993; Mechthild Rössler: Wissenschaft und Lebensraum. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus, Berlin 1989; Michael A. Hartenstein: Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten“ 1939 bis 1945, Berlin 1998; Michael Venhoff: Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945, Hannover 2000; Ariane Leendertz: Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert, Göttingen 2008; Karl R. Kegler: Deutsche Raumplanung. Das Modell der „Zentralen Orte“ zwischen NS-Staat und Bundesrepublik, Paderborn 2015.
- 3 Hans-Dieter Münk: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung über den Zusammenhang der nationalsozialistischen Ideologie mit den vorherrschenden Leitbildern in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches, Bonn 1993; Niels Gutschow, Barbara Klain: Vernichtung und Utopie. Stadtplanung Warschau 1939–1945, Hamburg 1994; Niels Gutschow: Ordnungswahn. Architekten planen im „eingedeutschten Osten 1939–1945“, Gütersloh, Berlin u.a. 2001; Richard Neměc: Die Ökonomisierung des Raumes. Planen und Bauen in Mittel- und Osteuropa unter den Nationalsozialisten 1938 bis 1945, Berlin 2020. Siehe auch: Werner Durth, Niels Gutschow: Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstör-

derzeit neues Quellenmaterial, das in Teilen bereits in einer Reihe von Veranstaltungen und Veröffentlichungen vorgestellt wurde.⁴ Beiden Forschungsbereichen, der Geschichte der Raumplanung und der Geschichte der Stadtplanung im Nationalsozialismus, ist dabei eigen, dass sie ihre Fragestellungen, Analysen und Darstellungen in erster Linie entlang archivalischer oder gedruckter Quellen vornehmlich deutscher Provenienz, einschließlich Planungsunterlagen verschiedener Art – verschriftlichten Konzepten, Zeichnungen oder anderer Visualisierungen – entwickeln. Diese Herangehensweise ist gleichermaßen der historischen Sach- und der Quellenlage geschuldet wie eben deshalb zu problematisieren.

Die Verheißungen, die der Nationalsozialismus und die ersten Jahre des Krieges zu offerieren schienen, heizten in der Stadtplanung eine Euphorie an, die in einer bemerkenswerten Weise auch mit den zunehmenden Niederlagen des „Dritten Reiches“ nicht abgenommen zu haben scheint. Umgekehrt jedoch band der Krieg Ressourcen, und sein Verlauf verhinderte die konstruktive Realisierung der meisten Planungen. Dennoch kam es in den besetzten Gebieten zu massiven Eingriffen in die Städte, zu weitreichenden Enteignungen, zur räumlichen Segregation, zur Deportation und Ermordung von Menschen, die in diesen Städten lebten, und zur gezielten Zerstörung physischer Substanz von Städten.

Diese Situation erzeugt einen doppelten Effekt. Indem den medial überlieferten Planungen vergleichsweise wenige bauliche Realisierungen gegenüberstehen, ist zum einen die Forschung in einem bedeutenden Maße an die schriftlichen und zeichnerischen Quellen gebunden, um die Stadtplanung resp. den Städtebau in der Zeit des Nationalsozialismus im sogenannten neuen deutschen Osten zu erfassen und zu analysieren. Zum anderen sensibilisiert die ideologische Verstrickung der Stadtplanung mit dem Nationalsozialismus dafür, dass die realisierte bzw. die geplante Zerstörung bestehender ökonomischer, kultureller und sozialer räumlicher Ordnungen in den besetzten Städten des „neuen deutschen Ostens“ in besonderer Weise als integrales Element der Stadtplanung begriffen werden muss; womöglich sich die Stadtplanung des Nationalsozialismus in einem seiner wesentlichen Teil genau darin manifestierte.⁵

Beides zieht Konsequenzen für die Forschung nach sich. Ersteres rückt die Quellen in das Zentrum der Aufmerksamkeit und fordert auf, die Planungen selbst – in enger Verbindung mit der Auswertung der in ihnen artikulierten Konzepte – in ihren Funktionen zu begreifen und zu untersuchen. Das betrifft insbesondere die verschiedenen Visualisierungsformen, die ein wesentliches Medium der Wissensordnung, -vermittlung, -kommunikation der Stadtplanung darstellen. Während in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Arbeiten zur visuellen

- ter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, 2 Bde., Braunschweig u.a. 1988; Werner Durth: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, München 1992.
- 4 Karolina Jara, Aleksandra Paradowska (Hrsg.): Urban Planning and Architecture of the Period of Third Reich in Poland, Themenheft: *kunsttexte.de/ostblick* 3 (2019), <http://www.kunsttexte.de/index.php?id=49> [letzter Zugriff: 11.01.2022]; Żanna Komar, Jacek Purchla u.a. (Hrsg.): *Disonant heritage? The architecture of the Third Reich in Poland*, Cracow 2021; Richard Neměc (Hrsg.): *Raumkonstruktionen. Digital Humanities und die „Messbarkeit“ des NS-Regimes / Spatial Constructions. The Digital Humanities and the „Measurability“ of the Nazi Regime*, Jahrbuch für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg 2021. In Druckvorbereitung befindet sich die Herausgabe der Ergebnisse der Tagung „Planungen des Neuen Ostens. Architektur und Städtebau unter deutscher Besatzung in Ostmitteleuropa“, die 2019 im Zentrum für historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften stattfand.
- 5 Siehe dazu: Gutschow, Klain, Vernichtung (wie Anm. 3).

Geschichte des Nationalsozialismus erschienen ist, zuletzt vor allem zu Fotografien, die im Kontext von NS-Konzentrations- und Vernichtungslager entstanden sind,⁶ liegen dezidierte Studien zur spezifischen Visualität der Raum- und Stadtplanung erst vereinzelt vor.⁷ Zweiteres, d.h. das Prinzip der Zerstörung, zwingt dazu, die Fokussierung der Auseinandersetzung der nationalsozialistischen Stadtplanung für die besetzten Gebiete im Osten von den überlieferten Planungsdokumenten zu lösen und durch Quellenkorpora zu erweitern, die es erlauben, die Darstellung der Planungen mit den konkreten Eingriffen in und deren Effekte auf die räumlichen Ordnungen der Städte zu konfrontieren. Mit diesen Überlegungen ist in zunächst recht raschen Strichen ein großes Problemfeld skizziert, das eine Reihe von methodischen Fragen nach sich zieht. Der nachfolgende Beitrag unternimmt einen vorsichtigen Schritt in diese Richtung, wobei das Quellenproblem in den Vordergrund gestellt wird.

Werden die Planungsunterlagen selbst, und zwar als Gegenstände der Untersuchung, in das Zentrum gerückt, so ist davon auszugehen, dass die Planungen an sich und die Planungsunterlagen im Besonderen Kommunikationsmittel waren, deren Mitteilung sich nicht allein auf die Ver- und Übermittlung des Geplanten beschränkte. Vielmehr waren sowohl die Planung als kommunikativer Prozess als auch die Planungsunterlagen als Medium, und zwar in einer durchaus anderen Weise als deren avisierte bauliche Realisierungen, selbst Machtmittel. Für das Verständnis der Planungsunterlagen, die uns in der Retrospektive als Quellen dienen, heißt das, sie – die verbalen Äußerungen wie die visuellen Veranschaulichungen – als Manifestationen von Machtordnungen zu begreifen, als Medien, in denen Macht artikuliert, fundamntiert und produziert wurde und sich in diesem Sinne realisierte. Das sind zum einen Machtkonfigurationen, in denen die Stadtplanung in einem größeren gesellschaftlichen und fachlichen Kontext eingespannt war, sowie Konfigurationen innerhalb des Feldes der Stadtplanung selbst. Zum anderen reflektieren die Planungen die Konstellationen, in denen sich die Planer zum Gegenstand der Planung befanden bzw. gesetzt sehen und verstanden wissen wollten. Insofern lassen sich die Planungen als Schnittstelle zwischen eben diesen mehrlagigen Ordnungen auf der einen und den Prozessen der Aneignung des Planungsgegenstandes auf der anderen Seite auffassen und es kann nach den Rückkopplun-

6 Zuletzt etwa: Annika Wienert: *Das Lager vorstellen. Die Architektur der nationalsozialistischen Vernichtungslager*, Berlin 2015, S. 23-83; Israel Gutmann, Bella Guttermann (Hrsg.): *Das Auschwitz Album. Die Geschichte eines Transports*, Göttingen 2015; Christophe Busch, Stefan Hördler u.a. (Hrsg.): *Das Höcker-Album. Auschwitz durch die Linse der SS*, Darmstadt 2016; Hildegard Frübis, Clara Oberle u.a. (Hrsg.): *Fotografien aus den Lagern des NS-Regimes. Beweissicherung und ästhetische Praxis*, Wien u.a. 2019; Bildungswerk Stanisław Hantz, Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart (Hrsg.): *Fotos aus Sobibór. Die Niemann-Sammlung zu Holocaust und Nationalsozialismus*, Berlin 2020. Für einen breiten Zugang siehe: Paul, Gerhard: *Bilder einer Diktatur. Zur Visual History des „Dritten Reiches“*, Göttingen 2020.

7 Siehe etwa: Jörn Düwel, Niels Gutschow: *Baukunst und Nationalsozialismus. Demonstration von Macht in Europa 1940–1943. Die Ausstellung Neue Deutsche Baukunst von Rudolf Wolters*, Berlin 2015; Katja Bernhardt: *Der Entwurf als Kampfmittel. Stadtplanungskonzepte im Reichsgau Danzig-Westpreußen*, in: Christoph Cornelißen, Václav Petrbrók u.a. (Hrsg.): *Stadt und Krieg im 20. Jahrhundert. Neue Perspektiven auf Deutschland und Mitteleuropa*, Essen 2019, S. 203-233; Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (Hrsg.): *Der „Auftrag Speer“ der Staatlichen Bildstelle Berlin. Zur wissenschaftlichen Erschließung eines fotografischen Bestandes im Messbildarchiv des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums*, bearb. v. Katharina Stuedtner, Berlin (voraussichtlich 2022).

gen gefragt werden, die über diese Schnittstelle zwischen den nach innen und nach außen gerichteten Bezugsebenen erzeugt wurden.

Diese Annahmen bilden das Gerüst, von dem ausgehend das oben umrissene Forschungsproblem im Folgenden exemplarisch untersucht wird und Forschungsperspektiven skizziert werden. Die Quelle und damit der Gegenstand, von dem aus diese Problematisierung entwickelt wird, ist ein Doppelheft der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“, das 1941 als Themenheft unter dem Titel „Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten“ veröffentlicht wurde (Abb. 1). Das Heft stellt die erste und in der Rückschau auch die einzige systematische und dem Anspruch nach programmatische Erörterung stadtplanerischer Konzepte für den sogenannten neuen deutschen Osten – gemeint waren hier die dem deutschen Reich angegliederten besetzten Gebiete Polens – in dieser Zeitschrift dar. Seine Platzierung im zentralen Organ der Raumforschung ist dabei für die Fragestellung von besonderer Relevanz, insofern sich die Raumforschung als Leitwissenschaft für die systematische Aneignung des eroberten „Ostens“ etabliert hatte. Welche Machtkonstellationen innerhalb der Stadtplanung und in ihrem Bezug zur Raumplanung, und zwar in Bezug auf die Politik im „neuen Osten“ artikulieren sich also in diesem Doppelheft bzw. werden mit ihm kommuniziert? Welche Funktion kam der spezifischen Medialität des Heftes in Bezug auf die Selbstverortung der Planer gegenüber dem Gegenstand der Planung und damit gegenüber dem besetzten Gebiet zu?

Die Annäherung an eine mögliche Antwort auf die Fragen erfolgt in zwei Schritten. Unter dem Begriff Ordnung wird in einem ersten Analyseschritt das Machtgefüge, in dem das Themenheft fachlich und institutionell positioniert war und das es mitgestaltete, umrissen. Es werden der historische Ort, an und in dem die Kommunikation stattfand sowie die beteiligten Akteure in ihrem Verhältnis zueinander bestimmt. Der zweite Analyseschritt setzt hingegen an der Beobachtung an, dass das Heft mit einer ganzen Reihe und dabei gleichermaßen verschiedenen wie suggestiven Bildmedien ausgestattet wurde. Sie werden als visuelle Strategien der mentalen Aneignung des Planungsgegenstandes „neuer deutscher Osten“ begriffen und untersucht. Die Stadtplanung – das ist die These, die es zu prüfen gilt – lieferte nicht allein Konzepte für eine dauerhafte Vereinnahmung des sogenannten neuen deutschen Ostens mittels städtischer Siedlungen. Vielmehr war die Planung selbst von Anfang an ein aktiver Faktor der Besetzung, und zwar als Mittel der Kommunikation, Konditionierung und der Selbstermächtigung und insofern ein Element der Herausbildung von Machtordnungen im „neuen Osten“. Unter dem Begriff Erfahrungen werden abschließend die Ergebnisse dieser beiden Analyseschritte einer Kritik unterzogen, um davon ausgehend eine Perspektive für die weitere Forschung zur Diskussion zu stellen.

Ordnung

Das Doppelheft widmet sich – bis auf den üblichen Informationsteil am Ende des Heftes – ganz dem Thema der „Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten“. Es gliedert sich, nach einem Grußwort Konrad Meyers, des Leiters der Hauptabteilung Planung und Boden beim Reichsführer SS, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF),⁸ auf

8 Konrad Meyer: [Grußwort], in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), H. 3/4, unpag. Zu

den anschließenden knapp 130 Seiten in drei Themenbereiche. Der erste enthält unter dem Titel „Grundsätzliches zur Stadtplanung in den neuen Ostgebieten“ sechs Beiträge. Leitartikel ist ein umfangreicher Text von Joseph Umlauf, dem Leiter der Abt. 3 (Raumplanung) und 5 (Städtebau) in der Hauptabteilung I beim RKF. Unter dem Titel „Zur Stadtplanung in den neuen Ostgebieten“ entwickelte Umlauf darin die Programmatik eben dieser Stadtplanung. Er spannte sie zwischen drei Prämissen auf: der Annahme, dass Stadtentwicklung nach Gesetzmäßigkeiten verlaufe und entsprechend geplant werden könne und müsse, einer Idee von Stadt, die diese in der Totalität einer klar gegliederten Ordnung des gesamten Raumes des Reiches verortete, und der Setzung, dass für die Planung in dem allgemein als defizitär charakterisierten Osten ein Regelwerk geschaffen werden könne, das diese „totale“ Planung ermögliche. Eingebunden in diesen Text ist eine kommentierte Fotostrecke unter dem Titel „Ein Querschnitt durch die Städte der angegliederten Ostgebiete“.⁹

Die nachfolgenden Darlegungen von Carl Culemann – Mitarbeiter im Referat Landesplanung beim Reichsstatthalter Danzig-Westpreußen, Gerhard Isenberg – Referent für Statistik und Planungsgrundlagen in der Reichsstelle für Raumforschung (RfR) und Udo von Schauroth – Mitarbeiter Umlaufs beim RKF – vertieften einzelne Aspekte auf theoretischer Ebene. Das waren die Grundlagen eines systematischen Aufbaus der Siedlungsstruktur bei Culemann, die Bestimmung der Bevölkerungsdichte agrarischer Siedlungsstrukturen nach dem Prinzip der „Tragfähigkeit“ bei Isenberg und die Kriterien für einen systematischen wirtschaftlichen Aufbau der Siedlungsstruktur bei von Schauroth.¹⁰

Gerhard Ziegler – Generalreferent für Landesplanung Oberschlesien und Ewald Liedecke – Generalreferent für Landesplanung beim Reichsstatthalter Danzig-Westpreußen, erläuterten anschließend spezifische Probleme der Raumplanung in Oberschlesien und Danzig-Westpreußen. Ziegler stellte dem von Umlauf diskutierten Modell des zentralen Ortes den Begriff des Weichbildes gegenüber, um damit eine strukturelle Lösung für die spezifische Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur in der Industrie- und Bergbauregion Oberschlesien zu entwickeln. Teil seines Beitrages ist wiederum eine kommentierte, eigenständige Fotostrecke, in der Ziegler „Das Um- und Neubaugebiet in Oberschlesien“ vorstellte. Liedecke bemühte sich hingegen um eine Klärung des Verhältnisses der aktuellen Stadtplanung zu den bau-

Meyer: Isabel Heinemann: Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa. Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: Isabel Heinemann, Patrick Wagner (Hrsg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 45-72; Hansjörg Gutberger: Konrad Meyer und Herbert Morgen. Zwei Wissenschaftlerkarrieren in Diktatur und Demokratie, in: Karl-Siebert Rehberg (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006, Teilbd. 1 u. 2, Frankfurt a.M. 2008, S. 3325-3341, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-155747> [letzter Zugriff: 11.01.2022].

9 Josef Umlauf: Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), H. 3/4, S. 100, 122; ders.: Ein Querschnitt durch die Städte der angegliederten Ostgebiete, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), H. 3/4, Tafel XXXIII-XLIV.

10 Carl Culemann: Die Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), H. 3/4, S. 122-134; Gerhard Isenberg: Die Verteilung der Bevölkerung und der Berufe auf die Strukturtypen der Städte im neuen Osten, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), H. 3/4, S. 134-148; Udo von Schauroth: Wirtschaftliche Standortplanung auf Grund der für den neueingegliederten Osten erwünschten Siedlungsstruktur, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), H. 3/4, S. 148-151.

lichen Zeugnissen des Deutschen Ordens als ein charakteristisches Element im Reichsgau Danzig-Westpreußen.¹¹

Der zweite Teil versammelt sodann vier Beiträge, von Ernst Hamm, Fritz Timme, Oscar Reuther und Werner Trillmich. Sie stellten unter der Überschrift „Die Geschichte der deutschen Städtegründungen im Osten“ den Prozess der mittelalterlichen städtischen Siedlung, deren Ausbreitung nach Osten und die damit verbundene rechtliche Praxis dar. Aus der Analyse von Stadtgrundrissen und der imaginierten räumlichen Struktur wurden dabei sowohl grundsätzliche gestalterische Kriterien als auch der hohe Grad der kulturellen Leistung der deutschen Siedler abgeleitet.¹² Hamm hatte sich zuvor mit einer Publikation zu den Städtegründungen der Herzöge von Zähringen in Südwestdeutschland (1932) hervorgetan und für diese Aufgabe qualifiziert. Trillmich war im Umkreis von Hermann Aubin in der schlesischen Landeskunde verankert. Bei Reuther, so darf angenommen werden, handelte es sich um den Inhaber des Lehrstuhls für Geschichte der Baukunst an der Technischen Hochschule Dresden, Bauhistoriker, Archäologe und Gründungsmitglied der Koldewey-Gesellschaft. Sichere Informationen zu Timme, dessen Beitrag durch eine Reihe von Bildtafeln unter dem Titel „Die städtische Erschließung des ostmitteleuropäischen Raumes“ erweitert wurde, ließen sich bis dato nicht auffinden.¹³

Die Autoren der Beiträge des dritten Teils bemühten sich schließlich um eine prospektive Wende. Erich Böckler – aktiv im Deutschen Heimatbund und im Arbeitskreis Baugestaltung in der Fachgruppe Bauwesen des NS-Bundes Deutscher Techniker –, Herbert Boehm – Leiter des Stadtplanungsamtes in Breslau kurz vor seinem Wechsel auf die Stelle des Stadtarchitekten in Gotenhafen – und Hans [Bernhard] Reichow – Magistratsoberbaudirektor in Stettin – skizzierten unter der Überschrift „Die Gestaltung der deutschen Stadt im Osten“ in drei Beiträgen Grundlagen und Perspektiven für die geplante, neue deutsche Ostsiedlung. Ausgehend vom Rückblick auf die mittelalterlichen Siedlungsprozesse bestimmten die Autoren übergeordnete Kriterien für zukünftige Siedlungsprozesse. Stadt wurde dabei als ein sozialer Raum begriffen, der einem einheitlichen Planungsprozess zu unterwerfen sei. Böck-

11 Gerhard Ziegler: Grundlagen des künftigen Städtebaus in Oberschlesien, in: *Raumforschung und Raumordnung* 5 (1941), H. 3/4, S. 151-159; ders.: Das Umbau- und Neubaugebiet in Oberschlesien. Ein Bildbericht, zusammengestellt von Gerhard Ziegler, in: *Raumforschung und Raumordnung* 5 (1941), H. 3/4, Tafel XLV-LII; Ewald Lieddecke: Die Städte des deutschen Ritterordens in der Raumordnung der Gegenwart, in: *Raumforschung und Raumordnung* 5 (1941), H. 3/4, S. 159-163; zu Ziegler: Gutschow, Ordnungswahn (wie Anm. 3), S. 32 f.; zu Lieddecke: Gutschow, Ordnungswahn (wie Anm. 3), S. 27-30, 202-205; Katja Bernhardt: *Stil – Raum – Ordnung. Architekturlehre in Danzig 1904–1945*, Berlin 2015, S. 131-134, 247-266.

12 Ernst Hamm: Deutsche Stadtgründungen im Mittelalter, in: *Raumforschung und Raumordnung* 5 (1941), H. 3/4, S. 164-186; Fritz Timme: Die städtische Erschließung des ostmitteleuropäischen Raumes unter deutschem Einfluß, in: *Raumforschung und Raumordnung* 5 (1941), H. 3/4, S. 186-197 sowie Tafel LIII-LX; Oscar Reuther: Gründung und Anlage der alten Städte des deutschen Ostens, in: *Raumforschung und Raumordnung* 5 (1941), H. 3/4, S. 197-205; Werner Trillmich: Die schlesische Stadt-Land-Siedlung. Ein Beispiel mittelalterlicher Siedlungsplanung im deutschen Osten, in: *Raumforschung und Raumordnung* 5 (1941), H. 3/4, S. 205-211.

13 Ernst Hamm: Die Städtegründungen der Herzöge von Zähringen in Südwestdeutschland, Freiburg 1932. Zu Hamm siehe die Autorenangaben der DNB; zu Reuther: o.A.: *Geschichte des IBAD*, <https://tu-dresden.de/bu/architektur/ibad/das-institut> [letzter Zugriff: 30.08.2021]; zu Trillmich: Eduard Mühle (Hrsg.): *Briefe des Ostforschers Hermann Aubin aus den Jahren 1910–1968*, Marburg 2008, Anm. 856 u. 960.

ler machte dafür das Argument „Volk“ stark, Böhm begriff Stadt als Leistungsorganismus für die Kolonisation und Reichow stellte mit der „Siedlungszelle“ ein Modell vor, das eine gleichermaßen in sich geschlossene wie dynamische Stadtentwicklung erlaubt.¹⁴

Der Aufbau des Heftes ist damit klar strukturiert: Dem ersten, programmatischen Teil folgt eine historische Rückblende im zweiten und eine Operationalisierung der Planungskonzepte und damit eine Vorausschau im dritten Teil. Auf die Vorstellung konkreter, ortsbezogener Entwürfe wurde weitgehend verzichtet; wo dies dennoch erfolgte, sind sie in erster Linie Veranschaulichung von Modellen. Das Heft diente auf der sachlichen Ebene der Klärung von Zielvorstellungen und grundlegenden Planungsprinzipien, die für die neuerliche „Kolonisation“ des „Ostens“ zum Tragen kommen sollten. Die Vermittlung dessen erfolgte dabei durch ein enges Ineinandergreifen von textlicher Darlegung und visueller Darstellung. Ein bildlich gestalteter Einband verlieh darüber hinaus den Eindruck einer eigenständigen Publikation. Darauf, dass dem Heft ein programmatischer Charakter zugewiesen wurde, lassen sowohl Thema und Ausstattung schließen wie auch der Umstand, dass die Ausgabe ohne Informationsteil erneut als Sonderdruck verlegt wurde und darüber hinaus die Beiträge von Umlauf, Culemann, Isenberg und von Schauroth unter dem Titel „Grundsätze zur Stadtplanung im neuen Osten“ in Form einer eigenständigen Publikation weiter verbreitet wurden.¹⁵

Das fachliche Feld

Mit Blick auf die Professionen der Autoren lässt sich eine Unterscheidung zwischen Historikern auf der einen und einer dominanten Gruppe der Planer auf der anderen Seite

14 Erich Böckler: Die Gestalt der deutschen Stadt im Osten. Allgemeines – Sozialer Städtebau und sozialer Wohnungsbau – Die natürlichen Voraussetzungen – Die Witterung – Der Boden – Der Mensch – Die Gestaltung der deutschen Stadt im Osten, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), H. 3/4, S. 212-221; Herbert Boehm: Die Gestalt der Städte des neuen Ostens, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), H. 3/4, S. 221-225; Hans Reichow: Grundsätzliches zum Städtebau im Altreich und im neuen deutschen Osten, Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), H. 3/4, S. 225-230. Zu Böckler: Günter Krüger: Dr. Erich Böckler zum Gedenken, in: Erich Böckler (Hrsg.): Kunst und Geschichte im Ostseeraum. Tagungen 1988–1989, Kiel 1990, S. 7-13; als verklärende Selbstdarstellung unter Aussparung der Zeit vor 1945: Erich Böckler: Wohin? Gedachtes und Gebautes für eine heile Welt, Berlin 1976. Zu Böhm: Małgorzata Omilanowska, Herbert Böhm – architekt miejski Gotenhafenu i jego działalność w Gdyni w latach 1941–1945 [Herbert Böhm – der Stadtarchitekt Gotenhafens und seine Tätigkeit in Gdynia in den Jahren 1941–1945, in: Porta Aurea 11 (2012), S. 320-335. Zu Reichow: Sabine Brinitzer: Hans Bernhard Reichow – Planer der Sennestadt. Genese eines organischen Stadtplanungskonzepts von 1927 bis 1974, Diss. Univ. Marburg 1994; Katja Bernhardt: Hans Bernhard Reichows ‚Gedanken zur städtebaulichen Entwicklung des Groß-Stettiner Raumes‘ (1940), Magisterarbeit Humboldt-Univ. zu Berlin 2003; dies.: „Zielone miasto portowe nad rzeką i morzem“. Urbanistyczna wizja Szczecina Hansa Bernharda Reichowa [„Grüne Hafenstadt über Strom und See“. Eine städtebauliche Vision für Stettin von Hans Bernhard Reichow], in: Sztuka XX wieku w Szczecinie i na Pomorzu Zachodnim – Przemiany i kontynuacje [Kunst des 20. Jahrhunderts in Stettin und Westpommern. Brüche und Kontinuitäten], Szczecin 2008, S. 55-71.

15 Grundsätze zur Stadtplanung im neuen Osten. Sonderdruck aus Jahrg. 5, H. 3/4 der Zeitschrift Raumforschung und Raumordnung, Heidelberg u.a. o.J. [1941].

vornehmen. Letztgenannte Gruppe wiederum setzte sich bis auf Meyer als Agrarwissenschaftler und Isenberg als Wirtschaftswissenschaftler aus Architekten zusammen, die sich allerdings in ihrem bis dahin durchlaufenen professionellen Werdegang dem Städtebau bzw. der Stadtplanung zugewandt, entsprechende Entwürfe vorgelegt oder sich theoretisch mit dem Problem der Stadtplanung auseinandergesetzt hatten.

Die Stadtplanung erscheint in dem Heft allerdings in einem spezifischen fachlichen Bezugsrahmen. Denn die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ war Organ der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumordnung (RAG) und wurde von dieser zwischen 1936 und 1944 herausgegeben.¹⁶ Die RAG war ein Zusammenschluss von Hochschularbeitsgemeinschaften, in denen fachübergreifend auf den Raum bezogene Planungswissenschaften zusammengeschlossen waren. In dieser Form war die RAG beratendes Gremium der Reichsstelle für Raumordnung (RfR).¹⁷ Diese wiederum war mit einem Erlass vom 26. Juni 1935 und zwar versehen mit der weitreichenden Aufgabe, „die zusammenfassende, übergeordnete Planung und Ordnung des deutschen Raumes für das gesamte Reichsgebiet“ zu übernehmen, begründet worden.¹⁸ Die Einrichtung einer solchen Institution entsprach auf einer fachlichen Ebene einer bereits seit dem Beginn des Jahrhunderts und zunehmend seit den 1920er Jahren formulierten Forderung nach einer koordinierten, den einzelnen Fachbereichen übergeordneten Planung der Prozesse städtischer und ländlicher Entwicklung.

Mit der Gründung der Freien Deutschen Akademie des Städtebaus hatten die Stadtplaner bereits 1922 ihrerseits eine vergleichbare Initiative dazu ergriffen und waren dabei mit dem Ziel angetreten, in Anbetracht der schwierigen Situation nach dem Ersten Weltkrieg den Städtebau resp. die Stadtplanung mit einer übergeordneten Planung der räumlichen Entwicklung des gesamten Deutschlands zu verbinden.¹⁹ Die Umbenennung in Deutsche Akademie

16 Die Zeitschrift wurde bis 1944 und dann wieder, und zwar mit fortlaufender Zählung ab 1948 bis heute herausgegeben. Zur Zeitschrift: Klaus Becker: Die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“, 1936–2006. Ein Überblick, in: *Raumforschung und Raumordnung* 64 (2006), H. 6, S. 512–523, <https://doi.org/10.1007/BF03183116>, Download am: 31.07.2020; Wendelin Strubelt: Unselige Kontinuität – Eindrücke und Erfahrungen bei der Lektüre der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“. 1936–1953, in: Heinrich Mäding, Wendelin Strubelt (Hrsg.): *Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung* am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig, Hannover 2009, S. 10–20.

17 Vgl. Erlaß des Reichs- und preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und des Leiters der Reichsstelle für Raumordnung über die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 16. Dez. 1935, in: *Raumforschung und Raumordnung* 1 (1936/1937), H. 1, S. 50 f.; Mechthild Rössler: Die Institutionalisierung einer neuen Wissenschaft im Nationalsozialismus. *Raumforschung und Raumordnung 1935–1945*, in: *Geographische Zeitschrift* 75 (1987), S. 175–199; Venhoff, Reichsarbeitsgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 15–23.

18 Erlaß über die Reichsstelle für Raumordnung vom 26. Juli 1935 (RGBl. I, S. 793), in: *Raumforschung und Raumordnung* 1 (1936/1937), H. 1, S. 49; Erste Verordnung zur Durchführung der Reichs- und Landesplanung vom 15. Februar 1936 (RGBl. I, S. 104) (1936/37), in: *Raumforschung und Raumordnung* 1 (1936/1937), H. 1, S. 49 f. Zur Institutionalisierung der Raumplanung im Nationalsozialismus: Münk, *Organisation* (wie Anm. 3), S. 413–419; Venhoff, Reichsarbeitsgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 8–23; Leendertz, *Ordnung* (wie Anm. 2), S. 108–112.

19 Siehe das Grundsatzpapier: Was will die Akademie des Städtebaus (Anlage zur Satzung vom 11. Januar 1923), in: Jörn Düwel, Niels Gutschow: *Geschichte der deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Bd. 1: Ordnung und Gestalt. Geschichte und Theorie des Städtebaus in Deutschland 1922 bis 1975*, Berlin 2019, S. 88 f.

für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, die 1934 erfolgte, war begriffliche Fixierung dieser Bemühungen und kennzeichnet eine Erweiterung der Kompetenz, auf die die Akademie Anspruch erhob und mit der sie eine entsprechende Position in der Neuorganisation der Planungswissenschaften im „Dritten Reich“ einzunehmen gedachte.²⁰ Die zentrale Rolle und koordinierende Aufgabe der wissenschaftlichen Bearbeitung von Fragen der Reichs- und Landes- oder allgemeiner der Raumplanung wurde jedoch der bereits genannten RAG übertragen, der sich die Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung auf ihrer Tagung 1938 in Dresden letztlich anschloss.²¹ Sichtbares Zeichen dieser neuen Präsenz der Stadtplanung in der zunächst von Wirtschaftswissenschaften, Geografie, Soziologie und Agrarwissenschaften geprägten RAG war die Rubrik „Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung“, die ab 1939 in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ erschien.²²

Diese Vorgänge lassen auf den ersten Blick auf eine Unterordnung der Stadtplanung unter die Raumplanung schließen. Das hatte umso mehr Bedeutung, als dass die RAG für die langfristige raumplanerische Entwicklung des Reiches vom Primat der ländlichen Siedlung ausging. Ihre Forschungsperspektiven waren zum Zeitpunkt der Eingliederung der Akademie entsprechend ausgerichtet. Dieser Ansatz wurde in den „Richtlinien für das vordringliche Kriegsforschungsprogramm der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ vom Oktober 1939, mit denen die RAG auf den Kriegsbeginn reagierte, vorerst fortgeschrieben. Die städtischen Siedlungen wurden hierin erst in einem nachgeordneten Absatz behandelt.²³ Entsprechend dieser Gewichtung erschien 1940, genau ein Jahr vor dem hier zur Diskussion stehenden Doppelheft, in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ ein vergleichbares Doppelheft, das sich mit Fragen der Ansiedlung von Bauern aus dem „Altreich“ im sogenannten neuen Osten beschäftigte.²⁴

1942, zwei Jahre nach der Veröffentlichung des „Kriegsforschungsprogramms“ der RAG, erschien diese Gewichtung jedoch neu justiert. In den „Richtlinien für die Planung und Gestaltung der Städte in den eingegliederten Ostgebieten“, die der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums im Osten (RKF), Heinrich Himmler, mit Datum vom 30. Januar 1942 erließ und die in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ veröffentlicht wurden, heißt es gleich zu Beginn, dass für die „Festigung und Mehrung eines blutlich hochstehenden deutschen Volkstums“, als „übergeordnet[s] Ziel jeder Aufbaumaßnahme im

20 In diesem Sinne: Düwel, Gutschow, Geschichte (wie Anm. 19), S. 236.

21 Vgl. ebenda, S. 240-250.

22 Neben ebenda siehe zum Verhältnis von Städtebau und Landes- resp. späterer Raumplanung: Stephan Prager: Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung. Rückblick und Ausblick 1922–1955, Tübingen o.J. [1955]; Mechthild Rössler: Raumforschung und Städtebau 1936–45. Anmerkungen zum Verhältnis von zwei Institutionen im Nationalsozialismus: Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung und die Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesforschung, in: Folkert Lüken-Isberner, Arbeitsgruppe Stadtbaugeschichte (Hrsg.): Stadt und Raum 1933–1949. Beiträge zur planungs- und stadtbaugeschichtlichen Forschung II, Kassel 1991, S. 93-98; Leendertz, Ordnung (wie Anm. 2), Kap. II.

23 Das kriegswichtige Forschungsprogramm der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, in: Raumforschung und Raumordnung 3 (1939), H. 10, S. 502.

24 Raumforschung und Raumordnung 4 (1940), H. 3/4. Zum Primat des Agrarischen RfR/RAG: Venhoff, Reichsarbeitsgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 26-29.

neuen deutschen Osten“, die Gestaltung von Land und Stadt gleichwertig sei.²⁵ Mit Himm- lers „Richtlinien“ wurde somit die Stadt als konstitutives Element für die Raumordnung im Osten bestimmt, darin an exponierter Stelle integriert und konkrete planerische und gestal- terische Vorgaben für die Stadtplanung formuliert. Das Themenheft zur Stadtplanung im „neuen Osten“, das zwischen dem „Kriegsforschungsprogramm“ der RAG (1939) und den „Richtlinien“ des RKF (1942) publiziert wurden, erschien somit mitten in einem Prozess der fachlich-konzeptuellen Neuausrichtung der raumplanerischen Strategie zur dauerhaften Aneignung des „neuen deutschen Ostens“.

Die sukzessive konzeptionelle Integration der Stadtplanung in die Raumplanung war da- bei eng mit der Durchsetzung des Modells der zentralen Orte (Walter Christaller) verbunden und Stadt damit Element einer holistisch gedachten Gesamtplanung für den Osten.²⁶ Darin manifestierte sich die Durchsetzung einer grundlegenden Perspektivwendung: Die Entwick- lung der Stadt und ihr Ausgreifen in das Umland wurde nicht mehr von der Stadt her gedacht, sondern von der Raumplanung ausgehend konzipiert und gesteuert. Stadtplanung erscheint so als eine Planungsebene, die in der Raumplanung aufgehen sollte. Diese Ord- nung der Planungshierarchie weist darauf hin, dass Raumvorstellungen neu konfiguriert wurden und zwar sowohl in Hinblick auf die abstrakte Verortung von Stadt in einer über- geordneten Raumordnung als auch und in Folge dessen in Bezug auf die Funktion von Stadt in dieser Struktur und die damit einhergehenden Konsequenzen für die räumliche Organisation der Stadt selbst. Genau darin aber betraf die Stadtplanung einen neuralgischen Punkt der Raumplanung. Denn die abstrakte Vorstellung einer großräumigen Raumordnung trat in der Siedlungs- und Stadtplanung in eine Auseinandersetzung mit dem unmittelbar physisch erlebbaren und konkret zu gestaltendem Ort. An dieser Stelle ging es nicht darum, allein die Parameter für die Lage, die Größe, den Charakter usw. für den jeweiligen Ort, die jeweilige Stadt theoretisch zu bestimmen, sondern es stand hier die Art und Weise, wie diese Parameter physisch Raum greifen und in konkrete „Lebenswelt“ gewandelt werden sollten, zur Diskussion. Insofern ist es zu kurz gegriffen, allein von einer Unterordnung der Stadtplanung unter die Raumplanung zu sprechen. Vielmehr kam der Stadt- wie freilich auch der Siedlungsplanung die Aufgabe zu, die Konzepte der Raumplanung in eine neue, nämlich räumlich erlebbare Qualität zu transformieren. Allerdings bedeutete das aus der umgekehrten Perspektive, d.h. insbesondere aus der des Städtebaus, dass wesentliche Krite- rien der räumlichen und damit ästhetischen Gestaltung von Stadt durch die übergeordneten, rationalen und technokratischen Zielstellungen der Raumplanung vorbestimmt wurden.

Diese Beobachtungen lassen das Heft auf der fachlichen Ebene in einem mindestens doppelt gelagerten Spannungsfeld erscheinen: Zum einen stellte sich das Heft in einen ostentativen Bezug zur Raumplanung, in die sich die Stadtplanung im beschriebenen Sinne konzeptionell einzufügen und zugleich darin eine besondere Stellung zu behaupten hatte. Zum anderen erschöpfte sich die zeitgenössische Diskussion um Stadt und Städtebau nicht in dieser Konstellation. Stattdessen stellte diese Konstellation eine spezifische Schnittmenge

25 Heinrich Himmler: Richtlinien für die Planung und Gestaltung der Städte in den angegliederten deutschen Ostgebieten, in: Raumforschung und Raumordnung 6 (1942), H. 2/3, S. 68-77, hier S. 68.

26 Zu Christaller und dem Konzept der „zentralen Orte“ zuletzt eingehend: Keglner, Deutsche Raum- planung (wie Anm. 2).

dar, außerhalb derer es Konzepte gab, die sich von anderen Prämissen ausgehend dem Städtebau und der Stadtplanung näherten – man denke an die auf Repräsentation ausgelegten Entwürfe, die etwa für die sogenannten Neugestaltungsstädten entstanden.²⁷

Die institutionellen Machtkämpfe

Mit Blick auf die institutionelle und konzeptionelle Eingliederung der Stadtplanung in die Raumplanung ist es zunächst naheliegend, die Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung als einen zentralen Akteur, und zwar in ihrer Rolle als Teil der RAG hinter dem Doppelheft zu vermuten. Die Akademie war im Heft mit Reichow, Boehm, Ziegler, Böckler, Isenberg und Reuther vertreten.²⁸ Die Reichsstelle für Raumordnung (RfR), für die die RAG als wissenschaftlich beratendes Gremium dienen sollte, repräsentierte hingegen lediglich Isenberg unmittelbar. Darüber hinaus unterstanden Ziegler und Liedecke als Leiter der jeweiligen Landesplanungsbehörden ihrer Provinz bzw. ihres Gaus den Weisungen der RfR. Diese beiden Akteursgruppen, die Vertreter der Akademie in der RAG und der RfR, verschränkten sich im Heft mit einer dritten Institution bzw. wurden von dieser überlagert – dem Reichskommissar für die Festigung des Deutschtums (RKF). Der RKF war im Heft über Meyer, Umlauf und von Schauroth vertreten. Zudem war der Reichskommissar vermittelt über die Oberpräsidenten der Ostprovinzen bzw. die Gauleiter der Reichsgaue gleichfalls mit Weisungsbefugnis gegenüber den Landesplanern, in diesem Falle wiederum Ziegler und Liedecke, ausgestattet und bildete darin eine Konkurrenz zur RfR.²⁹

Die Vertreter des RKF nahmen darüber hinaus im Heft eine dominante Stellung ein. Meyer, der zunächst die RAG aufgebaut hatte, war 1939 zum RKF gewechselt und war dort mit der Aufgabe betraut, eine übergeordnete Planung für die langfristige Unterwerfung des „Ostens“ unter das „Dritte Reich“ zu entwickeln, die schließlich im Generalplan Ost mündete.³⁰ Sein Grußwort, das das Heft einleitet, stellte den gesamten Band in diese Planungsperspektive. Mit dem Leitartikel von Umlauf positionierte sich der RKF zudem als maßgebliche Instanz auch für die Stadtplanung. Neben dieser latenten Hierarchie der miteinander um Einfluss konkurrierenden Institutionen lässt die knappe Skizze der institu-

27 Für eine andere Herangehensweise an die Stadtplanung im „neuen Osten“ siehe bspw.: Die landschaftlichen Grundlagen des deutschen Bauschaffens. Der Osten, bearb. v. Julius Schulte-Frohlinde, Walter Kratz u.a., München 1940; oder das Novemberheft 1941 der „Deutschen Baukunst“, in dem städtebauliche Entwürfe Regierungsbezirk Zichenau vorgestellt wurden.

28 Siehe dazu die Angaben im Personenverzeichnis in: Düwel, Gutschow, Geschichte (wie Anm. 19), S. 583-590.

29 Vgl. Leendertz, Ordnung (wie Anm. 2), S.147-149; Venhoff, Reichsarbeitsgemeinschaft (wie Anm. 2); Wolfgang Hofmann: Raumplaner zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. Zur Kontinuität und Diskontinuität von Raumplanung 1933 bis 1960, in: Heinrich Mäding, Wendelin Strubelt (Hrsg.): Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung, Hannover 2009, S. 39-65, hier S. 53-58; <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-360777> [letzter Zugriff 11.01.2022].

30 Zur Ausarbeitung der Siedlungspläne siehe grundlegend: Rolf-Dieter Müller: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt a.M. 1991; Rössler, Schleiermacher, Generalplan Ost (wie Anm. 2); Wasser, Himmlers Raumplanung (wie Anm. 2); Madajczyk, Generalplan Ost (wie Anm. 2).

tionellen Rückbindungen der einzelnen Autoren zugleich und gewissermaßen in der Vertikalen eine Hierarchie der administrativen Ebenen der Stadt- resp. Raumplanung erkennen, beginnend mit dem RKF als oberste Behörde in Konkurrenz zur RfR, über die den beiden Behörden unmittelbar und mittelbar unterstehenden Landesplanungsbüros, deren Leiter und Mitarbeiter, bis hin zu der wiederum den Landesplanungsbüros nachgeordnete Ebene der Stadtplanungsbehörden, letztere im Heft vertreten durch Boehm und Reichow.

Eine strategische Allianz

Die Beobachtungen scheinen nicht nur die bisherigen Ergebnisse der Forschung zu bestätigen, dass die RfR einen zunehmenden Bedeutungsverlust in Bezug auf ihre Stellung in der Raumplanung vor allen in den neuen Ostgebieten des Reiches hinzunehmen hatte.³¹ Sie scheinen vielmehr auch auf eine Allianz zwischen der RAG und dem RKF hinzudeuten. Diese Allianz realisiert sich im Heft über eine dezidierte Aufwertung der Stadtplanung als integraler Bestandteil einer holistisch gedachten Raumplanung. Insofern kann auch von einem Bedeutungsgewinn der Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung in der RAG gesprochen werden. Die institutionelle Konstellation sowie auch die zeitliche Abfolge der Schriften – „Kriegsforschungsprogramm“ der RAG (1939), das Doppelheft (1941), „Richtlinien“ des RKF (1942) – legen nahe, dass dem Heft in eben dieser Allianz die Aufgabe zukam, den konzeptionellen planerischen Kurswechsel, im Zuge dessen der Stadtplanung eine größere Relevanz in der Raumplanung an sich und in der planerischen Besetzung des „neuen Ostens“ im Besonderen zukommen sollte, unter der fachlich breiten Adressatenschaft der Zeitschrift zu lancieren und über diese Bande den RKF als Bezugsinstanz für die Raumforschung resp. Raumplanung im „neuen Osten“ zu positionieren bzw. zu stärken. Konkret wurde mit dem Heft die spätere verbindliche Formulierung der Neujustierung vorbereitet, wie sie in den „Richtlinien“ des RKF von 1942 vorgenommen werden sollte. Die Wiederaufnahme wesentlicher Aussagen und teilweise ganzer Textpassagen aus dem Grußwort Meyers und dem Leitartikel Umlaufs in die „Richtlinien“ waren dabei nicht nur arbeitsökonomisch, sondern es wurde damit auch ein Transfer aus einem fachlichen Diskurs im Rahmen einer wissenschaftlichen Zeitschrift in die administrative Maßgabe simuliert, womit die „Richtlinien“ mit der Autorität fachlicher Kompetenz versehen wurden.³²

Durch die Einbeziehung von Vertretern der verschiedenen administrativen Planungsebenen wurde die Akzeptanz der Konzepte auf den einzelnen Ebenen, zentrale Raumplanung, Landesplanung und Stadtplanung, angezeigt und damit bei der Leserschaft potentiell evoziert. Zugleich wurde dadurch eine Vermittlung zwischen der theoretischen und der

31 Siehe hierzu in erster Linie die ausführlichen Darstellungen bei: Venhoff, Reichsarbeitsgemeinschaft (wie Anm. 2).

32 Siehe den gleichen Wortlaut beim Grußwort Meyers und zu Beginn der Richtlinien: Meyer, Grußwort (wie Anm. 8); Himmler, Richtlinien (wie Anm. 25). Die Ähnlichkeiten zwischen den Darlegungen im Beitrag Umlaufs und den Richtlinien ergibt sich daraus, dass Umlauf sich auch für die Richtlinien als Autor verantwortlich zeichnete, so Umlaufs spätere Erläuterung: Umlauf, Stadtplanung (wie Anm. 9); Himmler, Richtlinien (wie Anm. 25). Sein Textentwurf für die Richtlinien sei von Himmler ohne wesentliche Abänderung übernommen worden: Düwel, Gutschow, Geschichte (wie Anm. 19), S. 299.

praktischen Ebene sowie eine Rückbindung beider an den RKF hergestellt. Die RAG und insbesondere die Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, die als wissenschaftlicher Zusammenschluss bzw. als Fachverband am Rande der politischen und administrativen Entscheidungshierarchien agierten, fungierten gewissermaßen als Katalysatoren und die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ als Medium, in dem der Katalysator zur Wirkung kam. Folgt man diesen Schlussfolgerungen, dann erweist sich die bisherige Einordnung des Heftes in der Forschung und die Feststellung, dass das Grußwort „ein für alle Mal die Zuständigkeiten regeln sollte und deshalb auch die Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung in die Schranken wies“,³³ für die Charakterisierung der kommunikativen Funktion des Heftes als zu einseitig. Vielmehr lässt das Gesagte gleichermaßen auf eine strategisch kalkulierte Indienststellung der Stadtplaner für den RKF wie auf eine Vereinnahmung derselben durch den RKF schließen.

Was dabei für den RKF ein Mittel war, fachliche Kompetenz für den Machtausbau im Osten zu binden, dürfte sich aus der Perspektive der Stadtplanung etwas anders dargestellt haben. Die RAG war mit dem „Kriegsforschungsprogramm“ 1939 angetreten, mittels der Raumplanungskonzepte für den Osten eine reichsweite Raumplanung zu realisieren, und auch das Doppelheft der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ von 1940, das sich der ländlichen Siedlung im Osten widmete, folgte dieser Linie.³⁴ In dem Doppelheft zur Stadtplanung zeigt sich diese Zielsetzung in einer modifizierten Perspektivierung. Denn die für die Siedlungsstruktur und die Stadtplanung im „neuen Osten“ entwickelten Konzepte wurden hier mit dem Anspruch verbunden, Lösungen bereitzustellen, „die für die Marschrichtung des Städtebaus überhaupt als gültig erscheinen“.³⁵ D.h., auf dem Experimentierfeld des „Ostens“ sollten grundsätzliche Lösungen ausprobiert werden, die dann auch in anderen Reichsteilen zur Anwendung kommen sollten. Es ging dementsprechend weniger um eine unmittelbar reichsweite integrative Lösung raumplanerischer Probleme als vielmehr um eine experimentelle Realisierung einer neuen Qualität von Raum- und Stadtplanung.

Dabei weist das Heft einen stark regionalen Charakter auf: Nicht nur wurde ein strenger inhaltlicher Fokus auf den „neuen Osten“ gerichtet. Vielmehr waren auch alle Planer, die als Autoren im Heft auftraten, auf die eine oder andere Weise unmittelbar in die Stadt- und Raumplanung für den sogenannten neuen Osten eingebunden. Stellte also schon die Vorstellung von Stadtplanung, wie sie sich im Heft artikulierte, eine spezifische Schnittmenge aus Stadt- und Raumplanung und damit lediglich einen Ausschnitt aus dem Feld der Stadtplanung und des Städtebaus dar, so bildete das Heft innerhalb dieses Ausschnittes nur eine Gruppe ab, die zumal in einem sehr spezifischen räumlichen und politischen Kontext agierte und selbst dieser Kontext war sowohl regional als auch institutionell nur ausschnittsweise vertreten.³⁶

33 Düwel, Gutschow; Geschichte (wie Anm. 19), S. 299.

34 Raumforschung und Raumordnung 4 (1940), H. 3/4.

35 So Frank Glatzel in einem kurzen Beitrag in Informationsteil des Heftes: [Frank] G[latzel]: [Umschau: Die Gestaltung der Städte in den neuen Ostgebieten ...], in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), H. 3/4, S. 231.

36 Personell nicht vertreten waren der Reichsgau Wartheland, die Provinz Ostpreußen und das Generalgouvernement. Inwiefern dahinter pragmatische Erwägungen oder doch Konkurrenzen bzw. Abgrenzungsverhalten steckten, muss dahingestellt werden. Nicht vertreten waren außerdem andere Institutionen, die in die praktische Raumplanung im Osten eingebunden waren bzw. Anspruch

Die Autorenschaft, die sich im Heft präsentierte, stellt sich somit als eine exklusive Gruppe dar, die an einem – dem eigenen Verständnis nach – herausgehobenen Posten ein „avantgardistisches“ Konzept zu entwickeln und zu realisieren beabsichtigte. Das Heft wäre aus dieser Perspektive als ein Medium der Selbstkonditionierung zu verstehen, bei der sich fachliches Selbstverständnis und politische Aufgabe wechselseitig dynamisierten. Ob und inwiefern aus einer entgegengesetzten Sicht die zweifache Einschränkung, die fachliche sowie regionale, der im Heft diskutierten Konzepte die Gruppe gleichwohl marginalisierte und sie zeitgenössisch eher am Rand des fachlichen Feldes wahrgenommen wurde oder inwieweit sich diese Sicht lediglich als latente Ambivalenz unter die erstgenannte Perspektive untersob, wäre vertiefend zu untersuchen. In jedem Fall versah die Rückbindung der im Heft vorgestellten Planungskonzepte an den RKF diese mit herausgehobener Bedeutung, was als Mittel der argumentativen Durchsetzung der fachlichen Position auch im engeren fachbezogenen Feld der Stadtplanung Vorschub geleistet haben dürfte.

Die beschriebenen kommunikativen Strategien erscheinen dabei hochgradig selbstbezogen auf das Deutsche Reich – in Bezug auf Autoren, Adressaten und imaginierten Gegenstand. Weder wurden vorgefundene fachliche und administrative Institutionen des besetzten Polens im Heft erwähnt noch angesprochen. Diese Ausblendung dieser vorhandenen fachlichen Kompetenzen ist zwar leicht aus den ideologischen Prämissen und dem historischen Kontext der Planung zu erklären; sie sollte aber als konstitutives Element der zu untersuchenden kommunikativen Praxis begriffen und problematisiert werden. Die Selbstverständlichkeit der Ausblendung der bei der Besetzung angetroffenen Planungssituation im Heft wird in ihrer kommunikativen Dimension umso sprechender und in ihrem Effekt umso relevanter, als dass die Stadtplanung – wie gesagt – einen neuralgischen Punkt in der Raumplanung bildete, nämlich jenen der Transformation abstrakter Konzepte in die konkrete physische Gestalt. Anders als es das Heft suggeriert, zwang die planerische Praxis zu einer permanenten Auseinandersetzung mit dem Gegebenen. Das betraf die vorgefundene bauliche Substanz und Bevölkerungssituation gleichermaßen wie die Planungsvoraussetzungen und die konkret praktizierten Rückgriffe auf vorhandene fachliche Kompetenzen, sei es in den Personen polnischer Planerinnen und Planer, sei es in versachlichter Form von Wissen (Planungsunterlagen, Rechtsdokumente, Kartenmaterial usw.).³⁷ Es ist also mit einer Diskrepanz zwischen diesen Erfahrungen und Praktiken auf der einen und der repräsentativen Kommunikation resp. der sich dynamisierenden Selbstkonditionierung der Planer auf der anderen Seite zu rechnen.

auf Mitsprache erhoben, etwa das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit seinen nachgeordneten administrativen Ebenen vor Ort oder die Deutsche Arbeitsfront. Zum Agieren Letzterer im „neuen Osten“ siehe etwa: Deutsche Arbeitsfront (Hrsg.): Das deutsche Siedlungsbild im Osten, Berlin 1941.

37 Ein markantes Beispiel für die Einbeziehung polnischer Planer in städtebauliche Projekte stellte Małgorzata Popiołek-Roßkamp für Zakopane auf der Tagung „Planungen des Neuen Ostens. Architektur und Städtebau unter deutscher Besatzung in Ostmitteleuropa“ vor, die 2019 im Zentrum für historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften stattfand.

Aneignung

Diese Ausblendung provoziert die Frage danach, wie der Gegenstand des Heftes, die Planungskonzepte für den sogenannten neuen deutschen Osten, auf der einen Seite und der Ort, auf den diese Planungen projiziert wurden, also das besetzte Polen, auf der anderen Seite vorgestellt und im Heft vermittelt wurden und mit welchen kommunikativen Strategien diese Vermittlung verbunden wurde. Neben den Textbeiträgen wurden hierfür im Heft verschiedene Visualisierungsformen genutzt, die in einer spezifischen Weise die Rezeption der vermittelten Inhalte steuern und ein suggestives Kommunikationspotential entwickeln.

Die Suggestion der Karte

Die visuelle Kommunikation beginnt mit dem Einband des Heftes, dessen Vorderseite und vorderer Einschlag einer gemeinsamen grafischen Gestaltung unterzogen wurden. Klappt man den Einschlag auf, entsteht ein annähernd quadratisches Blatt. Es teilt sich in zwei Bereiche. Im unteren Bereich, der nur einen schmalen Streifen ausmacht, sind der Titel der Zeitschrift, Heftnummer, Jahrgang, Verlag und Verlagsort genannt. Der obere Bereich ist in Abgrenzung dazu in einem Rahmen eingefasst und zeigt eine mit schwarzen Linien und Zeichen gestaltete Grafik. In deren unterer linken Ecke sticht der Hefttitel durch Größe und leuchtend rote Farbe hervor (Abb. 1).

Die Grafik selbst lässt sich in drei Ebenen differenzieren. Die erste Ebene ergibt sich aus einer reduzierten Darstellung topografischer Elemente. Sie sind bezeichnet und lassen die Grafik als Kartenausschnitt erkennen. Dieser reicht etwa von Berlin im Westen bis ca. 700 km nach Osten und von der südlichen Ostsee bis an den nördlichen Rand des Karpatenbogens. Auf diese Ebene gehören auch vier Städte (Berlin, Dresden, Breslau, Stettin), die mit unregelmäßigen, schraffierten und mit einer Linie eingefassten Flächen in Größe und Lage grob umrissen und somit nicht nur lokalisiert, sondern in die Topografie eingefügt erscheinen.

Ausgehend von der Topografie erklärt sich eine Reihe weiterer, unterschiedlich gestalteter Linien, deren Darstellungsconvention darauf verweist, dass sie Grenzverläufe markieren. Die Linien sind ebenso wenig wie die Territorien, die sie einschließen, bezeichnet; sie lassen sich aber mit Blick auf den zeitgenössischen Kontext des Heftes deuten. So kennzeichnet die durchgehende Linie im Osten die zeitgenössische Außengrenze des Deutschen Reiches und die Strichpunktlinie bzw. die dünnere gestrichelte Linie die Begrenzung des Generalgouvernements als „Nebenland“ des Reichs. Die gepunktete Linie im Westen fasst ohne Binnengliederung das Territorium der Reichsgaue Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie des Regierungsbezirks Zichenau ein; nordöstlich werden mit der gepunkteten Linie die Grenzen Ostpreußens und Sudauens markiert. Im Westen und Süden dehnt sich auf der Karte das sogenannte Altreich aus. Der topografischen Ebene wird somit eine aktuell politische – die zweite kartografische – Ebene hinzugefügt.

Über diese Fläche sind scheinbar unzählige kleine Zeichen in Form geometrischer Grundfiguren wie Kreis, Quadrat und Dreieck verteilt. Sie sind weiß und von dicken schwarzen Linien umrandet oder gänzlich schwarz sowie jeweils mit einem Ortsnamen versehen. Die Namenszüge sind alle gleich groß und kleiner als die Namenszüge der vier Städte der

topografischen Ebene. Auch markieren die Zeichen und Namenszüge lediglich die Lage der einzelnen Orte, sie werden nicht zu einem Teil der Topografie. Der Bereich, auf dem die Zeichen verteilt sind, ist nach Westen zu strikt mit der gepunkteten resp. gestrichelten Linie und damit auf die genannten östlichen Reichsteile begrenzt. Während so das linke Bildfeld wenig differenziert erscheint, ist das Bild in der Mitte grafisch verdichtet und die Zeichen reichen im Osten über die mit breiter Linie resp. Punkt-Strich-Linie markierte Grenze des Reiches bzw. des Generalgouvernements hinaus und bis an den rechten Bildrand heran.

Die Bedeutung dieser dritten Ebene erschließt sich anders als die anderen beiden Ebenen zunächst nicht. Da eine Legende oder eine Bezeichnung fehlt, setzen sich der Hefttitel und die Zeitschriftendaten gewissermaßen als Bildunterschrift zur Karte in Beziehung und bieten sich so als Deutungshilfen an. Der leuchtend rote Hefttitel legt dementsprechend nahe, dass es sich bei der Karte um eine Darstellung der „Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten“ handelt, der darunter befindliche Zeitschriftentitel „Raumforschung und Raumordnung“ bezieht diese Stadtplanung auf den breiteren aktuellen Planungszusammenhang und die Datierung des Heftes auf das Frühjahr 1941 datiert diese Stadtplanung auf den zeitgenössischen Kontext. Die Karte scheint dementsprechend, die zeitgenössischen nationalsozialistischen Planungen im „neuen Osten“ zu veranschaulichen.

Die Grafik wurde in nahezu identischem Aussehen als ausklappbare Tafel in den Leitartikel Umlaufs nochmals eingebunden (Abb. 2). Lediglich die Heftdaten fehlen und an Stelle des roten Schriftzugs des Hefttitels befindet sich nun ein vom Kartenfeld ausgespartes Rechteck, das eine Legende und einen Maßstab enthält. Der Titel der Legende, „Ostdeutsche Städtegründungen“, klärt über den Gegenstand der so als Themenkarte erkennbaren Darstellung auf. Der Legende folgend kennzeichnen die über die Karte verteilten Zeichen historische Stadtgründungen nach deutschem Recht, wobei die unterschiedlichen geometrischen Formen auf unterschiedliche historische Zeiten (bis 1300, bis 1400, bis 1600 und nach 1600) verweisen. Eine kurze Notiz am unteren Rand benennt, dass die Karte „Nach Prof. Kötzschke“ angefertigt worden sei. Darüber hinaus wird die Darstellung mit einer am linken Rand befindlichen Bildunterschrift als „Karte der deutschen Städtegründungen in den neuen deutschen Ostgebieten (einschließlich Ostpreußen) und im Generalgouvernement“ bezeichnet.

Der Verweis auf Kötzschke führt schließlich zu einer dritten Karte. Diese ist einer von den Historikern Rudolf Kötzschke und Wolfgang Ebert verfassten und 1937 publizierten Abhandlung über die „Geschichte der ostdeutschen Kolonisation“ beigegeben und darf als unmittelbare Vorlage für die beiden zuvor beschriebenen Karten gelten (Abb. 3).³⁸ Die auf den Karten im Themenheft markierten Orte lassen sich punktgenau von den Orten bei Kötzschke, Ebert ableiten. Anders aber als auf der Karte im Themenheft wurden bei Kötzschke, Ebert die verschiedenen historischen Phasen, denen die einzelnen Stadtgründungen zugeordnet wurden, nicht mit unterschiedlichen geometrischen Formen gekennzeichnet, sondern mit immer gleichgroßen Punkten in unterschiedlichen, kräftigen Farben. Die farbigen Punkte wurden dabei auf eine Karte projiziert, die visuell durch eine monochrome Gestaltung und geringe Farbintensität gegenüber den Punkten deutlich zurückgenommen erscheint. Die so unterlegte Karte zeigt die dem Erscheinungsjahr der Publikation entspre-

38 Wolfgang Ebert, Rudolf Kötzschke: Geschichte der ostdeutschen Kolonisation, Leipzig 1937. Die Karte wurde von Ebert bearbeitet.

chenden Staatsgrenzen und ist mit kartografischen Elementen ausgestattet. Sie ist damit als kartografische Projektion eines bestimmten geografischen Ausschnittes und so das Bild an sich als Karte erkenn- und bestimmbar. Der Kartenausschnitt reicht von Braunschweig und Bamberg im Westen bis Czernowitz und Wilna im Osten und die Markierung der Siedlungen, die nach deutschem Recht gegründet worden seien, dehnen sich auf den gesamten Kartenausschnitt aus.

Es verbinden sich in dieser Darstellung Karte und Diagramm. Die indexikalische Bestimmung der Lage der Orte verbleibt dabei auf der Ebene der unterlegten Karte und wird mittels der visuellen Gestaltung von dort aus für die Projektion des historischen Phänomens verfügbar gemacht. Dieses differenziert sich in den Punkten, die durch ihre Verschiedenfarbigkeit und ihre Verteilung auf der Karte ein sowohl qualitatives als auch quantitatives Verhältnis zueinander und in Bezug auf den geografischen Ausschnitt der unterlegten Karte visualisieren. Insofern bilden die Punkte ein Diagramm.³⁹ In der Verbindung von beidem, Karte und Diagramm, kam es zu einer Verräumlichung eines Wissens über die deutsche Ostsiedlung, das Kötzschke und Ebert aus der Auswertung schriftlicher Quellen erlangt hatten und dem nunmehr mittels der Visualisierung eine historische und geografisch-räumliche Evidenz unterstellt wurde. Allerdings blieben bei Kötzschke, Ebert die beiden Darstellungsebenen – d.h. der mit der unterlegten Karte angedeutete zeitgenössische Referenzrahmen auf der einen Seite und die auf die Karte projizierte diagrammatische Darstellung des historischen Phänomens auf der anderen Seite – durch die beschriebenen gestalterischen Elemente deutlich voneinander getrennt.

Es ist offensichtlich: Bei der Übertragung der Karte von Kötzschke, Ebert in die Zwecke des Doppelheftes der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ wurden einige wirkungsvolle Veränderungen vorgenommen. Für die Klappkarte, die unmittelbar auf Kötzschke, Ebert Bezug nahm und dieser folgend explizit dasselbe historische Phänomen veranschaulichte, wurde auf die Differenzierung zwischen Karte und diagrammatischer Projektion verzichtet und deren Darstellung auf ein und derselben grafischen Ebene realisiert. Der historische Gegenstand wurde so unmittelbar mit der zeitgenössischen territorialen Gliederung verknüpft. Dieser Bezug wurde darüber hinaus konkretisiert, indem die Projektion des historischen Phänomens der deutschen Ostsiedlung, das bei Kötzschke, Ebert von Braunschweig bis Czernowitz reichte, auf den geografischen Raum des „neuen deutschen Ostens“ und östlich davon beschränkt wurde.

Im Effekt verkehrt sich die argumentative Richtung, insofern nicht mehr die zeitgenössische Karte als Referenzraum für das historische Phänomen genutzt wurde, wie es bei Kötzschke, Ebert der Fall war, sondern das historische Phänomen zur Charakterisierung der zeitgenössischen Territorien des „neuen deutschen Ostens“ samt Generalgouvernement diente. Damit wurde ein Konnex zwischen den historischen Stadtgründungen und der zeitgenössischen politisch-administrativen Ordnung evoziert, der zu suggerieren scheint, dass die zeitgenössischen Grenzen in einer begründbaren Beziehung zu den mittelalterlichen resp. neuzeitlichen Stadtgründungen stehen und somit Relevanz für den „neuen deutschen

39 Zur Differenzierung von Karte und Diagramm: Gyula Pápay: Kartenwissen – Bildwissen – Diagrammwissen – Raumwissen. Theoretische und historische Reflexionen über die Beziehungen der Karte zu Bild und Diagramm, in: Stephan Günzel, Lars Nowak (Hrsg.): KartenWissen. Territoriale Räume zwischen Bild und Diagramm, Wiesbaden 2012, S. 4561.

Osten“ haben. Die Bildunterschrift der Klappkarte, in der gleichfalls nicht zwischen historischem Phänomen und zeitgenössischem Bezugsrahmen unterschieden wurde, fördert diesen Effekt der Verschleifung des historischen Arguments mit der zeitgenössischen politischen Situation.

Im Rückschluss auf die Karte bei Kötzschke, Ebert und deren Übertragung in die Klappkarte erschließt sich nun auch die dritte kartografische Ebene auf dem Bild des Einbandes, und zwar – wie auch bei den beiden anderen Karten – als Kennzeichnung historischer Stadtgründungen nach deutschem Recht auf dem Gebiet des „neuen deutschen Ostens“, und zwar auch hier bezogen auf die Grenzen des Deutschen Reiches vom Frühjahr 1941. Allerdings wurde in der Darstellung auf dem Einband die Verschleifung von historischer Projektion und Gegenwart durch den Verzicht auf jegliche Erläuterung noch weiter ausgereizt. Und so kippt die Darstellung in der Verbindung mit dem Hefttitel von der Visualisierung eines historischen Phänomens in eine diffuse Imagination künftiger Stadtgründungen im „neuen deutschen Osten“. Dieses Changieren zwischen den Zeitebenen ist umso wirkungsvoller, als dass der Einband als Einstieg in die Rezeption in der Regel nur oberflächlich wahrgenommen und so diese Indifferenz in die Lektüre des Bandes hineingetragen wird.

Das Prinzip Grundriss

In den ersten Fachbeitrag des Bandes, den Leitartikel von Umlauf, wurden neben der Klapptafel weitere Tafeln eingebunden: eine einzelne Tafel mit einem „Vorentwurf für die Neugründung der Stadt Lipno im Reichsgau Danzig-Westpreußen“ von Liedecke (Abb. 4) und eine aus mehreren Tafeln bestehende Fotostrecke mit dem Titel „Ein Querschnitt durch die Städte der angegliederten Ostgebiete“, für die Umlauf selbst als Autor genannt wurde (Abb. 7, 8).⁴⁰ Mit den Abbildungen auf diesen Tafeln wurden zugleich die beiden wesentlichen Formate visueller Darstellungen im Heft eingeführt: der Grundriss und die Bildstrecke. Der Grundriss erscheint im Band vornehmlich in zweierlei Art: zum einen als Darstellung historischer Stadtgrundrisse, mit denen das Thema der „Ostkolonisation“, das so markant mit den Karten den Auftakt des Heftes thematisch und visuell bestimmte, in einer anderen Bildgattung aufgenommen und weitergeführt wurde, zum zweiten in Form von Grundriss schemata, die der Visualisierung von Planungsmodellen dienen.

Liedecks Entwurf für Lipno, der zwar in den Beitrag von Umlauf eingebunden war, aber inhaltlich dem Artikel „Die Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse“ von Culemann zuzuordnen ist, und die konzeptionell eng damit verbundenen Schemata in Culemanns Beitrag selbst dürfen als programmatisch gelten.⁴¹ Fast alle weiteren schematischen Darstellungen, die im Heft vorgestellt wurden, schlossen mal mehr mal weniger daran an. Mit ihren Arbeiten stellten Liedecke und Culemann ein Planungskonzept zur Diskussion, mit dem ausgehend vom kleinstmöglich angenommenen Siedlungselement bis zur Großstadt eine von statistischen Größen abgeleitete, in sich abgestimmte und umfassende Siedlungsstruktur und -hierarchie entworfen wurde. Für die Visualisierung dieses Konzeptes nutzten die beiden Planer das Quadrat. Es veranschaulichte die statistisch abzählbaren Einheiten

40 Umlauf, Querschnitt (wie Anm. 9).

41 Culemann, Gestaltung (wie Anm. 10).

der unterschiedlichen Elemente des Stadtaufbaus (Wohn- und Geschäftseinheiten, Umfang der Gemeinschaftsbauten usw.) und diente zugleich als geometrische Form, mit der diese Elemente auf der Fläche arrangiert und so imaginativ räumlich zueinander in Bezug gesetzt wurden. Durch dieses Verfahren wurden die auf Grundlage von übergeordneten raumplanerischen Erwägungen statistisch abgeleiteten Größen sogleich in eine ästhetische Qualität überführt (Abb. 5).⁴²

Im Entwurf für Lipno projizierte Liedecke ein entsprechend ausgearbeitetes Schema auf eine topografische Karte, die den südlichen Zipfel des Reichsgaus Danzig-Westpreußen abbildete. Liedecke veranschaulichte damit beispielhaft, wie die von technokratischen Überlegungen geleiteten Konzepte der Raumplanung, vermittelt über den schematischen Aufbau der Siedlungshierarchie und Siedlungsstruktur, wie er von Culemann in seinem Beitrag theoretisch entwickelt wurde, in einen Entwurf für eine konkrete städtische Anlage transformiert werden sollte. Das Siedlungsschema – gleichermaßen Diagramm wie Grundriss einer imaginierten städtischen Siedlung – war das Medium, in und mit dem sich diese Transformation vollzog und sich zugleich die neuralgische Position manifestierte, die die Stadtplanung in der oben beschriebenen Konstellation der Raumplanung einnahm.

Das Hauptaugenmerk der historischen Stadtgrundrisse lag wiederum auf der Veranschaulichung mittelalterlicher Anlagen und ihrer als wesentlich begriffenen Gestaltungselemente. Die Grundrisse wurden entweder mittels jüngerer Kartenmaterials, auf dem die mittelalterliche Situation teilweise mit grafischen Mitteln herausgearbeitet wurde, oder aber als schematische Rekonstruktion einer als ursprünglich angenommenen Situation vorgestellt. Letztgenannte Darstellungen wurden dabei in der Regel auf die Kennzeichnung des Umrisses der Stadt und von Baublöcken, herausgehobenen Einzelbauten (Rathaus, Kirche usw.) sowie Wehranlagen und Gewässer reduziert. Wie auch die Siedlungsschemata wurden die so rekonstruierten oder bearbeiteten historischen Grundrisse als einfarbige Strichzeichnungen ausgeführt. Die Differenzierung der einzelnen darin enthaltenen Elemente erfolgte über Schraffur (Abb. 6).

Dienten die Schemata von Liedecke und Culemann der stadtplanerischen Konkretisierung der zeitgenössischen Raumplanung, so kam den historischen Stadtgrundrissen im Heft eine ähnliche, nurmehr retrospektive Funktion zu. Sie führte die charakteristischen städtebaulichen Formen vor Augen, die sich im Zuge der historischen deutschen „Ostkolonisation“, des übergeordneten raumgreifenden Phänomens, ausgeprägt hatten. Dabei ging es sowohl bei den historischen Grundrissen als auch bei den Planungsschemata um die Veranschaulichung gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen, wie sie sich in der Organisation der Stadt der „Ostkolonisation“ niedergeschlagen hatten (Grundrisse) bzw. sich künftig in der neuen nationalsozialistischen Stadt im „neuen Osten“ realisieren sollten (Planungsschemata). Auf diesen Zusammenhang von städtischer Form und gesellschaftlicher Ordnung wurde die Komplexität sozialer, kultureller, ökonomischer usw. Beziehungen und Prozesse in der einen wie in der anderen zweidimensionalen Darstellung reduziert.

Durch dieses Nebeneinander von historischer Analyse und Zukunftsvision und durch die Ähnlichkeit von Schemata und Grundriss wurde eine vergleichende Perspektive evoziert, die als gemeinsamen Bezugspunkt die Vorstellung von deutschem kolonialen Handeln hatte. In dieser vergleichenden Perspektive vermochte der historische Rückbezug zugleich die

42 Zu Culemanns und Liedeckes Konzept: Bernhardt, Entwurf (wie Anm. 7).

zentrale Rolle der städtischen Siedlung im kolonisatorischen Prozess vor Augen führen und die Position der Stadtplanung im fachlichen Feld in Bezug auf Raumplanung und Städtebau und darüber in der oben umrissenen institutionellen Konstellation argumentativ stärken.

Zum anderen unterstellte die Parallelisierung von historischem und zeitgenössischem Prozess das Vorhandensein überzeitlicher Gesetzmäßigkeiten,⁴³ die gleichwohl in der nationalsozialistischen Raum- und Stadtplanung in einer neuen Qualität aufgehoben schienen. Insofern veranschaulichte der Vergleich ebenso die neue Dimension der nationalsozialistischen Kolonisation des „neuen Ostens“, der schließlich auch die baulichen Zeugnisse der historischen deutschen „Ostkolonisation“ untergeordnet wurde. Dementsprechend folgerte Liedecke in seinem knappen Kommentar zur Raumordnungsskizze für Stasburg, dass die alte Ordensstadt „nur noch Glied im Gesamtorganismus“ in dem zur Kreisstadt auszubauenden Ort „und nur als solches zu erhalten“ sei.⁴⁴

Der Fokussierung der als deutsch begriffenen Vergangenheit und Zukunft stand eine weitgehende Ignoranz anderer historischer Zusammenhänge gegenüber; Darstellungen unmittelbar der deutschen Besetzung vorausgehender polnischer Planungen oder aktueller räumlicher Situationen fehlen im Heft. Insofern erschienen Grundrisse und Siedlungsschemata als Darstellungsformen gesellschaftlicher Ordnungen, in denen sich die gestaltende Kraft der deutschen Siedler veranschaulicht und die vor dem Hintergrund dieser abstrakten Bedeutung anderen historischen Abschnitten verwehrt wurden. Aus dieser Perspektive war es nur konsequent, dass im Entwurf Liedeckes für Lipno das Siedlungsschema, das zugleich einen Stadtgrundriss suggerierte, über einer lediglich topografisch gefassten Landschaft schwebt, und die vorhandene komplexe Realität der bestehenden polnischen Stadt Lipno, die außerhalb des Bildfeldes gelegen war, aus dieser Zukunftsprojektion vollständig ausgeblendet wurde (Abb. 4).

Die Gegenwart der Fotografie

Die Grundrisse und Schemata wurden, so sie einfache Linienzeichnungen waren, in die laufenden Texte eingefügt. Für alle Abbildungen, die auf Grundlage von Fotografien im Heft reproduziert sind, wurden hingegen Tafeln genutzt, die zumeist in mehreren hintereinander eingebunden wurden. Dieses Verfahren ist eventuell auf eingeschränkte drucktechnische Möglichkeiten zurückzuführen. Allerdings wurde dieser Umstand offensiv genutzt und so wurden mit den Tafeln drei thematische Bildstrecken zusammengestellt. Während die Bildstrecke „Die städtische Erschließung des ostmitteleuropäischen Raumes“ in Form von

43 Ganter merkte in seiner Rezension des Buches von Ernst Hamm zu den mittelalterlichen Stadtgründungen der Zähringer an, dass die Ähnlichkeit zwischen den mittelalterlichen Formen des Städtebaus und den „richtig ‚funktionellen‘“ Formen moderner Stadtpläne „immer wieder von neuem verblüffend“ sei und „die wirtschaftliche Expansion eines ehrgeizigen mittelalterlichen Fürstengeschlechts, die industrielle Expansion in Amerika oder Rußland“ offenbar für den Städtebau ein und dasselbe bedeuteten, G[an]t[e]r, Ernst Hamm: Die Städtegründungen der Herzöge von Zähringen in Südwestdeutschland, Rezension in: Die neue Stadt (August 1935), S. 115-116, hier S. 116.

44 Liedecke, Städte des deutschen Ritterordens (wie Anm. 11), Tafel LII. Siehe zu dieser Argumentation: Bernhardt, Stil – Raum – Ordnung (wie Anm. 11), S. 253-256.

weiteren Grundrissen ergänzendes Material zum Beitrag von Timme lieferte, können die Fotostrecken unter dem Titel „Ein Querschnitt durch die Städte der angegliederten Ostgebiete“ von Umlauf (Abb. 7, 8) und „Das Umbau- und Neubaugebiet in Oberschlesien. Ein Bildbericht, zusammengestellt von Gerhard Ziegler“ als eigenständige Beiträge angesprochen werden (Abb. 9, 10).⁴⁵

Umlauf stellte seinem Beitrag eine Einführung voran, in der er den vorgefundenen Zustand der Städte im „neuen Osten“ charakterisierte und, unter Ausblendung der jüngsten polnischen Geschichte, eine Unterscheidung zwischen den Städten diesseits und jenseits der alten deutsch-russischen Grenze vornahm. Er regte damit eine vergleichende Wahrnehmung an, die auf die Differenzen zwischen dem „ehemals preußischen Teil[s]“ und dem „ehemals russisch-polnischen Teils[s] der angegliederten Ostgebiete“ ausgerichtet war und nahelegte, in den nachfolgenden Fotografien nach dem deutschen, in der „Ostkolonisation“ gründendem Wesen der Siedlungen auf der einen und der „Trostlosigkeit“, die diese Siedlungen in der nachfolgenden Zeit erlebt hätten, auf der anderen Seite zu suchen.⁴⁶

Das Arrangement der anschließenden Fotografien, als deren Autor Umlauf genannt wurde, lässt eine Choreografie erkennen. Den Auftakt bilden zwei Tafeln mit Fotografien der Altstadt von Thorn, denen der Autor einen Text über „Beispiele schlimmster baulicher Unkultur“, die die „20 Jahre polnischer Eigenstaatlichkeit“ an den Rändern der Stadt hinterlassen habe, zur Seite stellte.⁴⁷ Die nachfolgenden Fotografien zeigen Städte aus dem „Warthegau“, mit denen offenbar der deutscher Charakter des Stadtbildes anschaulich gemacht werden sollte; gelegentlich verwies Umlauf in den Bildunterschriften auf den deutschen Ursprung der jeweiligen Gründung (Abb. 7). Es folgen Abbildungen von Städten, die Schritt für Schritt immer weiter östlich und schließlich hinter der in den einleitenden Worten imaginierten historischen Grenze gelegen waren. Umlauf verwies auch hier auf etwaige Bezüge zur deutschen Siedlungstätigkeit, hob aber ebenso einen verwahrlosten Charakter der Orte hervor. Den Abschluss bilden die Industriestadt Łódź, die nunmehr Litzmannstadt hieß, und die polnische Hafenstadt Gdynia, die in Gotenhafen umbenannt worden war. Die Anlagen dieser beiden Städte folgten, so Umlauf in der Beschreibung, einem „geistlosen Schema“ bzw. seien in „oberflächlich-modernistischen Formen“ bebaut und verunstaltet die Landschaft „völlig verständnislos“⁴⁸ (Abb. 8).

Die Abfolge der Fotografien skizzierte auf diese Weise eine Reise, die womöglich vom Autor durchgeführt worden ist, der nun in Wort und Bild dem Betrachter seine Beobachtungen vermittelt. Das Durchblättern der Tafeln verbindet sich durch das Arrangement der Bilder imaginativ mit diesem Reiseweg zu einer immersiven Wahrnehmung. Diese wurde, vermittelt durch die verbalen Kommentare und die Bildmotive, mit dem Narrativ verbunden, dass mit dem Fortschreiten resp. dem Voranblättern gen Osten ebenso aber auch in dem damit suggestiv verbundenen Voranschreiten der historischen Zeit von der „Ostkolonisation“ bis in Gegenwart ein immer tiefer greifender Verlust städtebaulicher Qualität zu beobachten sei.

45 Timme, *Städtische Erschließung* (wie Anm. 12); Umlauf, *Querschnitt* (wie Anm. 9); Ziegler, *Umbau- und Neubaugebiet* (wie Anm. 11).

46 Umlauf, *Querschnitt* (wie Anm. 9), Tafel XXXIII.

47 Ebenda, Tafel XXXIV-XXXV, hier Tafel XXXIV.

48 Ebenda, Tafel XLIII-XLIV.

Ziegler folgte mit seiner Bildstrecke „Das Um- und Neubaugebiet in Oberschlesien“ einem anderen Ansatz.⁴⁹ Für den Einstieg wählte er eine Fotografie der Stadt Teschen sowie zwei Abbildungen der Stadt Bielitz. Die Motive, mit denen die beiden Städte vorgeführt werden, lassen darauf schließen, dass Ziegler damit drei charakteristische historische – die mittelalterliche, die neuzeitliche und die industrielle – Entwicklungsstufen veranschaulichen wollte. Die folgenden fünf Seiten sind hingegen angefüllt mit kleinen Fotografien, die – wie die Bildunterschriften kenntlich machen – defizitäre Siedlungsanlagen oder Stadträume in den „angegliederten Ostgebieten“ wiedergeben. Dem wurden einige wenige Fotografien gegenübergestellt, die als deutsch bestimmte Siedlungen oder Höfen zeigen.

Das Prinzip der Gegenüberstellung wird anschaulich auf der zweiten Doppelseite. Ziegler platzierte hier eine große Abbildung der „Alte[n] deutsche[n] Siedlung Gieschewald bei Kattowitz“ neben einer gleichgroßen Fotografie, die das „völlig abzureißende Elendsgebiete“ bei Bendzin zeigt (Abb. 9). Er griff damit auf ein Darstellungsprinzip zurück, das mit Paul Schulze-Naumburgs breit rezipierten „Kulturarbeiten“ in die Architekturdiskussion eingeführt worden war. Schulze-Naumburg hatte darin Abbildungen architektonischer bzw. städtebaulicher Lösungen, die er als vorbildlich begriff, mit Abbildungen konfrontiert, die seinem Verständnis nach verwerfliche Beispiele zeigten.⁵⁰ Das Arrangement im Beitrag Zieglers war, folgte man dieser Rezeptionslinie, dementsprechend unmittelbar mit der Bedeutung von „richtig“ und „falsch“ verknüpft; eine Semantik, die mit den Bildunterschriften verfestigt wurde.

Für das Verständnis der Bildstrecke insgesamt erweist es sich vor allem aber als wichtig, dass bis auf die Siedlung Gieschewald bei Kattowitz alle abgebildeten Orte auf diesen fünf Seiten in den Bildunterschriften mit einer Einordnung versehen wurden, die über ihren Status in der aktuellen Planung aufklärte. Den Orten, die als „Neubauzone“ klassifiziert wurden, folgen Beispiele von „Umbaugebiet[en]“ und schließlich „Neubaugebiet[en]“. Diese Bezeichnungen weisen, wenn auch begrifflich nicht ganz übereinstimmend, auf den Textbeitrag Zieglers im Band zurück.⁵¹ Sie wurden darüber hinaus in zeitgenössischen Texten für die Einstufung der Planungsgebiete im „neuen Osten“ genutzt, um den Umfang der vorzunehmenden baulichen Veränderungen zu umreißen. Dieser wiederum wurde vom baulichen Zustand abgeleitet, der seinerseits argumentativ zum Grad des im Objekt enthaltenen vorgeblichen deutschen Wesens in Bezug gesetzt wurde. „Neubaugebiet“ etwa bedeutete, dass eine als polnisch und damit zugleich als verfallenen klassifizierte Siedlung im Rahmen der deutschen Raumplanung für den vollständigen Abriss vorgesehen war.⁵²

Der dokumentarische Charakter, der mit dem „Bildbericht“ vermittelt werden sollte, erstreckte sich somit nicht nur auf die von den Planern vorgefundene und in den Abbildungen festgehaltene Situation. Vielmehr führten die Klassifizierungen, die den Bildunterschriften stets vorangestellt wurden, auch die intellektuelle Auseinandersetzung der Planer und die Umwandlung von Beobachtung und Wertung in eine Planungsperspektive vor. Die prospek-

49 Vgl. Ziegler, Umbau- und Neubaugebiet (wie Anm. 11).

50 Als Beispiel siehe etwa den 4. Band der „Kulturarbeiten“, der dem Städtebau gewidmet war. Ziegler, Umbau- und Neubaugebiet (wie Anm. 11).

51 Ebenda.

52 Siehe zu dieser Kategorisierung im Gebrauch bei Liedecke: Bernhardt, Stil – Raum – Ordnung (wie Anm. 11), S. 252 f.

tive Semantik, die mit den Präfixen „um“ und „neu“ einherging, baute zugleich eine Brücke vom Zustand zu der im Heft diskutierten, imaginierten und auf die Zukunft ausgerichteten Planung. Auf diese Weise wurde die beabsichtigte Zerstörung des Vorhandenen, die mit den Klassifizierungen festgelegt war, rasch überspielt. Schließlich folgten dem Bildbericht auf zwei weiteren Tafeln jeweils zwei Zeichnungen von Liedecke für die Städte Neumark und Strasburg im Reichsgau Danzig-Westpreußen, die seinem Beitrag „Die Städte des deutschen Ritterordens in der Raumordnung der Gegenwart“ zuzuordnen sind (Abb. 10). Liedecke kombinierte auf diesen Tafeln jeweils die Rekonstruktion des mittelalterlichen Grundrisses und die Raumplanungsskizze für die zukünftige Entwicklung der beiden Städte. Im Arrangement des Tafelblocks wurde so die geordnete Struktur der ordenszeitlichen Stadtgründungen sowie die nationalsozialistische, raumordnende „Tatkraft“ der zuvor im Bildbericht vorgeführten „Verwahrlosung“ polnischer Städte suggestiv gegenübergestellt.⁵³

Die ästhetischen Mittel, derer sich Umlauf und Ziegler in beiden Fotostrecken bedienten, waren ähnlich. Die Aufnahmen erfolgten in der Regel von einem gegenüber dem Gegenstand der Aufnahme weit, mitunter sehr weit entfernten Standpunkt bzw. unter Verwendung von Objektiven mit einer geringen Brennweite. Für die Fotografien bei Ziegler wurde teilweise der Standpunkt des Fotografen so gesetzt, dass die offenbar abzulichtenden Objekte erst am Horizont auftauchen und somit die Leere als das eigentliche Motiv in den Vordergrund gerückt wurde. Die motivisch in das Zentrum anderer Aufnahmen gesetzten Gegenstände erscheinen oft räumlich nicht eingefasst, die Bildränder dadurch entgrenzt. Halbtotale und Totale dominieren; immer wieder wurden Aufsichten eingestreut. In Verbindung mit der Motivwahl insbesondere bei Ziegler – Bauernkaten, Schuppen, unbefestigte Wege, Stadtränder usw. – entsteht der Eindruck von Ungestalt, Verlassenheit, Verwahrlosung.

Während Grundrisse und Schemata im Heft in erster Linie der Imagination von vergangenen oder zukünftigen Stadträume dienten, scheint den beiden Bildstrecken die Aufgabe zugekommen zu sein, einen Zugang zur aktuellen Situation im Planungsgebiet herzustellen. Sie wurden dafür mit einer Rhetorik des Dokumentarischen versehen. Diese Rhetorik verstärkte sich durch die Art und Weise, wie Ziegler und Umlauf die Fotografien präsentierten. Die beiden Autoren bedienten sich dafür Gattungen, die anderen Bereichen medialer Kommunikation bzw. anderen Fächern entlehnt waren. Umlauf operierte nah am Reisebericht bzw. der Reportage, die den Rezipienten angeregte, dem kompetenten Auge des Autors zu folgen. Ziegler deutete mit der Bezeichnung seiner Fotostrecke als „Bildbericht“ ein ähnliches Prinzip an. Er bediente sich damit einer zeitgenössischen Begrifflichkeit, denn 1935 hatte Joseph Goebbels angeordnet, das an Stelle der Kunstkritik der Kunstbericht treten solle, um den Kunstwerken mit Sachlichkeit statt subjektivem Urteil zu begegnen.⁵⁴ Die parataktische Reihung der Fotografien und deren Einordnung nach Planungskategorien steht allerdings klassifizierenden Untersuchungsmethoden und -präsentationen etwa der Rassenkunde näher.⁵⁵ Ziegler als Autor der Bildstrecke bzw. die Autoren der Fotografien traten –

53 Vgl. Liedecke, Städte des deutschen Ritterordens (wie Anm. 11), Tafel LI-LII.

54 Cornelia Schmitz-Berning: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin u.a. 2010, S. 364 f., <https://doi.org/10.1515/9783110928648.343>.

55 Ein zeitgenössisches und in unmittelbarer Nähe zu den Raumplanern im sogenannten neuen deutschen Osten praktiziertes Beispiel ist die rassentypologische „Vermessung“ und fotografische Dokumentation von Juden, die im Ghetto in Tarnów festgehalten wurden, dazu: Margit Berner: Letzte

anders als bei Umlauf – damit eher hinter eine von ihnen scheinbar unabhängige und rationale Wissensordnung zurück, als deren Sachbearbeiter sie auftraten.

Indem darüber hinaus lediglich Fotografien, so die Suggestion, der Autoren oder deren Kollegen verwendet wurden, kann angenommen werden, dass sich eine spezifische kommunikative Situation zwischen den Autoren und den Rezipienten herstellte, die zumal aus Fachkreisen und damit aus der engeren oder weiteren Kollegenschaft der Autoren stammten. Und so reflektierten die Bildstrecken nicht nur Aneignungsstrategien der Autoren, sondern vermittelten diese performativ über das Medium Fotografie und die genutzten Gattungen an die Rezipienten. Der Erfahrungshorizont der Rezipienten konnte dabei – je nach Person – sowohl bezogen auf den Gegenstand der Aneignung angesprochen als auch mit Blick auf die Gattung (Reportage, Bildbericht) spezifisch aktiviert werden. In der Summe der gestalterischen Mittel ist der Inszenierung der Fotostrecken einen Gestus des souveränen Überschauens der Situation eigen, der sich auf die Rezipienten zu übertragen vermochte und mit dem der Gegenstand der Aneignung, der „neue deutsche Osten“ in seiner anzutreffenden Gegenwart, auf Distanz gebracht wurde.

Eine performative Aneignung

Karten und Grundriss sind visuelle Medien der Territorialisierung von Macht; sie sind es in der Praxis ihrer Herstellung gleichermaßen wie in ihrer Vermittlung und orientierenden Funktion für künftige Handlungen. Im Doppelheft erscheinen unter diesem Gesichtspunkt zwei Ebenen konzeptionell und in ihrer Vermittlung eng miteinander verklammert – die Vorstellung des „neuen deutschen Ostens“ als eine Planungsregion mit einem besonderen Charakter (Karten) und die räumliche Ordnung konkreter Orte in dieser Region, sei es historischer (Grundrisse) oder künftige zu realisierender Stadtanlagen (Siedlungsschemata). Die Vorstellungen waren dabei selektiv bzw. an abstrakten Ordnungen geknüpft: Nicht die Vielschichtigkeit der Geschichte der Region, sondern allein die Prozesse deutscher Siedlungstätigkeit wurden mit den Karten anschaulich gemacht; nicht die in ihrer Form und in ihrer historischen Genese genau bestimmte Parzelle in der Stadt wurde als relevant vorgestellt, sondern das Prinzip der Gestalt der historischen Stadt; nicht die genaue Einbettung der neuen Stadt, des neuen Viertels in die vorhandene Situation, sondern das grob umrissene Gliederungsschema derselben schwebte zeichnerisch über der Landschaft oder der alten Stadt. Sowohl das Vergangene als auch das Zukünftige wurde so auf Modelle hin interpretiert und entsprechend visualisiert: Die Vergangenheit wurde mittels räumlicher Ordnungsprinzipien wahrgenommen, die auf die historischen Stadtgrundrisse zurückgeblendet wurden; die zukünftige Gestaltung des „neuen Ostens“ als die Realisierung abstrakt abgeleiteter raumplanerischer Modelle vorgestellt, die als Diagramme die Landschaft überlagerten. Die Aneignung des Planungsgegenstandes, d.h. des „neuen deutschen Ostens“, der in wesentlichen Teilen besetzte polnische Gebiete betraf, erfolgte somit – sowohl in seiner retrospektiven Sicht als auch in der prospektiven Schau – über die Projektion von Prinzipien und Modellen. Durch diese Projektion hindurch wurde das Vorhandene wahr-

Bilder/Final Pictures. Die „rassenkundliche“ Untersuchung jüdischer Familien im Ghetto Tarnów 1942 / The 1942 „Race Study“ of Jewish Families in the Tarnów Ghetto, Leipzig u.a. 2020.

genommen und bewertet und die zukünftige Gestalt des Planungsgegenstandes imaginiert. Hierin bestand die Strategie der raum- und stadtplanerischen Besetzung des Gebietes und der Territorialisierung von Macht.

Eine Strategie, die über das Heft mit seinem programmatischen Charakter an einen breiten fachbezogenen Rezipientenkreis vermittelt wurde, und zwar in Bildtypen, die den Rezipienten aus der täglichen Arbeit vertraut waren, die sie auswerteten und teilweise selbst für die Praxis produzierten. Dabei wurde diese Strategie im Heft mit dem RKF als zukünftig dominante politischen Instanz im „Osten“ verknüpft und mit Autorität versehen. Die kommunikative Funktion des Heftes erstreckte sich damit nicht allein auf die Klärung der stadtplanerischen Konzepte für den „neuen deutschen Osten“ und die Positionierung und Stärkung des RKF als Bezugsinstanz dafür. Vielmehr kommunizierte es mit dem gleichermaßen politisch wie fachlich „abgesegneten“ Vorgehen der planerischen Besetzung zugleich eine Strategie der Selbstermächtigung an die verschiedenen mit den Planungen vor Ort betrauten Institutionen und Planer.

Die Fotostrecken von Umlauf und Ziegler scheinen dieser „geordneten“ Vergangenheit und Zukunft eine situative bzw. Aktualität verbürgende Bildlichkeit der Gegenwart gegenüberzustellen. Mit der immersiven Bildtypologie der „virtuellen Reise“ (Umlauf) bzw. des Dokumentarischen des Bildberichtes (Ziegler) wurde eine Ansprache der Rezipienten realisieren, die – je nach Rezipient – Resonanz in dessen Erfahrungswelt finden konnte und die die Kommunikation von der Vermittlung abstrakter Konzepte durch die scheinbare Unmittelbarkeit und suggestive Vertrautheit der Wahrnehmung auf eine kollegiale Ebene verlagerte. Das Gegenwärtige lag damit eher in eben dieser Praxis der Vergegenwärtigung und weniger im Gegenstand, den die Fotografien zum Motiv bzw. zum Thema hatten. Denn dieser Gegenstand wurde nicht nur durch seine Inszenierung in den Bildstrecken degradiert, sondern vor allem als etwas vorgestellt, das durch die Planungen gedanklich bereits als etwas zu Vergehendes bzw. als etwas zu Überwindendes bestimmt wurde. In der Konsequenz wurde in allen drei Visualisierungsstrategien durch die genutzten Bildgattungen bzw. -typen, deren konkreter Gestaltung und deren Kontext das Gegenwärtige, das Vorgefundene, d.h. der in den Städten vorgefundene städtebauliche Situation, die ja den unmittelbaren Planungsgegenstand vor Ort bildete, mental distanziert gehalten und der Rezipient – einschließlich der Autoren, die ebenso als Rezipienten anzusprechen sind – in einen Schwebezustand zwischen Vergangenheit und Zukunft gebracht.

Erfahrungen

Das Doppelheft „Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten“ zeigt sich im Ergebnis der Analyse als ein gleichermaßen gezielt wie geschickt eingesetztes Medium: Es diente der Durchsetzung interner Machtkonstellationen und der Verankerung der Planungskonzepte für die dauerhafte Beherrschung des „neuen Ostens“ in dieser Machstruktur ebenso wie es die Planungen mit der Vorstellung überzeitlicher Gesetzmäßigkeit verband. Es etablierte Wahrnehmungsmechanismen und bot so Orientierung und Ermächtigungsstrategie für die Fachkollegen auf den unterschiedlichen administrativen Ebenen an. Damit sind vorläufige Antworten auf die eingangs formulierten Fragen gegeben. Auch die These ist bestätigt, dass nämlich die Stadtplanung, und zwar nicht nur mit ihren Konzepten, Model-

len und deren schrittweiser Realisierung, sondern auch in ihrer kommunikativen Funktion und als Prozess der Konditionierung ein aktiver Faktor der Besetzung und Element der Herausbildung von Machtordnungen im „neuen Osten“ war.

Für die Bewältigung des zweiten anfänglich skizzierten Problems aber, dass nämlich die Forschung zur Stadtplanung im „neuen deutschen Osten“ mit der Konzentration auf die Planungsquellen und damit auf Quellen nationalsozialistischer Provenienz strukturell und trotz aller Kritik latent in den historischen Machtkonstellationen verfangen bleibt, hat die hier vorgestellte Untersuchung, indem sie erneut eine deutsche Quelle zum Gegenstand hatte, keinen Ansatz geliefert. Womöglich verweist das Ergebnis der Untersuchung aber auf eine Funktionsweise des Mechanismus, der sich hinter der Forschungslage verbirgt, nämlich auf die systematische mediale Überblendung der Gegenwart bzw. auf deren rhetorische Distanzierung, indem sie – wenn sie im Heft thematisiert wurde – als eine möglichst rasch zu überwindende Situation und somit lediglich als Moment der Transition zwischen Vergangenheit und Zukunft dargestellt und bewertet wurde. Eine kritische Revision der Historiografie zur Stadtplanung im besetzten Osten müsste prüfen, ob und inwieweit diese Überblendung als Auslassung, als Blindstelle bis in die Forschung nachwirkte.

Mit dem Ergebnis wird aber ebenso ein Ansatzpunkt erkennbar, von dem aus sich eine Forschungsperspektive entwickeln lässt. Anregung hierzu gibt eine Studie von Jane Caplan zum Baedeker, der für das Generalgouvernement 1943 herausgegeben wurde.⁵⁶ Caplan führt darin die auseinanderdriftenden Ebenen von ausgeblendeter Gegenwart, Vergangenheitsvorstellung und imaginerter Zukunft zusammen. Sie konfrontiert das im Reiseführer imaginierte Bild des Generalgouvernements mit Erlebnisberichten von Deutschen, die in das Generalgouvernement versetzt worden waren, sowie mit Ereignissen und Ereignisorten, in denen entlang der imaginierten Reiseroute die deutschen Besatzer ihre Macht ausübten, dabei Polen deportierten und hinrichteten sowie in der sogenannten Aktion Reinhard Juden, Sinti und Roma in Vernichtungslagern systematisch ermordeten.⁵⁷ Caplan konstatiert, dass der Baedeker und damit das Medium des Reisehandbuches als Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft fungierte und ihm so die Funktion einer mentalen Stabilisierung der deutschen Rezipienten zugekommen sei. Der als problematisch erlebte Zustand der Gegenwart, wie er etwa in Reiseberichten in der deutschen Presse des Generalgouvernements beschrieben wurde, sei so umgangen und die in dieser Gegenwart Reisenden mit Vorstellungen einer Zukunft versorgt worden, die gleichermaßen unabsehbar war, wie sie herbeigeseht wurde.⁵⁸

Caplans Herangehensweise lässt sich für die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Stadtplanung im „neuen deutschen Osten“ adaptieren, und es lässt sich damit der Ansatz erweitern, der für die Analyse des Doppelheftes gewählt wurde. Im Anschluss der Ergebnisse hätte der Fragen nach dem Wie der Vermittlung von Planungskonzepten und des Planungs-

56 Das Generalgouvernement. Reisehandbuch von Karl Baedeker, Leipzig 1943; Jane Caplan: „Jetzt judenfrei“. Writing Tourism in Nazi-Occupied Poland, hrsg. v. German Historical Institute, London 2012. Siehe auch: Jens Wietschorke: „Baedekers Generalgouvernement“. Raumrepräsentation und Geopolitik in einem Reisehandbuch aus dem Jahr 1943, in: *Mittelweg* 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 23 (2014), H. 1, S. 99–122.

57 Zur Aktion Reinhard siehe zuletzt vor allem: Stephan Lehnstaedt, Robert Traba (Hrsg.): *Die „Aktion Reinhardt“*. Geschichte und Gedenken, Berlin 2019; Wienert, Lager bauen (wie Anm. 6).

58 Vgl. Caplan, „Jetzt judenfrei“ (wie Anm. 56), S. 23.

gegenstandes nun die Frage zu folgen: Wie verhielt sich diese Vermittlung zur alltäglichen Erfahrung der Planer und wie zur Praxis der Besetzung? Das hieße, dass in der Forschung der im Doppelheft praktizierten Ausblendung der Gegenwart systematisch entgegensteuert und der virtuellen Welt von Vergangenheit und Zukunft konsequent die erlebte und praktizierte Gegenwart gegenübergestellt und thematisiert würde. Das beträfe in einem ersten Schritt nicht nur die Untersuchung der Planungspraxis, deren fachlichen Voraussetzungen, administrativen Strukturen und personelle Ausstattung – hierzu liegen Arbeiten vor, sondern auch die Untersuchung der Aneignung und Nutzung lokaler fachlicher, administrativer usw. Kompetenzen und der schrittweisen Aneignung der ökonomischen Grundlagen der Planung, etwa durch massenhafte Enteignung. Um diese Aneignungsprozesse, damit aber auch die Einschnitte resp. Transformationen, die diese Prozesse auf u.a. administrativer, materieller und konzeptioneller Ebene bedeuteten, beschreiben zu können, ist es in einem weiteren Schritt notwendig, den Untersuchungszeitraum auf die Zeit vor 1939 zu erweitern. Das hieße, dass die Stadtplanung für den „neuen deutschen Osten“ zur Stadtplanungsgeschichte in der Polnischen Republik in Bezug gesetzt würde. Das ließe sich zugleich als Impuls nutzen, um die Forschung zur nationalsozialistischen Stadtplanung im „neuen Osten“ von ihrer allzu starken Fokussierung auf diese Gebiete zu lösen und die Aufmerksamkeit in einem stärkeren Maße, als es bisher erfolgt ist, auf besetzte Gebiete östlicher der Reichsgrenze bzw. des Generalgouvernements auszudehnen – auf dieses Forschungsdesiderat haben Karolina Jara und Aleksandra Paradowska bereits hingewiesen.⁵⁹

Vor allem aber bedarf es einer Betrachtung, die die Imagination der deutschen Besatzer von Stadt im „neuen Osten“ sowie die Praxis der Stadtplanung auf der einen Seite und die okkupierte Stadt als vielschichtiger Erfahrungsraum einer sich räumlich manifestierenden Herrschaft auf der anderen Seite in einen wechselseitigen Bezug zueinander zu stellen vermag. Hierfür ist eine andere Vorstellung vom Gegenstand der Untersuchung notwendig, wofür der theoretische und konzeptionelle Ausgangspunkt der Fragestellung und der Analyse von der Stadtplanung zur Stadt verschoben werden sollte. In einem theoretischen und methodischen Brückenschlag zur aktuellen Stadtforschung (*Urban Studies*) wäre die räumliche und bauliche Ausprägung ebenso wie die imaginierte oder medialisierte Vorstellung der Stadt, einschließlich der Planungen für ihre räumliche Entwicklung, als Ergebnis und Prozess sozialer Praktiken zu verstehen. Es liegt im Wesen dieser Herangehensweise, dass diese Praxis nicht auf die in den Planungsprozess und den Prozess der Realisierung der Stadtplanungen unmittelbar einbezogenen Akteure reduziert werden kann. Stattdessen wird ein solcher Zugang die verschiedenen Gruppen berücksichtigen, die Teil der räumlichen und der imaginierten Ausformung von Stadt waren, sei es aktiv oder reaktiv oder sei es, indem eine ganze soziale Gruppe durch Unterdrückung, Deportation, Ermordung oder Umsiedlung aus dieser Praxis ausgeschlossen wurde. Ein solcher Ansatz schlosse damit auch die Zerstörungen der bestehenden räumlichen, sozialen und kulturellen Ordnungen in die Untersuchung mit ein. Mit Blick auf die historisch bedingte Quellensituation, hieße das freilich,

59 Karolina Jara und Aleksandra Paradowska: The Urban Planning and Architecture of the Period of Third Reich in Poland, in: Karolina Jara, Aleksandra Paradowska (Hrsg.): Urban Planning and Architecture of the Period of Third Reich in Poland, Themenheft: kunsttexte.de/ostblick 3 (2019), S. 3, <https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/21472/0A%20Einleitung.pdf?sequence=1&isAllowed=y> [letzter Zugriff: 11.01.2022].

dass Quellen ganz unterschiedlicher Art und Gattungen, etwa die Planzeichnung auf der einen und Berichte und Erinnerungen an die Besatzung auf der anderen Seite zueinander in Bezug gesetzt werden müssen. Dass damit keine geringen methodischen Herausforderungen verbunden sind, liegt auf der Hand.

Summary

National Socialist town planning for the so-called new German East was an element of a holistic approach to spatial planning. As such, it was not only its nature and its goals which were a means of controlling the occupied regions; it was rather the planning itself, as a process of communication and conditioning, as well as a mental and intellectual appropriation of the plan, which was a fundamental element in the development of power structures in the respective regions. On the basis of this assumption, the present article analyses a double issue of the periodical „Raumforschung und Raumordnung“ („Spatial Research and Planning“) which was published in the spring of 1941. The issue was entitled „Town planning in the new East“ and may be considered a programmatic contribution to the discussion in which the representatives of town planning sought to establish a position within the technical and institutional context of spatial planning. At the same time, the issue reflects the discussion around the planning region. The present article analyses both levels, the institutional and technical power structures and the appropriation processes as portrayed visually in the publication and as conveyed to colleagues, and demonstrates how these two levels are related to one another. It is striking that the discourse distanced itself from the present. This was created on the one hand by an argumentative „bridge“ between the historical German „colonisation of the East“ and the National Socialist concepts of settlement, and on the other hand by a pejorative account of the existing circumstances. Finally, the conclusion that this probably resulted in a discrepancy between the image of the „new East“ as created by the media and local planning practice provides a basis on which to sketch a perspective for future research.



Abb. 1: „Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten“, Themenheft der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (1941), H. 3/4, Vorderseite und vorderer Einschlag des Einbandes



Abb. 2: „Ostdeutsche Stadtgründungen“, Klappkarte im Themenheft „Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten“ der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (1941), H. 3/4

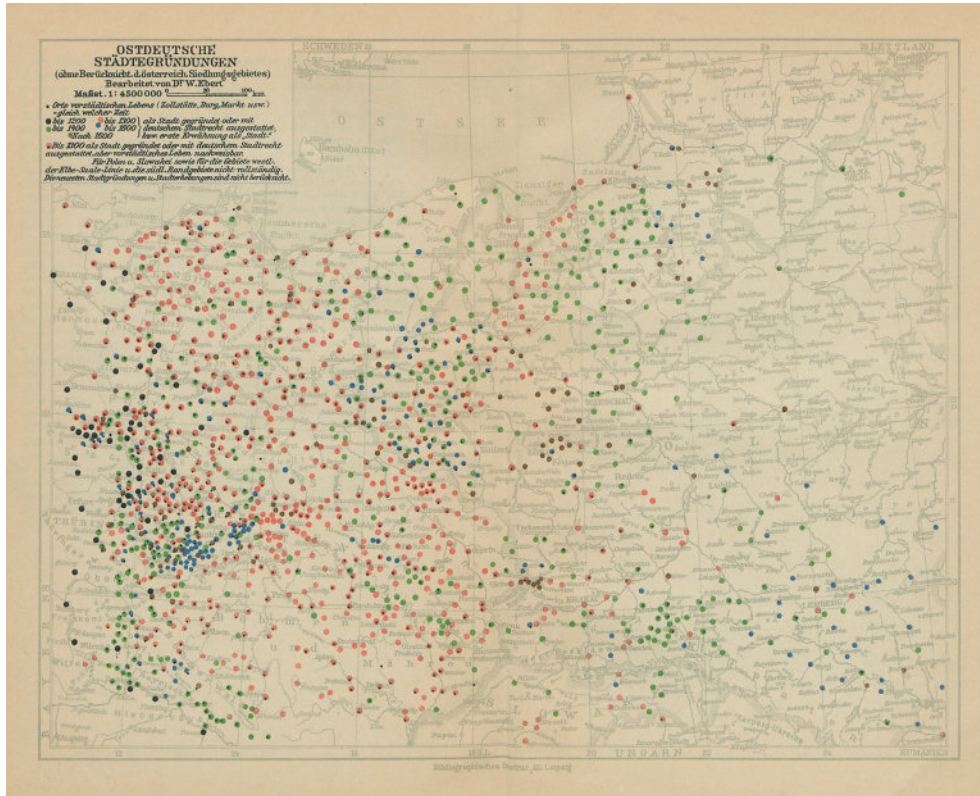


Abb. 3: „Ostdeutsche Stadtgründungen“, Klappkarte in der von Wolfgang Ebert und Rudolf Kötzschke verfassten Publikation „Geschichte der ostdeutschen Kolonisation“, Leipzig 1937

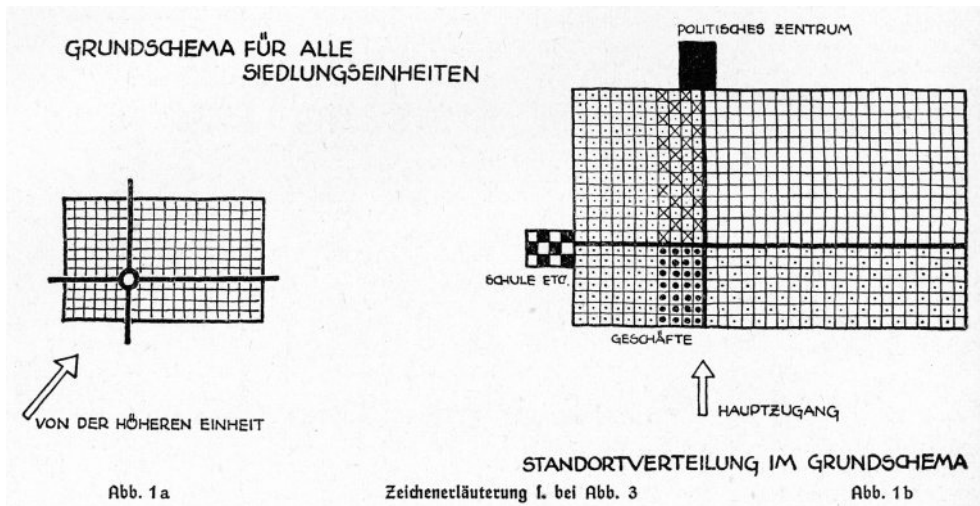


Abb. 5: Carl Culemann: Siedlungsschemata, Themenheft „Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten“ der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (1941), H. 3/4

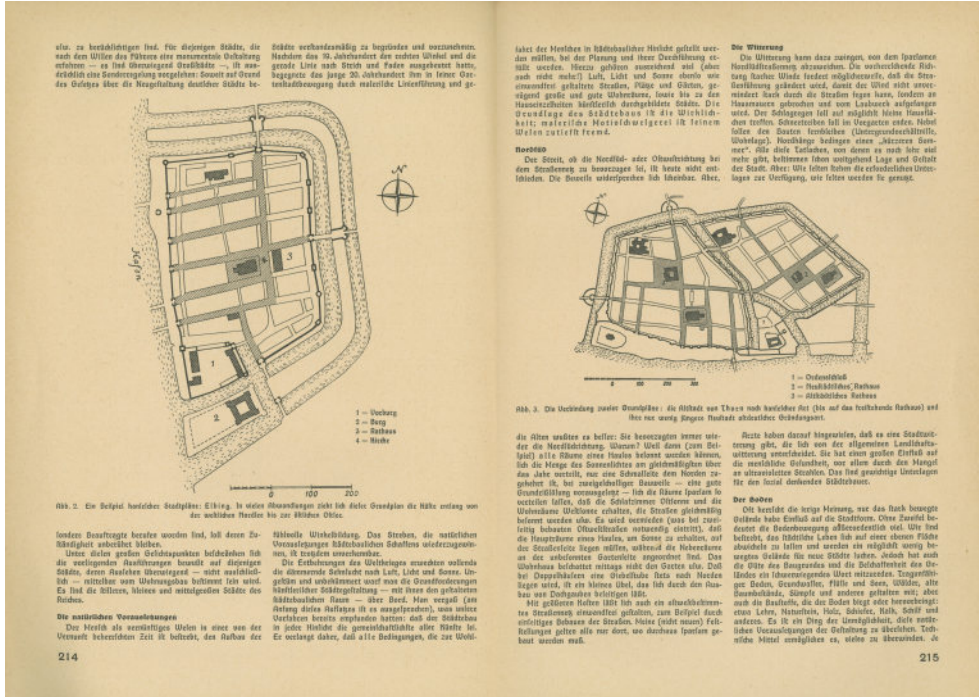


Abb. 6: Erich Böckler: „Die Gestalt der deutschen Stadt im Osten“, Themenheft „Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten“ der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (1941), H. 3/4

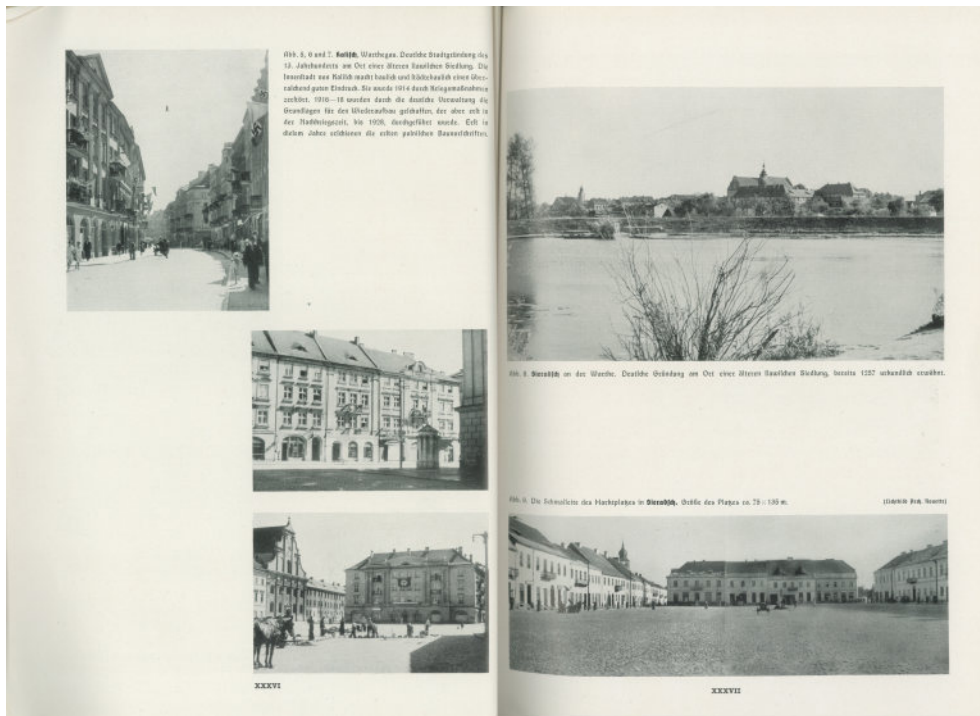


Abb. 7: Josef Umlauf: „Ein Querschnitt durch die Städte der angegliederten Ostgebiete“, Themenheft „Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten“ der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (1941), H. 3/4

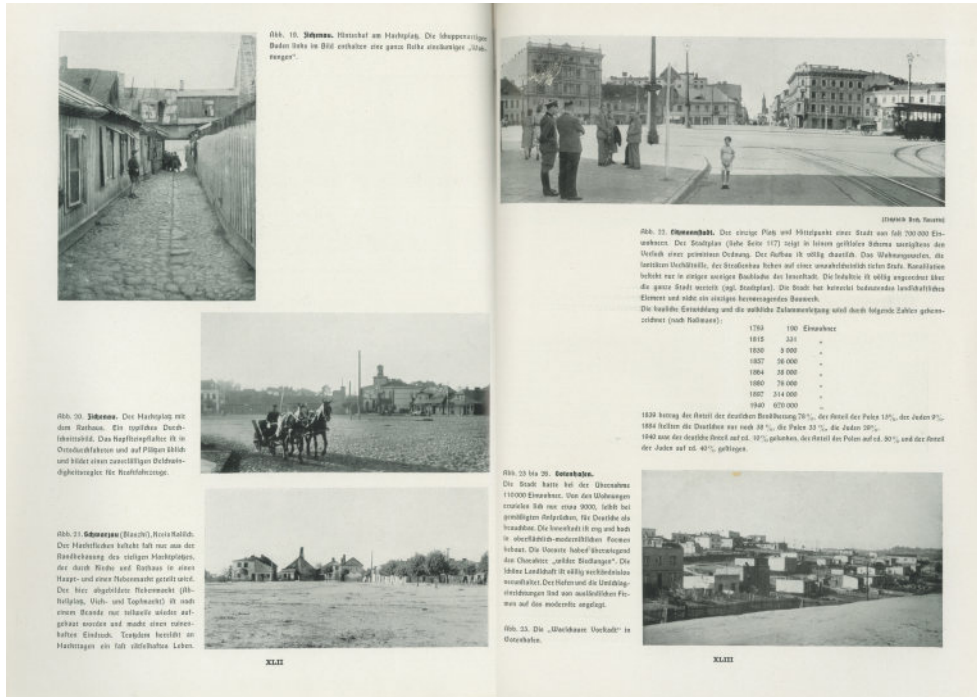


Abb. 8: Josef Umlauf: „Ein Querschnitt durch die Städte der angegliederten Ostgebiete“, Themenheft „Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten“ der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (1941), H. 3/4



Abb. 9: Gerhard Ziegler: „Das Umbau- und Neubaugebiet in Oberschlesien. Ein Bildbericht“, Themenheft „Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten“ der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (1941), H. 3/4

Im Zeichen einer neuen Ordnung: Der Kommunistische Jugendverband (Komsomol) und die Russlanddeutschen (1918–1930)

von Victor Dönninghaus

*„Wir zerstören die ganze Welt der Gewalt /
Von Grund auf, und dann /
Bauen wir unsere, eine neue Welt, /
Und wer niemand war, wird alles“.
(„Internationale“/ Hymne der UdSSR)*

1. Einleitung: „Hand an das Chaos legen und es der [neuen] Ordnung unterwerfen“¹

Die erste Aufgabe, die die proletarische Revolution nach Lenin zu erfüllen hatte, war die Zerstörung des Staates und die Erhebung der Volksmassen gegen die ungerechte Ordnung der Dinge, um die alte Ordnung für immer umzugestalten.² Im festen Glauben, in Form der Diktatur des Proletariats über ein Allheilmittel zum Aufbau der „neuen Ordnung“ zu verfügen, schreckten die Bolschewiki nicht davor zurück, die Stützen von Staat und Gesellschaft – Armee, Gerichtswesen, Verwaltung, Familie, Kirche, Schulen, politische Parteien und die Wirtschaft – zu zerstören.³ In seiner kurz vor der Oktoberrevolution von 1917 verfassten Schrift „Staat und Revolution“ beschrieb Lenin die künftige kommunistische Gesellschaft, die aus der siegreichen proletarischen Revolution hervorgehen sollte: In ihr gab es weder Armee noch Polizei und alle Staatsbediensteten würden durch Wahlen in ihre Positionen gelangen. Der zukünftige Staat musste so einfach zu führen sein, dass seine Leitung jedem beliebigen Bürger anvertraut werden konnte. Die neue kommunistische Ordnung sah Lenin bereits in Ovids „Goldenem Zeitalter“ beschrieben: „Als erstes entstand das Goldene Zeitalter, das ohne Gesetz und Zwang freiwillig immer das Gute und Gerechte hochhielt“.⁴

Der Autor von „Staat und Revolution“ war sich allerdings durchaus bewusst, dass der Sieg des Proletariats nicht sofort in die kommunistische Gesellschaft münden konnte, sondern mit einer Übergangszeit zu rechnen war, während der die Diktatur des Proletariats an die Stelle des bürgerlichen Staates zu treten und die folgenden zwei Hauptaufgaben zu erfüllen hatte: die „Zerschlagung des Widerstands der Ausbeuter“ und die „Führung über

1 Jacques Ellul: La technique ou l'enjeu du siècle, Paris 1954, S. 40.

2 Arušan A. Vartumjan u.a. (Hrsg.): Revoljucija kak koncept i sobytie [Revolution als Konzept und Ereignis], Moskva 2015, S. 69, 78, 87, https://iphras.ru/uplfile/root/biblio/Revolution_2015.pdf [letzter Zugriff: 16.09.2021].

3 Michail Geller, Aleksandr Nekrič: Utopija u vlasti. Istorija Sovetskogo Sojuza s 1917 goda do našich dnei [Utopie an der Macht. Geschichte der Sowjetunion von 1917 bis heute], Bd. 1, Moskva 1995, S. 60.

4 Ebenda, S. 50 f. Vgl. Stefan Plaggenborg: Experiment Moderne: Der sowjetische Weg, Frankfurt a.M. 2006, S. 30-40.

die Masse der Bevölkerung“ zu übernehmen.⁵ Die erste Aufgabe erschien Lenin vergleichsweise einfach, da sich der Widerstand der ausbeuterischen Minderheit durch die Mehrheit des werktätigen Volkes brechen ließ.⁶ Als nicht sonderlich schwierig erachtete er auch die zweite Aufgabe – das werktätige Volk sollte sich der „bewaffneten Avantgarde“ unterordnen, bis es gelernt habe, „die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Gewalt und ohne Unterdrückung einzuhalten“.⁷

Die von Lenin in „Staat und Revolution“ dargelegten utopischen Träume lösten sich bei der Konfrontation mit der Realität schnell in Luft auf. Wie sich schon bald herausstellen sollte, war das Proletariat nicht in der Lage, die „Diktatur des Proletariats“ selbst auszuüben und eine „neue Ordnung“ zu schaffen, so dass diese Aufgabe nach dem Oktober 1917 von der „Avantgarde“ der Arbeiterklasse – also der Kommunistischen Partei – erfüllt werden musste, die sich schon bald zum alleinigen Herren des Landes aufschwang. Dabei ging es um alle Bereiche des Lebens mit all seinen sozialen, kulturellen und ökonomischen Komponenten und nicht nur um Politik. Gegen Ende seines Lebens definierte Lenin die im Land entstandene „Neue Ordnung“ folgendermaßen: „Wir müssen [...] wissen und stets daran denken, dass die gesamte juristische und faktische Verfassung der Sowjetrepublik darauf beruht, dass die Partei alles nach einem einheitlichen Prinzip berichtigt, festlegt und aufbaut [...]“.⁸ Dieses Prinzip stellte den absoluten Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei dar.

Nach ihrer Machtübernahme in einem multinationalen und multikonfessionellen Land wurde den Bolschewiki schnell bewusst, dass das ihnen zur Verfügung stehende „Menschenmaterial“ überaus heterogen und ideologisch nur schwer zu formen war. Zugleich waren sich die neuen Machthaber allerdings sicher, in Gestalt der jungen Generation über eine gesellschaftliche Kraft zu verfügen, auf die sie sich beim Aufbau der „neuen Ordnung“ in weit größerem Maße stützen konnten als auf alle anderen in der nachrevolutionären Gesellschaft vertretenen Gruppen. Der Zusammenschluss der „werktätigen“ Jugend der Stadt und des Dorfes unter dem Dach des Komsomol sollte die kommende Generation nicht nur im Geiste der kommunistischen Ideen erziehen, sondern auch eine „nie versiegende“ Reserve an Helfern und Verbreitern der Ideen der Kommunistischen Partei darstellen.⁹ Auch wenn sie die Ideen des Kommunismus nicht bis ins Letzte verstanden, waren viele junge Leute bestrebt, sich in vorderster Front bei den Erbauern der „neuen Ordnung“ einzureihen, von der zu diesem Zeitpunkt niemand wirklich sagen konnte, wie sie letztlich aussehen werde. Die Jugend fühlte sich von der Idee angezogen, einer Organisation anzugehören, die zum

5 Geller, Nekrič, *Utopija* (wie Anm. 3), S. 48 f.

6 Ebenda; vgl. dazu Dietrich Beyrau: *Petrograd, 25. Oktober 1917: Die russische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus*, München 2001, S. 27-38.

7 Vladimir I. Lenin: *Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution*, in: *Werke*, Bd. 25, Berlin 1974, S. 439, 470; dazu auch Geller, Nekrič, *Utopija* (wie Anm. 3), S. 49.

8 Vladimir I. Lenin: *Rede auf der Gesamtrussischen Konferenz der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung bei den Gouvernements- und Kreisabteilungen für Volksbildung. 3. November 1920*, in: *Werke* (wie Anm. 7), Bd. 31, Berlin 1966, S. 361.

9 Corinna Kuhr-Korolev: „Gezähmte Helden“: Die Formierung der Sowjetjugend, Essen 2004, S. 35-49; vgl. Stefan Plaggenborg: *Jugend in Sowjetrußland zwischen den Weltkriegen*, in: Corinna Kuhr-Korolev, ders. u.a. (Hrsg.): *Sowjetjugend 1917–1941. Generation zwischen Revolution und Resignation*, Essen 2001, S. 287-304.

Helfer und zur Reserve der Partei werden sollte. Die Bolschewiki selbst waren ebenfalls daran interessiert, über eine kommunistische Jugendorganisation als unersetzliche Hilfe zu verfügen.¹⁰

Die durch den Ersten Weltkrieg und den Bürgerkrieg verursachten dramatischen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur hatten zu einer erheblichen Verjüngung des Landes und einem rapiden Bedeutungszuwachs der Jugend geführt. Nach den Zahlen der Gesamtsowjetischen Volkszählung von 1926 gehörten etwa 40% der Gesamtbevölkerung Sowjetrusslands der Altersgruppe der 10- bis 29-Jährigen an.¹¹ Diese „Kinder des Oktober“, denen ein Leben im Kommunismus vorherbestimmt war, sollten der Revolution und den kommunistischen Idealen restlos ergeben sein. Hauptantrieb und neben der Partei wichtigstes Übertragungsmedium dieser Politik unter den Massen sollte der Allrussische (Allunions-) Kommunistische Jugendverband (RLKSM/VLKSM) werden, der – wie auch die Kommunistische Partei selbst – nach den Prinzipien des „Demokratischen Zentralismus“ aufgebaut war. Der Komsomol vereinte in seinen Reihen den aktivsten und der Idee des kommunistischen Aufbaus ergebensten Teil der Jugend und stellte neben der Kommunistischen Partei, der Armee und den Gewerkschaften das wichtigste Vehikel der sozialen Mobilität in der Sowjetgesellschaft dar, das die Inhaber eines Mitgliedsausweises des Komsomol nicht selten in die höchsten Sphären der Machtpyramide brachte. Da der Komsomol offener und zugänglicher als die Kommunistische Partei war, bot sich dort auch „sozial fremden“ Schichten, wie den Kindern der früheren „Ausbeuter“ die Möglichkeit, ein Schlupfloch für den sozialen Aufstieg zu finden. In Programm und Satzung des Komsomol waren dessen Ziele klar formuliert: umfassende Verbreitung der Ideen des Kommunismus unter der Arbeiter- und Bauernjugend, aktive Beteiligung der Jugend am revolutionären Aufbau der neuen Gesellschaft, Verbreitung der proletarischen Weltanschauung und Kultur unter der Jugend sowie deren „Erziehung“ zu standfesten und bewussten Kämpfern für die Ideale des Proletariats. Auch wenn der Jugendverband organisatorisch selbstständig blieb, stellte er *de facto* eine Hilfsorganisation der Kommunistischen Partei und ein Werkzeug der Partei und des Sowjetstaats dar.¹²

Nach der revolutionären Gewalt und dem Chaos des Bürgerkriegs etablierte sich eine „neue Ordnung“ im Land, in der dem Komsomol als Helfer der Kommunistischen Partei eine Schlüsselrolle zukam. Durch die straffe und einheitliche politische Struktur der Russischen Kommunistischen Partei (der Bolschewiki) (RKP[b]) und des RLKSM (von der Dorf- oder Fabrikzelle bis hin zum Zentralkomitee), auf die sich das gesamte System des Sowjetstaats stützte (Oktoberkind, Pionier, Komsomol-Mitglied, Kommunist), sollte es möglich sein, das gesamte Land in kürzester Zeit im sowjetischen Geist umzugestalten. Dabei stand auch die multinationale nichtrussische Jugend der UdSSR nicht abseits und leistete in den nichtrussischen Regionen des Landes ihren Beitrag zum Aufbau der „neuen Ordnung“, da sie entscheidend an der Zerstörung der traditionellen patriarchalischen Ordnung beteiligt

10 Kuhr-Korolev, „Gezähmte Helden“ (wie Anm. 9), S. 56-77; vgl. Viktor I. Kozodoj u.a. (Hrsg.): V avangarde molodeži. Istorija novosibirskogo komsomola [In der Avantgarde der Jugend. Geschichte des Novosibirsker Komsomol], Novosibirsk 2018, S. 11 f.

11 Corinna Kuhr-Korolev: Einleitung, in: Kuhr-Korolev, Plaggenborg u.a. (Hrsg.), Sowjetjugend (wie Anm. 9), S. 10.

12 Siehe dazu ausführlicher: Kozodoj, V avangarde (wie Anm. 10), S. 17 f.

war und antireligiöse und internationalistische Propaganda und Agitation betrieb. Aus eben diesem Milieu jugendlicher Aktivisten wurden auch die Führungskader der Partei- und Sowjetorgane aller Ebenen rekrutiert, ohne die es keine „Ordnung“ geben konnte. Dabei ist anzumerken, dass mit dieser „Ordnung“ nicht nur die bolschewistische Ordnung im Sinne der Staatsmacht, sondern auch die innerparteiliche Ordnung gemeint ist, d.h. die Lebens- und Verhaltensregeln der sowjetischen Partei- und Staatseliten. Die Errichtung der „neuen Ordnung“ implizierte auch die Aneignung völlig fremder Landschaften und in erster Linie des ihnen verhassten Dorfes durch die bolschewistischen Machthaber, in deren Folge die traditionelle Lebensweise in einem modernen, wenn auch spezifisch sowjetischen Geist umgestaltet wurde.¹³ In dem vorliegenden Beitrag soll versucht werden, all diese Phänomene am Beispiel der deutschen Jugend zu untersuchen, die die zahlenmäßig größte Gruppe der sogenannten westlichen Minderheiten¹⁴ stellte.

Folgende Fragen stehen im Mittelpunkt des Interesses: Welche Programme und Methoden entwickelte der Komsomol, um die deutschen Jugendlichen zu politisieren? Wie wurden sie umgesetzt? Wie effektiv war die Rekrutierung der deutschen Jugend in den Komsomol? Wie wurde die Agitation und Propaganda der „neuen Ordnung“ an die Sitten und die Gebräuche sowie die besonderen Eigenarten der Deutschen angepasst? Welche Rolle spielten in diesem Zusammenhang die nichtkommunistischen (religiösen) Organisationen und Vereinigungen der Deutschen? Welche anderen, über Disziplinierung und Repression hinausgehenden Mittel standen den Bolschewiki zur Verfügung, um den „neuen Menschen“¹⁵ heranzuziehen und in die „sozialistischen“ Arbeits- und Lebensformen einzubinden?

2. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der deutschen Komsomol-Organisationen

Einer der wichtigsten Indikatoren für den Sowjetisierungsgrad der Jugend waren die Mitgliederzahlen des VLKSM. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Komsomol nicht nur die „klassenbewusste“ Jugend, sondern auch „rückständige“ und politisch „ungebildete“ junge Männer und Frauen aufnahm, sofern sich diese „umschmieden“ ließen, d.h. „alle Elemente im Verband hielt, die sich umerziehen ließen“.¹⁶ Innerhalb von gerade einmal drei Jahren (1923–1925) vervierfachte sich die Zahl der Mitglieder des VLKSM auf landesweit 1,1 Mio. Personen. Allein im Jahr 1925 traten etwa 630 000 junge Männer und Frauen unterschiedlicher Nationalität dem Jugendverband bei.¹⁷ Auch im Dorf ließ sich eine rapide Steigerung

13 Vgl. dazu Plaggenborg, *Experiment Moderne* (wie Anm. 4), S. 23-40; Beyrau, *Petrograd* (wie Anm. 6), S. 197-207.

14 Ein in der sowjetischen Terminologie feststehender Begriff, womit Deutsche, Polen, Finnen, Letten, Litauer und Esten gemeint sind.

15 Siehe z.B.: Hans Günther: *Der sozialistische Übermensch. Maxim Gor'kij und der sowjetische Heldenmythos*, Stuttgart u.a. 1993, S. 179-183, 195-197; Thomas Tetzner: *Der kollektive Gott: zur Ideengeschichte des „Neuen Menschen“ in Russland*, Göttingen 2013, S. 316-325, 368-370.

16 *Slavnyj put' leninskogo komsomola. Istorija VLKSM* [Der ruhmreiche Weg des Leninschen Komsomol. Geschichte des VLKSM], Moskva 1978, S. 138.

17 Wachstumsdynamik der Zahl der Mitglieder des VLKSM von Oktober 1918 bis Januar 1941 [Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte, RGASPI], f. 1-M, op. 33, d. 2, l. 1; vgl. dazu Wachstumsdynamik der Zahl der Mitglieder des VLKSM von 1917 bis 1930, ebenda, l. 22.

der Mitgliederzahlen verzeichnen: Hatten die auf dem Land lebenden Komsomolzen 1923 landesweit gerade einmal 170 000 Mitglieder gestellt, waren es Anfang 1927 bereits über eine Million. Damit hatte der Komsomol im Dorf 1927 fast viermal so viele Mitglieder wie die Kommunistische Partei. Etwa 60% seiner Zellen befanden sich in ländlichen Siedlungen, in denen es keine Parteiorganisation gab und die Komsomolzen als einzige direkte Vermittler der Politik der Partei und somit wichtigste Stütze der Parteikomitees der Bezirke und Rayone vor Ort auftraten.¹⁸ Anfang 1930 hatte der Komsomol bereits über 2,4 Mio. Mitglieder.¹⁹

Der Anstieg der Mitgliederzahlen des Komsomol verlief jedoch nicht überall in dem gleichen Tempo. Eines der größten Probleme bestand darin, die nationale und nicht zuletzt auch die deutsche Jugend zu „sowjetisieren“. Die deutschen Kolonisten waren aufgrund ihrer ausgeprägten Religiosität, des geringen Grads der sozialen Differenzierung, der weitverbreiteten Unkenntnis der russischen Sprache sowie der recht späten Entwicklung der weltlichen nationalen Presse traditionell eher unpolitisch. So hatte der Komsomol Ende 1924 in der Ukraine, neben dem Wolgagebiet eines der Hauptsiedlungsgebiete der Deutschen, selbst nach der massiven Werbung neuer Mitglieder im Zuge der „Leninschen Rekrutierung“²⁰ nicht mehr als etwa 200 deutsche Mitglieder,²¹ die wiederum – wie es in einem Bericht des Zentralkomitees (ZK) des Leninistischen Kommunistischen Jugendverbandes der Ukraine (LKSMU) hieß – „über gemischte Zellen verteilt waren und keinerlei Einfluss auf die deutsche Jugend ausübten“.²² Im Dezember 1925 konstatierte die Moskauer Führung des ZK des Komsomol in einem der Arbeit im deutschen Dorf gewidmeten Bericht „einen schwachen Einfluss des Komsomol auf die deutsche bäuerliche Jugend und fast keinerlei Zuwachs durch Beitritt der deutschen Jugend“.²³ Zwar sei die deutsche Jugend generell engagierter als früher, aber eben nicht im Komsomol, sondern in kulturellen und nationalen Organisationen, die sich dessen Einfluss entzögen.²⁴ So ließ sich das vom ZK ausgerufene Ziel, „die Masse der deutschen Jugend durchzurütteln und deren besten Teil in den Verband zu rekrutieren“, in den deutschen Siedlungen nur mit großer Mühe erfüllen.²⁵

18 Slavnyj put' (wie Anm. 16), S. 189; vgl. dazu Zusammensetzung des VLKSM nach beruflicher Tätigkeit vom 1.01.1923 bis zum 1.01.1929, RGASPI, f. 1-M, op. 33, d. 2, l. 9.

19 Nacional'naja politika VKP(b) v cifrach [Nationalitätenpolitik der VKP(b) in Zahlen], Moskva 1930, S. 159.

20 Dabei wurden junge Arbeiter und Tagelöhner ohne jede Empfehlung oder Kandidatenzeit auf offenen Versammlungen in den Komsomol aufgenommen. Insgesamt traten im Zuge der „Leninschen Rekrutierung“ über 400 000, größtenteils der Arbeiterklasse entstammende neue Mitglieder dem Komsomol bei. Wachstumsdynamik der Zahl der Mitglieder des VLKSM von Oktober 1918 bis Januar 1941, RGASPI, f. 1-M, op. 33, d. 2, l. 1; vgl. dazu Slavnyj put' (wie Anm. 16), S. 157.

21 Laut den Zahlen der gesamtsovjetschen Volkszählung von 1926 lebten in der Ukrainischen SSR 394 000 Deutsche, die zu 82,1% jünger als 40 Jahre alt waren. Viktor Dizendorf: Istoričeskaja demografija nemeckogo naselenija Rossii i SSSR (XVIII v. – načalo XXI v.) [Historische Demografie der deutschen Bevölkerung Russlands und der UdSSR (18. Jhd. – Anfang des 21. Jhd.)], https://wolgadeutsche.net/diesendorf/Ist_demograf.pdf [letzter Zugriff: 16.09.2021].

22 Bericht des ZK des LKSMU über die Arbeit der Nationalen Minderheiten für Juli – Dezember 1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 227, l. 27.

23 Resolution des ZK des VLKSM zum Bericht des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen, 8.12.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 22-23.

24 Ebenda.

25 Bericht des ZK des LKSMU über die Arbeit der Nationalen Minderheiten für Juli–Dezember 1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 227, l. 27.

Nach den Vorstellungen des Moskauer Zentralkomitees sollte der Komsomol seine Mitgliederzahlen in zwei Schritten steigern: „In erster Linie durch die Tagelöhner- und Armbauernjugend und in zweiter Linie durch die mittelbäuerliche [Jugend]“.²⁶ Die führende Rolle im Verband war den ärmsten Schichten des Dorfes zugedacht, die als „besonders empfänglich für die kommunistischen Ideen“ galten.²⁷ Angesichts der Tatsache, dass die Mittelbauern in den deutschen Kolonien die große Masse der Bevölkerung stellten, sah sich Moskau allerdings zu einer weitreichenden Korrektur seiner Pläne gezwungen. „Die Mittelbauern stellen den aktivsten Teil der in den deutschen Kolonien ansässigen Jugend dar, sind vergleichsweise besser entwickelt und in den meisten Fällen ökonomisch unabhängiger“, konstatierten die Vertreter der Deutschen Sektion beim ZK des Komsomol (1924).²⁸

Die Klassenaufspaltung ließ sich im durch seine jahrhundertealten patriarchalen Strukturen geprägten deutschen Dorf nur schwer aktivieren, zumal es sich auch bei den meisten deutschen Tagelöhnern um ursprünglich „starke“ Kolonisten handelte, die erst durch Krieg und Revolution in den Ruin getrieben worden waren. Eine „alte“, historisch gewachsene Tagelöhnerschicht gab es bei den Deutschen praktisch nicht und die zu „neuen“ Tagelöhnern abgestiegenen früheren Mittelbauern machten die Sowjetmacht und die Allsowjetische Kommunistische Partei (der Bolschewiki) (VKP[b]) für ihre Verarmung verantwortlich und waren entsprechend feindlich eingestellt.²⁹ Dem Beitritt zum Komsomol stand auch im Wege, dass die deutschen Tagelöhner in ökonomischer Abhängigkeit von den Landwirten standen und im Falle politischer Aktivität den Verlust ihrer Arbeit riskierten.³⁰

In der Folge konnte das „Dorfproletariat“ ungeachtet aller unter den deutschen Tagelöhnern geleisteten Arbeit nicht wesentlich zum Anstieg der Zahl der deutschen Mitglieder des Komsomol beitragen.³¹ Auch wenn das ZK des VLKSM in seinen Direktiven immer wieder dazu aufrief, mehr deutsche Tagelöhner und Armbauern für den Komsomol zu gewinnen, ließen sich keine entsprechenden Erfolge erzielen. So stellten Tagelöhner Ende 1926 gerade einmal 16% der deutschen Mitglieder des Komsomol.³² Der Anteil des „proletarischen Kerns“ blieb weiterhin äußerst niedrig und die Pläne Moskaus, ausnahmslos alle deutschen

26 Thesen über die Arbeit unter der deutschen Jugend der UdSSR, 30.11.1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 12.

27 Oleg V. Kuznecov: *Izmenenija nacional'nogo i social'nogo sostava komsomol'skoj organizacii Trudovoj kommuny nemcev Povolž'ja v 1921–1925 gody* [Veränderungen der nationalen und sozialen Zusammensetzung der Komsomolorganisation der Arbeitskommune der Wolgadeutschen in den Jahren 1921–1925], in: Viktor Dolgov (Hrsg): *Problemy politologii i političeskoj istorii* [Probleme der Politologie und Politgeschichte], Saratov 1993, S. 54.

28 Thesen über die Arbeit unter der deutschen Jugend der UdSSR, 30.11.1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 9.

29 Kuznecov, *Izmenenija* (wie Anm. 27), S. 51 f.

30 Arbeit unter der deutschen Jugend. Zum Bericht des ZK des LKSMU für Mai – Dezember 1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 20.

31 „Den aktivsten Teil der Jugend stellen die Mittelbauern“, erklärten die Mitarbeiter des Gebietskomsomolkomitees der ASSR Krim, „die über Bildung verfügen, ökonomisch unabhängig sind und frei machen und sagen, was sie wollen. [...] Die Tagelöhner und Armbauern haben Angst sich zu zeigen, um nicht den Zorn ihres kulakischen Herrn und Arbeitgebers auf sich zu ziehen“. Bericht des Gebietskomsomolkomitees zur Untersuchung der Lage und Stimmung der deutschen Jugend auf der Krim, 2.09.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 107-108.

32 Resolution zum Referat Schönfeld über die Tätigkeit des Zentralbüros der Deutschen Sektionen, 16.12.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 77.

Tagelöhner in den Komsomol zu rekrutieren, konnten nicht umgesetzt werden.³³ So konstatierte das Sekretariat des ZK der VKP(b) in seiner Beschlussfassung vom 12.04.1929 – und damit kurz vor der 1930 erfolgten Auflösung des Zentralbüros der Deutschen Sektionen beim ZK des VLKSM –, dass die deutschen Tagelöhner und Armbauern so gut wie gar nicht zum Wachstum der Partei- und Komsomolzellen beitrugen.³⁴

Ein weiteres Problem bei der „Sowjetisierung“ der deutschen Jugend bestand darin, dass die Komsomolzen dem Dorf immer wieder den Rücken kehrten, um in der Stadt zu arbeiten oder ein Studium aufzunehmen. So ging aus einer in mehreren deutschen Rayonen der UdSSR durchgeführten Untersuchung hervor, dass es dort kaum Komsomolzen gab, die über mehr als ein Jahr Arbeitserfahrung verfügten (obwohl die ersten deutschen Zellen des RKSM bereits 1921 gegründet worden waren). Nach Ansicht des Journalisten Friedebert Fondis, dessen Artikel regelmäßig in der deutschsprachigen Presse erschienen, ließ sich die Steigerung der Mitgliederzahlen des Komsomol unter den jungen Deutschen unmittelbar auf deren Wunsch zurückführen, in die Stadt zu ziehen und die Mitgliedschaft im Verband als Sprungbrett für den sozialen Aufstieg zu nutzen: „Unsere Jugend geht noch zu oft in den Komsomol, um durch ihn schneller in eine Schule oder Fabrik zu gelangen“.³⁵ Auch die Führung der Deutschen Sektionen selbst wies immer wieder auf diese Tendenz hin: „Die deutsche Jugend geht in den Komsomol, aber das Ultimatum, das ihnen die Eltern stellen (entweder das Haus oder den Komsomol zu verlassen) schreckt sie ab und lässt sie beim Eintritt in den Komsomol die Bedingung stellen, entweder zum Studium oder zur Arbeit entsendet zu werden“.³⁶ Derartige Ultimaten machten es fast unmöglich, Komsomolzellen vor Ort zu festigen – insbesondere in den strategisch wichtigen deutschen Dörfern.

Analysiert man die Entwicklung der Mitgliederzahlen der deutschen Komsomolorganisationen genauer, lässt sich erkennen, dass die Zahl der deutschen Komsomolzen in den industriell geprägten Regionen dreimal schneller stieg als im ländlichen Raum, da es für die in den industriellen Zentren arbeitenden und somit finanziell unabhängigen jungen Leute wesentlich einfacher war, sich für den Komsomol zu entscheiden.³⁷ Eine wesentliche Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch der Umstand, dass gerade in ländlichen Gegenden sehr viele Komsomolzen (anders als etwa die Mitglieder der Partei) aufgrund ihres Alters wirtschaftlich von ihren „patriarchalen“ Eltern abhängig und dazu gezwungen waren, ihre Mitgliedschaft im Komsomol zu verheimlichen, was wiederum eine aktive politische Arbeit im Dorf erheblich erschwerte.³⁸ So sahen sich die deutschen Organisationen des VLKSM nicht nur mit dem Problem konfrontiert, neue Mitglieder für den Komsomol zu werben,

33 Ende 1925 gab es nach Angaben der Statistik-Abteilung des ZK des VLKSM in der UdSSR (ohne Berücksichtigung der Republik der Wolgadeutschen) gerade einmal 1 780 deutsche Komsomolmitglieder. Referat des Sekretärs des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen Schmidt, 14.10.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 31.

34 Über die Resultate des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus in den deutschen Kolonien, 12.04.1929, RGASPI, f. 17, op. 113, d. 719, l. 23.

35 Die Grundaufgaben der Jugendarbeit im deutschen Dorfe, [Mai 1925], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 158.

36 Informationsschreiben Nr. 2 der Deutschen Sektion beim ZK des VLKSMU, 3.11.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 94.

37 Siehe z.B.: Bericht der Deutschen Sektion des ZK des VLKSMU für Mai – Dezember 1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 16.

38 So waren in der Ukraine z.B. 1926 65% der deutschen Komsomolzen jünger als 20 Jahre alt.

sondern mussten durch materielle Unterstützung oder die Erlaubnis zur Abwanderung in die Stadt auch immer wieder „Schwankende“ von einem Austritt aus dem Verband abhalten.³⁹

Eine erhebliche Steigerung der Mitgliederzahlen des VLKSM ließ sich unter der deutschen Jugend erst in den 1930er Jahren verzeichnen, wobei das zu dieser Zeit zu konstatierende progressive Wachstum bis Anfang 1941 anhielt.⁴⁰ Dabei waren wie bereits in den 1920er Jahren die höchsten Zuwachsraten in den zentralen Regionen der UdSSR und vor allem in den industriellen Zentren und Städten der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) und der Ukraine sowie in der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR) der Wolgadeutschen zu verzeichnen.⁴¹ Im Zeitraum 1936–1941 stieg die Zahl der deutschen Mitglieder des VLKSM um mehr als das 2,5-fache (!): von 18 100 auf 46 000 Personen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1⁴²

Zahl der deutschen Mitglieder und Kandidaten des VLKSM in der UdSSR (1925–1941)								
1925	1927	1929	1936	1937	1938	1939	1940	1941
3 163	3 610	4 849	18 123	24 901	25 059	35 285	47 098	46 059

Der größte Zuwachs fiel just in die Jahre des „Großen Terrors“. Hatte der Komsomol Anfang 1937 noch 24 900 deutsche Mitglieder, waren es im Januar 1939 über 10 000 mehr. Dieses Phänomen lässt sich dadurch erklären, dass die seit Beginn der 1930er Jahre forcierten Bemühungen zur „Sowjetisierung“ des deutschen Dorfes gegen Ende des Jahrzehnts schließlich „Früchte“ trugen, was sich insbesondere unter der Jugend niederschlug, die für die kommunistische Ideologie und die antireligiöse Propaganda empfänglicher war als die ältere Generation der Kolonisten.

- Abrechnungsbericht der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU, 27.04.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 60ob.
- 39 Bericht über den Stand der Arbeit unter der deutschen Jugend in der Stadt und auf dem Land, [1.09.1926], ebenda, l. 144.
- 40 Insgesamt stieg die Zahl der Mitglieder des VLKSM in der UdSSR in der Zeit vom 1.01.1936 bis zum 1.01.1940 fast um das 2,5-fache: von 3,6 auf 8,7 Mio. Nationale Zugehörigkeit der Mitglieder und Kandidaten des VLKSM vom 1.01.1936 bis 1.01.1941, RGASPI, f. 1-M, op. 33, d. 71, l. 15-16.
- 41 So stieg z.B. die Mitgliederzahl der Komsomolorganisation der Wolgarepublik von 10 900 im Jahr 1932 auf 14 000 im Januar 1937 und konnte im weiteren Verlauf des Jahres 1937 allen Repressionen und Säuberungen zum Trotz sogar auf über 15 000 erhöht werden. Ende 1940 hatte der Komsomol der Wolgarepublik etwa 24 410 Mitglieder, von denen etwa 2/3 (63%) Deutsche waren. Statistische Angaben von Arkadij German (Saratov). Zusammensetzung der Komsomolorganisation der ASSR der Wolgadeutschen nach Stand zum 1.10.1940, Gosudarstvennyj archiv novejšej istorii Saratovskoj oblasti [Staatsarchiv für Neuere Geschichte des Gebiets Saratov, GANISO], f. 1, op. 1, d. 4732a, l. 5, 10, 15, 19, 24, 28, 35, 40, 45, 52, 57, 62, 69, 74, 79, 83, 89, 93, 100, 107, 112, 119, 123.
- 42 Nationale Zugehörigkeit der Mitglieder und Kandidaten des VLKSM vom 1.01.1936 bis 1.01.1941, RGASPI, f. 1-M, op. 33, d. 71, l. 15-16.

3. Förderung und Erziehung der Komsomol-Führungskader

Die politische Tätigkeit des Komsomol ließ sich nicht umsetzen, solange es nicht gelang, in ausreichender Zahl Aktivisten zu finden, die als Sekretäre von Rayonssektionen oder Komsomolzellen eingesetzt werden konnten. Bereits Mitte der 1920er Jahre wurde der Jugendverband vielfach als Organisation wahrgenommen, „die gute Posten und ein gutes Einkommen verschafft“.⁴³ Wer sich als junger Mensch führungstreu verhielt, fand im Komsomol eine administrative Ressource, die es Aufsteigern ermöglichte, einen Schnellkurs in politischer „Bildung“ zu durchlaufen. Angesichts der Schwäche der nationalen Parteiorganisationen setzten sich die Komsomolzen an die Spitze des politischen und sozialen Lebens im Dorf. Die jugendlichen Aufsteiger bildeten schon bald einen eigenen Bürokratenstand, der im Dorf einen Fremdkörper darstellte und durch die Abhängigkeit von den übergeordneten Strukturen, das Streben nach Bewahrung und Ausbau der mit dem eingenommenen Posten verbundenen Privilegien sowie die Angst vor deren Verlust zusammenschweißte wurde.⁴⁴

Ungeachtet aller Privilegien blieb das Problem, loyale Kader für die Arbeit in den nationalen Strukturen des Kommunistischen Jugendverbandes (KSM) zu finden, lange Zeit ungelöst. „Es gibt so gut wie gar keine aktiven Mitglieder, weder aus örtlichen noch aus abkommandierten Kräften. Für die Arbeit unter den nationalen Minderheiten [...] besteht faktisch kein Apparat“, bemerkte die Führung des ZK des LKSMU in ihrem Bericht für das Jahr 1924.⁴⁵ Das galt in vollem Umfang auch für die Deutschen. Im November 1924 sah sich die Führung des Zentralbüros der Deutschen Sektionen beim ZK des RLKSM gezwungen, eine Beschlussfassung herauszugeben, der zufolge „alle deutschen Komsomolzen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt Posten in sowjetischen, kooperativen oder Wirtschaftseinrichtungen bekleiden, ausschließlich für die Komsomolarbeit eingesetzt werden“ sollten.⁴⁶ Für den Fall, dass vorhandene Planstellen nicht besetzt werden konnten, sollten entsprechend qualifizierte deutsche Komsomolkader auch zwei Stellen gleichzeitig besetzen dürfen (z.B. als Sekretär der Zelle und Mitarbeiter des Dorfsowjets).⁴⁷

Hauptkaderschmieden für deutsche Komsomolfunktionäre der mittleren Ebene waren die Gouvernementsparteischulen in Odessa, Omsk und Simferopol, an denen jeweils auch deutsche Sektionen bestanden, sowie die Kommunistische Universität der Nationalen Minderheiten des Westens (KUNMZ) in Moskau.⁴⁸ Abgesehen davon kümmerte sich die Moskauer Führung praktisch bis in die Mitte der 1920er Jahre kaum um Ausbildung, Auswahl und Verteilung der Komsomolaktivisten und beschränkte diesbezügliche Aktivitäten auf einige

43 Dina A. Amanžolova: *Obščestvennye organizacii v social'no-kul'turnom prostranstve etničnosti* [Gesellschaftliche Organisationen im sozio-kulturellen Raum der Ethnizität], in: Natal'ja Volynčik (Hrsg.): *Sovetskie nacii i nacional'naja politika v 1920–1950-e gody* [Sowjetische Nationen und Nationalitätenpolitik in den 1920er – 1950er Jahren], Moskva 2014, S. 550.

44 Vgl. ebenda, S. 546 f.

45 Bericht des ZK des LKSMU über die Arbeit der Nationalen Minderheiten für Juli – Dezember 1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 227, l. 24.

46 Thesen über die Arbeit unter der deutschen Jugend der UdSSR, 30.11.1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 11.

47 Ebenda.

48 Bericht über die Arbeit des Deutschen Büros für die Zeit vom 12.05. bis zum 1.07.1923, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 145, l. 2.

wenige oberflächliche Instruktionen, die eine sorgfältige Auswahl der deutschen Studenten der Parteischulen bzw. der KUNMZ anmahnten.⁴⁹ Erst Anfang 1925 wurden alle an den Parteischulen studierenden deutschen Komsomolzen verpflichtet, sich beim Zentralbüro der Deutschen Sektionen registrieren zu lassen, um nach Abschluss des Studiums planmäßig eingesetzt werden zu können. Zur gleichen Zeit brachte die Führung der Deutschen Sektionen den Vorschlag auf, in allen von den Gebietskomitees des Komsomol organisierten Spezialkursen (in denen z.B. Mitarbeiter für die unter Pionieren und Kindern zu leistende Arbeit, Leiter der Schulen der Bauernjugend usw. geschult wurden) Quoten für Deutsche einzuführen.⁵⁰ Außerdem waren neben der Entsendung von Studenten an die Hoch- und Parteischulen weiterhin Konferenzen für die Sekretäre der deutschen Zellen und Kompaktkurse in den deutschen Siedlungsgebieten eine wichtige Form der Weiterbildung der Aktivisten.⁵¹ In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die deutschen Kolonisten insbesondere in den mennonitischen Siedlungen ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau aufwiesen und sich nur mit Hilfe politisch versierter und der Kommunistischen Partei gegenüber loyaler Kader „sowjetisieren“ ließen, an denen im Dorf ein katastrophaler Mangel herrschte. „Die mobilen Schulen, Kompaktkurse usw. reichen nicht aus, um Aktivisten für verantwortliche Posten zu qualifizieren. Wir müssen unsere Studenten der Partei- und Sowjetschulen zu dieser Arbeit heranziehen, um sie mit der Arbeit [in den deutschen Rayonen] bekannt zu machen“ erklärte der Sekretär der Deutschen Sektionen beim ZK des LKSMU Gottwald.⁵² Ungeachtet aller Anstrengungen ließ der Zuwachs der Zahl der Komsomolaktivisten allerdings weiter zu wünschen übrig. Im Mai 1925 konstatierte das ZK des RLKSM: „Was das Aktiv der westlichen nationalen Minderheiten betrifft, steht es alles andere als gut: Die Aktivisten lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen. Überhaupt keine Mitarbeiter gibt es unter der deutschen Jugend“.⁵³

Es ist zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Teil der beim ZK registrierten deutschen Komsomol-Aufsteiger in den großen Städten und industriellen Zentren lebte, den Alltag in den deutschen Kolonien der UdSSR kaum kannte und nicht in die ländliche Provinz drängte. So war es nur folgerichtig, dass das Zentralbüro der Deutschen Sektionen seine Anstrengungen darauf konzentrierte, die Ausbildung der den Reihen der Kolonisten selbst entstammenden Komsomolaktivisten zu forcieren und diese gezielt zu fördern. Eine Bedingung dafür war, dass nicht nur das Bildungsniveau und die soziale Stellung des Geförderten den Anforderungen entsprachen, sondern sich dieser auch aktiv am gesellschaftlich-politischen

49 Bericht des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen für die Zeit vom 1.11.1923 bis zum 15.01.1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 145, l. 30; siehe dazu: Julia Köstenberger: Die Geschichte der „Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens“ (KUNMZ) in Moskau 1921–1936, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2000/2001), Nr. 14, S. 248-303.

50 Vgl. Resolution „Über den Zustand und die bevorstehenden Aufgaben der Komsomolarbeit unter der deutschen Jugend“, 27.02.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 33-34.

51 Thesen über die Arbeit unter der deutschen Jugend der UdSSR, 30.11.1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 12.

52 Protokoll des Erweiterten Plenums des Zentralbüros der Deutschen Sektionen, 22.01.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 41.

53 Referat des Leiters der Unterabteilung für Nationale Minderheiten des ZK des RLKSM Fajnberg, [Mai 1925], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 351, l. 12.

Leben des Dorfes beteiligte, z.B. durch Mitarbeit im Büro der Zelle, im Dorfsowjet, in der Gewerkschaft oder im Bauernkomitee.⁵⁴ Entsprechende Kandidaten unter den deutschen Kolonisten zu finden, war alles andere als einfach. „Was das Komsomolaktiv der deutschen Jugend betrifft“, resümierte die Führung des Zentralbüros der Deutschen Sektionen Ende 1925, „entspricht dieses weder quantitativ noch qualitativ den an die Komsomol-Bewegung der deutschen Jugend gestellten Anforderungen“.⁵⁵

Die Situation wurde noch dadurch verschärft, dass die deutschen Aktivisten vielfach bestrebt waren, in den russischsprachigen Machtstrukturen zu arbeiten, wo sich bessere Aufstiegschancen boten als in den deutschsprachigen Siedlungen.⁵⁶ Auch der Versuch des Zentralbüros, den „Basisapparat“ der deutschen Sektionen durch Komsomolkader aus der Republik der Wolgadeutschen zu stärken, war schon allein deshalb zum Scheitern verurteilt, weil es auch dort an qualifizierten Kräften fehlte.⁵⁷ So erklärte die Führung des Gebietskomsomolkomitees der ASSR der Wolgadeutschen im Januar 1926 in aller Offenheit: „Bei uns steht die Frage einer irgendwie rationalen Verteilung der Kräfte nicht im Raum. Wir haben schlicht keine“.⁵⁸

Besonders schwierig war es, Komsomolkader zu finden, deren politisches und allgemeines Bildungsniveau den Anforderungen der Arbeit in den mennonitischen Siedlungen gerecht wurde. „Wir können keine Aktivisten zur Arbeit unter der mennonitischen Jugend schicken, die weniger gebildet sind als die Jugend selbst. Als Aktivisten kommen nur Absolventen der KUNMZ und der Parteischulen in Frage, die die Mennoniten kennen [...]“, erklärte in diesem Zusammenhang der Sekretär der Deutschen Sektionen beim ZK des LKSMU Gottwald.⁵⁹ Leute zu finden, die bereit waren, ihren städtischen Status gegen ein Leben im mennonitischen Dorf einzutauschen, war überaus schwierig. Und auch die Zahl der politisch versierten Komsomolzen, deren Bildungsniveau ausreichte, den mennonitischen Predigern Paroli zu bieten, war mehr als überschaubar. So hatte die überwiegende Mehrheit (78%) der etwas über 50 deutschen Aktivisten, die im Herbst 1925 auf unterschiedlichen Ebenen in der Ukraine eingesetzt wurden, ihre politische Bildung ausschließlich in mobilen Wanderschulen erworben. Die Sekretäre der Zellen verfügten in der Regel über keinerlei politische Ausbildung und entstammten größtenteils jenem Milieu äußerst unerfahrener Komsomolzen, deren Ziel ausschließlich darin bestand, so schnell wie möglich zu Studium oder Arbeit in die Stadt zu ziehen.⁶⁰ Der Kadermangel hatte in vielen Fällen zur

54 Siehe z.B.: Resolution des ZK des RLKSM zum Bericht des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen, 8.12.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 22-23; Resolution des Kollegiums für Nationale Minderheiten des ZK des RLKSM, [April 1925], ebenda, d. 366, l. 7-8.

55 Bericht des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen für die Zeit vom 15.08. bis zum 15.11.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 31-32.

56 Protokoll des Erweiterten Plenums des Zentralbüros der Deutschen Sektionen, 22.01.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 38.

57 Sitzungsprotokoll des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen, 14.10.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 1.

58 Protokoll des Erweiterten Plenums des Zentralbüros der Deutschen Sektionen, 22.01.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 39.

59 Ebenda, l. 40.

60 Bericht des Sekretärs des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen Schmidt, 14.10.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 6.

Folge, dass die deutschen Zellen des KSM von russischsprachigen Komsomolzen geführt wurden, die nicht einmal Deutsch sprachen.⁶¹

Um die Kadersituation in den deutschen Rayonen zu verbessern, schlug die Führung der Deutschen Sektionen vor, die wenigen deutschen Mitarbeiter der Bezirkskomitees in die Rayonskomitees zu versetzen, um sie „der Basis näher zu bringen“ und auf Ebene der Amtsbezirke hauptamtliche Kräfte zu beschäftigen. Dies ließ sich in der Praxis aber nur schwer umsetzen.⁶² Trotz der Anstrengungen des Zentralbüros der Deutschen Sektionen, in allen deutschen Rayonen der UdSSR Komsomolkomitees mit überwiegend deutschen Mitarbeitern zu organisieren, gab es mehr Planstellen als potentielle Kandidaten.⁶³ In einer ganzen Reihe von Bezirken mit hohem deutschen Bevölkerungsanteil (Žitomir, Mariupol', Artemovsk, Korosten', Nikolaev, Cherson, Zaporož'e und in der ASSR Moldawien) gab es zudem im Frühjahr 1926 keine hauptamtlichen deutschen Komsomolinstrukteure. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Bezirkskomsomolkomitees Odessa und Melitopol'.⁶⁴ Insgesamt bestand das deutsche Komsomolaktiv in der Ukraine zu diesem Zeitpunkt aus gerade einmal 150 Personen: 35 Mitarbeiter der Rayonskomitees und 115 Sekretäre von Dorfzellen.⁶⁵ Zur Verbesserung der in ländlichen Gegenden bestehenden Kadersituation begann das ZK des LKSMU, deutsche Mitarbeiter aus den Städten in die deutschen Rayone abzukommandieren. Allein im Jahr 1926 kamen 27 Personen zur Arbeit in die Rayons- und Bezirkskomitees und -zellen, unter ihnen auch Studenten der Odessaer Parteschule und der KUNMZ.⁶⁶ In einer Reihe von gemischten Rayonen der Ukraine mussten der deutschen Sprache mächtige Mitglieder der Rayonskomitees oder Aktivisten aus der nächstgelegenen „starken Zelle“ zusätzlich zu ihrer eigentlichen Tätigkeit als (nebenberufliche) Instrukteure in diesen Rayonen arbeiten.⁶⁷ In anderen Rayonen wiederum mussten rein deutsche Zellen von russischen, der deutschen Sprache unkundigen Sekretären geleitet werden, da es keine deutschen Kandidaten für diese Arbeit gab.⁶⁸ Besondere Erfolge bei der Sowjetisierung der deutschen Jugend waren von solchen Aktivisten kaum zu erwarten. „In den meisten deutschen Dörfern sind die Sekretäre der Zellen Russen oder Juden“, hieß es in diesem Zusammenhang im Bericht der Deutschen Sektion des ZK des LKSMU für 1926.⁶⁹ Ein akuter Mangel an deutschen Komsomolkadern – von den Sekretären der Zellen bis hin zu den Mit-

61 Ebenda.

62 Resolution des Kollegiums für Nationale Minderheiten des ZK des RLKSM, [April 1925], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 7-8; Protokoll des Erweiterten Plenums des Zentralbüros der Deutschen Sektionen, 22.01.1926, ebenda, d. 569, l. 40.

63 Siehe z.B.: Resolution zum Referat über die Überprüfung der Arbeit unter der deutschen Jugend in der Ukraine, 14.12.1925, ebenda, d. 850, l. 27.

64 Resolution zum Bericht der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU auf der Allukrainischen Tagung der Komsomolarbeiter der Nationalen Minderheiten, 27.04.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 34.

65 Abrechnungsbericht der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU, 27.04.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 61-61ob.

66 Ebenda.

67 Siehe z.B.: Thesen zum Referat Gottwald „Über die Arbeit unter der deutschen Jugend“, 26.04.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 42.

68 Bericht des Sekretärs des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen Schmidt, 14.10.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 7.

69 Bericht der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU für Mai – Dezember 1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 16ob.

arbeitern der Bezirkskomitees – war im gesamten Verlauf der 1920er Jahre auch in anderen Regionen der UdSSR und insbesondere in Sibirien und Kasachstan zu verzeichnen.⁷⁰

Ein weiteres Problem, mit dem sich die Führung der deutschen Komitees des KSM konfrontiert sah, war auch weiterhin die durch verschiedene Gründe (Studium, Militärdienst, Wechsel des Wohnorts usw.) hervorgerufene Fluktuation der Kader.⁷¹ So blieben z.B. zwei deutsche Rayonskomsomolkomitees in der Ukraine nach der Einberufungskampagne vom Herbst 1926 ganz ohne Sekretäre.⁷² Zudem waren viele deutsche Komsomolaktivisten gleichzeitig auch in den Apparaten der Rayonsexekutivkomitees oder anderer gesellschaftlicher oder sowjetischer Einrichtungen tätig. Diese Doppelbelastung hatte in der Regel zur Folge, dass die Arbeit in der Zelle nur auf dem Papier stattfand.⁷³

Bei der Besetzung von Führungsstellen des Komsomol mit deutschen Kräften ließ sich erst 1927 eine Wende verzeichnen, insbesondere in der Ukrainischen SSR, wo zu diesem Zeitpunkt in den Rayonskomsomolkomitees alle Stellen mit „Aktivisten der mittleren Ebene“ besetzt waren. In sieben von ihnen hatten Deutsche den prestigeträchtigen Posten des Sekretärs und des Mitglieds des Büros des Rayonskomitees inne.⁷⁴ In fünf gemischtnationalen Rayonen waren deutsche Bevollmächtigte bei den Rayonskomitees des LKSMU tätig. Ende der 1920er Jahre waren in einigen Rayonskomitees des KSM zudem sogenannte freiwillige Instrukteure tätig, die regelmäßig einige Tage im Monat in den deutschen Zellen arbeiten mussten, um ein örtliches Aktiv auszubilden und die Zentralisierung der regionalen Komsomolkomitees zu verstärken.⁷⁵ Problematisch blieb die Kader-Lage auf der „unteren“ Verwaltungsebene: Das Aktiv der Komsomolzellen war weiterhin zahlenmäßig klein, politisch wenig versiert und in vielen Fällen der deutschen Sprache nicht mächtig.⁷⁶ In nicht wenigen Fällen prägten eben diese Kader die sowjetische Politik im deutschen Dorf, wobei sie immer wieder in Gegensatz zu jahrhundertalten Traditionen und Gebräuchen gerieten.⁷⁷

Die mit fehlenden deutschen Kadern und der Förderung und Ausbildung des Komsomolaktivs vor allem der unteren Ebene verbundenen Probleme waren im gesamten Verlauf der 1920er Jahre zu beobachten und verzögerten die Umsetzung der von den übergeordneten gesamtsowjetischen Partei- und Komsomolorganen ausgehenden Anweisungen und Anord-

70 Siehe z.B.: Beschlüsse des deutschen Instrukteurs des ZK des VLKSM Schönfeld zur Überprüfung der Arbeit im Bezirk Slavgorod, 22.07.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 560, l. 155.

71 Schlussfolgerungen und Vorschläge [der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU] zur Untersuchung des Karl-Liebkecht-Rayons, 1.09.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 722, l. 20.

72 Beschlüsse und Vorschläge [der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU] zur Überprüfung der Arbeit im Petrovskij-Rayon, [September 1926], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 722, l. 18.

73 Ebenda.

74 Bericht der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU für Mai – Dezember 1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 160b.

75 Protokoll der 7. Bundesberatung der Deutschen Sektionen und Parteiarbeiter, 10.06.1929, [Staatsarchiv des Gebiets Novosibirsk, GANO], f. p-2, op. 1, d. 3996, l. 73.

76 Arbeit unter der deutschen Jugend. Zum Bericht des ZK des LKSMU für Mai – Dezember 1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 20.

77 Sehr treffend beschrieb einer der ukrainischen Delegierten des 5. Plenums des ZK des VLKSM (1927) die Lage vor Ort: „Es gibt im Komsomol ein Aktiv, das sich wie kleine Partisanenkönige oder völlig ungebildete Miniaturgeneräle der regulären Armee auführt“. Amanžolova, Obščestvennye organizacii (wie Anm. 43), S. 547.

nungen im deutschen Dorf in erheblichem Maße.⁷⁸ Zugleich spielte das Komsomolaktiv für die Sowjetisierung der Bevölkerung eine immer größere Rolle und das mit dem loyalen Dienst verbundene Sozialprestige sowie die damit verbundenen Aufstiegs- und Wohlstandsperspektiven wurden immer offensichtlicher. Entsprechend der höchst unterschiedlichen Ausgangsbedingungen entwickelte sich die Komsomolelite in den einzelnen Regionen der UdSSR in den 1920er Jahren sowohl mit Blick auf das Tempo als auch auf die konkreten Formen ebenfalls höchst unterschiedlich. Diese Entwicklung trat am Beispiel der deutschen Bevölkerung sehr deutlich zu Tage.

4. Der Komsomol und der sowjetische Aufbau im Dorf

Der Aufbau des Sowjetsystems ging unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit mit einem tiefgreifenden Wandel der Formen und Mittel der politischen Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten einher. Eine zentrale Rolle sollte dabei der Förderung der „Eigeninitiative“ des Volkes zukommen, um mit Unterstützung und unter Leitung der Staatsmacht die Vorstellung zu verbreiten, dass jeder am neu entstandenen Raum der sozialen Gerechtigkeit teilhaben könne und auch der einfache Mensch über unbegrenzte Möglichkeiten verfüge, sich in allen Bereichen des sowjetischen Lebens einzubringen. Im neuen sozialen Koordinatensystem sollte die Integration in die „politische Gemeinschaft“ eine Schlüsselrolle für eine Karriere in den staatlichen Strukturen spielen.⁷⁹

Auch wenn der Komsomol selbst offiziell keine staatliche Organisation war, half er nichtsdestotrotz in jeder erdenklichen Weise, Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Gesellschaft mit seinen spezifischen Methoden zu klären. So waren Tausende Komsomolaktivisten in den Exekutivkomitees der örtlichen Sowjets und anderen Einrichtungen tätig. Die Komsomolkomitees waren nicht nur unmittelbar an den Wahlkommissionen und der Gründung von Agitationskollektiven beteiligt, sondern stellten auch eigene Kandidaten für die Sowjets auf.

In den nationalen Rayonen trug die Einbeziehung von Vertretern der jeweiligen nationalen Gruppe zur Stärkung der Sowjets bei, indem sie den vielen Millionen nichtrussischen Sowjetbürgern den Staatsapparat näherbrachte und verständlicher machte. Hierbei sind die deutschen aber auch andere nationale Unterabteilungen des VLKSM zu nennen.⁸⁰ Auch wenn das Zentrum in zahlreichen Direktiven die deutschen Unterabteilungen des KSM immer wieder aufforderte, sich aktiver an den Sowjetwahlen aller Ebenen zu beteiligen, waren diese im gesamten Verlauf der 1920er Jahre sowohl in den nationalen Sowjets als auch in den Armenkomitees kaum vertreten.⁸¹ So stellten die deutschen Mitglieder des LKSMU En-

78 Arbeit unter der Jugend [aus dem Bericht des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen], 1.04.1927, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 850, l. 30, 32.

79 Vgl. dazu Amanžolova, *Obščestvennye organizacii* (wie Anm. 43), S. 551; Gerhard Simon: *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion: von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft*, Baden-Baden 1986, S. 46-56.

80 Siehe z.B.: Bericht über die Arbeit unter der deutschen Jugend an den VII. Allukrainischen Kongreß des LKSMU, 15.12.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 88-89.

81 Resolution zum Referat des Sekretärs des Zentralbüros Tomanek, [April 1925], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 28-29.

de 1925 in der gesamten Ukrainischen SSR gerade einmal 15 Deputierte der Dorfsowjets,⁸² die nach den Worten der Moskauer Führung auch noch eine äußerst unbedeutende Rolle spielten: „Die Komsomolzen unterscheiden sich kaum von der sonstigen parteilosen Masse [...], deshalb ist der Einfluss des Komsomol überhaupt nicht zu spüren“.⁸³ Eine ähnliche Situation war auch in anderen Regionen des Landes zu verzeichnen. So ließen sich z.B. in den deutschen Siedlungsgebieten Sibiriens die den Reihen des Komsomol entstammenden Deputierten der Dorfsowjets an einer Hand abzählen. Im gesamten Rayon Slavgorod gab es 1926 gerade einmal drei und 1927 fünf vom Volk gewählte Repräsentanten des Komsomol.⁸⁴ Zum Vergleich lässt sich anmerken, dass der Komsomol nach den Wahlen von 1925/26 in der gesamten Sowjetunion 4,2% der Deputierten der Dorfsowjets und 6,2% der Deputierten der Amtsbezirks-Sowjets stellte.⁸⁵

Die geringe Repräsentanz der deutschen Komsomolzen in den Organen der Sowjetmacht spiegelte das allgemein negative Image wider, das dem Komsomol in den deutschen Siedlungen anhaftete. So erklärte das Mitglied der Deutschen Sektion der ASSR Krim Luft 1926 treffend: „Der deutsche Komsomolez [sic] verfügt über keinerlei Autorität und so fallen bei der heutigen umfassenden Demokratie bei den Wahlen alle [Mitglieder des KSM; V.D.] durch“.⁸⁶ Zurückführen ließ sich dies nicht zuletzt auf den in den deutschen Gemeinden herrschenden „konservativen Geist“, der in der Ansicht Ausdruck fand, dass nur echte „Familienoberhäupter“ an den Dorfversammlungen teilnehmen, einer öffentlichen Organisation angehören und erst recht die Macht im Dorf repräsentieren konnten, nicht aber die Jugend.⁸⁷ Eine Rolle spielte auch die Passivität der deutschen Komsomolzen selbst, die nicht selten den Standpunkt ihrer Eltern teilten, dass man in jungen Jahren nicht die staatlichen Machtorgane vertreten könne, und zudem oft bestrebt waren, dem Dorf so schnell wie möglich den Rücken zu kehren.⁸⁸ „Eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und eine politische Aktivität gibt es bei der [deutschen; V.D.] Jugend kaum, ihr Interesse gilt vor allem kulturellen Unterhaltungen und zum Teil dem Studium“, klagte die Führung der Deutschen Sektionen beim ZK des LKSMU, nachdem sie 1926 die Lage der deutschen Jugend im Bezirk Cherson untersucht hatte.⁸⁹ So lag der Anteil der deutschen Komsomolzen, die in der Ukrainischen SSR zur Arbeit in den Dorfsowjets, den Wahlorganen der Kooperativen und in den Armenkomitees entsandt wurden, Mitte der 1920er Jahre bei unter

82 Resolution zum Referat über die Überprüfung der Arbeit unter der deutschen Jugend der Ukraine, 14.12.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 850, l. 27.

83 Bericht des Sekretärs des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen Schmidt, 14.10.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 10.

84 Arbeit unter der deutschen Jugend, [April 1926], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 560, l. 147; Material über die Arbeit unter der deutschen Jugend des Rayons Slavgorod, 1.04.1927, ebenda, d. 723, l. 27.

85 Protokoll des Erweiterten Plenums des Zentralbüros der Deutschen Sektionen, 22.01.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 41.

86 Ebenda; vgl. dazu Kozodoj, V avangarde molodeži (wie Anm. 10), S. 64 f.

87 Arbeit unter der deutschen Jugend. Zum Bericht des ZK des LKSMU für Mai – Dezember 1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 19.

88 Bericht der Deutschen Sektion des ZK des LKSMU für Mai – Dezember 1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 16ob.

89 Beschlüsse und Vorschläge [der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU] zur Überprüfung der Arbeit im Petrovskij-Rayon, [September 1926], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 722, l. 17.

12%.⁹⁰ Wenn man bedenkt, dass die Beteiligung der Mitglieder des KSM an den Massenkampagnen und den Wahlen zu den Dorfsowjets, Kooperativen und Armenkomitees als „sicherster Weg“ galt, „die Autorität des Komsomol zu steigern und neue Mitglieder zu gewinnen“;⁹¹ konnten derartige Zahlen bei der Führung der Deutschen Sektionen kaum für Optimismus sorgen. Ungeachtet zahlreicher Propagandakampagnen, die das Zentralbüro der Deutschen Sektionen beim ZK des VLKSM in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre organisierte, um die Jugend für die staatlichen Machtorgane zu gewinnen, ließen sich keine grundlegenden Veränderungen erzielen.⁹² So kamen 1927 in der Ukrainischen SSR gerade einmal 36 Komsomolzen in die Dorfsowjets, was einem Anteil von etwas mehr als einem Prozent (1,2%) aller Gewählten entsprach. Die große Masse der vom Komsomol aufgestellten Kandidaten fand bei den Bewohnern der deutschen Siedlungen keine Unterstützung. Nach Einschätzung des Mitglieds der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU Bitner hatte sich deutlich gezeigt, „dass sich der Komsomol bei dieser politischen Kampagne im deutschen Dorf nur unzureichend beteiligt und in den meisten Fällen darauf beschränkt hatte, die Mitglieder des LKSMU *mechanisch* auf die Kandidatenlisten zu setzen“. All das habe zur Folge gehabt, „dass die Komsomolzellen in zahlreichen deutschen Dörfern mit den von ihnen aufgestellten Kandidaten durchfielen“.⁹³ Das Zentralbüro der Deutschen Sektionen selbst nannte als Hauptgrund für dieses Fiasko den Umstand, dass der KSM zu junge Kandidaten aufgestellt habe, die aufgrund ihres Alters aus den Wahllisten gestrichen worden seien. „Diese Fälle kamen massenhaft vor und haben ihre Wurzel im Konservatismus des deutschen Dorfes [...] und in der fehlenden Autorität der Komsomolzen unter der deutschen Bauernschaft“, zog die Führung der Deutschen Sektionen beim ZK des LKSMU ihr Fazit aus den Wahlen zu den Dorfsowjets und forderte das Dorfaktiv auf, in Zukunft „ältere und über mehr Autorität verfügende Leute aufzustellen“.⁹⁴

Anders als in der Ukraine konnten die vom Komsomol aufgestellten Kandidaten 1927 in der ASSR der Wolgadeutschen, wo der Partei- und Komsomolapparat in größerem Maße mit dem Staatsapparat verwachsen war, bei den Wahlen zu den Dorfsowjets sichtbare Erfolge erzielen. Hier stieg die Zahl der in die Dorfsowjets gewählten Mitglieder des Komsomol von 13 auf 123 Personen. Nichtsdestotrotz konnten sich die Komsomolzen in den dörflichen Machtorganen nicht sonderlich hervortun. „Sie sprechen von Krediten und von vielem anderem, aber in der Sache können sie nichts und machen sie nichts, sie kommen auf die Versammlung, sitzen dort ohne Sinn und Verstand [...]“, äußerten sich die Wolgadeutschen über die Komsomolzen.⁹⁵

90 Bericht über die Arbeit unter der deutschen Jugend an den VII. Allukrainischen Kongress des LKSMU, 15.12.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 85.

91 Ebenda.

92 Arbeit unter der Jugend [aus dem Bericht des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen], 1.04.1927, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 850, l. 32.

93 Aktennotiz des Mitglieds der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU Bitner, [Dezember 1927], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 722, l. 22-23, Hervorhebung im Original.

94 Ebenda; vgl. Der Komsomol im deutschen Dorf Wolhyniens, 28.11.1928, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 914, l. 78ob.

95 Aktennotiz des Instruktors des ZK des VLKSM Chvatov über die Überprüfung der Komsomolorganisation der ASSR der Wolgadeutschen, [1.01.1928], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 841, l. 24.

Zugleich trug die Politik, die Deutschen an sich und insbesondere die deutschen Komsomolzen am sowjetischen Aufbau und an der Führung der Staatsgeschäfte zu beteiligen, in den 1920er Jahren maßgeblich dazu bei, einen weitverzweigten, aus Mitgliedern der VKP(b) und des VLKSM bestehenden Machtapparat aufzubauen, auf den man sich in den 1930er Jahren beim „sozialistischen Umbau“ der Landwirtschaft im deutschen Dorf stützen konnte.

5. Der Komsomol als Instrument der Frauenemanzipation

Im Oktober 1919 verpflichtete der II. Kongress des RKSM alle regionalen Komitees, sich verstärkt darum zu bemühen, junge Frauen aus dem Arbeiter- und Bauernmilieu für einen Beitritt zum Komsomol zu gewinnen, sprach sich zugleich aber kategorisch gegen die Gründung eigener Frauen-Sektionen aus.⁹⁶ Die Rekrutierung junger Frauen in den Komsomol sollte für eine faktische Gleichberechtigung der Geschlechter sorgen. Die weiblichen Mitglieder sollten sich von den männlichen nicht unterscheiden: gleiche Kleidung, jugenhafte Kurzhaarschnitte, kein Schmuck. Die junge Frau sollte sich nicht um ihr Äußeres sorgen, sondern vor allem eine gute Genossin sein. Junge Frauen sollten in gleichem Maße wie junge Männer innerlich gefestigt und energisch sein, um ihren Körper und Willen zu stählen, Sport zu treiben und die Bereitschaft erlangen, für das Wohl der gemeinsamen kommunistischen Sache zu arbeiten.⁹⁷

Das Hauptinstrument, junge Frauen für den Verband zu gewinnen, sollte darin bestehen, ihnen bei der Bewältigung ihres Alltags zu helfen, Alphabetisierungskurse für sie zu initiieren, aber auch Theater-, Chor- oder Sportzirkel zu organisieren und gegen Alkoholmissbrauch, Rowdytum und Prostitution zu agitieren.⁹⁸ Die Führung des ZK des Komsomol wies mehrfach darauf hin, dass der Frauenanteil unter den Mitgliedern des Komsomol umso niedriger ausfiel, je bäuerlicher eine Region war. Besonders deutlich zeigte sich dies in den nichtrussischen Republiken, Gebieten und Rayonen der UdSSR. „Die Rekrutierung der nationalen Jugend in den Verband zu intensivieren, die Basis des Komsomol zu verbreitern, nationale junge Frauen in die Arbeit des Verbands einzubeziehen – das bedeutet, die Arbeit unter der Bauernschaft so breit wie nur möglich zu betreiben [...]“, unterstrich das ZK des RKSM 1923 in einem Bericht über die in den nationalen Republiken und Gebieten der UdSSR geleistete Arbeit.⁹⁹ Anfang 1924 lag der Frauenanteil unter den Mitgliedern des

96 Slavnyj put' (wie Anm. 16), S. 97.

97 Leonid Mlečin: Voždi komsomola. 100 let VLKSM v biografijach liderov [Die Führer des Komsomol. 100 Jahre VLKSM in den Biografien seiner Führungskräfte], Moskva 2018, S. 69; vgl. auch dazu Robert Maier: Die Hausfrau als kul'turtreger im Sozialismus, in: Gabriele Gorzka (Hrsg.): Kultur im Stalinismus: sowjetische Kultur und Kunst der 1930er bis 50er Jahre, Bremen 1994, S. 39-45; Stefan Plaggenborg: Revolutionskultur. Menschenbilder und kulturelle Praxis in Sowjetrußland zwischen Oktoberrevolution und Stalinismus, Köln 1996, S. 46-54; Anne E. Gorsuch: „Smashing Chairs at the Local Club“: Discipline, Order, and Soviet Youth, in: Kuhr-Korolev, Plaggenborg u.a. (Hrsg.), Sowjetjugend (wie Anm. 9), S. 247-262.

98 Kozodoj, V avangarde molodeži (wie Anm. 10), S. 61 f.

99 Überblick über die Arbeit des ZK des RKSM in den Komsomolorganisationen der Nationalen Republiken und Gebiete der UdSSR, [Dezember 1923], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 225, l. 124.

Kommunistischen Jugendverbands in den nationalen Republiken und Gebieten bereits bei 15,7%.¹⁰⁰ Zum Vergleich lässt sich sagen, dass der Frauenanteil unter den Mitgliedern der RKP(b) mit 7,9% nur annähernd halb so hoch war.¹⁰¹

Auch wenn Mädchen und junge Frauen ein erhebliches Potential bildeten, um die Mitgliederzahlen der deutschen Komsomolorganisationen zu steigern, leistete das Zentralbüro der Deutschen Komsomolsektionen angesichts der politischen Rückständigkeit des deutschen Dorfes und der Schwäche der Komsomolzellen praktisch bis Mitte der 1920er Jahre keinerlei gezielte Arbeit unter dieser Gruppe. So waren Ende 1925 nur 5% der deutschen Komsomolzen in der Ukraine Frauen.¹⁰² Ähnlich niedrig war der Frauenanteil unter deutschen Komsomolzen auch in anderen Teilen der UdSSR.¹⁰³ Erklären lässt sich dies nicht nur durch den Umstand, dass der Komsomol angesichts seiner ohnehin schwachen Stellung im deutschen Dorf nicht in der Lage war, speziell an junge Frauen gerichtete Arbeit zu leisten, sondern auch durch die historisch gewachsene patriarchalische Ordnung der deutschen Kolonien, in denen die Frauen sehr religiös waren, sich ganz der häuslichen Arbeit widmeten und in materieller Hinsicht vollkommen von ihren Verwandten abhängig waren.¹⁰⁴ Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten auch die vorurteilsbehafteten Vorstellungen, mit denen die männlichen Kolonisten auf die Frauen und ihre Rolle in Familie und Gesellschaft blickten.¹⁰⁵ „Die Kolonistin ist [...] die Hüterin der alten Traditionen“, hieß es 1924 z.B. in einer Resolution der V. Bundestagung der Deutschen Parteisektionen, „deshalb wird die Arbeit, die durchgeführt wird, um die Kolonistinnen in den sowjetischen, Partei- und kooperativen Aufbau einzubeziehen, dazu beitragen, sie zu revolutionieren“.¹⁰⁶ In einem Bericht des Gebietskomsomolkomitees der Krim an das ZK des RKSM vom September 1925 wurde die typische junge deutsche Dorfbewohnerin folgendermaßen beschrieben:

„Der wohl am stärksten unterdrückte und passivste Teil der Bevölkerung der deutschen Kolonien sind die Frauen und Mädchen. Vor allem die jüngeren befinden sich in einem solch passiven Zustand, dass man sie mit orientalischen Frauen vergleichen kann. Nur unter großen Anstrengungen gelingt es, junge deutsche Frauen zur Teilnahme an Versammlungen und Veranstaltungen zu bewegen [...]“.¹⁰⁷

100 Ebenda, I. 135.

101 Ebenda.

102 Bericht über die Arbeit unter der deutschen Jugend an den VII. Allukrainischen Kongress des LKSMU, 15.12.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, I. 86; Abrechnungsbericht der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU, 27.04.1926, ebenda, d. 570, I. 60ob.

103 So waren z.B. 1925 in Sibirien unter 215 deutschen Komsomolzen nur 26 junge Frauen (12%). Viktor Brul': Vsesojuznyj Leninskij Kommunističeskij Sojuz Molodeži [Gesamtsovjeterischer Leninscher Kommunistischer Jugendverband], in: Vladislav Karev (Hrsg.): Nemcy Rossii. Ėnciklopedija [Die Deutschen Russlands. Enzyklopädie], T. 1, Moskva 1999, S. 435.

104 Bericht des Sekretärs des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen Schmidt, 14.10.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, I. 11.

105 Thesen über die Arbeit unter der deutschen Jugend der UdSSR, 30.11.1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, I. 15.

106 Resolution zur Arbeit unter den Kolonistinnen, 30.11.1924, RGASPI, f. 549, op. 4, d. 82, I. 18.

107 Bericht des Gebietskomsomolkomitees über die Untersuchung der Lage und Stimmung der deutschen Jugend auf der Krim, 2.09.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, I. 108.

Vor diesem Hintergrund war es nach Einschätzung des Zentralbüros der Deutschen Sektionen geboten, die Arbeit unter jungen deutschen Frauen eher kulturell als politisch auszurichten.¹⁰⁸ So sollten sie zunächst in die gesellschaftliche und kulturpädagogische Arbeit der Kolonie einbezogen und erst mit ihrer politischen „Reifung“ für den Komsomol rekrutiert werden.¹⁰⁹ Den deutschen Zellen des VLKSM wurde empfohlen, Alphabetisierungs-, Handarbeits- und Hygienekurse, Kurse für Obst- und Gemüseanbau sowie Aufklärungsveranstaltungen über die Sozialgesetze durchzuführen und die jungen Frauen vor allem zur Arbeit in den Sowjeteinrichtungen und Staatsorganen heranzuziehen.¹¹⁰

Das Spektrum der Maßnahmen, durch das die deutschen Kolonistinnen allmählich politisiert werden sollten, war groß: Sie wurden zur Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen der Dorfsowjets, Kooperativen und Komitees für gegenseitige Hilfe [komitety vzaimopomošči] animiert und in Schulräte und Volksgerichte entsandt. Für die Befreiung aus den „Ketten der häuslichen Sklaverei“ organisierten die Partei- und Komsomolorgane Sommerkrippen und Kindergärten, eine Abteilung für „Mutter und Kind“ bei den Kooperativen, gesonderte Plätze für Kolonistinnen in den Lesehütten und eigene Arbeitsgruppen für arme Bäuerinnen. In Lehranstalten unterschiedlicher Stufen und Ausrichtung wurden Frauenquoten für Kolonistinnen eingeführt.¹¹¹ Besondere Aufmerksamkeit galt der Durchführung eigener Parteilos-Konferenzen für junge deutsche Frauen, auf denen diese oftmals dazu genötigt wurden, den Vorsitz zu führen.¹¹²

Formal hielten sich die Partei- und die Komsomolkomitees im Hintergrund und überließen den Kolonistinnen selbst die Initiative, in der Praxis aber stand die gesamte „Politisierung“ einschließlich der Gründung der Frauenabteilungen und der Wahl des Aktivs unter strenger Kontrolle. Die Organisatorin der Frauenarbeit sollte aus der Reihe der Kolonistinnen selbst kommen und der russischen Sprache mächtig sein. Letzteres wurde als unbedingt erforderlich erachtet, da zu ihrem Aufgabenbereich auch die politische Aufklärung der Frauen gehörte und die in den Lesehütten genutzte frauenspezifische politische Literatur in der Regel in russischer Sprache verfasst war. Um die Organisatorin der Frauenarbeit herum wurde ein Aktiv aus den Reihen der sogenannten Delegierten aufgebaut, die auf den Vollversammlungen ihrer jeweiligen Wohnorte gewählt und in zahlreiche Kommissionen bei den Dorfsowjets, Rayonexekutivkomitees und Gewerkschaften entsandt wurden. Darüber hinaus bestand ein wesentlicher Teil der von den Frauenabteilungen geleiteten Arbeit darin, die Bildungs- und Aufklärungsarbeit für Frauen zu organisieren: das Analphabetentum zu bekämpfen, Vorträge zu Medizin und Hygiene zu veranstalten usw.¹¹³ In vielen Fällen fand die Arbeit unter den Frauen allerdings nur auf dem Papier statt, da diese

108 Protokoll des Erweiterten Plenums des Zentralbüros der Deutschen Sektionen, 22.01.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 41.

109 Resolution „Über den Zustand und die bevorstehenden Aufgaben der Komsomolarbeit unter der deutschen Jugend“, 27.02.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 36.

110 Slavnyj put' (wie Anm. 16), S. 97; vgl. dazu Anne Gorsuch: „A Women is Not a Man“. The Culture of Gender and Generation in Soviet Russia, 1921–1928, in: *Slavic Review* 55 (1996), S. 636–660.

111 Resolution zur Arbeit unter den Kolonistinnen, 30.11.1924, RGASPI, f. 549, op. 4, d. 82, l. 18.

112 Thesen über die Arbeit unter der deutschen Jugend der UdSSR, 30.11.1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 15.

113 Tat'jana N. Plohotnjuk: *Rossijskie nemcy na Severnom Kavkaze* [Russlanddeutsche im Nordkaukasus], Moskva 2001, S. 142 f.

oftmals von den Schullehrerinnen zusätzlich zu ihrer eigentlichen Unterrichtsbelastung geleistet wurde. Meist waren die Tätigkeiten der deutschen Kolonistinnen in den verschiedenen Kommissionen und Repräsentationsorganen rein nominellen Charakters, da es den dorthin entsandten Frauen vielfach an Ausbildung, Kompetenz und Sprachkenntnissen mangelte.¹¹⁴

Mit der Zeit trug die Ausweitung des Angebots innerhalb des Komsomol durchaus Früchte, wenn auch längst nicht in dem vom Zentralbüro der Deutschen Sektionen erhofften Umfang.¹¹⁵ Besonders deutlich zeigte sich dies am Beispiel der Komsomolorganisation der ASSR der Wolgadeutschen, wo die Frauen Ende 1929 fast ein Drittel aller Komsomolzen der Republik (31%) stellten und somit einen der höchsten Frauenanteile unter den Mitgliedern des Komsomol in der gesamten UdSSR erreichten.¹¹⁶ Damit lag die Gesamtzahl der weiblichen deutschen Mitglieder des Komsomol Ende 1929 in der UdSSR bei 1 164 Personen. Dies entsprach 24% aller deutschen Mitglieder des Komsomol.

Tabelle 2¹¹⁷

Anteil der Frauen an den Mitgliedern des VLKSM nach Nationalitäten (1929)		
Nationalität	Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder des VLKSM	
	Absolute Zahl der weiblichen Mitglieder	Anteil an der Gesamtzahl der Mitglieder des Komsomol
Russen	403 404	28,1
Ukrainer	58 086	19,3
Juden	35 396	36,0
Polen	2 069	25,0
Deutsche	1 164	24,0
Finnen	1 046	41,5
Esten	1 027	33,3
Letten	784	30,2
UdSSR insgesamt	580 740	24,1

6. Der Komsomol und die religiösen Organisationen im deutschen Dorf: Erfahrungen des Widerstandes

Als „Feind Nr. 1“, der sich den der „Sowjetisierung“ der nationalen Minderheiten des Westens geltenden Anstrengungen der VKP(b) und des VLKSM entgegenstellte, galt traditionell die Kirche. So konstatierte das Sekretariat des ZK des VLKSM im Februar 1927:

„Das Dorf der westlichen nationalen Minderheiten (Polen, Deutsche, Letten, Esten, Finnen) ist besonders reich an antikommunistischen, religiösen und Sektenvereini-

114 Ebenda, 143 f.

115 Siehe z.B.: Thesen zum Referat Gottwald „Über die Arbeit unter der deutschen Jugend“, 26.04.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 43.

116 Arkadij A. German: Nemeckaja avtonomija na Volge. 1918–1941 [Die deutsche Autonomie im Wolgagebiet. 1918–1941], Bd. 2, Saratov 1994, S. 64.

117 Nacional'naja politika (wie Anm. 19), S. 160.

gungen von Jugendlichen und Erwachsenen unterschiedlichster Art. Die Aktivitäten dieser Vereinigungen, die nichts anderes sind als eine Erscheinungsform der politischen Aktivität des Kulakentums und der Geistlichkeit, sind darauf ausgerichtet, die Klassenaufspaltung innerhalb der Bauernschaft zu vertuschen, eine feindliche Haltung gegenüber der Kommunistischen Partei und dem Komsomol zu schüren und die Masse der Bauernschaft von aktiver gesellschaftlich-politischer Tätigkeit in sowjetischen Organisationen abzuhalten“.¹¹⁸

Im Unterschied zu den meisten anderen Nationalitäten, deren Identität in erheblichem Maße auf der Zugehörigkeit zu einer Religion gründete, bestand eines der charakteristischen Merkmale der Russlanddeutschen in deren konfessioneller Vielfalt. Zugleich hatte im vorrevolutionären Russland gerade die Kirche die entscheidende Rolle für die Bewahrung der deutschen Sprache und Kultur gespielt – nicht allein dadurch, dass der Gottesdienst in den katholischen und evangelisch-lutherischen Kirchen Russlands in deutscher Sprache gehalten wurde, sondern vor allem durch die Tradition der allgemeinen Schulpflicht, da Schule und Kirche sowohl für Protestanten als auch für Katholiken nicht voneinander zu trennen waren.¹¹⁹

„Im Vergleich zu allen anderen Kolonien der nationalen Minderheiten ist die deutsche Kolonie die ideologisch konservativste [...]“, hieß es 1924 in einem der Arbeit im deutschen Dorf gewidmeten Bericht des ZK des LKSMU.¹²⁰ Das Kollegium für Nationale Minderheiten des ZK des RKSM kam nach Anhörung eines Berichts des Zentralbüros der Deutschen Sektionen über seine in den Jahren 1923/24 geleistete Tätigkeit zu dem Schluss, dass insbesondere religiöse Sekten und kulturell orientierte parteilose Zirkel als Hauptkonkurrenten des Komsomol in den deutschen Kolonien anzusehen seien, und wies das Zentralbüro der Deutschen Sektionen an, umgehend praktische Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Organisationen auszuarbeiten. Im Einzelnen nannte das ZK des RLKSM die folgenden Schritte: 1) Aufspaltung der betreffenden Organisationen nach Klassenkriterien; 2) massenhafte politische Bildungs- und Kulturarbeit des Komsomol als Gegengewicht zu den betreffenden Organisationen; 3) Anpassung aller Formen der antireligiösen Propaganda an die Bekämpfung des Sektenwesens.¹²¹ Eine derartige „Komsomolisierung“ der deutschen Jugend sollte sich allerdings als überaus schwierig erweisen. „Der Wunsch, sich in politisch neutralen Kultur- oder Sportvereinen zu organisieren, ist wesentlich häufiger zu beobachten als der Wunsch, unmittelbar dem Komsomol beizutreten“, konstatierte das Zentralbüro der Deutschen Sektionen 1924.¹²² Besonders ausgeprägt war der Einfluss der Kirche auf Mädchen

118 Thesen zum Kampf des Komsomol gegen die antikommunistischen Jugendorganisationen im Dorf der nationalen Minderheiten des Westens, 23.02.1927, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 713, l. 18.

119 Vgl. dazu Erik Amburger: *Geschichte des Protestantismus in Rußland*, Stuttgart [1961], S. 160 f.; Ol'ga A. Licenberger: *Rimsko-katoličeskaja cerkov' v Rossii: istorija i pravovoe položenie* [Römisch-katholische Kirche in Russland: Geschichte und Rechtsstatus], Saratov 2001, S. 57-73.

120 Bericht des ZK des LKSMU über die Arbeit unter den nationalen Minderheiten für Juli – Dezember 1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 227, l. 27.

121 Resolution des Kollegiums für Nationale Minderheiten des ZK des RLKSM, [April 1925], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 7-8.

122 Thesen über die Arbeit unter der deutschen Jugend der UdSSR, 30.11.1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 9-10.

und junge Frauen, die sich sowohl in unterschiedlichen Zirkeln im Umfeld der Kirche als auch in religiösen Jugendgruppen aktiv engagierten.¹²³ Während religiöse Organisationen in den lutherisch geprägten Dörfern eher selten waren,¹²⁴ gehörten sie in den katholisch geprägten Dörfern zum alltäglichen Bild. Besonders großen Zulauf hatte die Jugendorganisation „Marien-Kinder“, die ausschließlich Mädchen und junge Frauen im Alter von 14 bis 19 Jahren vereinte und neben der allgemeinen religiösen Erziehung auch Chorgruppen organisierte.¹²⁵ Großen Einfluss hatte die „Neue Lutherische Freikirche“,¹²⁶ im Volk einfach „Lebendige Kirche“ genannt, die „unter der organisierten und nichtorganisierten Dorfarmut“ und vor allem unter der Jugend aktiv war.¹²⁷ Auch die baptistischen Prediger legten großen Wert darauf, Mädchen und junge Frauen für die religiösen Jugendorganisationen zu gewinnen. Im Unterschied zum Komsomol, in dessen Reihen es nur wenige junge deutsche Frauen gab, erreichte deren Anteil in einigen Gruppen des „Bapsomol“ bis zu 90%.¹²⁸ Dabei agitierte der „Bapsomol“ offen gegen den Beitritt zum Komsomol.¹²⁹

Die Existenz zahlreicher „kleinbürgerlicher Sport-, Kultur- und Kirchenorganisationen“, die von „nationalistisch eingestellten Vertretern der Intelligenz“ oder „kulakischen Elementen“ geführt wurden bzw. unter deren Einfluss standen, stellte nach Ansicht des ZK des RLKSM eine reale Gefahr für die Verbreitung kommunistischer Ideen im deutschen Dorf dar.¹³⁰ „Der Kampf gegen diese Organisationen muss jetzt begonnen werden“, bemerkte das Zentralbüro der Deutschen Komsomolsekionen im November 1924, „[...] indem man sie von innen zersetzt und ihnen organisierte Zirkel und Initiativgruppen entgegensetzt“.¹³¹ Die Nachkriegsjugend hatte sich im Vergleich zur erwachsenen Bevölkerung wesentlich schneller von den asketischen Ideen des „Kriegskommunismus“ entfernt und war bestrebt, die eigene materielle Situation zu verbessern und ihre Freizeit für Muße und Zerstreung zu nutzen.¹³² Besonders intensiv wurde der „Kampf um die Seelen“ der jungen Generation von der mennonitischen Bevölkerung der Ukraine geführt, in deren Reihen es zahlreiche

123 Siehe z.B.: Schlussfolgerungen und Vorschläge [der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU] zur Untersuchung des Karl-Liebkecht-Rayons, 1.09.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 722, l. 20.

124 Bericht des Sekretärs des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsekionen Schmidt, 14.10.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 7.

125 Ebenda, l. 8.

126 Anfang der 1920er Jahre war in der UdSSR und insbesondere im Wolgagebiet die Bewegung der Gemeinden der „Freien Lebendigen Kirche“ weit verbreitet. *Evangeličesko-ljuteranskaja cerkov' v Rossii, Ukraine, Kazachstane i Srednej Azii* [Evangelisch-lutherische Kirche in Russland, der Ukraine, Kasachstan und Mittelasien], <https://www.pravenc.ru/text/186839.html> [letzter Zugriff: 16.09.2021].

127 Arbeit unter der Jugend, 1.04.1927, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 850, l. 33.

128 Beschlüsse und Vorschläge [der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU] zur Überprüfung der Arbeit im Petrovskij-Rayon, [September 1926], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 722, l. 17.

129 Siehe dazu: Bericht über die Arbeit unter der deutschen Jugend an den VII. Allukrainischen Kongress des LKSMU, 15.12.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 86.

130 Vgl. Gennadij Ėstrajch: *Evrejskie sekcii kompartii* [Jüdische Sektionen der Kommunistischen Partei], in: *Vestnik Evrejskogo universiteta v Moskve (Moskva)* (1994), Nr. 2, S. 40 f.

131 Thesen über die Arbeit unter der deutschen Jugend der UdSSR, 30.11.1924, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 12.

132 Vgl. Kuhr-Korolev, „Gezähmte Helden“ (wie Anm. 9), S. 126-145.

religiöse Jugendorganisationen (Mensomol) gab, denen vor allem Mittelbauern und wohlhabende Kolonisten angehörten.¹³³ Sie organisierten verschiedene Freizeitveranstaltungen für die gesamte Dorfjugend, richteten Sportzirkel ein und halfen Tagelöhnern und Kleinbauern bei der Arbeitssuche.¹³⁴

Die zunehmende kulturelle und politische Aktivität der deutschen Jugend, die außerhalb des Einflusses des Komsomol verlief und in einem beständigen Anwachsen der Mitgliederzahlen der religiösen Jugendorganisationen Ausdruck fand, zwang den Komsomol, seine Arbeitsformen immer wieder neu auszurichten.¹³⁵ So wurde z.B. die plumpe Propaganda gegen die Geistlichkeit in den deutschen Dörfern durch die Verbreitung eines wissenschaftlichen antireligiösen Weltbilds unter Verwendung technischer Hilfsmittel (Kino und Radio) ersetzt.¹³⁶ Zusätzlich zu den unsystematischen, lediglich an einzelnen Feiertagen wie Weihnachten oder Ostern durchgeführten, antireligiösen Kampagnen sollte parallel zur Tätigkeit des Priesters täglich gearbeitet werden und während jeder kirchlichen Veranstaltung eine Gegenveranstaltung stattfinden. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei „roten“ Taufen, Hochzeiten und Totenmessen.¹³⁷ Wenn es darum ging, die Jugend auf die Seite des Komsomol zu ziehen, waren sämtliche Mittel recht und alle „kulturpädagogischen Kräfte“ des deutschen Dorfes wurden eingebunden: Lehrer, Mitarbeiter der Lesehütten, Agronomen usw.¹³⁸ Besonderes Gewicht wurde auf die Lehrer gelegt, die nicht nur wissenschaftliche Vorträge und Dispute organisierten, sondern auch dabei halfen, die Jugend nach dem Vorbild der religiösen und nichtkommunistischen Organisationen auf unterhaltsame Weise zu ködern.¹³⁹

Nach Angaben der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU wurden bereits im Sommer 1926 unter dem Dach des Komsomol Sportzirkel für Leichtathletik, Fußball, Turnen, Krocket usw. organisiert. Gewisse Erfolge waren auch bei der Durchführung kultureller Zirkel zu verzeichnen, insbesondere Theatergruppen, die in fast allen deutschen Siedlungen bestanden, in denen es Komsomolzellen gab, sowie Streich- oder Blasorchester und Gesangsgruppen.¹⁴⁰ Zugleich wurden erste Arbeitserfolge unter der mennonitischen und sonstigen Sektenjugend herausgestellt: So hatten Kolonisten der Einberufung in die Rote

133 Bericht des Sekretärs des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen Schmidt, 14.10.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 8.

134 Bericht des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen für die Zeit vom 15.08. bis zum 15.11.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 33-34.

135 Resolution zum Referat über die Überprüfung der Arbeit unter der deutschen Jugend der Ukraine, 14.12.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 850, l. 26.

136 Bericht über die Arbeit unter der deutschen Jugend an den VII. Allukrainischen Kongress des LKSMU, 15.12.1925, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 366, l. 86.

137 Protokoll der 7. Bundesberatung der Deutschen Sektionen und Parteiarbeiter, 10.06.1929, GANO, f. p-2, op. 1, d. 3996, l. 89; vgl. dazu: Malte Rolf: Das sowjetische Massenfest, Hamburg 2006, S. 156-173.

138 Resolution „Über den Zustand und die bevorstehenden Aufgaben der Komsomolarbeit unter der deutschen Jugend“, 27.02.1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 34.

139 Resolution zum Referat Schönfeld über die Überprüfung der Komsomolarbeit unter der deutschen Jugend der Bezirke Slavgorod und Omsk, [November 1926], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 560, l. 142.

140 Bericht der Deutschen Sektion beim ZK des LKSMU für Mai – Dezember 1926, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 570, l. 15.

Armee freiwillig Folge geleistet und einige religiöse Jugendorganisationen Mitglieder verloren oder sich sogar aufgelöst.¹⁴¹

Allerdings konnte weder die zielgerichtete Politik des ZK des VLKSM noch die gegen die Kirche gerichtete umfassende Agitation und Propaganda den Einfluss der „[Komsomol-] feindlichen Kräfte“ brechen.¹⁴² „Die Erfolge dieser Arbeit liegen ohne Zweifel vor Augen, aber es überrascht dennoch, wie unbedeutend sie sind, vor allem unter den Deutschen und Polen“, konstatierte das Sekretariat des ZK des VLKSM 1927.¹⁴³ Zwei Jahre später sah sich der Sekretär des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen Waldemar Frischbutter nach Inspektion der deutschen Rayone der UdSSR ebenfalls zu dem Eingeständnis gezwungen, dass der Komsomol den Kampf um die deutschen Kolonisten – und vor allem deren Jugend – verloren habe.¹⁴⁴ Bezogen auf die in der Region Nordkaukasus ansässigen Deutschen erklärte er, dass „die Jugend zu 60-80% in der religiösen Bewegung aktiv“ sei und „so gut wie gar keine Komsomolarbeit geleistet“ werde.¹⁴⁵ Ein ähnliches Bild ließ sich Ende der 1920er Jahre auch in den deutschen Siedlungsgebieten in Sibirien und Kasachstan zeichnen.¹⁴⁶ Nach Angaben der Deutschen Sektion beim ZK der KP(B)U wurden Ende der 1920er Jahre bis zu 60% der Erziehungsarbeit unter der Jugend von der Kirche geleistet, während die meisten Partei- und Komsomolarbeiter vor Ort „partisanenmäßig“ tätig waren.¹⁴⁷

Zu Hilfe kam dem Komsomol Ende der 1920er Jahre der Staat, der auf breiter Front eine „Offensive des Sozialismus“ gegen die Religion einleitete. Der Beginn des „Kreuzzugs“ gegen die Kirche fiel zeitlich mit anderen kommunistischen Massenkampagnen zusammen: der Zerschlagung der Opposition, der Errichtung der Alleinherrschaft Stalins sowie der Forcierung von Industrialisierung und Zwangskollektivierung. „Wir organisieren die Kolchosen – und das bedeutet, dass wir mit der Kirche ein für alle Mal aufräumen und die Geistlichen als Helfershelfer und Verteidiger der Kulaken entlarven müssen“, erklärte der Chefideologe der atheistischen Kampagne in der UdSSR Emel’jan Jaroslavskij.¹⁴⁸ Nach Annahme der Beschlussfassung des ZK der VKP(b) „Über Maßnahmen zur Intensivierung der antireligiösen Arbeit“ am 24.01.1929 rollte eine Welle von Repressionen durch die UdSSR, die sich gegen alle Konfessionen und Geistlichen richtete. Im April 1929 bestätigte das Präsidium

141 Resolution zum Referat des Zentralbüros der Deutschen Parteisektionen, [Dezember 1926], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 569, l. 79; Aktennotiz an das Sekretariat des ZK der VKP(B) über die Ergebnisse der Überprüfung deutscher Kolonien, [April 1929], ebenda, f. 17, op. 113, d. 717, l. 66ob.

142 Protokoll der 7. Bundesberatung der Deutschen Sektionen und Parteiarbeiter, 10.06.1929, GANO, f. p-2, op. 1, d. 3996, l. 49.

143 Redigiertes Stenogramm über den Auftritt des Sekretärs des ZK des VLKSM N. Čaplin, 30.05.1927, RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 713, l. 40.

144 Aktennotiz des Sekretärs des Zentralbüros der Deutschen Komsomolsektionen W. Frischbutter, [1929], RGASPI, f. 1-M, op. 23, d. 720, l. 70.

145 Ebenda, l. 71.

146 Ebenda, l. 70.

147 Protokoll der 7. Bundesberatung der Deutschen Sektionen und Parteiarbeiter, 10.06.1929, GANO, f. p-2, op. 1, d. 3996, l. 84.

148 Zit. nach: Licenberger, *Rimsko-katoličeskaja cerkov’* (wie Anm. 119), S. 270; Ausführlicher dazu Sandra Dahlke: *Individuum und Herrschaft im Stalinismus: Emel’jan Jaroslavskij (1878–1943)*, München 2010.

des VCIK die neue Beschlussfassung „Über religiöse Vereinigungen“, in der die Verdrängung der Religion aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens gesetzgeberisch gefestigt und die Tätigkeit aller Religionsgemeinschaften und Gruppen einschließlich der Jugendorganisationen weitgehend eingeschränkt wurde.¹⁴⁹ 1929 wurde der „Bund der Atheisten“ in „Bund der militanten Atheisten“ umbenannt, was den Zielen und dem Charakter dieser Organisation in weit größerem Maße entsprach. Durch Terror und Repressionen ließen sich die Ziele sehr viel schneller erreichen als durch antireligiöse Propaganda und Agitation. Einigen Quellen zufolge traten dem Bund der militanten Atheisten bis Anfang 1930 bereits etwa 20 000 Deutsche aus unterschiedlichen Regionen der UdSSR bei, bei denen es sich größtenteils um junge Männer und Frauen handelte.¹⁵⁰

7. Zusammenfassung: Ordnung durch Erfahrung

Die Machtübernahme der Bolschewiki bedeutete einen radikalen Bruch mit allen Traditionen und die völlige Abkehr vom Ancien Régime in all seinen Erscheinungsformen. Diese extrem negative Haltung wurde auch den früheren Eliten des Russischen Reiches entgegengebracht, die nach dem Ende des Bürgerkriegs nicht nur von der Macht entfernt, sondern auch massiver Diskriminierung und Repression ausgesetzt wurden. Selbst jene Vertreter der „alten“ Eliten, die die Bolschewiki in ihren Dienst übernahmen – technische und militärische Spezialisten jeder Art, Professoren, Lehrer usw. – waren strenger Kontrolle und hartem Druck ausgesetzt.

Für die Bolschewiki stellte sich das Problem, so schnell wie irgend möglich neue kommunistische Eliten und Träger der politischen Macht heranzuziehen. In Sowjetrußland bzw. der Sowjetunion gab es in Gestalt der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbands zwei Hauptorganisationen, die diese Aufgabe bewältigen konnten und als Vehikel des sozialen Aufstiegs fungierten, indem sie die Inhaber von Parteibüchern und Komsomolabzeichen in die höchsten Sphären der Machtpyramide aufsteigen ließen. Die Kandidaten mussten zunächst zahlreiche „Filter“ und „Barrieren“ überwinden, die potenzielle Karrieristen von „rechtgläubigen“ Vertretern des Proletariats und den ärmsten Schichten der Bauernschaft trennen sollten. Zudem fanden in Partei und Komsomol regelmäßig „Säuberungen“ statt, um „sich anbietende Heuchler“, die ihre soziale Herkunft oder Verbindungen zu „Ehemaligen“ verschwiegen hatten, aus ihren Reihen zu entfernen.

Dieses Modell der Heranziehung politischer Eliten existierte im gesamten Verlauf des Bestehens der Sowjetunion, wies aber zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Ausprägungen auf. Die 1920er Jahre gingen nicht nur als Zeit des erzwungenen Konsenses zwischen kommunistischer Macht und Gesellschaft in die Geschichte der Sowjetunion ein, sondern auch als Zeit, in der das Sowjetregime im Modus eines „Reiches der positiven Diskriminierung“¹⁵¹ („Affirmative Action Empire“, Terry Martin) agierte. Gerade die in den 1920er Jahren betriebene, auf die Bewahrung nationaler Eigenarten ausgerichtete ethnophile Po-

149 Ebenda, S. 255-257.

150 Nacional'naja politika (wie Anm. 19), S. 325.

151 Terry Martin: *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*, Ithaca 2001, S. 1-28.

litik der Bolschewiki nahmen einige Historiker zum Anlass, die UdSSR in die Nachfolge des Habsburgerreichs zu stellen (Mark Mazower).¹⁵² Und auch wenn der ethnophile Kurs der Bolschewiki ausschließlich durch das pragmatische Ansinnen motiviert war, die nationalen Minderheiten mit Hilfe nationaler „Instrumente“ zu sowjetisieren, konnten die Diasporagruppen tatsächlich in erheblichem Maße profitieren und die gezielte Förderung von Repräsentanten ihrer ethnischen Gruppe für den eigenen Aufstieg nutzen. Im Fall der Russlanddeutschen waren die Bolschewiki sogar bereit, die Eintrittsvoraussetzungen für die Mitgliedschaft in Partei und Komsomol zu minimieren und über die nicht proletarische soziale Herkunft der deutschen Jugend hinwegzusehen, um diese in möglichst großer Zahl für die Reihen der Partei und des Komsomol zu gewinnen.

Ungeachtet des Widerstands von Seiten des traditionellen nationalen und konfessionellen Milieus begann diese Politik gegen Ende der 1920er Jahre erste Früchte zu tragen. In den deutschen Dörfern entstand eine eigene Schicht junger Komsomolaktivisten, die wichtige politische Erfahrungen sammelte: sich die Fähigkeit aneignete, „bolschewistisch zu sprechen“ (Steve Kotkin),¹⁵³ die spezifischen Regeln der Funktionsweise des Sowjetsystems verinnerlichte, in den verschiedenen Sowjet-, Kooperativ-, Kultur- und Bildungseinrichtungen der unteren Ebene in leitenden Funktionen tätig war und sich an politischen Kampagnen beteiligte. Eine weitere wichtige Erfahrung stellte für die jungen Deutschen der Kampf gegen das religiös geprägte, konservative Bauernmilieu dar. Auch wenn diese Erfahrung kaum an die Maßstäbe der späteren Stalinschen Mobilisierungskampagnen und des Terrors der 1930er Jahre heranreichte, eignete sich die deutsche Jugend bereits in den 1920er Jahren das Weltbild von „Frontkämpfern“ der Partei an und lernte, überall „Feinde“ aufzuspüren und gnadenlos gegen diese vorzugehen. Auch wenn der Kreis dieser „Feinde“ zur Zeit der NĖP noch vergleichsweise klein war, waren es just die im Kampf gegen den Einfluss der „Kulaken“ und „Popen“ gesammelten Erfahrungen, auf die die jungen Aktivisten in den 1930er Jahren beim Umbau des deutschen Dorfes im Zuge der Kollektivierung zurückgreifen konnten. Diesen Prozess der politischen „Reifung“ durchliefen nicht nur die deutschen jungen Männer, sondern auch die jungen Frauen, die sich gegen Ende der 1920er Jahre immer aktiver am gesellschaftlich-politischen Leben der Kolonien beteiligten.

Die nationalen Zellen des Komsomol stellten einen der wichtigsten Faktoren bei der Etablierung der neuen Ordnung im nationalen Dorf und bei der Aneignung dieser überaus fremden dörflichen Landschaften durch die Bolschewiki dar. Auf einem anderen Blatt stand, dass das Tempo dieser Aneignung der Partei- und Staatsführung absolut unzureichend erschien, was diese nach dem Beginn der Kollektivierung in den 1930er Jahren von ihrer Politik der „positiven Diskriminierung“ abrücken ließ.

Die Anhänger der Totalitarismustheorie haben in der kommunistischen Jugendorganisation vor allem die institutionelle und funktionale Seite der bolschewistischen Diktatur gesehen. Der „revisionistische“ Ansatz, der den Blick für die „Schwachstellen“ und „Frei-

152 Siehe ausführlicher: Mark Mazower: Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000.

153 Als Fähigkeit, „bolschewistisch zu sprechen“, bezeichnet Stephen Kotkin das Erlernen der Sprache der Macht. Stephen Kotkin: Govorit' po-bol'shevistski [Bolschewistisch sprechen], in: Michael David-Fox (Hrsg.): Amerikanskaja rusistika: vechi istoriografii poslednich let. Sovetskij period. Antologija [Amerikanische Russistik: Wegmarken der Historiografie der letzten Jahre. Die sowjetische Zeit. Anthologie], Samara 2001, S. 250-328.

räume“ des bolschewistischen Regimes, die soziale Abweichung und die Räume des Widerstands und der Unterstützung des Regimes schärfte, half, eine differenziertere Sicht auf die Beziehungen zwischen der Bevölkerung (einschließlich der Jugend) und dem Sowjetregime zu entwickeln. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass das Spektrum der von den jungen Deutschen eingenommenen Positionen von unversöhnlicher Ablehnung der Sowjetmacht bis hin zu aktiver Beteiligung am Aufbau der neuen Ordnung reichte. Ein erheblicher Teil der deutschen Jugend sah sich bereit, zu „echten Sowjetmenschen“ zu werden, zumal der Bolschewismus die traditionellen ethnokonfessionellen Landschaften tatsächlich modernisierte und eine Symbiose des Sowjetischen und des Nationalen versprach. Diese Modernisierung sprach vor allem junge deutsche Frauen an, denen die Mitgliedschaft im Komsomol erstmals die Möglichkeit bot, aus den von Familie und Kirche gesetzten Grenzen auszubrechen. Die Modernisierung des deutschen Dorfes sollte allerdings nicht überbewertet werden – ihre Grenzen wurden durch das Diktat der Staatsmacht mit ihren utopischen Ansprüchen der totalen Kontrolle und des totalen Gehorsams gezogen, die den Zwangscharakter der Modernisierungsprozesse bestimmten.

Summary

With the establishment in the country of the soviet union of a „new order“ following the violence of revolution and the chaos of the civil war, the Komsomol came to play a key part as the helper of the Communist Party. As part of the Komsomol, the multinational, non-Russian youth within the USSR also contributed to the development of the „new order“ as they were a decisive factor in the destruction of the traditional patriarchal order and engaged in anti-religious and internationalist propaganda and agitation. The establishment of the „new order“ also implied the appropriation by the Bolshevik ruling powers of totally alien landscapes and, first and foremost, of the detested villages; this resulted in the remodelling of a traditional way of life in a modern, if specifically Soviet, spirit. The present contribution attempts to investigate all these phenomena as exemplified by the numerically largest group among the so-called western minorities, the German youth.

Chortitza als narrativer Bezugspunkt seit dem 19. Jahrhundert und als Reiseziel in den 1960er bis 1970er Jahren¹

von Dmytro Myeshkov

1.

Im Jahr 1893, auf dem Höhepunkt der antideutschen Kampagne, sorgte ein Sankt-Petersburger Beamter namens Aleksandr A. Paltov mit einem der „inneren deutschen Gefahr“ gewidmeten Buch für große Aufmerksamkeit. Nach seinem mehrmonatigen Aufenthalt in den deutschen Siedlungsgebieten des nördlichen Schwarzmeer- und Wolgagebiets beschrieb Paltov in der Einleitung seine Begegnungen mit den Bewohnern der am unteren Dnepr (ukr. Dnipro) gelegenen Insel Chortitza.² In zahlreichen emotional aufgeladenen Passagen beklagte er, in Chortitza und Umgebung – dem einstigen Zentrum der Zaporoger Sič – anstelle alter Kosakenbefestigungen eine Kolonie Plattdeutsch sprechender Mennoniten vorgefunden zu haben:

„[...] Es waren reinblütige Nordteutonen. Ich wusste, wohin ich fahre und dass ich sie treffen würde; ich war unterwegs, um ihr Leben kennenzulernen, indes, als ich sie hier sah, am Dnepr, mitten im Herzen Kleinrusslands, diese Kolonisten mit ihren ruhigen, grob-kräftigen Manieren, die geradeheraus sagen, wie sehr sie sich hier als Herren fühlen, da tat mir das Herz weh. Diese Insel [...] war doch nicht irgendein Stück Land. Diese Insel am Dnepr war Zeuge einer der großartigsten, heldenhaftesten Epochen unserer Geschichte. Es war die Insel Chortitza, die ehemalige Zaporoger Sič! Wieviel Blut wurde hier für die Orthodoxie und die russische Nationalität vergossen, wieviele Eindrücke und Bilder erstehen im Geist nur beim Anblick dieses historischen Ortes, der eine solche Rolle gespielt hat!“³

- 1 Der Verfasser dankt John D. Thiesen (Co-director of libraries / Archivist, Bethel College, North Newton, Kansas), den Archivarinnen und Archivaren des Staatlichen Behördenarchivs des Sicherheitsdienstes der Ukraine in Kyiv (GDA SBU) für die Unterstützung seiner Recherchen sowie Lars Nehrhoff (Köln) für die sprachliche Korrektur.
- 2 Das Buch sowie auch andere Publikationen veröffentlichte Paltov unter dem Pseudonym „Velicyн“. A.A. Velicyн: *Nemcy v Rossii. Očerki istoričeskogo razvitija i nastojaščego položenija nemeckich kolonij na Juge i Vostoke Rossii* [Die Deutschen in Russland. Abriss der historischen Entwicklung und gegenwärtigen Lage der deutschen Kolonien im Süden und Osten Russlands], St. Petersburg 1893. Die Insel Chortitza (ukr. Chortycja) gehört heute zum Stadtgebiet Zaporož'jes (ukr. Zaporizžja), sie liegt unterhalb des großen Staudamms des Dnipro-Wasserkraftwerks und umfasst als größte Insel des Dnipro ca. 2700 Hektar.
- 3 Velicyн, *Nemcy v Rossii* (wie Anm. 2), S. 3. Deutsche Übersetzung zit. nach: Dietmar Neutatz: *Die „deutsche Frage“ im Schwarzmeergebiet und in Wolhynien. Politik, Wirtschaft, Mentalitäten und Alltag im Spannungsfeld von Nationalismus und Modernisierung (1856–1914)*, Stuttgart 1993, S. 107. Als „Kolonien“ wurden sowohl einzelne Dörfer der ausländischen Kolonisten als auch aus mehreren Ortschaften bestehende Siedlungsgebiete (Kolonistenbezirke) bezeichnet. Das auf der Insel Chortitza gelegene mennonitische Dorf wurde 1789 gegründet und existierte bis zum Ersten

Diese glorreiche Vergangenheit sei „unwiderrufflich vergangen“. Wo einst der Militärrat der Kosaken zusammengekommen sei, würden nun pedantische Deutsche diskutieren, was zu tun sei, um in diesem mit russischem Blut durchtränkten Boden die Saat des Germanentums bestmöglich einzupflanzen.⁴

Paltov-Velicyn war sicherlich nicht der Erste, der in der Diskussion zur sogenannten deutschen Frage wirtschaftliche Argumente durch Beschwörung nationaler Gefühle zu unterfüttern versuchte. Neu war in seinen Texten allerdings, dass er die Vergangenheit geschickt für die eigenen Ziele instrumentalisierte. Durch seine emotional gefärbten Schilderungen des glorreichen Kampfes der Kosaken für die Orthodoxie und das russische Volk wertete er die Insel symbolisch auf, um ihre drohende (oder bereits erfolgte) Inbesitznahme durch ausländische Kolonisten als inakzeptabel darstellen zu können.⁵

Ähnliche antideutsche Töne finden sich auch in den Werken des ukrainischen Nationaldichters Taras Ševčenko, der Chortitza bereits 50 Jahre vor Paltov-Velicyn besucht hatte und nach seiner Rückkehr von seiner Ukrainereise in den Jahren 1843/44 an einen seiner Freunde schrieb: „Letztes Jahr war ich in der Ukraine [...]. Und auf Chortitza und sonst überall musste ich weinen. Deutsche [...] und Moskoviten haben unsere Ukraine geplündert [...]“.⁶ An anderer Stelle beschrieb Ševčenko am Beispiel der Insel Chortitza den drohenden Niedergang der Ukraine und rief seine Landsleute mahndend dazu auf, die Ukraine nicht zu verraten, sondern selbstlos zu lieben:

Und heute pflanzt der kluge Deutsche
Auf der Sitsch Kartoffeln,
Ihr kauft sie ein besonders gern,
verspeist sie, als die guten,
Und lobt die Zaporoger Sitsch.
Jedoch mit wessen Blute
Ist diese Erde voll getränkt,
In der Kartoffeln wachsen, –
Ist euch egal. Nur wichtig ist,
sie sei gut für den Garten!⁷

Während Paltov-Velicyns Rhetorik einen eindeutig antideutschen Charakter aufwies, waren Ševčenkos Beobachtungen in erster Linie gegen das Russische Reich gerichtet. Für ihn waren die zur Kolonisierung der „heiligen“ Sič eingeladenen Deutschen lediglich ein Instrument der russländischen Kolonisatoren, die er als weit größeres Übel ansah. Wie andere aus

Weltkrieg. Es gehörte zum Bezirk (*okrug*, später Amtsbezirk – *volost'*) Chortitza, der oft auch als „Chortitzaer Kolonie“ bezeichnet wurde.

4 Velicyn, *Nemcy v Rossii* (wie Anm. 2), S. 9 f.

5 Eine umfassende Übersicht über die Diskussionen zur „deutschen Frage“ siehe bei Neutatz, *Die „deutsche Frage“* (wie Anm. 3), S. 27-241.

6 Brief an Ja.H. Kucharenko vom 26. November 1844, in: Taras Schevtschenko: *Werke in 2 Bd.*, Sankt-Petersburg 1911, Bd. 2, S. 349 f.

7 Taras Schevtschenko: *Die große Gruft. Poeme ukrainisch und deutsch. Ins Deutsche übertragen und eingeleitet von Irena Katschaniuk-Spiech. Interpretiert von Giovanna Brogi Bercoff*, München 2020, S. 136 f.

dem Gebiet der heutigen Ukraine stammende Schriftsteller (Gogol', Kotljarevs'kyj) stellte auch er die Zaporoger Sič als einen Gegenentwurf zum Zarenreich dar, als eine auf der Grundlage von Freiheit und Unabhängigkeit fußende Gemeinschaft. Dass auf Chortitzaer Boden kulturell sowie konfessionell fremde Bevölkerungsgruppen dominierten, stand im Widerspruch zu den Zukunftsvisionen Ševčenko und dürfte nach Auffassung mancher Zeitgenossen und Forscher zur Radikalisierung seiner Ansichten beigetragen haben.⁸

Was Ševčenko und Paltov-Velicyn auf ihren Reisen nahe der Stadt Aleksandrovs'k sahen, war der (Amts-)Bezirk Chortitza, in dem die Mennoniten Ende des 19. Jahrhunderts, 20 Jahre nach der Aufhebung der Privilegien und der auf diese folgende Auswanderungswelle, weiterhin die Bevölkerungsmehrheit stellten. Seit der Gründung der ersten acht Dörfer 1789 – unter denen auch die auf der Insel Chortitza gelegene Siedlung war – hatte sich die Bevölkerung des Mennonitenbezirks bis Mitte des 19. Jahrhunderts auf über 10 000 Personen verzehnfacht. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Chortitzaer Kolonien zunehmend zu einem wichtigen wirtschaftlichen Faktor in der Region, wobei neben der Landwirtschaft auch die Industrie eine immer größere Rolle spielte.⁹

Den 100. Jahrestag der Gründung ihrer Kolonie nahm die mennonitische Elite 1889 zum Anlass, auf die Vergangenheit ihrer Gemeinschaft in Russland zurückzublicken. Die in der Öffentlichkeit umfassend begangenen Feierlichkeiten machten ebenso wie Publikationen in der Presse und Festvorträge deutlich, wie sehr sich die Mennoniten mit der Zarendynastie, aber auch mit dem Land und ihrer unmittelbaren Umgebung identifizierten. Für die bereits in Russland geborene zweite Ansiedlergeneration wurde Chortitza zur Heimat, so dass sich die in den 1870er Jahren nach Amerika Ausgewanderten „zuweilen sehnsüchtig an ihre Heimatdörfer“ erinnerten. Von der symbolischen Aneignung der Region durch die mennonitischen Ansiedler legten die im Jubiläumsjahr errichteten Denkmäler Zeugnis ab: ein großer Obelisk im Zentrum von Chortitza und zwei kleinere Gedenksteine an den Grabstätten der beiden ersten Abgesandten, einer davon auf der Insel Chortitza.¹⁰

Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs ereilte die Mennoniten das für alle in der Ukraine ansässigen Deutschen typische Schicksal. Während des Bürgerkriegs gerieten ihre Dörfer oft zwischen die Fronten, bevor sie schließlich ab den späten 1920er Jahren die schmerzhaft Erfahrung der antireligiösen Kampagnen, der Kollektivierung, des „Großen Terrors“ und schließlich der Deportationen der ersten Kriegswochen machen mussten und als Angehörige der deutschen Minderheit unter den Opfern oft überrepräsentiert waren. Mit der im Herbst

8 Über das Bild und die Bedeutung der Insel in den Werken des Nationaldichters Taras Ševčenko vgl. Ihor Zavorodnij: Taras Ševčenko i ostriv Chortycja: moderni vytoky vidrodžennja davnjoi svjatyri [Taras Ševčenko und die Insel Chortycja: moderne Quellen der Wiedergeburt eines alten sakralen Ortes], in: *Ukraïnoznavstvo* (2008), Nr. 3, S. 112-115.

9 Detlef Brandes: Von den Zaren adoptiert. Die deutschen Kolonisten und die Balkansiedler in Neu-rußland und Bessarabien 1751–1914, München 1993, S. 45, 276, 336, 340; Natal'ja V. Venger: Mennonitskoe predprinimatel'stvo v uslovijach modernizacii Juga Rossii: meždu kongregaciej, klanom i rossijskim obščestvom (1789–1920) [Mennonitisches Unternehmertum im Kontext der Modernisierung Südrusslands: Zwischen Gemeinde, Clan und russischer Gesellschaft], Dnepropetrovsk 2009.

10 James Urry: Nur Heilige. Mennoniten in Russland, 1789–1889, Steinbach 2005, S. 291-303, hier S. 291, 301. Über die sich im Kontext ihrer Anpassung ändernde Wahrnehmung ihrer Umgebung bei den Chortitzaer Mennoniten vgl. Dmytro Myeshkov: Die Schwarzmeerdeutschen und ihre Welten (1781–1871), Essen 2008, S. 195.

1943 von den deutschen Besatzern eingeleiteten Umsiedlung der „Volksdeutschen“ fand die 150-jährige Geschichte der Mennoniten in der Ukraine schließlich ihr Ende. Während ein kleinerer Teil der Chortitzaer Mennoniten nach dem Krieg in Deutschland blieb und später mehrheitlich nach Nord- oder Südamerika übersiedelte, wurden ihre in die Sowjetunion repatriierten Landsleute in die jenseits des Ural gelegenen östlichen Landesteile deportiert. In ihrem am Dnepr gelegenen ehemaligen Siedlungsgebiet wurde jegliche Erinnerung an die Mennoniten bis tief in die Nachkriegszeit aus dem öffentlichen Raum getilgt.

Gut 50 Jahre nach Erscheinen von Paltov-Velicyns Buch ermöglichte Stalins Tod leichte Korrekturen in der Geschichtsschreibung zu der Zaporoger Sič und der Insel Chortitza. In einem aus Anlass des 300. Jahrestags der Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland verabschiedeten Beschlusses stellte das ZK der KPdSU 1954 die führende Rolle des russischen Volkes zwar nicht in Frage, postulierte jedoch zugleich, die Zaporoger Kosaken hätten nicht nur harte Klassenkämpfe geführt, sondern auch maßgeblich zum Aufbau des ukrainischen Staates beigetragen. Während der zwischenzeitlichen kulturellen Renaissance der 1960er Jahre nahm das Interesse an der Geschichte des Zaporoger Kosakentums in der Sowjetukraine deutlich zu. Die treibende Kraft dieser Politik war der Erste Sekretär der KP der Ukrainischen SSR Petro Ju. Šelest, der an die Ukrainisierungspolitik der 1920er Jahre anzuknüpfen und zwischen der Stärkung der ukrainischen Sprache und Kultur und der konservativen Politik des Moskauer Zentrums zu lavieren versuchte.¹¹ Šelest, der sich selbst als Nachkommen der Kosaken sah, unterstützte die im Bereich der ukrainischen Geschichte und insbesondere der Kosakengeschichte betriebene Forschungsarbeit. Eine seiner wichtigsten Initiativen galt 1965 der Gründung eines Museums der Geschichte des Zaporoger Kosakentums als Bestandteil des Staatlichen Historisch-Kulturellen Schutzgebiets Chortitza. Nach der im Frühjahr 1972 erfolgten unerwarteten Absetzung Šelests wurden dessen Pläne allerdings für lange Zeit auf Eis gelegt, woraufhin sich die Thematisierung der „heiligen“ Rolle der Insel Chortitza in die nordamerikanische ukrainische Diaspora verlagerte.¹²

11 Petro Ju. Šelest (1908–1996) war von Juli 1963 bis Mai 1972 Erster Sekretär des ZK KPU und wird in der Forschung als Verfechter eines „kontrollierten Autonomismus“ [*kontroljovanyj avtonomizm*] gesehen. In seinem Buch *Ukraino naša radjans'ka* [Oh Ukraine, unsere sowjetische] (Kyiv 1970) galt die Hauptaufmerksamkeit der historischen Einzigartigkeit sowie der Apologie des ukrainischen Kosakentums als Symbol des Fortschritts. Christian Ganzer: *Sowjetisches Erbe und ukrainische Nation. Das Museum der Geschichte des Zaporoger Kosakentums auf der Insel Chortycja*. Mit einem Vorwort von Frank Golczewski, Stuttgart 2005, S. 68; Jaroslaw Pelenski: *Shelest and his Period in Soviet Ukraine (1963–1972): A Revival of Controlled Ukrainian Autonomism*, in: Peter J. Potichnyj (Hrsg.): *Ukraine in the Seventies*, Oakville, Ontario 1975, S. 283–305.

12 Das Museum wurde 1983 als eine Filiale des lokalen Stadtmuseums eröffnet und im Zuge der ukrainischen Unabhängigkeit wurde es zu dem, was es ursprünglich sein sollte – Bestandteil eines historischen Schutzgebiets. Dieser Kurswechsel hatte auch die Entlassung mehrerer Funktionäre und Wissenschaftler in Kiev und in Zaporož'e zur Folge, die sich mit der einschlägigen Forschung und den Musealisierungsplänen beschäftigt hatten. Die führende Forscherin der Kosakengeschichte Olena Apanovyč verlor ihren Posten im Geschichtsinstitut der Akademie der Wissenschaften, was sich später als Berufsverbot herausstellte. Bald nach der Absetzung von Šelest verlor auch der stellvertretende Vorsitzende des Exekutivkomitees des Gebiets Zaporož'e Mykola Kycenko, Heimatforscher und einer der Mitinitiatoren der Eröffnung des Museums, seinen Posten. Die Gründe für die plötzliche Absetzung von Šelest sind vielfältig und werden unterschiedlich gewichtet. Andreas Kappeler weist darauf hin, dass ausgerechnet die Glorifizierung von Kosaken bei der

Mit dem Vordringen des Zarenreichs zum Schwarzen Meer begann in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine neue Etappe der Geschichte Chortitzas. Die Aufhebung der Grenze zwischen sesshaften Bauern und Nomaden im nördlichen Schwarzmeergebiet hatte die Auflösung des freien Zaporoger Kosakenheeres und der mit dem Kosakenheer verbundenen Institutionen zur Folge. Seit der frühen Neuzeit war die Geschichte der Zaporoger Sič durch die Grenzlage geprägt, was eine Erforschung ihrer Vergangenheit und der Kosaken-Identität vor einige Herausforderungen stellt. Zum einen konnte bislang ungeachtet der in den letzten Jahrzehnten intensivierten Forschungsarbeit nicht eindeutig nachgewiesen werden, ob die Insel Chortitza jemals Sitz der Sič und damit ein Zentrum des Zaporoger Kosakentums war.¹³ Zum anderen aber sollte der kritische Blick auf die Komplexität und den widersprüchlichen Charakter der Kosaken-Identität, die oft vereinfacht als „ukrainisch“ bezeichnet wird, gerichtet werden.¹⁴

Ungeachtet dieser Widersprüche und Forschungsdefizite spielt die Geschichte des freien Kosakentums am unteren Dnepr sowie des Kosakenstaats (Hetmanat) im ukrainischen nationalen Narrativ eine zentrale Rolle, wobei Chortitza als heiliger Ort dargestellt wird. Das imperiale Bild der Kosaken, das den Beschreibungen Paltov-Velicyns zu Grunde lag und bis heute in Russland verbreitet ist, weist einen ambivalenten Charakter auf, da das Narrativ nicht zwischen dem Zaporoger und anderen Kosakenheeren unterscheidet und sie alle als loyale und selbstlose Kämpfer für das russische Volk darstellt. Selbst die Tatsache, dass die Auflösung der Sič auf Befehl Katharinas II. erfolgte, konnte diesem Gesamtbild nicht schaden, was nicht zuletzt durch den marginalen Charakter der Kosakengeschichte für das russische historische Bewusstsein erklärt werden kann.¹⁵

Spätestens Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich neben dem herrschenden imperialen und dem nationalen ukrainischen Narrativ noch eine weitere Sicht auf die Geschichte der Region Chortitza, in der die älteste mennonitische Kolonie im Zarenreich lag. Nicht nur das Leben eines bedeutenden Teils der in Russland bzw. in der Sowjetunion ansässigen mennonitischen Bevölkerung war auf unterschiedliche Art und Weise mit der sogenannten Alten Kolonie verbunden, auch für viele nach Übersee ausgewanderte Mennoniten blieb Chortitza ein wichtiger Bezugspunkt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörten die Chortitzaer Kolonien endgültig der Geschichte an und lebten nur in den Erinnerungen der ehemaligen Bewohner und ihrer Nachkommen weiter. Dies kam unter anderem in einer umfangrei-

Führung des Politbüros in Moskau „besonderes Missfallen“ erregte. Andreas Kappeler: *Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, München 2017, S. 188. Zu den Publikationen in Kanada über die sakrale Insel Chortitza vgl. z.B. Jurij Ju. Zavorodnij: *Ostriv Chortycja u robotach M. Millera ta D. Doncova (z nahody dvoch juvileiv)* [Die Insel Chortitza in den Werken von M. Miller und D. Doncov (aus dem Anlass zweier Jubiläen)], in: *Muzejnyj visnyk 11. Zaporizžja* (2011), S. 194-198.

13 *Istorijska ukraïns'koho kozactva. Narysy u dvoch tomach* [Geschichte der ukrainischen Kosaken. Skizzen in zwei Bänden], Bd. 1, Kyïv 2006, S. 534-538; Ganzer, *Sowjetisches Erbe* (wie Anm. 11), S. 17-19.

14 Nachträgliche Zuschreibungen einer ukrainischen Identität werden in der Forschung als „Nationalisierung“ des Kosakenmythus bezeichnet. Siehe z.B. Sergej Plochij: „Nacionalizacija“ ukraïnskogo kazačestva v XVII–XVIII vv. [Die „Nationalisierung“ des ukrainischen Kosakentums im 17.–18. Jahrhundert], in: *Ab Imperio* 2 (2004), S. 567-596.

15 Vgl. den Abschnitt „Fakten und Mythen“ in: Andreas Kappeler: *Die Kosaken. Geschichte und Legenden*, München 2013, S. 98-107.

chen Memoiren- und Forschungsliteratur, in der Selbstbezeichnung einiger mennonitischen Auswanderergruppen sowie in Symbolen wie der „Alten Eiche“ zum Ausdruck.

2. Die mennonitische Diaspora in Nordamerika

Durch mehrere Auswanderungswellen aus Westeuropa und dem Zarenreich entstanden in den USA und in Kanada zahlreiche mennonitische Gemeinden. Nach der Aufhebung der den ausländischen Ansiedlern gewährten Privilegien und vor allem nach der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht in den 1870er Jahren kehrte ein Drittel der Mennoniten Russland den Rücken. Insgesamt wanderten zu dieser Zeit 18 000 Menschen in Richtung USA und Kanada aus, unter ihnen auch 3 000 Personen aus den Chortitzaer Kolonien.¹⁶

Im 20. Jahrhundert folgten zwei weitere mennonitische Auswanderungswellen aus der Sowjetunion, die den Anteil der „russischen“ Mennoniten unter ihren in Nordamerika ansässigen Glaubensbrüdern deutlich ansteigen ließ. Die Mehrheit der in den 1920er Jahren ca. 20 000 und in den 1940er Jahren ca. 12 000 Auswanderer ließ sich in Kanada nieder. Insgesamt verließen ca. 50 000 Mennoniten Russland bzw. die Sowjetunion. Zusammen mit ihren Nachkommen machten sie in den 1960er bis 1970er Jahren ungefähr ein Viertel der US-amerikanischen sowie ungefähr die Hälfte der kanadischen Mennoniten aus.¹⁷

Angesichts dieser Zahlen ist es nicht verwunderlich, dass die aus Russland kommenden Mennoniten nicht nur die zahlenmäßig größte Gruppe bildeten, sondern auch im Kultur-, Bildungs- und Forschungsbereich stark vertreten waren. So gehörten mit Cornelius Krahn (1902–1990), David G. Rempel¹⁸ (1899–1992) und Gerhard Lohrenz¹⁹ (1899–1986) drei an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in den südkrainischen Kolonien geborene und in den 1920er Jahren aus der UdSSR ausgewanderte Männer zu den herausragenden Persönlichkeiten der mennonitischen Gemeinden und Bildungseinrichtungen der USA und Kanadas. Zwei von ihnen – Krahn und Rempel – stammten aus den Chortitzaer Kolonien und widmeten diesen in ihrer Forschungsarbeit große Aufmerksamkeit.

Noch vor ihrer Emigration konnten alle drei überdurchschnittliche Erfolge auf weiterführenden Schulen vorweisen, genossen in ihren Gemeinden hohes Ansehen und wurden sogar unter dem neuen Regime in Verwaltungspositionen befördert. So wurde zum Beispiel Lohrenz, der im Januar 1925 als jüngster Delegierter am Allmennonitischen Kongress in Moskau teilnahm, nach Ableistung seines Wehrdienstes in der Roten Armee zum Sekretär des Dorfsowjets gewählt. Während Rempel und Lohrenz direkt nach Kanada auswanderten, schloss Krahn vor seiner Übersiedlung in die USA zunächst in Europa sein Studium ab. In

16 Urry, *Nur Heilige* (wie Anm. 10), S. 314.

17 Zwischen den Jahren 1960 und 1975 stieg die Zahl der Mennoniten in den USA von 157 000 auf ca. 200 000 an, in Kanada – von 50 000 auf ca. 90 000. Rodney J. Sawatsky: *Domesticated Sectarianism: Mennonites in the U.S. and Canada in Comparative Perspective*, in: *The Canadian Journal of Sociology / Cahiers canadiens de sociologie* Vol. 3 (Spring 1978), No. 2, S. 233-244.

18 James Urry: *In Memoriam. David G. Rempel* (November 17 [n.s. 30] 1889 – June 27 1992), in: *Journal of Mennonite Studies* (1993), Vol. 11, S. 224-235.

19 Gerhard Ens: *Gerhard Lohrenz: His Life and Contributions*, in: *Mennonites in Russia, 1788–1988: essays in honor of Gerhard Lohrenz*, Altona, Manitoba 1989, S. 1-8.

der Zwischenkriegszeit promovierten Krahn und Rempel an den Universitäten Heidelberg bzw. Stanford, wobei Ersterer seine Dissertation theologischen und Letzterer historischen Aspekten des Lebens der Mennoniten in Russland widmete.

In der Nachkriegszeit waren Krahn und Lohrenz im Bildungs- und Forschungsbereich aktiv, in dem sie unter den nordamerikanischen Mennoniten tiefe Spuren hinterließen. Krahn war lange Zeit an verschiedenen Colleges in Kansas und insbesondere am North Newtoner Bethel College tätig, an dem er die Bibliothek und das Archiv leitete und 1946 die Vierteljahresschrift „Mennonite Life“ gründete, deren Herausgeber er in den folgenden 25 Jahren blieb. Ende der 1950er Jahre war er maßgeblich an der Herausgabe der vierbändigen „Mennonitischen Enzyklopädie“ beteiligt, die zehn Jahre später unter seiner Mitwirkung neu aufgelegt wurde.

Lohrenz kam Anfang der 1950er Jahre an das Canadian Mennonite Bible College, an dem er das Historische Departement aufbaute und leitete, Archiv und Bibliothek gründete und zahlreiche Materialien zur mennonitischen Geschichte zusammentrug.²⁰ Kurz vor seiner Pensionierung begann auch David G. Rempel der Geschichte der Mennoniten wieder mehr Zeit zu widmen. Im Jahr 1962 erhielt er die Erlaubnis, in Archiven der UdSSR zu forschen und kehrte mit über 10000 Kopien zur Geschichte der Mennoniten in Russland aus dem Zentralen Historischen Staatsarchiv in Leningrad und dem Zentralen Staatsarchiv Alter Akten in Moskau zurück. Auch wenn er später seine Archivrecherchen nicht wie gewünscht fortsetzen konnte, trug er eine der größten Sammlungen in Nordamerika zusammen, die für lange Zeit die wichtigste Grundlage für die in den USA und in Kanada geleistete Forschungsarbeit bildete. Dieser Quellenbestand erst ermöglichte es vielen jüngeren Historikern, auch in den Jahren, in denen es in der Sowjetunion keinen freien Archivzugang gab, forschend tätig zu sein.²¹

Insbesondere Krahn und Lohrenz waren durch ihre Arbeit an den mennonitischen Bildungseinrichtungen aktive Mitgestalter der unter den Mennoniten betriebenen historischen Forschung und trugen wesentlich zur Verwissenschaftlichung der mennonitischen Geschichtsschreibung bei. Diese Entwicklung lässt sich beispielsweise an den Übersichten über laufende Forschungsprojekte und den Besprechungen der einschlägigen Neuerscheinungen gut verfolgen, die seit Ende der 1950er Jahre auf Initiative des Herausgebers regelmäßig in „Mennonite Life“ veröffentlicht wurden.²² Alle drei knüpften an die Geschichtsschreibung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts an, brachten die Forschung voran und legten damit das Fundament für die in der Nachkriegszeit fortgeführte Arbeit.²³ Erfolgreich

20 Ebenda.

21 Urry, In Memoriam (wie Anm. 18), S. 224-235.

22 Siehe z.B. eine der ersten Übersichten: Cornelius Krahn: Anabaptism-Mennonitism in Doctoral Dissertations, in: Mennonite Life (April 1958), S. 83-87; Melvin Gingerich, Cornelius Krahn: Mennonite Research in Progress, in: Ebenda, S. 87 f. Danach wurden sie anhand von Informationen aus Nordamerika und Europa regelmäßig zusammengestellt.

23 Aktuelle Kritik der Geschichtsschreibung, unter anderem in Hinsicht auf den Beitrag von D. Rempel s. bei Ch. L. Dik, D.R. Stejpls: Razmyšlenija i vyvody ob issledovanijach v oblasti istorii rossijskich i sovetskich mennonitov. Vzgljad iz universiteta g. Toronto [Überlegungen und Schlussfolgerungen über die Forschungen zu russländischen und sowjetischen Mennoniten. Blick aus der Universität zu Toronto], in: Voprosy germanskoj istorii: Sb. nauč. tr. Otv. red. S.I. Bobyleva, Dnepropetrovsk 2006, S. 241-248, hier S. 243 f.

war auch ihre Öffentlichkeitsarbeit, die die Wahrnehmung der eigenen Vergangenheit der nordamerikanischen Mennoniten maßgeblich prägte.

Das Interesse für die Geschichte und Gegenwart der Mennoniten in Russland und der Sowjetunion nährte sich bei Krahn, Lohrenz und zum Teil auch bei Rempel aus drei Quellen. Erstens war die Lage der Mennoniten in der UdSSR, wo man etwa 160 000 Glaubensbrüder und damit eine der zahlenmäßig größten Gruppen weltweit vermutete, von großer Bedeutung für die gesamte Gemeinschaft. Während unter den Mennoniten nach dem Zweiten Weltkrieg eine Diskussion über Identitätsmerkmale einsetzte und die Religionszugehörigkeit dabei immer mehr an Gewicht gewann, war der Mangel an Informationen über die sowjetischen Mennoniten bzw. die seit der Errichtung des Eisernen Vorhangs abgebrochene Kommunikation mit diesen zu einem Hindernis für die Entwicklung der mennonitischen Bewegung geworden.²⁴ Zweitens spielten auch Forschungsinteressen eine wichtige Rolle. Insbesondere für Lohrenz und Krahn gehörte die Geschichte der Mennoniten in Russland zum Kern ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Das kam auch in der Thematik der Zeitschrift „Mennonite Life“ zum Ausdruck, deren Ausrichtung sich erst Anfang der 1970er Jahre unter dem Einfluss neuer Herausgeber änderte. Die Wiederaufnahme von Kontakten zwischen den USA und der UdSSR sowie die zwischen den beiden Ländern zu verzeichnende Annäherung boten weiteren Anlass für Veröffentlichungen, so dass sich Ende der 1960er Jahre gleich mehrere Hefte fast ausschließlich mit der russischen bzw. sowjetischen Thematik befassten. Neue Publikationen zu Mennoniten von sowjetischen Autoren (Krestjaninov, Klibanov etc.) führten darüber hinaus dazu, dass in der mennonitischen Presse auch die marxistische Sicht auf die Mennoniten (unter anderem mit Blick auf die sowjetische Gesetzgebung oder politische Praktiken) dargestellt und analysiert wurde.²⁵

Und schließlich waren alle drei Historiker daran interessiert, etwas über das Schicksal ihrer in der Sowjetunion lebenden Verwandten zu erfahren und den Kontakt wiederherzustellen, der in der Regel spätestens nach 1945 verlorengegangen war. So nutzten Lohrenz und Krahn ihre Reisen in die Sowjetunion zum Beispiel auch dazu, sich nach fast 50 Jahre mit Verwandten zu treffen und mit diesen Zeit zu verbringen.²⁶

Das sich nach Stalins Tod schnell ändernde innenpolitische Klima in der Sowjetunion wurde in Nordamerika aufmerksam verfolgt. Insbesondere nach Aufhebung des Sondersiedlungsregimes zeigten sich diese Veränderungen darin, dass immer mehr Briefe aus der UdSSR ins westliche Ausland gelangen konnten. Aus mehreren Briefen, die von 1956 an Kanada und die USA erreichten und in „Der Bote“ veröffentlicht wurden, wählte Krahn 1958 einen Brief von früheren Bewohnern Chortitzas zur Veröffentlichung aus, in dem die-

24 Mehr dazu vgl. Benjamin Goossen: *Chosen Nation: Mennonites and Germany in a Global Era*, Princeton 2017. Angaben über die mögliche Zahl der Mennoniten waren rein rechnerischer Natur und stützen sich vor allem auf Angaben der westdeutschen Presse zum Wachstum der deutschen Bevölkerung der Sowjetunion.

25 Das Buch von Krestjaninov (*Mennonity*, Moskau 1967) war nach dem Erscheinen des Buches von Klibanov (*Mennonity*, Moskau, Leningrad 1931) der erste Versuch, die marxistische Sicht auf diese konfessionelle Gruppe darzustellen. Das Buch von Krestjaninov wurde besprochen von Abram Wallmann: *Mennonites – A Marxist View. A Book Review*, in: *Mennonite Life* (July 1969), S. 124-130.

26 Ens, Gerhard Lohrenz (wie Anm. 19), S. 1-8, hier S. 4. Der Bruder von G. Lohrenz Peter konnte noch vor 1985 seine Verwandten in Kanada zweimal besuchen, vgl. ebenda.

se ihre aus den Verbannungsorten in die alte Heimat führende Kurzreise beschrieben: „For three days we made a pilgrimage through Chortitza and Rosental [...] We do not regret that we were there, but it was very, very sad [...] Yes, even the water of the Dnieper River looks so different from the waters which I have seen since.“ Die Redaktion zog das folgende Fazit: „The majority, if they could return, would not feel home. The oak, the willows, and even homes still stand; but the roots of the former inhabitants have grown into the foreign soil and only in nostalgic moments do they dream about their former home. Even after a short visit to the old home, they return to the new.“²⁷ Auch wenn aus solchen Veröffentlichungen unmissverständlich klar wurde, dass die Geschichte der Mennoniten in der Ukraine unwiederbringlich zu Ende war, weckten sie bei einigen Lesern nicht nur allgemeines Interesse, sondern auch Reiselust.

Im Zuge der Entstalinisierungspolitik erhielten Krahn, Lohrenz und Rempel schon bald die Gelegenheit, ihr Interesse an Reisen tatsächlich umzusetzen. Die ersten Kontakte wurden im Rahmen des Austauschs kirchlicher Delegationen möglich. Die Voraussetzungen dafür wurden in der Sowjetunion 1955 geschaffen, als das Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU neue Grundsätze der kirchlichen Diplomatie beschloss. So wurde der Dialog mit dem Weltkirchenrat (Ökumenischer Rat der Kirchen) aufgenommen, dem die Russisch-Orthodoxe Kirche 1956 beitrug. Später bekam neben der Estnischen und der Lettischen Evangelisch-Lutherischen Kirche auch der Allunionrat der Evangeliumschrsten-Baptisten das Recht, sich außenpolitisch zu betätigen.²⁸

Im Jahr 1956 unternahm eine Delegation des Mennonitischen Zentralkomitees (Mennonite Central Committee), der u.a. Harold S. Bender und David B. Wiens angehörten, eine Reise nach Moskau, in deren Rahmen es auch zu Treffen mit Vertretern des Allunionrats der Evangeliumschrsten-Baptisten kam. Abgesehen von einer durch die antireligiöse Kampagne Chruščëvs bedingten Unterbrechung in den frühen 1960er Jahren fanden derartige Besuche regelmäßig statt und wurden von Mitte der 1960er Jahre an durch Reisen kirchlicher Delegationen aus der Sowjetunion in den Westen ergänzt.²⁹

27 Cornelius Krahn: *The Oak and the Willows*, in: *Mennonite Life* XVIII (April 1958), No. 2, S. 51-57, hier S. 56 f.

28 Nikita Ju. Pivovarov: *Kogo priglašali v SSSR i kogo otpravljali za granicu po religioznoj linii (1943–1985)* [Wer wurde in die UdSSR eingeladen und wer im Rahmen der kirchlichen Diplomatie ins Ausland geschickt (1943–1985)], in: *Gosudarstvo, religija, cerkov' v Rossii i za rubežom* (2017), Nr. 35(01), S. 185-215, hier S. 192. Vgl. dazu auch: Johannes Dyck: *Mennonity Severnoj Ameriki i SSSR v seredine 1950-ch godov: malen'kie ljudi i bol'saja politika* [Die Mennoniten Nordamerikas und der Sowjetunion Mitte der 1950er Jahre: Kleine Leute und große Politik], in: Ebenda, S. 123-146.

29 Über diesen Besuch berichtete Cornelius Krahn: *News from Russia*, in: *Mennonite Life* (April 1956), S. 87 f. Ausführlicher über die Tätigkeit des MCC in diesem Bereich vgl. Mary Raber: *Remembering the Russian Bible Commentary: A Memoir in Context*, in: Mary Raber, Peter F. Penner (Hrsg.): *History and Mission in Europe: Continuing the Conversation*, Schwarzenfeld 2011, S. 303-326, hier S. 315. Bender besuchte als Tourist die mennonitischen Siedlungsgebiete in der UdSSR und noch im Jahre 1929 als Doktorand der Universität Tübingen. Über kirchliche Delegationen pazifistischer Ausrichtungen berichtete „Inturist“ der Ukrainischen Sowjetrepublik noch in den frühen 1980er Jahren. Ol'ga N. Radčenko: „Inturist“ v Ukraine 1960–1980-ch godov: meždu krasnoj propagandoj i tverdoj valjutoj [„Intourist“ in der Ukraine in den 1960–1980er Jahren: zwischen roter Propaganda und harter Währung], Čerkassy 2013, S. 122 f.

Im Mai und Juni 1964 nahm eine Delegation sowjetischer Baptisten auf Einladung ihrer amerikanischen Glaubensbrüder an der Arbeit der Northern (American) Baptist Convention teil. Im Rahmen des Besuchsprogramms waren die Gäste aus der Sowjetunion bei den Veranstaltungen aus Anlass des 150. Jahrestags der Baptistenbewegung der USA zugegen und besuchten mennonitische Bethäuser und Einrichtungen, wo sie von der im Oktober 1963 erfolgten Aufnahme der Mennoniten in den Allunionrat der Evangeliumschrsten-Baptisten berichten konnten. Mit großem Interesse wurde auch die Information aufgenommen, dass überall dort, wo Mennoniten die Mehrheit der Gläubigen stellten, die Gottesdienste in deutscher Sprache abgehalten wurden. Die Reiseberichte in der sowjetischen Baptistenpresse wurden zum Teil auch in „Mennonite Life“ nachgedruckt.³⁰

Nur wenige Wochen später (Ende Juni und Anfang Juli 1964) nahm eine große Delegation US-amerikanischer Baptisten an der II. Allchristlichen Friedensversammlung in Prag teil, die von der umstrittenen Christlichen Friedenskonferenz organisiert wurde.³¹ In der mennonitischen Presse hieß es dazu:

„There is only one way for man to act in a wholesome or godly manner. That is by building bridges of trust from individual to individual, from class to class, from race to race, from country to country, from nationality to nationality, from East to West and West to East. All other attempts ultimately lead to destruction and back to the jungle. In spite of geographic, national, racial, and above all, ideological barriers and abysses, bridges of trust and love must be built *now* before it is too late.“³²

Neben Krahn nahm in Person von Melvin Gingerich³³ ein weiterer ausgewiesener Kenner der mennonitischen Geschichte an der Prager Versammlung teil. Auch wenn die Botschaft im Einklang mit den pazifistischen Grundprinzipien der Mennoniten stand, bleibt zu klären, inwieweit sich die Teilnehmer über die wirklichen Ziele der Bewegung im Klaren waren. Die einzuladenden Teilnehmer der kirchlichen Delegationen wurden im ZK-Sekretariat in Moskau geprüft und bestätigt. Eine mehrmalige Teilnahme an den Delegationsreisen galt als Ausweis, dass die entsprechende Person zu den „Freunden der Sowjetunion“ gezählt werden konnte.³⁴

Als bis dahin gelungenste Reise beschrieb Krahn die im Frühsommer 1970 von Lorenz geleitete dreiwöchige Canadian-USA Friendship Tour, deren Ausgangs- und Endpunkt in Moskau lag. Aus der sowjetischen Hauptstadt führte die Reise zunächst nach Mittelasien und auf die Halbinsel Krim, bevor die Gruppe schließlich über Zaporož'e und Kiev

30 Eine gekürzte Übersetzung des Artikels von I.I. Motorin aus „Bratskij Vestnik“ siehe in: Mennonite Life (July 1965), S. 139 f.

31 Die Prager Christliche Friedenskonferenz wurde von Moskau als ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den Vatikan betrachtet, vgl. Pivovarov, Kogo priglašali v SSSR (wie Anm. 28), S. 192 f.

32 Editorial, in: Mennonite Life XX (July 1965), No. 3, S. 98.

33 Melvin Gingerich (1902–1975) – mennonitischer Historiker und Archivar, Verfasser zahlreicher Untersuchungen zur mennonitischen Geschichte. Nach seiner Promotion im Jahre 1938 lehrte Gingerich zuerst am Bethel, dann am Goshen College, wo er bis 1970 auch als Archivar und Herausgeber des Mennonite Historical Bulletin tätig war.

34 Pivovarov, Kogo priglašali v SSSR (wie Anm. 28), S. 197.

nach Moskau zurückkehrte. Während ihres Aufenthalts in Zaporož'e besuchte die Gruppe die Insel Chortitza, wo sie das Denkmal für Jacob Höppner, den ersten Abgesandten der Mennoniten aus dem späten 18. Jahrhundert, aufsuchte. Die Besichtigung der ehemaligen Kolonien wurde mit Ausflügen zum Dnipro-Wasserkraftwerk und in eine in der Nähe der ehemaligen Moločnaer Kolonien gelegenen Kolchose verbunden.

Einer der wichtigsten Programmpunkte dieser Reise waren Treffen mit Verwandten, die zum Teil im Voraus geplant und von „Intourist“ organisiert wurden. In Alma-Ata erwarteten zahlreiche aus verschiedenen Republiken angereiste Verwandte die Reisegruppe, und ein gemeinsames Picknick am Issyk-Kul'-See gehörte zu den Höhepunkten der Reise. Später konnte auch Krahn vor dem Abflug nach Winnipeg erstmals nach 40 Jahren seinen aus dem Ural angereisten Bruder und drei Schwestern in Moskau treffen, mit denen er mehrere Tage verbrachte. Das Familientreffen (Krahn war mit Frau und Tochter angereist) wurde mit einem gemeinsamen Gottesdienstbesuch in einem Moskauer Bethaus gekrönt.

Oft übertrafen die sowjetischen Mitorganisatoren sogar die Erwartungen der westlichen Touristen, indem sie zum Beispiel spontan einen Besuch der Moločnaer Kolonien organisierten. Einige Passagen aus Krahns Bericht lassen darauf schließen, dass nicht alle Teilnehmer der Reisegruppe das ganze dreiwöchige Programm absolvierten, da sie bis zu zehn Tage mit ihren Verwandten verbrachten. Aber nicht nur über „Intourist“, sondern auch über die sowjetischen Verhältnisse war Krahn voll des Lobes. So behauptete er etwa, die Sowjetmacht habe ihre Versprechen gegenüber dem Volk erfüllt. Die gute Atmosphäre bewegte Krahn dazu, für das folgende Jahr eine weitere Reise anzukündigen, die er zu leiten gedachte.³⁵ Eine ausführliche Beschreibung der Treffen mit sowjetischen Vertretern verfasste der an einem mennonitischen College in Virginia tätige Soziologie-Professor Grant M. Stoltzfus.³⁶

Nach seiner Rückkehr von der im Jahr 1971 durchgeführten nächsten Reise in die UdSSR teilte Krahn auf den Seiten der „Mennonite Life“ mit, er denke auch weiterhin daran, Reisegruppen zu organisieren und zu leiten. Nach seinem Rückzug aus der Herausgeberschaft der Zeitschrift plante er für 1972 sogar zwei Reisegruppen – eine erste im Januar für Studenten sowie deren Eltern und Lehrer und eine allen Interessierten offenstehende zweite Reise im Juni.³⁷

Auch Lohrenz nutzte nahezu jede Gelegenheit, in die Sowjetunion zu reisen. Nach seiner Pensionierung 1965 widmete er sich zunächst der Arbeit als Pastor der General Conference in Winnipeg, bevor er sich fünf Jahre später als „travelling tour guide“ engagierte. In den folgenden mehr als zehn Jahren war Lohrenz an mehr als 30 in die Sowjetunion führenden Reisen beteiligt und als Kenner des Landes zuweilen auch mit kanadischen Handelsdelegationen in der UdSSR unterwegs.³⁸

35 Cornelius Krahn: *Russia Revisited*, in: *Mennonite Life* XXV (October 1970), No. 4, S. 147-154. Zu den Bildern von Krahn mit seinen Verwandten in Mittelasien vgl. auch: *Mennonite Life* XXVII (March 1972), No. 1, S. 23; ebenda XXXII (September 1977), No. 3, S. 10 (mit seinen Brüdern 1972).

36 Grant M. Stoltzfus: *Through Soviet Eyes*, in: *Mennonite Life* XXVII (March 1972), No. 1, S. 8-10, 21-23.

37 Cornelius Krahn: *A Farewell*, in: *Mennonite Life* XXVI (Juli 1971), No. 3, S. 98. [Ohne Autor], *Join the Editor*, in: Ebenda.

38 Ens, Gerhard Lohrenz (wie Anm. 19), S. 1-8.

3. Zaporož'e und das Gebiet Zaporož'e in den frühen 1970er Jahren: Bevölkerung, touristische Infrastruktur und staatliche Kontrolle

Als nordamerikanische Mennoniten im Jahr 1970 im Rahmen der Canadian-USA Friendship Tour für einen kurzen Aufenthalt nach Zaporož'e kamen, lernten sie ein industrielles Zentrum und die mit über 650 000 Einwohnern sechstgrößte Stadt der Ukraine kennen. Nach der Zahl der ausländischen Touristen stand Zaporož'e in den Jahren 1967–1972 unter den ukrainischen Städten jedoch nur an 9. bzw. 10. Stelle, weit hinter Kiev, Odessa und Jalta, die am häufigsten besucht wurden. Der ausländische Tourismus wuchs zu dieser Zeit in Zaporož'e langsamer als in der Republik insgesamt (13% gegen 65%), wobei in Kiev und L'viv (Lemberg) sogar eine Verdoppelung der Zahl der aus dem Ausland kommenden Gäste zu verzeichnen war (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Anzahl und Zusammensetzung der ausländischen Touristen in der Stadt Zaporož'e und in der Ukrainischen Sowjetrepublik (1967–1972)³⁹

	1967	1968	1969	1970	1971	1972
Stadt Zaporož'e	3 015	3 213	3 294	3 879	2 470	3 318
Ukrainische Sowjetrepublik insgesamt	210 267	236 079	147 455	220 633	270 175	347 216
darunter:						
aus den Ostblockstaaten			104 365	158 133	195 813	262 939
aus den kapitalistischen Ländern			43 090	62 500	74 362	84 277

Die nach Zaporož'e kommenden Touristen wurden in den Hotels „Dnepr“ und „Teatral'naja“ untergebracht, für Touristen, die mit PKWs anreisten, wurden zudem entlang der Autobahn Moskau-Simferopol' Campingplätze eingerichtet. Im Jahr 1971 wurde das im Stadtzentrum gelegene neue Hotel „Inturist“ in Betrieb genommen, dessen Personal einschließlich Reiseführern und Dolmetschern ca. 400 Personen zählte.⁴⁰

Von den ca. 2 500 Touristen, die 1971 das Gebiet Zaporož'e besuchten, kamen etwa zwei Drittel (1 623) aus den kapitalistischen Ländern. Dass Touristen aus Westeuropa und Nordamerika die Mehrheit ausmachten, war für die Ukrainische Sowjetrepublik untypisch, da der Anteil der aus den kapitalistischen Ländern kommenden Touristen (mehrheitlich Gäste aus den USA, der Bundesrepublik und Frankreich) in der ganzen Ukraine nur knapp über einem Viertel lag.⁴¹ Während Kiev und Lemberg ein reiches Kulturangebot aufwiesen

39 Radčenko, „Inturist“ (wie Anm. 29), S. 72.

40 Zu den anlässlich der Eröffnung des Hotels „Inturist“ vom KGB getroffenen Maßnahmen vgl. z.B. Plan der Abwehrarbeit der 2. Abteilung der Verwaltung des KGB für das Gebiet Zaporož'e für 1971, OGA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1915/2, ark. 47-60, hier 51, 51 Rückseite.

41 Radčenko, „Inturist“ (wie Anm. 29), S. 109, 142, 152. Mit Blick auf die Zahlen der aus der Sowjetunion ins Ausland Reisenden lässt sich ein gänzlich anderes Bild zeichnen. So führten nach den Daten für das Jahr 1971 nur etwa 10% der insgesamt fast 3 000 von Bewohnern der Stadt und des Gebiets unternommenen Auslandsreisen ins kapitalistische Ausland, vgl. dazu: Plan osnovnych kontrazvedyvatel'nych meroprijatij 2 otdela UKGB pri SM USSR po Zaporožskoj oblasti na 1972 g. [Plan der Haupt-Abwehrmaßnahmen der 2. Abteilung der Verwaltung des KGB beim Ministerrat der USSR für das Gebiet Zaporož'e für das Jahr 1972] vom 27.12.1971, OGA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1179/3, ark. 67-96, hier 67.

und Odessa und Jalta durch ihre Häfen gut erreichbar und als Urlaubsorte attraktiv waren, wurden Zaporož'e und Umgebung vor allem von Durchreisenden besucht, die entweder die Autobahn Moskau-Simferopol' nutzten oder per Schiff auf dem Dnepr unterwegs waren. Zugleich gab es aber auch nicht wenige Touristen, die Zaporož'e gezielt aufsuchten. So lässt sich den Materialien des KGB entnehmen, dass sich ein beträchtlicher Teil der West-Touristen bereits Mitte 1960er Jahre für die Geschichte und Gegenwart der unmittelbar am Stadtrand oder im Süden des Gebiets Zaporož'e gelegenen ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete interessierte, die vom Stadtzentrum aus schnell zu erreichen waren.

Die Versuche einiger West-Touristen, Kontakt zu den vor Ort ansässigen Deutschen aufzunehmen, betrachtete der KGB als potentielle Gefahr für die Staatssicherheit. Vor diesem Hintergrund scheint es angebracht, die im Gebiet Zaporož'e ansässige deutsche Bevölkerungsgruppe genauer in Augenschein zu nehmen: Zur Zeit der deutschen Besatzung von 1941 bis 1943 lebten in den 19 Dörfern der Chortitzaer mennonitischen Kolonien etwa 13 000 Personen, unter denen Frauen infolge der Repressionen deutlich überrepräsentiert waren (zwei Drittel aller Erwachsenen).⁴² Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die deutsche Bevölkerung des Gebiets Zaporož'e – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – verbannt. Diejenigen, die den Deportationen der Kriegszeit sowie der ersten Nachkriegsmonate entgehen konnten, standen, insbesondere, wenn sie sich in den besetzten Gebieten aufgehalten hatten, unter dem Generalverdacht der Kollaboration mit den deutschen Besatzern bzw. den Geheimdiensten der westlichen Alliierten und wurden vom sowjetischen MGB/KGB beobachtet.

Fünf Jahre nach dem Krieg lebten in dem Gebiet so wenige Deutsche, dass sie allenfalls erfasst werden konnten. 1950 registrierte das MGB in Stadt und Gebiet Zaporož'e insgesamt 397 erwachsene Personen deutscher Nationalität, von denen 99 in der Stadt und weitere 54 in dem in unmittelbarer Nähe der Stadt gelegenen Rayon Verchnjaja Chortitza lebten. Von diesen gut 150 Personen stammten lediglich zwei Drittel gebürtig aus der Gegend. Der bereits erwähnte Frauenüberschuss war nach dem Krieg insbesondere in der Stadt zu verzeichnen, wo nur 17 von insgesamt 99 Deutschen Männer waren. 14 Frauen und fünf Männer waren mit andersethnischen, größtenteils ukrainischen oder russischen Partnern verheiratet. Auch im Rayon Verchnjaja Chortitza führte die Mehrheit der verheirateten Deutschen gemischte Ehen – insgesamt waren es neun an der Zahl. Allerdings gab es dort zwei Familien, bei denen in den Listen des KGB beide Eheleute als Deutsche geführt wurden.⁴³

Nach der Aufhebung des Sondersiedlungsregimes wurde den ehemaligen Ukrainedeutschen verboten, in ihre früheren Siedlungsgebiete zurückzukehren. Dass der Ministerrat der Ukrainischen Sowjetrepublik die Rückkehr der Deutschen nach Zaporož'e, Cherson sowie

42 Karl Stumpp: Bericht über das Gebiet Chortitza im Generalbezirk Dnjepropetrowsk, Berlin 1943, S. 11.

43 Dass die Stadt Zaporož'e und der Rayon Verchnjaja Chortitza für eine ausführliche Betrachtung ausgewählt wurden, ist dadurch zu erklären, dass sich die ehemaligen Chortitzaer Kolonien auf diesem Territorium befanden. Bericht № 2/3/889-VČ des Leiters der 2. Abteilung der Gebietsverwaltung des MGB für das Gebiet Zaporož'e Oberst Pogorilyj an den Leiter der 2. Verwaltung des MGB der Ukrainischen SSR Oberst Komagurov „Über den Stand der Agentur- und operativen Arbeit unter den deutschen Kolonisten“ vom 28. Juli 1951, OGA SBU, f. 1, op. 1, spr. 362, t. 2, ark. 1-6.

in weitere Gebiete am 3. März 1958 zum wiederholten Male verbot, lässt darauf schließen, dass die Zahl der Rückkehrwilligen nicht unterschätzt werden sollte.

Nach dem in den 1950er Jahren zu verzeichnenden Anstieg stagnierte die Zahl der im Gebiet ansässigen Deutschen laut Volkszählungen von 1959 und 1970 bei ca. 1 500 Personen. Somit hatte sich die Gesamtzahl der Deutschen innerhalb von 20 Jahren – wenn auch auf sehr niedrigem Niveau – mehr als verdreifacht.⁴⁴ Auch wenn uns für die Zeit nach 1950 keine detaillierten Angaben über die Zusammensetzung der im Gebiet Zaporož'e ansässigen deutschen Bevölkerung zur Verfügung stehen, kann man davon ausgehen, dass gemischte Ehen auch weiterhin eine wichtige (wenn nicht die einzige) Möglichkeit darstellten, auf das Territorium der ehemaligen Chortitzaer und anderer Kolonien zurückkehren zu dürfen, und dass die entsprechende Gruppe unter den aus den ehemaligen Verbannungsgebieten im Ural, in Kasachstan und Sibirien zugezogenen Deutschen stark vertreten war.⁴⁵

Bis zur Verabschiedung des Gesetzes über die ausländischen Staatsangehörigen wurde deren Status durch bilaterale Vereinbarungen sowie durch Verordnungen geregelt. Die 1962 geschaffene, beim Ministerrat der UdSSR angesiedelte Staatliche Verwaltung für Ausländischen Tourismus erarbeitete eine Generalinstruktion [*General'naja instrukcija*] über die Organisation der Aufnahme und Betreuung ausländischer Touristen in der UdSSR und über die Reisen sowjetischer Touristen ins Ausland. Sowohl die Generalinstruktion als auch das später verabschiedete Gesetz ließen den Sicherheitsorganen viel Handlungsraum.⁴⁶

Vor dem Hintergrund steigender Touristenzahlen führte die ukrainische KGB-Hauptverwaltung 1970 kurz vor der Eröffnung des Hotels „Inturist“ eine umfassende Prüfung der lokalen Spionageabwehrarbeit durch.⁴⁷ Für die Überwachung der ausländischen Touristen war in Zaporož'e die 2. Abteilung der Gebietsverwaltung des KGB (Abwehr) zuständig.

Die Überwachung ausländischer Touristen wurde zur wichtigsten Aufgabe der Gebietsverwaltung des KGB erklärt. Im Jahresplan der zu leistenden Abwehrarbeit für 1971 hieß es:

44 Die die Zahl der im Gebiet Zaporož'e lebenden Deutschen betreffenden Angaben des KGB weichen von den Ergebnissen der Volkszählung leicht ab, was sich wahrscheinlich dadurch erklären lässt, dass der KGB nur Erwachsene auf seine Liste setzte. So standen im Jahr 1972 1 314 Deutsche auf den Listen des KGB, während bei der Volkszählung von 1970 1 613 Personen deutscher Nationalität registriert wurden, vgl. dazu: Plan der wichtigsten Maßnahmen der Abwehrarbeit der 2. Abteilung der Verwaltung des KGB für das Gebiet Zaporož'e vom 27. Dezember 1971, eingereicht vom Abteilungsleiter Oberstleutnant Akimov, OGA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1915, ark. 67-97, hier 83. Vsesojuznaja perepis' naselenija 1970 goda. Tablica 7c. Raspreделение naselenija po nacional'nosti, rodnomu i vtoromu jazyku [Allunionvolkszählung von 1970. Tabelle 7c. Zusammensetzung der Bevölkerung nach Nationalität, Mutter- und Zweitsprache], RGAĖ, f. 1562, op. 336, d. 4014-4101, zit. nach: Demoskop Weekly, Priloženija [Anlagen]. http://www.demoscope.ru/weekly/ssp/resp_nac_70.php?reg=7 [letzter Zugriff: 9.7.2021].

45 Ähnlich wurde es auch von den Zeitgenossen in der Sowjetunion und in Nordamerika wahrgenommen. Cornelius Krahn: The Oak and the Willows, in: Mennonite Life XIII (April 1958), No. 2, S. 51-57, hier S. 57.

46 Vjačeslav A. Chripun: Inostrannyj turizm v Leningrade v 1950–1960-e gody [Ausländischer Tourismus in Leningrad in den 1950–1960er Jahren], in: Istoričeskij Ežegodnik (2010), S. 110-118, hier 113 f.

47 Die diese Prüfung dokumentierenden Unterlagen umfassen die gesamten 1960er Jahre und sind im Aktenband „Kontrol'no-nabljudatel'noe delo Nr. 1179 zu finden“ (s. dort den Abschnitt „II. Plany kontrrazvedyvatel'noj dejatel'nosti“ [Pläne für die Abwehrarbeit]), OGA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1915.

Während „[...] sich die Touristen aus der Bundesrepublik weiterhin für die ehemaligen deutschen Kolonisten und ihre Lage interessierten“, wurden „[...] seitens der amerikanischen Touristen Versuche festgestellt, Informationen über die politische und soziale Lage sowie über die unter Jugendlichen, innerhalb des Komsomol und in den Verwaltungsorganen vor Ort ablaufenden Prozesse, aber auch über die Lage von Justizangestellten und Anwälten und über die soziale und ökonomische Lage der Arbeiter zusammenzutragen.“

Mit Blick auf Reisegruppen wie die von Lohrenz stellten die KGB-Mitarbeiter fest:

„In den Jahren 1969–70 wurden Bestrebungen deutscher Touristen aus Kanada, den USA und der Bundesrepublik registriert, in Zaporoz’je Personen deutscher Nationalität ausfindig zu machen und Informationen über diese zu erhalten. Es ist nicht auszuschließen, dass es sich bei diesen Aktivitäten der Touristen um das Ergebnis der Anstrengungen der Geheimdienste des Feindes handelt, die bestrebt sind, unter der im Gebiet Zaporoz’je ansässigen deutschen Bevölkerung Fuß zu fassen. Es ist zu erwarten, dass die Zahl der aus diesen Staaten nach Zaporoz’je und in das Gebiet kommenden Touristen weiter steigt. Bei der Umsetzung der die ausländischen Deutschen betreffenden Maßnahmen ist das oben Geschilderte unbedingt zu berücksichtigen. Die Hauptaufmerksamkeit soll dabei ihren der Erkundung und dem feindlichen Missbrauch des sie interessierenden Kontingents sowjetischer Bürger dienenden Aktivitäten gelten.“

Mit Blick auf die aus Kanada und den USA kommenden „deutsch-mennonitischen“ Reisegruppen war zudem geplant, neben den bereits herangezogenen Agenten „Vasilëk“, „Romanov“, „Svetlov“ und „Vasil’ev“ auch V-Männer aus den Reihen der Deutschen (Letk*, Kr*, Kons*, Br* und Gerb*) und eine V-Frau namens Andr* einzusetzen.⁴⁸

Anfang 1971 wurde das Personal der 2. Abteilung deutlich aufgestockt und zählte nun 37 Mitarbeiter. So wurden in der 1. Unterabteilung, zuständig für „aus den kapitalistischen Ländern kommende Ausländer“, drei neue Stellen eingerichtet. Während sich zwei der neuen Bevollmächtigten auf Hotelgäste und durchreisende Autotouristen konzentrieren sollten, hatte der dritte Mitarbeiter die Aufgabe, unter den entlang der Fernstraße Moskau-Simferopol’ zeltenden Campinggästen Abwehrarbeit zu leisten.⁴⁹ Vor der 1971 erfolgten Eröffnung des Hotels „Inturist“ schleuste die Gebietsverwaltung des KGB unter dessen Mitarbeitern ihre Agenten ein. Das gesamte sonstige Personal musste eine Überprüfung durchlaufen.⁵⁰

48 Plan der Abwehrarbeit der 2. Abteilung der Verwaltung des KGB für das Gebiet Zaporoz’je für 1971, ebenda, ark. 47-60, hier 47 Rückseite, 51 Rückseite.

49 Unter Abwehr war vor allem nachrichtendienstliche Arbeit unter ausländischen Touristen mit dem Ziel gemeint, die Tätigkeiten unter ihnen zu vereiteln, die als antisowjetisch betrachtet wurden (Kontakte zu den Sowjetbürgern deutscher Herkunft, Sammeln von Informationen, antisowjetische Aussagen, Fotografieren ohne Genehmigung etc.), Personalplan der 2. Abteilung vom 24. März 1971. Außerdem war geplant, das in den Hotels, Restaurants, Campingplätzen und an anderen Service-Punkten für ausländische Touristen bestehende Agentennetz auszuweiten, vgl. Plan der Abwehrarbeit der 2. Abteilung der Verwaltung des KGB für das Gebiet Zaporoz’je für 1971, ebenda, ark. 47-60, hier 51.

50 Ebenda, ark. 51, 51 Rückseite.

1970 besuchten 1 779 aus den „kapitalistischen“ Ländern kommende Ausländer das Gebiet Zaporož'e, von denen elf als Diplomaten, 98 als Mitglieder verschiedener Delegationen (zum Teil wohl auch der aus Nordamerika kommenden mennonitischen Reisegruppen) und 100 im Rahmen privater Besuche reisten. Die 2. Abteilung der Gebietsverwaltung des KGB berichtete nach Kiev, in diesem Jahr seien 48 Spionage- und 21 Versuche „ideologischer Diversion“ unterbunden worden.⁵¹

Inwieweit diese Berichte über die hohe Intensität der unter dem Deckmantel des Tourismus betriebenen Spionage- bzw. Diversionstätigkeit der Realität entsprachen und die getroffenen Gegenmaßnahmen gerechtfertigt und wirksam waren, lässt sich anhand der KGB-Unterlagen nicht abschließend beurteilen. Allerdings ist den darin enthaltenen Informationen zu entnehmen, wie die sowjetischen Sicherheitsorgane die Überwachung der ausländischen Touristen organisierten und in welchen innenpolitischen Bereichen sie den Aktivitäten des „Feindes“ ein erhöhtes Risikopotential zuschrieben. So wurde die Gebietsverwaltung des KGB im August 1969 auf drei mit dem Auto reisende Ingenieure aus Kanada aufmerksam, von denen zwei die typisch mennonitischen Namen Jantzen (Janzen) und Penner hatten. Im Zuge der Überwachung stellte sich heraus, dass sich alle drei nicht nur für die Geschichte und Gegenwart der früheren deutschen bzw. mennonitischen Kolonien in der Südukraine interessierten, sondern ihren Besuch in Zaporož'e auch gründlich vorbereitet hatten, über gute Ortskenntnisse verfügten und mit den Überwachungsmethoden des KGB vertraut waren. Wie in vielen anderen Fällen stuften die zuständigen Mitarbeiter des KGB ein ausgeprägtes Interesse für die ortsansässige deutsche Bevölkerung als ausreichenden Grund für die Einleitung von Abwehrmaßnahmen ein. Dabei stützte sich ihre Annahme, „[...] die von Jantzen, Penner und Peterson zusammengetragenen Informationen“ könnten für den „Feind“ von Interesse sein, um unter den im Gebiet Zaporož'e ansässigen Deutschen potentielle operative Mitarbeiter ausfindig zu machen, in erster Linie auf den gegenüber den in der Stadt bzw. im Gebiet ansässigen Deutschen bestehenden Generalverdacht, der wiederum als Vorwand für die eingeleiteten Präventivmaßnahmen diente.⁵²

Glaubt man den Berichten der Gebietsverwaltung des KGB für das Jahr 1971, so hatten die feindlichen Aktivitäten im Folgejahr noch einmal deutlich zugenommen. Allein unter den insgesamt 1 623 westlichen Touristen ließen sich nach Einschätzung der Mitarbeiter der Staatssicherheit bei 74 Personen eindeutige Anzeichen für eine Zusammenarbeit mit „feindlichen Sicherheitsdiensten“ ausmachen, wobei vier Personen der Agententätigkeit verdächtig waren. Mit Blick auf die aus Kanada und den USA kommenden mennonitischen Reisegruppen berichtete die Gebietsverwaltung des KGB erneut, dass unter ihnen „Aktivitäten der Geheimdienste aufgedeckt wurden, deren Ziel darin bestand, Personen deutscher Nationalität ausfindig zu machen und Möglichkeiten zu prüfen, diese für die eigenen Zwecke zu nutzen. Ähnliche Bestrebungen wurden auch bei Touristen aus der BRD festgestellt.“⁵³

51 Spravka po rezul'tatam kontrazvedyvatel'noj raboty UKGB po Zaporožskoj oblasti za 1970 g. [Information über die Ergebnisse der Abwehrarbeit der Gebietsverwaltung des KGB Zaporož'e für das Jahr 1970] vom 15. Januar 1971, OGA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1179, ark. 25-26.

52 Plan kontrazvedyvatel'noj raboty 2-go otdela UKGB po Zaporožskoj oblasti na 1970 g. [Plan der Abwehrarbeit der 2. Abteilung der Gebietsverwaltung des KGB Zaporož'e für das Jahr 1970] vom 7. Januar 1970, OGA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1179/3, ark. 2-43, hier 23-24.

53 Plan osnovnych kontrazvedyvatel'nych meroprijatij 2 otdela UKGB pri SM USSR po Zaporožskoj

Angesichts der steigenden Zahl von Verdachtsfällen kamen die Vorgesetzten in Kiev zu dem Schluss, dass die für das Jahr 1972 geplanten Abwehrmaßnahmen unzureichend seien und forderten die Zaporoz'eer Gebietsverwaltung des KGB auf, entschlossener gegen die als Touristen getarnten Spione vorzugehen, insbesondere wenn es sich dabei um Personen handele, die mit mennonitischen Reisegruppen einzureisen planten.⁵⁴

Welche Gegenmaßnahmen bzw. Sanktionen konnten im Verdachtsfall ergriffen bzw. verhängt werden? Den KGB-Organen stand eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Verfügung, die von Gegenpropaganda bis hin zu strafrechtlicher Verfolgung reichten. Zu den wohl am weitesten verbreiteten gehörte der sogenannte *omnop* [Einspruch, Zurückweisung], worunter man die Widerlegung „ideologisch schädlicher“ Behauptungen einzelner Touristen durch propagandistisch geschulte Reisegruppenbegleiter verstand. Als Reaktion auf „feindselige Affronts“ wurde z.B. dem US-amerikanischen, „nationalistisch gesinnten“ Nachkommen einer ukrainischen Emigrantenfamilie namens Frank S* widersprochen, der sich 1967 bei einem Besuch in Odessa mit der Frage der „Russifizierung der Ukraine“ befasste und „abwertend über den Lebensstandard der Kolchosbauern äußerte“.⁵⁵

Falls die ausländischen Staatsbürger ihre „ideologisch schädlichen“ Äußerungen wiederholten oder Zurechtweisungen nicht zu den gewünschten Ergebnissen führten, wurde eine Verwarnung ausgesprochen. So wurde zum Beispiel der kanadische Tourist Harvey D* im Juli 1967 in Kiev wegen „zahlreicher Versuche, [...] sowjetische Bürger ideologisch zu beeinflussen“, verwarnt. Die Verwarnungen wurden in der Regel von Mitarbeitern des KGB ausgesprochen, auch wenn es sich im Fall von D* um einen operativen Mitarbeiter des KGB handelte, der sich als Intourist-Mitarbeiter ausgab. „Im Zusammenhang mit den aus Jalta und Zaporoz'e eingehenden Informationen über die „feindseligen verbalen Attacken H.D*s“ erklärte dieser dem künftigen ausgewiesenen Kenner der mennonitischen Geschichte, „an die Adresse des Sowjetstaates gerichtete übelwollende Äußerungen“ seien nicht zu tolerieren.⁵⁶ 1970 wurde fünf französischen und einem westdeut-

oblasti na 1972 g. [Plan der Haupt-Abwehrmaßnahmen der 2. Abteilung der Verwaltung des KGB beim Ministerrat der USSR für das Gebiet Zaporoz'e für das Jahr 1972] vom 27.12.1971, GDA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1179/3, ark. 67-97, hier 68. Von den insgesamt 1623 westlichen Touristen haben 1971 96 Personen als Teilnehmer der Reisegruppen „deutscher Mennoniten“ aus den USA und Kanada [so im Original: „nemcy-mennonity iz SŠA, Kanady“] das Gebiet Zaporoz'e besucht. Information des Leiters der 2. Abteilung der Gebietsverwaltung des KGB vom 8.2.1972, ebenda, ark. 107-109, hier 108. Für andere Jahre liegen uns keine vergleichbaren Angaben vor.

54 Information vom 8. Februar 1972, ebenda, ark. 108 f.

55 Svodka 1039 kontrrazvedyvatel'noj raboty po inostrancam, posetivšim Odesskuju oblast' v mae 1967 g., Upravlenija KGB po Odesskoj oblasti [Information Nr. 1039 über die Abwehrarbeit der Gebietsverwaltung Odessa des KGB unter den Ausländern, die das Gebiet Odessa im Mai 1967 besuchten] vom 3. Juni 1967, GDA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1703, ark. 297-301 Rückseite, hier 299. Ausländer, die gegen die Regeln verstießen oder sich auffällig verhielten, wurden auf Karteikarten erfasst. Für jeden von Ihnen wurde ein Formular „Informacionnaja karta na inostranca, popavšego v pole zrenija“ [Informationskarte zu einem Ausländer, der ins Blickfeld geraten ist] ausgefüllt. Beispiele siehe: GDA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1179/2, ark. 31.

56 Svodka kontrrazvedyvatel'noj raboty po inostrancam Zaporoz'skogo oblastnogo upravlenija KGB za ijun' 1967 g. [Übersicht über die Ausländer betreffende Abwehrarbeit der Zaporoz'eer Gebietsverwaltung des KGB für Juni 1967] vom 3. Juli 1967; Svodka kontrrazvedyvatel'noj raboty po inostrancam Upravlenija KGB Krymskoj oblasti za ijul' 1967 g. [Übersicht über die Ausländer betreffende Abwehrarbeit der Gebietsverwaltung des KGB Krim für Juli 1967] vom 6. August

schen Touristen unerwünschtes Verhalten attestiert, sie wurden „über offizielle Kanäle verwarnet“.⁵⁷

Im Juni 1967 wurden gegen den mennonitisch-kanadischen Touristen Peter D* (geb. 1905), der im Gebiet Zaporož'e mit dem Auto unterwegs war, noch schärfere Maßnahmen ergriffen – seine Fotofilme wurden konfisziert. Diese Art von Sanktion war vorgesehen, falls Touristen gegen die für Bildaufnahmen geltenden strengen Regeln verstießen, indem sie z.B. geheime Objekte oder „unansehnliche Orte“ fotografierten.⁵⁸

Schließlich waren für die aus Sicht der Organe des KGB schwersten Vergehen Ausweisungen vorgesehen. 1970 wurden zwei niederländische Autotouristen des Landes verwiesen. Dasselbe widerfuhr auch zwei westdeutschen Autotouristen, die angeblich durch visuelle Beobachtung Informationen „über auf der Krim gelegene militärische Objekte zusammengetragen hatten“.⁵⁹ Die Touristen Josef und Fritz W* (Vater und Sohn), die mit dem Kreuzfahrtschiff „Taras Ševčenko“ nach Odessa gekommen waren, wurden ausgewiesen, weil sie beim Fotografieren vor dem Denkmal des unbekanntes Matrosen ein „provozierendes Verhalten“ an den Tag gelegt hatten. Für die Entscheidung, sie des Landes zu verweisen, spielte wahrscheinlich ihre westdeutsche Herkunft eine wichtige Rolle.⁶⁰ Insgesamt wurden in der Zeit zwischen 1961 und 1969 allein auf Vorschlag der Zaporož'eer KGB-Gebietsverwaltung zehn Ausländer wegen feindlichen Verhaltens ausgewiesen.⁶¹

- 1967, GDA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1703, ark. 45-46 Rücksl., 100. Über H.D* s. auch Priloženie k svodke o kontrazvedyvatel'noj rabote po inostrancam, posetivšim Kiev i oblast' v ijule 1967 g. [Anlage zur Information über die Abwehrarbeit unter Ausländern, die Kiev sowie das Gebiet Kiev im Juli 1967 besuchten] vom 3. August 1967, GDA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1704 (t. 20), ark. 53-69, hier 61.
- 57 Worin genau der feindliche Charakter dieser Handlungen bestand, wird in dem Dokument nicht weiter ausgeführt. Spravka po rezul'tatam kontrazvedyvatel'noj raboty UKGB po Zaporožskoj oblasti za 1970 g. [Information über Ergebnisse der Abwehrarbeit der Gebietsverwaltung des KGB Zaporož'e für das Jahr 1970] vom 15. Januar 1971, OGA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1179, ark. 25-26.
- 58 Eine Prüfung der Fotografien und die Konfiszierung von Fotos und Filmen war in der Generalinstruktion [*General'naja instrukcija*] über die Organisation der Aufnahme und Betreuung ausländischer Touristen in der UdSSR vorgesehen.
- 59 Spravka po rezul'tatam kontrazvedyvatel'noj raboty UKGB po Zaporožskoj oblasti za 1970 g. [Information über Ergebnisse der Abwehrarbeit der Gebietsverwaltung Zaporož'e des KGB für das Jahr 1970] vom 15. Januar 1971, OGA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1179, ark. 25-26. Svodka kontrazvedyvatel'noj raboty po inostrancam po Krymskoj oblasti v ijule 1967 [Übersicht über die Ausländer betreffende Abwehrarbeit im Gebiet Krim für Juli 1967] vom 8. August 1967. Ebenda, spr. 1703, ark. 101.
- 60 Svodka 1032 kontrazvedyvatel'noj raboty po inostrancam po Odesskoj oblasti v avguste 1967 [Übersicht über die Ausländer betreffende Abwehrarbeit im Gebiet Odessa für August 1967] vom 6. September 1967, GDA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1703, ark. 325-335 Rückseite, hier 332.
- 61 Dokladnaja zapiska „O sostojanii i merach po ulučeniju operativnoj dejatel'nosti UKGB pri SM USSR po Zaporožskoj oblasti“ [Bericht „Über den Stand und Maßnahmen zur Verbesserung der operativen Tätigkeit der Gebietsverwaltung Zaporož'e des KGB“], 1969–1970 gg., GDA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1915, ark. 1-7, hier 2.

4. Ausweisung 1972

Mit der von Lohrenz geleiteten dreiwöchigen Canadian-USA Friendship Tour wurde 1970 ein neues Kapitel des in das Gebiet Zaporoz'je führenden mennonitischen Heimattourismus eingeleitet. Während ihres dreitägigen Aufenthalts in der Stadt konnte die nordamerikanische Reisegruppe nicht nur die „Old-Colony“, sondern auch die etwa 100 Kilometer südlich gelegene ehemalige Molotschnaer Siedlung besuchen. Was in den 1960er Jahren nur Einzelpersonen und Autotouristen aus Westeuropa und Nordamerika gelungen war, schien nun allen Interessierten offenzustehen: „The road into the former Mennonite settlement hereby has been opened. In future it will be possible to visit the places our parents once called their home.“⁶²

In den folgenden Jahren sollte sich diese Prognose durchaus bestätigen. Die Zahl der aus Nordamerika kommenden Reisenden stieg signifikant an, wobei die Touristengruppen größtenteils von Lohrenz und Krahn geleitet wurden. Im Jahr 1971 machten sich drei Reisegruppen mit insgesamt etwa 100 Teilnehmern auf den Weg: Eine erste wurde im Sommer von Krahn geleitet, während Lohrenz mit zwei weiteren Gruppen auf der bereits erprobten Reiseroute über Moskau/Leningrad – Mittelasien – Krim und Zaporoz'je – Moskau/Leningrad unterwegs war. Die Nachfrage war angeblich deutlich höher, doch zumindest bei einer der drei Gruppen, die auf dem Weg nach Europa in Polen einen Zwischenstopp zu machen plante, waren die begrenzten Aufnahmekapazitäten dort der Grund für Absagen. Über die Vorbereitung, den Reiseverlauf, das Programm und einzelne Programmpunkte, neue Kontakte sowie Erfolge und Probleme tauschten sich Krahn und Lohrenz aktiv aus, weshalb ihre Korrespondenz eine wertvolle Quelle sowohl zum mennonitischen Heimattourismus in die Sowjetukraine als auch zu den damit einhergehenden Wahrnehmungen und Diskussionen innerhalb der mennonitischen Diaspora darstellt.

Für das folgende Jahr 1972 plante Krahn zwei weitere Gruppenfahrten. Im Januar sollten Lehrer und Studenten sowie deren Eltern die Mehrheit der Reisenden stellen, während die Juni-Tour allen Interessierten offenstand. Nach seiner im Juni unternommenen Reise berichtete Krahn Lohrenz von dem erfolgreichen Aufenthalt in Zaporoz'je, der einen der zentralen Punkte des Reiseprogramms darstellte. So hatte sich die Reisegruppe dort länger aufgehalten als bei den vorhergehenden Reisen (statt der bis dahin üblichen drei waren es diesmal fünf Tage), wodurch sich den 50 Reiseteilnehmern unter anderem die Möglichkeit bot, neben den Chortitzaer und Molotschnaer Kolonien auch die Stadt Berdjansk zu besuchen – eine, am Asowschen Meer gelegene Hafenstadt, die seit ihrer Gründung Mitte der 1830er Jahre einen besonderen Stellenwert in der Geschichte der südukrainischen Mennoniten eingenommen hatte. Während des Besuchs in den ehemaligen Kolonien hätten die Touristen, unter welchen auch zwölf in Russland geborene Personen waren, eine ungewöhnlich große Bewegungsfreiheit genossen, seien in kleineren Gruppen unterwegs gewesen und hätten in einigen Fällen sogar außerhalb des Programms Dörfer besuchen dürfen, die mit ihrer Familiengeschichte verbunden waren. „A realization of my dreams developed since

62 Gerhard Lohrenz: Visit to the Soviet Union in 1970, maschinengeschriebenes Manuskript, nicht datiert, Mennonite Library and Archives, Bethel College, North Newton, Kansas, Cornelius Krahn Collection [MLA-MS-165], Box 5, File 291, S. 10.

our trip to Zaporozhe in August, 1970, where beyond all expectations [...]“ – berichtete Krahn seinem Kollegen nach Winnipeg.⁶³

Die ungewöhnlichen Freiheiten, die die amerikanischen Touristen vor allem der guten Zusammenarbeit mit dem Zaporozh'eer Intourist-Büro verdankten, zogen später unvorhergesehene Komplikationen nach sich. Auch wenn sowohl die ortsansässige Bevölkerung als auch die Behördenvertreter „extrem kooperativ und freundlich“ gewesen seien und „some Russian families and even Mennonites who had returned“ frei mit ihnen gesprochen hätten, seien dort auch einige gewesen, „who seemed to be overwhelmed by the appearance of fifty American Mennonites constantly triggering their cameras in all directions.“⁶⁴ Lohrenz, der nur wenige Wochen später mit seiner Gruppe in der gleichen Gegend unterwegs war, beschrieb die Reaktion der Dorfbewohner bei Molotschansk folgendermaßen:

„But there had been quite an outcry. Written protests and complaints had been submitted to the militia, as well as to Intourist. Complaints had been made that these foreigners had photographed everybody and everything without any consideration of people's feelings. Dirty children and poor Ukrainian huts especially had been favoured. The population was offended.“⁶⁵

Nicht ohne Grund sah sich Lohrenz deshalb mit einigen Einschränkungen konfrontiert und befürchtete weitere Restriktionen: „I can very well understand that the presence of fifty American tourists „Camera-trigger-happy“ and concentrating on the old buildings will not be appreciated by all local citizens and especially by the militia and similar organs. I am somewhat afraid that they now will put restraints on us.“⁶⁶ Krahn, dem die Enttäuschung seines kanadischen Kollegen nicht verborgen bleiben konnte, sah das Verhalten seiner Mitreisenden nicht als Hauptgrund für mögliche Komplikationen an, zeigte zugleich aber auch Verständnis für die Reaktion der ortsansässigen Bevölkerung: „If Kansas or Manitoba would all of a sudden ‚invaded‘ by a lot of ‚Red Russians‘ like we invaded the old former Mennonite settlements, the reaction in our ‚enlightened‘ communities would not differ very much from those that we encountered in Zaporozhe.“⁶⁷

Bei diesem Meinungs austausch blieb verständlicherweise eine Frage ausgeklammert, die zu diesem Zeitpunkt weder Krahn noch Lohrenz beantworten konnten, nämlich ob und inwieweit die von den Dorfbewohnern gezeigte Unzufriedenheit von den sowjetischen Organen inszeniert worden war.⁶⁸ Losgelöst von dieser Frage schienen die Schwierigkeiten im Umgang mit der lokalen Bevölkerung allerdings Beobachtungen zu bestätigen, die Lohrenz

63 Cornelius Krahn an Gerhard Lohrenz vom 23. Juni 1971, MLA-MS-165, Box 5, File 291. Auch der Umstand, dass die Touristen vom Vorsitzenden des Molotschansker Stadtsowjets empfangen wurden, nährte Hoffnungen auf die Realisierung der Reisepläne.

64 Cornelius Krahn an Gerhard Lohrenz vom 23. Juni 1971, ebenda.

65 Gerhard Lohrenz an Cornelius Krahn vom 3. September 1971, ebenda.

66 Bereits im Spätsommer 1971 durften sich die Mitglieder der von Lohrenz geleiteten Reisegruppen in den ehemaligen mennonitischen Dörfern nicht mehr so frei bewegen und unkontrolliert fotografieren. Gerhard Lohrenz an Cornelius Krahn vom 2. Juli 1971, ebenda.

67 Cornelius Krahn an Gerhard Lohrenz vom 9. September 1971, ebenda.

68 Auch für die aktuelle Forschung bleibt diese Frage offen, obwohl die Beschwerden „einfacher sowjetischer Menschen“ bei den Entscheidungen über gegen westliche Touristen gerichtete Sanktionen oft (mit)berücksichtigt wurden. Siehe z.B. Quellenpublikationen über die 1963 erfolgte

bereits zuvor gemacht hatte. So konnte er, der die Sowjetunion bereits vor 1970 dreimal besucht hatte, zwar einerseits signifikante Veränderungen im Umgang der Sowjetbürger mit westlichen Ausländern feststellen, wies aber andererseits auch darauf hin, dass die aus der Stalinzeit bekannten Ängste noch immer spürbar waren.⁶⁹

Auch die Treffen mit angereisten Verwandten und Freunden, von denen die Nordamerikaner zunächst begeistert berichtet hatten, sollten sich später als schwierig erweisen. So mussten die Intourist-Mitarbeiter, die 1970 für die Touristen und ihre Verwandten in Alma-Ata ein gemeinsames Picknick organisiert hatten, ein Jahr später feststellen, dass die Menschenansammlungen in der Umgebung des Hotels, in dem die nordamerikanischen Mennoniten untergebracht waren, bei der lokalen Obrigkeit und der Miliz für Unmut gesorgt hatten und eine deutliche Verschärfung der Überwachung nach sich zogen. Nach seiner im Oktober 1971 erfolgten Reise berichtete Lohrenz zudem, dass auch der Umstand für Unmut gesorgt habe, dass viele Touristen nicht an den von sowjetischer Seite organisierten Veranstaltungen teilnehmen und stattdessen mehr Zeit mit ihren zum Teil von weit her angereisten Freunden und Familienangehörigen verbringen wollten, was wiederum zur Folge hatte, dass die Miliz (und wahrscheinlich auch KGB-Mitarbeiter) diese Treffen sorgfältig dokumentierten.⁷⁰ Lohrenz versuchte seinerseits den Intourist-Mitarbeitern zu vermitteln, dass Mittelasien nicht aus rein touristischen Gründen Teil des Reiseprogramms war: „We do not come here mainly to look at your city nor your mountains. Our main attraction is to meet with friends and relatives. If you want us to come again, then you must help us do just this [...]“.⁷¹ Die letzte Passage zeugt davon, dass bei der Zusammenarbeit der westlichen und der sowjetischen Reiseveranstalter durchaus gewisse Spielräume bestanden.

Besonders gut gestaltete sich in den Jahren 1970–1972 die Zusammenarbeit mit dem Zaporož'eer Intourist-Büro und dessen Leiter Rostislav G. Lozinskij („we found the Intourist Office extremely helpful“).⁷² Ein wirklich enges Vertrauensverhältnis entwickelten sowohl Krahn als auch Lohrenz mit einer Intourist-Mitarbeiterin namens Larissa G., die sie in ihrer Korrespondenz mehrfach lobend erwähnten.⁷³ Larissa G. begleitete Gruppen auch außerhalb des Gebiets Zaporož'e, leistete wertvolle Hilfe nicht nur bei der Planung und

Ausweisung des der Spionage bezichtigten französischen Touristen Julien Galeotti aus der Sowjetunion: <https://www.radiosvoboda.org/a/29481686.html> (gekürzte englischsprachige Version dieses Beitrages unter <https://www.rferl.org/a/the-kgb-stalked-a-french-tourist-for-eight-years-but-was-he-a-spy-/29508826.html> [letzter Zugriff: 21.8.2021]. Dazu auch die Online-Quellenpublikation: <https://avr.org.ua/?idUpCat=1307&locale=en> [letzter Zugriff: 21.8.2021].

69 „I remember how on my first visit, ten years ago, the Soviet citizens shunned us as if we were suffering from a bad disease. That has been changed; but not altogether [...] The memory of the Stalin era is still too fresh to throw caution to the winds. The average Soviet citizens will not readily say something unorthodox and he seems to be great deal more interested in where to find a suitable apartment than in international politics.“ Lohrenz, *Visit* (wie Anm. 62), S. 3.

70 Zaporož'e und Moskau wurden von den Reiseleitern als für Familientreffen besser geeignet betrachtet. Insbesondere in Moskau sei die Überwachung der Touristen allein aufgrund der Größe der Stadt sehr erschwert gewesen. Gerhard Lohrenz an Cornelius Krahn vom 1. und vom 15. November 1971, MLA-MS-165, Box 5, File 291.

71 Gerhard Lohrenz an Cornelius Krahn vom 15. November 1971, ebenda.

72 Cornelius Krahn an Gerhard Lohrenz vom 23. Juni 1971, ebenda.

73 So wird sie von Lohrenz Anfang 1971 als „very sensible and understanding person“ und „most efficient“ charakterisiert. Ende des Jahres schrieb er über Larissa G. „She is as good as a guide can be“. Gerhard Lohrenz an Cornelius Krahn vom 26. Februar und vom 15. November 1971,

Durchführung der Reisen, sondern auch bei Kontakten mit lokalen Behörden wie z.B. dem Amt für Denkmalschutz, bei dem die Mennoniten einen Antrag auf Pflege des auf der Insel Chortitza befindlichen Grabmals von Jakob Höppner stellten.⁷⁴ Nachdem Rempel Ende der 1960er Jahre jede weitere Möglichkeit zur Archivarbeit in der Sowjetunion verwehrt worden war, versuchte er Kontakte zu den in Leningrad und Moskau tätigen Archivaren aufrechtzuerhalten, die für ihn recherchieren und Informationen bereitstellen sollten.⁷⁵

Der Umstand, dass Larissa G. einen gewissen Hang zum Kosaken-Mythos zeigte, blieb Krahn und Lohrenz nicht verborgen. Das Interesse wurde insbesondere im Zusammenhang mit Ausflügen an den Dnepr bzw. auf die Insel Chortitza sowie mit den seit Mitte der 1960er Jahre vom Ersten Parteisekretär Šelest und seinen Vertrauten in Zaporoz'je vorangetriebenen Plänen offenkundig, ein Museum des ukrainischen Kosakentums zu errichten.⁷⁶ Krahn ordnete diese in der Ukraine zu verzeichnenden Entwicklungen völlig zurecht als Prozesse des Nationbuilding ein:

„I notice that the Ukrainians are in search of an identity. All the republics have something unique, sort of a national corps, the need for which seems to be much greater than one would expect. In the Zaporozhe area it is the Cossack myth. There are none of them around (there are probably more in America than in the Ukraine), but that is at the time the myth to which the island Chortitza is to be dedicated [...]. The Ukrainians, and particularly those in Zaporozhe, are in search of a myth and a glorious past which is a romantic dreamland and with little reality to back it: but one must be very careful in handling these dream castles which are evidently filling a vacant lot in a culture and situation where this is needed.“⁷⁷

Krahn war allerdings auch klar, dass das ukrainische nationale Narrativ mit dem der Mennoniten kollidierte: „I found that there is a general tendency [...] to contribute to a building of a ‚myth‘ pertaining to the Chortitza Cossacks and that the Mennonites contributed to the destruction of the Cossacks monuments.“ Nicht nur die Tatsache, dass die Mennoniten von der Zerstörung der Zaporoger Sič profitiert hatten, sondern auch die Zusammenarbeit einiger von ihnen mit den Besatzern während des Deutsch-Sowjetischen Kriegs machten es

MLA-MS-165, Box 5, File 291. Larisa G. arbeitete noch in den 1990er und 2000er Jahren mit den mennonitischen Reisegruppen, die im Rahmen der *Heritage tours* aus Nordamerika in die Ukraine kamen. Leider war sie nicht bereit, ein Interview mit dem Verfasser dieses Aufsatzes zu führen.

74 Zusammen mit Bartsch wurde Höppner von den preußischen mennonitischen Gemeinden als Abgesandter ins Zarenreich geschickt und besichtigte dort 1788 die von der russischen Regierung zur Ansiedlung angebotenen Ländereien. Die Denkmäler der beiden Delegierten wurden aus Anlass des 100. Jahrestags der Chortitzaer Kolonie errichtet und auf Initiative der Manitoba Mennonite Historical Society in den Jahren 1965 und 1973 an Kanada übergeben. Gerhard Lohrenz an Cornelius Krahn vom 2. Juli 1971, MLA-MS-165, Box 5, File 291.

75 Urry, In Memoriam (wie Anm. 18), S. 224-235. Auch im Briefwechsel mit Krahn deutete Rempel manchmal bestehende Verbindungen an, blieb aber unkonkret, sodass es unmöglich ist, die informelle Zusammenarbeit sowjetischer Archivare mit dem amerikanischen Historiker eingehender zu beschreiben.

76 Gerhard Lohrenz an Cornelius Krahn vom 2. Juli 1971, MLA-MS-165, Box 5, File 291.

77 Cornelius Krahn an Gerhard Lohrenz vom 8. Juli 1971, ebenda.

alles andere als leicht, den eigenen Standpunkt zu vertreten: So erwähnte Krahn am Rande, dass im Frühsommer 1971 kurz vor dem Eintreffen seiner Reisegruppe in Zaporoz'je vier ehemalige Kriegsverbrecher zum Tod verurteilt worden seien, von denen zwei angeblich mennonitischer Herkunft waren. Vor dem Hintergrund dieser für die Mennoniten ungünstigen Vergangenheit und der aktuellen Nachrichten kam Krahn zu dem Fazit: „We will have to be patient listeners, but determined in some way to make known that the Mennonites have also made a positive contribution to the agricultural and industrial development of the Ukraine.“⁷⁸ Im Zusammenhang mit der Wiederentdeckung des auf der Insel Chortitza errichteten Denkmals für Jakob Höppner im Jahr 1971 sind auch die unter den nordamerikanischen Mennoniten geführten Diskussionen über das Schicksal ihres Kulturgutes in den ehemaligen Siedlungsgebieten von großem Interesse.⁷⁹

Angesichts der steigenden Reisezahlen sah sich die KGB-Verwaltung sowohl auf Republiksebene als auch im Gebiet Zaporoz'je zum Handeln gezwungen. Zwei Versionen des „Plans wichtigster Abwehrmaßnahmen für 1972“, erlauben es, den Arbeitsverlauf an diesem Dokument und damit auch an der Arbeitsplanung zu verfolgen. Die frühere Version des Planes ist mit dem 27. Dezember 1971 datiert und enthält in Bezug auf mennonitische Touristen lediglich allgemeine Bemerkungen.⁸⁰

Im Februar 1972 wurde der Leiter der 2. Abteilung der KGB-Gebietsabteilung nach Kiev bestellt, wo er sich von seinen Vorgesetzten aus der 2. Verwaltung des KGB der UkrSSR eine Reihe kritischer Anmerkungen zum Arbeitsplan anhören musste. Die vorgesehenen Maßnahmen seien zu unkonkret, hinter den allgemeinen Formulierungen sei keine konkrete Arbeit zu erkennen. In Bezug auf Mennoniten aus den USA und Kanada wurde bemängelt, dass trotz klarer Hinweise auf ihre Verbindungen zu den gegnerischen Sicherheitsdiensten bei der Arbeitsplanung es alles lediglich bei allgemeinen Aussagen geblieben sei. Es wurde deshalb dringend empfohlen, konkrete Maßnahmen auszuarbeiten, nicht zuletzt den Ausbau des Agenturnetzes unter den nordamerikanischen Mennoniten.⁸¹

In der neuen Version des „Plans wichtigster Abwehrmaßnahmen“ wurde die Abwehrarbeit gegenüber Mennoniten in einem separaten Abschnitt deutlich umfangreicher beschrieben:

78 Cornelius Krahn an Gerhard Lohrenz vom 23. Juni 1971, ebenda.

79 Ursprünglich plädierte Lohrenz nach der Wiederentdeckung des Grabsteins dafür, ihn entsprechend zu pflegen und vor Ort stehen zu lassen. Er rief alle mennonitischen Touristen dazu auf, das Höppner-Denkmal auf der Insel zu besuchen, um seinen Wert in den Augen sowjetischer Obrigkeiten zu erhöhen und seine Rolle als Touristen-Magnet zu unterstreichen. Gerhard Lohrenz an Cornelius Krahn vom 15. November 1971, MLA-MS-165, Box 5, File 291. Auch Rempel war ursprünglich gegen die Übergabe des Denkmals und vertrat die Meinung, das Denkmal solle auf der Insel als Erinnerung an den Beitrag der Mennoniten bei der Entwicklung der Region bleiben. Später (vielleicht unter dem Eindruck der Ereignisse um C. Krahn) hat er eine Initiative unterstützt, die sich für die Überführung des Denkmals nach Kanada stark machte. David G. Rempel an Cornelius Krahn vom 8. September 1971, MLA-MS-165, File 360.

80 S. GDA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1179/3, ark. 67-97. In diesem Plan werden auch Ergebnisse der Überwachung mennonitischer Reisegruppen von 1970 dargestellt.

81 Information vom 8. Februar 1972, GDA SBU, f. 1, op. 1, spr. 1179/3, ark. 107-109, hier 108 f.

„13. Die Stadt und das Gebiet Zaporoz'je werden systematisch von Reisegruppen der deutschen Mennoniten aus den USA und Kanada besucht, welche nach den gewonnenen Erkenntnissen, wahrscheinlich von den Sicherheitsdiensten der USA zur Sammlung politischer, wirtschaftlicher und tendenziöser Informationen benutzt werden sowie dafür, Personen deutscher Nationalität aus der Sowjetunion zu finden und Untersuchungen über sie anzustellen.

Angesichts der bei der Arbeit mit diesen Gruppen gesammelten Erfahrungen und anhand gewonnener Erkenntnisse [ist es geplant]: a) Maßnahmen zur Feststellung möglicher Agenturtätigkeiten von deutschen Mennoniten einzuleiten, [ungewünschte; D.M.] Materialien zu beschlagnahmen sowie feindlichen Handlungen Einhalt zu gebieten; b) auf der Grundlage der dokumentierten feindlichen Handlungen der deutschen Mennoniten und nach Absprache mit dem Zentrum Maßnahmen zur Kompromittierung dieser Personen vorzubereiten und zu ergreifen [...]; c) zwei Agenten aus dem Kreis sowjetischer Bürger deutscher Nationalität für die Arbeit unter den Mennoniten auszusuchen; d) die bisherigen Erfahrungen bei der Abwehrarbeit mit den mennonitischen Reisegruppen zusammenzufassen und auf dieser Grundlage Empfehlungen zur Identifizierung der gegnerischen Agentur unter ihnen sowie zur Dokumentierung und Unterdrückung ihrer Handlungen herauszuarbeiten. Frist – bis zum 15.6.1972.“⁸²

Kurz nach seiner Ankunft in Zaporoz'je wurden bei Krahn im Juni 1972 Bibeln konfisziert. Am folgenden Tag wurde er des Landes verwiesen und musste in Amsterdam auf seine Reisegruppe warten. Die Entscheidung wurde damit begründet, dass er verbotenerweise die Bibel und Bücher zur mennonitischen Geschichte verbreitet sowie auf der vorhergehenden Reise Fotos gemacht habe, die „als negative Informationsquelle“ genutzt werden könnten.⁸³

Aus dem bereits zitierten Plan für die Abwehrarbeit geht unmissverständlich hervor, dass die im Jahr 1972 erfolgte Ausweisung des Gruppenleiters bereits mehrere Monate im Voraus auf Beschluss des ukrainischen KGB geplant worden war. Dadurch erübrigt sich die Frage, wie begründet die gegen Krahn erhobenen Vorwürfe waren, zumal sich den Dokumenten des KGB wie in vielen anderen Fällen auch keine eindeutige Antwort entnehmen lässt. Nichtsdestotrotz ist davon auszugehen, dass man mit der Ausweisung Krahns auf den Beginn systematischer Reisetätigkeiten, auf den starken Anstieg der Besucherzahlen sowie auf die Ereignisse vom Juni 1971 reagierte, als die Touristen unter Mithilfe von Intourist-Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen „zu viele“ Freiheiten bekommen hatten.

Der Korrespondenz Krahns ist zu entnehmen, dass sowohl er selbst als auch die anderen Reisenden immer Bibeln mit sich führten. Ferner ist auch bekannt, dass er Larissa G. auf deren Bitte ein Buch über die mennonitische Geschichte sowie die Glaubensgrundsätze

82 Vermerk mit dem Bleistift: „Erledigt. Ausgewiesen sind 2 Mennoniten Krahn und Val'de. Der Erfahrungsbericht wurde vorbereitet und zu Veröffentlichung im Bulletin der 2. Hauptverwaltung Nr. 6 übergeben“. Plan osnovnych kontrrazvedyvatel'nych meroprijatij 2 otдела UKGB pri SM USSR po Zaporoz'skoj oblasti na 1972 g. [Plan wichtigster Abwehrmaßnahmen der 2. Abteilung der Verwaltung des KGB für das Zaporiz'zjaer Gebiet für das Jahr 1972] vom 9.2.1972, ebenda, ark. 111-143, hier 121-122.

83 Cornelius Krahn an Gerhard Lorenz vom 14. Juli 1971, MLA-MS-165, Box 5, File 291.

übergab.⁸⁴ Der Vorwurf, er habe „unansehnliche Orte“ fotografiert, lässt sich ebenso auf die Juni-Reise 1971 beziehen. Bereits im Herbst des gleichen Jahres sah sich Lohrenz bei seinen beiden Reisen mit verschärfter Überwachung und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit konfrontiert. Nach der Ausweisung Krahn lässt sich feststellen, dass es der KGB in Kiev nicht bei einigen Restriktionen belassen wollte, sondern auf schärfere Sanktionen zurückgriff.

Die Frage der Mitnahme von Bibeln auf die Reisen in die Sowjetunion kam in der Korrespondenz zwischen Krahn und Lohrenz mehrfach zur Sprache. Beide hatten bei den Grenzkontrollen bereits bemerkt, dass schärfer kontrolliert wurde und sowohl Bibeln als auch andere von den Mennoniten mitgeführte Bücher oft konfisziert worden waren. Zwar deutete ihre eigene Erfahrung bislang darauf hin, dass eine einzige Bibel in der Regel keine Komplikationen nach sich zog, doch versuchte Krahn gewöhnlich, möglichst viele Exemplare der Heiligen Schrift mitzubringen, um die Nachfrage seiner Glaubensbrüder in der Sowjetunion zu befriedigen. Dabei musste beiden klar sein, welches Risiko sie damit eingingen, da die Behörden ein solches Verhalten jederzeit gegen sie verwenden konnten.⁸⁵ Um die unerwünschten Aktivitäten der nordamerikanischen Mennoniten in der Sowjetunion zu unterbinden, nutzten die Sicherheitsdienste alle Spielräume und Möglichkeiten, die ihnen das Regime einräumte.

5. Ausblick

Vor dem im späten 18. Jahrhundert erfolgten endgültigen Anschluss an das Russische Reich befand sich die Insel Chortitza inmitten des riesigen Grenzgebiets zwischen sesshaften Bauern und Nomaden. Viele Stämme, Staatsgebilde und Kulturen hinterließen dort ihre mehr oder weniger tiefen Spuren, so dass Chortitzias Vergangenheit am treffendsten als Palimpsest beschrieben werden kann. Auch wenn das freie Zaporoger Kosakentum nach der Eingliederung in das Zarenreich gezwungen war, seine Ländereien an Adlige und Ansiedler aus den inneren Gouvernements und dem Ausland abzutreten, blieb der Unterlauf des Dnepr mitsamt seinem auf der Insel Chortitza gelegenen Zentrum auch noch im 19. und insbesondere im 20. Jahrhundert ein zentraler Bestandteil der Überlieferung von einer glorreichen Vergangenheit der Kosaken und gewann im Rahmen des Kosaken-Mythos als Herzstück des ukrainischen nationalen Narrativs zunehmend an Bedeutung. Ausgerechnet mit dieser starken Tradition musste das mennonitische Selbstverständnis und die, mit diesem verbundene Geschichtsschreibung konkurrieren, als die ursprünglich aus Preußen übergesie-

84 Bei den mennonitischen historischen Büchern handelte es sich wahrscheinlich um das Buch von C. Henry Smith und Harold S. Bender und „Mennonite and Their Heritage: A Handbook of Mennonite History and Beliefs“, das Krahn nach Absprache mit Lohrenz Larisa G. geschenkt hatte. Gerhard Lohrenz an Cornelius Krahn vom 15. November 1971, MLA-MS-165, Box 5, File 291.

85 Lohrenz fragte Krahn in einem seiner Briefe, wie viele Exemplare der Bibel man durch die Grenzkontrolle bringen könne. In seinem Reisebericht beschrieb er die Kontrollen und Konfiskationen. Gerhard Lohrenz an Cornelius Krahn vom 26. Februar 1971, ebenda; Lohrenz, Visit (wie Anm. 62), ebenda. Über die Nachfrage in der UdSSR vgl. Krahn an Gerhard Lohrenz vom 8. Juli 1971, ebenda.

delten ehemaligen Kolonisten Ende des 19. Jahrhunderts auf ihre schwierige, aber durchaus erfolgreiche 100-jährige Vergangenheit auf Chortitza zurückblickten.

Die nach dem XX. Parteitag einsetzenden innenpolitischen und später auch außenpolitischen Veränderungen ermöglichten nicht nur neue Interpretationen und Forschungsarbeiten zur ukrainischen Geschichte und die Ausarbeitung von Plänen der Institutionalisierung bzw. Musealisierung der Kosaken-Geschichte, sondern darüber hinaus auch den Heimattourismus der nordamerikanischen Mennoniten in die im Süden der Ukraine gelegenen ehemaligen Siedlungsgebiete. Angesichts ihrer pazifistischen Grundhaltung sowie der Tatsache, dass die Mehrheit der kanadischen und US-amerikanischen Mennoniten nicht in die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs verwickelt war und daher nicht der Kollaboration mit den Deutschen verdächtigt werden konnte, boten sich den Mennoniten zahlreiche Möglichkeiten, sich am internationalen kirchlichen Austausch sowie an einigen von der Sowjetunion in den 1950er bis 1960er Jahren initiierten internationalen Großprojekten zu beteiligen. Dabei verfolgten die Mennoniten in erster Linie das Ziel, Informationen über ihre hinter dem „Eisernen Vorhang“ lebenden Glaubensbrüder zu erhalten und Kommunikationswege mit den sowjetischen Mennoniten bzw. Baptisten zu etablieren. Für die wichtigsten Akteure bedeuteten diese neuen Perspektiven nicht zuletzt auch die Möglichkeit, ihren wissenschaftlichen und persönlichen Interessen nachzugehen. Der Zugang zu Archiven sowie die Zusammenarbeit mit den in den Ostblock-Staaten tätigen Reiseveranstaltern spielte darüber hinaus die Rolle eines wichtigen symbolischen Kapitals und stärkte die Autorität der Protagonisten nicht nur unter den „russischen“ Mennoniten Nordamerikas.

Noch vor Beginn ihrer systematischen Reisetätigkeit stießen die Mennoniten in ihren ehemaligen Siedlungen auf Überreste der materiellen Kultur – alte Gebäude, Denkmäler, Friedhöfe usw. Sie sahen sich auch mit neuen Museumsprojekten konfrontiert, die ihre Vergangenheit weitgehend ausklammerten und ihre Versuche der symbolischen Aneignung der Räume und der Vergangenheit erschwerten. Die in den Jahren 1968 und 1973 erfolgte Übergabe der Grabsteine der beiden ersten Abgesandten Bartsch und Höppner nach Manitoba ist ein gutes Beispiel dafür. Allerdings zeigten die Anfang der 1970er Jahre um die Übergabe des Höppner-Grabmals kreisenden Diskussionen, dass im Gegensatz zu 1968 keine Einigkeit mehr herrschte, wie mit Kulturgut umzugehen sei, viele plädierten gar dafür, die Denkmäler vor Ort zu lassen.

Der KGB und seine Vorgänger hielten die der Kollaboration verdächtige deutsche Bevölkerung traditionell unter strenger Überwachung. Oft waren Versuche ausländischer Touristen, vor Ort Deutsche ausfindig zu machen und mit ihnen in Kontakt zu treten, der Grund, dass auch die Touristen selbst ins Blickfeld der zuständigen Abwehr gerieten. Die Modernisierung der touristischen Infrastruktur in Zaporož'e und die wachsenden Besucherzahlen zwangen die sowjetischen Sicherheitsdienste zum Handeln. Das aufgestockte Personal fühlte sich unter Erwartungsdruck gesetzt und lieferte Informationen über rasant steigende Spionage-Aktivitäten unter dem Deckmantel des Tourismus. Inwieweit diese Annahmen durch die Realität gedeckt waren, ist schwer zu prüfen, auch weil der KGB präventiv handelte und die meisten angeblichen oder tatsächlichen Verstöße nicht abschließend untersucht wurden.

Bei den Intourist-Mitarbeitern zielte die Motivation darauf ab, den Wünschen der Reisenden möglichst weit entgegenzukommen, persönliche und professionelle Kontakte zu knüpfen und aufrechtzuerhalten. 1971 stellte sich jedoch heraus, dass die Mitarbeiter des

Zaporozh'eer Intourist-Büros gewisse Grenzen überschritten und für Unmut bei der lokalen Bevölkerung und der Obrigkeit gesorgt hatten. Die kurzfristig beschlossenen Einschränkungen waren jedoch nur ein Vorspiel für die im darauffolgenden Jahr vollzogene Ausweisung zweier Mennoniten.

Das Jahr 1972 brachte für die Ukrainische Sowjetrepublik eine innenpolitische Wende. Mit dem Rücktritt Petro Šelests erlangten die konservativen Kräfte die Oberhand, die den sich dynamisch entwickelnden Heimattourismus als Gefahrenquelle wahrnahmen. Die Einrichtung des Kosaken-Museums wurden zunächst auf Eis gelegt und durch Beschluss des ZK der KP der Ukraine vom 28.9.1973 schließlich außer Kraft gesetzt. In diesem Kontext erscheint die 1973 getroffene Entscheidung der Sowjetbehörden zum Höppner-Denkmal nur folgerichtig.

Letztlich sollten sich jedoch die Worte des Reisegruppenleiters Krahn als prophetisch erweisen, wonach schon bald eine Zeit kommen werde, in der die mennonitischen Erinnerungsorte und Denkmäler in der Ukraine einen viel höheren Stellenwert erfahren würden. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit besuchten zwischen 1995 und 2010 allein im Rahmen des Mennonite Heritage Cruise mehr als 3 000 Mennoniten die Ukraine.

Summary

This article analyses the competing narratives of the history since the 19th century of Chor-titza, an island in the lower reaches of the River Dnieper in Ukraine. On the one hand, as the seat of the Cossack army, the island and its surroundings play a central role in the Ukrainian national metanarrative. On the other hand, this region is of outstanding importance for the self-conception of the Mennonites and the historiography which is associated with it.

The following analysis investigates the tourist trips made by Mennonites from the USA and Canada to the Soviet Union and the former Mennonite colonies in southern Ukraine in the late 1960s to early 1970s. The developments in domestic, and later in foreign policy which followed the XXth Party Congress initially enabled North American Mennonites to participate in the international church exchange. The prime goal of the Mennonites was to obtain information about their fellow believers who lived behind the Iron Curtain and to establish means of communication with Soviet Mennonites or Baptists.

The modernisation of tourist infrastructure in Ukraine and the growing numbers of tourists forced the Soviet security forces into action. The attempts of foreign tourists to find and establish contact with Germans or Mennonites were often sufficient reason for the KGB to focus their attention on the tourists themselves. To what extent KGB information describing a rapid increase in espionage activities under the cover of tourism actually corresponded to reality is a matter for future research.

REZENSIONEN

Katrin Reichelt: Von der Unmöglichkeit, die richtige Entscheidung zu treffen. Hilfe für verfolgte Juden im deutsch besetzten Litauen, 1941–1944, Berlin: Lukas Verlag 2020, 476 S., Abb. ISBN: 978-3-86732-343-7.

Katrin Reichelt schildert in dem zu besprechenden Buch die Taten von Menschen, die den Judenmorden in Litauen Widerstand leisteten, indem sie den Opfern halfen. Es sind im wahrsten Sinne des Wortes Lebensgeschichten, die die Schicksale der jüdischen Verfolgten mit denen ihrer Retter verknüpfen. Herausgegeben wurde der Band von der Gedenkstätte Stille Helden in der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Vor den Einzelfällen steht eine historische Einführung in das Geschehen, die lediglich eine sehr knappe Annotation enthält. Der Text führt zu den eigentlichen Themen des Buches hin, vermag aber im Einzelnen nicht immer zu überzeugen. So betrug die Stärke der Einsatzgruppe A nicht 660 Mann (S. 14, 17), sondern fast 1 000. Die Besetzung von Kaunas wird auf den 25. Juni datiert (S. 17), auf S. 32 wird dagegen zu Recht davon gesprochen, dass die Wehrmacht Kaunas bereits am 24. Juni erreichte. Auch die Aussage, Litauer seien zum ‚freiwilligen‘ Dienst in der Waffen-SS registriert worden (S. 21), trifft wohl auf Lettland und Estland, nicht aber auf Litauen zu, denn hier gelang es dem passiven einheimischen Widerstand, die Aushebungen für die Waffen-SS zu verhindern, indem man mehr Zwangsarbeiter für den Einsatz im Deutschen Reich stellte. Auch die Geschichte des litauischen Judentums setzt teilweise Schwerpunkte, die der Rezensent etwas anders gewichten würde, z.B. bei der m.E. zu starken Betonung der Bedeutung des Katholizismus für das Anschwellen eines ökonomischen Antisemitismus in den 1930er Jahren (S. 25). Zudem lassen Details eine letzte Korrektur vermissen: Das notorische Massaker an Juden im Hof der Genossenschaft Lietūkis wird einmal auf den 27. Juni (S. 32) und einmal zutreffend auf den 25. Juni (S. 34) gelegt. In der Biografie zu Ona Šimaitė heißt es einmal, die Genehmigung zum Betreten des Ghettos sei für den 24. September erteilt worden, nur zwei Seiten später ist vom 24. August die Rede (S. 118, 120). Ärgerlich ist auch die Bildunterschrift zu einem ikonischen Foto des jüdischen Partisans Abba Kovner, das ihn angeblich am Tag des Einmarsches der Roten Armee in Vilnius im Oktober (!) 1944 (!) zeigt (S. 452): In Wahrheit eroberte die Rote Armee die Stadt im Juli 1944. Offensichtlich hielt der Verlag eine Lektorierung des Textes für unnötig.

Zumindest diskussionswürdig erscheint die Behauptung, die SS und die Sicherheitspolizei seien die eigentlichen Herren über die Ghettos gewesen, was die zentrale Rolle der deutschen Zivilverwaltung nicht genügend würdigt (S. 45). Auch die Aussage, „regelmäßige Selektionen“ (S. 52) bzw. „regelmäßige Morde“ (S. 65) hätten den Alltag geprägt, gilt nur bis zum Dezember 1941 und nach der Übernahme der Ghettos durch die SS im Herbst 1943. Im Übrigen wurden ‚nur‘ die Ghettos in Šiauliai und Vilnius im Herbst 1943 liquidiert (S. 52), das Ghetto in Kaunas existierte als Konzentrationslager bis zum Sommer 1944.

Anschließend zeigt die Verfasserin die Möglichkeiten auf, sich der deutschen Herrschaft zu entziehen. Dabei wechselt ihre Darstellung manchmal zwischen Verstecken (Malinen) und Flucht einerseits und Widerstand in den Ghettos andererseits. Was die Situation in Vilnius anbelangt, so sei der Hinweis erlaubt, dass der beschriebene Gegensatz zwischen

dem „Ghettovorsteher“ Jakob Gens und der Fareinikten Partisaner Organisation (S. 63-65) durchaus auch die gesamte Ghettobevölkerung berührte. Die von Gens vertretene Meinung, bewaffneter Widerstand werde zur Liquidierung des gesamten Ghettos führen, fand zweifellos eine breite Zustimmung unter den Menschen.

Vor diesem Hintergrund gab es dennoch Personen, die den Juden halfen. Das mochten einheimische Hausmeister sein, die den Häschern wider besseres Wissen mitteilten, es gebe keine Juden im Gebäude, oder Litauer, die Juden einige Nächte versteckten (S. 66 f.). Und dann gab es Helfer, die Kinder aus den Ghettos schmuggelten und Juden eine permanente Zuflucht verschafften oder sie unterstützten, durch die Wälder zu sowjetischen Partisaneneinheiten zu gelangen. Zahlenangaben sind naturgemäß schwer zu geben: Katrin Reichelt stützt sich auf die Untersuchungen des Jüdischen Museums in Vilnius, das von ca. 3 000 geretteten Juden und rund 2 300 Helfern ausgeht. In Yad Vashem werden 904 Personen aus Litauen als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt.

Damit ist der Leser zum Hauptteil des Buches gelangt: 13 (Über[-])Lebensgeschichten werden vorgestellt. Neben bekannten Rettern wie den deutschen Soldaten Anton Schmid und Karl Plagge (S. 249-281), der litauischen Bibliothekarin Ona Šimaitė (S. 113-136), dem Kreis in Kaunas um Margarethe Holzmann (S. 341-415) oder dem japanischen Diplomaten Chiune Sugihara (S. 313-338) finden sich auch unbekannte(re) Biografien wie die der Familie Volpert-Gurvitch (S. 177-216). Auch die Sprache des Buches ändert sich, stark narrative Elemente vermitteln einen Eindruck von der Situation der Betroffenen. Katrin Reichelt ist es gelungen, einen adäquaten Stil zu entwickeln, der basierend auf den (manchmal) spärlichen historischen Quellen und Zeugnissen die Ereignisse erzählt. Unterstützt wird diese Darstellung durch geschickt ausgewählte Bilder, die die Narration im wahrsten Sinne des Wortes illustrieren. Zu Beginn der Familiengeschichte Kaplan lernt man z.B. die Eltern und die beiden Kinder auch visuell kennen (S. 75 f.). Der Marsch ins Ghetto in Kaunas wird durch entsprechende Fotos optisch nachvollziehbar (S. 80). Wichtig erscheint dem Rezensenten der Hinweis, dass sich die Geschichten nicht nur auf die Zentren Vilnius und Kaunas beziehen, sondern auch die litauische Provinz miteinbeziehen: Das Schicksal der beiden Kinder der Familie Meras beginnt in Kelmė (S. 139), die Familie Volpert-Gurvitch stammt aus Telšiai (S. 177).

Eine der bewegendsten Geschichten ist die von Icchokas Meras und seiner Schwester Yonina Meraitė: Die beiden Kinder, deren Eltern in den ersten Kriegswochen ermordet wurden, überlebten durch den Mut von Litauerinnen und einigen ihrer Männer, die die Kinder aufnahmen und bei sich versteckten (S. 139-154):

„Ich saß jetzt auf der Straße [...] und wußte nicht, was ich tun sollte [...] Ich weinte bitterlich. Dies war der Moment, als Juozas Dainauskas an mir vorbeiging. Für mich war er einfach ein Fremder, der ein wenig betrunken war. Er beugte sich zu mir und fragte mich, warum ich weine. Ich sagte ihm direkt, dass ich ein jüdischer Junge sei, den niemand bei sich aufnehmen wolle und dass man mich bei den Behörden abliefern wolle [...] Dann nahm er mich an der Hand und brachte mich zu sich nach Hause, direkt in die Hände seiner Frau Bronislava [Bronė] Dainauskienė und sagte ihr: ‚Hier ist noch ein Kind für dich.‘ Sie selbst hatten sechs Kinder: Veronika, Petras, Ona, Aleksas, Stefa und Genė. So wurde ich zum siebten Kind im Haushalt der Familie Dainauskas.“ (S. 147, 149).

Obwohl die einzelnen Erzählungen sich auf eine Hauptperson konzentrieren, werden weitere Einzelschicksale und Leben vorgestellt: In fast allen Fällen konnte die Hilfe und Rettung nur bewerkstelligt werden, weil sich viele Menschen an ihr beteiligten. Doch es geht in dem Buch nicht nur um Personen, sondern auch um Orte der Zuflucht wie das Benediktinerkloster von Vilnius (S. 217-247), in dem der später berühmte Maler Samuel Bak und seine Mutter am Beginn und am Ende der deutschen Herrschaft Unterschlupf fanden, oder um Kinderheime in Kaunas (S. 417-443).

Ein knappes Nachwort (S. 445-465) dient der Verdeutlichung des Buchtitels: Eben weil der Vernichtungswille sowohl die jüdische Bevölkerung als auch den geografischen Raum betreffend umfassend war, blieb den Menschen so gut wie kein Spielraum. In diesem Zusammenhang wird auch nochmals auf den jüdischen Widerstand in den Ghettos und bei den Partisanen eingegangen. Hervorzuheben ist das reichhaltige Bildmaterial, das dem Leser auch einen visuellen Eindruck von den allgemeinen Geschehnissen und den Protagonisten vermittelt. So findet auch der Fachmann noch Fotos, die ihm bislang unbekannt waren (z.B. S. 46 f.).

Trotz der erwähnten formalen und inhaltlichen Schwächen ist das Buch unbedingt zu empfehlen: Durch die Individualisierung des Judenmordes, die in den 13 Geschichten eindrücklich geschildert wird, wird die Ungeheuerlichkeit dieses Verbrechens umso deutlicher. Es zeigt sich, was Menschen Menschen antun können, aber auch, welche tiefe *humanitas* andere unter Einsatz ihres Lebens bewegte, den Opfern beizustehen.

Joachim Tauber, Lüneburg

Heidi Hein-Kircher, Ilgvars Misāns (Hrsg.): Stadtgeschichte des Baltikums oder baltische Stadtgeschichte? Annäherungen an ein neues Forschungsfeld zur baltischen Geschichte, 2., überarb. u. erw. Aufl., Marburg: Verlag Herder-Institut 2016, 219 S., ISBN 978-3-87969-406-8.

Die Herausgeberin Heidi Hein-Kircher und der Herausgeber Ilgvars Misāns verstehen den 2016 erschienenen Sammelband als eine Art Bestandsaufnahme der Stadtgeschichte des Baltikums. Der Band basiert auf der ersten Tagung zur Baltischen Stadtgeschichte, die in Riga im Jahr 2012 stattfand. Die Herausgebenden möchten mit der Publikation neue Impulse für die weitere Forschung im Bereich der Stadtgeschichte setzen. Dazu gehört zum Beispiel der Wunsch, die „Fixierung auf die Metropolen“ (S. 2) durch eine neue Aufmerksamkeit gegenüber Entwicklungen in den kleineren Städten zu ersetzen oder zu ergänzen. Dies gelingt in diesem Band nur in Teilen, denn nur wenige Beiträge befassen sich mit anderen Städten als Riga, Reval/Tallinn, Wilna/Vilnius und Königsberg/Kaliningrad; Städte, die in der Einleitung als Metropolen klassifiziert werden (S. 11).

In der Einleitung wird der Sammelband viel zu zurückhaltend „als erste Bestandsaufnahme eines noch wenig ausgeprägten Forschungsinteresses“ (S. 17) angekündigt. Dabei liest man die Beiträge durchgehend mit Gewinn, da in ihnen Forschungsstände (auch für den Nichtexperten) gut zusammengefasst werden: im ersten Teil etwa Heidi Hein-Kircher zur Stadt- und Urbanitätsgeschichte Ostmitteleuropas, Roman Czaja zu Polen, Juhan Kreem zu Estland, Ilgvars Misāns zu Lettland und Andreas Fülberth zum Anteil auswärtiger Forschender an der Stadtgeschichtsforschung Rigas und Revals/Tallinns seit Mitte des 20. Jahrhunderts.

Allerdings passt die Aufteilung in einen ersten Teil zur Historiografie der Stadtgeschichtsschreibung und einen zweiten Teil zu Ansätzen und Perspektiven der baltischen Stadtgeschichtsschreibung nicht ganz, da auch der zweite Teil historiografischen Fragen gewidmet ist. In diesem zweiten Teil bezieht zum Beispiel Inna Põltsam-Jürjo in ihrem Überblicksbeitrag über das livländische Städtewesen im Mittelalter auch die kleineren Städte und Städte ohne Stadtrecht („Marktflecken“ und „Hackelwerke“) mit ein, skizziert Konjunkturen und weist auf die Stadt-Land-Beziehungen als ein wichtiges Forschungsdesiderat hin. Aleksandrs Ivanovs hebt die nur fragmentarisch und politisch-ideologisch geprägte Darstellung der livländischen Städte in einschlägigen altrussischen Chroniken hervor. Jurgita Šiaučiūnaitė-Verbickienė bietet einen gelungenen Überblick über die „non-Christian minorities“ (Juden, Tataren, Karaiten) in der (vor allem, aber nicht ausschließlich litauischen) Geschichtsschreibung vom 19. Jahrhundert bis heute, die stark von politischen Bedingungen geprägt war. Sie konstatiert, dass bis heute eine integrierende Stadtgeschichtsschreibung fehle, die die Geschichten verschiedener religiöser und nationaler Gruppen in einem größeren urbanen Kontext erforscht. Karin Hallas-Murula präsentiert in ihrem Beitrag über den finnischen Architekten Eliel Saarinen einen Vergleich seiner Stadtpläne für Tallinn (1913) und Canberra, Australien (1912) und hebt die Ähnlichkeiten zwischen beiden hervor. Der sehr instruktive Beitrag von Mārtiņš Mintauris über die Altstadt Rigas und ihrer Rolle in der lettischen Architekturhistoriografie von den 1860er bis in die 1980er Jahre stellt die 1970er und 1980er Jahre als ein Jahrzehnt dar, das durch einen Aufschwung der Stadtforschung geprägt war. Zu diesem Ergebnis kommt auch Ilgvars Misāns in seinem Artikel. Der etwas skizzenhafte Aufsatz von Vasilijus Safronovas untersucht die symbolische Aneignung der Stadt Klaipėda bzw. ihrer Stadtgeschichte nach 1945, die sich deutlich von Kaliningrad und Allenstein/Olsztyn unterschied.

Während die Bestandsaufnahme und der historiografische Überblick *grosso modo* gelingt, gilt das weniger für die Analyseansätze und perspektivischen Annäherungen an das Thema. Die Publikation bietet der künftigen Forschung keine wirklich zündende Idee an. Woran mag das liegen? Vielleicht können drei Überlegungen weiterführen: Erstens nimmt die moderne Stadtgeschichtsforschung die allgemeinen Trends der Sozial- und Kulturgeschichte auf, die Hein-Kircher in ihrem Beitrag nennt. Dadurch wird die Stadtgeschichtsforschung aber zum Teil auch ein beliebiges Forschungsfeld und genuine Themen und Perspektiven geraten aus dem Blick. Die in dieser Publikation an verschiedenen Stellen favorisierte integrierende Stadtgeschichte, mit der religiöse und ethnische Gruppen im städtischen Raum untersucht werden, gehört spätestens seit den 1990er Jahren zur Agenda der Ostmittel- und Osteuropaforschung und ist nicht mehr neu, wenn auch empirisch nicht flächendeckend umgesetzt worden. Darüber hinaus sind Stadttypologien in der Regel nicht so originell, als dass sie der Forschung neue Wege weisen können. Zweitens scheint, ohne ein hohes Lied auf die Zeitgeschichte singen zu wollen, das eigentliche Forschungsdesiderat der Stadtgeschichtsschreibung des Baltikums die Zeitgeschichte (ab 1945) zu sein, die jedoch auch in der vorliegenden Publikation weitgehend unbehandelt bleibt. Dadurch fehlen wichtige multi- oder interdisziplinäre Impulse, etwa aus der Anthropologie, Soziologie, Geografie oder Umweltforschung, die auch auf die Stadtgeschichte von vor 1945 zurückwirken können. Drittens schließlich ist ein großes Thema der Stadtgeschichte des Baltikums die jahrhundertelange deutsche Dominanz, auch in der Historiografie. Lediglich Roman Czaja greift, wenn auch mit Bezug auf die polnische Historiografie zum Begriff

„kolonial“ (S. 47). Heuristisch kann es durchaus produktiv sein, für manche Fragestellung auch post-koloniale Ansätze aufzugreifen, oder aber die Möglichkeiten der Verflechtungsgeschichte oder der Forschung zu Wissenszirkulation in der Forschungsgeschichtsschreibung auszuloten.

So bietet die vorliegende Publikation zwar einen guten Ausgangspunkt für weitere Forschungen, erfasst aber die Spezifika der Stadtgeschichte und Stadtgeschichtsschreibung des Baltikums auf der konzeptionellen Ebene nicht in der Weise, dass wegweisende Richtungen vorgegeben würden.

Guido Hausmann, Regensburg

Nina Seiler: Privatisierte Weiblichkeit. Genealogien und Einbettungsstrategien feministischer Kritik im postsozialistischen Polen, Bielefeld: [transcript] Gender Studies 2018, 339 S., ISBN: 978-3-8376-4189-9.

Die internationale mediale Berichterstattung über Österreich war in den ersten Monaten des Jahres 2021 vom Eindruck gehäufter Femizide geprägt. Freilich sollen ungeprüft und unreflektiert keine Zusammenhänge mit dem anderen, noch größeren Eindruck der Gegenwart, dem Covid-Virus und seinen gesellschaftlichen Begleitumständen, hergestellt werden. Dennoch ist unmissverständlich festzuhalten, dass eine Untersuchung zu feministischer Kritik vor einem derartigen tagesaktuellen gesellschaftspolitischen Hintergrund keines Kommentars und schon gar keiner Rechtfertigung bedarf.

Die vorliegende, als Dissertation an der Universität Zürich angenommene Arbeit beschäftigt sich konkret mit Entstehungen und Ableitungen kritisch-feministischer Argumentationen in Polen seit den 1989 eingeleiteten Prozessen von Wende und Transformation. Nach der Einleitung zu Forschungsstand, Untersuchungsgegenstand und -material, Reflexionen zu methodischen Schlagwörtern (Intertextualität, Intonation, Ideologem) und Aufbau der Arbeit (Kapitel 1) werden zunächst die Geschlechtergeschichte Polens und ihre Thematisierung seit dem 18. Jahrhundert resümiert. Der Blick richtet sich dabei auf die Epoche der Volksrepublik und das Jahrzehnt nach der Wende, für das Schwerpunkte zu akademischem Feminismus einerseits und feministischer Polonistik andererseits gesetzt und verfolgt werden (Kapitel 2). Daran anschließend wird die für das untersuchte Themenfeld zentrale feministische Polonistin und Literaturkritikerin Maria Janion fokussiert (Kapitel 3). Dem folgen in den Kapiteln vier bis sieben drei Schritte theoretisch-methodischer, literarischer und sozialhistorischer Zuschreibung und Einbettung: Zunächst werden Rezeptionslinien anhand der Parameter Geschichte, Psychoanalyse und Liminalität aufgezeigt (Kapitel 4). Daran anknüpfend stellt die Autorin Techniken und Methoden des Schreibens unter gendertechnische Aspekte und ordnet sie den thematischen Richtlinien von Rezeptionskritik, Praktiken des Schreibens und Tradierungen unter (Kapitel 5). In einem letzten Schritt werden postsozialistische Abgrenzungen anhand der Kriterien weibliche Sphäre, Politisches und Apolitisches sowie der Frage der Individualisierung („Gemeinsam einsam“) konturiert (Kapitel 6). Das Schlusswort (Kapitel 7) konzentriert sich nebst einer prägnanten Zusammenfassung auf einen Ausblick auf die Zeit nach der Jahrtausendwende. Das Quellenkorpus besteht aus fünf Arbeiten polnischer Literaturwissenschaftlerinnen, die die polnische Feminismus-Diskussion der 1990er Jahre signifikant und nachhaltig prägten: Inga Iwasiów (1994), Maria

Janion, Grażyna Borkowska (beide 1996), Eva Kraskowska und Krystyna Kłosińska (beide 1999).

Auf dieser Grundlage und entlang dieser Pfade gelingt Seiler ein themenspezifisch-komplex gegliedertes und verzweigtes Bild der Materie sowie der Diskussionen und Diskussionsebenen. Darüber hinaus gelingt eine Einbettung des Diskurses in die vor allem räumlich, aber auch zeitlich zu differenzierenden Transfers westlicher Positionen aus unterschiedlichen Phasen des Feminismus seit den 1970er Jahren nach Polen. Die Autorin bevorzugt in ihrer Konzeption den Begriff der Verknüpfung und legt in diesem Sinn Wert darauf, ein intertextuelles Netz zu erstellen. Weitere Parameter der Untersuchung sind die polnische Literatur- und Kulturgeschichte sowie die gesellschaftlichen und geschichtshistorischen Prozesse und Diskurse der Transformation. Vor dem Hintergrund einer breiten Kenntnis transferierter und transferierender Positionen der Diskussion kann Seiler die Auswahl ihrer untersuchten Textbeispiele plausibel als „motivierte, aber gleichsam persönliche wie materialgeleitete“ (S. 297) klassifizieren. Erfreulich offensiv – plausibel ja ohnehin – reklamiert sie die gesellschaftspolitische Relevanz ihres Themas einleitend und unmissverständlich exponiert, wenn sie den Hintergrund „der sich spaltenden polnischen Gesellschaft, in der religiöse und säkulare, konservative und liberale Weltansichten immer stärker auseinanderdriften und zunehmend in Konflikt geraten“ (S. 11), erörtert. Das Quellenkorpus wirkt in der argumentativen Konzeption präzise und zugleich in der analytischen Anwendung elastisch für die weitere Bearbeitung. Die berücksichtigte Forschungsliteratur erfasst alle einschlägigen Beiträge zu feministischen Diskussionen und Thematisierung von *gender* aus deutsch-, englisch-, französisch- und vor allem polnischsprachiger Perspektive bis zurück zu Sigmund Freud und Otto Weininger. Positiv hervorzuheben ist dabei die umfängliche Berücksichtigung und Ausweisung polnischsprachiger Übersetzungen von Arbeiten thematisch anleitender, aber nicht einschlägig ost(mittel)europäischer Autorinnen und Autoren wie Elisabeth Badinter, Roland Barthes, Simone de Beauvoir, Judith Butler, Michel Foucault oder Virginia Woolf. Seiler kann auf vier eigene Vorveröffentlichungen verweisen und zurückgreifen. Nützlich, sehr grundlegend und entsprechend konzise ist das beigegebene Begriffsverzeichnis.

Trotz des sehr positiven Gesamturteils sollen an dieser Stelle die Gliederung und die anteilmäßige Verteilung der Kapitel kritisch angesprochen werden: Zweifelsohne ist Maria Janion die Doyenne nicht nur der in der vorliegenden Arbeit fokussierten Feministinnen, sondern des gesamten untersuchten Themenkomplexes. Darüber hinaus ist sie die einzige, der – über eine hohe Dichte in der textinhärenten Berücksichtigung hinaus – explizit ein eigenes Kapitel gewidmet wird, dessen verhältnismäßig geringer Umfang die kompositorische Stimmigkeit der Arbeit marginal beeinträchtigt. Hier arbeitet die Autorin zum einen Janions Interesse an der Epoche der Romantik (Phantasma und Transgression unter Berücksichtigung von Aufopferung, Maskerade und Überwindung geschlechtlicher Binarität) heraus, zum anderen geht sie auf methodische Momente (etwa transnationale Perspektiven) oder auf speziellere Themenfelder (etwa den Transgender-Menschen Maria Komornicka/Piotr Odmieniec Włast) ein und betont dabei wiederholt Janions undogmatisch-marxistische Perspektive. Dies alles ist sehr plausibel, aber wäre es vor diesem Hintergrund nicht konsequenter gewesen, die gesamte Arbeit ausdrücklicher Janions Werk und Wirken zu widmen? In formal-organisatorischer Hinsicht ist schließlich das Fehlen jeglicher Register zu kritisieren. Stattdessen beschränkt sich die Ausstattung auf eine knappe und letztlich unklare

Liste mehrfach genannter bibliografischer Positionen (Titel von Monografien, Zeitschriften).

Janion ist es auch, der (fast) das gesamte Schlusswort eingeräumt wird, womit abschließend zu den eindeutig überwiegenden Vorzügen der Publikation zurück zu kommen ist. Da plädiert Janion zur phantasmatisch-einengenden Perspektive der Nationalkonservativen eine Alternative zu finden, „eine andere Narration herauszubilden, eine ‚andere Geschichte‘ zu erzählen“ (S. 310). Gerade der Umstand, dass der Gender-Geschichte heute, eigentlich aber schon seit den 2010er Jahren ein zunehmend schwerer Stand attestiert wird und auch zu attestieren ist, macht Publikationen wie die vorliegende – das sei im Anschluss an das einleitend Gesagte noch einmal unmissverständlich betont – gesellschaftspolitisch umso relevanter und wichtiger.

Christoph Augustynowicz, Wien

Andrej Savin, Aleksej Tepljakov u.a. (Hrsg.): Ėcho Bol'shogo terrora. Sbornik dokumentov v trech tomach, Tom 3: Ėkisty Stalina v tiskach „socialistiĉeskoj zakonnosti“. Ėgo-dokumenty 1938–1941 gg. [Das Echo des Großen Terrors. Dokumentensammlung in drei Bänden, Band 3: Stalins Tschekisten im Schraubstock der „sozialistischen Gesetzhlichkeit“. Ego-Dokumente 1938–1941], Moskau: Probel-2000 2018, 928 S., ISBN 978-5-98604-686-0; [in ukrainischer Sprache:] Andrej Savin, Aleksej Tepljakov u.a. (Hrsg.): Vidlunnja Velykogo teroru. Zbirnyk dokumentiv u tr'och tomach, Tom 3: Ėkisty Stalina v leščatach „socialistyĉnoji zakonnosti“. Ego-dokumenty 1938–1941 rr. Kyjiv: Vydavec' V. Zacharenko 2019, 936 S., ISBN 978-966-2258-11-0.

Die Archivrevolution im postsowjetischen Raum schreitet weiter voran. Noch immer werden in den Archiven der Nachfolgestaaten der früheren Sowjetrepubliken umfangreiche Quellenkonvolute für die Wissenschaft erschlossen.¹ Zweifelsohne stellt die Herausgabe der dreibändigen Dokumentensammlung „Das Echo des Großen Terrors“ in der Historiografie des Stalinismus ein höchst bemerkenswertes Ereignis dar.² Die Veröffentlichung entstand im

1 Siehe z.B. die Dokumentenveröffentlichungen der letzten Jahre: Marc Junge, Bernd Bonwetsch (Hrsg.): Bol'shevistskij porjadok v Gruzii. V 2-ch tomach, Tom 2: Dokumenty i statistika [Die bolschewistische Ordnung in Georgien. In 2 Bänden, Bd. 2: Dokumente und Statistik], Moskau 2015; Alfred Eisfeld, Andrij Kogut u.a. (Hrsg.): „Velykyj teror“ v Ukrajinii: Nimec'ka operacija 1937–1938 rokiv: zbirnyk dokumentiv. Kyjiv 2018; dies. u.a. (Hrsg.): Der „Große Terror“ in der Ukraine. Die „Deutsche Operation“ 1937–1938, Berlin 2021; Mindaugas Pocius (Hrsg.): Lietuvos sovietizavimas 1947–1953 m: VKP(b) CK dokumentai: dokumentų rinkinys [Die Sowjetisierung Litauens 1947–1953: Dokumente des Zentralkomitees der VKP(b). Dokumentensammlung], Vilnius 2018.

2 Neben dem rezensierten Band wurden veröffentlicht: Valerij Vasil'ev, Roman Podkur (Hrsg.): Ėcho Bol'shogo Terrora. Sbornik dokumentov v trech tomach, Tom 1: Partijnye sobranija i operativnye coveščanija sotrudnikov upravlenij NKVD USSR (nojabr' 1938 – nojabr' 1939 gg.) [Das Echo des Großen Terrors. Dokumentensammlung in drei Bänden, Bd. 1: Parteiversammlungen und Einsatzkonferenzen der Verwaltungen des NKVD der Ukrainischen SSR (November 1938 – November 1939)], Moskau 2017; Sergej Kokin, Jeffrey Rossman (Hrsg.): Ėcho Bol'shogo Terrora. Sbornik dokumentov v trech tomach, Tom 2: Dokumenty iz archivnych ugovolnych del na sotrudnikov NKVD USSR, osuždennyh za narušenija socialistiĉeskoj zakonnosti (oktjabr'

Rahmen des internationalen Gesamtprojekts „The Purge of the Purgers. Soviet Perpetrators on Trial 1938–1941“, das der auch als „Berija-Tauwetter“ bekannten, auf den „Großen Terror“ folgenden Kampagne zur Säuberung und Disziplinierung der Organe des NKVD der UdSSR gewidmet war.³ Im Zuge dieser von Nikita Petrow als „erste Kaderrevolution in den Organen der Staatssicherheit“ bezeichneten Kampagne⁴ wurden Ende 1938 und 1939 etwa 1 500 Mitarbeiter des NKVD verhaftet. Auf der Anklagebank fanden sich vor allem die Führungskader der Staatssicherheitsorgane wieder – Chefs der Regions- und Gebietsverwaltungen, der operativen Abteilungen und Unterabteilungen. Abgesehen davon wurden allein im Jahr 1939 etwa 7 500 Tschekisten aus den Organen der Staatssicherheit entfernt.

Die an dem Projekt beteiligten russischen, ukrainischen, deutschen, US-amerikanischen und kanadischen Historiker waren bemüht, auf zahlreiche mit dieser „Säuberung der Säuberer“ zusammenhängende Schlüsselfragen eine Antwort zu finden: Von welchen Motiven ließ sich die Sowjetführung leiten, als sie die Mitarbeiter des NKVD verhafteten und vor Gericht stellen ließ? Gab es für die Auswahl der zu verhaftenden Mitarbeiter des NKVD klare Kriterien? Ging es bei dieser Säuberung darum, einen „Sündenbock“ zu finden, damit die Sowjetführung mit Josif Stalin an der Spitze die Schuld an den Massenrepressionen auf niedrigere Ränge abwälzen konnte? Mechanismen und politischen Ziele der Gerichtsprozesse wurden in diesem Zusammenhang untersucht und die Motive der Mitarbeiter des NKVD aufgeschlüsselt: Glaubten diese Akteure wirklich an das, was sie taten, oder waren sie Karrieristen, die die Befehle aus Angst oder bürokratischer Routine ausführten? Waren sie Sadisten, Kriminelle oder „ganz gewöhnliche Leute“? Als Hauptquellen für diese Untersuchung wurden die Ermittlungs- und Personalakten der verhafteten Mitarbeiter des NKVD sowie stenografische Protokolle der in den Organen der Staatssicherheit abgehaltenen Parteiversammlungen aus dem Staatlichen Archiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine herangezogen.

1938 g. – ijun’ 1943 g.), Kn. 1: NKVD Moldavskoj ASSR, Dorožno-transportnyj otdel GUGB NKVD Severo-Donckoj železnoj dorogi, UNKVD po Žitomirskoj oblasti i UNKVD po Odesskoj oblasti; Kn. 2: UNKVD po Kievskoj oblasti, UNKVD po Nikolaevskoj oblasti, UNKVD po Vinnickoj oblasti, UNKVD po Char’kovskoj oblasti i UNKVD po Vorošilovgradskoj oblasti. [Echo des Großen Terrors. Dokumentensammlung in drei Bänden, Bd. 2: Dokumente aus den Archiv-Kriminalakten zu den Mitarbeitern des NKVD der Ukrainischen SSR, die für Verstöße gegen die „sozialistische Gesetzlichkeit“ verurteilt wurden (Oktober 1938 – Juni 1943); Buch 1: NKVD der Moldawischen ASSR. Straßen- und Transportabteilung der Hauptverwaltung der Staatssicherheit der Nord-Donck-Eisenbahn. Gebietsverwaltung des NKVD Žitomir und Gebietsverwaltung des NKVD Odessa; Buch 2: Gebietsverwaltung des NKVD Kiev, Gebietsverwaltung des NKVD Nikolaev, Gebietsverwaltung des NKVD Vinnica, Gebietsverwaltung des NKVD Char’kov, Gebietsverwaltung des NKVD Vorošilovgrad], Moskau 2018–2019. Alle Bände der Dokumentenserie wurden auch in ukrainischer Sprache veröffentlicht.

- 3 Neben dem dreibändigen Dokumentenband sind im Rahmen des Projekts auch die folgenden Bücher erschienen: Marc Junge, Lynne Viola (Hrsg.): *Čekisty na skam’e podsudimych. Sbornik statej* [Tschekisten auf der Anklagebank. Aufsatzsammlung], Moskau 2017; Lynne Viola: *Stalinist Perpetrators on Trial. Scenes from the Great Terror in Soviet Ukraine*, New York, NY 2017; Marc Junge: *Čekisty Stalina: mošč’ i bessilie. „Berievskaja ottepel“ v Nikolaevskoj oblasti Ukrainy* [Stalins Tschekisten: Macht und Machtlosigkeit. Das „Berija-Tauwetter“ im Gebiet Nikolaev, Ukraine], Moskau 2018.
- 4 Nikita Petrow: Die Kaderpolitik des NKWD 1936–1939, in: Wladislaw Hedeler (Hrsg.): *Stalinischer Terror 1934–1941. Eine Forschungsbilanz*, Berlin 2002, S. 31.

Die vorliegende Rezension ist dem letzten, dritten Band der dokumentarischen Serie „Das Echo des Großen Terrors“, herausgegeben von dem deutschen Historiker Marc Junge und den russischen Historikern Andrej Savin und Aleksej Tepljakov, gewidmet. Im Mittelpunkt dieses Bandes stehen die von den Mitarbeitern des NKVD verfassten „Briefe an die Machthaber“. Diese Menschen, die es aus den höheren Sphären der Macht in Gefängniszellen verschlagen hatte, verstanden die Welt nicht mehr, weil sie nun von den gleichen Leuten, die ihnen diese verbrecherischen Befehle erteilt hatten, persönlich für deren Umsetzung haftbar gemacht wurden. In der Folge sahen sich viele der vor Gericht gestellten Tschekisten aus Angst vor Bestrafung oder in dem Bestreben, sich in den Augen der höchsten Macht zu rehabilitieren, dazu veranlasst, sich „nach oben“ zu wenden.

Schon aufgrund einer ersten Analyse der von den Tschekisten verfassten Einsprüche konnten die Herausgeber drei Hauptstrategien herausarbeiten, auf die die früheren Mitarbeiter des NKVD ihre Verteidigung stützten. Die erste lief darauf hinaus, die eigene Verantwortung für Verstöße gegen „die sozialistische Gesetzlichkeit“ zu leugnen und diese auf die höher stehende Führung, aufeinander oder auch (in äußerst seltenen Fällen) auf die örtliche Parteiführung zu schieben. Die zweite Verteidigungsstrategie bestand darin, die begangenen Verbrechen zu leugnen, kleinzureden und die allermeisten der vorgebrachten Anschuldigungen abzustreiten, insbesondere wenn es um die Anwendung körperlicher Gewalt oder die Fälschung von Ermittlungsdokumenten ging. Eine dritte Verteidigungsstrategie bestand darin zu beteuern, allzeit treue Stalinisten gewesen zu sein und weiterhin sein zu wollen.

Es lässt sich auch konstatieren, dass die Einsprüche der Tschekisten dem üblichen Muster des „Schreibens an die Machthaber“ entsprachen, das sich Ende der 1930er Jahre in der Sowjetunion herausgebildet hatte. Wie die breite Masse der „einfachen Leute“, die der Macht und ihren Privilegien fernstanden, versuchten auch die Tschekisten, die „Wahrheit“ an der Spitze der sowjetischen Staats- und Parteipyramide zu suchen, indem sie sich unmittelbar „an die Führer“ wandten. Sie setzten den Staat mit seinen Führungspersonen gleich und sahen in der persönlichen Ansprache den einzigen innerhalb des Systems von Patronage- und Klientelbeziehungen möglichen Kommunikationsmodus. Darüber hinaus waren die von den Tschekisten verfassten Schreiben in der Regel in einem hochemotionalen Ton gehalten, um so eine persönliche Beziehung zwischen Absender und Adressat aufzubauen. Sie demonstrierten ihre soziale Zugehörigkeit und ihre Integration in das stalinistische System durch ihre Fähigkeit, „bolschewistisch zu sprechen“. In perfekter Nachahmung der aus den sowjetischen Zeitungen und den Reden der Partei- und Sowjeteliten bekannten Lexik schworen sie der kommunistischen Partei und dem Sowjetstaat gegenüber auch aus den Gefängniszellen heraus ihre Treue, erklärten ihre Liebe und Ergebenheit für den Führer persönlich, forderten eine strenge Bestrafung der wahren „Volksfeinde“ und zeigten sich allem Antisowjetischen, Fremden und Feindlichen gegenüber unversöhnlich.

Wenn man nach den Besonderheiten der „Schreiben an die Machthaber“ als dokumentarische Quelle fragt, so bestanden diese darin, dass sich anhand dieser Dokumente der Blick auf die Einzelpersonen und die von ihnen verübten Verbrechen eröffnet. Die Tschekisten treten in ihren Schreiben nicht als unpersönliche „Schräubchen“ des Systems auf, sondern als Individuen. Infolgedessen erhalten die anonymen, abstrakten Strafinstanzen und -strukturen ein persönliches Gesicht. Außerdem lässt sich anhand dieser Dokumente klären, in welchem Maße die Mitarbeiter der Staatssicherheitsorgane für den Terror verantwortlich

und an diesem beteiligt waren, welche situativen und individuellen Aspekte ihrer Taten vorlagen und wie groß die Distanz zwischen Gesellschaft und Tschekisten war. Und nicht zuletzt lässt sich der Mythos zerstören, die Tschekisten seien ausschließlich gehorsame Erfüllungsgehilfen und schließlich selbst Opfer des Drucks von oben gewesen.

Außer den Schreiben der Tschekisten sind in den Sammelband auch verschiedene andere Dokumente eingegangen, anhand derer sich die Kampagne zur Disziplinierung des NKVD in ihren Kontext einordnen, deren Ziele aufdecken und deren Grenzen aufzeigen lassen. Dazu gehören u.a. die von den Opfern des „Großen Terrors“ und deren Verwandten verfasste „Schreiben an die Machthaber“, Tschekisten-Berichte, Befehle des NKVD der UdSSR aus den Jahren 1938/39, Materialien der von den Organen der VKP(b) durchgeführten Überprüfung der Mitarbeiter der Staatssicherheit, Zeitungsreportagen über öffentlich geführte Gerichtsprozesse gegen angeklagte Tschekisten usw. Einige der publizierten Dokumente wie z.B. die Personalakten der Mitarbeiter der Staatssicherheit bieten darüber hinaus die Möglichkeit, Lebenswege von Tschekisten und ihre Stellung in der sowjetischen Gesellschaft nachzuzeichnen.

Victor Dönninghaus, Lüneburg

Sarah Scholl-Schneider, Moritz Kropp (Hrsg.): Migration und Generation. Volkskundlich-ethnologische Perspektiven auf das östliche Europa, Münster u.a.: Waxmann Verlag 2018, 274 S., ISBN: 978-3-8309-3930-6.

„Migration“ und „Generation“ zählen zu den geschichtlichen Grundbegriffen und sind jeweils mit einer breit gefächerten Publikationslandschaft verknüpft. Auch der Zusammenhang zwischen beiden ist wiederholt in den Blick genommen worden. Dabei dominieren aber nicht selten vermeintlich eindeutige Zuordnungen und Abgrenzungen (Erlebnisgeneration, Generation 1,5, Zweite Generation etc.), insbesondere an den Wegmarken historischer Zäsuren wie 1945 oder 1989. Referenz ist in der Regel die klassische Definition von „Generation“ als historisch-sozialer Einheit durch Karl Mannheim, bei der dem gemeinsamen Erleben tiefgreifender Transformationsprozesse eine zentrale Rolle zukommt.

Erklärtes Ziel des vorliegenden Bandes ist es demgegenüber, einen Blick hinter die kollektiven Zuschreibungen zu werfen. Mittels biografischer Perspektiven und der Beleuchtung transnationaler und intergenerationeller Aushandlungsprozesse sollen Wandel und Dynamik sichtbar gemacht werden. Der Band, der auf eine Tagung des Jahres 2015 zurückgeht,¹ wird von Moritz Kropp und Sarah Scholl-Schneider, einer ausgewiesenen Expertin der vergleichenden Kulturwissenschaften mit einem Schwerpunkt auf Ostmitteleuropa, herausgegeben. Dies schlägt sich auch in der Konzeption dieser Publikation nieder, wobei auch die frühere Sowjetische Besatzungszone (SBZ, DDR) als „östliches Europa“ gefasst wird und beim Großteil der Beiträge Perspektiven auf das östliche Europa – und nicht originär ost(mittel-)europäische Sichtweisen – dominieren.

Die insgesamt elf Beiträge des Bandes, die größtenteils auf abgeschlossenen Dissertationen beruhen, gliedern sich in drei Abschnitte. Im ersten werden Fragen des transgenerationalen Erlebens und der Tradierung von Migrationserfahrungen in den Blick genommen.

1 <https://www.hsozkult.de/event/id/event-79185> [letzter Zugriff: 9.01.2022].

Zwei Fallbeispiele beschäftigen sich mit der DDR bzw. der SBZ. Laura Wehr fragt nach der Erinnerung an die Ausreise bei Eltern und Kindern. Während das heutige Bild durch Berichte über ausgebürgerte oder ausgereiste DDR-Oppositionelle geprägt ist, lenkt Wehr den Blick auf ein bisher kaum beachtetes, quantitativ aber deutlich größeres Phänomen: die Ausreise ganzer Familien. Auf der Grundlage von Interviews werden die Repressionen deutlich, mit denen die DDR-Führung auf das Bestreben nach Ausreise reagierte, für die es bis Ende 1988 keine legale Grundlage gab. Entsprechend verblieb das Projekt Ausreise in der Regel zwischen den Erwachsenen, die Kinder wurden erst möglichst spät eingebunden. Als einschneidend erinnern diese den Moment, in dem sie von dem Entschluss ihrer Eltern erfuhren. Allen gemeinsam waren die Herausforderungen des Ankommens in Westdeutschland. Wehr beschreibt dies als eine Zeit der „Sprachlosigkeit“ (S. 38), zu deren Überwindung gemeinsame Aktivitäten und das jeweilige biografische Gepäck in Form von Ressourcen und Kapitalien eine wichtige Rolle spielten.

Im Mittelpunkt des Artikels von Uta Bretschneider stehen die sogenannten Umsiedlerkinder, mithin die Kinder der rund 4,3 Mio. Flüchtlinge und Vertriebenen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Ostdeutschland lebten. Im Rahmen ihres 2014 abgeschlossenen Dissertationsprojekts hat Bretschneider lebensgeschichtlich ausgerichtete Interviews mit „Umsiedlern“ und ansässiger Bevölkerung geführt. In ihrem Beitrag zeichnet sie die Erinnerungen an die ersten Jahre in der zunächst „fremden Heimat SBZ“ (S. 50) nach. Die offizielle, strikte Assimilationspolitik setzte enge Grenzen des Sagbaren, da die „Umsiedler“ bereits Anfang der 1950er als erfolgreich integriert galten. Selbst bei einem tatsächlichen, sukzessiven Ankommen im DDR-Staat, etwa durch Bildungsaufstieg, führte dies zu einer erzwungenen „Privatisierung der Flüchtlings- oder Vertriebenenidentität“ (S. 56), die mit Tabuisierungen und psychischen Belastungen einherging.

Sandra Kreisslová und Jana Nosková widmen sich dem Familiengedächtnis bei Heimatverbliebenen in der Tschechischen Republik. Am Beispiel einer Familie zeigen sie auf, wie Geschichte intergenerationell weitergegeben und beständig neu ausgehandelt wird. Eine zentrale Herausforderung stellte hierbei die Sprache dar: Zwischen der älteren, deutschsprachigen Generation und ihren in den 1960er Jahren geborenen, tschechischsprachigen Kindern kam es zu Entfremdungen, die auch die Familiengeschichte in den Hintergrund rücken ließen. Für die Enkelinnen und Enkel konstatieren Kreisslová und Nosková hingegen wieder eine verstärkte Hinwendung zum „deutschen Familienerbe“ bis hin zur Relativierung der NS-Vergangenheit des Urgroßvaters. Dies führt zu neuen Aushandlungsprozessen über die Deutung der Familiengeschichte, die somit in keine konsistente Erzählung mündet.

Susanne Greiter beschließt die erste Sektion des Bandes mit der Frage: Wann ist Geschichte Vergangenheit? Ihre Antwort entwickelt sie auf dem intensiv erforschten Feld „Flucht und Vertreibung“, indem sie sich dem Familiengedächtnis mittels einer methodischen Zweiteilung nähert: Während sie mit den Angehörigen der ersten Generation von insgesamt 18 Familien offene lebensgeschichtliche Interviews führte, befragte sie die zweite Generation gezielt danach, wann und wie die Erinnerungen thematisiert wurden. Als Ergebnis konstatiert sie „plurale Gleichzeitigkeiten“ im Gedächtnisraum Familie“ (S. 99), die von einem Spannungsverhältnis zwischen innerfamiliären Loyalitäten und von diesen abweichenden, individuellen Verortungen gekennzeichnet ist.

Der zweite Abschnitt des Bandes fokussiert auf Umbrüche und den Zusammenhang von Migration, Generation und Wandel. Elisabeth Kirndörfer beschäftigt sich mit zwei Bio-

grafien aus der ostdeutschen Umbruchsgeneration, die zur Zeit des Mauerfalls noch im Kindesalter war. In kritischer Auseinandersetzung mit dem Netzwerk „3te Generation Ostdeutschland“² und am Beispiel der Rückkehrmigration in die uckermärkische Stadt Schwedt/Oder argumentiert sie überzeugend, dass sich die Umbruchsgeneration als postmigrantische Generation (Post-1989) fassen lässt, für die die Nachwirkungen von 1989 und ein Zustand des Übergangs, des Uneindeutigen konstitutiv sind.

Die folgenden beiden Beiträge widmen sich verschiedenen Aspekten der postsowjetischen Migration.³ Stephanie Sommer präsentiert ausgewählte Beispiele einer Generation mobiler Russinnen und Russen, die, in den 1980er Jahren geboren, transnationale Biografien zwischen Sibirien und Deutschland entwickelt haben. Sie entsprechen damit einerseits geradezu idealtypisch dem Generationenverständnis von Karl Mannheim mit seiner Betonung der Bedeutung des Erlebens eines tiefgreifenden Wandels. Zugleich zeugt Sommers Analyse aber von einem hohen Bedürfnis ihrer Protagonistinnen und Protagonisten nach intergenerationeller Kontinuität durch einen ausgeprägten Bezug auf die Sowjetunion bei einer gleichzeitigen Pluralisierung der heutigen Lebensformen. Ein zu enges Verständnis von „Generation“ stößt hier deutlich an seine Grenzen.

Sabine Zinn-Thomas diskutiert den Zusammenhang von Migration und Generation am Beispiel des Gesundheitsverhaltens russlanddeutscher (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler. Sie zieht hierfür Interviews heran, die im Rahmen des 2013 bis 2015 von ihr geleiteten Forschungsprojekts „Von der Banja zum Bonusheft?“⁴ generiert worden. „Generation“ begreift sie in diesem Kontext als ein Deutungsmuster, das beständig diskursiv und performativ hervorgebracht wird (*doing gender*). Für ihre Gesprächspartnerinnen und -partner illustriert sie dies anschaulich an den Selbst- und Fremdzuschreibungen zwischen den „aufgeklärten Jüngeren“ und den „rückständigen Älteren“, die einerseits der Verortung und Abgrenzung dienen, sich zugleich aber in beständiger Aushandlung befinden.

Judith Schmidt beschließt den zweiten Abschnitt mit einer Analyse des „Zahnrads Saisonarbeit“ (S. 171). Sie arbeitet die Bedeutung von „Generation“ als Ordnungsmuster in den Erzählungen deutscher Landwirte über ihre polnischen und rumänischen Angestellten heraus. In der Selbstbeschreibung der Landwirte fungiert „Generation“ zur Betonung familiärer Traditionen und Erfolgsgeschichten. Dies geht mit einer diskursiven Hervorbringung arbeitsmigrantischer Generationen einher, die kollektiv nach Nationalitäten „geordnet“ werden („die Jugoslawen“, „die Polen“ etc.). Dies geht, nicht überraschend, mit stereotypen und hierarchisierenden Zuschreibungen einher. Um diese zu dekonstruieren und den Arbeitsmigrantinnen und -migranten eine eigene Stimme zu geben, wäre es wichtig gewesen, ebenso mit ihnen zu sprechen. In dem Artikel bleiben sie jedoch, anders als offensichtlich in der filmischen Umsetzung des Themas durch die Autorin,⁵ stumm, was ein deutliches Manko darstellt.

2 <https://netzwerk.dritte-generation-ost.de/> [letzter Zugriff: 9.01.2022].

3 Hierzu jetzt grundlegend Jannis Panagiotidis: Postsowjetische Migration in Deutschland. Eine Einführung, Weinheim 2021.

4 <https://www.gevera.uni-freiburg.de/> [letzter Zugriff: 9.01.2022].

5 https://rheinische-landeskunde.lvr.de/de/alltagskultur/alltagskultur_filme/saison_film.html [letzter Zugriff: 9.01.2022].

Übergreifendes Thema der letzten Sektion des Bandes sind methodische und theoretische Perspektiven auf die Schnittstellen von Migration und Generation. Eröffnet wird sie mit einem sehr anregenden Beitrag von Anna Flack über „Erkenntnisgewinn durch Scheitern“. Am Beispiel ihrer nahrungsethnologischen Feldforschung bei russlanddeutschen Familien in Barnaul (Westsibirien) legt sie die Schwierigkeiten offen, die beim Bemühen um teilnehmende Beobachtung bei Angehörigen der älteren Generation entstanden. Lebensumstände, die die Menschen ihr nicht mitteilen wollten, spielten hierbei ebenso eine Rolle wie das Bestreben, gerade gegenüber einer Forscherin aus Deutschland, ein bestimmtes Selbstbild und Narrativ zu platzieren. Flack benennt die Enttäuschungen, die für sie damit einher gingen, überführt diese aber zugleich in methodische Überlegungen, welche Lehren aus dem vorläufigen Scheitern gezogen werden könnten und zitiert am Ende Anna Liphardt: „Try again. Fail again. Fail better“ (S. 217).

Svenja Reinke-Borsdorf beschäftigt sich ebenfalls mit Russland, allerdings mit der westlichen Exklave Kaliningrad. Im Gegensatz zum Großteil der deutschsprachigen Forschung präsentiert sie nicht die Sicht der deutschen Vertriebenen und Flüchtlingen auf das frühere Königsberg, sondern greift auf Interviews zurück, die seit Ende der 1980er Jahre mit den russischen Neusiedlerinnen und Neusiedlern (*pereselency*: Umsiedler, Übersiedler) geführt wurden. Gleichzeitig fragt sie nach „den Deutschen“, und zwar nach der Darstellung des Umgangs mit Kindern aus den Reihen der nach 1945 im Gebiet verbliebenen Deutschen. Das Bild fällt deutlich versöhnlicher aus, als es das in Deutschland dominierende Skript der „Wolfskinder“ vermuten ließe. Das ist einerseits ein wichtiges historisches Korrektiv, und Reinke-Borsdorf verweist zugleich überzeugend auf die Relevanz, die den veränderten Bedingungen Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre zukommt, die von der Hoffnung der Überwindung bisher bestehender Grenzziehungen geprägt waren.

Der abschließende Beitrag von Lisa Pepler liest sich zugleich als substantieller Ausblick. Mit ihrem Blick auf türkische Ärztinnen und Ärzte, die in den 1960er Jahren zur Fachausbildung in die Bundesrepublik kamen und nach einigen Jahren in die Türkei zurückkehrten, weitet sie die Perspektive des Bandes in mehrfacher Hinsicht. Sie plädiert dafür, „Migration“ nicht primär aus der Perspektive einer deutschen Nationalgeschichte zu denken, sondern stärker nach den Perspektiven der Akteurinnen und Akteure und nach den Wechselwirkungen mit den Entwicklungen im Herkunftsland zu fragen. Und sie weist zu Recht darauf hin, dass „Generation“ nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern mit anderen gesellschaftlichen Ordnungskategorien wie Milieu oder Geschlecht verknüpft ist, und sich erst im Abgleich mit diesen die Reichweite von Generationeneffekten ermessen lässt. Peplers Plädoyer für eine intersektional und transnational verstandene Analysekategorie „migrierte Generation“ eröffnet Perspektiven für die zukünftige Forschung zu „Generation“ und „Migration“, für die der besprochene Band eine wichtige und lesenswerte Wegmarke darstellt.

Hans-Christian Petersen, Oldenburg/Osnabrück

[Monika] Bednarczuk (Hrsg.): Kulturtransfer in der Provinz: Wilna als Ort deutscher Kultur und Wissenschaft (1803–1832), Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2020, 252 S., ISBN: 9783447114035.

Die von Michel Espagne initiierten und mittlerweile Legion zählenden Arbeiten zum Kulturtransfer sind immer interessant. Zeigen sie doch, dass sich Ideen und Praktiken nicht automatisch und gleichmäßig verbreiten. Vielmehr nehmen sie zuweilen verschlungene Wege, um von einem zum anderen Ort zu kommen. Oder, was genauso spannend ist: Sie fallen, obwohl sie andern Orts als moderne Ideen enthusiastisch gefeiert werden, trotz prinzipiell vorhandener Kanäle nicht auf fruchtbaren Boden. Genau einem solchen Transfer wandernder Ideen und ihren menschlichen und dinglichen Vermittlern, aber auch den Transferblockaden ist der von Monika Bednarczuk herausgegebene Band zur Wilnaer Universität gewidmet. Dass sich die einzelnen Beiträge auf die deutsche Kultur in der polnisch-litauisch-jüdischen Stadt im Westen des Zarenreiches konzentrieren, erklärt sich mit der gegenüber der französischen bisher deutlich unterbeleuchteten Rolle der deutschen Kultur und Wissenschaft an diesem Ort – von den großen Namen der Literatur- bzw. Philologie- oder Naturgeschichte wie Gottfried Ernst Groddeck oder Georg Forster einmal abgesehen. Zeitlich – und auch diese Wahl leuchtet ein – wird die Periode von 1803 bis zu politisch motivierten Schließung der Universität 1832 in den Blick genommen, sprich von der Umwandlung der vormaligen, bereits in den 1780er Jahren modernisierten Hochschule (*Schola princeps Magni Ducati Lithuaniae*), in eine zarische Universität. In der polnischen und litauischen Forschungsliteratur wurde diese Periode zuweilen als legendenumwobenes Zeitalter der nationalen Dichturfürsten Mickiewicz und Daukantas verklärt, sie gehört deshalb zu den am besten untersuchten Perioden der Universitätsgeschichte. Das Thema des bilateralen deutsch-polnischen Kulturtransfers ist in dieser Zuspitzung und interdisziplinären Betrachtung weitgehend neu, auch wenn wichtige sozial-historische Vorarbeiten zur Wilnaer Universität, wie die über 700 Seiten zählende Studie von Daniel Beauvois, oder zum Kreis der Philomathen bereits vorliegen.

Die einzelnen Kapitel widmen sich verschiedenen Bereichen der „deutschen“ Wissenschaften – der Philosophie (Katarzyna Filutowska), der Literatur (Marta Kopij-Weiß), der klassischen Philologie und Orientalistik (Mirja Lecke) sowie der Naturkunde (Monika Bednarczuk). Als deutsch verstehen die Verfasserinnen den deutschsprachigen Raum, worin auch Österreich und die Schweiz inbegriffen sind.

Welche Antworten formulieren die Autorinnen nach der minutiösen Analyse von Vorlesungsverzeichnissen, Memoiren, Korrespondenzen, Reiserouten, Übersetzungen, Vortragsstilen und Beiträgen (in Zeitschriften) für ihre jeweiligen Bereiche? Welche günstigen oder hemmenden Faktoren sorgten für den jeweiligen Stand der deutschen Wissenschaft bzw. Literatur an der Wilnaer Universität?

Zunächst zur Philosophie, genauer gesagt zum deutschen Idealismus: Die Voraussetzungen für den Transfer dieses Gedankengebäudes waren nicht besonders günstig, hatte die Universität zum einen das alte Erbe einer Jesuitenakademie, zum anderen die oppositionelle Haltung der Aufklärer gegenüber spekulativer Philosophie im Gepäck, so dass vor 1803 nicht Philosophie in ihrer Breite, sondern nur Ethik und Logik gelehrt und vor allem der schottische Empirismus rezipiert wurden. Die vier universitären Protagonisten, die im Zentrum der Untersuchung von Filutowska stehen, können exemplarisch für die un-

verschiedlichen Haltungen gegenüber den Konzepten Kants, Fichtes und Schlegels gelesen werden. Während der Rektor Jan Śniadecki jede spekulative Philosophie ablehnte, war der aus Erlangen stammende Johann Heinrich Abicht den Lehren Kants und Fichtes gegenüber aufgeschlossen. Doch die Sprachbarriere – Abicht sprach kein Polnisch, die Studenten aber nur wenig Deutsch – und sein Vortragsstil erwiesen sich als hinderlich für einen erfolgreichen Ideentransfer. Im Fall des Philosophieprofessors Józef Gołuchowski, einem Studenten und Freund Schellings, waren es politische Gründe, die eine Verbreitung des deutschen Idealismus verhinderten: Gołuchowski, ein für seinen Vortragsstil auch allgemein unter den städtischen Eliten – inklusive Frauen – geschätzter akademischer Lehrer, wurde zunächst mit Verzögerung nominiert und nach nur drei Monaten seiner Tätigkeit im Zusammenhang mit den Prozessen gegen die Studentenbünde 1824 suspendiert. Erfolgreich in der Verbreitung der Ideen Kants und Herders war dagegen der außerhalb der Universität tätige Józef Władysław Bychowiec, der auch Kants „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ ins Polnische übersetzte und in Königsberg drucken ließ.

Für die Verbreitung der deutschen Literatur – die zweite Fallstudie – spielte die Frage der Sprache, ähnlich wie im Fall der Philosophie, eine wichtige Rolle. Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts dominierende klassizistische französische Literatur wurde langsam über französische Übersetzungen aus dem Deutschen (z.B. Schlegel) ergänzt. Für den Transfer hemmend war zunächst, wie im Fall der deutschen Philosophie, die Haltung des Rektors Śniadecki, der nicht nur das deutsche Bildungssystem, sondern auch die Literatur als Universitätsdisziplin geringschätzte und sich darüber hinaus gegen die Gründung einer „deutsche[n] Kolonie“ (S. 72) an einer polnischen Universität aussprach. Eine zentrale Figur für die Entwicklung der Literatur an der Wilnaer Universität war der klassische Philologe und Heyne-Schüler Groddeck, der Begründer der polnischen Altphilologie. Groddeck sorgte nicht nur für eine immense Erweiterung der Bibliotheksbestände, er war der Mitbegründer der „Wiadomości Wileńskie“ („Wilnaer Nachrichten“), einer meinungsbildenden Zeitschrift, und Lehrer später einflussreicher Literaten, die sich zur Geheimgesellschaft der Philomathen zusammenschlossen. Ihr Bewusstsein, hinter den Entwicklungen im Westen zurückzustehen, befeuerte ihre durchaus mühevollen Beschäftigung mit der deutschen Philosophie und Literatur des Sturm und Drang, die sie sich mit Hilfe von Wörterbüchern und über die Lektüre deutscher Intelligenzblätter erschlossen. Die semantisch-diskursiven Schwierigkeiten, die Kopij-Weiß wegen der Unkenntnis der Schriften Kants und Schellings diagnostiziert (S. 88), wirkten dabei hemmend auf den Transfer. Dennoch mündete die Auseinandersetzung mit Bürger, Schiller, Goethe und Herder schließlich über den Weg der Imitation und Aneignung in eine originelle eigene Dichtung, die polnische Romantik, in der die Ballade eine zentrale Rolle spielte. Freiheit, Unabhängigkeit und Brüderlichkeit waren die Werte, die die Dichter des Sturm und Drang und die Wilnaer Literaten ungebrochen teilten. Auch sie waren es, die den Weg der Ideen eines Schlegel von Jena und eines Bouterweck von Göttingen nach Wilna erleichterten.

Göttingen und seine durch Christian Gottlob Heyne begründete Schule der klassischen Philologie war auch der Ausgangspunkt für die Entwicklung der Klassischen Philologie und Orientalistik in Wilna – der Gegenstand der dritten Fallstudie. Über die Analyse der personalen Netzwerke, vor allem der Lehrer-Schüler-Verhältnisse (Heyne – Groddeck; Groddeck – Lelewel, Chodźko, Sękowski/Senkovskij, Kowalewski/Kovalevskij; Wilhelm Münnich – Antoni Muchliński; Józef Sękowski – Ignacy Pietraszewski) zeigt Lecke, wie die universalis-

tischen Ideen der Göttinger historischen Schule und die enge Verbindung zwischen der Gegenwart und Vergangenheit (Graecomanie) den Grund für eine positive Entwicklung der Orientalistik (tatsächlich unter diesem Namen) in Wilna legten. Darüber hinaus wird deutlich, dass der Transfer gerade durch die Schließung der Universität weiterging, und zwar in das Innere des Zarenreiches: Vier der ehemaligen Wilnaer Alumni wurden Professoren der Orientalistik, Arabistik oder Mongolistik in Petersburg oder Kazan¹; einige dienten dem Zarenreich auch als Diplomaten. Pietraszewski versah seinen Dienst gegen Ende seines Lebens auch als preußischer Diplomat in Teheran. Die Spezifik der Bevölkerungsverhältnisse im ehemaligen Großfürstentum Litauen – dort lebten Juden und muslimische Tataren – befeuerte auch die „ethnografische“ Beschäftigung der Wilnaer Orientalisten mit diesen „eigenen“ ethnisch-religiösen Gruppen. Das Bild der Orientstudien in Wilna wäre jedoch unvollständig, so Lecke, würde man den nach wie vor großen Einfluss der französischen Orientalistik mit Calude Flauriel oder Silvestre de Sacy außer Acht lassen, die auch dort einen zentralen Referenzpunkt bildeten. Der von Lecke skizzierte Transferprozess erweist sich damit als mehrdimensional: französisch-deutsch-polnisch-russisch.

Welche Resultate zeigt die vierte, mit 57 Seiten umfangreichste Fallstudie zur Geologie bzw. zur Naturkunde, einem Wissenszweig, der bereits in der vorimperialen Ära in Wilna besonders gefördert wurde?

Neben analogen Ergebnissen zu den bereits vorgestellten Fällen, in denen der Wissenstransfer auch in der Naturkunde (hauptsächlich Geologie, Botanik und Zoologie) über Lehrer-Schülerbeziehungen, das Selbststudium, Expertenbesuche auf Reisen, aber auch Exkursionen vor Ort erfolgte, bringt die auf die Mikrogeschichte fokussierte Betrachtung auch Überraschendes hervor: War die als *lingua franca* apostrophierte alte Gelehrtensprache Latein in Schriftform auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts tatsächlich ein erfolgreiches Mittel des Wissenstransfers, so erwies sie sich, wollte man sie als lebendige Sprache nutzen, als problematisch. Im mündlichen Vortrag an der Universität war sie für die aus dem Westen kommenden Wissenschaftler wie Forster eher ein Kommunikationshindernis. Dieser musste „seinen Cicero“ reaktivieren, um dem Vortrag gewachsen zu sein. Für die Zuhörer, die mit der deutschen Aussprache des Lateinischen wenig vertraut waren, war der direkte Vortrag des Experten kein Vorteil, sondern ein unüberwindliches Hindernis.

In der Einschätzung des Naturforschers und Rektors Śniadecki war das Lateinische der modernen Naturwissenschaft auch zunehmend nicht mehr gewachsen. Das Transferproblem war also in vielerlei Hinsicht auch ein Sprachenproblem. Dieses wiederum konnte, wie im Falle der Geologen Stanisław Jundziłł (Stanislovas Jundzilas) und Roman Symonowicz (Romanas Symonavičius) zum Ansporn werden, eine entsprechende Nomenklatur in den vernakularen Sprachen zu entwickeln. Dank dieser Leistung behauptete die zentrale Figur der deutschen Mineralogie des 18. Jahrhunderts, der Sachse Abraham Gottlob Werner, über Lehrbücher, die sein Klassifikationssystem popularisierten, für eine lange Zeit einen festen Platz in der Wilnaer universitären Wissenschaftslandschaft, ohne jemals dort gewesen zu sein. Dies gilt auch für seinen Schüler Alexander von Humboldt, dessen Reisebeschreibungen vor allem über Zeitschriften wie „Dziennik Wileński“ („Wilnaer Tagblatt“) verbreitet wurden und bei den gebildeten Eliten große Popularität genossen. Kehrt man die Transferrichtung einmal um und schaut von Ost nach West, so zeigt sich, dass die Vernakularisierung der Publikationssprache zu einem Transferhindernis wurde. Dies verdeutlicht eindrücklich ein Plagiatskonflikt zwischen dem aus Kurland stammenden Zoologieprofessor

Karl Eduard Eichwald, der die Ergebnisse seiner polnischen Kollegen Wojciech Zborzewski und Stanisław Górski in seiner deutschsprachigen Darstellung minimierte oder gar völlig verschwieg. Doch nicht nur das Interesse der Naturforscher sorgte für einen Ideentransfer. Auch die Tatsache, dass sich die im Kreis der Philomathen versammelten jungen Literaten, Mickiewicz eingeschlossen, für die Naturwissenschaften interessierten, beförderte dank der Vermittlung des Mediziners und Zoologen Ludwig Bojanus, eines Darmstädters, den Ideentransfer zwischen Professoren, Studenten und den städtischen Eliten.

Mit den im vorliegenden Band versammelten Studien wird der Anspruch der Herausgeberin über einen biografischen Zugang hinauszugehen und die Vermittlungswege und -medien interdisziplinär und ohne eine dichotome Zentrum-Peripherie-Perspektive herauszuarbeiten, in allen Beiträgen eingelöst. Der Band ist für Leser und Leserinnen nützlich, die mit der allgemeinen Geschichte der Universität Wilna bereits vertraut sind, weil die einzelnen Studien über die bekannten „großen“ Namen eines Humboldt, Mickiewicz, Werner, Heyne oder Goethe hinausgehen. Er mutet anderen, die die sozialhistorischen Verhältnisse dieser besonderen Universität nicht kennen, zu, sich die Informationen zum Teil aus den einzelnen Kapiteln zusammensuchen. Das ist kein Makel, sondern eine Feststellung – schließlich geht es hier nicht um eine Einführung. Die interdisziplinäre Perspektive als Zugang zur Frage nach dem Stellenwert der deutschen Kultur leuchtet unmittelbar ein, ließ sich die Literatur dieser Zeit nicht von der Philosophie, und die Dichtung, wie überzeugend dargelegt, nicht von der Naturkunde, trennen. Dieser Ansatz führt zu (unvermeidlichen) Wiederholungen, liest man alle Beiträge nacheinander. Begreift man sie als einzelne Studien, fällt dies nicht auf. Eine Zusammenschau der Ergebnisse würde allerdings die zentralen Figuren des Transfers – den Philologen Groddeck und den Naturkundler Bojanus – deutlicher zum Vorschein kommen lassen. Das wäre vielleicht „biografistisch“ und doch zutreffend.

Als letztes sei noch auf den Titel eingegangen. Lässt sich der Ort, der die gemeinsame Klammer aller Beiträge bildet, wie der Titel und andere Stellen im Buch suggerieren, als Provinz bezeichnen? Und wenn ja, aus wessen Sicht und welcher Position wird dieser Status festgelegt? Gewiss, Forster fühlte sich in eine geistige Wüste versetzt, aber seine Äußerungen fanden bereits seine (nicht nur polnischen) Zeitgenossen ungerecht. Und sicher: Wilna war weder die Hauptstadt des Zarenreiches noch die des ehemaligen Doppelreiches Polen-Litauen. Für die litauische Reichshälfte war sie bis zu den Teilungen Polens allerdings ein unbestrittenes Kulturzentrum und zwar gerade durch die in das 16. Jahrhundert zurückreichende königliche Akademie und die Vermittlertätigkeit der Magnatenhöfe im Großherzogtum Litauen sowie die Tätigkeit der Nationalen Bildungskommission („Komisja Edukacji Narodowej“). Soll die Etikettierung also keine Wiederholung des Rückständigkeitsparadigmas sein, müsste der Referenzrahmen (Warschau, Petersburg, Paris oder Dorpat?) zunächst geklärt und der provinzielle Status anhand klarer Kriterien plausibel belegt werden. Gerade die Karrieren der Wilnaer Orientalisten im Zarenreich widersprechen diesem Befund. Und auch die eingangs festgestellte Augenhöhe (S. 5) der Diskussionen zwischen Petersburger, Moskauer, Wilnaer und westeuropäischen Naturalisten lässt am Titel des Bandes zweifeln. Die in der englischen Zusammenfassung eher versteckte Bezeichnung als „provincial, yet avant-garde“ (S. 217) trifft den Sachverhalt wohl genauer.

Maria Rhode, Göttingen

Christoph Kienemann: Der koloniale Blick gen Osten. Osteuropa im Diskurs des Deutschen Kaiserreiches von 1871, Paderborn: Schöningh 2018, 310 S., ISBN: 978-3-506-78868-9.

Kolonialismus ist *en vogue*, oft pervertiert der Begriff jedoch zu einem Schlagwort der kurzatmigen Zeitgeistdebatten oder wird als politischer Kampfbegriff gebraucht. Umso mehr besteht Bedarf an wissenschaftlich-differenzierenden Darstellungen. Eine solche ist die hier anzuzeigende Monografie von Christoph Kienemann, die auf seine Dissertation an der Universität Oldenburg zurückgeht.

Dem Verfasser geht es um Osteuropa, genauer: um den „Diskurs des deutschen Kaiserreiches über Osteuropa“ (S. 8). Die Elle, die Kienemann anlegt, ist die, „ob der Osteuropadiskurs die charakteristischen Merkmale eines kolonialen Diskurses aufweist und den Deutschen damit die Identität einer kolonialen Nation zuweist“ (S. 8). Methodisch bedient sich der Autor sowohl der Stereotypenforschung als auch der Diskursanalyse, um schließlich Gedanken der *postcolonial studies* für sein Thema aufzugreifen.

Nach einem konzisen Überblick über die Forschungslandschaft beginnt die Arbeit mit einer historischen Einführung, bei der vor allem der Abschnitt über die „mentalen Vorbedingungen“ (S. 18-21) überzeugen kann. Methodologisch fußt das Buch in seinem diskursanalytischen Teil, wie zu erwarten, auf den Schriften Michel Foucaults, wobei die diesbezüglichen Passagen schon fast als Exkurs zu betrachten sind (S. 27-41). Historischer geht es dann bei den Ausführungen zum Kolonialismus zu, durch die nochmals verdeutlicht wird, dass diese Form der Herrschaftsausübung nicht auf überseeische Gebiete beschränkt sein muss, sondern konstitutiv eine asymmetrische Beziehung darstellt und somit unterschiedlichste Regionen zum Zielobjekt haben kann (S. 42-48). Überraschend ist, dass in diesem Zusammenhang den wirtschaftlichen Aspekten keine Aufmerksamkeit geschenkt wird; das wäre vor einigen Jahrzehnten im Zeichen der Imperialismusdebatte („the flag follows the trade“) noch unmöglich gewesen. Ein in den letzten Dekaden stattdessen stark in den Vordergrund gerücktes Analyseinstrument ist die Stereotypenforschung, die auch in dieser Arbeit genutzt wird (S. 49-54).

Der Hauptteil beginnt mit den Raumvorstellungen, die den Begriff Osten (mit)charakterisieren und die, so Kienemann, „eine[n] legitimen kolonialen Anspruch[s] der Deutschen über den Raum Osteuropa“ (S. 56) begründen sollen. Den historischen Anknüpfungspunkt bildet die deutsche Ostsiedlung, über die auch das Kulturgefälle und damit die „koloniale Aufgabe“ definiert und begründet werden kann. Zudem finden sich die bekannten Argumentationsmuster eines „leeren“ Raumes, der seiner kolonialen Urbarmachung harre. Auch wenn diese Narrative teilweise schon seit langem bekannt sind, präsentiert der Autor seinen Stoff in konziser Form und mit einer überzeugenden Argumentation. Von besonderem Interesse ist ein kartografiegeschichtlicher Exkurs, der verdeutlicht, wie sich auch in diesem Bereich die Beschreibungen der deutschen Siedlungs- und Sprachgebiete in Ostmitteleuropa kolonialen Überzeugungen anschlossen (S. 69-80).

Auf den folgenden Seiten geht es um Themenbereiche, die bereits seit einiger Zeit die Aufmerksamkeit der Forschung gefunden haben, nämlich die vermeintliche kulturelle Rückständigkeit Osteuropas, u.a. versinnbildlicht in der deutschen Ostkolonisation. Es gelingt dem Autor, die diskursive Dynamik des Prozesses zu verdeutlichen und zu zeigen, wie die deutschen Eigenvorstellungen durch die antinome Wahrnehmung Osteuropas noch

aufgeladen werden (Fortschritt vs. Stagnation, Erfindergeist vs. Nachahmung usw.). Hieraus ergab sich fast zwangsläufig die Wahrnehmung eines kulturellen Gefälles, in dem die Deutschen die Rolle der Kulturträger übernahmen, aus der sie ein Recht – oder besser – die Pflicht zur Kolonisation („white men’s burden“) ableiteten. Unter diesem Diktum stand auch die preußische Polenpolitik nach 1871, bei deren Durchführung sich viele argumentative Rückgriffe auf das „Kulturgefälle“ finden.

Mochten diese kolonialen Versatzstücke im Baltikum und in Polen durchaus ihre Wirkung entfalten, konnte das für eine osteuropäische Macht nicht gelten. Dem Verhältnis zu Russland gilt daher die nächste Analyse des Verfassers, in deren Zentrum der Begriff der Ambivalenz steht. Dies ist eine geschickte Vorgabe, denn in der Tat changierte die deutsche Wahrnehmung zwischen „Angst und Bewunderung“ (S. 124). Paradigmatisch verdichtete sich dieses Bild in der Person Peters des Großen, der einerseits als Erneuerer und Modernisierer, andererseits als „typischer Russe“ (Brüggen, 1887: „[...] war die Natur Peters eine durchaus russische. Er war von heiterem und lebhaftem Charakter. Frohsinnig, gesellig, zutraulich in der Jugend, wurde er später genussüchtig, ausschweifend, zügellos im Vergnügen [...]“, S. 130) geschildert wurde.

Ein weiteres Kapitel widmet sich der „polnischen Wirtschaft“: Es geht also um die wirtschaftliche Entwicklung Osteuropas, vom Autor gut mit dem Anglizismus des *Failed State* charakterisiert. Natürlich dienten diese Diskurse auch der Legitimierung der polnischen Teilungen und atmeten insofern kolonialen Geist, als ihnen das Modernisierungsversprechen einer Kolonialmacht inhärent war. Zugleich wurde die wirtschaftliche Minderwertigkeit immer auch mit dem Fehlen einer fremden (in diesem Fall deutschen) Führungsschicht in Verbindung gebracht. Auch Dekadenzvorstellungen (in Bezug auf den „schuldigen“ polnischen Adel) ließen sich in dieses Erzählmuster einfügen, dessen Bilateralität am besten im Begriff des deutschen Kulturträgereitums zu erkennen ist. „Der Aspekt der kulturellen Überlegenheit der deutschen Nation muss als zentral für die Herstellung eines kolonialen Diskurses gesehen werden“ (S. 154). In der Tat sind die Autostereotypen ubiquitär, denn auch die Fähigkeit zur staatlichen Organisation wird als kultureller Gradient verstanden.

Und schließlich stehen die Menschen im Mittelpunkt, genauer ihre vermeintlichen Eigenarten. Es ist wichtig, die rassischen Argumente differenziert zum eigentlichen Kolonialraum zu sehen, „[...] denn im Gegensatz zum Afrikadiskurs war der Osteuropadiskurs offener für eine mögliche Assimilierung der Slawen an die deutsche Nation“ (S. 181). Der Autor weist nach, dass dennoch viele biologisch-rassische Versatzstücke in die Debatten miteinfließen, um eben doch eine „otherness“ der Slawen konstruieren bzw. nachweisen zu können. Von hier ist dann der Sprung in die völkische Ideologie nicht mehr weit – und dementsprechend wurde auch vereinzelt schon von „verweichlichten“ Semiten und „höherstehenden“ Ariern gesprochen. Außerdem ist im völkischen Verständnis eine Assimilation *a priori* unmöglich, es geht um den Daseinskampf verschiedener Ethnien. Derlei sozialdarwinistische Argumente belegen, wohin die Reise gehen sollte, und es ist aus dieser Sicht vielleicht wenig verwunderlich, dass ein deutlicher Wandel der Stereotypen etwa um die Jahrhundertwende erkennbar wird. Jede Erörterung der deutschen Vorstellungen von Osteuropa wäre unvollständig, würde man nicht auf die „Ostjuden“ eingehen. Dabei ist mit Kienemann durchaus überraschend festzuhalten: „Die Debatte über die Ostjuden zeigt sich somit nuancierter als der Hauptstrang des Osteuropadiskurses, in dem sich deutlicher die kolonialen Formationen aufzeigen lassen“ (S. 232).

In seinem Fazit zieht Kienemann die Schlussfolgerungen aus der empirisch erarbeiteten Quellenanalyse, nämlich, „[...] dass es sich bei einem großen Teil des deutschen Osteuropadiskurses tatsächlich um einen kolonialen Diskurs gehandelt hat“ (S. 233). Er hält fest, „[...] dass sich das Koloniale im Diskurs auf zwei Ebenen zeigt; einerseits als direkte Debatte über eine tatsächliche koloniale Besiedlung Osteuropas und andererseits die zahlreichen unbewussten Bilder über den Osten, die klare koloniale Züge tragen“ (S. 233).

In einem letzten, „Perspektive und Ausblick“ betitelten Kapitel untersucht der Verfasser die Auswirkungen dieser mentalen Prädisposition für den Kriegsausbruch und die deutsche Besatzungspolitik im Osten. Allerdings konzentriert sich die Argumentation mit der Besatzungspolitik auf einen Bereich, der seit einiger Zeit gut erforscht ist und deutlich koloniale Verhaltens- und Vorgehensweisen aufweist. Schließlich geht es um Kontinuitäten zur Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschland.

Der Autor kommt zu Recht zu einem abwägenden Fazit, das in einigen Details (so wird man den Wandel der deutschen Minderheitenpolitik der Weimarer Republik in Abgrenzung zum Kaiserreich vor allem auf die Grenzabtretungen des Versailler Vertrages und nicht zwingend auf koloniale Diskurse und Radikalisierungen zurückführen) nicht völlig überzeugen kann. Ob man die Vertreibung und Umsiedlung der Deutschen nach 1945 als Dekolonisationserfahrung analytisch erfassen kann, erscheint dem Rezensenten schon allein deswegen als wenig überzeugend, weil die in allen kolonialen Diskursen beschworene Raumerfahrung und Fremdheit (*othering*) schlichtweg nicht zutrifft. Königsberg oder Danzig finden in diesen Begrifflichkeiten keinen Platz, es sei denn man beschränkt sich auf formale Ähnlichkeiten: „Während der Teilung Indiens oder infolge des Algerienkrieges kam es – ähnlich wie bei der Vertreibung der Deutschen – zu einer bedeutenden Neustrukturierung der Bevölkerung durch Flucht- und Vertreibungsbewegungen“ (S. 267). Es erscheint zu weitgehend, „[...] die Geschichte der Vertreibung an die deutsche Kolonialgeschichte anzuknüpfen“, und zwar „als logische Konsequenz aus dem analysierten deutschen Osteuropadiskurs“ (S. 268). So anregend diese Überlegungen sind, eine solche kausale Abfolge schießt deutlich über das Ziel hinaus.

Diese Bedenken ändern nichts an dem grundsätzlich positiven Urteil zum Buch: Sprachlich ist die Arbeit gelungen und auch die Mischung aus Zitaten und Analysen ist als ausgewogen zu bezeichnen. Nur wenn man sich ein eigenes Bild von den originalen Texten machen kann, wird die Argumentation des Autors wirklich nachvollziehbar. Insofern dienen die meist mehrere Sätze umfassenden Zitate vor allem dem Leser für eine eigenständige Bewertung. Sie zeigen aber auch in ihrer teilweise nicht einmal mehr ansatzweise nachvollziehbaren Argumentation, wie stark zeitbezogen historische Forschung immer war und ist. Auch im 21. Jahrhundert sollten wir uns vor allzu großer Selbstgewissheit und zeitgeistigen Strömungen in Acht nehmen.

Joachim Tauber, Lüneburg

Domas Kaunas: Martynas Jankus. Tautos vienytojas ir lietuvių spaudos kūrėjas [Kämpfer für die Einheit der Nation und bedeutender Vertreter der litauischen Publizistik], Vilnius: Vilniaus universiteto leidykla 2021, 879 S., mit zahlreichen Illustrationen, Zusammenfassungen in englischer und deutscher Sprache, ISBN 978-609-07-0630-5.

„Martynas Jankus (1858–1946) ist eine historische Persönlichkeit. Noch zu seinen Lebzeiten wurde er heroisiert, Straßen und Organisationen nach ihm benannt, dem Lebenden ein Denkmal errichtet“ (S. 18).¹ Mit diesem ersten Satz seines Vorwortes deutet der Verfasser die Aufgabe an, die er sich mit seinem opulenten Band gestellt hat: die umfassende Würdigung einer für die neuere Geschichte Litauens und des litauischen Volkes bedeutsamen Person. Domas Kaunas, langjähriger Inhaber des Lehrstuhles für Buchforschung an der Fakultät für Kommunikationswissenschaften der Universität Vilnius ist als Kulturwissenschaftler dazu berufen wie kein Zweiter. Der größte Teil seiner Forschungsarbeiten bezog sich auf Bibliotheks- und Publikationswesen im historischen Preußisch Litauen (alternativ dt. Kleinlitauen; lit. Mažoji Lietuva) und hatte damit wiederholt den Drucker, Lieferanten, Publizisten und politischen Aktivisten Martynas Jankus (dt. Martin Jankus) im Fokus der Untersuchungen. Die jetzt vorgelegte Arbeit stellt also gewissermaßen eine Quintessenz, ein Fazit ausdauernder Recherchen und Quellenanalysen dar.

Die entscheidende Motivation für seine umfangreiche Monografie fand Kaunas offenbar in dem Umstand, dass in Programm und Publikationen zum 100. Jahrestag der Wiedererrichtung der litauischen Eigenstaatlichkeit (1918) zwar der Akteure der nationalen Bewegungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gedacht wurde, die Person des Protagonisten Jankus jedoch nicht „aktualisiert“ blieb (S. 19). Dieses so empfundene Versäumnis bot dem Autor den Anlass, ausführlich auf die Annäherung von ostpreußischen Litauern (lit. Lietuvininkai) und dem damals zum Zarenreich gehörenden „Großlitauen“ einzugehen – und das mit Bezug auf die Gestalt des Martynas Jankus und unter den Aspekten der Genese einer litauischsprachigen freien Presse und der kulturgeschichtlichen und politischen Entwicklungen. Damit konnte eine weitgreifende Darstellung historischer Vorgänge an den Ostgrenzen des Deutschen Reiches und in Litauen im Zeitraum zwischen 1871 und 1918 – und darüber hinaus – angestrebt werden; entlang der Biografie der Zentralfigur Jankus und der mit ihr verbundenen Ereignisse und Personen. Ein partiell chronologischer Gang der Untersuchung ist dadurch vorgegeben.

Dem voraus geht ein Überblick des Verfassers über die bisherige Forschung zur Person und ihrer komplexen Tätigkeit mit dem Resultat: „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die historische Einordnung Jankus‘ nicht umfassend und vielseitig ist; tiefer gehend untersucht ist nur das Thema seiner Arbeit als Verleger und Drucker“ (S. 28). Den vier thematisch zentrierten Teilen des Bandes folgen ein kurzes Resümee und ein umfangreicher Apparat, der neben Namens- und Ortsregistern den teilweise kommentierten Nachdruck einiger Dokumente sowie das Quellen- und Literaturverzeichnis mit 954 Nummern enthält. Letzteres fasst das bibliografisch vermerkte und archivalische Material aus den zahlreichen Anmerkungen zum Text zusammen. Daran lässt sich ablesen, wie Kaunas sich dem Vorhaben näherte, die historische Einordnung seiner Hauptperson umfassend und aus allen

1 Übertragungen der Zitate aus dem Litauischen vom Autor M.K.

relevanten Blickwinkeln, tiefer gehender als bisher jedenfalls, zu erreichen (S. 28). Der Verfasser stützte sich auf größtenteils handschriftliche, teilweise auch gedruckte Quellen aus litauischen, mitunter auch deutschen Archiven und Sammlungen. Nicht zuletzt konnte er Material – viele Photos beispielsweise – aus eigenem Sammlungsbestand nutzen.

Die Ergebnisse akribischer Quellenstudien zeigen sich gleich im ersten Teil des Buches, „Rambyno paunksnėje“ (Im Schatten des Rombinus, S. 31-122), wo es um Herkunft und Lebensumwelt des Martynas Jankus in seinem Geburtsort Bītėnai (lit. Bitėnai) und im Kirchspiel Ragnit geht. Kaunas kann manche frühere Behauptung um die Wurzeln der Familie anhand der Kirchenbucheinträge korrigieren und auch Jankus' Selbstdarstellung als Sohn armer Bauern etwas zurechtrücken. Die formale Bildung auf der „Volksschule“ blieb schon deshalb bescheiden, weil die Kinder auch des Mittelbauern im Sommerhalbjahr in der Landwirtschaft benötigt wurden und der Schulbesuch meistens unterblieb. Was der spätere Autor, Drucker und Verleger an Bildung erwarb – und das war nicht wenig –, eignete er sich autodidaktisch durch Lektüre an. Insgesamt kann Kaunas mit Nachrichten auch über Herkunft und familiäre Verhältnisse der Ehefrau und der Nachkommen einen lebendigen Eindruck vom privaten und gesellschaftlichen Leben einer kleinlitauischen Familie vor der Wende zum 20. Jahrhundert vermitteln. Die Erfahrung der Verschleppung nach Russland im Ersten Weltkrieg teilte die Familie Jankus mit zahlreichen anderen Bewohnern Ostpreußens. Dass sie allerdings 1919 offenbar ohne staatliche Entschädigung blieb, war vermutlich der Positionierung des Politikers für den Anschluss Preußisch Litauens an Litauen geschuldet (S. 121).

Im zweiten Teil der Untersuchung, „Viešojoje erdvėje“ (Im öffentlichen Raum, S. 125-344), breitet der Verfasser eben diese politische Biografie des gern in Litauen so genannten Patriarchen Kleinlitauens aus. „Jankus hielt sich eher für einen politischen Aktivist als für einen Kulturschaffenden“ (S. 127), schätzt er dessen Selbstwahrnehmung ein. Abgesehen von Jankus' Erinnerungen und Tagebuchaufzeichnungen kann er dabei auf den erhaltenen Briefwechsel mit allen litauischen und kleinlitauischen Weggefährten und deren Memoiren zurückgreifen. Kaunas sieht den Agitator und Wahlkämpfer durchaus kritisch in seiner Schroffheit im Umgang mit Gegnern und Mitstreitern und in der Widersprüchlichkeit seiner politischen Positionen. Durchgehend, so zeigt die eingehende Darstellung, bleibt jedoch das Engagement für die Einheit des litauischen Volkes. Bedeutung und Nachruhm des Druckers und Verlegers sind zuerst mit seiner Beteiligung an Entstehung, Druck und Vertrieb der vor allem für Russisch Litauen (lit. Didžioji Lietuva) bestimmten Zeitschrift „Aušra“ (Morgenröte) verknüpft. Dem und der Verbindung zu den daran beteiligten Persönlichkeiten – J. Basanavičius, J. Mikšas, J. Šliūpas, A. Vištelis – widmet Kaunas einige Aufmerksamkeit; ebenso wie den von Jankus unterstützten kleinlitauischen Politikern V. Bruožis, J. Smalakys, J. Vanagaitis und D. Zaunius. Nicht eingebunden war Jankus, das macht die Untersuchung deutlich, in das kirchliche und religiös-pietistische Milieu seiner kleinlitauischen Umgebung – sehr zum ökonomischen Nachteil seines Druckereiunternehmens. Insgesamt bietet dieser Teil des Buches umfassende Einsicht in Absichten und Aktivitäten der in mancherlei internationale Bewegungen eingebundenen preußisch-litauischen Politiker bei ihrem Kampf für den Erhalt des „sterbenden Volkes“ (lit. „už mirštančią tautą“, S. 129) und die „Wiedergeburt“ der Nation. Wenig bekannt in Deutschland dürfte Jankus' Einsatz für den Bau der Luisenbrücke von Tilsit über die Memel sein, der infolge der von ihm geförderten Petitionen 1904–1907 zustande kam (S. 254 f.).

War Jankus schon zu dieser Zeit seines politischen Engagements vor 1914 einigen Repressionen der Behörden des Deutschen Reiches unterworfen, so setzte er sich mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und seiner oft dokumentierten Option für einen Anschluss Preußisch Litauens an die Republik Litauen erst recht heftigen Angriffen seiner deutschorientierten Umgebung aus. Kaunas zeichnet den Weg des Politikers über die von ihm mitunterzeichnete Deklaration von Tilsit („Pareiškimas“ oder „Tilžės aktas“, 30.11.1918), seine Kooptierung 1920 in die „Taryba“ (Landesrat) Litauens und seine maßgebliche Beteiligung an der Deklaration des Obersten Hilfskomitees Kleinlitauens („Vyriausiasis Mažosios Lietuvos gelbėjimo komitetas“) vom 19. Januar 1923 kritisch begleitend in allen Einzelheiten nach. Mit der Eingliederung des autonomen Memelgebietes in die Republik Litauen im gleichen Jahre endete dann – so könnte man sagen – die Rolle von Jankus als politische Persönlichkeit der deutschen Geschichte – in die er dann vor seinem Lebensende erzwungenermaßen zurückkehrte.

Nicht von ungefähr gliedert Kaunas auch die Tätigkeiten des Protagonisten auf eher kulturellem Gebiet in diesen zweiten Teil seiner Darstellung ein. Ob dessen Rolle beim Verein „Birutė“ oder seine Mitwirkung im Komitee zur Vorbereitung und Beteiligung der Kleinlitauer an der Weltausstellung in Paris 1900 oder bei der Gründung eines ethnografischen litauischen Museums in Tilsit – Jankus wird immer auch mit politischem Bedacht tätig. Und nicht zuletzt, mit seiner Förderung litauischer Literatur und Schrifttums, auch im eigenen ökonomischen Interesse. Beim Rückgriff auf die autobiografischen Zeugnisse zur Entwicklung der politischen Positionen Jankus‘ im Laufe der Veränderungen in Deutschland und Litauen bleibt Kaunas in kritischer Distanz. Er sieht hier noch eine Forschungslücke mit Auswirkungen auf die öffentliche Würdigung der Person in Litauen: „Jankus‘ Erinnerungen harren noch ihrer Forscher und Nutzer. Ihre Auswertung ist noch minimal“ (S. 343).

Im Zentrum des dritten Teils des Bandes, „Leidėjas ir spaustuvininkas“ (Der Verleger und Drucker, S. 345-645), steht die mühevoll und durchaus oft gefährliche Arbeit des Kulturschaffenden unter den Bedingungen der im Regierungsbezirk geltenden Polizeiverordnungen, insbesondere der Zensur. Die bekam er regelmäßig zu spüren, spätestens seit er in Ragnit 1889 begann, mit dem Betrieb einer eigenen kleinen Druckerei zu produzieren. Nach seinen eigenen Angaben wurde er mindestens 27 Mal wegen Verstoßes gegen die Pressegesetze zu Geldstrafen oder Haft verurteilt (S. 349). Den wesentlichsten Teil der gewerblichen Tätigkeit Jankus‘ ordnet Kaunas der Herstellung von Periodika zu, die sowohl für Preußisch Litauen als auch für die Litauer jenseits der russischen Grenze gedruckt wurden (S. 399). Mit der Herstellung waren – teilweise im Einmannbetrieb – redaktionelle Arbeit und Vertrieb verbunden. Als Folge des Druckverbotes in lateinischer Schrift in Litauen musste die für die dortigen Leser bestimmte Produktion über die Grenze geschmuggelt werden. Aus deutscher behördlicher Sicht bewegte Jankus sich damit weitgehend auf illegalem Terrain. Kaunas kann uns bisher nicht bekannte Informationen über Auflagen, Abonnenten, das Vertriebsnetz – bis Nordamerika – und die Wege der „Bücherträger“ in den russischen Herrschaftsbereich bieten (S. 516 ff.), aber ebenso Fakten zu den mehrfachen finanziellen Katastrophen des Geschäftsmannes. Die Aufhebung des Druckverbotes in Litauen 1904 erforderte eine Umorientierung des Unternehmers. Seine Druckerei, seit 1893 in Bittehnen, im eigenen Gebäude ansässig, wurde zur Basis der sozialdemokratischen litauischen Presse.

Der vierte Teil der Monografie, „Valstybės ir Mažosios Lietuvos reprezentantas“ (Der Repräsentant des Staates und Kleinlitauens), widmet sich der öffentlichen Persönlichkeit

Martynas Jankus, ihrer Bedeutung für Kleinlitauen und die Republik Litauen (S. 647-741). Der Autor weist auf die zahlreichen offiziellen, auch internationalen Ehrungen hin: „[...] aber im Bewusstsein des Volkes verblieb er mit den Titeln ‚Patriarch Kleinlitauens‘ und ‚Hüter des Rombinus‘“ (S. 649). Der litauische Staatspensionär (ab 1925) wurde nicht zuletzt geehrt wegen seiner politischen und publizistischen Tätigkeit für die Angliederung des Memelgebietes an die Republik, seiner Teilnahme an den Verhandlungen zur Zukunft des Memelgebietes in Paris 1923 und seiner Besuche in den USA (1926 und 1930) mit dem Versuch, Nordamerikas Litauer für wirtschaftliches Engagement im Memelgebiet zu gewinnen (S. 670 ff.). Vorgestellt wird in diesem Überblick auch die Situation des mindestens mit seiner Korrespondenz immer noch Unermüdlichen nach dem „Anschluss“ des Memellandes an das Deutsche Reich 1939, seine Übersiedlung in die damalige Hauptstadt der Republik, nach Kaunas, die kurzfristige Rückkehr nach Birtenen 1944 und die Evakuierung ins Reich, die den Hochbetagten auf langer Flucht schließlich mit seiner Familie über Kolberg (November 1944 – März 1945) nach Flensburg ins DP-Lager führte, wo er am 23. Mai 1946 verstarb.

Dem Nachlass des Druckers und Verlegers konnte Kaunas so weit wie möglich folgen. Ein bedauerliches Ergebnis seiner Nachforschungen: So weit Jankus sein Archiv bei seinem Rückzug aus dem Memelgebiet in Birtenen zurücklassen musste – ein großer Teil, darunter das Archiv der „Aušra“, war bereits 1925 der Universität in Kaunas übergeben worden –, ging es offenbar durch fremde Aneignung und Brand verloren, ebenso wie die persönliche Bibliothek (S. 726). Hier sieht der Verfasser noch eine Forschungsaufgabe für die Zukunft: Über den einstigen Bestand der Bibliothek ist bisher wenig bekannt (S. 654). Beklagenswert auch, dass von der reichhaltigen Produktion der Druckerei Jankus selbst in Archiven und Bibliotheken Litauens nur noch wenige Exemplare – mitunter auch nicht eines – zu finden sind.

In seinem abschließenden Resümee kommt Kaunas zum wohl wesentlichsten Resultat seiner Arbeit: „Im Vergleich mit anderen Beteiligten auf dem politischen Felde Kleinlitauens lässt sich feststellen, dass Jankus durch sein ganzes wechselvolles Leben wie kein anderer der konsequenteste Schrittmacher der Annäherung beider Teile der Nation war“ (S. 744). Allein der Hinweis des Autors auf die zahlreichen Konflikte des Vorkämpfers Jankus mit den deutschen Behörden – 40 Verfahren, 27 Verurteilungen (S. 743) – macht auf den, aus deutscher Sicht, größten Nachteil des opulent ausgestatteten Buches aufmerksam: Es ist, wie selbstverständlich naheliegend, litauisch geschrieben – und damit in einer Sprache, die nicht wirklich vielen Menschen in Deutschland zugänglich ist, und nur ganz wenigen Historikern. Darüber kann nur die relativ ausführliche Zusammenfassung in deutscher Sprache (S. 808-813) etwas hinwegtrösten. Der Umstand scheint dem Referenten umso bemerkenswerter, als die Publikation immanent einen Beitrag zur deutschen Geschichte bietet, speziell zur Geschichte Ostpreußens und seiner ethnischen Minderheiten während mehr als einem halben Jahrhundert nach der Reichsgründung 1871.

Historikern und auch Kulturhistorikern fällt es häufig schwer, innerhalb ihrer Darstellungen und Urteile einen Perspektivwechsel vorzunehmen. Die Schwierigkeit war offensichtlich auch Kaunas bewusst, wie er in seiner Einleitung (S. 28) zu erkennen gibt. Gleichwohl ist die Untersuchung zugestandenermaßen einschlägig interessengeleitet, sie sieht ihren Protagonisten und seine Wirksamkeit als wesentliches Element der jüngeren litauischen Geschichte, und zwar der Neuformierung der litauischen Nation und des Staates nach der langen Epo-

che politischer und sogar kultureller Fremdbestimmung. Unter dieser Voraussetzung geht der Autor durchgehend kritisch mit der Person und den Quellen um und kann so manche ältere Beurteilung und Faktenbehauptung korrigieren. In deutscher historischer Sicht würde Jankus gewiss anders wahrgenommen als in Litauen, wenn man sich seiner Person denn tatsächlich ausführlicher annähme.² Seine publizistische und politische Tätigkeit nahm schließlich eindeutig separatistischen Charakter an. Und Separatisten sind, außerhalb ihrer Gefolgschaft, nirgendwo beliebt. Jankus selbst sah sich des „Hochverrats“ beschuldigt, ein Diktum, das angesichts seiner Aktivitäten fast unvermeidlich erscheint, reichten sie doch mitunter über den engeren kleinlitauischen Kreis hinaus in die nationalen Bewegungen der Nachbarvölker. Es gibt also guten Grund, dem Band – die Schwierigkeiten bei der Rezeption berücksichtigt – auch im deutschen Sprachraum womöglich etwas Aufmerksamkeit zu widmen.

Manfred Klein, Bad Honnef

2 Martin Jankus findet in deutschen Veröffentlichungen selten Berücksichtigung. Bei E.-A. Plieg: *Das Memelland 1920–1939*, Würzburg 1962, wird er gar nicht erwähnt. Einige Ausnahmen: In negativer Konnotation nennt ihn H.A. Kurschat: *Das Buch vom Memelland*, Oldenburg 1968, S. 159, 171, 483, in M. Hellmann: *Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes*, 2., durchgesehene Aufl., Darmstadt 1976 wird Jankus u.a. mehrfach im Zusammenhang mit der „Aušra“ und den anderen Periodika genannt, S. 109, 117, 119. Im Zusammenhang mit Spitzelberichten über litauische Veranstaltungen im Memelgebiet an deutsche Behörden wird Jankus erwähnt bei J. Tauber: *Überlegungen zur Bedeutung der kleinlitauischen Bewegungen in Ostpreußen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: R. Traba (Hrsg.): *„Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg“*, Osnabrück 2000, S. 111-125. A. Kossert: *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, München 2005, widmet Jankus einen kleinen Absatz (S. 232) bei der Darstellung der kleinlitauischen Bewegungen.

Die Autorinnen und Autoren der Abhandlungen

Katja Bernhardt, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (Nordost-Institut) e.V. an der Universität Hamburg, Lindenstr. 31, 21335 Lüneburg, e-mail: k.bernhardt@ikgn.de

Seit Dezember 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Nordost-Institut, Lüneburg; Forschungsschwerpunkte: Historische Analyse von Architektur und Stadtraum, Visuelle Geschichte Ost- und Ostmitteleuropas mit einem Schwerpunkt auf Polen, Geschichte der Kunstgeschichte; Publikationen zuletzt: Digital Humanities und „Messbarkeit“ des NS-Regimes in der Raum- und Stadtplanung? Versuch einer produktiven Kritik, in: Jahrbuch für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 2 (2021): Raumkonstruktionen. Digital Humanities und die „Messbarkeit“ des NS-Regimes/Spatial Constructions. The Digital Humanities and the „Measurability“ of the Nazi Regime, S. 155-171; ‚Tatort Alexanderplatz‘, in: Stephanie Hanke, Brigitte Sölch (Hrsg.): Projektionen. Der Platz als Bildthema, Berlin, München 2019, S. 175-193; Der Entwurf als Kampfmittel. Stadtplanungskonzepte im Reichsgau Danzig-Westpreußen, in: Christoph Cornelißen, Václav Petrbok u.a. (Hrsg.): Stadt und Krieg im 20. Jahrhundert. Neue Perspektiven auf Deutschland und Mitteleuropa, Essen 2019, S. 203-233.

Victor Dönninghaus, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (Nordost-Institut) e.V. an der Universität Hamburg, Lindenstr. 31, 21335 Lüneburg, e-mail: v.doenninghaus@ikgn.de

Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Stellvertreter des Direktors am Nordost-Institut, Lüneburg; Publikationen u.a.: zus. mit Andrej Savin: Unter dem wachsamem Auge des Staates: Religiöser Dissens der Russlanddeutschen in der Breschnew-Ära, Wiesbaden 2019; Revoljucija, reforma i vojna. Nemcy Povolž'ja v period zakata Rossijskoj imperii [Revolution, Reform und Krieg. Die Deutschen an der Wolga im ausgehenden Zarenreich], Moskau 2015; Minderheiten in Bedrängnis. Die sowjetische Politik gegenüber Deutschen, Polen und anderen Diaspora-Nationalitäten 1917–1938, München 2009; Die Deutschen in der Moskauer Gesellschaft. Symbiose und Konflikte (1494–1941), München 2002.

David Feest, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (Nordost-Institut) e.V. an der Universität Hamburg, Lindenstr. 31, 21335 Lüneburg, e-mail: d.feest@ikgn.de

Seit 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordost-Institut (IKGN e.V.) in Lüneburg; Forschungsschwerpunkte: Geschichte der baltischen Gouvernements/Republiken unter besonderer Berücksichtigung Estlands; Publikationen u.a.: Ordnung schaffen. Bäuerliche Selbstverwaltungen und Obrigkeit im ausgehenden Zarenreich (1834–1889), Wiesbaden 2018 (Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte 83); Zwangskollektivierung im Baltikum. Die Sowjetisierung des Estnischen Dorfes 1944–1953, Köln, Wien 2007 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 40).

Detlef Henning, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (Nordost-Institut) e.V. an der Universität Hamburg, Lindenstr. 31, 21335 Lüneburg, e-mail: d.henning@ikgn.de

Osteuropahistoriker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordost-Institut, Lüneburg; Forschungsschwerpunkte: Geschichte und Kultur des Baltikums, insbesondere Lettlands und der deutsch-lettischen Beziehungen; Publikationen: (Herausgeberschaft) *Revolution in Nordosteuropa*, Wiesbaden 2011; zus. mit Karsten Brüggemann u. Ralph Tuchtenhagen: *Das Baltikum. Geschichte einer europäischen Region*, Bd. 1, Stuttgart 2019; sowie Bd. 2, Stuttgart 2021.

Dmytro Myeshkov, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (Nordost-Institut) e.V. an der Universität Hamburg, Lindenstr. 31, 21335 Lüneburg, e-mail: d.myeshkov@ikgn.de

Historiker, 2005 Promotion an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 2005–2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Düsseldorf, Freiburg und Leipzig, seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordost-Institut, Lüneburg; Forschungsschwerpunkte u.a.: Geschichte der Deutschen im Russischen Reich und in der Sowjetunion, (Zwangs-)Migrationen, Geschichtspolitik und Erinnerungskulturen auf dem postsowjetischen Raum; Publikationen u.a.: *Alltag im Spiegel von Konflikten: Die Deutschen und ihre Nachbarn im nördlichen Schwarzmeergebiet und in der südwestlichen Peripherie des Zarenreiches bis zum Ersten Weltkrieg*, Wiesbaden 2020; *Zwischen Traum und Realität. Gefühlswelten deutscher Russland-Auswanderer im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert*, in: Ders., Karl-Peter Krauss (Hrsg.): *Migration und Sehnsuchtsräume im Osten: Erfahrungswelten „gemeiner“ Leute (18. und 19. Jahrhundert)*, Tübingen 2021, S. 421-452; *Mennonites in Ukraine before, during, and immediately after the Second World War*, in: Mark Jantzen, John D. Thiesen (Hrsg.): *European Mennonites and the Holocaust*, Toronto 2020, S. 200-229.

Agnieszka Pufelska, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (Nordost-Institut) e.V. an der Universität Hamburg, Lindenstr. 31, 21335 Lüneburg, e-mail: a.pufelska@ikgn.de

Seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Nordost-Institut, Lüneburg; Forschungsschwerpunkte: Jüdische Kulturgeschichte, Deutsch-polnische Beziehungen insbesondere auf den ehemaligen deutschen Gebieten im heutigen Polen; Monografien: *Der bessere Nachbar? Das polnische Preußenbild zwischen Politik und Kulturtransfer (1764–1794)*, München 2017; *Die „Judäo-Kommune“ – ein Feindbild in Polen. Das polnische Selbstverständnis im Schatten des Antisemitismus 1939–1948*, Paderborn u.a. 2007.

Joachim Tauber, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (Nordost-Institut) e.V. an der Universität Hamburg, Lindenstr. 31, 21335 Lüneburg, e-mail: j.tauber@ikgn.de

Studium der Germanistik, Klassischen Philologie und Geschichte, 1989 Promotion in osteuropäischer Geschichte und Zeitgeschichte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, 2013 Habilitation für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg mit einer

Arbeit zum jüdischen Arbeitseinsatz in Litauen 1941–1944, seit Mai 2017 Professor an der Universität Hamburg, 1989–1990 wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte und Zeitgeschichte der Universität Erlangen-Nürnberg, 1990–2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Nordostdeutsches Kulturwerk e.V., 1993–2001 Leiter des Nordostdeutschen Archivs, März bis Dez. 2001 Stellvertreter des Direktors, seit 2010 Direktor des Nordost-Instituts, Lüneburg, seit Oktober 2020 deutscher Co-Vorsitzender der Deutsch-Russischen Geschichtskommission; Forschungsschwerpunkte: Geschichte Litauens im 20. Jahrhundert, deutsch-litauische Beziehungen im 20. Jahrhundert, deutsche Besatzungspolitik in Osteuropa im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Holocaust im Baltikum; Publikationen u.a.: *Collaboration in Lithuania*, in: Martina Bitjunac, Julius H. Schoeps (Hrsg.): *Complicated Complicity. European Collaboration with Nazi Germany during World War II*, Berlin, Boston 2021, S. 121-134; *Flucht vor dem Holocaust im Baltikum*, in: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx (Hrsg.): *Migration. Flucht-Vertreibung-Integration*, Graz, Wien 2019, S. 51-63.

Anja Wilhelmi, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (Nordost-Institut) e.V. an der Universität Hamburg, Lindenstr. 31, 21335 Lüneburg, e-mail: a.wilhelmi@ikgn.de

Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Nordost-Institut, Lüneburg; Forschungsschwerpunkte: Sozial- und Mentalitätsgeschichte, Gender Studies, Schwerpunkt Baltikum; Publikationen: (Herausgeberschaft) *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte* XXVIII (2019): *Familien-Politiken in Nordosteuropa (18.–20. Jahrhundert): Innerfamiliäre Hierarchien und Machtverhältnisse*, Lüneburg 2021; zus. mit Karsten Brüggemann u. Ralph Tuchtenhagen: *Das Baltikum. Geschichte einer europäischen Region*, Band 3: *Die Staaten Estland, Lettland und Litauen*, Stuttgart 2020; Aufsätze u.a.: *To Italy! Elise Jung-Stilling's Travel Journal*, in: KUMU (Hrsg.): *Creating the Self. Emancipating Women in Estonian and Finnish Art*, Tallinn 2020, S. 45-56.